C 21734 D

Diskussion im Kommunistischen Bund um „Der kleine Unterschied" von A. Schwarzer **Beilage**

Arbeiterkampf

Jg. 6 / Nr. 91 / 18.10.1976

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,–

Rechtsputsch in China

Wenige Wochen nach dem Tode des Vorsitzenden Mao scheint es in China den Rechten um Hua Guo-feng gelungen zu sein, die „Linken" aus der Parteiführung auszuschalten.

Das Schweigen der chinesischen Presse und der offiziellen Stellen bildet die Basis für das Blühen abenteuerlichster Gerüchte in der bürgerlichen Presse. Da werden beispielsweise Sitzungen des Politbüros der KP Chinas in „Wildwest"-Manier dargestellt (Wer zuerst zieht, bleibt Sieger), es ist von Toten die Rede, teilweise auch schon von Hinrichtungen, usw. usf.

Die offiziellen chinesischen Stellen haben zu den Gerüchten nicht mehr zu sagen gehabt als „Kein Kommentar".

Niemandem, der in diesen Tagen mit Kollegen etc., diskutiert hat, ist verborgen geblieben, welche Verwirrung gerade durch diese Gerüchte und Spekulationen hervorgerufen wird, die ein Bild der politischen Auseinandersetzungen in der VR China zeichnen, das auf die Menschen höchst abstoßend wirkt.

Bemerkenswert und uns ziemlich unverständlich ist, daß sich die chinesische Führung um diese Auswirkungen ihrer abstrusen „Informations"-Politik auf die Massen der kapitalistischen Länder einen Dreck zu scheren scheint. Bedacht war man einzig und allein darauf, den Imperialisten sofort zu versichern, an Chinas Außenpolitik werde sich nichts ändern, um dort offenbar einer möglichen Verunsicherung vorzubeugen. Die chinesische Führung hat nicht daran gedacht, eine entsprechende Erklärung auch gegenüber der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung abzugeben.

Unabhängig von den Einzelheiten bedeutet der Putsch der Rechten um Hua Guo-feng einen schweren Rückschlag für die chinesische Revolution und damit auch für den globalen revolutionären Prozeß, dessen historische Bedeutung dem verhängnisvollen 20. Parteitag der KPdSU (1956) zumindest gleichkommt.

Innerhalb der nach dem Abbruch der Großen Proletarischen Kulturrevolution (1966 - 68) vollzogenen Rechtswende der chinesischen Politik – die sich zunächst am deutlichsten auf dem Gebiet der Außenpolitik zeigte – bedeutet der Putsch der Hua-Gruppe einen ‚qualitativen Sprung, der höchstwahrscheinlich schon in naher Zukunft seine Auswirkungen auf die Innenpolitik der VR China haben wird. Einmal fest im Sattel wird und kann die Hua-Gruppe nicht bei der Verhaftung von vier oder auch 40 Parteiführern stehen bleiben. Sie wird zur gewaltsamen Zerschlagung der Linken im gesamten Land übergehen, zur terroristischen Unterdrückung der revolutionären chinesischen Werktätigen und Studenten.

Der Putsch der Hua-Gruppe ist die dritte und abschließende Phase der Liquidierung des „linken" Blocks, der sich während der Kulturrevolution in der Parteispitze gebildet hatte. Die erste Phase war die Ausschaltung Tschen Bo-da's im Herbst 1970. Tschen war Mitglied des Politbüros, langjähriger Vertrauter und Privatsekretär Mao's, Leiter der Kulturrevolutions-Kommission des ZK der KP Chinas. Die Umstände und Begründungen dieser Ausschaltung wurden niemals bekanntgemacht, es wurde auch keine öffentliche Kampagne gegen Tschen geführt. Lediglich in der berüchtigten Rede Tschu En-lai's auf dem 10. Parteitag (August 1973) wurde Tschen Bo-da als „antikommunistisches Element der Kuomintang, Trotzkist, Renegat, Geheimagent und Revisionist" gebrandmarkt.

Die zweite Phase war die Ausschaltung der „linken" Armeegruppe um Lin Biao, Stellvertreter Mao Tse-tungs und Verteidigungsminister. Zu der ausgeschalteten Gruppe gehörten außerdem: Tjiu Hui-dsuo, stellvertretender Chef des Generalstabs und Direktor der Logistik-Abteilung der Volksbefreiungsarmee (VBA); Huang Yung-scheng, Generalstabschef der VBA; Li Dsuo-peng, stellvertretender Chef des Generalstabs und Politkommissar der Marine; Wu Fa-hsiän, stellvertretender Chef des Generalstabs sowie Kommandeur der Luftwaffe; Yä Tjün, die Frau Lin Biaos. Alle Ausgeschalteten waren Mitglieder des Politbüros.

Nach der offiziellen Version sollen sie einen Putsch geplant haben und nach dessen Aufdeckung auf der Flucht im September 1971 mit dem Flugzeug abgestürzt sein.

In der jetzigen dritten Phase wurden die verbliebenen vier „Linken" in der Parteispitze ausgeschaltet: Djiang Tjing, die Witwe Mao Tse-tungs, neben Tschen Bo-da und Lin Biao die führende Figur in der Großen Proletarischen Kulturrevolution, Mitglied des Politbüros seit dem 9. Parteitag (1969); Wang Hung-wen, ein prominenter Führer der Kulturrevolution in Schanghai 1966/67, vom 10. Parteitag ins Politbüro und zu einem der Stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt; Dschang Tschun-tjiao, u,a. Chef der Politischen Abteilung der VBA, Mitglied des Politbüros seit 1969, vom 10. Parteitag in den Ständigen Ausschuß des Politbüros gewählt; Yao Wen-yüan, Verfasser zahlreicher wichtiger Grundsatzartikel, Mitglied des Politbüros seit 1969.

Es ergibt sich damit folgendes Bild: Von den 21 Mitgliedern des vom 9. Parteitag 1969 gewählten Politbüros sind inzwischen sechs eines natürlichen Todes gestorben; zehn wurden ausgeschaltet. Von den verbliebenen fünf können Yä Djiän-ying (z.Zt. Verteidigungsminister), Li Hsiän-niän (Wirtschafts- und

Forts. auf S. 3

Filbinger eingekeilt

Turbulent ging es zu, als der Altnazi und derzeitige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Filbinger, am 8. Oktober den kleinen Ort Kiechlingsbergen (im Kreis Emmendingen) besuchte.

Eigentlich hatte es dort nur ein „Arbeitsessen" mit Lokalpolitikern, Kleinkapitalisten und diversen Würdenträgern geben sollen. Filbinger sprach vor dieser erlauchten Gesellschaft in *„sachlicher Atmosphäre"* über die in dieser Region umstrittene Frage – die Ansiedlung eines Kernkraftwerkes: Bisher habe er *„kaum überzeugende Argumente gegen den KKW-Bau"* gehört, erklärte Filbinger frech. Deshalb sei es auch *„unzweckmäßig"*, den Ausgang der Gerichtsverhandlung über den Bau des KKW in Wyhl abzuwarten. Die CDU-geführte Landesregierung wolle zwar die Belange der betroffenen Bevölkerung *„respektieren"*, halte aber die *„Interessen des ganzen Landes"* für maßgeblich – *„auch wenn dies manchem nicht paßt"*!

Zu denen, denen „dies... nicht paßt" und denen der Filbinger stinkt, gehört jene 1000köpfige Menschenmenge, die ihren Landeschef vor dem Versammlungslokal nach dem „Arbeitsessen" erwartet. Als Filbinger sich klammheimlich verdrücken will, geht der Ruf durch die Menge: *„er kommt durch den Seitenausgang"*.

Der Empfang ist herzlich:

„Das KKW wird nicht gebaut" hallen die Sprechchöre, Leuchtraketen fliegen, Pfeifkonzert. Es kommen Sprechchöre: *„Wir wollen unsern Führer sehen"!* Doch dann wird es ernst: *„Nazi, Nazi, Nazi..."* rufen die Menschen dem Altfaschisten zu. *„Hebet en, d' ‚Filberle'!"* (haltet ihn!), *„Mir hent en, lont en ja nit gange!"* (wir haben ihn, laßt ihn ja nicht gehen!)

Und dann wird mit Filbinger und seinen Beschützern ein „Schunkelwalzer" aufgeführt. „Es kommt zu Handgreiflichkeiten", heißt es lapidar in der bürgerlichen Presse weiter: nun Filbinger wurde etwas mit dem Teppichklopfer abgestaubt, und es regnete Tomaten und Spucke.

Um 19.46 kommt die Polizei. Vertreter von Bürgerinitiativen rufen „Leute seid doch vernünftig" und die Polizei kann Filbinger aus der Menge drängen. Acht Polizisten (laut Polizeidirektion) sollen dabei verletzt worden sein. Von der Staatsanwaltschaft Freiburg wurden Ermittlungen aufgenommen, erst später (wenn die Situation günstiger scheint?) soll entschieden werden, ob gegen einzelne ermittelt wird.

Sprecher von Filbingers Ministerium gaben sich überrascht angesichts der massiven Proteste. Man habe zwar auch mit Demonstrationen gerechnet, aber auch auf *„beruhigte Gemüter"* und eine *„sachliche Behandlung der geäußerten Befürchtungen"* gehofft. Tja, daß sich die menschenverachtenden, umweltfeindlichen Pläne der Herrschenden eben nicht in „Ruhe" diskutieren lassen, sondern durch K a m p f entschieden werden, das will nicht so leicht in ein Bürokratenhirn rein...

Immerhin dämmert jetzt einigen bürgerlichen Politikern, daß *„nach den Vorgängen in Kiechlingsbergen... der Bau des Kernkraftwerkes in Wyhl gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung kaum mehr durchsetzbar sein"* wird (so der CDU-Politiker Burger, zit. nach "Badische Zeitung", vom 11./10.76).

Bevor die herrschenden Konzerne und die in ihren Diensten stehenden und handelnden Parteien allerdings ihre Pläne aufgeben werden, müssen noch zahlreiche und schwere Auseinandersetzungen von der werktätigen Bevölkerung durchgestanden werden.

Iwan Herstatt auf freiem Fuß!

Der Pleite-Bankier, Spekulant und Betrüger Iwan D. Herstatt, der tausende „kleiner Leute" um ihre mühsam verdienten Spargroschen brachte (insgesamt beläuft sich sein Schuldenberg auf stattliche 1,2 Mrd. DM), ist nach siebenwöchigem Gefängnisaufenthalt wieder auf freiem Fuß: Der mitfühlende Anstaltsarzt hat ihn am 13. Oktober „haftunfähig" geschrieben und ihn damit aus seiner unwirtlichen Lage befreit. Das ärztliche Attest: *„1. Herstatt ist zuckerkrank. 2. Er hat Übergewicht (2 1/2 Zentner). 3. Er fühlt sich nicht gut"* („Bild", 14.10.76).

Glaubt man Frau Herstatt, dann ist ihrem Iwan der Knast seelisch und nervlich derart an die Nieren gegangen, daß er *„nicht mal mehr Skat gespielt"* hat. Das ist verständlich: Kaputtnik Herstatt, der sich gleich nach seiner Befreiung „an einen unbekannten Ort" verdrückt hat: *„Warum muß ich solche Demütungen hinnehmen! Ich hab' doch niemandem etwas Unrechtes getan."*

Wie sagt doch ein altes Sprichwort: Die Kleinen hängt man....

aus dem Inhalt

Blick in die Welt

„Exilkubaner" ermorden 78 Menschen

Die faschistische exilkubanische Bande „El Condor" hat in einem Anruf an die amerikanische Tageszeitung „Miami Herald" die Verantwortung für den Absturz des kubanischen Flugzeugs vom Mittwoch, den 6.10.76 übernommen („Frankfurter Rundschau", „FR", 8.10.76).

Bei dem Absturz der kubanischen DC-8, der durch eine Bombenexplosion ausgelöst wurde, kamen alle 78 Insassen ums Leben!

Die Bombenexplosion hatte sich kurz nach dem Start ereignet, und obwohl der Pilot noch eine Notlandung versuchte, stürzte die Maschine ins Meer.

Bemerkenswert ist die Berichterstattung der bürgerlichen Presse über diesen planmäßigen Mord. Den Zeitungen war dieses Ereignis eine Randnotiz wert. Wenn hingegen Palästinenser versuchen, ihre berechtigten Forderungen durch eine Geiselnahme durchzusetzen, wird mit Hauptüberschrift und Artikeln auf der ersten Seite eine riesige Hetzkampagne gestartet.

Von Mord aber ist z.B. in den Artikeln zu diesem Flugzeugabsturz nichts zu lesen. Und die „FR" schreibt zum Schluß noch recht entschuldigend: *„Die Exil-Gruppe ‚El Condor' bekämpft die kubanische Regierung unter dem kommunistischen Ministerpräsidenten Fidel Castro"* („FR", 8.10.).

Ja, wenn das so ist ...!

Lateinamerika-Kommission

Südkoreanischer Geheimdienst bedroht antifaschistische Schriftstellerin

Nachdem der Geheimdienst der faschistischen Republik Südkorea sich schon vor einiger Zeit durch Schlägeraktionen gegen antifaschistische Landsleute im Ruhrgebiet hervorgetan hat und seine Verfilzungen mit der antikommunistischen „Vereinigungskirche" und ihrer Studentenorganisation CARP hinlänglich bekannt sind, bedroht er jetzt erstmals eine ihm unbequeme Persönlichkeit aus dem öffentlichen Leben, die Schriftstellerin Luise Rinser. Nachdem sie in ihrem Buch „Wenn die Wale kämpfen" unverhohlen Kritik am Regime des südkoreanischen Diktators Park Chung Hee geübt hat und in einem TV-Auftritt es gewagt hatte, Park wahrheitsgemäß als Faschisten zu bezeichnen, ist der südkoreanische Geheimdienst rege gegen Frau Rinser tätig. Durch systematisches Aufkaufen ihres Buches und Hetztiraden in Buchhandlungen versuchen Agenten des Park-Regimes immer wieder, die Verbreitung der Südkorea-Dokumentation zu verhindern. Außerdem – so erklärte Frau Rinser – sei sie bei einem Besuch der Frankfurter Buchmesse stundenlang von zwei Koreanern beschattet worden, die inzwischen in der BRD als Agenten Südkoreas bekannt sind. Zudem sei ihr Telefon überwacht und ihr Briefkasten mehrfach durchsucht worden.

Bezeichnenderweise können in der BRD Agenten des südkoreanischen Geheimdienstes, sowie des iranischen SAVAK und die Geheimdienste anderer faschistischer Regimes ungestört von Behörden in der BRD ihr Unwesen treiben.

Ein KB-Sympathisant Frankfurt

Nach Pohles Auslieferung:

Das „Zerrbild" der BRD bestätigt sich

Seit seiner Auslieferung in die BRD sitzt Rolf Pohle in Straubing in Einzelhaft und ist strengsten Isolationsmaßnahmen unterworfen.

Sein Münchner Anwalt Hartmut Wächtler berichtete, daß ihm nur ein 15minütiger Besuch in Gegenwart eines Justizbeamten gestattet wurde. Pohle wurde davon unterrichtet, daß die Justizvollzugsanstalt Straubing am 1. Oktober nur für ihn geltende Haftbedingungen beschlossen habe. Diese sehen u.a. eine totale Isolierung Pohles von den anderen Gefangenen, die häufige Durchsuchung seiner Zelle und von ihm selbst, Einzelhofgang, Verbot der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen aller Art, Einzelseelsorge usw. vor („Tagesspiegel", 3.10.76).

Mit dieser verschärften Isolationshaft bestätigen die bayrischen Strafvollzugsbehörden die Befürchtung, die Pohles griechischer Anwalt Jannopoulos vor dem Areopag (oberster griechischer Gerichtshof) geäußert hatte, nämlich, daß Pohles Leben und Gesundheit in Gefahr ist, im Fall der Auslieferung in die BRD. Die jetzt gegen Pohle verhängte verschärfte Isolationshaft wird zwangsläufig schwere Auswirkungen auf seinen gesundheitlichen und psychischen Zustand haben.

Proteste in Griechenland

In der griechischen Öffentlichkeit wird die Auslieferung Pohles scharf verurteilt. So kritisierte selbst Mavros von der bürgerlichen Zentrumsunion Ministerpräsident Karamanlis, daß er dem Druck der BRD nachgegeben hat („FAZ", 4.10.76). Das internationale Ansehen Griechenlands, so Mavros, habe Schaden erlitten, weil auch der Eindruck (und das wohl zu recht) entstanden sei, die BRD habe direkten Einfluß auf die griechische Rechtssprechung genommen.

Die griechische Presse spricht weiter von einer Verletzung der Menschenrechte. Die Genugtuung Bonns wird als *„Erfolg reaktionärer internationaler Kreise in ihrem Bemühen um die Unterdrückung demokratischer Freiheiten"* („FAZ", 4.10.76) gewertet. Der Chef der sozialistischen Massenpartei PA.SO.K., Papandreou, bezeichntete die Auslieferung als „nationalen Skandal", da damit die „Abhängigkeit vom westlichen Ausland erwiesen" sei und die Gerichtsbarkeit auf Befehl gehandelt habe (alle Zitate aus der „FAZ").

Pohle wird ausgeliefert

Westdeutsche Hetze gegen Griechenland

Während einerseits die westdeutschen Politiker und die bürgerliche Presse über Pohles Auslieferung „voll befriedigt" sind, fehlt es nicht an „Hinweisen", womit in Griechenland nach Meinung des westdeutschen Imperialismus noch „aufgeräumt" werden muß. Die zahlreichen Menschen, die in Griechenland gegen Pohles Auslieferung demonstriert haben, werden in der westdeutschen Presse als „Anhänger Pohles" und damit als „Terroristen" abgestempelt. (Und Terroristen gehören nach westdeutscher imperialistischer Logik dahin, wo Pohle jetzt ist: in den Knast!)

Auf „Empörung" der bürgerlichen Politiker und Journalisten stieß ebenfalls der „Spielraum", den Pohle und seine Anwälte in Griechenland hatten und der fürwahr nicht mit der Behandlung politischer Gefangener und ihrer Anwälte in der BRD vergleichbar ist. Pikiert berichtete z.B. der Westberliner „Tagesspiegel" vom 27.9., daß der griechische Anwalt Pohles den Rechtsanwalt Stroebele als Zeugen fragen konnte, ob Pohles Gesundheit in BRD-Gefängnissen in Gefahr wäre. Und weiter: *„Und obwohl im anwesenden Gremium des Obersten Athener Gerichtshofs zweifellos Leute sind , welche die Bundesrepublik aus eigener Erfahrung kennen, unterbricht keiner der Geschworenen die unfaßbaren (!) Darstellungen der Zeugen der Verteidigung durch Zwischenfragen"* („Tagesspiegel", 27.9.). Hier wird „dezent" angedeutet, daß solche Ausführungen vor westdeutschen Gerichten gar nicht mehr vorkommen oder – bestenfalls – abgeblockt werden. Durch diese Art der Prozeßführung und den „Spielraum", den Pohle und seine Anwälte auch noch vor dem Areopag hatten, sei nicht nur die BRD unter völlig falschem Licht erschienen, sondern habe auch „die Autorität der griechischen Justiz ... folgenschweren Schaden" („Tagesspiegel") genommen. Tja, von Stammheimer Verhältnissen können die BRD-Imperialisten für Griechenland bislang nur träumen... Trotz der leider erfolgten Auslieferung hat der „Fall Pohle" in Griechenland vielen Menschen die Augen über den wahren Charakter des BRD-Imperialismus geöffnet. Es gilt jetzt, die Wachsamkeit und Kampfbereitschaft weiter zu verstärken.

Griechenland/Türkei-Komission

Die politischen Freunde der BRD in Spanien

Meldungen im Zusammenhang mit der Formierung eines ultra-faschistischen Rechtsblocks in Spanien werfen noch einmal ein bezeichnendes Licht auf die politischen Freunde von SPD und CDU/CSU in diesem Land:

Mit Blick auf die nächstes Jahr geplanten Pseudo-„Wahlen" in Spanien haben sich alle der faschistischen Einheitsbewegung „Movimiento" zugehörigen Strömungen zu einem Rechtsblock zusammengeschlossen (FAMO = Förderation der Assoziationen des „Movimiento").

Unter den sechs ideologisch voll in der Tradition des Franco-Faschismus stehenden Gruppierungen gehört unter anderem auch die traditionelle Falange. Ein Banken-Konsortium soll eine „Starthilfe" für dieses angeblich zukunftsträchtige Projekt (diese Herrschaften versprechen sich eine absolute Mehrheit bei den anstehenden Wahlen ...!) von zwei Mrd. Peseten (etwa 70 Mill. Mark!) gegeben haben. Außerdem soll jährlich eine weitere Milliarde Peseten in die Kassen dieser Faschisten fließen („Cambio" 16, 3.10.76).

Zu den Mitgründern dieses Faschistenkartells gehört eine nicht ganz unbekannte Persönlichkeit, die hierzulande bisher als Bahnbrecher der „Demokratisierung und Öffnung" Spaniens verkauft wurde: Fraga Iribarne, bis vor wenigen Monaten spanischer Innenminister.

Derselbe Fraga, den Außenminister Genscher noch im März d.J. ermutigte, *„auf dem eingeschlagenen Weg forzufahren"* („Süddeutsche Zeitung", 5.3.76), kritisierte kürzlich seinen Nachfolger Martin Villa, daß er *„zuwenig für die Einhaltung der öffentlichen Ordnung"* tun würde (Villa hatte die Guardia Civil angewiesen, nicht mehr auf friedliche Demonstranten zu schießen!). Fraga verkündete dies in einem Interview mit der englischen Tageszeitung „Times" (nach „Frankf. Allg. Zeitung", 9.10.76).

Bei Fraga geht es keinesweg um eine unvorhersehbare persönliche Rechtsentwicklung. Fraga war immer schon Falangist und verschaffte sich in seiner Zeit als Minister für Information und Tourismus (1962–69) unter Franco den Ruf eines militanten Anti-Liberalen.

Trotz dieser allseits bekannten Tatsachen bemühte sich die Bundesregierung sowie die gesamte westdeutsche bürgerliche Presse, Fraga in seinen Ämtern nach Francos Tod als einen „ganz anderen Fraga" der westdeutschen Bevölkerung zu verkaufen. *„Manuel Fraga Iribarne ist offenbar fest entschlossen, seine in den letzten Wochen verkündeten liberalen und demokratischen Ideen zu verwirklichen"* („FAZ", 18.12.75).

„Minister wie Fraga ... wollen viel mehr (als der ehemalige spanische Ministerpräsident Arias – AK): *Parteien, wenn auch zunächst ohne die Kommunisten, unabhängige Gewerkschaften, freie Wahlen"* („Süddeutsche Zeitung". 16,12.75).

Auch die Zeitung „horizont" des DDR-Außenministeriums vollzog die Umdichtung von Fraga mit: *„Und es begann die wundersame Wandlung des eingefleischten Faschisten zu einem Liberalen, der sich in vielen Erklärungen für die Überwindung des Francoregimes und dessen Ersetzung durch flexiblere Formen der staatsmonopolistischen Machtausübung aussprach"* („horizont", Nr. 7/76).

Allerdings ließ der „ganz andere Fraga" von damals eigentlich keine Zweifel an seiner wirklichen Einstellung zu Demokratie und Freiheit. Während seines Besuchs in Bonn im März d.J. ermordeten seine Leute von der Guardia Civil sieben streikende Arbeiter in Vitoria. Auf die Frage eines Journalisten, ob durch diese Vorfälle nicht der *„Reformkurs seiner Regierung in Frage"* gestellt sei, antwortete Fraga nur, er habe nie geglaubt, daß seine Politik *„ohne Schwierigkeiten"* vonstatten gehe! („Frankf. Rundschau", 6.3.76).

Der Weg des Herrn Fraga steht für viele spanische „Reformer", ebenso für alle Minister der derzeitigen Regierung Suarez, die sich um den „Dialog" mit der spanischen (immer noch illegalen) Opposition „bemüht". Sie alle sind eingefleischte Faschisten, die, soweit es für ihre Karriere günstig erscheint und in die politische Landschaft paßt, durchaus auch mal ein paar „demokratische" Schnacks machen können.

Es ist bezeichnend für den Charakter der bürgerlichen Parteien der BRD sowie der weitgehend gleichgeschalteten bürgerlichen Presse, daß ein Mann wie Fraga plötzlich zum Vorkämpfer für Demokratie und Freiheit in Spanien werden konnte ... Daran wird deutlich, wie ernst es der Bundesregierung mit der Demokratisierung in Spanien und überhaupt ist.

In diesen Zusammenhang gehört eine weitere Nachricht über einen besonderen Freund von F.J. Strauß und seiner bayrischen CSU. Wie wir mehrfach berichteten, unterstützt die CSU offen und ausschließlich die faschistischen Assoziationen, die sich noch zu Francos Zeiten als Zerrbilder der politischer „Parteien" gründen durften. Der Intimfreund von F.J. Strauß, Silva Muñoz, bisher Chef der Assoziation UDE (Union des Spanischen Volkes) soll von seinem Verein wegen Rechtsabweichung (!!) ausgeschlossen werden! Auch er hat sich wie Fraga Iribarne für den Faschistenblock FAMO ausgesprochen und wollte die UDE dort integrieren. Doch diese wollte nicht ganz so weit rechts marschieren wie ihr Chef Muñoz und stellte Antrag auf Ausschluß.

Man vergleiche: Hat bisher in der BRD eine der „demokratischen" Parteien Herrn Strauß wegen „Rechtsabweichung" aus Partei oder Politik ausschließen wollen? Seinen spanischen Intimfreund hat dagegen sogar eine „normal"faschistische Organisation wegen „Rechtsabweichung" an die frische Luft gesetzt. Das wirft ganz nebenbei auch ein bezeichnendes Licht auf die politischen Vorstellungen seines bayrischen Brötchengebers – hierzulande immerhin der eigentliche Oppositionschef.

Spanien-Kommission

Deutsche Bullen raus aus Schweden!

34 deutsche Schupo- und Kripobullen aus Krefeld kamen auf Einladung schwedischer Bullen am 7.10. in die südschwedische Stadt Lund zu einem fünftägigen Besuch. Das ganze wurde von der IPA (International Police Association) organisiert. Die IPA hat insgesamt 50.000 Mitglieder, in Schweden zwischen 7.000 und 8.000 und in Lund 50. Bei ähnlichen Besuchen in der BRD (etwa spanischer Bullen), bezahlt der Staat die Kosten. In Schweden waren drei Banken bereit, den Aufenthalt zu bezahlen. Wohnräume stellte die Studentenschaft zur Verfügung und zwar zu niedrigeren Preisen als die Studenten zahlen müssen. Dieser Besuch führte erstmals in Schweden zu einem breiten Protest gegen die BRD-Bullen. 15 Organisationen (darunter die revolutionäre Organisation Förbundet Komunist, KAF (Trotzkisten), KFML(r), verschiedene Ausländergruppen, die Studentenorganisation MLHF und die revisionistische VPK) unterschrieben ein Protestflugblatt, das an vielen Punkten der Stadt verteilt wurde. Dabei wurde auch der für den Besuch Verantwortliche im Stadtrat mit einem Flugblatt bedacht. Ebenso kam es zu Diskussionen mit schwedischen und auch den deutschen Bullen, die sich für die „guten Informationen" des zweisprachigen Flugblattes bedankten. Einzelne Deutsche gingen sogar so weit, privat anzudeuten, daß sie die Entwicklung der BRD-Polizei nicht in allen Punkten gutheißen könnten.

Einen besonderen Spaß leisteten sich einige Genossen, die das Hauptquartier der schwedischen Bullen in Lund mit Flugblättern, die in deutscher und schwedischer Sprache verfaßt waren, verzierten. Während die „Täter" erfolglos gejagt worden, entstand das nebenstehende Foto.

Die Parolen des Flugblattes lauteten:

Stoppt die Aufrüstung und den Ausbau des Polizeistaates in der BRD und in Schweden!

Gegen Mobile Einsatzkommandos und Gesinnungsschnüffelei!

Verurteilt Militarisierung und Todesschüsse der westdeutschen Polizei!

Verhindert den Import des „Modell Deutschland" nach Schweden!

Laßt uns die umgekehrte Situation schaffen – Austausch von Klassenkampferfahrungen!

Ein Genosse der Skandinavienkommission in Schweden

Das Bullenhauptquartier in Lund wurde mit Flugblättern verziert

Rechtsputsch in China

Forts. von Seite 1

Finanzfachmann, enger Mitarbeiter des verstorbenen Tschu En-lai) und Tschen Hsi-liän (z. Zt. Kommandeur des Militärbezirks Peking) klar der Gruppe um Hua Guo-feng zugeordnet werden. Von den restlichen beiden spielt der eine aus Alters- und Gesundheitsgründen kaum noch eine Rolle (Liu Bo-tscheng), während die Stellung des letzten unklar ist (Hsü Schi-you, z. Zt. Kommandeur des Militärbezirks Kanton).

Diese Zahlen zeigen, daß es den Rechten vollständig gelungen ist, das in der Kulturrevolution entstandene Kräfteverhältnis in der Parteispitze (das sich in den Ergebnissen des 9. Parteitages widerspiegelte) zu ihren Gunsten zu revidieren, indem sie den ,,linken" Block Stück um Stück zerschlagen haben, wobei es ihnen gelang, Teile der ,,Linken" gegeneinander auszuspielen, beispielsweise die Unterstützung der jetzt Ausgeschalteten gegen die Lin Biao-Gruppe zu gewinnen.

Zu den langfristigen Putsch-Vorbereitungen der Rechten sind nachträglich wohl auch folgende Vorgänge zu rechnen:

– Im Januar 1974 gab es umfangreiche Umbesetzungen in der chinesischen Armeeführung, im wesentlichen einen Austausch der Kommandeure der Militärbezirke. Damals gelangte Tschen Hsi-liän, eine der Schlüsselfiguren des Rechtsputsches, auf seinen derzeitigen zentralen Posten als Kommandeur des Militärbezirkes Peking. Er war vorher Militärkommandeur von Schenjang (Grenze zur Sowjetunion im Nordosten) – eine Region, die zwar für die Landesverteidigung sehr wichtig ist, nicht aber für innere Auseinandersetzungen.

– Im Januar 1975 wählte der Nationale Volkskongreß Yä Djiän-ying in die seit dem Tode Lin Biao's unbesetzte Funktion des Verteidigungsministers. Yä gehört zweifellos gleichfalls zu den Schlüsselfiguren des Rechtsputsches. Nach der Ausschaltung Wang Hung-wen's steht Yä auf dem Platz zwei der ,offiziellen Parteihierarchie', d. h. er ist als Stellvertretender Parteivorsitzender (nach Hua Guo-feng) anzusehen.

Gleichfalls auf dem Nationalen Volkskongreß 1975 wurde Hua Guo-feng zum Minister für Öffentliche Sicherheit gewählt. Vorher war er nur als Provinz-Politiker in Erscheinung getreten. Behauptet wird hartnäckig von bürgerlichen Quellen schon seit längerem, Hua Guo-feng habe bereits führend bei der Erstellung des sogenannten ,,Untersuchungsberichts" mitgewirkt, durch den die Tatsachen über die ,,Affäre Lin Biao" verwischt werden sollten.

– Schließlich wurden ausgerechnet die ,,konterrevolutionären Zwischenfälle vom Tien-An-Men-Platz" (Anfang April) in Zusammenhang mit der Kampagne gegen Deng Hsiao-ping benutzt, um Hua Guo-feng in die höchsten Partei- und Staatsämter zu hieven, und zwar höchstwahrscheinlich mit Zustimmung der ,,Linken" im Politbüro! Auf einen Schlag machte so das Politbüro Hua Guo-feng zum Ministerpräsidenten und zum Ersten Stellvertretenden Parteivorsitzenden. Bereits das stellte im Grunde einen offenen Bruch der chinesischen Verfassung und des Partei-Statuts dar: Die chinesische Verfassung sieht vor, daß der Ministerpräsident durch den Nationalen Volkskongreß, auf Vorschlag des ZK der KPCh, zu wählen ist. Die Funktion des Ersten Stellvertretenden Parteivorsitzenden ist im Statut der KPCh überhaupt nicht vorgesehen, außerdem sind die Stellvertretenden Parteivorsitzenden (normalerweise fünf) vom ZK und nicht vom Politbüro zu wählen (falls sie nicht von einem Parteitag gewählt werden). Nach diesen Vorbereitungen war nach dem Tode Mao Tse-tung's die Ernennung Hua Guo-feng's zum Parteivorsitzenden klar.

Möglich ist, daß in Kürze Hua Guo-feng die Funktion des Ministerpräsidenten an Li Hsiän-niän abtreten wird, der schon während der Krankheit Tschu En-lai's und bis zu dessen Tod faktisch neben Deng Hsiao-ping als dessen Stellvertreter fungierte.

Im AK 78 (12.4.) haben wir nach dem ,,Sturz" Deng Hsiao-ping's dargelegt, warum es sich dabei nicht um einen ,,Sieg der Linken" handelt und warum Hua Guo-feng durchaus kein schwacher ,,Kompromißkandidat" ist.

Im Ak 89 (20.9.) wandten wir uns nach dem Tod des Genossen Mao gegen die von der bürgerlichen Presse formulierten Begriffe eines Streits zwischen ,,Pragmatikern" und ,,Linken".

Die sogenannten ,,Linken" hatten sich schon längst recht weit von den Zielen und Kampfformen der Großen Proletarischen Kulturrevolution entfernt. Sie hatten sich darauf eingelassen, den Kampf zweier Linien in der Partei und im ganzen Land in weitgehend abstrakte, ritualisierte Formen zu bringen, wofür die Kampagne ,,gegen Konfuzius" ein markantes Beispiel bietet. Die Parolen des Kampfes waren derart allgemein gehalten, daß auch die Rechten sich dahinter verstecken konnten. In allgemeiner Weise wurde der Kampf gegen das ,,bürgerliche Recht" oder gegen ,,kapitalistische Kräfte" beschworen, während sich in Wirklichkeit überall eine genau gegenläufige Entwicklung vollzog: Die in der Kulturrevolution ,,gestürzten bürgerlichen Machthaber" kehrten scharenweise in Partei- und Staats-Funktionen zurück, ohne daß die ,,Linken" in der Praxis dagegen den Kampf organisierten. Objektiv spielten sie so mit ihren allgemeinen Parolen gegen das ,,bürgerliche Recht" etc. die Rolle eines ,,linken" Feigenblatts für die nach-kulturrevolutionäre bzw. gegen-revolutionäre Restauration.

Es scheint, daß sich die ,,Linken" in der Parteispitze ziemlich weit von den Volksmassen, insbesondere den revolutionären Arbeitern und Studenten, entfernt und isoliert hatten. Darauf weist auch die Tatsache hin, daß es den Rechten schnell gelang, im Lande Massendemonstrationen gegen die ,,linke" Führungsgruppe nach deren Ausschaltung zu organisieren, gerade auch in Schanghai, das als deren ,,Hochburg" galt! Dies deutet darauf hin, daß die Vertrauensbasis der ,,Linken" im Volk so schmal und schwach war, so daß sie leicht durch kriminalistische Vorwürfe erschüttert werden konnte.

Die ,,Linke" hat zweifellos wenig getan, über allgemeine Parolen hinaus den Volksmassen *konkrete* Kampfziele gegen die Rechten anzugeben. Nichts hat die ,,Linke" getan, um die Volksmassen für einen solchen Kampf zu mobilisieren. Im Gegenteil: Die ,,Linke" hat ganz offensichtlich in den letzten Monaten die Parolen der Parteiführung mitgetragen, die es den Massen verboten, wesentliche Aktionsformen der Kulturrevolution (Bildung von Kampfgruppen, ,,lange Märsche" zum Erfahrungsaustausch u.ä.) anzuwenden. Bereits die Kampagne gegen Deng Hsiao-ping wurde weitgehend auf die Universitäten beschränkt und sah die Volksmassen erst nach der vom Politbüro beschlossenen Absetzung Deng's in Aktion – im Grunde in der Rolle von Statisten, denen die Zustimmung zu vollzogenen Beschlüssen überlassen blieb.

Die Einbeziehung der breiten Volksmassen, das war schon während der Großen Proletarischen Kulturrevolution ein Streitpunkt. An führender Stelle war es der verstorbene Tschu En-lai, der sich dafür einsetzte, die Kulturrevolution auf Schüler und Studenten zu beschränken und die werktätigen Massen außen vor zu lassen: Die Arbeiter und Bauern könnten keine Ferien machen wie die Schüler und Studenten, die Produktion dürfte nicht unterbrochen werden usw.

Ein Vergleich der Reden Tschu En-lai's und Lin Biao's auf den Massenkundgebungen der ,,Roten Garden" im Herbst 1966 (beide traten meist gemeinsam auf) zeigt deutlich, wie Tschu En-lai die Bewegung zurückzuzerren oder in eine reine Bewegung zur Produktionssteigerung umzufunktionieren versuchte und auf den ,,Kampf im Innersten der Seele" zu orientieren versuchte, während Lin Biao klar den ,,Sturz der kapitalistischen Machthaber in der Partei" als Ziel angab und die Prinzipien breitester Massendemokratie hervorhob.

Erst die Tatsache, daß es im Winter 1966/67 den Revisionisten um Liu Schao-tschi und Deng Hsiao-ping gelang, Teile der Werktätigen für sich zu mobilisieren, führte im Gegenzug zur Einbeziehung der breiten Volksmassen in die Kulturrevolution.

Als wesentlich für den schließlichen Abbruch der Kulturrevolution (1968) erwies sich die Zerschlagung der ,,Roten Garden" durch deren ,Verschickung aufs Land'. Was in einem unterentwickelten Land tatsächlich eine sinnvolle soziale und ökonomische Maßnahme sein kann, diente hier faktisch zur Liquidierung einer revolutionären Massenbewegung.

Lin Biao ist später vorgeworfen worden, er habe diese Maßnahme scharf kritisiert – allerdings nur intern. Insgesamt hat die ,,Linke" diese Maßnahme, zumindest nach außen hin, voll mitgetragen, und sie hat damit ein gutes Stück an dem Ast gesägt, auf dem sie selber saß. Daß diese von den ,,Linken" im Stich gelassenen revolutionären Jugendlichen und Werktätigen heute nicht gleich zu deren Verteidigung gegen den Rechtsputsch vorstürmen, ist demnach durchaus nicht verwunderlich.

Mitgetragen haben die jetzt ausgeschalteten ,,Linken" auch die schändliche Kampagne gegen Lin Biao, die geradezu ein ,,Modell" für eine auf Volksverarschung und Entpolitisierung zielende Kampagne war. Dabei wurde Lin Biao, dessen Rolle als ,,Linker" in der Kulturrevolution wohlbekannt ist, nachträglich zum Rechten abgestempelt, der angeblich die Förderung der Produktion zur Hauptaufgabe erheben wollte und der überdies die VR China als Kolonie an die sowjetischen ,,Sozialimperialisten" ausliefern wollte. Nichts von den Lin Biao lächerlicherweise unterstellten angeblichen Äußerungen wurde durch Zitate und Belege bewiesen. Man ging soweit, Lin Biao's gesamte historische Rolle in den Dreck zu ziehen: Militärisch sei er ein Kapitulant und Versager gewesen, politisch habe er sich an jedem entscheidenden Punkt gegen die Linie Mao Tse-tung's gestellt. Bis zu der Ausschaltung Lin Biao's war allerdings in allen historischen Werken u.ä. das exakte Gegenteil zu lesen!

Gewürzt wurde das Ganze durch Behauptungen, Lin Biao habe Mao ermorden wollen, habe einen Staatsstreich geplant usw. – Es wäre gar nicht verwunderlich, wenn sich die Meldungen bestätigen, daß ähnliches jetzt auch den von der Hua-Gruppe ausgeschalteten ,,Linken" angehängt werden soll.

Eine solche Kampagne befähigt die Massen nicht, sich anhand von Tatsachen ein Urteil zu bilden und auf dieser Grundlage als Subjekt der Geschichte zu handeln. Vielmehr ,,erzieht" sie die Massen zur Abhängigkeit von windigen, nicht überprüfbaren Behauptungen, was dieser oder jener angeblich gesagt oder getan (bzw. geplant) haben soll. Was hier betrieben wird, gehört in den Bereich der Religion eher als in den Bereich des wissenschaftlichen Sozialismus.

Daß zigtausende Revolutionäre und Pseudo-Revolutionäre außerhalb Chinas bereit waren, auf einer derart schlüpfrigen Basis in das Geschrei gegen Lin Biao einfach einzustimmen, ist eine besondere Schande und wirft ein Licht auf den Zustand der heutigen revolutionären Bewegung.

Abgesehen vom internationalen ,,ML"-Sumpf, den man politisch in diesem Punkt sowieso nicht ernst nehmen kann, sind auch relativ bedeutende revolutionäre Organisationen in Westeuropa gerade in der letzten Zeit auf zunehmend unkritischere Positionen gegenüber der Politik der KP Chinas abgeglitten. Das gilt beispielsweise für die Organisation Révolution! in Frankreich; in Italien für die PdUP, für Avanguardia Operaia und für Lotta Continua; in Spanien sind einige revolutionäre Organisationen direkt auf ,,ML"-Kurs gegangen.

Wir sind nicht der Meinung, daß es sich bei der Haltung der Revolutionäre zu den Klassenkämpfen in China um irgendeine Nebenfrage handelt. Im Gegenteil. Die revolutionären Organisationen unterschieden sich bisher von dem ,,ML"-Sumpf gerade durch eine Fähigkeit zur wissenschaftlichen Analyse durch realistischere Einschätzungen, durch einen größeren Gebrauch des Gehirns anstelle des Mundwerks. Das kam auch darin zum Ausdruck, daß man im Falle der chinesischen Politik nicht einfach jeden Blödsinn nachbetete oder ihn zumindest in gewagten Eiertänzchen zu rechtfertigen versuchte. Von dieser Haltung abzugehen, kann unserer Meinung nach nicht ohne Folgen auf die *gesamte* politische Arbeit der betreffenden Organisationen bleiben. Blinde Nachbeterei ebenso wie waghalsige Rechtfertigungsversuche oder gefälliges ,,Augen-zu-drücken" in diesem Punkt wirkt sich zerstörerisch auf die Gesamtpolitik aus.

Die ,,ML"-Gruppen bieten das abschreckenste Beispiel dieser Haltung. Erinnert sei nur an das Verhalten von KBW, ,,KPD/ML" und ,,KPD" vor einigen Monaten während der Kampagne gegen Deng Hsiao-ping: sie hüllten sich über Wochen hin in vollständigstes Schweigen und warteten erst einmal ab! Mao hat gesagt: **,,Gegen die Strömung ankämpfen ist ein Prinzip des Marxismus-Leninismus."** Für die ,,ML"er hingegen gilt: Mit der Strömung schwimmen ist ein Prinzip des ,,ML"ismus. Nicht Freunde des chinesischen Volkes und der KP Chinas sind sie, sondern politische Prostituierte der jeweils vorherrschenden Strömung in der Parteiführung. Als Lin Biao, dem sie vorher in der üblichen Weise gelobhudelt hatten (,,engster Waffengefährte des Vorsitzenden Mao usw. usf.), ausgeschaltet wurde, stimmten sie ungeprüft in dessen Beschimpfung ein. Als Deng Hsiao-ping 1973 ,,rehabilitiert" wurde und wir dies als Ausdruck der nach-kulturevolutionären Restauration werteten, wollte uns der KBW belehren, es handele sich um einen hocherfreulichen Ausdruck der ,,Konsolidierung der Diktatur des Proletariats" in China. Als Deng dann in diesem Frühjahr angegriffen wurde, warteten die ,,ML"er erst einmal ab, um dann – als kein Risiko mehr zu befürchten war – in die Verurteilung Deng's einzustimmen.

Wie werden sie sich jetzt verhalten? Man darf gespannt sein. Zweifellos wird es Leute geben, die – nach der vielleicht notwendigen Abwartefrist – bereit sein werden, den Putsch der Rechten und die Ausschaltung der ,,Linken" als großen Sieg der chinesischen Revolution zu feiern. Kann sich das in der gesamten ,,ML"-Bewegung durchsetzen? Die Tatsache steht, daß jetzt sämtliche Genossen, die in der Großen Proletarischen Kulturrevolution eine führende Rolle als ,,Linke" gespielt haben, ausgeschaltet sind – von Personen, die in der Kulturrevolution entweder gar nicht hervorgetreten sind oder die (wie beispielsweise Hua Guo-feng selbst) wiederholt das Ziel von Angriffen der revolutionären Massen waren. Zentrale Schriften wurden in den letzten zehn Jahren von Yao Wen-yüan verfaßt und in der internationalen ,,ML"-Bewegung gelesen. Yao, der jetzt als ,,Verräter" gelten soll, hat zahllose ,,ML"-Delegationen aus der ganzen Welt empfangen, u.a. auch den Hochstapler Aust aus der Bundesrepublik.

Der internationale ,,ML"-Sumpf dürfte duch die jüngsten Ereignisse in der VR China ins Schwappen kommen. Zweifellos wird das vielen Menschen, die diesen Morast noch mit den Revolutionären verwechseln, zu erkennen helfen, was für einem geistig, politisch und moralisch verfaulten Gesindel sie sich angeschlossen haben.

Wichtiger als dies wird jedoch die Reaktion der revolutionären Organisationen wie Révolution!, Lotta Continua, u.ä. sein. Werden sie die Gelegenheit nutzen, um im Licht der jüngsten Ereignisse auch ihre Urteile der letzten Jahre kritisch zu überprüfen, beispielsweise über die ,,Affäre Lin Biao"? Werden sie die Gelegenheit nutzen, um zur chinesischen Außenpolitik Standpunkte zu entwickeln, die mehr sind als schwammig und verlegen?

Die bisher veröffentlichten Äußerungen lassen nur Vermutungen zu. So drückte Lotta Continua nach den ersten Meldungen die Meinung aus, daß das Schicksal der ,,Linken" eng verbunden sei mit dem Überleben und der Entwicklung der Linie der Kulturrevolution. Daher wurde ,,die Hoffnung und die Zuversicht" ausge-

Wang Hung-wen, Djiang Tjing und Dschang Tschun-tjiao

Djiang Tjing mit Mao in Jenan (1942)

drückt, daß die „Schanghai-Gruppe" (die vier „Linken" im Politbüro) „auf ihrem Arbeits- und Kampfplatz bleiben möge" („LC", 13.10.). Für die PdUP hat sich als erste Rossana Rossanda mit einem etwas gewundenen und geschwätzigen Kommentar zu Wort gemeldet, der aber doch erkennen läßt, daß die Genossen in den jüngsten Vorgängen einen Angriff auf die Kulturrevolution (oder

Jao Wen-yüan. Er galt als „Chefideologe" der „Linken".

einen Teil davon) sehen, und wo überdies die Form solcher Kampagnen kritisiert wird, auch am Beispiel der Ausschaltung Lin Biao's – die These des „Komplotts" habe die politischen Widersprüche verdeckt („il manifesto", 15.10.).

Am schwächlichsten sind vorerst die Kommentare von Avanguardia Operaia, die vor sich hin rätseln, ob es bei den jüngsten Vorgängen wohl um Restauration geht oder vielleicht um einen positiven Kampf gegen „ultralinke Tendenzen", und die es vorerst bei dem frommen Wunsch bewenden lassen, die „chinesischen Genossen" (die Rechten oder wer sonst?) sollten recht bald Informationen überkommen lassen, anhand derer sich ein genaueres Urteil bilden läßt („quotidiano dei lavoratori", 14.10.).

Sicher muß es extrem schwierig gewesen sein, so kurz nach den Ereignissen (die ersten Meldungen kamen am 11.10.) und ohne sichere Informationen etwas zu den Dingen zu sagen. Aber zumindest bei den Genossen von Avanguardia Operaia scheint im Hintergrund schon der Versuch zu stehen, sich mit den Ereignissen zu arrangieren. Ob das geschehen wird, und wie andere revolutionäre Organisationen, von denen wir noch keine Stellungnahmen kennen, sich äußern werden, bleibt abzuwarten. (Wir
tionen, von denen wir noch keine Stellungnahmen kennen, sich äußern werden, bleibt abzuwarten. (Wir
werden darüber berichten.)

Die Gefahr sehen wir gerade in einer Argumentation, die sich darauf zurückzieht, es sei halt so schwer, ein Urteil über die Vorgänge in China abzugeben, man müsse sich damit Zeit lassen, man wolle sich da nichts anmaßen, man wolle erst gesichertere Informationen der „chinesischen Genossen" abwarten etc. – Denn exakt genauso haben diese Genossen ihren Übergang zur vorbehaltlosen Verunglimpfung Lin Biao's eingeleitet.

Was der Putsch der Hua-Gruppe tatsächlich bedeutet, wird erst die Zukunft deutlich machen. Vielen Revolutionären, die bisher auf China geschaut haben, ist die Tragweite der Ereignisse wohl noch nicht bewußt geworden. Auf längere Sicht werden sich die Revolutionäre in aller Welt darauf einrichten müssen, daß sie sich (selbst bei gutwilligem Zudrücken beider Augen gegenüber konterrevolutionären Elementen der chinesischen Außenpolitik) nicht mehr ohne weiteres auf die Existenz eines sozialistischen China als „Bollwerk der Weltrevolution" und ermutigendes Beispiel in ihrem Kampf stützen können.

Die chinesischen Volksmassen werden auch mit diesem Rückschlag fertig werden. Der Genosse Mao schrieb 1966 in einem Brief an die Genossin Djiang Tjing – um deren Leben wir in diesem Moment bangen, ebenso wie um das der anderen „Linken" aus dem Politbüro, trotz aller Widersprüche, die wir zu ihrer Politik hatten –:

„Das kann ich mit Sicherheit sagen: Wenn China von einem antikommunistischen Staatsstreich der Rechten überrascht werden sollte, würden die Rechten kein leichtes Leben haben. Wahrscheinlich wäre es ein ziemlich kurzes Leben, weil die Revolutionäre, die 95 % des Volkes vertreten, das nicht zulassen würden ... Fazit: ‚Die Zukunft ist glänzend, aber der Weg ist voller Windungen' – diese Aussage behält ihre Gültigkeit."

„Die Rechten werden kein leichtes Leben haben" ...

Zitate Mao Tse-tungs

Man muß äußerst wachsam gegenüber Karrieristen und Verschwörern wie Chruschtschow sein und verhüten, daß Halunken dieser Art auf verschiedenen Ebenen die Führung in Partei und Staat an sich reißen. (1)

***

Die Vertreter der Bourgeoisie, die sich in die Partei, in die Regierung, in die Armee und in die verschiedenen Bereiche der Kultur eingeschlichen haben, sind ein Häuflein von konterrevolutionären Revisionisten. Sie werden, sobald die Zeit dafür reif ist, die politische Macht an sich reißen und die Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Bourgeoisie umwandeln. Wir haben bereits einige dieser Leute durchschaut; es gibt aber noch welche, die wir nicht durchschaut haben; manche erfreuen sich immer noch unseres Vertrauens und werden zu unseren Nachfolgern ausgebildet, z.B. Leute vom Schlage Chruschtschows, die noch neben uns nisten. Die Parteikomitees aller Ebenen müssen dieser Frage größte Aufmerksamkeit schenken. (2)

***

Der Klassenkampf, der Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren, – das sind die drei großen revolutionären Bewegungen für den Aufbau eines mächtigen sozialistischen Landes; sie sind eine sichere Garantie, daß die Kommunisten imstande sind, frei von Bürokratismus zu bleiben, den Revisionismus und den Dogmatismus zu vermeiden und für immer unbesiegbar zu sein; sie geben zuverlässige Gewähr, daß das Proletariat im Bündnis mit den breiten Massen der Werktätigen die demokratische Diktatur ausüben kann. Andernfalls, wenn man Grundherren, Großbauern, Konterrevolutionäre, üble Elemente und anderes Gezücht überall hervorkriechen läßt, wenn unsere Kader durch die Finger schauen, viele von ihnen sogar keine Trennungslinie zwischen uns und dem Feind ziehen, sich
keine Trennungslinie zwischen uns und dem Feind ziehen, sich
mit dem Feind zusammenzutun, von ihm korrumpiert, zersetzt und demoralisiert werden, und wenn dann unsere Funktionäre ins feindliche Lager hineingezogen sind und sich die Feinde in unsere Reihen eingeschlichen haben, ja sogar viele Arbeiter, Bauern und Intellektuelle der bald weichen, bald harten Taktik des Feindes erliegen, dann wird unvermeidlich in nicht langer Zeit – einem Dutzend Jahren, höchstens in einigen Jahrzehnten – die konterrevolutionäre Restauration das ganze Land erfassen, die marxistisch-leninistische Partei wird sich in eine revisionistische, in eine faschistische Partei verwandeln, und ganz China wird die Farbe wechseln. Denkt nach, Genossen, was für ein gefährliches Bild das wäre! (3)

***

Wir haben bereits große Siege errungen, aber die geschlagene Klasse wird immer noch verzweifelt kämpfen. Diese Leute leben noch, diese Klasse existiert noch. Daher können wir nicht von einem endgültigen Sieg reden. Auch in einigen Jahrzehnten kann davon nicht die Rede sein. Wir dürfen unsere Wachsamkeit nicht verlieren. Vom leninistischen Standpunkt aus betrachtet, erfordert der endgültige Sieg in einem sozialistischen Staat nicht nur die Anstrengungen des Proletariats und der breiten Volksmassen des betreffenden Landes, sondern er hängt überdies davon ab, daß die Weltrevolution den Sieg erringt und das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem ganzen Erdball beseitigt wird, was zur Befreiung der gesamten Menschheit führt. Darum ist es falsch, läuft dem Leninismus zuwider und entspricht auch nicht den Tatsachen, wenn man leichtfertig vom Endsieg der Revolution in unserem Land redet. (4)

***

Ohne ausgedehnte Volksdemokratie kann die Diktatur des Proletariats nicht gefestigt werden, und die politische Macht wird unstabil sein. Ohne Demokratie, ohne die Massen in Bewegung zu bringen, und ohne Überwachung durch die Massen ist es unmöglich, wirksam die Diktatur über die Reaktionäre und asozialen Elemente auszuüben, ist es auch unmöglich, diese wirksam umzuerziehen; sie werden fortgesetzt Unruhe stiften, und die Möglichkeit einer Restauration besteht noch immer. Wir müssen in dieser Frage wachsam bleiben, und ich hoffe auch, daß Ihr Genossen sie ernsthaft bedenken werdet. (5)

***

Die derzeitige große Kulturrevolution ist nur die erste. Es wird in der Zukunft unausbleiblich noch mehrere geben. Die Frage, wer in der Revolution siegt, wird nur in einem langen historischen Zeitraum entschieden werden können. Behandelt man diese Angelegenheit nicht in der geeigneten Weise, ist es jederzeit möglich, daß der Kapitalismus restauriert wird. Die Parteimitglieder und das gesamte Volk in unserem Land dürfen nicht glauben, daß nach einer oder zwei großen Kulturrevolutionen oder auch nach drei oder vier, alles in schönster Ordnung sein werde. Wir müssen uns aufs äußerste in acht nehmen, und unsere Wachsamkeit darf nie nachlassen. (6)

***

D a s kann ich mit Sicherheit
***

D a s kann ich mit Sicherheit
sagen: Wenn China von einem antikommunistischen Staatsstreich überrascht werden sollte, würden die Rechten kein leichtes Leben haben. Wahrscheinlich wäre es ein ziemlich kurzes Leben, weil die Revolutionäre, die 95 % des Volkes vertreten, das nicht zulassen würden.

In diesem Moment könnten die Rechten meine Worte benutzen, um die Macht zu ergreifen. Aber die Linke kann dann andere Dinge benutzen, die ich gesagt habe, um sich zu organisieren – und die Rechte wird niedergeschlagen werden ...

Je überheblicher die Rechte in bestimmten Dingen ist, umso schlimmer wird ihr Sturz, umso lebendiger wird die Linke werden. Alle, die Linke, die Rechte und die schwankende, unstabile Mitte werden daraus nützliche Lehren ziehen.

Fazit: „Die Zukunft ist glänzend, aber der Weg ist voller Windungen" – diese Aussage behält ihre Gültigkeit. (7)

Anmerkungen:

1. Zit. in „Über den Pseudokommunismus Chruschtschows...", RENMIN RIBAO, 14.7.1964.
2. Zit. im Rundschreiben des ZK der KPCh vom 16. Mai 1966.
3. Aus dem 10-Punkte-Beschluß des ZK der KPCh, Mai 1963.
4. Gespräch im Oktober 1968. Zitiert im Bericht Lin Biao's an den IX. Parteitag der KPCh, 1.4.69.
5. Zit. in „Ein epochemachendes Dokument", RENMIN RIBAO u. a., 17.5.1968.
6. Zit. in „Peking Rundschau", Nr. 25/1967.
7. Brief an Tschiang Tsching, Sommer 1966.

Generalstreik in Frankreich gegen den Barre-Plan

Für den 7. Oktober hatten die französischen Gewerkschaften CGT, CFdT und die Lehrergewerkschaft FEN zum Generalstreik gegen den „Plan Barré" der neuen Regierung aufgerufen. Dieser Plan soll eine brutale Sparpolitik, verbunden mit Preissteigerungen des öffentlichen Dienstes und des Benzins einleiten. An diesem Tag fanden in mehreren Städten Frankreichs große Demonstrationen statt, die größte in Paris.

Wenn auch verschiedene Zahlen über die Demonstrationsteilnehmer angegeben wurden (die Gewerkschaften nannten 500.000, die linke französische Zeitschrift Libération 200.000), so war sich die Presse doch darin einig, daß am 7. Oktober die größte Mobilisierung seit Mai '68 stattgefunden hat. Trotz dieser breiten Beteiligung an dem Streik und den Demonstrationen waren in den Demonstrationen praktisch nur die offiziellen Parolen der Gewerkschaften vertreten, die hauptsächlich auf die Unterstützung des „gemeinsamen Programms" der revisionistischen KPF und der Sozialistischen Partei hinausliefen (z.B.: „Nein zum Plan Barré – Ja zum gemeinsamen Programm").

Insgesamt war die Demonstration ein Gradmesser für die tiefe Unzufriedenheit in Frankreich mit der „Sparpolitik" der Regierung, die voll auf dem Rücken der Lohnabhängigen ausgetragen werden soll.

Die Hintergründe des Barré-Plans

Der „Anti-Inflations-Plan" muß vor dem Hintergrund der Krise des französischen Imperialismus und dem Ringen mit dem BRD-Imperialismus um die Vormachtstellung in Europa gesehen werden, bei dem Frankreich sehr ins Hintertreffen geraten ist. So ist der französische Franc seit 1969 dreimal abgewertet worden, und Frankreich ist seit 1974 aus der „EG-Währungsschlange" ausgetreten, weil der Franc der Konkurrenz der DM nicht mehr gewachsen war.

Das jetzige Anti-Inflationsprogramm wurde ergriffen, weil sich die französische Zahlungsbilanz innerhalb des letzten Jahres zunehmend verschlechterte. Allein in diesem Jahr hat Frankreich ein Handelsdefizit von 2,5 Mrd. Francs. Die Exportüberschüsse der BRD spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Aus den Reaktionen der französischen Kapitalisten wurde allerdings deutlich, daß ihnen die vorgeschlagenen Maßnahmen noch viel zu „lasch" sind und es ist damit zu rechnen, daß Premier- und Wirtschaftminister Barré in absehbarer Zeit einen noch härteren Plan vorlegen wird.

Verbunden mit den Schwierigkeiten der französischen Bourgeoisie, ihre Wirtschaft unter Kontrolle zu bringen, ist die relative Zersplitterung innerhalb der Reaktion, die

Der Barré-Plan

sich schon in der Vielfalt der Rechts-Parteien ausdrückt: „Unabhängige

sich schon in der Vielfalt der Rechts-Parteien ausdrückt: „Unabhängige Republikaner", „Soziale Demokraten", „Bund für die Rettung der Republik", „Linksgaullisten", „Radikale Demokraten", hierbei sind noch nicht die faschistischen Parteien aufgeführt.

Barré selbst wurde erst Ende August von Ministerpräsident Giscard zum neuen Premierminister und Wirtschaftsminister bestellt. Der vorherige gaullistische Premierminister Chirac war zurückgetreten, weil Giscard eine Kompetenzerweiterung für Chirac abgelehnt hatte. (Bei den Differenzen zwischen Giscard und Chirac geht es um die Konkurrenz zwischen den Gaullisten und den Republikanern, beide wollen die Rechten unter ihrer Führung zusammenfassen.)

Der Barré-Plan

Der Barré-Plan, der als „Antiinflationsplan" präsentiert wurde und gegen den sich der Generalstreik richtete, sieht folgende Angriffe auf die Werktätigen vor:

- Einfrierung der Löhne, Renten und Preise rückwirkend vom 15. September 1976 bis zum Jahresende auf 6,5% (bei 9% Inflation!), Erhöhung des Benzinpreises um 15 %, Erhöhung der Sozialversicherungen um 0,7%, Erhöhung der Jahressteuermarken für Autos bis zu 130%, Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Der sogenannte Preisstop ist eine sehr lächerliche Maßnahme, erstens, weil die meisten Unternehmer bereits vor dem 15.9. ihre Preise drastisch erhöht haben, zweitens, weil verschiedene Produkte, wie Käse, Obst, Gemüse, Wein usw. nicht davon betroffen sind, drittens, weil eine Kontrolle darüber nicht durchführbar ist, da es für ganz Frankreich nur 30.000 „Preiskontrolleure" gibt, und viertens können die Preise im Januar wieder erhöht werden (gegenwärtig erhöhen sich die Lebenshaltungskosten in Frankreich um rund 9,5% jährlich). Außerdem zeigen alle Beispiele, daß ein sog. Preisstop immer nur propagiert wurde, um den Lohnstop durchzusetzen.

Für die Kapitalisten sieht es logischerweise besser aus:

- Steuererleichterungen bis zu 10% für die Unternehmer,
- Kredite bis zu drei Milliarden aus der Staatskasse,
- Investitionen im Ausland sollen großzügig unterstützt werden.

Zusammengefaßt bedeutet dieser Plan des „besten Wirtschaftsexperten Frankreichs" (Giscard über Barré) nichts anderes als ein harter Angriff auf die Lebenslage der französischen Massen.

Im ganzen „Anti-Inflations-Plan" findet sich bezeichnenderweise kein einziges Wort zur Arbeitslosigkeit, obwohl über eine Million in Frankreich derzeit arbeitslos sind.

Vorspiel für die Wahlen 1978

Die Mobilisierung gegen den Barré-Plan ist auch vor dem Hintergrund der 1978 stattfindenen Wahlen in Frankreich zu sehen. Die französischen Gewerkschaften haben, im Gegensatz zum westdeutschen DGB, der selbst aktiver Träger der Spar- und Lohnraubpolitik ist, gegen das „Anti-Inflations-Programm" mobilisiert.

Dadurch, daß die Demonstrationen vom 7.10. fast durchgängig von den Parolen des „gemeinsamen Programms" der Linksparteien beherrscht waren, zeigt sich aber auch, daß den reformistischen Parteien daran gelegen ist, die Unzufriedenheit der Massen für ihre wahltaktischen Zwecke auszunutzen. Die Gewerkschaften haben auch noch keine konkreten Aktionen gegen den Barré-Plan angekündigt. So haben sie den Generalstreik nicht als Auftakt für einen weiteren Kampf und gemeinsame Aktionen genutzt, sondern die Mobilisierung lediglich auf das Linksbündnis gelenkt.

Frankreich-Kommission und ein in Frankreich anwesender Genosse des KB/Gruppe Frankfurt

Faschistisches Blutbad in Thailand

Am Mittwoch, den 6. Oktober führte die führende thailändische Offiziersclique in Verbindung mit der zivilen Reaktion einen außerordentlich brutalen Putsch durch.

Im Zuge einer längeren Protestkampagne gegen die Anwesenheit des Altfaschisten Kittikachorns in Thailand (vergl. AK 88 und 89) sammelten sich ca. 3.000 Studenten, Arbeiter und Schüler in der Thammasat-Universität in Bangkok. Ihr Protest galt auch der Ermordung zweier Demonstranten wenige Tage zuvor, die von mehreren Polizisten zusammengeschlagen und aufgehängt worden waren!

Für Faschisten, Polizei und Militär war dies offensichtlich das Angriffssignal – sie mobilisierten die militanten faschistischen Banden der „Roten Büffel", mindestens 1.000 schwerstbewaffnete Feldpolizisten und Militär zur Universität. Was dann folgte, kann nur noch als Massenmord bezeichnet werden:

„Am Mittwochmorgen sammelten sich die ‚Roten Büffel' vor dem Gemäuer der Thammasat-Universität... Dann kletterten die ersten ‚Roten Büffel' über die Mauern und Zäune. Wenig später gab Thailands Polizeichef Srisuk Mahintorothep Einsatzbefehl. Tausend Scharfschützen und Bereitschaftspolizisten rückten nach militärisch exaktem Einsatzbefehl gegen die meist unbewaffneten Studenten vor. Sie schossen gezielt. Ein paar Molotow-Cocktails flogen zurück. Und einige Studenten ergaben sich. Die ‚Büffel' lynchten sie umgehend. Mit Latten und Eisenstangen droschen sie auf die Studenten ein. Einem stachen sie die Augen aus, dann henkten sie ihn langsam an einem Baum. Mit einem Lineal, unter's Kinn des Opfers geschoben, half einer aus dem Mob mit. Noch auf den toten Gehenkten droschen andere mit Stühlen und Stangen ein. Schließlich folgten Handgranatenattacken auf die Hörsäle" („Frankfurter Rundschau", 8.10.76).

Die faschistischen Kräfte schossen mit Panzerfäusten, Granatwerfern und Maschinengewehren in die weitgehend unbewaffnete Menge. Angeblich fielen über 40 Menschen dem faschistischen Terror zum Opfer, über 160 wurden verletzt. Die tatsächliche Zahl der ermordeten Antifaschisten dürfte noch weit höher liegen.

Allein die Polizei *„rühmt sich, 26 Rädelsführer erschossen zu haben"* („FR", 8.10.76).

Allein die Polizei *„rühmt sich, 26 Rädelsführer erschossen zu haben"* („FR", 8.10.76).

Wenige Stunden nach diesem faschistischen Gemetzel übernahm eine Offiziersclique unter Führung des See-Admirals Sangat Chalawyu die Macht. Die Junta mit dem Namen „Nationaler Reformrat" stützte sich sofort auf die Macht ihrer Panzer – sämtliche wichtige Einrichtungen wurden umgehend umstellt – darunter selbstverständlich auch die Thammasat-Universität.

Putschisten errichten Militärdiktatur!

„Damit Thailand keine Beute der Kommunisten wird, die Monarchie bewahrt und die königliche Familie erhalten bleibt" („SZ", 7.10.) erließ die faschistische Junta sofort alle möglichen Zwangsmaßnahmen:

Die Verfassung wurde aufgehoben, das Parlament aufgelöst, die Parteien verboten, und alle Zivilgerichte wurden unter Militärgerichtsbarkeit gestellt. Sofort wurde eine totale Ausgangssperre errichtet und Versammlungen von mehr als fünf Personen verboten.

Sämtliche Zeitungen durften nicht erscheinen. Der Oberkommandierende der Streitkräfte, Luftwaffenmarschal Kamol, erhielt *„als Friedenswahrer der Nation"* („Süddeutsche Zeitung", 7.10.) Generalvollmacht über das Militär. Umgehend wurde die sogenannte „Antikommunismusakte" von 1952 wieder in Kraft gesetzt. *„Sie erlaubt es den Behörden, jeden vor's Militärgericht zu stellen, der entfernt (!) kommunistischer Tätigkeit verdächtig werden k ö n n t e"* („FR", 8.10.76).

So ausgestattet mit Dekreten und Erlassen traten die Faschisten nach dem Angriff auf die Thammasat-Universität erneut in Aktion. Innerhalb von nur zwei Tagen verhafteten sie mindestens 4.300 Menschen. *„Den Festgenommenen, von denen ein Drittel Frauen sind, werden Majestätsbeleidigung, kommunistische Umtriebe, illegaler Waffenbesitz oder auch nur Widerstand gegen die Staatsgewalt zur Last gelegt"* („FR", 8.10.). Systematisch durchsuchten die Militärs das gesamte Universitätsgelände. Während der Durchsuchungen kam es zu Schießereien („Times", 9.10.). Bis zum Sonntag, den 11.10. wurden *„etwa eine Million Bücher, Filme und andere politische Veröffentlichungen beschlagnahmt"* („SZ", 11.10.).

Nach Angaben des faschistischen „Nationalen Reformrats" ist *„eine 80.000 Mann umfassende Truppe praktisch Tag und Nacht im Einsatz"*. Sie *„durchkämmen die Hauptstadt Bangkok und die angrenzenden Gebiete nach verdächtigen Personen und subversiven Schriften"* („SZ", 11.10.76).

Seit dem 6. Oktober (dem Tag des Putsches) nimmt die Zahl der Verhaftungen und Ermordungen zu. Nachdem wenige Tage nach dem Putsch die Ausgangssperre und das Zeitungsverbot teilweise aufgehoben wurden, verhängten die Faschisten am Dienstag, den 12.10. erneut eine totale Ausgangssperre in Bangkok.

Die erneute Ausrufung der Ausgangssperre deutet darauf hin, daß die Armee die Sache doch nicht so sicher in der Hand hat – vor allem in den Provinzen nicht.

Faschismus mit „demokratischem" Image?

Sofort nach dem Putsch riefen die Militärs *„Zivilisten zur Hilfe des Regimes auf"* („Times", 9.10.). Die Bildung einer neuen Regierung wurde angekündigt, *„die stufenweise Wiederherstellung der Demokratie innerhalb von 16 Jahren versprochen"* („FR", 15.10) usw. Man kennt das ja aus der chilenischen Entwicklung.

Eine größere Zahl der reaktionären und faschistischen Prominenz erklärte sich bereit, mitzuarbeiten – der ehemalige Außenminister und andere Minister, Bankiers, Industrielle, der Generalsekretär des SEATO-Paktes und sogar ein prominentes Mitglied der Demokratischen Partei („Guardian", 9.10.76 und „SZ", 9.10.). Schließlich bestätigte der König dann den Machtwechsel. Der rechtsradikale Staatsanwalt Dr. Thanin wurde mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt, zum Premierminister ernannt, und auch vom König bestätigt. Thanins „Regierungsschwerpunkt" ist klar: *„Kampf gegen die kommunistische Gefahr ..."* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11.10.76).

Der frischgebackene Ministerpräsident erklärte, *„daß die neue Regierung die zivile Exekutive der Militärs sein wird"* („FAZ", 11.10.). Praktisch also bestenfalls ein weisungsgebundener Verwaltungsrat ohne eigene Entscheidungsbefugnisse!

Lang angelegter Putsch

„Der Putsch war nicht das Werk einer einzelnen militärischen Gruppe, sondern des alten Offizierscorps als ganzes" („Guardian", 9.10.76).

Auch die „prominenten" Reaktionäre, die sich der Militärjunta angedienert haben, zeigen, daß sich die Putschisten auf breite Teile der Bourgeoisie stützen können.

Der Putsch selbst ist seit langem verbereitet. *„Eine Gruppe führender Generäle unter Vorsitz von General Kriangsak hatte schon vor einiger Zeit beschlossen, einen Staatsstreich durchzuführen und dafür mehrere Alternativen geplant"* („FAZ", 11.10.76). Der Konterrevolution ging es nur um einen günstigen Zeitpunkt zum Losschlagen.

Insbesondere im Zusammenhang mit der Auflösung des Parlaments im März dieses Jahres und den Neuwahlen im April wurden konkrete Putschpläne bekannt. Der einflußreiche Faschist Kris Sivara, der an vielen Schaltstellen in der Armee saß, diskutierte ganz offen die Voraussetzungen für einen Militärputsch. Wenig später beförderte er den heutigen Junta-Führer zum Oberkommandierenden! ...

Seit den ausgeschriebenen Neuwahlen im März '76 wurde zielstrebig von allen bürgerlichen Politikern ein reaktionäres, von Terror gekennzeichnetes Klima im Land geschaffen. Die Zahl der ermordeten Linkspolitiker, Studenten und Bauernführer läßt sich nur sehr schwer schätzen – alleine über 40 waren es im Wahlkampf.

Die Armee hatte das Land mit ihren Radiostationen übersät und propagierte tagtäglich faschistische Ziele und antikommunistische Hetze. „Der

ren Radiostationen übersät und propagierte tagtäglich faschistische Ziele und antikommunistische Hetze. „Der

Abschaum der Menschheit – das sind die Linken im Lande" heißt ein „Schlager", getextet und produziert von den Radiosendern der Armee („SZ", 28.9.76)!

Der nächste Schritt war die Ausrufung des Kriegsrechtes über eine ganze Reihe neuer Provinzen – so daß zur Jahresmitte schließlich exakt die Hälfte des Landes unter Kriegsrecht und Militärdiktatur stand! Wichtig ist hierbei, daß diese Maßnahmen ebenso wie die forcierten Aktionen gegen die Befreiungskräfte (Napalm-Bombenangriffe, Umsiedlungsaktionen etc.) von allen bürgerlichen Kräften im Parlament unterstützt wurden!

So gerüstet trat die Reaktion an zum Angriff auf die Hochburg der legalen Opposition, die fortschrittlichen Studenten, Schüler und Arbeiter im Zentrum Thailands. War die vom Militär vorbereitete Einreise des Altfaschisten Praphas Carusatien noch ein Test, um die Stärke der linken Kräfte auszuloten (Praphas mußte aufgrund der Proteste Thailand wieder verlassen) – machten sie die Einreise des Ex-Diktators Kittikachorn zu einer Kraftprobe.

Bereits am 20. September 1976 erklärte die Kommunistische Partei Thailands über den Radiosender „Voice of the People of Thailand" die Gefahr eines möglichen Militärputsches: *„Dies zeigt deutlich, daß Thanoms Rückkehr nicht zufällig war; es war eine Verschwörung zwischen Ultrarechten, reaktionären Machthabern, US-Imperialismus und Lakaien der Tyrannen, um Verwirrung zu schaffen und diese Verwirrung als Vorwand für einen Putsch und den Wiederaufbau des tyrannischen, diktatorischen Systems zu nutzen"* (lt. „Summary of World Broadcasts/BBC", 25.9.).

Die Regierung machte von vornherein deutlich, daß sie nichts gegen die Anwesenheit Kittikachorns unternehmen wird, sondern im Gegenteil ihm die Anwesenheit als Mönch (!) erlaubt wurde.

Gegen die linken Demonstranten wurde von Beginn der Auseinandersetzungen gehetzt und mobilisiert. So wurden bereits vor dem Putsch mehrere linke Demonstranten durch faschistische Mordanschläge getötet.

Während dieser Auseinandersetzungen kam es ebenfalls zum faktischen Zusammenbruch der Koalitionsregierung. Am 24. September trat der Ministerpräsident zurück, nicht ohne noch vorher die Alarmbereitschaft der Armee anzuordnen („SZ", 24.9.76)! Dies bedeutete, daß die Regierung ausgeschaltet war (mit Rücktritt des Ministerpräsidenten wird die gesamte Regierung aufgelöst), die Armee über den Alarmzustand jederzeit eingreifen konnte. Einen Tag später wurde der zurückgetretene Ministerpräsident Seni Pramoj erneut mit der Regierungsbildung beauftragt.

Einen Tag vor dem Putsch stellte sich noch kurz die neue Regierung vor. Zu dem Zeitpunkt hatten die Militärs *„die thailändische Volkspartei, den mit 56 Sitzen größten Koalitionspartner der Seni-Regierung, von ihren Coup-Absichten"* schon informiert (zitiert nach „FAZ", 11.10). Der alte und neue Ministerpräsident Seni ernannte den Putschisten-Führer persönlich zum „Verteidigungsminister" und verschaffte ihm so ganz offiziell die Verfügungsgewalt über die gesamte Armee („Summary of World Broadcasts/BBC", 6.10).

Faktisch hatten die putschistischen Militärs damit schon die Macht übernommen. Der eigentliche Putsch einen Tag später bildete dann den Auftakt zur Niederschlagung der demokratischen Kräfte mit unendlich gesteigertem grausamen Terror.

Die neuen faschistischen Machthaber haben mit ihren Absichtsbekundungen, mehr Garantien zu geben für das ausländische Kapital und die US-Imperialisten zur Rückkehr nach Thailand zu bewegen, deutlich gemacht, in wessen Auftrag sie geputscht haben: im Auftrag des Imperialismus und im Sinne der internationalen Reaktion. Die vietnamesischen Genossen schrieben in ihrer Zeitung „Nahn Dan", *„die Mitglieder der neuen Militärjunta in Bangkok hätten sämtlich enge Beziehungen zu dem amerikanischen Geheimdienst CIA und hätten den Sturz der Regierung Seni Pramoj, nach Anweisungen des amerikanischen Aussenministeriums' durchgeführt"* (zitiert nach „FAZ", 11.10). Ganz in diesem Sinne äußerte sich auch die thailändische KP über „Voice of the People of Thailand" unmittelbar

diesem Sinne äußerte sich auch die thailändische KP über „Voice of the People of Thailand" unmittelbar

nach dem Putsch.

Damit beschreitet die thailändische Reaktion erneut den Weg, den schon Lon-Nol und Thieu gingen: Vollständige Übergabe des Landes an den Imperialismus zur Ausplünderung, Unterdrückung jeder demokratischen Opposition, um letztlich freie Hand für den Kampf gegen die Volksbefreiungskräfte zu haben.

Die Putschisten werden scheitern!

Konkrete Auswirkungen hat der Putsch auf die Teile Thailands, die bisher noch nicht unter Kriegsrecht standen – wesentlich auf Thailands Zentrum, Bangkok und Umgebung. Hier gelang es der Reaktion, die demokratische, weitgehend auf legale Kampfformen orientierte Opposition zumindest vorübergehend zu schlagen. Aber größere Gebiete des Landes befinden sich unter Kontrolle der Volksbefreiungsstreitkräfte, angeführt von der Kommunistischen Partei Thailands!

Und gegen die Volksbefreiungskräfte sind die Militärs auch in der Vergangenheit nicht angekommen. In den jüngsten, großen Feldzügen der Armee gegen die Guerilla mußte die Armee schwere Verluste hinnehmen. Überdies ist kein Fall bekannt, in dem es der thailändischen Armee gelungen wäre, ihr Ziel – Rückdrängung der Volksbefreiungskräfte – zu erreichen. Nach den uns vorliegenden Berichten ist eher das Gegenteil eingetreten.

Den faschistischen Schlächtern von Bangkok und ihren CIA-Hintermännern kann mit Bestimmtheit schon heute vorausgesagt werden, daß sie genauso unrühmlich und gewaltsam wie ihre Gesinnungsfreunde Lon Nol, Thieu etc. von der politischen Bühne vertrieben werden.

Asien-Kommission

Nach dem „Verbot": Ustascha-Propaganda wie eh und je!

UZDANICA

HRVATSKA DRŽAVA

GLASILO HRVATSKOG NARODNOG ODBORA
List za Domovinu i Emigraciju
Hrvatska Hrvatima

OBRANA

GLASILO HRVATSKOG NARODNOG ODPORA
GOD. XIV. MADRID, LIPANJ-KOLOVOZ 1976

„Verbotenes" Faschistenblatt „Obrana" – und andere Exil-Kroaten-Propaganda: Im freien Verkauf

Zur Erinnerung: Am ersten Juni dieses Jahres verfügte das Bundesinnenministerium etwas Ungewöhnliches – das Verbot zweier Faschistenorganisationen! Es handelte sich um die jugoslawischen Ustascha-Terrorgruppen „Kroatischer Volkswiderstand" und „Kroatischer Verein Drina" (vgl. AK 82 und 84). „Mit geeigneten Maßnahmen", hieß es im Pressedienst des Ministeriums am 9. Juni, werde dafür gesorgt, „die Fortsetzung gesetzwidriger Tätigkeiten zu verhindern". Dazu gehörte auch, daß dem „Volkswiderstand" in Zukunft „insbesondere die Herstellung und der Vertrieb von Druckerzeugnissen" untersagt wurde. Das traf besonders sein Blatt „Otpor". Für den „Verein" fehlte zwar eine entsprechende Formulierung; daß seine Zeitung „Obrana" aber genauso dem Verbot unterliegt, geht schon daraus hervor, daß das Ministerium den kriminellen Charakter der Ustascha-Truppe durch zahlreiche Zitate aus „Obrana" belegte.

Nahezu ein halbes Jahr nach dem „Verbot" ist nun festzustellen, daß „Anti-Terror"-Minister Maihofer und seine Staatsschützer bei diesen Terrorbanden nach dem Motto verfahren: Was schert mich mein Geschwätz vom Juni?

Das Ustascha-Blatt „Obrana", Organ des verbotenen „Kroatischen Vereins Drina" (bzw. seiner internationalen Dachorganisation HNOdpor), wird – wieder oder nach wie vor – offen in der BRD verkauft und zwar dort, wo die Verfassungsschützer es schon immer orteten: So stammt die uns vorliegende „Obrana"-Nummer (in der die Faschisten kaltlächelnd über ihr Verbot in der BRD berichten!) vom 9.10. 76 aus dem Zeitungsstand im Hauptbahnhof Hannover. Abgesehen von der „Obrana" betreiben die Ustaschi trotz des Verbots – wie nicht anders zu erwarten – ihre Propaganda weiterhin mittels anderer Blätter, die genauso ungestört offen vertrieben werden. Das Zweimonatsblatt „Hrvatska Drzava" zum Beispiel berichtet in seiner September/Oktober-Ausgabe beifällig über die Flugzeugentführung kroatischer Faschisten im September in den USA. (In Hamburg ist dieses Blatt immer noch u.a. in „Montanus" -Buchläden zu erhalten).

Genauso nationalistisch-antikommunistisch geht es in dem aus USA und Australien kommenden Blatt „Uzdanica – Hrvatska Borba" zu, in dessen Juni-Nummer Chefredakteur Arapovich beispielsweise die Mord-Herrschaft des Ustascha-Regimes (1941 - 45) schlichtweg leugnet! Auch dieses Blatt war in der hannoverschen Bahnhofsbuchhandlung zu erhalten.

Wenn Leser irgendwo solche Schriften – besonders die „Obrana" – auftauchen sehen, wären wir dankbar, das mit genauen Angaben mitgeteilt zu bekommen: Für Polizei und Gerichte wartet hier eine schöne Aufgabe.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Man hat es eilig!

Kürzlich bekam der presserechtlich verantwortliche Genosse des Kommunistischen Bundes eine Vorladung zum Amtsgericht Hamburg für den 18.10. dieses Jahres. Grund: „Verdacht der Billigung einer Straftat".

Was war geschehen?

Am 26.7.76 berichteten wir im ARBEITERKAMPF Nr. 85 unter der Überschrift „SS-Offizier hingerichtet?" über den bis heute nicht geklärten Tod des ehemaligen SS-Offiziers Peiper. Dazu schrieben wir: *„Sollte Peiper tatsächlich von Antifaschisten hingerichtet worden sein, so können wir nur sagen: Bravo!"*

Dieser letzte Satz war für die faschistische „National-Zeitung" des Dr. Frey Anlaß genug, sich auf einer Viertel Seite mit dem Kommunistischen Bund zu beschäftigen.

Frey gab darin bekannt, daß er „Strafanzeige gegen die Verantwortlichen nach Paragraph 140 StGB" stellen werde. Danach kann eine Verurteilung bis zu fünf Jahren erfolgen. Auffallend ist, wie schnell die Staatsanwaltschaft in diesem Fall die Ermittlungen begonnen hat und jetzt schon nach gut eineinhalb Monaten eine Anhörungsvorlage geschickt hat. Vor allem wenn man bedenkt, wie lange Untersuchungen gegen Nazi-Mörder dauern. Diese Verbrecher sind in der Regel schon Rentner, wenn es endlich zum Verfahren kommt.

Stellen wir über dieses Verfahren und sine Hintergründe eine breite Öffentlichkeit her!

Die Anhörung findet am 18. Oktober im Amtsgericht Hamburg Altona statt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die SPD versuchts tatsächlich!

Hamburg: Wegen „Verdachts der Beleidigung" hat die Spezialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) bei der Hamburger Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen des KOMMUNISTISCHEN BUND eingeleitet. Wortlaut:

„Nach den Ermittlungen haben Sie als Beilage der Ausgabe Nr. 16 vom Juli '76 der Zeitschrift REBELL, für die Sie verantwortlich sind, ein als „Berufsverbote-Poster" bezeichnetes Plakat verbreitet. Das Plakat enthält in großen Buchstaben die Aufschrift „Berufsverbote", kleingedruckt eine Liste von Namen und wiederum in großen Buchstaben den Wahlkampfslogan „Wir arbeiten weiter am Modell Deutschland – SPD" und erweckt sowohl durch die äußere Gestaltung als auch durch Verwendung eines Wahlkampfslogans der SPD den Eindruck einer Veröffentlichung dieser Partei. Der tatsächliche Urheber bleibt ungenannt".

dung eines Wahlkampfslogans der SPD den Eindruck einer Veröffentlichung dieser Partei. Der tatsächliche Urheber bleibt ungenannt".

Wir haben diese Vorwürfe gewissenhaft geprüft und mit Bestürzung festgestellt, daß sie w a h r sind! In der Tat tritt die SPD für Berufsverbote ein, wie die aufgeführten Fälle bezeugen. Das Plakat hätte also wirklich von der SPD sein können! Genau deswegen hatte der Bundesvorstand der Spezialdemokraten sofort nach Erscheinen des REBELL und des Posters eine Anzeige gegen „Hersteller und Verbreiter" des Plakats losgelassen, zunächst freilich noch gegen „Anonym". Einige Tage später hatte es die politische Polizei geschnallt, daß das Poster vom KB stammte, und durchsuchte daraufhin die Räume des Arbeiterbuchs in Bremerhaven und die Verlagsräume des ARBEITERKAMPF in Hamburg. Gleichzeitig sprangen einige spezialdemokratische Ortsverbände im Dreieck, nachdem sie die geklebten Poster entdeckt hatten. Völlig verhuscht lief z.B. der SPD-Bürgermeister von Augustfehn (bei Oldenburg) höchstselbst durch den Ort und verteilte Zettel an die *„Lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger"*, worauf geschrieben stand: *„Der SPD-Ortsverein Augustfehn legt Wert auf die Feststellung, daß diese Plakate nicht von der SPD geklebt wurden"!* Währenddessen kratzten eifrige Bullen die schwarz-rot-goldenen Berufsverbote-Poster von den Wänden. Etwas besonders Apartes hatte sich der SPD-Ortsverein Eutin/Holstein einfallen lassen. Er setzte in den „Ostholsteiner Anzeiger" (24.7.76) eine Anzeige, in der für „Hinweise auf die Täter" eine mickrige Belohnung von 100 DM ausgesetzt wurde.

ner Anzeiger" (24.7.76) eine Anzeige, in der für „Hinweise auf die Täter" eine mickrige Belohnung von 100 DM ausgesetzt wurde.

Das voraussichtlich Ende Oktober beginnende Verfahren gegen den KB ist nicht ohne Witz, klagt doch die SPD nicht etwa wegen widerrechtlicher Benutzung ihrer Wahlkampfembleme, ihres Schriftzuges und ihres „Weiter-Arbeit"-Schnacks, sondern schlicht wegen „Beleidigung"! Offensichtlich wollen diese Leute allen Ernstes auf die richterliche Absegnung ihrer Behauptung „Es gibt keine Berufsverbote" hinaus! Wir erwarten den Prozeß mit Spannung.

Berufsverbote-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Faschisten im „5 %-Block"

Zu den Organisationen, die sich um eine Zulassung zur Bundestagswahl bemühten, gehört auch eine nagelneue: der am 19. Juli '76 in Frankfurt gegründete „5 %-Block".

An Merkwürdigkeiten fehlt es nicht: So soll demnächst eine Strassenzeitung mit dem Namen „Schmetterling" erscheinen. Bis 1978, kündigt der „Block" weiter an, soll die Mitgliederzahl auf 200.000 gesteigert werden. Bei allem aber *„sollte stets der GEIST (...) die Oberhand gewinnen"*.

5%-Block

Kein Wunder: Bundesvorsitzender des „Blocks" ist das ehemalige FDP-Mitglied Otto F. Schönbeck (741 Reutlingen, Sondelfinger Str. 29), gleichzeitig **„1. Vorsitzender der Wirtschaftspartei GE.I.S.T."**. – Bei GE.I.S.T. handelt es sich um eine im Frühjahr 1975 ausgeheckte Unternehmung Schönbecks (hochtrabend: „Partei"), die auf Plakaten und Flugblättern mit Slogans wie *„Er kommt, der Idealist, und ändert die Welt"*, *„Das Wunder beginnt in Deutschland 1976"* warb (und u. a. eine schwachsinnige, an die FSU und ähnliche Vereine erinnernde Geldtheorie verbreitete).

Schönbeck und Co. wären, trotz eifrigen Dranges an die Öffentlichkeit (u. a. mehrere Pressekonferenzen!), keine Silbe wert, wären sie tatsächlich nur isolierte Spinner.

Ein näherer Blick ins Programm läßt freilich aufmerken: Da wird der „Block" als *„Widerstandsbewegung"* angekündigt, die gegen die Politik antritt, die *„in den vergangenen zwanzig Jahren dieses heutige Chaos angerichtet"* hat. Laut ‚Grundsatzprogramm' heißt das: *„Europa soll, – getragen von seiner TRADITION, seinem FLEISS und seinem GEIST –, von kommunistischen und kapitalistischen Einflüssen unabhängig werden"*.

Diese angeblich neuen Parolen sind nun allerdings einer „Tradition" entnommen, nämlich der vor 20, wenn nicht sogar vor 30 Jahren – nämlich der faschistischen Demagogie. Im „5 %-Block" treibt in der Tat eine Gruppe einschlägig bekannter Faschisten ihr Werk – unter dem Deckmantel von Umweltschutzfragen und abenteuerlichen Versprechungen an Mittelstand und Rentner, Unternehmer und Arbeitnehmer, Steuerzahler und „Währungsgeschädigte".

Zu nennen sind:

– **M. O. Bruker, stellvertretender Bundesvorsitzender des „Blocks"**. Bruker ist gleichzeitig **Vize-Präsident des „Weltbundes zum Schutze des Lebens"** (WSL), der zahlreiche Kontakte zum biologistisch-rassistischen Faschistensumpf unterhält. (Siehe als jüngstes Beispiel seine Kontakte zu Roeder – AK 88, S. 33). Weiter sitzt Bruker im „Wissenschaftlichen Beirat" der Rassistenzeitschrift **„Neue Anthropologie"**, die von der **„Gesellschaft für biologische Anthropologie und Eugenik"** unter Leitung des berüchtigten Hamburger Faschisten **Rieger** herausgegeben wird. Außerdem ist Bruker Kuratoriumsmitglied der **„Bruderschaft Salem"**, die (mit viel Schmalz und Gottesglaube garniert) handfest für die Freilassung von SS-Verbrechern wie Kappler wirbt.

– **Erika Herbst**. Sie zeichnet verantwortlich für die im „Lebensschutz"-Bereich aktive **„Aktion Fortschritt für alle"**, deren Blatt das Organ der **„Wählergemeinschaft Mündige Bürger"** ist. Herbst unterhält Kontakt zum **„Arbeitskreis der Wählergemeinschaften, unabhängiger Parteien und Bürgerinitiativen"**. Diese Gruppierung ist unter der Adresse des **„Schönecker Kreises"** (5227 Schöneck/Sieg) zu erreichen. Der Leiter dieses „Kreises ", **H. Kaegelmann**, ist schon als Leserbriefschreiber im Nazi-Blatt „Bauernschaft" (herausgegeben vom Auschwitz-Lügner Christophersen) hervorgetreten. **Auch Kaegelmann taucht nun im Vorstand des „5 %-Block" auf**. Kaegelmann und Herbst hängen über den „Schönecker Kreis" an der **„Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte"** (VVK). Im Vorstand des VVK sitzt der dritte im Bund der Roeder und Christophersen: **Erwin Schönborn**, Chef des Frankfurter **„Kampfbund deutscher Soldaten"**. (VVK, „Mündige Bürger" und WSL-Verbände gehören zu dem runden Dutzend dubioser Gruppen im „Block")

Offensichtlich soll der „5 %-Block" solchen Faschistenkreisen als Tarnorganisation dienen. Zu diesem Schluß hat sich auch Roland Metzger, **Landesvorsitzender der EFP** (Europäische Föderalistische Partei), durchringen müssen, nachdem er zuerst mitmachen wollte: *„Die EFP"* sagt er (nach „5 %-Block"-Rundbrief vom 10.8.76), *„sei angelockt worden (...) und rechtsextreme Gruppierungen wie der Kampfbund Deutscher Soldaten versuchten, den Kurs des Blocks zu beeinflussen"*. Verwundern tut es nicht, hat Schönborn doch bis jetzt sogar in der Maske des biederen Sportsfreundes sein Unwesen getrieben (vgl. AK 88)!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ehemalige KZ-Häftlinge protestieren gegen SS-Treffen

Beunruhigt über die zunehmenden Aktivitäten früherer SS-Angehöriger hatte sich das „Internationale Sachsenhausen-Komitee" (ISK) mit einem Schreiben an den Generalsekretär der UNO und an verschiedene Regierungen gewandt. Im ISK arbeiten ehemalige KZ-Häftlinge unterschiedlicher politischer Herkunft aus 18 europäischen Ländern zusammen. Das ISK stellt in seinem Schreiben u.a. fest: *„Die Tagung des ISK befaßte sich in tiefer Besorgnis mit der zunehmenden Aktivität der SS-Nachfolgeorganisationen unter der Tarnbezeichnung HIAG in der Bundesrepublik Deutschland. So wurden in der für die HIAG herausgegebenen Zeitung ‚Der Freiwillige' allein für die Zeit vom 18. September bis 23. Oktober 1976 16 verschiedene Treffen (von) SS-Einheiten ..., und sogar der berüchtigten Einheit ‚Totenkopf' gemeldet".* Die „Totenkopf"-Verbände stellten die Wachmannschaften für die KZ's. Sie stellten auch die Mörder der im KZ Sachsenhausen von 1936 bis 1945 ermordeten 100.000 Häftlingen.

Am 5. Oktober demonstrierten in Paris vor der Botschaft der BRD ehemalige KZ-Häftlinge und Widerstandskämpfer für das Verbot der SS-Treffen in der BRD. 21 französische Vereinigungen ehemaliger KZ-Häftlinge und Deportierten hatten zu dieser Protestaktion aufgerufen.

KB/Gruppe Kassel

Gericht verbietet Plakat der Jungdemokraten

Vor dem Oberlandesgericht Schleswig hat Franz Josef StrauSS am 24.9. eine einstweilige Verfügung gegen die Jungdemokraten Schleswig-Holsteins durchgesetzt. Bei Androhung eines „Ordnungsgeldes" bis zu einer halben Million DM oder bis zu sechs Monaten Haft wird die Verbreitung eines Plakats verboten, das eine Karikatur von StrauSS und ein Zitat aus seiner berüchtigten Sonthofen-Rede zeigt: **„Wenn wir an die Macht kommen, räumen wir so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts keiner mehr es wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen..."**. Das Gericht stellte sich hinter StrauSS: *„Aus dem entsprechenden Satz der Sonthofener Rede ergebe sich nach seinem genauen Wortlaut und dem Sinnzusammenhang eindeutig, daß Strauß hiermit lediglich extremistische Terroristen wie die Baader-Meinhof-Gruppe und deren Helfers-Helfer angesprochen habe. Der im Wahlposter verwendete Satz erwecke jedoch durch Auslassung mehrerer Worte und dadurch, daß er aus dem Zusammenhang gerissen sei, den Eindruck, als ob Strauß im Falle einer Regierungsübernahme durch die CDU/CSU jegliche Meinungsfreiheit beseitigen wolle"* („Flensburger Tageblatt", 25.9.).

In seiner Rede hatte Strauß behauptet, in den Bundestagsfraktionen von SPD und FDP säße **„ein ganzer Haufen von Sympathisanten der Baader-Meinhof-Verbrecher"**. Hiernach ist offensichtlich, daß Strauß zumindest den politischen Kräften bis weit in die SPD und FDP hinein auf faschstische Weise „das Maul stopfen" will. Laut Gerichtsbeschluß ist dieses Vorhaben legitim! Mit Strafe hingegen muß d e r j e n i g e rechnen, der gegen dieses verbrecherische Vorhaben Stellung nimmt. Wahrlich ein **„R e c h t s staat"** im vollsten Sinn des Wortes!

KB/Gruppe Flensburg

Die Bullen schnüffeln weiter

Bochum: Im Rahmen eines bundesweiten Polizeieinsatzes am 18.8.76 war auch die Politische Buchhandlung in Bochum durchsucht worden. Der Geschäftsführer wurde verhaftet und am 26.8. ohne Angabe von Gründen wieder freigelassen. Es blieb ein Ermittlungsverfahren wegen „Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" (§ 129) in Verbindung mit einem Verstoß gegen den Maulkorbparagraphen 88a.

Und die „Staatsschutz"-Schnüffler bleiben ebenfalls am Ball: Die Wohnung des Geschäftsführers und der Buchladen werden von Beamten der politischen Polizei bzw. des „Staatsschutzes" bespitzelt. Als der Geschäftsführer zu einem Kurzurlaub an die Nordseeküste fuhr, wurde er von einer Reihe „Staatsschützern" verfolgt und beobachtet. Was damit erreicht werden soll, liegt auf der Hand: Der Buchladen soll kriminalisiert werden, die Kunden durch ständige Polizeianwesenheit vertrieben werden!

KB/ Gruppe Bochum

CSU-Gründung in Bremen in Vorbereitung

Kaum waren die Wahlen vorbei, brach in Bremen's CDU der Krach aus: Der stellvertretende Vorsitzende des „Freundeskreis Franz Josef Strauß e.V." – gegründet im Juni 1975 –, das CDU-Mitglied Hans Banasiak, kündigte die Gründung einer CSU-Filiale in Bremen an.

Möglichst noch in diesem Jahr soll die Gründungsversammlung stattfinden, wenn StrauSS seine Zustimmung gibt. Enger Verbindungsmann zu StrauSS ist der Senator a.D. Franz Krammig, CDU-Mitglied, der auf Nachfragen zu den Gründungszielen auf einmal „krank" war. Angeblich hat der Bremer StrauSS-Freundeskreis mittlerweile 300 Mitglieder.

Hintergrund des schnellen Vorstoßes der CSU-Freunde ist das Wahlergebnis: 60% für die CSU in Bayern und 38% im Durchschnitt in den übrigen, vor allem norddeutschen Bundesländern, beflügelten den CSU-Vorsitzenden Strauß nach der Wahl zu einigen krachledernen Abfälligkeiten gegenüber seinen norddeutschen CDU-Kumpanen:

„*Die Kameraden da oben, diese Nordlichter, haben doch versagt. In Niedersachsen, in Hamburg, in Bremen, in Schleswig-Holstein*".

„*Wenn es anderswo weiterhin so aufgeblasene Arschlöcher gibt, die nicht in der Lage sind, Wahlkampf zu führen, dann werden wir auf 30 Jahre hinaus keine Mehrheit mehr bekommen*".

„*Wer jetzt noch weiter der FDP hinten reinkriecht, der schwebt doch wirklich in einem Heißluftballon – ob das Helmut Kohl ist oder sonst wer*" („Welt am Sonntag", 10.10.).

StrauSS braunste „Nordlichter" in Bremen, die nach einem Gespräch mit ihm vor den Wahlen ein Stillhalteabkommen mit der örtlichen CDU-Führung geschlossen hatten, drängen jetzt auf einen scharfen Rechtskurs.

Krach gibt es dabei mit der CDU-Führung. Ihr Vorsitzender Hollweg wurde ob des Versager-Vorwurfs gegen die „Nordlichter" böse: „*Das empört uns besonders angesichts der Tatsache, daß wir im Wahlkampf 50 Prozent unserer Zeit und Kraft gebraucht haben, um Vorurteile gegen Strauß abzubauen*" („Frankfurter Rundschau", 11.10.). Gegen die Initiatoren der CSU-Gründung beantragte nach dem Kreisvorstand der Jungen Union (11.10.) mittlerweile auch der CDU-Fraktionsvorsitzende in der Bremer Bürgerschaft, Bernd Neumann, den Parteiausschluß („Bremer Nachrichten", 12.10.).

KB/ Gruppe Bremen

NPD nach der Wahl

Bei den Bundestagswahlen kam die NPD auf dürftige 0,3% – gegenüber noch 0,6% im Jahr 1972.

Keineswegs war die NPD mehr die unumstrittene Wahlpartei für Faschisten, als die sie noch 1972 hatte auftreten können. Verschiedene Nazi-Banden hatten sogar „Wahlboykott" propagiert. Die „Deutsche Wochenzeitung" (DWZ), unter Leitung des Ex-SS-Offiziers Erich Kernmayr (der sich heute Kern nennt) und des ehemaligen NPD-Chefs von Thadden, hatte sich erst wenige Wochen vor der Wahl dazu entschließen können, zur Stimmabgabe für die NPD aufzurufen. „National-Zeitungs"-Chef Frey – immerhin doch NPD-Vorstandsmitglied! – ließ die offene Werbung für die NPD auch sein und trat verstärkt als Chef seiner „Deutschen Volksunion" auf.

Wie seine Einschätzung ausgesehen haben mag, deutet sein Nach-Wahl-Kommentar an: „*Die Verantwortlichen werden nun gewiß mit sich zu Rate gehen, ob ein Antreten im Lichte des erzielten Resultats sinnvoll war*" (NZ, 8. 10. 76).

Die NPD selbst erklärte gleich in der Wahlnacht: „*Der Wahlausgang kann die Führung der NPD in keiner Weise befriedigen und bedarf ernster Überlegungen*" (DWZ, 8. 10. 76).

Daß diese Überlegungen, so wie die Dinge liegen nicht auf ein Erstarken der NPD als Parlamentspartei hinauslaufen können, ist den Chef-Faschisten durchaus klar. Frey: „*Im Polarisierungsrennen der Blöcke hatten die kleineren Parteien keine Chance*". Im Klartext: Wo die CSU/CDU rechtsaußen abschöpft, sieht die NPD alt aus!

Unbeschadet ihres eigenen Fehlschlags wittern die Faschisten jedoch Morgenluft. Thadden in der DWZ: „*Die große Wende kündigt sich an... Die Ära Brandt geht vorerst noch weiter, aber ihr Ende ist absehbar geworden.*"

Die „National-Zeitung": „*Alles in allem: Dies war keine Volkstrauerwahl. Die Linke hat eine empfindliche Schlappe erlitten... Früher oder später könnte Schmidt auf der Strekke bleiben. Die frommen Wünsche der Mitte und der Rechten begleiten ihn*".

Der politische Zug geht – so meinen die Faschisten! – in die richtige Richtung ab, und zwar vor allem dank Strauß und Co.: „**In Bayern gehen die Uhren allerdings schneller, aber richtig, in Norddeutschland gehen sie zu langsam**" (v. Thadden).

Was bleibt da den Faschisten eigentlich noch selbst zu tun?

Nach Kernmayer geht es darum, „**für Ausbau und Alternativen einer Rechtsentwicklung Hilfestellung zu geben**".

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Beinahe wieder ein Polizei-Mord

„Glück" hatte ein Autofahrer in Bamberg. Er wurde von der Polizei nicht erschossen, sondern „nur" durch einen Schuß in den Unterkiefer verletzt. Der glücklich davongekommene war angeblich ohne Licht gefahren. Die Vorfahrtsregeln soll er außerdem auch noch verletzt haben! Als die Bullen daraufhin das Auto stoppten, sollen sich die Insassen „geduckt" haben. Wahrscheinlich aus Angst vor den gezückten Waffen der Bullen. Jedenfalls veranlaßte dieses „Dukken" nun erst recht die Bullen, sich angegriffen zu fühlen (die Insassen des Autos hätten den Eindruck gemacht, „als ob sie schießen würden"). Aus „bisher noch nicht eindeutig geklärter Ursache" (offzielle Polizei-Sprachregelung) „löste sich" dabei aus einer Bullen-Pistole ein Schuß, der das Autoblech und den Unterkiefer des Fahrers durchschlug.

Klar ist: Hätten die Bullen vielleicht „versehentlich" den Autofahrer voll in den Kopf getroffen, oder hätten sie mit Trommelfeuer das Leben aller Insassen des Autos ausgelöscht – es würde ihnen auch nichts weiter passieren! Ein Bulle im Dienst hat allemal den „Jagdschein"! Gerade diese vollständige Narrenfreiheit sorgt dafür, daß den Bullen auch zukünftig die Schießeisen locker sitzen. Wer als Verkehrssünder mit zerschmettertem Kiefer davonkommt, sollte froh sein!

Kripohauptmeister Jahnel (im karierten Hemd) schlägt auf Merckens (dunkle Jacke) ein . . .

. . . dann sprüht der Beamte mit der »chemischen Keule«. Ein Frankfurter Amateurfilmer hielt die Szene fest

Filmaufnahmen haben den Lehrer Manfred Merckens jetzt davor bewahrt, wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung verurteilt zu werden. Der inzwischen 26jährige Pädagoge war am 4. August 1975 im Anschluß an eine Protestkundgebung gegen Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt unter anderem von dem Kriminalbeamten Manfred Jahnel niedergeschlagen und mit der sogenannten »chemischen Keule« (Chemical Mace) besprüht worden. Das Kampfgas führt zu heftigen Kopfschmerzen, zu Verätzungen der Augen und der Haut.

In der Anklageschrift war dann allerdings Merckens als Angreifer und die Polizei als Opfer dargestellt worden. Als Zeugen bestätigten zehn Beamte diese Version und bestritten den Einsatz von Schlagstock und »chemischer Keule«. Aussage von Kriminalhauptmeister Jahnel: »Ich bin ein Gegner des Chemical Mace, so was habe ich nie benützt.« Nachdem die Verteidigung nun im Prozeß an Hand von Aufnahmen eines Amateurfilmers Jahnels Kampfgaseinsatz beweisen konnte, wurde das Verfahren auf Kosten der Staatskasse eingestellt.

Merckens gehört zu den 600 Lehrern, die in Hessen bislang nicht in den Schuldienst übernommen wurden. Nach seiner Hochschulausbildung macht der Frankfurter jetzt eine Lehre als Reprofotograf. Gegen die beteiligten Polizisten hat er Strafanzeige wegen Körperverletzung im Amt eingereicht.

Die Strafverfolgung wegen der Falschaussagen obliegt der Staatsanwaltschaft.

Aus „Stern", Nr. 43/1976

„Arbeitsdienst neu gegründet" ...

„Arbeitsdienst neu gegründet" ...

Unter dieser Überschrift berichtet der berüchtigte Altnazi Thies Christophersen („Ich bin kein Demokrat – ich bin ein Rassist") in seinem braunen Blatt „Die Bauernschaft für Recht und Gerechtigkeit" über das Treiben der Salem-Bruderschaft. Jene „Bruderschaft" erzieht in ihren – bisher zwei – „Kinderdörfern" die Jugendlichen nach dem Motto „Gesund, religiös und deutsch" (siehe Artikel im AK 89). Wie „deutsch" – das beweist die Tatsache, daß Gottfried Müller (Chef der „Bruderschaft") „*beabsichtigt, nun wieder einen freiwilligen Arbeitsdienst zu gründen. Ich bin überzeugt, er bringt es fertig ..... Seine Arbeit finanziert er aus Spendengeldern, die anscheinend reichlich eingehen*", schreibt Th. Christophersen („Bauernschaft", Nr. 3/76).

Müller knüpft mit seinem „Arbeitsdienst" – über den er in Hamburg auf einer Werbeveranstaltung für die „Kinderdörfer" am 10.9. wohlweislich schwieg – an die Tradition des Hitlerfaschismus an.

Daher weht also der Wind! Und ließ nicht Gottfried Müller in Hamburg seine Kinderkapelle die alten Militaristenlieder „Alte Kameraden" und „Gebet an den großen Zapfenstreich" spielen?!

Immer klarer schält sich der Charakter der Erziehungsprinzipien in den „Kinderdörfern" der Salem-Bruderschaft heraus: Faschistisches Gedankengut in die Kinder einbleuen, um sie „bereit" zu machen, für die Ziele des deutschen Imperialismus einzutreten.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Flensburg

Fall Strecker,

Fall Strecker, Fall Ickler, Fall

Fall Ickler, Fall ...

Die Frankfurter Bullen sind noch immer auf der Jagd nach Menschen, denen sie den Wurf eines Molotow-Cocktails in die Schuhe schieben können, der im Zusammenhang mit einer Demonstration anläßlich des Todes von Ulrike Meinhof einen Frankfurter Bullen schwer verletzt hatte. Wie der „Informationsdienst" Nr. 145 vom 2.10.76 berichtet, wurden je eine Person aus Wohnungen in der Robert-Mayer-Straße 4 und in der Landgrafenstraße nach Hausdurchsuchungen festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Den Verhafteten wird Mordversuch bzw. Beihilfe zum Mordversuch vorgeworfen. Die Verhafteten wurden nach kurzen Verhören freigelassen.

Die Zahl derer, gegen die wegen desselben „Delikts" ermittelt wird, hat sich damit auf fast 30 Personen erhöht. Der „ID" weist dabei zu Recht darauf hin, wie sich in dieser Angelegenheit die Verteidiger-Ausschluß-Gesetze als Waffe der Bullen auswirken werden: „*Nach den neuen Verteidiger-Ausschluß-Gesetzen, nach denen ein Verteidiger immer nur eine Person verteidigen darf, wenn der Tatvorwurf für mehrere Personen derselbe ist, wird es jetzt zunehmend schwieriger, noch Verteidiger zu finden*".

KB/ Guppe Frankfurt

MEK übt Razzia in Nürnberg

Am 24.9. überfiel ein Mann eine Bankfiliale in der Fürther Straße in Nürnberg und entkam mit einem Geldbetrag zwischen 3.500 und 7.000 DM (der Bankkassierer hatte bei der „Übergabe" nicht gezählt). Das Fluchtauto wurde später gefunden, von dem Mann fehlt jede Spur.

Dieser Überfall war für die Nürnberger Oberbullen heiß ersehnter Anlaß, ihr MEK-Kommando auf die Be-

Dieser Überfall war für die Nürnberger Oberbullen heiß ersehnter Anlaß, ihr MEK-Kommando auf die Be-

völkerung des die Bank umgebenden Altbauviertels loszulassen. Aufgrund von windigen „Zeugenaussagen" „durchkämmte" das MEK die Häuser. Ausstattung: Panzerweste, Maschinenpistole, Tränengasbomben! Weiterer Grund, sich diese Viertel vorzunehmen, sei die Tatsache gewesen, daß es in der Vergangenheit in dieser Gegend mehrere Überfälle gegeben habe. Obwohl die Suche erfolglos blieb, war die Aktion für die Bourgeoisie sicher ein Erfolg.

Das MEK praktizierte hiermit, was im Entwurf für ein neues bundeseinheitliches Polizeigesetz legale Praxis für alle Polizisten werden soll: Die Einführung von Razzien durch schwerbewaffnete Polizei-Truppen, die ganze Stadtviertel durchkämmen. Die Bevölkerung soll an solche Aktionen gewöhnt werden. Das Ganze im Nürnberger Fall für lumpige 5.000 DM, um die eine Bank erleichtert wurde.

Der „Textilzar" Glöggler hinterließ 457 Mio. DM Schulden, bevor er sich auf seine Besitztümer in Kanada „zurückzog". Auf ca. 530 Millionen

ließ 457 Mio. DM Schulden, bevor er sich auf seine Besitztümer in Kanada „zurückzog". Auf ca. 530 Millionen

wird der Grundstücksbesitz geschätzt, den er vorher noch rechtzeitig seiner Sippschaft überschrieb. Glöggler kassierte „800 Millionen ohne Revolver", wie die von Arbeitslosigkeit bedrohten Glöggler-Arbeiter bei einer Demonstration auf ein Transparent schrieben. Mit von der Partie waren hohe bayrische Staatsbeamte, die Hunderttausende an Schmiergeldern kassierten. Unwahrscheinlich, daß das MEK einen Einsatzplan zur Ausräucherung dieses korrupten Haufens besitzt, schließlich wird dieses Bürgerkriegs-Kommando ja von den g l e i c h e n Halunken ausgehalten. Ja, lohnen würd' sich's schon!

KB/Gruppe Nürnberg

AntiFa-Veranstaltung in Wanne-Eickel

Anläßlich der NPD-Provokationen im Bundestagswahlkampf (s. AK 89) führten wir eine Veranstaltung „Kampf dem Faschismus" mit knapp 50 Menschen durch. Neben einer antifaschistischen Fotoserie und Liedern wurde in drei Referaten auf die Politik der offenen Faschisten und die faschistische Gefahr in der BRD hingewiesen.

Daran entzündete sich die Empörung des anwesenden KBW und GIM. Für den KBW war die ganze Veranstaltung eh ein „Schmus", da „mit keinem Wort auf die proletarische Revolution eingegangen" worden sei. Faschistische Gefahr gebe es nicht, denn „die Bourgeoisie will nur eins: Höchstprofite und nochmals Höchstprofite".

Darin war sich die GIM mit dem KBW einig. Da es keine faschistische Massenbewegung gebe, könne es auch keine faschistische Gefahr geben. Die Bourgeoisie greife nur gezwungenermaßen zum Faschismus, wenn ihr keine andere Lösungsmöglichkeit mehr bleibt. Faschisierung könne es sowieso nicht geben; das sei „bestenfalls ein Begriff der Sozialpsychologie". ...

Bei soviel politischer Blindheit mochten denn auch die „Wanne-Eickeler Antifaschisten" (Sammelname für die unorganisierten Teilnehmer der Anti-NPD-Aktionseinheit; vorwiegend Trotzkisten, s. AK 89) nicht fehlen. Sie hatten vorher die Aktionseinheit ohne inhaltliche Begründung gespalten (s. AK 90). Da wir dieses Verhalten in einem offenen Brief kritisiert hatten, sollte der Spaltungsvorwurf nun offenbar mit Lügen und Verdrehungen an uns zurückgegeben werden. Schließlich kamen sie jedoch nicht umhin, sich zu weiterer Zusammenarbeit mit uns bereit zu erklären. Inwieweit dahinter eine wirklich ehrliche Bereitschaft zur Aktionseinheitspolitik steht, bleibt abzuwarten.

Trotz des Diskussions-Hick-hacks war diese erste Veranstaltung der revolutionären Linken in Wanne-Eickel seit ca. zweieinhalb Jahren ein Erfolg und Ansatzpunkt für eine weitere antifaschistische Politik.

KB-Genossen aus Wanne Eickel

Gesichtskontrolle

Lübeck. Auf Anordnung des Stadtpräsidenten Gaul (CDU) muß künftig, wer eine Eintrittskarte zu den „öffentlichen" Tribünenplätzen der Bürgerschaftssitzungen haben will, Name und Anschrift durch Ausweispapiere nachweisen. Hintergrund dieser Kontrollmaßnahme einer „an sich" öffentlichen Angelegenheit bildet der Versuch der Lübecker Initiativen gegen die Fahrpreiserhöhungen, 7.500 Protestunterschriften abzugeben.

Das hatten die Stadtverordneten, mit Bullenaufgebot und Hunden, zu verhindern gesucht und dabei auch ein paar Pfiffe geerntet.

Eine Lübecker Genossin

Bullenterror gegen KBW-Stand

Lüneburg: Am Samstag, den 9.Oktober, räumten fünf Bullen brutal einen Büchertisch des KBW ab. Zuerst wurden den KBW-Genossen getreten und der Büchertisch buchstäblich kurz und klein geschlagen. Schließlich wurden einige KBWler festgenommen. Dabei wurde ein Genosse am Boden liegend an den Haaren gezogen, ein anderer von zwei Bullen an den Armen über die Straße geschleift.

Zwei KBWler wurden aufs Revier geschleppt, drei Stunden festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt. Doch immerhin gelang es auch, einige Genossen gegen die Greifer von der Polizei zu verteidigen.

Dies war nicht der erste Polizeiüberfall dieser Art: Wenn auch nicht mit der gleichen Brutalität wurden am 14.8. und 21.8. Büchertische vom KBW bzw. „KPD" von den Lüneburger Bullen abgeräumt.

KB/ Gruppe Lüneburg

Klassenjustiz

Prozeß gegen Rechtsanwalt Otto Schily

Westberlin. Seit dem 29.9. findet im Westberliner Landgericht ein Prozeß gegen Rechtsanwalt (RA) Otto Schily wegen „Beleidigung" von Haftanstaltsärzten statt. Schily hatte 1974 im Namen seiner Mandantin, der inzwischen an einem Tumor im Brustraum verstorbenen Katherina Hammerschmidt, Strafantrag *„gegen die für das Unterlassen angemessener ärztlicher Versorgung meiner Mandantin während der Dauer der Untersuchungshaft verantwortlichen Personen wegen versuchter Tötung und unterlassener Hilfeleistung"* gestellt (Zitat aus Strafanzeige, 9.1.74).

Diese Ärzte fühlten sich „beleidigt" und stellten ihrerseits Strafantrag gegen den Rechtsanwalt.

Das Verfahren gegen die Haftanstaltsärzte selber wurde aufgrund eines „Gutachtens" von Prof. W. Krauland und Prof. H. Oeser eingestellt. Die sogenannten Sachverständigen hatten hierin festgestellt, daß bei der Betreuung der Frau Hammerschmidt durch die Ärzte grundsätzliche Unterlassungen nicht festzustellen seien.

Im Mittelpunkt der jetzigen Verhandlungen gegen Schily steht deshalb auch die Verantwortlichkeit der Haftanstaltsärzte bei der Behandlung von Katharina Hammerschmidt.

Im Juni 1972 hatte sich Katharina Hammerschmidt, gesucht wegen angeblicher Unterstützung der RAF, in Begleitung von RA Schily aus Frankreich kommend, den Strafverfolgungsbehörden gestellt. In der Untersuchungshaft war sie im Herbst 1973 so weit erkrankt, daß eine ehemalige Zellennachbarin über ihren geschwollenen Hals aussagte, ein Übergang zum Gesicht sei kaum noch zu sehen gewesen. Diese Symptome wurden von der verantwortlichen Ärztin (am 8. Nov. 73, nach ihrer Aussage), auf eine Schilddrüsenerkrankung zurückgeführt.

krankung zurückgeführt.

Nach der Haftverschonung wurde ein Krebsgeschwür diagnostiziert, das nicht mehr zu heilen war.

Katharina Hammerschmidt verstarb im Sommer 1975.

Der Arzt, der den Tumor als erster erkannte, erläuterte jetzt vor dem Gericht, daß bei einer frühzeitigen richtigen Diagnose zumindest das Leben verlängert und die Leiden hätten verringert werden können.

Dies ist aber nicht geschehen. Vielmehr hatte z. B. der Arzt Husen bei einer Diagnose über ein Röntgenbild geschrieben: Lunge o. B. (ohne Befund). Selbst das Gutachten mußte zugeben, daß der Arzt zusätzliche Verschattungen übersehen hatte. In einem Aktenvermerk in lat. Schrift vom 4. Okt. wurde Frau Hammerschmidt als „chronische Simulantin" bezeichnet. Um die Übersetzung dieser Worte ist es in der Verhandlung zum Streit gekommen. Einer der betroffenen Ärzte hat dieser Übersetzung dann doch zugestimmt.

Am 12. Nov. 1973 wurde erstmals ein externer Arzt, kontrolliert von einem Haftanstaltsarzt, zur Untersuchung zugelassen. Ihm gegenüber erklärte Katharina Hammerschmidt, daß sie sich in der Anstalt wie ein Tier behandelt fühle.

Dr. Neubauer, der den Tumor als erster entdeckte, obwohl Katharina Hammerschmidt wegen entzündeter Hämorrhoiden zu ihm kam (!), sagte aus, daß bei den vorliegenden Erscheinungen andere Untersuchungsmaßnahmen hätten eingeleitet werden müssen. Er selbst sei dann den Äußerungen der Kranken, u. a. klagte sie über Erstickungsanfälle, nachgegangen.

Dies haben die Haftanstaltsärzte nicht getan. Der Bruder von K. Hammerschmidt erklärte als Zeuge, er hatte bei einem Besuch im Oktober den Eindruck, daß man sie habe umkommen lassen wollen.

Hinter dem Prozeß steckt eine politische Zielrichtung

Das Entscheidende am Zustandekommen des Schily-Prozesses ist der generelle Angriff auf fortschrittliche Rechtsanwälte in der Bundesrepublik. Der Staatsapparat glaubt scheinbar, hier die Möglichkeit zu haben, einen Vorprozeß zu den eigentlichen großen Verfahren, u. a. Ehrengerichtsverfahren, initiieren zu können. Zu diesem Rahmen gehört auch die äußere Aufmachung.

Der Prozeß findet im Saal 701 statt, wo ansonsten die Staatschutzprozesse abgehalten werden und es können nur 24 Zuschauer herein, obwohl das Interesse weit größer ist.

Hierzu ein Beispiel aus der Erklärung Schilys am ersten Verhandlungstag: *„Und es paßt in diese Szenerie, daß einer der Beamten, den ich auch aufgrund meiner langjährigen Verteidigertätigkeit in diesem Hause kenne, mir heute morgen den Zutritt zum Verhandlungssaal verwehren wollte und erklärte, ich müsse mich erst einer Durchsuchung unterziehen, die sonst nach den hiesigen Gepflogenheiten Anwälten erspart wird. Aber offensichtlich meinte der Beamte nun, wenn ein solcher Prozeß durchgeführt wird und Schily ist Angeklagter, dann muß er auch eine Durchsuchung über sich ergehen lassen. Das ist ein Hinweis darauf, was eigentlich mit diesem Verfahren bezweckt wurde."*

Schily selbst versuchte, in der

Schily selbst versuchte, in der Erklärung die politische Zielrichtung deutlich zu machen, ansonsten überließ er die Verteidigung Prof. Uwe Wesel und RA Jungfer:

„Der Prozeß gegen mich findet statt in einer politischen Landschaft, in der sich häufen Übergriffe der Staatsgewalt auf der einen Seite und in der sich häufen auf der anderen Seite Maßnahmen des Staates, die Kritik an diesen Übergriffen zu verhindern. ... Für mich besteht kein Zweifel, daß mit der gegen mich erhobenen Anklage nicht ich allein getroffen werden soll ... Das Verfahren richtet sich gegen die politischen Verteidiger und gegen die Anwaltschaft überhaupt, ... Ich spreche gewiß auch im Namen aller Kollegen, die in politischen Verfahren tätig sind: Die Versuche der Staatsanwaltschaft, die Meinungsfreiheit der Anwälte einzuschränken und sie einzuschüchtern, sind zum Scheitern verurteilt ..."

Ein Urteil in dem Prozeß wird frühestens um den 20. Oktober erwartet.

Um den Angriffen des Staatsapparates entgegenzutreten und eine Abwehrfront gegen diese Maßnahmen aufzubauen, findet am 19. Oktober eine Veranstaltung zu der Einschränkung der Verteidigertätigkeit in Westberlin statt. U. a. werden auch RA Schily und Prof. Wesel über den Prozeß berichten. Anschließend ist eine Diskussion über die kontinuierliche Arbeit auf dem Repressionssektor geplant.

IKAH Westberlin

Lebenslänglich im RAF-Prozeß gefordert!

Stuttgart-Stammheim. 3 Tage lang dauerte das Plädoyer im RAF-Prozeß von Stuttgart-Stammheim, in dem die Bundesanwaltschaft jeweils lebenslänglich für Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe forderte.

Vor Beginn ihres Plädoyers lehnte es die Bundesanwaltschaft ab, daß ihre Äußerungen von der Verteidigung oder der Presse auf Tonband aufgezeichnet werden. Dies ist nicht nur für Prozesse dieser Größenordnung absolut unüblich, sondern war sogar in Stuttgart-Stammheim neu. Damit soll es der Verteidigung auch in der Schlußphase des Prozesses noch weiter erschwert werden, die Angeklagten angemessen zu verteidigen.

In ihrem Plädoyer argumentierte die Staatsanwaltschaft auf zwei Ebenen: Auf der einen Seite versuchte sie anhand der dargebotenen Zeugenaussagen und Indizienbeweise die Schuld der Angeklagten zu beweisen, auf der anderen Seite versuchte sie, den Angeklagten jegliches politisches Motiv abzusprechen und sieals „gemeine Kriminelle" hinzustellen.

Was den ersten Punkt anbelangt, so stützte sich die Anwaltschaft vor allem auf die Aussagen der beiden Kronzeugen Dierk Hoff und Gerhard Müller. Dierk Hoff, der für die RAF eine zeitlang Sprengsätze hergestellt hatte, war aufgrund von Hinweisen von Gerhard Müller verhaftet worden und war nach entsprechender Bearbeitung durch die Staatsschutzbehörden bereit, „auszupacken", wofür ihm Straffreiheit bzw. ein entsprechend milderes Strafmaß zugesagt wurde. Dasselbe gilt für den Kronzeugen Gerhard Müller, der in besonders schweinischer Manier angebliche Internas über die RAF erzählte und dabei auch die Verteidiger schwer belastete – was der Bundesanwaltschaft bei der Hetze und Ausschaltung der Rechtsanwälte sehr gelegen kam. Allerdings verwickelte sich Gerhard Müller bei seinen Aussagen in derartige schwerwiegende Widersprüche, daß sogar die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer einräumte, „daß der Zeuge Müller nicht ohne Probleme sei" („FAZ", 8.10.76).

Das Schwergewicht legte die Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer auf den „Nachweis", daß Ensslin, Baader und Raspe nicht aus politischen, sondern aus kriminellen und eigennützigen Motiven gehandelt hätten.

In Anlehnung an die Greuelstories der Springerpresse tischte die Bundesanwaltschaft Geschichten über die Angeklagten auf, um sie in typisch faschistoider Art und Weise als minderwertig darzustellen. So wurde Baader als „Haupttäter, aber ohne Format", als „Feigling, der sich nie in gefahrvolle Situationen begab" und „selbst nur darauf bedacht war, ein angenehmes Leben zu führen" („FAZ", 8.10.76) bezeichnet. Gudrun Ensslin habe in Frankfurt immer große Mengen der teuersten Fleischwaren gekauft, woraus die Staatsanwaltschaft ebenfalls auf Eigennutz und kriminelle Motive rückschloß.

Diese Diffamierung und Herabsetzung der Angeklagten hatte ihre bislang zynischste Parallele während des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen 1974, wo in der Boulevard-Presse stand, Baader & Co. äßen haufenweise Kaviar und rohen Schinken. Holger Meins starb während des Hungerstreiks. Er war bei seinem Tod zum Skelett abgemagert.

Makaber waren die Ausführungen, in denen die Staatsanwaltschaft den Angeklagten vorhielt, wie ein richtiges revolutionäres Bewußtsein auszusehen hätte und den „Nachweis" führte, daß Ensslin, Baader und Raspe dies nicht für sich in Anspruch nehmen könnten. Den Sprengstoffanschlag auf das US-Hauptquartier in Heidelberg, für den die RAF verantwortlich zeichnete und bei dem drei amerikanische Soldaten getötet wurden, verglich die Bundesanwaltschaft mit den Verbrechen der Nazis im 2. Weltkrieg in Polen und der UdSSR. (Während der Verhandlung waren alle Zeugen abgelehnt worden, die zu den Verbrechen der US-Imperialisten in Vietnam aussagen konnten, wogegen sich der Sprengstoffanschlag gerichtet hatte.) Die Angeklagten als politisch motivierte Täter zu bezeichnen, nannte die Staatsanwaltschaft „den größten Etikettenschwindel des Jahrzehnts", was sich – und das wurde auch ausdrücklich betont – vor allem an die Adresse des Auslands richten sollte, wo sowohl an der Prozeßführung als auch an den Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD immer heftigere Kritik aufgekommen war.

Beim Vergleich der Aktionen der RAF mit den Verbrechen derNazis hat sich die Bundesanwaltschaft insofern ins Fettnäpfchen gesetzt, als die Massenmörder aus den Naziprozessen (hier sei nur an das jüngste Beispiel des Maidanek-Prozesses erinnert) sich darauf verlassen können, daß sie vor bundesdeutschen Gerichten „milde" Richter finden. „Lebenslänglich" bekam keiner dieser Mörder, in den schlimmsten Fällen – wenn sie weder für „haftunfähig" erklärt noch „frei"gesprochen wurden – kommen sie nach ein paar Jährchen wieder raus. Eine abschließende Wertung des RAF-Prozesses und der in diesem Zusammenhang erfolgten Verfolgung und Diskriminierung der Linken steht noch aus.

Fest steht, daß die Bundesanwaltschaft mit ihrem dreitägigen Plädoyer den Versuch unternommen hat, zu begründen, daß jeglicher Widerstand in diesem Land nicht politisch sondern kriminell sei.

Insofern galten die Aussagen der gesamten Linken.

IKAH („Arbeiterhilfe")

Urteile im Massenprozeß gegen Demonstranten

Oldenburg. Am 5. Oktober wurden 13 Genossen von einem Einzelrichter des Oldenburger Amtsgerichts zu Geldstrafen zwischen 200 und 900 DM verurteilt. Insgesamt müssen 6.200 DM an Geldstrafen gezahlt werden – die Strafen aus vorangegangenen Prozessen in gleicher Sache sowie Gerichts- und Anwaltskosten noch nicht eingerechnet. Die Genossen müssen, soweit sie im Öffentlichen Dienst beschäftigt sind, außerdem mit Disziplinarverfahren bis zum Berufsverbot rechnen. In einem vorangegangenen Fall hat es bereits eine politische Entlassung aus einem Oldenburger Druckbetrieb gegeben.

Die Betroffenen hatten – so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft – im Januar '76 an Demonstrationen gegen die Erhöhung der Oldenburger Busfahrpreise teilgenommen. Dabei waren für kurze Zeit auch einige Busse an der Weiterfahrt gehindert worden. Damit seien lt. Anklage und Urteil, einige Fahrgäste zu einer „Duldung" (Verspätung bis zu 20 Minuten) „genötigt" worden. Weil der „Nötigungs"-Paragraph 240 StGB es so erfordert, wurde der Zweck der Busblockade als „verwerflich" deklariert. Der Zweck bestand faktisch darin, den Forderungen der Demonstranten mehr Nachdruck und Aufmerksamkeit zu verleihen. Außerdem führt praktisch jede Demonstration zur Einschränkung von „Individualrechten" etc. (z. B. Stockung des Straßenverkehrs).

Auch während der Verhandlung gingen Richter und Staatsanwalt rigoros vor. Über die Hälfte der Prozeßbesucher wurden ausgeschlossen, weil kein größerer Sitzungssaal – trotz mehrfacher Anträge – zur Verfügung gestellt wurde. Angeklagte und Verteidiger verfügten nicht einmal über die normalsten Arbeitsbedingungen (Tische usw.). Ein reichliches Polizeiaufgebot sicherte diese Farce ab und griff mehrfach gewaltsam ein.

Zur Solidaritätsarbeit

Über die Fahrpreisprozesse und die Demonstrationen im Januar soll jetzt eine Dokumentation herausgegeben werden – gemeinsam von GIM, Spartacusbund und KB. Diese drei Gruppen hatten schon vor dem Massenprozeß gemeinsame Solidaritätsaktionen durchgeführt: Am 2.10. zusammen mit dem „Werkstatt"-Theater Straßenagitation, wobei zweimal ein Theaterstück über eine Gerichtsverhandlung vor jeweils ca. 100 Zuschauern aufgeführt wurde; am 4.10. eine erfolgreiche Diskussionsveranstaltung mit über 50 Teilnehmern, auf der auch der gemeinsame Besuch der Gerichtsverhandlung vorbereitet wurde. Ein Spendenkonto zur Unterstützung der Verurteilten ist eingerichtet worden: Bank für Gemeinwirtschaft Oldenburg, Solidaritätskonto „Prozesse".

Die Mehrzahl der Angeklagten waren Anhänger des KBW, der leider zu den Prozessen wieder seinen Stuß von der „Massenbewegung" verbriet und von allen anderen die Übernahme dieser realitätsfernen Thesen forderte. Das ist umso lachhafter, als der KBW auf seiner als „Aktionseinheit der Massen" angekündigten Demonstration am 4.10. ganze 35 Menschen versammeln konnte!

Nachdem der KBW vor einigen Wochen eine Art Dauermobilisierung zu jedem Prozeß mit Demo und Veranstaltung sowohl im September als auch noch einmal im Oktober gefordert und die „Sprengung" der Prozesse zur Voraussetzung für jede Aktionseinheit erklärt hatte, wollte er vor dem Massenprozeß am 5.10. am liebsten gar nicht mehr darüber reden, „weil der Kampf nicht im Gerichtssaal entschieden wird". Soviel war aber zu vernehmen, daß der KBW sich grundsätzlich vom bürgerlichen Staat „keine Vorschriften machen" lasse. Stark!

Der KB und die trotzkistischen Gruppen waren nicht bereit, in dieser Weise mit dem KBW gemeinsame Sache zu machen, also die Katze im Sack zu kaufen. Wir konzentrierten uns auf eigene Aktivitäten. Am 5.10. war der KBW unter den Besuchern im Gerichtssaal kaum vertreten; die meisten KBWler waren zu spät aufgestanden und kamen nicht mehr rein. Das veranlaßte den KBW zu den gröbsten Pöbeleien: Wir hätten uns als „Gerichtsdiener" betätigt, den Saal unter „Polizeischutz für die Justiz gesichert" usw.

Am Abend nach der Verhandlung trafen sich gut 20 Leute, die im Gerichtssaal dabei gewesen waren, zu einer Beratung (Erstellung der Dokumentation, Spendenkonto usw.). Der KBW hatte dazu mobilisiert und kam mit ca. 15 Leuten, um uns (die wir „im Lager der Bourgeoisie" stehen) „zur Rede zu stellen". Die geplante Dokumentation wurde als „weinerliches, reaktionäres Machwerk" bezeichnet, das man bekämpfen müsse. Nachdem der Treff derart chaotisiert worden war und zwei Abstimmungen den KBW nicht bewegen konnten, abzuhauen, konnte Schlimmeres nur durch den Umzug in einen anderen Raum verhindert werden.

Wir sind gespannt, zu welchen provokatorischen Machenschaften sich der KBW demnächst noch versteigen wird, um sich im „K(r)ampf zweier Linien" zu profilieren?! ...

KB / Gruppe Oldenburg

„Nur noch mit Weimar vergleichbar"

Frankfurt. Am 9. Oktober fand in Frankfurt ein rechtspolitischer Kongreß der „Vereinigung demokratischer Juristen" (VdJ) statt, wo verschiedene Anwälte scharfe Kritik an den zunehmenden Angriffen auf demokratische Rechte in der BRD übten.

Baader-Meinhof-Anwalt Heldmann prangerte den Stammheimer Prozeß als *„Muster für eine Zerstörung der Strafverteidigung"* an, bei dem die Justiz alles versucht, *„die Verteidigung systematisch zu sabotieren, zu diskriminieren und zu kriminalisieren"*. Das Schlußplädoyer der Bundesanwaltschaft, *„das die Angeklagten zu verteufeln und zu entmenschlichen"* versuchte, erinnert Heldmann *„in der Terminologie an Strafverfahren im Dritten Reich"* und läßt sich seiner Meinung nach *„nur noch mit der Sondergerichtsbarkeit des NS-Staates vergleichen."*

Die Juristen prangerten aber auch den § 88a an, welcher nach Meinung des Verfassungsrechtlers Seifert *„im Widerspruch zur Verfassung den Spielraum von Staatsanwaltschaft und Polizei"* erweitert. Der § 88a und andere neue Paragraphen dienen *„der Einschüchterung demokratischer Kräfte"* und schaffen *„ein Klima der Unsicherheit für Autoren, Verlage und Buchläden"*. Auch Seifert verglich die in letzter Zeit vollzogenen strafrechtlichen Änderungen *„mit der gesetzlichen Aushöhlung der Weimarer Verfassungsrechte"*.

Diese massiven Kritiken konsequenter Demokraten verdienen volle Unterstützung, auch wenn die Schlußfolgerung Seiferts, *„Feststellungserklärungen, die den Zuständigkeitsrahmen der neuen Paragraphen"* abgrenzen, würden die Unsicherheit vermindern, sicher eine Illusion ist (Alle Zitate nach „FR" vom 11.10.76).

Eine Sympathisantin des KB / Gruppe Frankfurt

Abgesprochene Aussagen der Polizei vor Gericht

Westberlin. In einer Berufungsverhandlung vor der 10. Großen Strafkammer wurde ein 31jähriger Arzt von der Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt freigesprochen, ein Urteil mit 6.000 DM Strafe wurde aufgehoben. Der Arzt hatte am 9. November 1974, während es bei einer Holger-Meins-Demonstration zu einem brutalen Polizeieinsatz gekommen war, einen verletzten Demonstranten im Cafe Kranzler versorgt und einen Krankenwagen bestellt. Kurze Zeit später hatten dann 10 Polizisten das Cafe gestürmt und den Arzt festgenommen.

Nach Aussage der Polizei soll der Arzt den Polizisten den Zutritt zum Cafe verweigert sowie einem Beamten einen Tisch und einem anderen einen Stuhl über den Kopf gehauen haben! Während aber der angeblich am Kopf verletzte Polizist aussagte, er sei gleich am Eingang angegriffen worden, behaupteten mehrere andere Polizisten, der Angeklagte sei in einen hinteren Raum geflüchtet und habe erst dort, etwa 50 m entfernt, zwei Polizisten mit dem Tisch angegriffen.

Erwiesen wurde zumindest, daß nach der Verhaftung im Mannschaftswagen (auf eine Anweisung per Funk hin) schnell zwei „Zeugen" vom vorgesetzten Beamten bestimmt wurden.

In der ersten Instanz schloß sich das Gericht der Aussage der Polizei an, daß dies im Interesse einer genauen Protokollierung notwendig gewesen sei.

Im Berufungsverfahren war der Vorsitzende Richter der Ansicht, daß man den Eindruck gewinnen könnte, Zeugen sollten präpariert werden.

Allerdings konnte sich das Gericht einer genauen Bewertung der „Zeugen" entziehen: Der Vorsitzende erklärte, daß man nicht prüfen brauche, ob der Hergang entsprechend den Polizeiaussagen war. Die Zeugenaussagen seien in sich so widersprüchlich, daß sich ein Tatbild zumindest nicht ergebe. Er hielt es sogar für möglich, daß aus den Bedenken gegen die Polizeiaussagen Strafanzeigen gegen die betroffenen Beamten werden könnten.

Dazu dürfte es nach aller Praxis bundesdeutschen Rechts jedoch kaum kommen!

IKAH Westberlin

Bullenterror

Hardebeck/Neumünster. Der Überfall auf die „Druckerei" (siehe letzter AK) hat sich inzwischen als reiner Einschüchterungsversuch, als „Kontrollrazzia" erwiesen.

Am 27.9. war in einer Nacht- und Nebelaktion die Druckerei überfallen worden, angeblich aufgrund „ernstzunehmender Hinweise aus der Bevölkerung". Es hieß, eine Druckerei von aktiven Unterstützern der Baader-Meinhof-Bande sei ausgehoben worden!

Nun mußte die Bundesanwaltschaft zugeben, daß nichts Belastendes dabei herausgekommen ist. Die „Pistole älteren Baujahrs" stellte sich plötzlich (!) als Luftpistole heraus. Und von „Ausheben" der Druckerei konnte auch überhaupt keine Rede sein. Aber das brachte die Presse erst einen Tag später, als die Anwälte der Betroffenen mit einer Gegenerklärung an die Öffentlichkeit getreten waren. Die gemeldete Festnahme erwies sich als eine völlig andere Geschichte, die sich 3 Tage nach diesem Überfall im Bremer (!) Raum abgespielt hatte und die die Presseagenturen scheinbar „verwechselt" haben.

War also alles falscher Alarm!

Die Vorwürfe hat die Bundesanwaltschaft zurückgenommen, aber der Stil, in dem ihre Bullen vorgingen, soll anscheinend wegen der „ernstzunehmenden Hinweise" als durchaus verhältnismäßig akzeptiert werden:

- ein zweijähriges Kind wurde bei dem Überfall mit einer MP „bewacht";
- eine im zweiten Monat schwangere Frau erlitt eine Fehlgeburt;
- die bürgerliche Presse behauptete noch 10 Tage nach dem Überfall, in Hardebeck hausten die übelsten Terroristen, ohne daß es zu irgendeinem Zeitpunkt auch nur den Funken eines Beweises gegeben hätte.

Das alles mußten die Betroffenen hinnehmen, wegen einer angeblichen Denunziation und ohne den Schatten eines Beweises.

Die Aktion aber hatte offensichtlich das Ziel, sich über den Kundenkreis einer Druckerei zu informieren und diese soweit als möglich einzuschüchtern. Diese Methode ist bekannt von den Bulleneinsätzen gegen linke Buchläden, Verlage, Druckereien unter dem Vorwand der Suche nach „Gewaltliteratur", nach Raubdrucken etc. Diesmal haben es die Herrschaften allerdings so weit getrieben, daß sich sogar zwei Kieler SPD-Landtagsabgeordnete empörten und eine strenge Untersuchung des Falles forderten. Die beiden Abgeordneten Heyen und Börnsen sprachen von „besorgniserregenden Ereignissen", die man nicht als „Kavaliersdelikte" hinnehmen könne. Sie forderten den Schutz „unschuldiger Bürger vor falschen Anschuldigungen von Denunzianten".

Allerdings sind sich die beiden Parlamentarier nicht so ganz darüber im klaren, daß einer der direkten Drahtzieher ihr Parteifreund Herold, Chef des Bundeskriminalamtes, ist. Schön wäre es natürlich, wenn sie Unschuldige vor dem in Schutz nehmen wollten !!

IKAH Hamburg

re Frau erlitt eine Fehlgeburt; IKAH Hamburg

Teilerfolg im Berufsverboteprozeß gegen Rechtsanwalt Reinhard

Hamburg. Im Ehrengerichtsverfahren gegen den Rechtsanwalt Wolf-Dieter Reinhard, in dem die Staatsanwaltschaft ein vorläufiges Berufsverbot beantragt hatte, konnte die Verteidigung einen Teilerfolg erringen: Auf ihren Antrag wurde das Verfahren nach dem dritten Prozeßtag bis Mitte Januar 1977 ausgesetzt.

Die Verteidigung hatte ihren Antrag darauf gestützt, daß sich Reinhard wegen seiner anwaltlichen Schweigepflicht nicht gegen die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft verteidigen kann.

Reinhard wird vorgeworfen, ehemaligen Mandanten aus dem Mordprozeß Ulrich Schmücker geraten zu haben, als Zeugen Aussagen zu verweigern und Beugehaft in Kauf zu nehmen, Informationen über Haftbedingungen und Hungerstreik von RAF-Gefangenen weitergegeben und gesagt zu haben, Anwälte sollten unmittelbar nach der Tat an der Beute aus Banküberfällen beteiligt werden. Die Anschuldigungen stammen sämtlichst von dem Kronzeugen Jürgen Bodeux, ein ehemaliger Mandant von Reinhard. Bodeux, der sich in verschiedenen Kronzeugenaussagen in schwerwiegende Widersprüche verwickelt hat, ist auch der Hauptbelastungszeuge im Reinhard-Verfahren. Die Verteidiger in Reinhards Berufsverboteverfahren argumentierten, daß es für Reinhard nicht möglich sei, sich wirksam zu verteidigen und Bodeux als „falschen Zeugen" zu entlarven. Denn zwei mögliche Entlastungszeugen von Reinhard können Aussagen, die sie selbst belasten würden, verweigern: Die Verhandlung gegen den Angeklagten Reimers hat noch gar nicht begonnen und das Urteil „lebenslänglich" für Ilse Jandt ist noch nicht rechtskräftig. Für Reinhard als ehemaligen Verteidiger besteht in beiden Fällen Schweigepflicht. Deshalb stellte die Verteidigung den Antrag, dieses Berufsverboteverfahren zu vertagen, bis rechtskräftige Urteile gesprochen seien und alle Beteiligten frei aussagen können.

Als weiteren Grund für die Aussetzung führte die Verteidigung an, daß die Staatsanwaltschaft bisher noch gewaltige Mengen von Aktenmaterial (18 Ordner aus dem Schmücker-Verfahren und aus dem noch anstehenden Strafverfahren gegen Reinhard) der Verteidigung vorenthält.

Dieser Argumentation der Verteidigung folgte das Gericht, das sich relativ liberal gab. Es anerkannte, daß ein Rechtsanwalt auch durch ein Ehrengerichtsverfahren nicht gezwungen werden kann, gegen sein Gewissen sein Anwaltsgeheimnis zu brechen. Außerdem wurde der Staatsanwaltschaft aufgetragen, die noch ausstehenden 18 Ordner Material der Verteidigung vorzulegen. (Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf den Stammheimer Prozeß, in dem der Verteidigung bis heute, wo die Staatsanwalt-Plädoyers bereits gehalten wurden, ein großer Teil der Ermittlungsakten vorenthalten werden).

Mit der Entscheidung des Ehrengerichts, das aus Berufskollegen von Reinhard besteht, wird das sowieso äußerst zweifelhafte Verfahren noch mehr zur Farce. Denn es handelt sich hier um ein Schnellverfahren, was schon v o r dem eigentlichen Strafverfahren mit der Begründung eingeleitet wurde, Reinhard sei „nicht mehr länger als Rechtsanwalt tragbar". Dazu steht in krassem Widerspruch, daß die Vorwürfe gegen ihn schon seit 1974 bekannt sind, ohne daß etwas unternommen wurde.

„Es gibt keine politischen Gefangenen"

Am 15. September wurde der Heidelberger Arzt Karl Heinrich A. von einem Frankfurter Schöffengericht wegen „Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland" zu einer Geldstrafe von 2.700 Mark verurteilt.

A. hatte 1974 bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in einer öffentlichen, auch vom Rundfunk übertragenen Diskussion Teile aus einem Flugblatt der RAF verlesen und dabei auf Vernichtungshaft und Folter hingewiesen.

Wer Vernichtungshaft und Folter entlarvt, verunglimpft die BRD, denn – so Staatsanwalt Kramer: *„Kein Mensch denkt daran, Menschen bewußt zu vernichten"*. Außerdem sei, so Richter Schwalbe, die von A. verlesene RAF -Erklärung unrichtig: *„Es gibt in der Bundesrepublik keine politischen Gefangenen, nur Untersuchungshäftlinge und Strafgefangene"*. Als straferschwerend wertete das Gericht, daß A. die Erklärung *„ausgerechnet in der Paulskirche, der Wiege der Demokratie, wie allgemein bekannt sein dürfte"*, verlesen habe (Zitate lt. „FR" vom 16.9.76).

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Frankfurt

Hohe Gefängnisstrafen im „4.2.-Prozeß"

Berufsverbot gegen Juristen

Der Präsident des Hamburger Oberlandesgerichts, Stiebeler (der durch seine Stellungnahme für den Nazi-Richter Schultz berüchtigt wurde), verweigert einem Kollegen, der das erste Staatsexamen bestanden hat, seit über zwei Jahren die Einstellung als Referendar. Dies ist offenkundig rechtswidrig, weil die Hamburger Justizausbildungsordnung j e d e m Bewerber ein Einstellungsrecht gibt, der die erste Prüfung bestanden hat.

Der Hamburger Personalrat für Referendare teilte in seiner Presseerklärung zu dem Fall Einzelheiten mit: Peter Hoffmann soll aufgrund des Radikalenerlasses nicht eingestellt werden. Ihm wird vorgeworfen, 1971 (!) für die Rote Zelle Jura in Kiel zum Studentenparlament kandidiert zu haben.

Außer dieser Tatsache wird Peter Hoffmann n i c h t s konkretes vorgeworfen.

Dementsprechend müßte er eingestellt werden, weil die Hamburger Ausbildungsvorschriften für „Radikale" die Möglichkeit vorsieht, die Referendarzeit als Angestellte und nicht als Beamte zu absolvieren.

Die Nichteinstellung von Peter Hoffmann wird damit gebründet, daß er kein „gewöhnlicher Verfassungsfeind", sondern ein „aktiver Kämpfer" gegen die FDGO („freiheitlich-demokratische Grundordnung") sei. Durch diese Einführung der Kategorie eines „Verfassungsfeindes 2. Grades" soll die rechtswidrige Praxis des Dr. Stiebeler gerechtfertigt werden. Tatsächlich ist die Erfindung eines „besonderen Verfassungsfeindes" ein völliges Novum.

Hieran zeigt sich, daß die Berufsverbote entgegen sozialdemokratischen Sprüchen ständig verschärft werden: Die Regelung der Hamburger Ausbildungsordnung ist im Hinblick auf diesen und einen anderen Fall vom Hamburger Oberverwaltungsgericht dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt worden, damit Benda und Konsorten die bisherige Ausbildungsgarantie in Hamburg abschaffen. Man darf gespannt sein, ob dies geschehen wird: In seinem vielzitierten „Radikalenbeschluß" vom Mai 1975 hatte das Gericht noch ausgesprochen, daß zumindest Gerichtsreferendare i m m e r ausgebildet werden müssen.

IKAH („Arbeiterhilfe")

Hohe Gefängnisstrafen im „4.2.-Prozeß"

Hamburg. Am 28. September 1976 ging der Prozeß gegen Christa Eckes und andere mit der Urteilsverkündung durch die Staatsschutzkammer des Hamburger Landgerichts zu Ende. Die Angeklagten waren am 4. Februar 1974 bei einer großangelegten Polizeiaktion festgenommen worden und wurden jetzt wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (die Höchststrafe dafür beträgt fünf Jahre, seit September 76 ist das Strafmaß auf 10 Jahre erhöht worden), illegalen Waffenbesitzes, Urkundenfälschung und Verstoß gegen das Kriegswaffengkontrollgesetz verurteilt. Christa Eckes, der noch die Teilnahme an einem Banküberfall vorgeworfen wurde, erhielt sieben Jahre. Helmut Pohl wurde zu fünf Jahren, Margrit Schiller zu vier Jahren und acht Monaten, Eberhard Becker zu vier Jahren sechs Monaten, Ekkehard Blenk zu drei Jahren, Ilse Stachowiak und Wolfgang Beer zu je vier Jahren und sechs Monaten und Kay Allnach zu zwei Jahren mit Bewährung verurteilt.

Tatsächlich konnten den Angeklagten keine kriminellen Handlungen nachgewiesen werden, lediglich der Fund von Waffen und Sprengkörpern reichte zu dermaßen hohen Freiheitsstrafen aus. In ihren Plädoyers hatten die Pflichtverteidiger darauf hingewiesen, daß Aktivitäten der Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnten und es sich demnach - wenn überhaupt - nur um einen „mittleren Fall" von krimineller Vereinigung handeln könnte.

Demgegenüber argumentierte das Gericht, daß § 129 (kriminelle Vereinigung) von der Justiz auf Schläger- und Zuhälterbanden angewandt wurde und nach dem Verbot der KPD im Jahre 1956 auch auf kommunistische Ersatzorganisationen. Diese, so der vorsitzende Richter Ziegler, wären zwar nur mit Plakaten und Leim bewaffnet gewesen, aber sie seien, genauso wie die Angeklagten, weitaus gefährlichere „kriminelle Vereinigungen".

Somit griff das Gericht bei der Begründung der Strafen bis zur Höchstgrenze ganz offen auf die berüchtigte Terrorjustiz gegen Kommunisten während der Restaurations- und Remilitarisierungsphase des westdeutschen Kapitalismus zurück.

Ziegler charakterisierte die Angeklagten als *„Ideologie-Täter"*: *„Mit Gewalt wollten sie alles zerstören, was nicht ihrer Meinung entsprach. Es gibt in unserer Ordnung sicher Mängel, aber solche Täter wollen zerstören, statt verbessern"* (zitiert nach „Bild", 29. 9. 76). Für Ziegler gab also die politische Gesinnung der Angeklagten den Ausschlag für die hohen Gefängnisstrafen, jede Zuhälterbande wäre bei denselben Delikten wohl wesentlich glimpflicher davongekommen.

Bisher beispiellos, auch in sogenannten „Terroristenprozessen" war der Angriff des Vorsitzenden Richters Ziegler auf diejenigen Verteidiger der Angeklagten, die bereits vor dem Prozeß ihr Mandat niedergelegt hatten und im Prozeß nicht mehr aufgetreten waren.

Angriffe gegen fortschrittliche Verteidiger in Zieglers Urteils„begründung"

In einem 15minütigen, als „Vorbemerkung" gekennzeichneten, richterlichen Angriff versuchte Ziegler nachzuweisen, daß die Verteidiger in Übereinstimmung mit den Angeklagten zwar nicht aufgetreten wären, sie aber nach wie vor als Verteidiger der Angeklagten gehandelt hätten. Ziel der Angeklagten, so Ziegler, sei es gewesen, den Prozeß zu verzögern, zu verschleppen und zu boykottieren. Bestandteil dieser Prozeßstrategie sei der nur nach aussen gerichtete Mandatsentzug gewesen, da das Auftreten der Angeklagten nicht so wirkungsvoll erschienen wäre, wenn gewählte Verteidiger tätig gewesen wären. Ziegler kam zu dem Schluß, die Verteidiger hätten sich der Strategie des Prozeßboykotts „auf Anweisung" untergeordnet.

Diese „Vorbemerkung" war nichts anderes als eine Anklage gegen die Verteidiger, sie hätten auf diese Weise unzulässig eine „kriminelle Vereinigung" unterstützt.

Sie könnte Grundlage für neue Berufsverboteverfahren gegen die fortschrittlichen Verteidiger sein, die in diesem Staatsschutzverfahren schon vor Beginn der Verhandlung kein Mandat mehr hatten.

IKAH („Arbeiterhilfe")

Noch 'mal Glück gehabt

Frankfurt: Am 23. und 30.9. fand ein Prozeß gegen den Frankfurter Lehrer Lutz M. wegen angeblichen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz statt. Lutz war im November 1975 auf offener Straße verhaftet worden wegen Mitführens einer Teedose, in der Schwarzpulver, Nitrozellulose und grobkörniger Zucker sowie ein Zeitschalter enthalten waren. Die Staatsanwaltschaft erklärte die Teedose zum funktionssicheren Sprengkörper. Die Folge: Lutz M. saß erst einmal vier Wochen in Untersuchungshaft.

Bei dem Prozeß stellte sich dann über Sachverständigengutachten heraus, daß das Gemisch in der Teedose eine Explosionskraft gehabt hat, wie sie etwa bei Feuerwerkskörpern gegeben ist. Ferner wurde festgestellt, daß besagte Mischung nicht als Sprengstoff einzuordnen war und damit „die rechtliche Basis für eine Verurteilung fehlte" („Frankfurter Rundschau", 1.10.76).

Staatsanwalt Günter Ronimi beantragte dennoch eine Geldstrafe von DM 3.600,– unter Hinweis auf die *„Staatsfeindlichkeit"* des Lutz M., der *„mit dieser Sprenganlage die Welt verändern wollte"*. Dieser Versuch, ein Gesinnungsurteil herbeizuführen, stützte sich auf eine Erklärung des Lehrers, in der dieser u. a. erklärte, daß er sich *„mit der Frage eines berechtigten Widerstandes"* („Informations-Dienst" 145 vom 2.10.76) beschäftigte, *„weil ich immer öfter anti-demokratische Tendenzen und verstärkt faschistische Tendenzen beobachte, weil ich mir Sorgen um die Zukunft mache"* („ID" 145). Weiter vertritt L. M. den Standpunkt: *„ ... wenn der vorprogrammierte Apparat angesichts sich verschärfender ökonomischer und politischer Widersprüche voll eingesetzt wird, Verfassungen zum überflüssigen Ballast werden, d. h. der Notstand zum erklärten Normalzustand wird. In einer solchen Situation will ich nicht Opfer, sondern Gegner sein!"* („ID" 145).

Der Staatsanwalt ist erfreulicherweise mit seinem Antrag auf Gesinnungsurteil nicht durchgekommen. L. M. wurde freigesprochen.

KB/Gruppe Frankfurt

Anwaltsverein muß linke Anwälte aufnehmen

Wie wir im AK schon berichtet hatten, hat sich der Hamburger „Anwaltsverein", eine rechte Standesorganisation, geweigert, vier Kollegen aufzunehmen, obwohl es nach der Satzung keine Ablehnungsgründe gibt.

Der Anwaltsverein ist jetzt vom Landgericht Hamburg verurteilt worden, die Kollegen aufzunehmen.

Den vier Kollegen wurde vorgeworfen, sie hätten Resolutionen und Initiativen gegen die seit Anfang 1975 laufend verschärften Verteidigerbeschränkungen unterstützt.

Dabei wurde teilweise in fast faschistischer Manier mit „Sippenhaft" argumentiert: Gegen eine Kollegin wurde vorgebracht, sie sei mit einem Mann verheiratet, gegen den vor einigen Jahren ein Strafverfahren wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung gelaufen ist.

Gegen die Verweigerung der Aufnahmen haben die vier Anwälte vor dem Landgericht Hamburg geklagt.

Vor zwei Wochen haben drei von ihnen den Prozeß gewonnen, die vierte Klage ist noch nicht entschieden.

In dem Urteil wird ausgeführt, daß für die Weigerung zur Aufnahme kein „triftiger Grund" vorhanden gewesen sei. Daraus muß man zunächst wohl schließen, daß es überhaupt Gründe gibt, die der Aufnahme entgegenstehen könnten.

Diese Annahme als solche steht schon im Widerspruch zur Satzung des Anwaltsvereins: danach ist jeder aufzunehmen, der in Hamburg als Anwalt zugelassen ist und seine Aufnahme beantragt.

Dementsprechend enthält die im Ergebnis positive Entscheidung des Gerichts auch eine ganze Reihe von Fußangeln und „Tips" für die Reaktionäre, wie man am besten Linke aus dem Verein raushält.

Das Landgericht führte u. a. aus: *„Gravierend wird insbesondere auch eine sogenannte linke politische Einstellung erst dann, wenn sie etwa zu erheblichen Angriffen und Verstößen gegen die geltenden Gesetze, insbesondere die freiheitlich-demokratische Grundordnung* (!!) *der Bundesrepublik Deutschland oder etwa gegen die grundlegenden Belange der Anwaltschaft führt oder nach zuverlässigen Anzeichen demnächst führen wird. Durch derartige Angriffe würde nämlich in jedem Fall zumindest das Ansehen des Beklagten* (des Anwaltsvereins, AK) *untergraben, das dieser zu seiner vollen Entfaltung bedarf"*.

Durch diesen Grundsatz wird praktisch das Berufsverbot in abgeschwächter Form, nämlich als Verweigerung der Aufnahme in eine wichtige Berufsorganisation, eingeführt.

Die Prinzipien, die im Radikalenerlaß erstmals verkündet und mittlerweile für den öffentlichen Dienst durchgesetzt sind, sollen so auch auf den Anwaltsberuf ausgedehnt werden.

Unter diesem Gesichtspunkt ist der Sieg vor dem Landgericht Hamburg eher ein Pyrrhus-Sieg.

IKAH („Arbeiterhilfe")

Meineidsverfahren für Entlastungszeugin

Köln. Am 14.7.76 wurde die Studentin Annette M. aus Mainz vor dem Kölner Landgericht in zweiter Instanz wegen „Meineids" zu neun Monaten Gefängnis auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Der Hintergrund dieses Urteils ist folgender:

Am 1.12.73 hatte in Köln eine Demonstration gegen zwölf Todesurteile im Iran trotz Verbots stattgefunden. Durch massiven Bulleneinsatz wurde die Demonstration schließlich aufgelöst und 50 Demonstranten festgenommen.

Einer der Festgenommenen war der ausländische Genosse Ahmed S., der wegen „Verstoßes gegen § 29 Abs. 1 des Versammlungsgesetzes und wegen Widerstands gegen Polizeibeamte" zu einer Geldstrafe von 900 DM verurteilt wurde. Annette M. wurde als Entlastungszeugin der Verteidigung in erster Instanz nicht vernommen, da das Gericht *„den entsprechenden Beweisantrag der Verteidigung wegen Prozeßverschleppung (!) abgelehnt hatte"* (Zitat aus der Anklageschrift). In der zweiten Instanz wurde Annette vernommen und sagte aus, daß Ahmed keinen Widerstand gegen seine Festnahme geleistet habe. Allein wegen dieser Aussage wurde sie jetzt wegen „Meineids" verurteilt. Denn das Gericht kam zu der genialen Feststellung, *„die Unrichtigkeit der Aussage ... ergibt sich aus den übereinstimmenden Bekundungen der Zeugen Woischwill und Konsorr"* (das waren die Polizeizeugen).

Nun waren die Aussagen der beiden Polizisten dermaßen *„geschlossen und widerspruchsfrei"* (so das Gericht), daß der eine Bulle Ahmeds Reaktionen auf seine Festnahme auch nicht als „Widerstand" bezeichnen wollte und auch auf der Festnahmekartei nur die Angabe „Teilnahme an einer verbotenen Demonstration" vermerkt war. Übereinstimmend sagten beide Polizisten, daß Ahmed nach ihnen weder getreten noch geschlagen habe, was gemeinhin als „Widerstand" gewertet werde.

Sei's drum, dem Gericht erschienen gerade diese Aussagen zum „Widerstandsbegriff" als besonders glaubwürdig und es schloß, daß Ahmed einfach Widerstand geleistet haben muß!

Aufgrund dieser Auffassung des Gerichts wurden sowohl Ahmed als auch Annette verurteilt. Annette habe, so der Staatsanwalt in seinem Plädoyer, *„schließlich selbst demonstriert und also einem Gesinnungsgenossen helfen wollen"*.

Das Gericht der ersten Instanz schließlich benannte das Motiv von Annette *„Eideshelferei im Auftrag einer kommunistischen Organisation"*, das Gericht der zweiten Instanz sprach von *„altruistischen Motiven"*.

Das Urteil gegen Annette ist ein gefährliches Zeichen in der Behinderung der politischen Verteidigung: Entlastungszeugen in politischen Prozessen, die der Polizei widersprechen, werden einfach wegen „Meineids" angeklagt und schon deshalb verurteilt, weil sie die gleiche „Gesinnung" wie die Angeklagten haben. So werden die Rechte der Angeklagten, sich durch Entlastungszeugen zu verteidigen, massiv eingeschränkt und jeder dieser Zeugen muß mit einem eigenen Prozeß rechnen, in dem er dann aufgrund der Bullenaussagen verurteilt wird.

Die Befürchtung, daß in Zukunft derartige „Meineids"prozesse Schule machen, hat sich in Köln bestätigt: Es wurden drei neue „Meineinds"-verfahren eingeleitet gegen Entlastungszeugen in Demonstrationsprozessen, die bereits über zwei Jahre zurückliegen.

(Informationen nach: Dokumentation zum Meineidsurteil gegen Annette M.)

Uni-Gruppe
KB/Gruppe Frankfurt

Berufsverbote

Internationaler Widerstand

Niederlande: Weil die PvdA (holländische Sozialdemokraten, Regierungspartei) die SPD nicht als „Opfer", sondern *„mitverantwortlich und mitschuldig an dem Klima der Hetze, geistigem Terror, Einschüchterung und der Arbeitsplatzwegnahme, wie sie derzeit in der Bundesrepublik herrschen"* sieht, hat ihr Parteivorstand eine Arbeitsgruppe gebildet, um ein Berufsverbote-Komitee vorzubereiten. Ihr gehören u.a. der ehemalige EG-Kommissar Sicco Mansholt und der Rotterdamer Oberbürgermeister van der Louw an („konkret" 10/76). Abzuwarten bleibt allerdings, ob diesen Worten entsprechende Taten der SPD-Bruderpartei folgen,
ob diesen Worten entsprechende Taten der SPD-Bruderpartei folgen,
oder ob diese Initiative das gleiche Schicksal wie ein ehemaliger Vorschlag von Mitterand erleidet – nämlich im Sande verläuft.

Italien: Der römische Richter Dr. Giuseppe Gaizzone hat ein „Komitee für die demokratischen Rechte in der BRD" gegründet. Vorausgegangen war dieser Initiative ein Aufruf gegen die Berufsverbote, den über 70 Professoren, der Gemeinderat von Bologna und der Provinzrat von Siena unterschrieben hatten („konkret" 10/76).

Frankreich: In Poitiers (Patenstadt von Marburg) wurde ein Komitee gegen Berufsverbote in der BRD gegründet („konkret" 10/76).

Großbritannien: Verurteilt hat in Bristol die englische Lehrergewerkschaft „Teachers Association" die Berufsverbote gegen mehrere niedersächsische Lehrer. Adresse der Gewerkschaft: National Union of Teachers, 62, Clevedon-Road, GB Bristol-Tickenham.

Belgien: In Brüssel ist eine Dokumentation über die westdeutschen Berufsverbote erschienen. Herausgeber: Internationaler Verband demokratischer Juristen. Bestellungen an folgende Adresse: Association Internationale des Juristes Democrates, Avenue Ju-
Adresse: Association Internationale des Juristes Democrates, Avenue Ju-
piter 29, B 1190 Bruxelles.

Dänemark: In Kopenhagen hat sich ein Regional-Komitee gegen Berufsverbote gegründet. Dem neuen Komitee gehören ca. 70 Personen an. Es haben sich mehrere Arbeitsgruppen konstituiert: Solidarität mit deutschen und dänischen Betroffenen/Publikationen und Materialien/Film und sonstige Medien/Ausstellungen/Finanzen. Alle dänischen Regionalkomitees arbeiten eng mit dem Hauptkomitee zusammen, das ebenfalls in Kopenhagen sitzt.

Berufsverbote-Kommission
KB/Guppe Hamburg

Verräter werden schlecht bezahlt

Ähnlich wie dem BM-Kronzeugen Ruhland erging es nun einem anderen Kronzeugen, Konieczny, der wesentlicher Belastungszeuge in den Prozessen gegen Möller/Müller war und im Augenblick eine Denunziantenrolle im Prozeß gegen Jünschke u.a. zur Schau stellt. Nachdem er 1972 verhaftet worden war und sich zur „Mitarbeit" bereit erklärt hatte, wurde ihm sofort „das Blaue vom Himmel versprochen": Nur geringfügige Bestrafung, eine mindestens fünfstellige Belohnung, Schutz vor Racheakten usw.

Konieczny glaubte diesen Versprechen, schließlich waren allein durch seine Informationen im Juli 1972 Irmgard Möller und Klaus Jünschke verhaftet worden.

Rechnung ohne den Wirt gemacht

Mit einem Fahndungsblatt wurde I. Möller zusammen mit sieben anderen BM-Leuten gesucht; ausgeschriebene Gesamtbelohnung 200.000 DM. „Durch acht, macht 25.000 DM für mich", rechnete K., weitere 15.000 DM rechnete er als Kopfgeld für Jünschke.

Bis jetzt hat K., nach siebenwöchiger U-Haft entlassen, jedoch nur 3.000 DM erhalten. Die Staatsanwaltschaft teilte ihm mit, daß das Geld nicht lediglich für die „Ergreifung" der Täter gedacht sei, sondern „für Hinweise, die zur Ergreifung der an der Tat beteiligten Personen führen". Die Hamburger Justiz, die I. Möller verurteilt hat, will mit der Belohnung nichts zu tun haben und verwies K. an die Bundesanwaltschaft. Antwort: „Wir haben keine Auslobung (d.h. Geld, d.Red.) ausgesetzt, „irgendeine Polizeistelle" könne zwar „irgendwas" versprochen haben, aber „bei uns ist nichts und wir wissen auch von nichts".

Stattdessen versuchte die Justiz, reichlich Gebrauch von K. zu machen. „Wegen jedem Scheiß holen die mich vom Arbeitsplatz weg", sagt K., aber eben nicht nur wegen „jedem Scheiß": K. soll z.B. nicht nur BM-Sympathisanten auf Demonstrationsphotos ausmachen, sondern auch Auskunft geben über die eventuell radikale Gesinnung von Beamtenanwärtern!!!

Hier bewahrheitet sich einmal mehr: Die Bourgeoisie liebt den Verrat, nicht den Verräter!

Genau wie etwa Ruhland, der heute jedem abrät „Aussagen" zu machen, stellte sich auch bei K., als die Kasse nicht stimmte, die späte Reue ein. „Ich kann bloß sagen, wer mit den Bullen zusammenarbeitet, muß Tinte gesoffen haben".

(Alle Zitate nach „Spiegel" Nr. 41, S. 72 und 74).

IKAH („Arbeiterhilfe")

Nachrichten aus dem Knast

Peter-Paul Zahl endgültig verurteilt

Köln. Das Urteil gegen den Schriftsteller Peter-Paul Zahl – 15 Jahre wegen „versuchten Mordes in zwei Fällen und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" – ist jetzt rechtskräftig, nachdem die Revision am 17.9. abgeschmettert wurde.

Peter-Paul Zahl befindet sich weiter im Hungerstreik (siehe AK 90). Inzwischen sind P.-P. Zahl eine ganze Reihe linker Zeitungen nicht ausgehändigt worden. Sogar Bücher, die er selbst geschrieben hat (!!), wurden nicht weitergeleitet. Daran wird der offenbare Gehirnwäsche-Charakter der Beschränkungen der Informationsfreiheit überdeutlich: sogar von seinen eigenen Gedanken soll sich der Gefangene nicht mehr anstecken lassen können. Wegen dieser Dinge kündigte Peter-Paul Zahl an, ab Montag, dem 11.10.76, in „unbefristeten Hunger- und Kommunikationsstreik" zu treten!

Westberlin, August 1976. Zwei Perser waren die Opfer von Provokationen und Bullenprügeleien in der Justizvollzugsanstalt Tegel.

In Haus III wurde einer von Beamten zu einer Schlägerei provoziert und dann zur „Nachbehandlung" in eine Isolationszelle gebracht. In Haus IV stürzte angeblich ein Perser die Treppe herunter, nachdem er sich von mindestens vier Beamten losgerissen haben soll (er selbst wiegt bloß 90 Pfund!).

Nach Berichten von Mitgefangenen wurde er daraufhin an Ort und Stelle verprügelt, bis die Knüppel blutbeschmiert waren. Er mußte anschließend ins Klinikum eingeliefert werden. Die anderen ausländischen Gefangenen solidarisierten sich und protestierten gegen die Ungleichbehandlung von deutschen und ausländischen Gefangenen.

Berlin-Tegel. Ali Jansen, der im Zuge der RAF-Verfolgung in Westberlin verhaftet worden war, wurde Ende August „eingeladen", mal kurz mit nach Stammheim zu fliegen, um eine Aussage zu machen, seine Sachen könne er so in seiner Zelle liegenlassen, er sei ja schnell wieder zurück. Pustekuchen! Er war nach Westdeutschland verlegt worden! Als er fort war, knallten Beamte seine Habe in Plastiksäcke, und was ihrer Meinung nach nicht mehr gebraucht würde, warfen sie einfach in den Müll.

Köln-Ossendorf. Der Küchenchef des „Neuen Klingelpütz" gab am 7.10. bekannt: 70 Gefangene liegen mit Fieber im Bett. Sie litten an einer Lebensmittelvergiftung!

IKAH, Hamburg

Skandal in der westdeutschen Botschaft in Kopenhagen

Wie in AK 88 berichtet, führte das dänische Komitee gegen Berufsverbote in der BRD kürzlich in drei dänischen Tageszeitungen eine Anzeigenkampagne durch. Insgesamt kamen 15.000 Unterschriften zusammen, die am 1.10.76 der westdeutschen Botschaft übergeben wurden. Die Übergabe entwickelte sich zu einem handfesten Skandal, der den betroffenen Dänen bundesdeutsche Repressionsmethoden anschaulich vermittelte. So wurde der Vertreterin des Komitees, Kate Flaron (Redakteurin der Antifaschistischen Zeitung „Frit Danmark" und erfahrene Antifaschisten aus der Nazi-Zeit), der Einlaß verweigert, weil sie nicht angemeldet war! Angemeldet dagegen – aber kurzfristig verhindert – war der Sekretär des Komitees, Prof. J. Glebe-Möller, so daß er von Frau Flaron vertreten werden mußte. Dieses war nach Botschafts-Ritus aber „nicht möglich". Unversehens fand sich Frau Flaron daher einem dänischen (!) Bullen gegenüber, der eine Maschinenpistole auf sie richtete! Ganz offensichtlich hatte die BRD-Botschaft die 15.000 Unterschriften für 15.000 „Terroristen" gehalten und unter dem Vorwand, Radikale seien im Anmarsch, dänische Polizei herbeigeholt, die jetzt mit der M.P. herumwedelte. Einem Reporter, der die typische BRD-Szene im Bild festhielt, wurde der Film abgenommen, später jedoch mit der Auflage zurückgegeben, die Bilder nicht zu veröffentlichen. Als schließlich der „angemeldete" J. Glebe-Möller erschien, wurde er gnädigerweise vorgelassen, freilich nicht ohne zuvor einer Leibesvisitation unterzogen worden zu sein. Schließlich erzählte der Botschafter ihm noch allerlei Döntjes darüber, daß die Bundesregierung bezüglich der „Radikalen"-Frage eine andere Sicht hätte als das dänische Berufsverbote-Komitee. Wen wundert das?

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg setzt neuen Meilenstein

Nach einer Meldung des West-Berliner „Extra Dienst" vom 1.10.76 hat die Hamburger Firma Zander & Mielke auf Drängen der zuständigen Stellen des Hamburger Senats ihrem Angestellten J.P. wegen dessen DKP-Zugehörigkeit und somit nicht garantierter „Verfassungstreue" gekündigt! Grund der Intervention des SPD-Senats: Das Unternehmen führe auch Behördenaufträge aus ... Mit dieser erstmaligen Ausdehnung der Berufsverbote auf die sogenannte „freie Marktwirtschaft" hat der Hamburger SPD-Senat einen neuen Meilenstein gesetzt: Wenn der Kapitalist bei der Säuberung seines Betriebes von Linken nicht konsequent genug ist, dann muß der Staat eben intervenieren, und wenn er dann immer noch nicht spurt, gibt es keine Behördenaufträge mehr!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

268 Disziplinarverfahren wegen Protest gegen Berufsverbot

Das Bezirksamt Steglitz hat im Rahmen eines Disziplinarverfahrens gegen den Studiendirektor Reinhart Behr eine Geldbuße von 2.000 DM verhängt: („FR", 1.10.). Die *„vom Bezirksamt mit den Stimmen von SPD und CDU verhängte Geldbuße wurde formal damit begründet, daß Behr durch sein Verhalten gegen ein vom Bezirkamt im Falle Brenzel verhängtes generelles Äußerungsverbot verstoßen habe"* („FR", 1.10.). Behr hatte mit weiteren 28 Lehrern seiner Schule gegen ein geplantes Berufsverbot für die Kollegin Rotraut Brenzel durch Anzeigen in der Tagespresse protestiert, obwohl das Bezirksamt allen Lehrern Äußerungsverbot auferlegt hatte (Eingriff in ein „schwebendes Verfahren").

Die Entlassung von Rotraut Brenzel hatte zu heftigen Protesten im gesamten Bezirk geführt. Nach den 28 Lehrern ihrer Schule solidarisierten sich weitere 240 Kollegen des Bezirks in öffentlichen Erklärungen (ebenfalls Anzeigen), so daß der Schulsenator gegen den Willen des Bezirksamts die Einstellung von Rotraut B. selbst vornahm.

Mit der Disziplinierung von Reinhart Behr gibt sich das Bezirksamt allerdings noch nicht zufrieden, denn gegen die übrigen 268 Lehrer laufen gleiche Verfahren wie gegen den Studiendirektor. Wenn sich schon die Parole „Es gibt keine Berufsverbote" als Falschmeldung herausgestellt hat, soll wenigstens nicht mehr darüber gesprochen werden!

Westberlin: 50 Berufsverboteverfahren

Nach einer Presseerklärung des Westberliner „Aktionskomitees gegen Berufsverbote" (ein Komitee, das im regionalen Bereich durch sehr genaue und umfangreiche Kenntnis hervorragt) hat sich *„die Zahl der gegenwärtig in (West)Berlin anhängigen Berufsverbotsverfahren ... im Laufe des letzten Monats auf über 50 erhöht". „Allein im Monat September wurden vier Lehrer mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert."* Damit wird allen Erklärungen einer „Liberalisierung" der Boden unter den Füßen weggezogen.

Bei Untersuchung der Fälle hat das „Aktionskomitee" festgestellt, daß die Entlassungen oder Nichteinstellungen folgendermaßen begründet werden:

„Vorwurf der Verletzung der unbedingten Loyalitätspflicht des Beamten gegenüber dem Arbeitgeber (Staat) durch Parteinahme für Schüler und Elterninteressen (Bruch der Schweigepflicht. Nichtbefolgung einer Dienstanweisung etc.) ..."

„Vorwurf der parteiischen Stellungnahme zu schulischen und außerschulischen Konflikten (Klassenzusammenlegungen, §218 etc.) ..."

„Vorwurf aktiver Unterstützung einer Partei bzw. politischen Organisation ...", die als verfassungsfeindlich erklärt wird.

„In verschiedenen Fällen reduzieren sich die Vorwürfe sogar auf die bloße B e t e i l i g u n g an Aktivitäten einer Partei oder ähnlichen Organisation a u ß e r h a l b des Dienstbereiches" (Hervorhebung im Original).

Eine Westberliner Lehrerin hatte sich mit ihren Schülern gegen eine Klassenzusammenlegung solidarisiert und sie bei einer Demonstration unterstützt. Daraufhin wurde sie vom Dienst suspendiert. Als sie trotzdem in der Schule erschien, wurde sie „mit Polizeigewalt aus der Schule entfernt. Ein anwesender Elternvertreter, der sich gegen das Vorgehen der Polizeibeamten wandte, wurde auf der Stelle verhaftet. Ein zwölfjähriger Schüler durch einen Schlag mit dem Polizeiknüppel am Kopf verletzt, so daß er in ärztliche Behandlung gebracht werden mußte" (Pressemitteilung des „Aktionskomitees gegen Berufsverbote")

Frankfurt: Wieder ein Lehrer entlassen

Der Studienrat zur Anstellung an der Frankfurter Klingerschule, Manfred Köhler, wird aus dem Schuldienst entlassen, da er nach Ansicht des Regierungspräsidiums nicht erkennen läßt, „... *daß Sie nach Eignung, Befähigung und in Ihrem dienstlichen Verhalten die Voraussetzungen dafür bieten, Sie zum Beamten auf Lebenszeit zu ernennen"* („FR", 12.10.76).

Derartige Fälle sind leider auch in Frankfurt nicht mehr neu. Aufhorchen läßt jedoch die Begründung: *„Sie haben deutlich gemacht, daß Sie das Beamtenrecht, welches die Grundlage Ihres Rechtsverhältnisses bilden muß, als Fessel für den Lehrer ansehen und die Treuepflicht Ihnen nichts bedeutet. Damit haben Sie zugleich überzeugend dargestellt, daß Sie keine Gewähr dafür bieten, sich durch Ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ... zu bekennen."* („FR", 12.10.).

Hier wird also aus der mündlichen und praktischen Kritik am Beamtenrecht solange geschlußfolgert, bis am Ende das Prädikat „verfassungsfeindlich" rauskommt. Wenn diese Argumentation Schule macht, darf kein Bediensteter des Öffentlichen Dienstes es mehr wagen, das Beamtenrecht zu kritisieren, ohne Repression befürchten zu müssen. Das stellt eine erhebliche Ausweitung des Radikalenerlasses dar.

Eine Sympathisantin des KB/Gruppe Frankfurt

KB/Gruppe Frankfurt

Berufsverbot wegen „Beleidigung" eines Richters

Der Bonner Lehramtanwärter W. Bansemer soll wegen einer Verurteilung wegen „Beleidigung eines Richters" nicht in den Schuldienst eingestellt werden.

In zwei von ihm verantwortlich gekennzeichneten Flugblättern hatte er einen Richter als „Sonderrichter der Klassenjustiz" gekennzeichnet, weil dieser einem „Sondergericht für Demonstrationsdelikte" vorsaß (die letztere Kennzeichnung konnte ein Anwalt in diesen Prozessen unbeanstandet geben). W. Bansemer wurde deswegen nach §185 (Beleidigung) verurteilt (allerdings noch nicht rechtskräftig). Trotzdem wurde ihm im ersten Anhörungsverfahren die Einstellung zugesichert. Wenige Tage später kamen der Behörde allerdings „Bedenken", die dazu führten, „die Einstellung noch einmal unter dem Gesichtspunkt des §90 (Beleidigung eines Staatsorgans) zu überdenken". Am 17. September erhielt Bansemer dann den Bescheid, daß über die Einstellung *„nicht vor dem rechtskräftigen Abschluß des gegen (ihn) laufenden Strafverfahrens entschieden werden"* kann (Informationen nach: „Rechtshilfefonds Bonn", Info Nr. 1).

Anhörungsverfahren für Kieler Schwesternschülerinnen

Zwei Wochen vor Beendigung ihrer Ausbildung wurden zwei Schülerinnen der Krankenpflegeschule in Kiel „gebeten", sich zu einem „persönlichen Gespräch" mit dem Verwaltungsdirektor der Uni-Kliniken einzufinden. Vorgeworfen wird ihnen die Teilnahme an einer SDAJ-Veranstaltung bzw. die frühere Mitgliedschaft in der DKP. Das Anhörungsverfahren endete für die eine Schülerin mit Ablehnung, mit der Zweiten fand am 27.9. ein „Gespräch" statt. Zuerst ist von der Uni-Verwaltung versucht worden, sie wegen schlechter Zensuren rauszuwerfen; das klappte aber nicht. Wegen des Anhörungsverfahrens ging die Schülerin zur Gewerkschaft ÖTV und wollte einen Rechtsbeistand haben, wie es ihr nach dem „Rechtsschutz" der ÖTV zusteht. Die Gewerkschaftsführung meinte dann, in diesem Stadium des Verfahrens sei kein Rechtsanwalt nötig, sie solle doch einen Personalrat mitnehmen. Dieser flog beim Anhörungsverfahren sofort raus, so daß die Schülerin sich selbst einen Rechtsbeistand suchen mußte und allein einen neuen Termin für den 4.10 ausmachen mußte. Auf einer Schülervertretungssitzung, wo Schritte gegen die drohende Entlassung besprochen werden sollten, in vielen Kursen und auf einer Veranstaltung der KIBUPU (Kieler Komitee gegen Berufsverbote und politische Unterdrückung) am 1.10. wurden Resolutionen verabschiedet.

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Kiel

Erst Prügel – dann Berufsverbot

Die SPD läßt sich ihren Wahlkampf nicht vermiesen. So ließ Bundesfinanzminister Apel am 25.9.76 in Hamburg-Langenhorn einen Wahlstand des KBW abräumen, als er sich durch die KBWler beim Verteilen von roten Rosen gestört fühlte (vgl. AK 90). 18 Polizisten starteten einen brutalen Knüppeleinsatz und nahmen vier Menschen fest, darunter auch den Berufsschullehrer Jürgen Dege.

Nach dem Motto „Juso beißt wehrloses Kind" drehte die „Bild-Zeitung" wenige Tage später den Spieß um und behauptete: *„Lehrer prügelte Polizisten"*. Danach soll Dege z w e i Polizisten im „Schwitzkasten" gehabt haben.

„Bild" denunzierte den Lehrer bei der Schulbehörde und erhielt prompt die gewünschte Auskunft: Gegen Dege wird ein Disziplinarverfahren eingeleitet, daß bei ihm als Beamten zur Probe im Falle einer strafrechtlichen Verurteilung mit der Entlassung enden wird. Außerdem: *„Wenn er dem KBW angehört, wird er sofort gefeuert"* („Bild", 1.10.).

Es bleibt zu fragen, wer denn nun von Freiheit mehr versteht: Die SPD, die linke Kritiker auf ihren Wahlveranstaltungen mit Polizeiüberfällen mundtot machen will, oder die „Bild"-Zeitung, die Berufsverbot für die Geprügelten fordert.

Ein Genosse der BO Barmbek KB/Gruppe Hamburg

Kampf gegen Berufsverbote in Wuppertal

Am 30.10. wird in Wuppertal eine Demonstration gegen die Berufsverbote stattfinden. Als Veranstalter wird die „Wuppertaler Initiative gegen Berufsverbote" auftreten. Andere politische Kräfte werden sich anschließen.

Die Vorgeschichte dieser Demonstration zeigt deutlich die Hauptschwierigkeit, mit der alle ehrlich am Aufbau einer breiten Bewegung gegen die Berufsverbote in der BRD arbeitenden linken Kräfte heute zu kämpfen haben – das Sektierertum bestimmter politischer Organisationen einerseits und die dadurch geförderte Resignation vieler demokratischer Menschen andererseits.

Im Juli hatte in Wuppertal eine Veranstaltung gegen die Berufsverbote stattgefunden, die mit über 400 Menschen außerordentlich gut besucht war. Organisatoren waren die „Wuppertaler Initiative gegen die Berufsverbote" und die „Initiative Wuppertaler Hochschullehrer und Wissenschaftlicher Mitarbeiter gegen Berufsverbote". Jungdemokraten, Amnesty International und „Werkstatt Literatur und Arbeitswelt" beteiligten sich mit Solidaritätsadressen.

Die breite Mobilisierung wurde wesentlich dadurch ermöglicht, daß große Empörung über die Verhängung von Berufsverboten für vier Wuppertaler Lehrer herrschte. Hinzu kam die unter den Teilnehmern weit verbreitete Einsicht, daß nur die Solidarität aller fortschrittlichen Menschen mit allen Betroffenen – unabhängig von parteipolitischen Bindungen – dem Kampf gegen die Berufsverbote Aussicht auf Erfolg geben kann.

Schon auf dieser ersten Veranstaltung zeichnete sich ab, daß beteiligte politische Organisationen wie KBW und „Liga gegen den Imperialismus" einerseits, vor allem aber DKP und SPD-Leute andererseits nicht bereit sein würden, den Kampf konsequent diesem Prinzip gemäß zu führen. Vor allem die DKP versuchte durch Festlegung der Initiative auf ihre politische Marschlinie („Verteidigung des Grundgesetzes"etc.) die Solidarität einzuschränken. Letztlich wurde dann aber doch nahezu einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der die Solidarität mit a l l e n vom Berufsverbot Betroffenen propagiert wird: *„Die Berufsverbote höhlen die demokratischen Rechte insbesondere für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst aus, verketzern fortschrittliches Gedankengut und fördern die anti-kommunistische Hysterie.*

Wir erinnern an die historische Erfahrung, daß das Vorgehen gegen Demokraten in Deutschland schon einmal zur Zerstörung der Demokratie und zu einem Krieg in Europa geführt hat.

Die Berufsverbote sind weder vereinzelter Mißgriff noch Ausfluß von Übereifer untergeordneter Stellen. Sie sind Teil einer besorgniserregenden politischen Entwicklung, die auch durch zahlreiche weitere Einschränkungen (§ 88a, Strafgesetzbuch, Verteidigerrechte, Zunahme der Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte) gekennzeichnet ist. Die Berufsverbote im öffentlichen Dienst sind sichtbarster Teil einer reaktionären Entwicklung in der Bundesrepublik. ...

Die Versammelten fordern die sofortige Einstellung aller vom Berufsverbot betroffenen, ...Sie fordern die sofortige Aufhebung des Radikalenerlasses, ähnlicher undemokratischer Richtlinien und die Beendigung sämtlicher Überprüfungsverfahren. Sie fordern das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung für alle Beschäftigten ..." (aus der Resolution.)

Es wurde beschlossen, am 25.9. eine Demonstration durchzuführen. Ein Koordinierungsausschuß zur Vorbereitung der weiteren Aktivitäten wurde gebildet. Eine weitere Vollversammlung sollte der Demonstration vorausgehen. Dieses versuchte die DKP-SPD-Mehrheit im Ausschuß dadurch zu verhindern, daß sie die Vollversammlung erst für den 28.9. ansetzte. Eine Demonstration noch vor den Wahlen wäre so auf einfachstem Wege unmöglich gemacht worden.

Einer Minderheit von Ausschußmitgliedern gelang es aber, die Vollversammlung für den 17.9. durchzusetzen. Wir zitieren aus dem Bericht eines Teilnehmers:

„Die DKP hatte alles aufgefahren was Beine hat. Die Majorisierung war wohl auch notwendig angesichts dessen, was man erreichen wollte und auch erreichte.

Nach einer langen, von Polemik und gegenseitigen Verleumdungen getragenen Diskussion (= Schlagabtausch) wurde eine vorbereitete Resolution verabschiedet, die erschreckende Konsequenzen beinhaltete.

Die Initiative kann kein Forum für Angriffe auf das Grundgesetz sein. (Zitat Resolution) - kritische Diskussion des Grundgesetzes, ein Angriff?

Außerdem müsse jeder, der mitarbeiten will, sich mit seiner Unterschrift dieser Plattform anschließen.

Gegner und Betroffene des Berufsverbotes können in diesem Komitee nicht mehr mitarbeiten, wenn sie eine kritische Einstellung zum Grundgesetz haben und diese Meinung auch vertreten wollen.

Gesinnungsschnüffelei in einem Berufsverboteskomitee ist das logische Ergebnis einer solchen Reglung. Den Kampf gegen alle Berufsverbote in Wuppertal gibt es nicht mehr – er ist gespalten durch das Kriterium der Verfassungstreue.

Man paßt sich den Gepflogenheiten an, gegen die zu kämpfen man angetreten war.

Die Demonstration wird auf einen Termin vier Wochen nach der Wahl verschoben." (zitiert aus Leserbrief an „Wat löppt", Wuppertaler Volksblatt, Okt. 76).

Die DKP hat durch dieses Vorgehen erneut bewiesen, daß sie auch im Kampf gegen die Berufsverbote nur bereit ist, mit denjenigen Kräften zusammenzuarbeiten, die sich ihrem Führungsanspruch unterordnen. Andererseits legen die „ML"-Kräfte eine Propaganda an den Tag, die es geradezu begrüßenswert erscheinen läßt, wenn sich der Staat der „sozialimperialistischen Agenten" entledigt.

Beide Formen des Sektierertums stärken sich gegenseitig und dienen lediglich als Rechtfertigung für die weitverbreitete Haltung, den Kampf gegen die Berufsverbote nur im Fall des eigenen Betroffenseins zu führen.

Beide Formen des Sektierertums bestärken aber auch Tendenzen, den Kampf unter Ausschluß der politischen Organisationen „selbstbestimmt und selbstverwaltet" (Zitat aus o.g. Leserbrief) führen zu wollen. Das ist ganz sicher eine Illusion, da zwangsläufig unter dem Mantel der „Unabhängigkeit" dieselben politisch-ideologischen Fehlströmungen auftreten würden – nur verdeckter und schwerer durchschaubar.

Richtig wäre es dagegen, sich auf die in der Resolution vom 29.6. mit breiter demokratischer Legitimation verfaßten Grundsätze zu besinnen und sie zur Grundlage der weiteren Arbeit zu machen. Das entscheidende Kriterium für die Beteiligung linker Organisationen muß sein, daß sie ausnahmslos jeden fortschrittlichen Kollegen oder Genossen gegen Berufsverbot und Repression verteidigen und allen Betroffenen gleichermaßen Solidarität zukommen lassen.

MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS

BRD-Waffenexport 1976

Wir geben im folgenden eine leicht gekürzte Aufstellung über den BRD-Waffenexport '76 aus der „antimilitarismus-information" vom 8.9.76 wieder. Vollständig dürfte die Liste bei weitem nicht sein.

Nato

Kanada. 128 Leopard-1-Panzer für 160 Mio. DM. Der überwiegende Teil (106) davon verbleibt bei den kanadischen Verbänden in Mitteleuropa, der Rest soll zu „Ausbildungszwecken" nach Kanada gebracht werden.

Griechenland. Vier U-Jagd-Boote (Typ 209) erhält der Hauptabnehmer westdeutscher Kriegsschiffe, Griechenland. Geplant ist eine umfangreiche Lieferung im Rahmen der NATO-Militärhilfe aus der BRD. Sie umfaßt neben weiteren Schiffen 20 gebrauchte Düsenflugzeuge, ein Noratlas-Flugzeug, 400 LKW's, Pioniergerät und 10 Feldlazarette im Wert von ca. 100 Mio. DM.

Portugal. Im Wert von ca. 13-18 Mio. DM bekommt Portugal 20 Flugzeuge der Typen „Fiat-G-91" und „Trainer" aus Bundeswehrbeständen.

Hinzu kommen Ersatzteile, Bodendienst- und Prüfgeräte und Munition.

Australien. Der „Centurion"-Kampfpanzer soll durch den „Leopard-1-Panzer" ersetzt werden, 87 Panzer wurden bereits bestellt, darunter mehrere Sonderfertigungen.

Kolumbien. Kolumbiens Polizei erhält von der Firma Heckler & Koch „G3"-Gewehre und Maschinenpistolen des Typs „MP5". Direkter Käufer ist der Polizeichef General Bohorquez.

Libanon. Von den Waffenlieferungen im Werte von 120 Mio. DM an die christlich-faschistische Falange will die Bundesregierung natürlich nichts wissen. Die Geschäfte liefen über den Sohn des Falange-Führers Gemayel. Umschlaghäfen waren Hamburg und Bremerhaven.

Chile. MBB-München lieferte sechs Polizeihubschrauber, die von einer schweizer Firma mit einer „Zusatzausrüstung" versehen wurden.

Südamerika. Für ein südamerikanisches Land, dessen Name nicht bekannt gemacht wurde, entwickelt Rheinstahl einen Schützenpanzer (Variante des „Marder"). 500 Stück sollen unter Umgehung der Exportbeschränkungen im Ausland gebaut werden.

Ägypten. Mit 50 % will sich die BRD am Bau von 120 Kampfflugzeugen (Alpha-Jet) beteiligen. Den anderen Teil der Produktion, sowie die Lieferung übernimmt Frankreich.

Israel. Als „Ausgleich" für das Geschäft mit Ägypten, soll Israel mit dem Flugabwehrsystem „Roland" versorgt werden. Auch dieses Geschäft wird mit und über Frankreich abgewickelt.

Antimilitarismuskommission

Kampfhubschrauber Bo 115 — als „Polizeihubschrauber für die chilenische Junta! Quelle: „Spiegel", 4.10.76

schäft mit Ägypten, soll Israel mit dem Flugabwehrsystem „Roland" versorgt werden. Auch dieses Geschäft wird mit und über Frankreich abgewickelt.

Antimilitarismuskommission

Kampfhubschrauber Bo 115 — als „Polizeihubschrauber für die chilenische Junta! Quelle: „Spiegel", 4.10.76

Schwedisches Militär gegen Soldatenbewegung

In der schwedischen Armee mehren sich die Proteste gegen den bedingungslosen Kadavergehorsam. In unserer Zeitung DIE INTERNATIONALE Nr. 19 berichteten wir über einige Aktionen der schwedischen Wehrpflichtigen. Die Proteste äußerten sich meist in Essenstreiks, Massenkrankschreibungen oder Befehlsverweigerungen. Schon seit langem versuchen die Militärbehörden, diese Aktionen der Soldaten zu unterdrücken und in der Presse totzuschweigen.

„Arbetarkamp", die Zeitung des Förbundet Kommunist, veröffentlichte in Nr. 16/76 ein geheimes Militärdokument, aus dem hervorgeht, wie die Militärbehörden Schritt für Schritt auf Protestaktionen der Soldaten reagieren wollen.

So soll z.B. bei einem Essenstreik der Verbandschef (Presseoffizier) mit der Lokalpresse möglichst ein Übereinkommen treffen, daß bevor Artikel, Einsendungen oder dergl. publiziert werden, zuerst der Verband kontaktiert wird. Beim Essenstreik oder ähnlichen Aktionen sollen die „Verantwortlichen" herausgefunden werden. In dem „streng vertraulichen" Dokument werden Berichte zu folgenden Punkten verlangt:

1. Wer am Essenstreik teilgenommen hat.
2. Inwieweit der Essenstreik organisiert war und wer oder welche Soldaten ihn angestiftet haben.

Zu den Untersuchungen kann auch die Polizei herangezogen werden, die dann in massenhaften Verhören versucht, die „Aufwiegler" herauszufinden. So geschehen bei der Massenkrankschreibung in dem Infanterieregiment Nr. 11 in Växjö 1974 (siehe auch DIE INTERNATIONALE Nr. 19).

Greifen die Soldaten zu der Protestform der Massenkarnkschreibung, so soll folgendermaßen versucht werden, die Presse abzuwimmeln: *„Wenn die Zahl der Krankmeldungen groß ist, kann jederzeit eine Epidemie befürchtet werden, darum können die Behörden unglücklicherweise keine persönlichen Besuche von Vertretern der Massenmedien dulden."*

Ein weiterer Versuch, Aktionen der Soldaten zu verschweigen, ist die Isolierung der entsprechenden Einheiten. Dazu heißt es in dem Dokument: *„Das Personal, das sich nicht krankschreiben ließ, führt, wenn möglich, Übungen in gewöhnlicher Ordnung durch - doch es wird von dem Personal anderer Kompanien getrennt gehalten."*

Zum einen zielen die Maßnahmen darauf, Aktionen von Soldaten in der Presse totzuschweigen und möglichst sogar die Presse dazu einzuspannen, die Soldaten zu bespitzeln.

Gleichzeitig sind Maßnahmen vorgesehen, um die Isolation protestierender Soldaten innerhalb der Armee zu erreichen.

Innerhalb der Kasernen versuchen die aktiven Soldaten dem durch ein Stubendelegierten-System zu begegnen. So konnte bei der letzten Massenkrankschreibung im Inferanterieregiment Nr. 20 eine Beteiligung von 70 % erreicht werden.

An einer Demonstration des Artillerieregiments Nr. 8 für kürzere Dienstzeiten und Ersatzurlaub für Übungen nahmen sogar 90 % der Soldaten teil. Solche breiten Aktionen können nicht mehr totgeschiegen werden!

Antimilitarismus-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Selbstmorde in der Bundeswehr

Der militärische Drill, die Schikanen der Vorgesetzten, die ständige

Selbstmorde in der Bundeswehr

Der militärische Drill, die Schikanen der Vorgesetzten, die ständige
körperliche und seelische Belastung in der Bundeswehr, treibt jährlich immer mehr Soldaten in den Selbstmord (s. nebenstehende Grafik)!

Welcher Terror viele Soldaten zu diesem verzweifelten Schritt treibt, mag das Beispiel des Soldaten J.B. zeigen: J. verfügt über eindeutige ärztliche Gutachten, die seine Wehruntauglichkeit belegen. Selbst der Truppenarzt hat seine Entlassung aus der Bundeswehr empfohlen. Dennoch wird J. ständig wegen „eigenmächtiger Abwesenheit" von der Truppe verurteilt und in Haft gesteckt. Selbst als er vom Truppenarzt krankgeschrieben zu Hause lag, wurde er von Feldjägern festgenommen. Wegen „Fahnenflucht" wurde er zu vier Monaten Haft verurteilt. – Angesichts derartiger brutaler Verfolgungen gehen die 875 Selbstmordversuche im vergangenen Jahr allein auf das Konto der Bundeswehrführung.

Selbstmordversuche und Selbstmorde in der Bundeswehr

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Selbstmordversuche	560	620	617	715	815	875
Selbstmorde	69	73	82	96	87	97

SS-(M)ärsche in der Bundeswehr

Nachdem die Bundeswehr seit eh und je ihren Soldaten Nazi-Lieder eintrichtert und für solche auch Werbung in ihrer Truppenzeitschrift „Heer" macht (z.B. für die Platte „Lieder an allen Fronten"), ist sie nun dazu übergegangen, die Nazi-Musik breiter in die Öffentlichkeit zu tragen. So produzierte das Heeresmusikkorps 5 die Schallplatte „Deutsche Präsentier- und Parademärsche". Alle 16 Titel dieser Platte sind Märsche, die sich die SS für ihre Regiments-Paraden zugelegt hatte. Konsequenterweise wird diese Schallplatte denn auch vom Munin-Verlag vertrieben, dem gleichen Verlag, der auch die Publikationen der SS-Nachfolgeorganisation HIAG herausgibt.

DEUTSCHE PRÄSENTIER- UND PARADEMÄRSCHE
HEERESMUSIKKORPS 5 DER DEUTSCHEN BUNDESWEHR
OBERSTLEUTNANT HEINZ SCHLÜTER

Auf solche Aktivitäten von Journalisten in Bonn angesprochen, erklärte der Sprecher des Kriegs-Ministeriums, Armin Halle, in der Bundeswehr dürften alle Märsche, die „gefallen", gespielt werden. Ihm sei die Musikauswahl „schnurzpiepegal". Lediglich das „Horst-Wessel-Lied" sei nicht erlaubt. Darüberhinaus teilte das „Verteidigungs"-Ministerium mit, in der Bundeswehr würden „selbstverständlich dienstlich keine SS-Märsche" gespielt (alle Zitate „FR", 9. 10. 76).

Allein schon ein Blick auf die Plattenhülle macht deutlich, daß es sich hier natürlich nur um rein private Aktivitäten eines Heimorchesters handelt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Arbeitsplätze durch Rüstung?

Mit der Behauptung, die Rüstungsproduktion schaffe und erhalte Arbeitsplätze, wollen die Kapitalisten und der Staat den hohen Rüstungsausgaben einen „volkswirtschaftlichen Nutzen" andichten. Wie im Ak berichtet, haben sich dieser seltsamen „Logik" sogar mehrere sozialdemokratische Betriebsräte angeschlossen und öffentlich erhöhte Rüstungsproduktion und eine Liberalisierung der BRD-Waffenexportbestimmungen gefordert.

Inzwischen ist dieser Schwachsinn auch von bürgerlichen amerikanischen Wissenschaftlern widerlegt worden: In einer Studie errechneten sie, daß eine Milliarde Dollar Rüstungsausgaben lediglich 55.000 Arbeitsplätze schaffe (wobei sie geschickterweise Armeeangehörige gleich mitzählten!). Die Untersuchung belegt, daß dagegen bei Investitionen in der gleichen Höhe im zivilen Sektor (Wohnungsbau, übrige Bauwirtschaft, Dienstleistungssektor, Kommunalausgaben usw.) 155.000 Arbeitsplätze geschaffen werden!

Damit ist also das genaue Gegenteil der bürgerlichen Lüge beweisen:

Die Rüstungsausgaben vernichten Arbeitsplätze!

„Selbstlose" Dürrehilfe der Bundeswehr

78.000 Bundeswehrsoldaten waren in diesem Jahr unterwegs, mit 28.000 LKW's legten sie über sechs Mio Kilometer zurück, um während der Hitzewelle Heu und Stroh zu transportieren und Dürreschäden zu verhindern. In der gesamten Presse wurde diese Hilfe als „nützlich" und kostenlos dargestellt. Inzwischen wurde man allerdings durch Staatssekretär Gallus aus dem Ernährungsministerium eines besseren belehrt: Die Bundeswehr erhielt für je 100 Kilo transportierten Strohs 20 DM „Subventionen" – ein Geschäft also, in das liebend gerne jeder Fuhrunternehmer eingestiegen wäre (nach „ID", 2.10. 76).

Vor allem aber vollzieht sich mit den in dieser Art immer häufiger werdenden Einsätzen von Soldaten eine andere bedrohliche Entwicklung: Die Bundeswehr wird zunehmend als riesiges Arbeitskräftereservoir für zivile Einsätze gebraucht – mit billigen Arbeitskräften, die der Militärdisziplin unterliegen. Mit dem Einsatz der Bundeswehr bei Naturkatastrophen wird zugleich der Weg für Einsätze in anderen Bereichen, etwa bei einem Streik im Öffentlichen Dienst (Müllarbeiter usw.) der Weg geebnet.

Terrroristenjagd unter demokratischen Soldaten

Gegen den Herausgeber der Regensburger Soldatenzeitung „Rührt Euch" wird von der Staatsanwaltschaft wegen angeblicher „Bildung einer kriminellen Vereinigung" ermittelt: Er hatte dem wegen eines Skandalurteils als „Terrorist" in Haft sitzenden Schriftsteller P.P. Zahl ein Exemplar der Soldatenzeitung ins Gefängnis geschickt (die Zeitung wurde dem Inhaftierten natürlich niemals ausgehändigt).

Die Regensburger Lokalpresse bewies prompt ihre staatstragende Gesinnung: Die demokratischen Soldaten wurden flugs zum „Terroristenunterbau" erklärt, *„der sich quasi von der Basis langsam hochdiene"*. Erfreulich ist allerdings, daß die bürgerlichen Schreiberlinge eingestandenermaßen (noch) nicht den angegriffenen Personenkreis „identifizieren" konnten.

(nach „Rührt Euch", Okt. '76)

Weibliche Berufsoffiziere in der Bundeswehr

„Gleichberechtigung" zwischen Mann und Frau nach sozialdemokratischen Verständnis hat nun auch in der Bundeswehr Einzug gehalten: Im SPD-regierten Hessen wurden bei der dort stationierten „Zweiten Jägerdivision" die ersten weiblichen Berufsoffiziere eingestellt. Beide Frauen versehen dort als Ärztinnen ihren Dienst und haben die gleichen Rechte und Pflichten wie ihre männlichen „Kameraden": Sie sind Vorgesetzte und können gegen die Soldaten Disziplinarstrafen verhängen.

Nach dem Vorbild der US-Armee, in der längst Frauen als Offiziere tätig sind, ist damit die Bundeswehr der Forderung vieler Militaristen nach einer Dienstverpflichtung auch für Frauen einen Schritt näher gekommen. Aufgabe der Frauen und aller fortschrittlichen Menschen wird es sein, gegen diese verlogene Art von „Gleichberechtigung" ins Feld zu ziehen.

Antimilitaristisches Fest und internationales Soldatentreffen ...

Im letzten ARBEITERKAMPF ist zu diesem Fest aufgerufen worden. Das Fest, das von dem Antimilitaristischen Arbeitskreis (AMAK) veranstaltet wird, hat jedoch seinen Termin um drei Wochen auf das Wochenende vom 19.-21. November verschoben. Wir bitten, diese Terminänderung zu berücksichtigen.

Das Fest findet statt im DGB-Haus in Stuttgart (19.30), Theodor-Heuss-Straße, (19. November).

Das internationale Soldatentreffen ist nicht öffentlich. Teilnehmer müssen sich durch bekannte Soldatengruppen legitimieren.

US-Armee versteigert DDT

Obwohl das Pflanzenschutzmittel DDT mittlerweile fast vollständig aus dem Verkehr gezogen worden ist, weil es zu giftig ist (und die USA sogar die ersten waren, die dies in der westlichen Welt getan haben), versteigert die US-Armee in Europa über 10.000 Liter DDT-haltige Sprühmittel. Die Versteigerung ist für jedermann zugänglich. Für einen normalen Bürger wäre dies strafbar und das DDT würde beschlagnahmt. Aber die US-Armee darf hier ihren Dreck gewinnbringend unter Gefährdung aller verschleudern.

(nach „Informationsdienst", 9.10.76)

General Haig fordert Militarisierung von Schiff- und Luftfahrt

Der NATO-Oberbefehlshaber General Haig hat in einer Rede in Washington gefordert, daß die Ressourcen der Handelsschiffahrt und der Zivilen Luftfahrt bereits in Friedenszeiten für den Transport von militärischen Gütern ausgenutzt werden müssen. Auf Grund der angeblich so geringen Vorwarnzeiten wird dies für notwendig gehalten.
(nach Tagesschau)

massenmedien

Springers faschistische Vergangenheit und Freunde

Was viele Demokraten vermuten, dieses dokumentarische Foto beweißt es: Axel Caesar Springer hat nicht nur eine faschistische Gesinnung, sondern auch eine aktive faschistische Vergangenheit. Dieses Foto entstandt anläßlich des 50 jährigen Bestehens der „Bergedorfer Zeitung" 1933 bei der A. Springer seine Volontärzeit durchmachte. Stolz zeigt sich der junge Axel auf dem Jubiläumsfoto in der Uniform der NSKK (Nationalsozialistische Kraftfahrkorps). Von diesem NSKK wird heute nur noch beiläufig gesprochen, galt der „Klub" doch als harmloser Verein von Motorrad-freunden, die nichts mit Politik zu tun haben wollten und quasi nur „zur Tarnung" das „NS"-Zeichen vor ihren Klubnamen gesetzt hatten. Wie B. Engelmann aber in seinem letzten Buch „Strauß, Kohl und Co." enthüllt, *„war das NSKK bis zum Sommer 1943 ein Teil der braunen „Sturmabteilungen" (SA) gewesen, genau wie die „Schutzstaffeln"(SS). Als motorisierte Untergliederung der Bürgerkriegsarmee Hitlers erfüllte das NSKK Transportaufgaben und stellte „Kradmelder" und Überfallwagen"* (Strauß, Kohl & Co, S. 112).

Axel Caesar Springer war 1933 Mitglied der NSKK, die bis 1943 ein Teil der Schlägerhorden der SA war! Vom vorübergehenden Eintritt aus „Opportunitätsgründen" in irgendeine der vielen Nazi-Massenorganisationen kann also keine Rede sein. Welche Verbindungen Springer nach 1933 zur Nazi-Partei hatte, ist nicht bekannt.

Seine politische Weiterbildung erhielt er ab 1937 in seiner Zeit als stellvertretender Chefredakteur der „Altonaer Nachrichten", das zwar bis 1941 nicht dem, unter politscher Kontrolle des faschistischen Eher-Verlages stehenden Hugenber-Konzerns einverleibt war, aber zumindest nur unter dem Wohlwollen der Faschisten „unabhängig" weiterarbeiten konnte nach der großen faschistischen „Gleichschaltung" der Presse 1936.

Aber auch nach dem Krieg mochte Springer auf seine Kontakte zu den Faschisten nicht verzichten. Hier seien nur drei genannt, die er „aus Dankbarkeit" (?) an maßgeblichen Plätzen in seinem Konzern unterbrachte:

Hans Zehrer:
In den 50er Jahren Initiator des Konzepts „Miteinander-Füreinander", des „Hamburger Abendblatts", BILD-Kolumnist als „Hans im Bild" war er ebenfalls in der Springerschen Aufbauphase.

Zehrer fungierte bis zu seinem Tod 1962 als Chefredakteur der „WELT". Hans Zehrer hat auch viel Erfahrung mit der von ihm für BILD und „Hamburger Abendblatt" entwickelten Ideologie der „Lebensgemeinschaft". – Er war in den 30er Jahren Herausgeber und theoretischer Kopf der Zeitschrift TAT, und des darum organisierten Zirkels. Die Politik dieses Zirkels muß als die sozialdemagogische Variante der Politik der NSDAP verstanden werden. Helmut Elbrechter, die rechte Hand Hans Zehrers war der „Ghostwriter" für die „Links" -Faschisten um Gregor und Otto Strasser. *„Der TAT-Kreis bekannte sich zu einem ‚gesamtwirtschaftlich' planenden Staat, der bei Anerkennung mittelständischen Eigentums und eines von Selbstnutzen geleiteten Erwerbstrebens ..."* (Nach H.Heer, Burgfrieden und Klassenkampf S. 58).

Verkauft wurde diese „Theorie" als „deutscher Sozialismus", bei dem allerdings „die ganze marxistische Terminologie ausgemerzt" sein müsse. Diesen Herrn bezeichnet Springer heute noch als seinen „Mentor".

Dr. Helmut Starke:
1966 Chefredakteur bei der „WELT". Seit 1944 Mitglied des zum Reichssicherheitshauptamt gehörenden Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts (DAI).

Stellvertretender Chef des Presseamtes der faschistischen „Deutschen Arbeitsfront". In seiner Doktorarbeit 1938 über die Rolle der faschistischen Publizistik heißt es u.a. :„ ... *ist ein totales Instrument der nationalsozialistischen Weltanschauung. Was ...* (der Rundfunk, Anm. Red.) ... *ausstrahlt, ist schlechthin die Repräsentation des politischen, kulturellen und völkischen Lebens ... und damit höchster Ausdruck eines umfassenden publizistischen Wollens."*

Axel Seeberg:
1966 Chefredakteur des damals noch zum Springerkonzern gehörenden „Sonnstagsblatt" und Dozent an der Nazi-Hochschule für Politik. Wie Starke ebenfalls Mitglied des DAI und dort Leiter des berüchtigten „Europa-Ausschusses", der sich ausschließlich mit der faschistischen „Neuordnung Europas" befasste. (Daten nach „Graubuch", DDR 1967) Der SpringerKonzern hat nicht nur politsch die Nachfolge des Hugenberg Konzerns übernommen, sondern auch persönell faschistische Kontinuität gewährt. Die Nachfolge dieser Altfaschisten ist beim Springer -Konzern immer gesichert. Reaktionäres und faschistisches Gesindel wird bei Springer so lange in Lohn und Brot kommen, bis die Arbeiterklasse mit diesem Faschistenhord ein Ende macht.

Medienkommission und Springer-Zelle KB/Gruppe Hamburg

1933

1968

„Ausgewogenheit" a la WDR

Wir berichteten im AK 86 über die Zensurmaßnahmen des WDR gegenüber den bereits fertiggestellten Sendungen über den Kampf der LIP-Arbeiter und die Arbeit politischer Musikgruppen in der BRD „Lieder gegen rechts".

Hier nun noch eine „Nachlese" zu diesen beiden Fällen und weitere „Ausgewogenheiten":

– Der CSU-nahe medienpolitische Dienst , der Dienst der Bayrischen Wirtschaft „Rundblick" protestierten besonders gegen folgendes Lied:

„Strauß und seine Bazis und die Neonazis, die sind Bayerns größte Plag. Jeder echte Bayer fordert darum heuer, macht die Kommunisten stark"

Folgende Mitglieder der WDR-Aufsichtsratsgremien unterstützten den Protest: „Rotfunk"-Windelen (CDU), und der nordrhein-westfälische Landtagspräsident Lenz (CDU) für den WDR-Verwaltungsrat, Kapitalistensprecher Simons (CDU) für den Programmbeirat.

Der damalige WDR-Intendant v. Bismark begründete die Absetzung der Sendung mit dem dort vorgetragenen Lied „Die Resolution der Communarden", gewidmet dem Pariser Aufstand 1870/71 von B.Brecht Musik H.Eissler, in dem es u.a. heißt:

„In Erwägung, daß wir der Regierung was sie immer auch verspricht, nicht traun. Haben wir beschlossen unter eigner Führung uns nunmehr ein gutes Leben aufzubauen.
In Erwägung: Ihr hört auf Kanonen
andre Sprache könnt ihr nicht
verstehn,
müssen wir dann eben, ja, das wird
sich lohnen
die Kanonen auf euch drehn!"

Dazu v. Bismark: *„Der Song ... in dem ganz klar ausgedrückt wird, daß die Gegner der Arbeiterklasse nur die Sprache der Gewalt verstehen, ist nach meiner Auffassung viel bedenklicher, als der von den Kritikern zitierte Song mit den Angriffen auf Stauß und die CSU."*

Eine weitere Verbreitung der Sendung wurde mit Hinweis auf Paragraph 4 des WDR-Gesetzes vom Verwaltungsrat verboten, das da lautet: *„Der Westdeutsche Rundfunk soll die internationale Verständigung fördern, zum Frieden und zur sozialen Gerechtigkeit mahnen, die demokra-*
dern, zum Frieden und zur sozialen Gerechtigkeit mahnen, die demokra-
tischen Freiheiten verteidigen und nur der Wahrheit verpflichtet sein" (Gesetz v. 25.5. 1954).

Dieses Gesetz läßt dem obersten Kontrollgremium, dem Verwaltungsrat, völlig freie Hand darüber zu entscheiden, welche Sendungen aus dem Programm gestrichen werden, wenn sie nicht hundertprozentig der „FdGO" entsprechen.

Zusätzlich ist der WDR als Propagandaorgan des „Modell Deutschland" dadurch abgesichert, daß der Verwaltungsrat voll in der Hand des Staatsapparates und der drei großen bürgerlichen Parteien ist:

CDU-Landtagspräsident Lenz
SPD-Ministerpräsident Kühn
CDU-Minister a.D. Grundmann
SPD-Minister Rau
CDU-Bundesvertriebenenminister a.D. Windelen
SPD-Chefredakteur Hammer
FDP-Innenminister a.D. Weyer

– Nach der politischen Zensur, dem Vertragsbruch und der finanziellen Bedrohung der Redakteure, die die LIP-Dokumentation vorbereitet haben, griff der WDR die Autorin Edith Schmidt weiter an. Er ließ den Kölner Stadt-Anzeiger am 18.8.76 wissen, die Ablehnung des Films sei nicht politisch motiviert. *„Ausschließlich fernsehübliche Qualitätsmaßstäbe haben zur Ablehnung der geführt."*

Diese in der Öffentlichkeit verbreitete Erklärung ist nicht nur eine dreiste Lüge, sondern hat obendrein auch noch die Absicht, die beruflichen Fähigkeiten der freien Journalistin E.Schmidt zu diffamieren und sie so bei weiteren Auftraggebern unmöglich zu machen.

Schon vorher, als E.Schmidt beim Landgericht Köln den WDR auf Erfüllung des an sie erteilten Auftrags (Abnahme des LIP-Films und Auszahlung der 60.000 DM, die zur Erstellung des Films verbraucht wurden), klagte, zog der Anwalt Weigel des WDR übel vom Leder: Der Protest der E.Schmidt gegen die massiven Zensurversuche durch den WDR noch während der Abnahme-Vorführung durch den WDR-Beauftragten Hoffmann nahm dieser Herr zum Anlaß, um die Redakteurin als „Linke" zu verteufeln:

„Die Entwicklung lief offenkundig der politischen Richtung der beim ZDF mit dem Spitznamen ‚rote Edith' genannten Klägerin zuwider" (WDR Prozeßeingabe v. 26.11.75).

Hetze bis hin zum Rufmord und massive Existenzbedrohung: Mit diesen Methoden arbeiten die staatlichen Rundfunkanstalten gegen demokratische Journalisten, wenn diese nicht bereit sind, „freiwillig" durch Selbstzensur eine wahrheitsgemäße Berichterstattung in eine den Kapitalisteninteressen dienende Lügengeschichte umzufälschen.

– In einer Produktion des WDR wurde ein Film gedreht, der über die Hausbesetzung von 100 italienischen Familien berichtet, die die Mieten und Strompreise selbst festlegten, ein proletarisches Kulturzentrum errichteten, Schulen für die Kinder einrichteten und durch die Solidarität der 45.000 Einwohner des Neubauviertels „Magliana" in Rom von Überfällen der Polizei verschont blieben.

Eine Arbeiterin und ein Priester, der *„sich entschloß, mit den Arbeitern zu leben und an ihrer Seite für ihre Ziele zu kämpfen"*, wie die offizielle WDR-Pressemitteilung für den 8.Juni
Ziele zu kämpfen", wie die offizielle WDR-Pressemitteilung für den 8.Juni
1975 vermerkte, erzählten die Entwicklung des Kampfes aus ihrer Sicht.

Am 8. Juni 1975 zur besten Sendezeit wurde der angekündigte Film ohne Begründung aus dem ARD-Hauptprogramm genommen und ein (!) Jahr später, am 1.Mai 1976 kurz vor 23 Uhr, faktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit, im dritten regionalen Programm des WDR gesendet.

1971 zeichnete der WDR in ganzer Länge die antikapitalistische Rockoper „Profitgeier" der DKP-nahen Gruppe „Floh de Cologne " auf. Dieses Filmmaterial schmort seit der Zeit im Zensurkeller.

– 1975 machte der WDR eine Sendung über den Sponti-Musiker „Klaus der Geiger". Zweien seiner Lieder legten die WDR-Zensoren den Knebel an. An Stelle des Namens „Gerling" im „Herstatt-Blues" und des Namens „Kaufhof" im „Zahltag" -Lied ließen die Zensoren einen Pieptton einblenden.

Gehören doch beide zu den einflußreichsten Kapitalisten in Köln ... (Alle Informationen nach „Kölner Volksblatt", September 1976)

Medienkommission KB/Gruppe Hamburg

Klaus der Geiger: seine Texte wurden zensiert.

CSU-Rundfunkpraxis

Vor zehn Jahren führte der Bayrische Rundfunk (CSU-kontrolliert) als erster Rundfunk- und Fernsehsender der BRD das Werbefernsehen ein und machte damit das Fernsehen den Kapitalisten verstärkt ihren Profitinteressen nutzbar. Im „Jubiläumsjahr" startete der Bayrische Rundfunk einen weiteren Versuch die Kapitalistenwerbung noch intensiver und abgefeimter zu betreiben. Unter dem Namen „Doppelspiel" wurden, vorerst auf vier Wochen begrenzt, den Zuschauern der „Abendschau" (vergleichbar der norddeutschen „Nordschau") zwei „Quizfragen" gestellt, deren erste Antwort in einer kurzen Einblendung im Verlauf der Sendung versteckt ist. Die zweite Antwort verbirgt sich in einem Werbspot, der von der werbenden Firma doppelt gebucht ist und zweimal pro Abend ausgestrahlt wird. Dieser bewußte Spot befindet sich unter den letzten, der 10 - 20 Werbespots, die im Anschluß an die „Quizfragen" folgen.

Auf das „Doppelspiel" wird im Rahmen der „Abendschau" mehrmals hingewiesen, ebenso in der Hörfunkwerbung am vormittag (nach Druck und Papier Nr. 19, 13.9.76).

Mit diesen Methoden versuchen die Kapitalisten und ihre Handlanger im Bayrischen Rundfung die Zuschauer noch enger an die Werbespotzeit zu binden, und die Köpfe der Zuschauer noch mehr zu verkleistern. Wenn der „Test" von den Kapitalisten und Fernsehverantwortlichen als gut befunden wird, dann werden die anderen Fernsehanstalten nicht mehr lange mit den selben schmutzigen Tricks auf sich warten lassen!

So „spielerisch", wie der Bayrische Rundfunk die Kapitalistenwerbung ins Volk hämmert, so „spielerisch" fordert die „Unterhaltungswelle" „Bayern 3" die Zuhörer auf, sich an Menschenjagd und Denunziantentum zu beteiligen. In regelmäßigen Abständen wird in die laufenden Musiksendungen und Klönschnacks „die Bitte der Kriminalpolizei um Mitarbeit" eingeblendet und ohne auch nur eine Spur begründeter Beweise anzugeben zur Jagd auf irgendwelche Personen geblasen.

StrauSS weiß, was er an seinem Bayrischen Rundfunk hat!

Medienkommission KB/Gruppe Hamburg

aus Betrieb und Gewerkschaft

METALL

Närrisch: BR-Vorsitzender von Reynolds ausgeschlossen!

Hamburg: Monatelang, ja jahrelang haben sich die Hamburger IG-Metall-Oberen in der Öffentlichkeit mit der „vorbildlichen Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit" bei den hiesigen Reynolds-Aluminium-Werken gebrüstet. In der mehrjährigen Aufbauphase des Reynolds-Werkes, die von starken Protesten umweltbewußter Bürger gegen die Ansiedlung dieser gemeingefährlichen Produktionsstätte gekennzeichnet war, haben die örtlichen Gewerkschaftsgrößen nur ein mäßiges Interesse und praktisch gar kein Engagement an den Belangen der Kollegenschaft erkennen lassen. Der gewerkschaftliche Vertrauenskörper und der Betriebsrat wurden von engagierten Kollegen praktisch ohne Unterstützung der IGM-Ortsverwaltung aufgebaut.

Ausgerechnet der Kollege W., Betriebsratsvorsitzender bei Reynolds und maßgeblich mitbeteiligt an der Entwicklung und Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation in diesem Betrieb, ist am 30. September '76 aus der IG Metall ausgeschlossen worden!

sem Betrieb, ist am 30. September '76 aus der IG Metall ausgeschlossen worden!

Hintergrund dieser bemerkenswerten Entscheidung ist die seit langem zwischen den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und der Hamburger IGM-Ortsverwaltung schwelende Auseinandersetzung um die Orientierung der gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb und die Politik der Gesamtorganisation (z.B. in Fragen des Tarifkampfes).

Während sich die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Funktionsträger bei Reynolds eindeutig und stets an die Seite der umweltbewußten Bürger in dem angrenzenden Stadtgebiet stellten und sich deren Forderungen nach ausreichenden Sicherheitseinrichtungen im Aluminium-Werk zueigen machten, mauschelten die IGM-Führer mit ihren Parteifreunden in der Senatsbürokratie.

Während die Kollegenvertreter bei Reynolds ohne wenn und aber gegen die negativen Folgen des Verkaufs eines Werkteils an eine Gruppe von Chemie-Kapitalisten auftraten (die in diesem Werksteil arbeitenden Kollegen erhalten durch diese Manipulation weniger Lohn, weil sie nunmehr nach Chemie-Tarifen bezahlt werden), arrangierten sich die Gewerkschaftsführer mit der neuen für die Kollegenschaft verschlechterten Situation.

REYNOLDS

Hier (IGM) findet eine vorbildliche Betriebsratsarbeit statt!

Für Betriebsräte verboten!

Was die Politik der IG Metall insgesamt angeht, vertreten die Vertre-

keit scheuen müssen: „Es gibt hier nichts zu untersuchen, sondern den

Was die Politik der IG Metall insgesamt angeht, vertreten die Vertreter und Angestellten bei Reynolds mehrheitlich eine konsequente, kämpferische Linie und kritisierten (mehrfach auch öffentlich) den Anpassungskurs der Gewerkschaftsoberen in der Tarifpolitik, kritisieren vor allem auch die undemokratischen Unvereinbarkeitsbeschlüße und die Ausschlußpraxis.

D i e s e Gegensätze – und nichts anderes! – sind der reale Hintergrund des jetzt erfolgten Ausschlusses! Teilweise wurde das auch von den IGM-Strategen vor der Untersuchungskommission offen zugegeben. „Für Kritik gibt es innergewerkschaftliche Gremien, z.B. den Kontrollausschuß beim Vorstand", äußerte dort einer von ihnen.

Als zu der ersten Verhandlung vor dem Untersuchungsausschuß eine ganze Reihe Kollegen von Reynolds den Kollegen W. begleiten wollten und dort auch i h r e Meinung zu den gegen ihren gewählten Vertreter erhobenen Vorwürfen vortragen wollten, wurden sie nicht reingelassen und stattdessen frech „belehrt", daß ihr Erscheinen einen „gravierenden Verstoß gegen die Satzung" darstellt (Stellungnahme der Untersuchungskommission). Der Vorsitzende der Untersuchungskommission machte denn auch klar, warum die Gewerkschaftsführer so sehr das Licht und damit die Kontrolle der Öffentlichkeit scheuen müssen: „Es gibt hier nichts zu untersuchen, sondern den Nachweis der Gewerkschaftsfeindlichkeit zu erbringen (?!)".

Und das war das e i n z i g e mickrige „Argument" der Ankläger: Kollege W. habe als Betriebsratsvorsitzender Ende letzten Jahres in Hamburg als Mitveranstalter zu einer Massenveranstaltung fortschrittlicher Gewerkschafter und Betriebsräte aufgerufen und dort auch die Einleitungsrede gehalten. D a s sei Beleg dafür, daß er Mitglied im KOMMUNISTISCHEN BUND sei und – logisch?! – damit einer „gegnerischen, gewerkschaftsfeindlichen Organisation" angehöre.

Kollege W. hatte sich geweigert, auf die inquisitorischen Fragen nach seiner Organisationszugehörigkeit zu antworten, weil er 1. gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ist und sich 2. nicht die aberwitzige „Logik" der IGM-Führer zueigen machen wollte.

Es muß damit gerechnet werden, daß dieser Ausschluß gegen den BR-Vorsitzenden, Kollegen W., nicht die letzte Repressionsmaßnahme gegen diesen und auch andere Belegschaftsvertreter bei Reynolds gewesen ist. Deshalb lautet unsere Forderung:

Solidarität mit dem Reynolds-Betriebsratsvorsitzenden!
Weg mit dem Ausschluß und den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Betriebszelle Reynolds/HAW
KB / Gruppe Hamburg

Es knallt bei Krupp!

500 Kollegen bei Atlas Maschinenbau sollen entlassen werden

Bremen: Der Vielzweck-Konzern Krupp, Produzent von Panzern, Stahlwerken, Ölmühlen und Spinnmaschinen etc.pp. hat in den Bremer Werken schon seit längerer Zeit „Produktionsverlagerungen" angekündigt, jetzt ist die Katze endgültig aus dem Sack:

Der gesamte Fertigungsbereich bei Krupp Altas Maschinenbau wird eingestellt, es bleibt nur die Baumaschinenwerkstatt. Das bedeutet für 400 der 500 Kollegen aus der Produktion Kündigung, aus Planung und Verwaltung sollen ebenfalls 100 der 450 Kollegen entlassen werden. Dahinter steckt, daß die bisher für die ebenfalls zum Krupp-Konzern gehörende Bremer Werft A.G. Weser produzierten Schiffsbauten jetzt von der nicht mehr ausgelasteten Werft selbst produziert werden. Dazu kam, daß die

ten Schiffsbauten jetzt von der nicht mehr ausgelasteten Werft selbst produziert werden. Dazu kam, daß die

Aufträge für die Atlas Kalksteinpressen aufgrund der „Baukrise" zurückgingen und der Auftrags-Bestand für die ebenfalls dort produzierten Meerwasser-Entsalzungsanlagen nicht mal mehr für 12 Monate reicht.

Das ganze Schieben und Taktieren begann mit dem Ausleihen von 70 Kollegen an Hanomag-Henschel, dann Kurzarbeit, dann wurde versucht, den Kollegen einzureden, man könne sie bei anderen Bremer Betrieben des Krupp-Konzerns unterbringen, man sprach z.B. von Krupp-Atlas-Elektronik und A.G.Weser, die Werft ist allerdings selbst nicht ausgelastet, bei Atlas-Elektronik stehen auch Entlassungen an.

Also trat man jetzt mit einem neuen Plan ans Licht: den Geschäftszweig Kraftwerksvorwärmer übernimmt die Werft A.G.Weser komplett mit 200 Leuten (angeblich sollen in dem Zweig gar nicht so viele Kollegen beschäftigt seien). Dazu Werft-Pressesprecher Stöterau: „Wir können keine Zahlen bestätigen" („Bremer Nachrichten", 15.10.76).

Weitere 100 Kollegen, ausschließlich Facharbeiter, werden ins Bremer Werk von Hanomag-Henschel übernommen. Hanomag ist allerdings dafür bekannt, daß das Werk die derzeitige Lage auf dem Arbeitsmarkt hemmungslos ausnützt, nach dem Motto „50 einstellen, 25 wieder entlassen". Mit weiteren kleinen Firmen wird angeblich verhandelt. Von vornherein auf der Strecke bleiben werden vermutlich etwa 120 Angestellte, denn fast 50% von den 11900 Arbeitslosen in Bremen gehören zur Gruppe der Angestellten („Bremer Nachrichten",15.10.).

Da die Lage für die betroffenen Kollegen denn wohl doch nicht so rosig aussieht, hat Geschäftsführer Czichon einen Sozialplan in der Tasche, denn „ich muß doch sehen, daß das alles soziale Schicksale sind. Und wenn nur 10 Mann keinen Arbeitsplatz wiederfinden, ist das schmerzlich. Der Sozialplan ist nur eine Übergangslösung" („Bremer Morgenpost"). Auch die, die einen Arbeitsplatz wiederfinden, sollen von dem Sozialplan profitieren, sie haben Anspruch auf einen Härteausgleich.

platz wiederfinden, sollen von dem Sozialplan profitieren, sie haben Anspruch auf einen Härteausgleich.

Bleibt zu fragen, wann es wohl bei A.G.Weser zu den ersten Entlassungen größeren Ausmaßes kommt, bei Atlas-Elektronik schwelt es jedenfalls schon, zum 1.1.77 stehen Entlassungen an. Und noch ein weiterer Bremer Krupp-Betrieb kommt in Schwulitäten: Die Spezialfabrik für Textilmaschinen, Spinnbau Farge (800 Beschäftigte) sucht dringend einen „finanzkräftigen Geldgeber" für die Umrüstung der Bremer Fertigungsanlagen, um neuentwickelte Textilmaschinen auf den Markt bringen zu können, bis jetzt ist keiner gefunden ... Und der Betriebsrat: „Weiß von nichts" („Bild Bremen", 14.10.). Nachtigall, ick hör dir trapsen ...

Frisch!

Ein klapperndes Geräusch in seinem neuen Wagen zum stolzen Preis von (umgerechnet) 45.000 DM machte Frank Bird in Detroit (USA) fast wahnsinnig. Als Mechaniker das Auto fast zerlegt hatten, fanden sie schließlich in der Türverkleidung ein Metallstück, an dem ein Zettel mit der Aufschrift hing: *„Na, hast du's endlich gefunden, du reicher Knilch?"*

Meldungen

AEG: Werk zu, Kasse stimmt!

In Zeil am Main soll nächstes Jahr das dortige AEG-Werk dichtgemacht werden. Damit stehen 320 Beschäftigte, hauptsächlich Frauen, auf der Straße und haben in diesem Randgebiet kaum Möglichkeiten, neue Arbeit zu finden. Das Werk hatte einst 900 Arbeitsplätze und erhielt jahrelang „Grenzlandhilfe", das sind 27% Zuschuß auf jeden Arbeitsplatz und 6 % auf den Umsatz. Nach 10 Jahren jetzt läuft diese Beihilfe aus und die AEG sucht nach neuen Möglichkeiten, sich Extra-Einnahmen beim Steuerzahler zu ergattern. Die fand sie – das ganze Werk wird nach West-Berlin verlagert, wo es die „Berlinhilfe" gibt.

In der Praxis des Steuergelderkassierens ist AEG anscheinend insgesamt einsame Spitze. Sie kassierten aus dem Hause Matthöfer (Forschungsministerium) 76,6 Millionen DM Subventionen, bezahlten selbst aber nur 42,5 Mio. Steuern! In den letzten Jahren haben sie ein Plus von über 80 Millionen DM gemacht! Möglich ist ein solches Absahnen zum einen mit sochen Tricks wie oben geschildert, wobei die Kollegen nicht nur als Steuerzahler sondern auch direkt noch die Angeschissenen sind. Besonders gut gelungen ist AEG aber auch die personelle Verflechtung mit der Staatsmacht. In sämtlichen Gremien, die aufs Geldverteilen Einfluß haben, sitzen ihre „Experten". So z.B. im „Sachverständigenkreis" Prozeßlenkung, Datenverarbeitungssysteme, DV-Anlagen; alles Gremien vom Forschungsministerium mit „freien Sachverständigen", die direkt darüber befinden, welche wissenschaftlichen Arbeiten von Privatfirmen mit Steuergeldern gefördert werden. Diese Tatsachen erregten sogar ein Gewerkschaftsinstitut so sehr, daß es vom „Unternehmerstaat" sprach.

Auch beim Metallhüttenwerk Kurzarbeit

Nachdem beim Drägerwerk, dem größten Lübecker Betrieb Kurzarbeit angekündigt wurde, kommt ein weiterer Großbetrieb hinzu. Ab November soll beim Metallhüttenwerk Lübeck („Zeche Elend") „bis auf weiteres" kurzgearbeitet werden, d.h. 32 Stunden pro Woche. Betroffen sind ca. 900 Arbeiter und Angestellte der etwa 1.500köpfigen Belegschaft. Bereits im letzten Winter hat es für die Kollegen der (noch!) zum Besitz des amerikanischen Konzerns US-Steel gehörenden Metallhütte Kurzarbeit gegeben. Die Kapitalisten begründen die Maßnahme mit der Krise auf dem Roheisenmarkt.

8. Oktober 1976
ein Lübecker Metallgenosse

Schwere Schäden durch Umweltverschmutzung

Seit Jahren belästigt das zum Quandt-Konzern gehörende Werk „Wuppermetall" die Bevölkerung in dem anliegenden Stadtteil Nächstebreck durch Fluoremmissionen. Vom Gesundheitsamt und der Gewerbeaufsicht wurden die Ausstöße als „nicht gesundheitsgefährlich" bezeichnet.

Eine vom Diplom-Chemiker Heimbrecht durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß die behördlich erlaubten Fluoremmissionen bis zu 100 % überschritten werden. Aufgrund dieser ständigen Umweltverseuchung wurden zahlreiche Anwohner gesundheitlich schwer geschädigt.

So leiden 14% an Anämie, 22,5 % an Atembeschwerden, 18 % an Bronchitis. Weiter wurden Krankheiten wie Verstopfung, Gelenkbeschwerden, Bindehautreizungen und Entzündungen der Nasenschleimhäute festgestellt. Die „Oberbarmer Bürgerinitiative" hat jetzt Strafanzeige wegen Mißachtung der Umweltschutzgesetze und mehrfacher gefährlicher Körperverletzung gegen den Quandt-Konzern erstattet.

Zum Streik bereit!

Gegen die beabsichtigte Schließung der Frankfurter Niederlassung von Klöckner-Humboldt-Deutz haben 49 Kollegen dieses Betriebs in einer der Presse übergebenen Resolution protestiert. Die Kollegen bezeichnen es als „unzumutbar, uns bei der derzeitigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und unserer ausgezeichneten Auftragslage auf die Straße zu setzen" (nach „FR" vom 11.10.76).

Desweiteren fordern die Kollegen den Betriebsrat auf, sich sofort mit der Geschäftleitung über die Aufrechterhaltung des Betriebs auseinanderzusetzen und erwarten das Ergebnis der Verhandlungen bis zur Ende Oktober stattfindenden Betriebsversammlung.

Ausdrücklich betonen die 49 Kollegen – das ist die Mehrheit der Frankfurter Belegschaft von Klöckner-Humboldt-Deutz – , daß sie bereit seien, eine Betriebsschließung notfalls auch durch Streik zu verhindern.

Ein Genosse der Bezirkszelle
KB/Gruppe Frankfurt

Mit Volldampf gegen die Kollegen

Flensburger Schiffbaugesellschaft: Der Kapitalist Harmstorf hält seit mehreren Monaten die Mehrheit der Aktien (ca. 51 %) der Flensburger Schiffbaugesellschaft. Harmstorf besitzt bereits die Schlichting-Werft (Lübeck), die Büsumer Werft, eine eigene Reederei sowie die einzige Binnenwerft Westberlins. Offensichtlich ist, daß Harmstorf einige Veränderungen auf der FSG plant. Zu diesem Zweck hat er den Aufsichtsrat und das Direktorium mehrheitlich mit seinen Leuten besetzt. Seine letzte Neuerwerbung ist Direktor Böhmer, ehemals Finanzdirektor bei den Reynolds-Aluminiumwerken in Hamburg, ein Mann, der mit dem „Krisenmanagement" bestens vertraut ist.

Eine Kostprobe von dem, was die FSG-Belegschaft in der nächsten Zeit erwartet, gab „Der Neue" auf der letzten Betriebsversammlung im Bericht des Vorstandes von sich. Da konnten die Kollegen hören, daß sie selbst es sind, die ihre Arbeitsplätze gefährden, denn, so Böhmer: die Japaner bieten um 38 % billiger an als die FSG. Die Lohndifferenz zwischen den japanischen und den westdeutschen Arbeitern betrage, sage und schreibe, auch 38 %.

So wußte er von einem Beispiel zu berichten, in dem japanische Werftarbeiter aufgrund der „Krisenlage" ihres Betriebes „freiwillig" auf ihren Urlaub verzichtet hätten. Nachdem Böhmer mit dieser Einleitung die richtige Atmosphäre geschaffen hatte, wurde er auch genauer. Die bisher unregelmäßig stattfindenden Höhergruppierungen der Kollegen in die nächst höhere Lohngruppe sollen auf das tarifvertraglich festgesetzte Maß beschränkt werden, d.h., sie fallen in Zukunft flach! Harmstorf ist das Lohnniveau auf der FSG um eine Mark zu hoch! Zudem kündigte Böhmer an, daß die Kollegen der Fremdfirmen und die „notorischen Bummelanten" (Kollegen, die öfter krank sind oder die sich nicht alles gefallen lassen) entlassen werden. Ebenfalls sollen die Überstunden gestrichen werden, was für viele Kollegen erhbeliche Lohneinbußen bedeutet.

Gegenüber diesen geplanten Verschlechterungen versuchte Böhmer andererseits zu beschwichtigen, indem er „versicherte", daß es keine Massenentlassungen geben werde. Diese Beschwichtigungen konnten aber nicht verhindern, daß mehrere Kollegen das Wort ergriffen. Ein Kollege fragte, warum Harmstorf beispielsweise auf der Schlichting-Werft gegenwärtig investiere, um die Kapazität auf 23.000 Tonnen zu erweitern, wenn er doch Schiffe dieser Größe ohne Investitionen auf der FSG bauen lassen könne. Ein anderer Kollege berichtete von einer 480 DM-Kopfprämie auf der Schlichting-Werft, die an Kollegen gezahlt wird, die das Jahr über nicht krank gewesen sind. Für jeden Kranheitstag (auch bei Arbeitsunfall) werden 80 DM davon abgezogen. Um nicht in Abzug zu geraten, hatten Kollegen bei Krankheit schon Urlaub genommen. Böhmer erklärte, daß die Schlichting-Werft eine andere Belegschaftsstruktur habe. Es seien dort wesentlich mehr Türken beschäftigt und gegenüber diesen müsse man **„andere Tricks anwenden"** als bei der FSG-Belegschaft!

Die meisten Kollegen haben wohl begriffen, was damit gemeint ist und stehen Harmstorf und seinen Gesellen mit einer gesunden Portion Mißtrauen gegenüber. Das ist allerdings gegenwärtig noch alles und Mißtrauen allein wird nicht ausreichen, um Harmstorfs Plänen etwas Handfestes entgegenzusetzen.

FSG-Zelle
KB/Gruppe Flensburg

„Arbeitnehmerfreundliche Meinung" darf nicht sein

Seit 1973, also seit drei Jahren, läuft gegen den Prokuristen der Firma Schroedahl, Schroeder & Co. KG ein Strafverfahren wegen massiver Behinderung von Betriebsratswahlen. Damals hatte er u.a. ein Mitglied des Wahlvorstandes entlassen. In dem abschließenden Prozeß stellte der Arbeitgeber-Anwalt einen Befangenheitsantrag gegen die beiden ehrenamtlichen Beisitzer-Richter. Der Richter gab dem statt mit der Begründung, ihre politische Meinung sei „arbeitnehmerfreundlich"! Zum Beweis wurde auf die Mitgliedschaft in SPD (!) und GEW verwiesen.

Obgleich dieser „Vorwurf" fast lächerlich erscheint, ist nicht die Schärfe des Angriffs zu übersehen: eine tatsächliche „arbeitnehmerfreundliche Meinung" wird vor Gericht, besonders bei Arbeitsgerichtsprozessen sowieso ausgeschlossen; nun aber reicht es aus, daß der Richter g l a u b t , es handele sich um eine solche Haltung!

Der Richter seinerseits ist Mitglied der CDU.

Er erklärte sich auf Antrag des IGM-Anwaltes selbst ebenfalls für befangen und ließ den Prozess damit platzen. Das heißt, er hat jetzt zwar einen gewissen Ärger mit der gewerkschaftlichen und linken Presse, bezieht aber weiterhin seine stolzen Gehälter; der Prokurist geht ebenfalls fröhlich pfeifend nach Hause. Nur der Kollege, der vor drei Jahren ungerechterweise entlassen wurde, kommt weder zu seinem Recht, noch hat er Arbeit!

„RICHTER SEIN": KOMMT RECHT VON RECHTS?

„Nächstes Jahr fordern wir mehr"

Mit diesen Worten hat der 2.Vorsitzende der IG Metall Mayr gegenüber der "Hamburger Morgenpost" die kommende Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie angekündigt. Ähnlich wie in den vergangenen Jahren hauen die IG Metall-Führer auch in diesem Jahr vor der Tarifrunde wieder wortradikal auf die Pauke.

In diesem Jahr sollen nach Mayr *"nicht die Gewinnlage der Unternehmen, sondern die Einkommens- und Beschäftigungssituation der Arbeitnehmer in den Mittelpunkt des gewerkschaftlichen und auch des öffentlichen Interesses gerückt werden"* ("Welt der Arbeit", 8.10.).

Was für jeden aktiven Gewerkschafter ein Selbstgänger ist, wird vom Vorstand als ganz neue Erkenntnis verkauft. Damit soll der Eindruck erweckt werden, als ob die Gewerkschaftsführer aus den Lohnraubabschlüssen der letzten Jahre diesmal die Konsequenzen im Sinne der Kollegenschaft ziehen werden. *"Die IG Metall will deshalb schon bei den laufenden Tarifverhandlungen über ein volles 13. Monatseinkommen und über die Erhöhung der vermögenswirksamen Leistung auf 624 Mark nicht durch Bescheidenheit glänzen"* (Mayr in "Metall", Nr.20/76 Kleinlaut gibt der IGM-Vorsitzende zu, daß das mit dem Lohnraubabschluß 1976 versprochene Ziel nicht erreicht wurde. Damals wurde nämlich angekündigt, daß die Gewinne stärker steigen müssen, damit die Kapitalisten Investionen finanzieren und somit neue Arbeitsplätze schaffen können. Die "Logik", daß hohe Profite neue Arbeitsplätze schaffen, läßt sich bei nach wie vor über 900.000 Arbeitslosen nicht mehr aufrecht erhalten. IGM-Tarifexperte Mayr kommt so zu der späten "Einsicht": *"In der Arbeitslosigkeit zeigt sich deutlich der Übergang vom wirtschaftlichen Wachstum durch mehr Beschäftigte zum Wachstum durch mehr Produktivität. Dies ist ein Indiz dafür, daß die Politik der Unternehmen privatwirtschaftliche Gewinninteressen eindeutig höher bewertet als gesellschaftliche Beschäftigungsinteressen"* ("Welt der Arbeit", 8.10.) Mayr geht leider gar nicht darauf ein, daß die von ihm betriebene Tarifpolitik bewirkt hat, daß die Lohnstückkosten in der Metallindustrie im ersten Halbjahr um 3,8 Prozent sanken, daß die Produktivität (je Beschäftigtenstunde) um 8% stieg und daß die Gewinne der Kapitalisten "überproportional" stiegen.

Wie stark die Ankündigungen der IGM-Führer, im Jahr 1977 höhere Lohnerhöhungen durchsetzen zu wollen, auf den Widerstand der Kapitalisten stoßen, machen die laufenden Tarifverhandlungen über die Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) und die "vermögenswirsamen Leistungen" deutlich. Die Kapitalisten haben es nach zwei Verhandlungsrunden noch nicht für nötig gehalten, überhaupt ein Angebot vorzulegen.

Die Anpassungspolitik der IGM-Führung mindert nicht sondern steigert freilich den Appetit der Kapitalisten: *"Wenn Knapp die Gewerkschaften erneut aufforderte, ein zweites, ein drittes und vielleicht auch noch ein viertes Mal Zurückhaltung in der Lohnpolitik zu üben, so deshalb, weil sonst noch mehr Arbeitslose durch eine verstärkte Rationalisierung produziert würden"* ("FR", 30.9.).

Eröffnung der Tarifauseinandersetzungen in der Stahlindustrie

Ebenso wie in den letzten Jahren werden die Verhandlungen über die Lohn- und Gehaltstarife wieder in der Stahlindustrie beginnen. Der zum 31.10. auslaufende Tarifvertrag wurde bereits gekündigt. In den Betrieben wurden folgende Lohnforderungen beschlossen:

- Klöckner Bremen: Sockelbetrag von DM 80 und 5 Prozent mehr Lohn;
- die Vertrauensleute der Stahl- und Röhrenwerke Reisholz in Düsseldorf fordern 12 Prozent;
- die Vertrauenskörperleitung der Gießerei Meiderich schlägt eine Lohnforderung von 15% vor;
- die Vertreterversammlung der IGM-Gelsenkirchen fordert 13% und 110 DM für Lehrlinge;
- 110 DM fordern Jugendvertretung und Vertrauensleute der Thyssen-Henrichshütte AG in Hattingen;
- die Vertrauensleutevollversammlung der August- Thyssen- Hütte Süd hat eine Lohnforderung von 80 Mark plus 8 Prozent beschlossen (gleichzeitig betonten die Vertrauensleute, daß Regelungen aus anderen Tarifen - so die stahltypischen Zuschläge - gesondert verhandelt werden müßten und nicht auf die Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter angerechnet werden dürften);
- die Vertrauensleute der August-Thyssen-Hütte Werk Ruhrort fordern
  10 Prozent mehr Lohn,
  zwei Tage mehr Urlaub,
  Erhöhung der Zuschläge für die Mittagsschicht von 12,5 auf 15 und die Nachtschicht von 20 auf 25 Prozent;
- die 400 Vertrauensleute der Mannesmann-Hüttenwerke beschlossen eine Lohnforderung von 12 Prozent, für die Auszubildenden forderten sie eine stufenweise Anhebung für alle Ausbildungsjahre bis 1978 auf 700 Mark;
- die Vertrauensleute-Vollversammlung der Hoesch-Hüttenwerke, Werk Westfalenhütte, sprachen sich für eine 11-prozentige Erhöhung der Tariflöhne aus, (die Vertrauensleute folgten damit dem Antrag der drei VK-Leitungen der Hoesch-Werke Union, Phoenix und Westfalenhütte).

Mit welcher Lohnforderung die Gewerkschaftsführer die Verhandlungen aufnehmen werden, soll auf der Sitzung der Großen Tarifkommission am 18.10. entschieden werden. Die Stahlkapitalisten versuchen mit Gerüchten über erneute Kurzarbeit die Aufstellung der Lohnforderung zu beeinflussen. Nach Spethmann Vorsitzender der Eisen- und Stahlindustrie, gehen die Auftragseingänge seit Monaten scharf zurück ("FR", 1. 10.). Eine Entscheidung darüber, ob bei weiter rückläufigen Auftragseingängen Kurzarbeit für Ende November/Anfang Dezember beantragt wird, behalten sich die Kapitalisten noch vor. Es ist zu erwarten, daß diese Entscheidung unmittelbar vom Stand der Tarifauseinandersetzungen abhängig gemacht wird.

Im Bereich der metallverarbeitenden Industrie hat die Vertreterversammlung inDarmstadt einen Antrag zur Vorbereitung der Metalltarifrunde beschlossen. In dem Antrag werden direkte Einwirkungsmöglichkeiten für die Gewerkschaftsmitglieder bei der Aufstellung und Durchsetzung der Tarifforderung gefordert. Die Tarifforderung sollte sich nach den Vorstellungen der Darmstädter Vertreter aus einem Sockelbetrag plus prozentualer Erhöhung zusammensetzen und der Tarifabschluß sollte eine Erhöhung des Reallohnes sicherstellen.

Leider ist der Antrag ausschließlich an Ortsverwaltung und Bezirksleitung gerichtet. Von entscheidender Bedeutung ist aber, daß die fortschrittlichsten Arbeiter und Angestellten auf die Aufstellung der Forderung Einfluß nehmen und dafür sorgen, daß rechtzeitig Forderungen aufgestellt werden, die sich ausschließlich an den Interessen der Metallarbeiter orientieren.

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Streik bei SKF

Gegen den von der Geschäftsleitung betriebenen Personalabbau und weitere Produktionsverlagerungen ins Ausland protestierten rund 2.000 Arbeiter der Firma SKF Kugellagerfabriken in Schweinfurt. Es handelt sich hier um eine Tochterfirma des schwedischen SKF-Konzerns, des größten Wälz-Lager-Herstellers der Welt. Seit 1970 wird hier verstärkt rationalisiert und die Belegschaft ist um 25 % verringert worden; allein in Schweinfurt waren das 1.300 Kollegen. 1976 sind schon 245 entlassen worden. Als bekannt wurde, daß 1977 weitere 400 Entlassungen von der Geschäftsleitung geplant sind, legten die Kollegen für ein paar Stunden die Arbeit nieder und zogen im Protestmarsch durch die Stadt. Treffpunkt für die beiden Züge aus den Werken I und II war das Verwaltungsgebäude, wo eine 40-köpfige Delegation Verhandlungen mit der Geschäftsleitung führte. Offenbar gaben die Kollegen sich mit dem betrügerischen Ergebnis zufrieden: Vorläufig keine Entlassungen, dafür aber Kurzarbeit! Das heißt, die Kapitalisten behalten sich vor, trotz der Kurzarbeit zu entlassen, wenn sich die „Unruhe" wieder etwas gelegt hat. Es ist zu hoffen, daß die Kollegen diese üble Politik bald durchschauen und ihre Abwehr dagegen verstärken.

Gesamtmetall bleibt hart – IGM-Führung bleibt weich

Das war zu erwarten: die dritte Verhandlung zwischen Gesamtmetall und der IGM-Führung in Frankfurt über ein Vertrauensleute-Schutzabkommen ist ohne das geringste Ergebnis auf den 10. November vertagt worden. Damit sind die Gespräche seit Monaten noch nicht einen Schritt vorangekommen.

Die IG-Metall-Delegation ist mit folgenden Forderungen in die Verhandlungen gegangen:

- zehn bezahlte Freistunden im Monat für Gewerkschaftsarbeit;
- Freistellung bei Lohnfortzahlung für gewerkschaftliche Schulungen;
- erweiterter Kündigungsschutz und
- das Recht, Vertrauensleute-Wahlen und -Sitzungen im Betrieb durchzuführen.

Kapitalisten zu nichts bereit!

In den bisherigen Verhandlungen zeigte Gesamtmetall sich noch nicht einmal bereit, über einzelne Forderungen überhaupt zu sprechen. Vielmehr bestreiten die Kapitalisten generell, daß der Schutz der Vertrauensleutearbeit durch einen Tarifvertrag zu regeln sei. Zynisch behaupten sie, daß ein solcher Vertrag gegen das Grundgesetz verstoßen würde! Denn dort sei nur davon die Rede, daß Tarifverträge die „Arbeitsverhältnisse", nicht aber die „Gewerkschaftsverhältnisse" regeln könnten; auch würde eine *„Besserstellung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten im Arbeitsverhältnis gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes (Art. 3 Abs. 1) und des Betriebsverfassungsrechtes (§ 75 Betriebsverfassungsgesetz) verstoßen"* („Handelsblatt", 30.9.76).

Damit ist genau die Situation eingetreten, mit der die IGM-Führer offenbar auch schon vor dem Frankfurter Gespräch gerechnet hatten. Lutz Dieckerhoff, IGM-Vorstandsmitglied und für Vertrauensleute-Arbeit zuständig, hatte seinerzeit angekündigt, er wolle dann *„ ... nüchtern und eiskalt überlegen"* („Welt der Arbeit", 27.8.76).

Gewerkschaftsführer: ratlos!??

Indes ist bei den Überlegungen bisher offenbar nicht viel Gescheites herausgekommen. In einem Telefoninterview mit der „Welt der Arbeit" vom 8.10.76 gibt Dr. Michael Kittner, Justitiar der IGM, die Ergebnisse der Denkanstrengungen der IGM-Strategen bekannt. Danach ist es ihnen tatsächlich gelungen, ein Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation auszugraben, nach dem außer Betriebsräten auch die gewerkschaftlichen Vertreter im Betrieb besonders geschützt werden müssen.

Nicht aufgegeben haben die Gewerkschaftsführer offensichtlich die Hoffnung, die Kapitalisten von der „Nützlichkeit" der Vertrauensleute zu überzeugen. So „agitiert" die „Welt der Arbeit": *„Auch die Arbeitgeber sollten doch daran interessiert sein, die Position der Vertrauensleute zu stärken (!), denn sie sind doch die besten Barometer der Stimmung im Betrieb".*

Und Dr. Kittner: *„Die Vertrauensleute helfen Konflikte dort zu lösen, wo sie entstehen. Man sollte eigentlich meinen, daß das auch im Interesse der Arbeitgeber ist. Aber ihnen liegt offenbar doch zu sehr an einem Herr-im-Haus-Standpunkt, so daß sie manchmal das eigene Interesse an einer solchen Regelung nicht klar genug sehen".*

Man kann getrost die Hoffnung fahren lassen, daß solche Gewerkschaftsführer die organisierte Arbeiterschaft zur Durchsetzung ihrer eigenen Forderungen mobilisieren könnten. Sie sind viel zu sehr damit beschäftigt, sich ihren Kopf über die Sorgen der Kapitalisten zu zerbrechen.

Bemerkenswert sind diese Sprüche auch dann, wenn man sich vor Augen hält, daß die Vertrauensleute auf Gewerkschaftstagen seit Jahren vergeblich fordern, überhaupt in der Satzung ihrer Gewerkschaft Rechte garantiert zu bekommen. Es geht also nicht um die „Anerkennung der Unternehmer", sondern erstmal um die Anerkennung der Vertrauensleutearbeit durch die eigene Organisation!

Die beiden können sich wirklich die Hand reichen – Horst Knapp (Gesamtmetall) und Eugen Loderer (IGM-Vorsitzender).

MAN weiter auf Stillegungskurs

Hamburg. Am Donnerstag, dem 7.10.76, fand bei MAN ein einstündiger Warnstreik in Form einer Betriebsversammlung statt.

Auf dieser Versammlung gaben der Vorstand und der Betriebsrat den ca. 700 anwesenden Arbeitern Stellungnahmen „zur Lage" ab. Der Vorstand teilte mit, daß er schon vorsorglich beim Arbeitsamt einen Antrag auf Massenentlassung für die fast 400 Kollegen des Kesselbaus gestellt hat.

Der Betriebsrat, der bisher immer von der „Unfähigkeit der Geschäftsleitung" gesprochen hat, meint inzwischen selbst, daß die Wegrationalisierung des Kesselbaus von langer Hand geplant ist. In der Tat: dafür spricht,

– daß die MAN einen Auftrag für Kohlevergasung aus Polen angenommen, aber kurzerhand aus der Hamburger Planung herausgenommen hat mit der Begründung, daß das ja nicht ginge, weil in Hamburg die Arbeit bald eingestellt würde (ein halbes Jahr Arbeit für die Kollegen ging somit flöten);

– daß die MAN einen Vorvertrag für einen Kessel für Griechenland in der Tasche hat (das wäre ein weiterer Lückenfüller für die Durststrecke von ein bis zwei Jahren auf dem Kesselbaumarkt);

– daß im Gegensatz zu den Angaben des Vorstandsmitgliedes Schiff („Wir können einfach keine Aufträge mehr bekommen, weil die Energieversorgungsunternehmen auch keine Aufträge mehr haben") bis Ende 1978 von den westdeutschen E-Werken allein fünf Kohlekraftwerke errichtet werden sollen („Metall", 20/76);

– daß die Beteiligungsgesellschaft EVT in Stuttgart eine ganze Reihe von Baugruppen für eine neue Kesselanlage fertigt, die ursprünglich im Hamburger Werk gebaut werden sollten.

Wie der Betriebsrat weiter mitteilte, ist zu vermuten, daß es zwischen der MAN und Krupp, wo die deutsche Babcock (ebenfalls Kesselbaufirma) angeschlossen ist, gewisse Absprachen gibt. Krupp, MAN und eine amerikanische Firma sind auf dem Kesselbausektor in der EVT (Energie- und Verfahrenstechnik) zu je einem Drittel zusammengeschlossen.

IGM-Führung: große Schnauze, nichts dahinter

Was tun aber nun Betriebsrat und IGM-Führung für den Erhalt der Arbeitsplätze? „Addi" Janssen, Betriebsratsvorsitzender, sagte am Donnerstag sowie auch schon auf einer Betriebsversammlung am 24.9.76: „...wir (werden) *unsere Kampfmaßnahmen nicht nur verdoppeln, sondern verdreifachen und vervierfachen...*" („Metall", 20/76).

Zu merken – außer den z.Z. häufiger stattfindenden spontanen Betriebsversammlungen (im offensichtlichen Einverständnis mit dem Vorstand?) – ist davon allerdings noch nicht viel.

Von der von der Hamburger IGM-Führung geplanten Betriebszeitung (siehe AK 89) hat man bisher nichts gesehen (abgesehen von einzelnen Artikelchen auf der Hambuurg-Seite der „Metall").

Das angekündigte Seminar findet zwei Monate später statt – nur für Vertrauensleute. Thema: „Solidarität"! Der Aufbau einer Kollegengruppe wird mit der „Begründung" torpediert, daß es schon einen Vertrauenskörper gäbe.

Und das Arbeitsinfo von Betriebsrat und Vertrauensleutekörper ist bisher auch nicht erschienen.

Somit ist es mit der Einbeziehung der Kollegen in den Kampf gegen die Entlassungen natürlich nicht weit her. Häufiger hört man Kollegen resigniert sagen: „hat ja doch alles keinen Zweck".

Während des Warnstreiks wurde eine von IGM-Führung und Betriebsrat geplante Demonstration gegen die Massenentlassungen bei MAN angekündigt.

Genaueres wurde den Kollegen allerdings auch diesmal nicht mitgeteilt. Man kann gespannt sein, ob diesmal die Werft/Hafenbetriebe der Metallindustrie demonstrieren „dürfen" in der Art, wie die IGM-Führung vor wenigen Monaten bei der Demonstration gegen die Stillegung von Heidenreich und Harbeck fast ausschließlich die Barmbeker Betriebe „mobilisierte". Wenn überhaupt!

Die Hamburger IGM-Führung versteht es nach wie vor, sich für ihre „Solidaritätsbekundungen" lediglich einige Betriebe rauszupicken, obwohl die Entlassungs- und Stillegungszahlen in Hamburg auch nach offiziellen Angaben weiter anwachsen werden. Wichtig in dieser Situation wäre eine große Funktionärsversammlung zu diesem Thema einzuberufen und dort zu beraten, wie man in einer Vielzahl von Hamburger Betrieben den Angriffen der Kapitalisten entgegentreten und eine erfolgreiche Demonstration organisieren kann.

Fortschrittliche Kollegengruppen, Betriebsräte, Jugendvertreter und Vertrauensleute sollten in dieser Richtung (auch im Hinblick auf die kommende Tarifrunde!) aktiv werden.

Betriebszelle MAN
KB/Gruppe Hamburg
und Metallkomitee

Uhrenfabrik Blessing:

Gewinne trotz Pleite

Die Pro-Kopf-Produktion wurde rapide erhöht: von 16 auf 22 Uhren pro Tag. Das ist eine Steigerung um 37,5 %!

Die Pro-Kopf-Produktion wurde rapide erhöht: von 16 auf 22 Uhren pro Tag. Das ist eine Steigerung um 37,5 %!

Der neue Blessing-Boß Fischer hat gut lachen! Profitsteigerung durch Rationalisierung und verschärfte Arbeitshetze.

In der Uhrenfabrik Blessing passiert etwas Seltsames, denn fast ein Jahr nach dem Konkurs arbeitet das Werk immer noch mit Gewinn.

Das Werk war im August 1975 in Konkurs gegangen und die 920 Beschäftigten flogen auf die Straße. Für den Konkurs hatten die Gebr. Blessing als Besitzer mit ständigen kräftigen Griffen in die Firmenkasse gesorgt. Mit dem wirtschaftlichen Abschwung Ende 1974 wirtschafteten diese Parasiten das Werk immer mehr in den Keller; als dann auch die Banken die Kredite sperrten, war der Ofen aus. Vorher hatte der Betriebsrat die Belegschaft noch überredet, die betriebliche Pensionskasse mit 1,6 Mill. Mark zur „Rettung der Arbeitsplätze" zu stiften!

Am 1.10.75 nahm der Konkursverwalter Fischer die Produktion mit anfänglich 320 Beschäftigten wieder auf. Er erhöhte brutal das Arbeitstempo um 38 %, so daß der tägliche Ausstoß jetzt 22 statt 16 Uhren pro Beschäftigten beträgt. Er verbesserte den Absatz gegenüber 1975 mit einer um die Hälfte reduzierten Belegschaft. Die bürgerliche Presse ist voll des Lobes für diesen „tüchtigen Konkursverwalter". So schreibt z. B. der „Stern" 31/76: „*Der Konkursverwalter Fischer ist der Tausendsassa, der den Betrieb auf sein ‚persönliches Risiko' weiterlaufen läßt. Sein rührendes Motiv: die Rettung der Arbeitsplätze*".

Wie „uneigennützig" der Konkursverwalter handelt, verdeutlicht sein Ziel. Er strebt bis Ende des Jahres einen Umsatz von 20 Mill. Mark an.

Frauenarbeit bei Grundig

Bei Grundig-Nürnberg werden Farbfernseher produziert. Ca. 70 - 80 % der Kollegenschaft sind Frauen, die die einfachsten und monotonsten Arbeiten im Akkord verrichten. Ca. 30 % der Arbeiterinnen sind noch jugendlich (unter 18 Jahren).

Die meisten Frauen sind in Lohngruppe 2 eingruppiert, das heißt ohne Akkord: DM 6,05. Der Nettoverdienst liegt zwischen 700 DM und 1.000 DM im Monat. Viele der Mädchen und Frauen kommen von außerhalb Nürnbergs, vom Lande oder aus der Kleinstadt, von wo sie jeden Tag mit dem Bus zu Grundig fahren. In ihren Heimatorten gibt es in vielen Fällen keine Ausbildungs- oder Arbeitsmöglichkeiten. Lehrstellenmangel, abgebrochene Lehre wegen Schwangerschaft, geringe Verdienstmöglichkeiten auch in gelernten „Frauenberufen" wie Friseuse oder Verkäuferin sind nur einige der Gründe, weswegen die Frauen zu Grundig kommen. Viele Mädchen kommen gleich nach Schulabschluß zu Grundig, für sie ist Akkordarbeit eigentlich laut Jugendarbeitsschutzgesetz verboten.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz wird umgangen

Früher kam es auch bei Grundig vor, daß Mädchen als Vertretung mit an's Band gesetzt wurden. Inzwischen hat aber die jetzige Jugendvertretung erreicht, daß es den meisten Mädchen bekannt ist, daß sie keine Akkordarbeit machen müssen. Trotzdem gibt es auch jetzt noch verschiedene Wege, die Mächen doch zu „Leistung" anzutreiben. So gibt es in jedem Jahr eine Leistungsbewertung durch Meister und Vorarbeiter, wo Prämien zwischen 1 und 30 % des Akkordgrundlohns vergeben werden. Hierbei wird Fleiß, vielseitige Verwendbarkeit (schnelles Lernen von neuer Arbeit), Qualität und Leistung bewertet. Ab und zu, wenn die Mädchen nicht genügend Stückzahl bringen, werden sie darauf hingewiesen, daß die Firma draufzahlt, wenn sie sie beschäftigt. Ebenfalls wurde gesagt, daß sich in diesem Jahr 80 Mädchen um eine Arbeitsstelle beworben haben, allerdings nur zehn eingestellt worden seien.

Die Mädchen unter 18 verdienen in der Regel das wenigste Geld, so zwischen 650 und 750 DM. Die meisten Frauen sind in die Lohngruppe 2 eingruppiert. Ohne Akkord würden sie ebensowenig wie die Jugendlichen verdienen. Deswegen sind alle Frauen mehr oder weniger gezwungen, Akkord zu arbeiten.

„Humanisierung der Arbeitswelt" = Lohnsenkung und Rationalisierung

Die herkömmliche Bandarbeit wird bei Grundig im Rahmen der „Humanisierung der Arbeitswelt" (so ein Artikel in den „Nürnberger Nachrichten" vom 10./11. Juli 1976) mehr und mehr zugunsten von Einzelakkord oder mechanischen Bändern (wo die Frauen die Fernseher in einem Rahmen selbst weiterschieben) aufgegeben. Insgesamt wird hierdurch ein Rationalisierungseffekt erzielt. Aber entgegen den Behauptungen der „Nürnberger Nachrichten", die von „qualifizierteren und besser bezahlten Arbeitskräften" spricht, hat diese Veränderung zur Einsparung von Arbeitsplätzen geführt. Kommen die Frauen vom Band an einen anderen Arbeitsplatz, rutschen sie in den meisten Fällen von Lohngruppe 5 in 2! Unterschied: 200 DM weniger!

Vereinzelte Protestaktionen

Es gibt mehrere Beispiele, wo Frauen gegen ihre skandalöse Diskriminierung protestierten: So gingen z. B. drei Frauen während der Arbeitszeit zusammen zum Betriebsrat und forderten mehr Geld, weil sie zu niedrig eingruppiert waren.

Eine Gruppe türkischer Frauen ließ während der Arbeitszeit die türkische Betriebsrätin kommen und beschwerte sich über ihre Abgruppierung vom Band ans Steckband. Allerdings führten solche Proteste bisher allenfalls dazu, daß einem versprochen wurde, daß man eventuell später einmal eine andere Arbeit bekommt. Insgesamt müssen noch sehr viele Frauen für die Abschaffung der Unterbezahlung, die Abschaffung der Lohngruppe 2 gewonnen werden! Dazu werden sie sich auch gegen reaktionäre Vorarbeiter, Meister usw. durchsetzen müssen. Das frauenfeindlichste, was ich bisher erlebt habe, ist ein Vorarbeiter, gleichzeitig führendes Junge-Union-Mitglied an seinem Heimatort: Einerseits macht er ständig Frauen an, wenn sie sich unterhalten oder „zu spät" von der Toilette zurückkommen, andererseits erpreßt er auf die übelste Art die Frauen: Möchte eine Frau z. B. einen anderen Arbeitsplatz haben – und das kommt bei den beschriebenen Zuständen oft genug vor – verspricht er, sich darum zu kümmern, vorausgesetzt, die Frau „geht mal mit ihm fort"!

KB/Gruppe Nürnberg

KONTAKTADRESSEN des KB

Redaktion und Verlag
2 Hamburg 50
Lerchenstraße 75
Telefon: 43 53 06 (Verlag)
43 53 46 (Red.)

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertí

Kappeln
Dagmar Schneider
234 Kappeln
Postlagernd

Kiel
W.D. Schael
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
24 Lübeck 1
Mühlenstr. 39

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente
H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022 854
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
208 Pinneberg
Postlagerkarte A 022 926

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Hamburg

ARBEITERKAMPF
Literaturvertrieb und Büro
2 Hamburg 6
Susannenstr. 41
Tel: 040/439 38 15
Mo. bis Fr.: 15 bis 20 Uhr
Sonnabend: 10 bis 13 Uhr

Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

Sozialistischer Studentenbund
Büro
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 4

Bremen

Bremerhaven
285 Bremerhaven
über Arbeiterbuch
Sonnenstr. 8
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr Karstadt

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
28 Bremen
Fedelhören 77
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Braunschweig
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081 378

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße

Emden
2970 Emden
Postlagerkarte 067452 A

Göttingen
Buchladen Rote Straße
34 Göttingen
Rote Straße 10

Hannover
Arbeiterbuch, z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr Fußgängerzone/ Hoher Weg

Lüneburg
314 Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
Sonnabend Bäckerstr.
11.00 – 13.00 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
29 Oldenburg 1
Postlagerkarte 070 178 A

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
6748 Bad Bergzabern
Postfach 22

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Uhr Bahnhofstraße

Bochum
463 Bochum
Postlagerkarte A 056 028

Duisburg
41 Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
jeden Samstag 11-13 Uhr vor Karstadt (Stadtmitte)

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Samstag 11 - 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
61 Darmstadt
Am Eichbaumeck 52

Frankfurt
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
Mi. von 16.30 bis 19.30 Uhr

Kassel
Floria Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend 10.30 – 13.00 Uhr Königsplatz
Jeden Do., 20.00 Uhr Gaststätte Störtebeker, Kohlenstr. 40

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
78 Freiburg
Wilhelmstraße 15
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Jeden Mi. alte Mensa/Marstallhof
jeden Do. neue Mensa/Neuenheimer Feld

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
75 Karlsruhe
Humboldtstr. 13

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Samstag 11.00 - 12.30 Uhr Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch 12.00 - 13.30 Uni-Mensa
Langemarck-Platz 4

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 84
83 Landshut
Verkauf jeden Samstag 10.00 - 12.00 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg/Fürth
P. Tröstler
Postfach 190472
85 Nürnberg 19
offener AK-Lesekreis
Mittwochs 19.00 Uhr im Komm
Verkauf jeden Samstag 10.30 - 12.30 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 - 13.30 Uhr Uni-Mensa
16.00 - 18.00 Uhr Fußgängerzone Königstr.

Westberlin

A. Rathke
1 Westberlin 21
Thomasiusstr. 2
Fr. von 16 bis 19 Uhr

DRUCK

DruPa-Bezirksversammlung Kreuzberg aufgelöst!

Westberlin
Am 20.9. löste der Bezirksvorstand Kreuzberg die dortige Bezirksversammlung der DruPa wegen Anwesenheit des vom Gewerkschaftsausschluß bedrohten J. Meyer auf. Aus dem gleichen Grund wurde bereits die zentrale DruPa-Jugendgruppe Westberlin aufgelöst. Die linken Kollegen forderten, daß Jens zu den Vorwürfen (angebliche Mitgliedschaft in der „KPD") Stellung nehmen kann und anschließend darüber diskutiert wird. Der Vorstand forderte ihn dagegen auf, den Raum zu verlassen, da seine Mitgliedsrechte ruhen würden (was nicht stimmt, siehe AK 90). Als jedoch ein großer Teil der Anwesenden auf die Diskussion bestand, löste der Vorstand die Versammlung auf, weil „ein Gewerkschaftsmitglied den Versammlungsraum nicht verlassen will, obwohl zur Zeit sein Recht auf Teilnahme an einer Mitgliederversammlung ruht". Deshalb sei eine satzungsgemäße Durchführung der Versammlung nicht gewährleistet. Darüber hinaus wurde dem Kollegen mit einem Verfahren wegen Hausfriedensbruch in zwei Fällen gedroht, wahrscheinlich ein weiterer Vorwand für seinen Gewerkschaftsausschluß.

Einen weiteren Beweis für ihr Dasein als verlängerter Arm der Gewerkschaftsführung erbrachte erneut die SEW. Sie unterstützten die Vorstandsforderung, Jens solle den Raum verlassen. Als dies nicht geschah, warfen sie den Linken vor, durch ihre Politik die gewerkschaftlichen Gremien außer Funktion zu setzen und die Gewerkschaft zu spalten.

Postwendend konterte die „KPD" mit dem Geschrei von der SEW als „Agent des Sozialfaschismus" etc. Die Hände reiben sich dabei die DruPa-Fürsten, sind SEW (DKP) und „KPD" doch auf dem besten Weg, jede Solidarität mit J. Meyer zu diffamieren bzw. zu diskreditieren, der selbst leider entsprechend mitmischt!

Westberliner Druckgenossen

„Nichts gehört – nichts gesehen"

Ermittlungen der DruPa gegen Streikbrecher Ulli Heinemann, zur Zeit des Druckerstreiks Vorsitzender der SPD-AfA („Arbeitskreis für Arbeitnehmerfragen") für die Hamburger Druckindustrie.

Aktive linke Kollegen werden ohne den Schimmer eines Beweises ihrer angeblichen Gewerkschaftsfeindlichkeit ausgeschlossen und damit gleichzeitig vielfach zum Abschuß für die Kapitalisten freigegeben, falls dies nicht bereits vorher geschah. Wie dagegen mit Streikbrechern und noch dazu mit „prominenten" Streikbrechern verfahren wird, zeigt plastisch der Fall Ulli Heinemann, seines Zeichens Betriebsratsvorsitzender bei Auer Hamburg („Morgenpost") und mitverantwortlich für die Erstellung einer „Morgenpost"-Streikbrecherausgabe am letzten Tag des diesjährigen Druckerstreiks. Dieser ungeheu-
ausgabe am letzten Tag des diesjährigen Druckerstreiks. Dieser ungeheu-
erliche Schlag gegen die kämpfenden Kollegen wurde von ihm gar noch auf der Anfangskundgebung der Hamburger Druckerdemonstration am 13.5. mit Kapitalistenargumenten („Springer ist mit „Bild"-Notausgaben herausgekommen, da mußten wir nachziehen, um nichts ins Hintertreffen zu geraten und die Arbeitsplätze zu sichern") eingestanden und verteidigt.

Inzwischen hat dieser saubere Herr durch seine wilden Pöbeleien gegen linke Kollegen auf der letzten Hamburger DruPa-Delegiertenversammlung (siehe AK 88) in Hamburger Druckerkreisen eine traurige Berühmtheit erlangt, ist aber allen Protesten der Kollegen zum Trotz weiterhin DruPa-Mitglied. Und nun zu den DruPa-„Ermittlungen" in diesem Fall: Um den Fall „Streikbruch bei der ‚Morgenpost' " zu klären, ist eine dreiköpfige Untersuchungskommission eingesetzt worden, der unter anderem der stellvertretende DruPa-Vorsitzende Hamburgs und gleichzeitiges AfA-Mitglied Günther Metzinger angehört. Von dieser Kommission ins „Verhör" genommen, behauptete Heinemann, nichts gehört und nichts gesehen zu haben. Bis drei Uhr früh. Da sei er „zufällig" durch den Be-
gesehen zu haben. Bis drei Uhr früh. Da sei er „zufällig" durch den Be-
trieb gegangen und habe etwas bemerkt, aber leider sei es zu spät gewesen, um noch Kollegen zum Widerstand zu mobilisieren. Wohlgemerkt, dieser miese Typ besitzt die Frechheit, dies aufzutischen, nachdem er den Streikbruch auf der Demonstration vor über 2.000 Kollegen verteidigt hat. Und die Kommission gab derartige Lügengeschichten als Ergebnis der Untersuchung bekannt!

Die Kollegen bei Auer haben den Streikbruch damals anders gesehen: Ein DruPa-Mitglied hatte rechtzeitig und mehrere Male im Gewerkschaftshaus angerufen und berichtet, daß er Vorbereitungen zum Druck einer Notausgabe bemerkt habe, was von der Gewerkschaftsführung nicht weiter zur Kenntnis genommen wurde.

Als bereits gedruckt wurde, kam folgender Kommentar des Gewerkschaftssekretärs: „Vielleicht ist das ja eine Notausgabe, aber ehe wir die nicht gesehen haben, können wir nicht einschreiten ..."

Am nächsten Morgen bekamen die Kolleginnen und Kollegen diese „Notausgabe" von Gewerkschaftsführergnaden auf dem Weg zur Demonstration zu Gesicht.

Heinemann aus dem Schußfeld genommen

Heinemann aus dem Schußfeld genommen

Inzwischen mußte Heinemann im „Arbeitskreis für Arbeitnehmerfragen" (AfA) Abteilung Druck der SPD den Vorstand abgeben. Mit ihm kann man auch wahrlich keine Kollegen mehr für die SPD gewinnen. Nachfolger wurde Holger Malterer, zur Zeit Student auf Gewerkschaftskosten an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) und auch längst kein unbeschriebenes Blatt mehr, was Streikbruch und „Chaotenhetze" anbelangt. Den 2-Stunden-Streik 1973 machte er zwar mit, hängte aber am selben Tag zwei Überstunden an. Die Kollegen schickten daraufhin den Betriebsrat zur Gewerkschaft, um Konsequenzen zu verlangen und seitdem wird den Kollegen dieses Betriebes erzählt, Holger Malterer sei ausgeschlossen, was natürlich nicht zutrifft. Auch hat dieser würdige Nachfolger Heinemanns vor ca. zwei Jahren in der DruPa Schulungen gegen die „Chaoten" und speziell den KB angeboten. Man sieht, bei diesem jungen aufstrebenden Mann sind alle Voraussetzungen zu einer erfolgreichen Funktionärslaufbahn in SPD und Gewerkschaft vorhanden.

**Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg**

Hausverbot statt Wiedereinstellung

Flensburg: Am 1. Oktober wurde einer Kollegin bei Severin Schmidt/Flensburg Hausverbot erteilt. Sie war einen Tag nach Ende des Druckerstreiks aus dem Betrieb geflogen und hatte am 19.8. ihren Kündigungsschutzprozeß vor dem Landesarbeitsgericht Kiel gewonnen. Da die Kapitalisten sie trotzdem nicht weiterbeschäftigten, setzte sie über das Landesarbeitsgericht eine Einstweilige Verfügung durch, die nochmals ausdrücklich den Beschäftigungsanspruch bestätigte. Als sie daraufhin am 1. Oktober ihre Arbeit antreten wollte, wurde sie vom Meister aufgefordert, das Betriebsgelände zu verlassen. Geschäftsführer Kolster sprach am selben Tag Hausverbot aus.

Eine üble Rolle spielte der Betriebsrat in dieser Sache. Nachdem er zuerst die Kündigung abgelehnt hatte – kurz nach Streikende –, lag die Zustimmung zur Entlassung in der Verhandlung am 19.8. vor.

Am 1. Oktober fand bei Severin Schmidt eine Betriebsversammlung statt, an der natürlich auch die Kollegin teilnehmen wollte. Obwohl auf einer Betriebsversammlung der Betriebsrat das Hausrecht hat, wurde ihr von den beiden BR-Vorsitzenden der Zutritt verwehrt.

Sie erklärten ausdrücklich, daß sie das Hausverbot der Geschäftsleitung unterstützen und forderten die Kollegin ebenfalls auf, das Betriebsgelände zu verlassen.

Nachdem sich die Geschäftsleitung nun einmal mehr einfach über das Urteil hinweggesetzt hat, wird jetzt von der Kollegin vor Gericht beantragt, daß Severin Schmidt 1.000 DM Zwangsgeld pro Tag zahlen muß.

**Druckzelle
KB/Gruppe Flensburg**

Kollegen gegen Sonderbeitrag

Flensburg
Auch in Flensburg tun sich die Gewerkschaftsführer der DruPa schwer, den von ihnen beschlossenen und von vielen Kollegen bekämpften Sonderbeitrag durchzusetzen. Ca. dreiviertel der organisierten Kollegen vom „Tageblatt" protestierten schriftlich beim Ortsvorstand gegen diese Willkür. Doch dabei beließen sie es nicht. Offenbar auf Gaunereien gefaßt, ließen sie ihre Konten sperren und machten somit der Drupa-Führung einen weiteren Strich durch die Rechnung.

Bei Severin und Schmidt nimmt der Protest leider die Form an, daß Kollegen ihre Mitgliedsbücher hinschmeißen und der DruPa resigniert den Rücken kehren. Eine Reaktion, die allein die DruPa-Führung zu verantworten hat.

Nach einem Bericht Flensburger Druckgenossen

Zeitung aus dem Computer – 200 Kollegen arbeitslos

Stuttgart
Seit dem 15. Juni werden die „Stuttgarter Nachrichten" und die „Stuttgarter Zeitung" nicht mehr im herkömmlichen Verfahren über den Bleisatz hergestellt. Seit dem 15. Juni wird diese Arbeit von einem Computer übernommen und 200 Arbeiter und Angestellte verloren ihren Arbeitsplatz. Eine große Anzahl weiterer Kollegen mußte sich, um einen
und Angestellte verloren ihren Arbeitsplatz. Eine große Anzahl weiterer Kollegen mußte sich, um einen
Arbeitsplatz zu behalten, auf andere, zumeist monotone Tätigkeiten umschulen lassen.

Zwar haben die Stuttgarter Zeitungskapitalisten derzeit noch viel Ärger mit ihrem Computer und die Zeitung erscheint regelmäßig zu spät, unvollständig oder mit total verstümmelten Artikeln, doch wird dies gern in Kauf genommen, zumal etwaige Konkurrenz schon vor Jahren an die Wand gedrückt oder geschluckt wurde.

Die „technologische Revolution, für die es in anderen Branchen kaum einen Vergleich gibt" („Süddeutsche Zeitung", 28.9.76), sieht folgendermaßen aus: Am zentralen Computer sind zahlreiche Bildschirme, die mit einer Tastatur bestückt sind, angeschlossen. Auf dem Bildschirm erscheint auf Knopfdruck ein Formular, auf dem alle technischen Daten der Artikel festgehalten werden, hier kann ebenfalls der gesamte Artikel eingetippt werden, wozu die Redakteure zumindest vorerst durch eine Hausvereinbarung noch nicht gezwungen sind. So wird dies Eintippen von angelernten Schreibkräften übernommen, allerdings droht auch ihnen die Arbeitslosigkeit, wenn die Hausvereinbarung aufgekündigt wird, und das steht zweifellos schon auf dem Rationalisierungsprogramm der Kapitalisten. Der Computer speichert die Artikel und gibt sie auf Befehl als Impulse an eine Maschine, „Digiset" genannt, weiter, die die Artikel umbruchreif auf Papierstreifen ausspuckt. Die Entwicklung zur Compu-
nannt, weiter, die die Artikel umbruchreif auf Papierstreifen ausspuckt. Die Entwicklung zur Compu-
terherstellung fertiger Zeitungsseiten, die auch noch den Umbruch bzw. das Layout überflüssig machen würden, ist schon im Gange. „Die Kapazität (des Computers) ist unbegrenzt", so der Chefredakteur der „Stuttgarter Nachrichten", Rudolph Bernhard, und als nächster Schritt ist geplant, die Ludwigshafener Zeitung „Rheinpfalz" anzuschließen, das heißt, auch hier die Setzer etc. auf die Straße zu setzen. Der Anschluß weiterer Zeitungen ist zu erwarten, ebenso wie die Einrichtung derartiger Computer in anderen Pressekonzernen. Und eins steht fest, diese Entwicklung wird und soll auch weiterhin auf dem Rücken der Druckarbeiter ausgetragen werden. Zehntausende von Arbeitsplätzen dieser Branche sind in den letzten Jahren bereits wegrationalisiert worden, weitere zehntausende sollen folgen. Der Kampf der Druckarbeiter um ihre Existenz gegen Rationalisierung und Monopolisierung gewinnt jeden Tag an Notwendigkeit.

**Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg**

Drupa-Ausschlüsse perfekt!

Hamburg: Bekanntlich schweben seit einiger Zeit neun Ausschlußverfahren gegen fortschrittliche DruPa-Kolleginnen und -Kollegen in Hamburg wegen angeblicher Verteilung bzw. Beteiligung am „Streikinfo". Einigen wird zusätzlich Verteilung bzw. Verkauf von KB-Materialien vorgeworfen. (Ein weiterer Ausschluß steht wegen Filmen während des Streiks aus). Lange Zeit hatte sich die Gewerkschaftsführung völlig taub in dieser Angelegenheit gestellt: Anfangs „wußte" Loni Mahlein „gar nichts" davon, konnte sich das auch „gar nicht vorstellen", daß andere Ausschlüsse als die gegen Streikbrecher vorgesehen seien.

Anfragen der Betroffenen wurden ständig ignoriert. Nur die Hamburger Gewerkschaftsführer verkündeten unbeirrt, während des Streiks dürfe es in der Gewerkschaft nur „eine Stimme" geben – sonst eben Rausschmiß aus der Gewerkschaft!

Den Betroffenen dämmerte es bereits, als ihre September-Beiträge plötzlich nicht mehr von ihrem Konto abgezogen wurden.

Doch erst Mitte Oktober kamen die Benachrichtungen.

Bereits am 9./10. Sept. schloß der Hauptvorstand die Kollegen aus. Ohne irgendeine Begründung wurde das Streik-Info zu einer „extremistischen Organisation" gemacht (den Hamburger DruPa-Führern zufolge, – weil sie eine unabhängige Meinung vom Vorstand verfolgten!).

Um Beweise bemühen sich die Gewerkschaftsführer ja sowieso schon lange nicht mehr, auch wenn sie teilweise nachweisliche Lügen für Ausschlüsse (wie die Betroffenen in einer „offenen Erklärung" dargelegt haben) verwenden.

Trotz breiter Proteste aus der DruPa glauben die Gewerkschaftsführer hier offensichtlich, völlig willkürlich schalten und walten zu können. Man wird sehen!

**Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg**

Westdruck schließt nun endgültig

Hagen
Innerhalb der letzten zwei Jahre haben die Besitzer der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" („WAZ") fast alle kleineren und mittleren Zeitungen und die dazugehörigen Druckereien im Ruhrgebiet und dessen Einzugsgebiet aufgekauft.

Hierzu gehörte auch Anfang des Jahres der Kauf der Druckerei Westdruck, die die Zeitungen „Westfalenpost" und „Westfälische Rundschau" druckte.

Mit dem Ankauf der Zeitungen verloren ca. 150 Menschen ihren Arbeitsplatz, da die Formherstellung stillgelegt wurde („Extradienst", 13/76). Weitere Entlassungen sollte es angeblich nicht geben, da den restlichen Kollegen in Aussicht gestellt wurde, in dem neuen, noch zu bauenden Druckzentrum in Hagen Arbeit zu finden.

Vor ca. drei Wochen erhielten weitere 50 Kollegen ihre Kündigung, da es mit dem geplanten Druckzentrum nichts geworden war. So sind letzlich von ehemals ca. 350 Kollegen ganze zehn nachgeblieben, für die es wohl auch nur eine Frage der Zeit ist, bis auch sie arbeitslos sind, obwohl ihr Schicksal angeblich „ungewiß" sei („ED", 78/76).

Mit der Schließung von Westdruck geht natürlich die Verlagerung des Drucks der Zeitungen einher, was ein weiteres Steinchen zur Errichtung eines Monopols ist, das selbst mit dem Springerkonzern in Konkurrenz gehen könnte.

**Broschek-Zelle
KB/Gruppe Hamburg**

Kollegen gegen Gewerkschaftsausschlüsse

Burgdorf
Aus Burgdorf, einer Kleinstadt nahe Hannover, erreichte die vom Ausschluß aus der IG Druck und Papier bedrohten Kollegen folgende Solidaritätsadresse:

„Wir, Kollegen des Burgdorfer Kreisblattes, haben mit Empörung von den Ausschlußanträgen der IG DruPa Euch gegenüber gehört. Wir sind der Meinung, daß Ihr Euch konsequent für gewerkschaftliche Ziele und einen guten Tarifabschluß eingesetzt habt. Es ist offensichtlich, daß hier kritische und aktive Kollegen mit Gewerkschaftsausschluß bedroht werden sollen, wogegen aber befremdlich ist, daß aktive Streikbrecher in keiner Weise bisher von der IG DruPa zur Rechenschaft gezogen worden sind. Wir, die Unterzeichner, erklären unsere Solidarität und fordern Euren weiteren Verbleib in der Druck und Papier!"

Nicht ganz richtig ist, daß aktive Streikbrecher bislang völlig ungeschoren davongekommen sind. Aufgrund massiven Drucks der Mitglieder sind hier und da immerhin einige Streikbrecher ausgeschlossen worden, wobei allerdings offen ist, ob ihre Wiederaufnahme bereits vorgeplant ist und wobei vor allem Streikbrecher, die entweder SPD- oder DruPa-Funktionen innehaben, ausgenommen sind (siehe Artikel zum Streikbruch bei der „Morgenpost" in diesem AK).

**Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg**

Druckkapitalisten steigern Profite im In- und Ausland

Daß das Gejammer der Druckkapitalisten über ihre schlechte Geschäftslage anläßlich der Tarifrunde eine glatte Lüge war und ist, beweisen auch folgende Fakten:

Der Bundesverband Druck e.V. Wiesbaden (also die Dachorganisation der Druckkapitalisten) meldete: *„Im ersten Halbjahr 1976 konnten 11,6% mehr Waren des Buchhandels und andere Erzeugnisse der Druckindustrie im Ausland abgesetzt werden. Damit wächst der Außenhandelsüberschuß auf rund eine Milliarde DM. In der BRD selbst steigerten die Druckereibesitzer ihren Umsatz an Druckerzeugnissen (und damit anteilmäßig auch ihre Profite) um 6,7% auf 6,9 Milliarden DM"* (nach „Welt" v. 5.10.76).

Diese Zahlen sind nur ein Ausdruck der ungeheuren Rationalisierungen und der damit verbundenen Steigerung der Arbeitshetze auf Kosten der Kollegen.

**Springer-Zelle,
KB/Gruppe Hamburg**

CHEMIE

IG-Chemie Gewerkschaftstag:

Für die Kolleginnen nur ein paar schöne Worte

Vom 19.-24.9. fand in Hamburg der 10. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Chemie, Papier, Keramik statt. Punkte der Tagesordnung waren u.a. der Rechenschafts- und Geschäftsbericht der Abteilung „Frauen" beim Hauptvorstand sowie diverse Anträge, die sich mit der Situation der arbeitenden Frauen beschäftigten. Im nachfolgenden Artikel soll noch einmal, anknüpfend an den letzten ARBEITERKAMPF, auf diese Anträge eingegangen werden.

Lohndiskriminierung verschwunden?

Als 1974/75 in der chemischen Industrie die Leichtlohngruppen 1 und 2 abgeschafft wurden, ließ es sich die Gewerkschaft einige Artikel und Prospekte kosten, dieses Ereignis breitest bekannt zu machen und zu „feiern". Immerhin mußten noch 32.500 Frauen in die sog. Voll-Lohngruppen aufgenommen werden, was der krassesten Form der Unterbezahlung der Frauenarbeit Einhalt gebot. Trotzdem besteht das Problem der Diskriminierung der arbeitenden Frauen weiter, was selbst die Statistiken der Gewerkschaftsführung anläßlich des Gewerkschaftstages deutlich machten. So liegt die Unterbezahlung der gewerblichen Kolleginnen noch immer bei 26,9%, und bei den kaufmännischen bzw. technischen Angestellten bei 28,2% bzw. 27,9%. In DM macht das bei den Kolleginnen in der Produktion ein Minus von DM 3.– pro Stunde und bei den weiblichen Angestellten DM 744.– bzw. DM 775.– pro Monat aus!

Dieser „illegale Zustand" – geht man von den zig Gesetzen aus, die den Frauen eine gleiche Bezahlung garantieren – war auch Thema eines Antrages, gestellt von der Bundes-Frauenkonferenz der Gewerkschaft. Ohne Diskussion wurde er von den Delegierten angenommen. Er fordert

- die Abschaffung aller Lohngruppen, die die Frauen in irgendeiner Weise diskriminieren,
- Abschaffung aller diffamierenden Bewertungskriterien in analytischen Arbeitsplatz- und Leistungsbewertungen,
- nachträgliche richtige Eingruppierungen,
- Abschaffung der Benachteiligung bei der Vergabe von Arbeitsplätzen,
- Abschaffung der Alters- und Berufsjahrstaffelung bei Angestellten u.v.a.m.

Allerdings verpflichten solche Anträge zu nichts. Weiterhin werden Funktionäre und Betriebsräte den diskriminierenden Lohnsystemen etc. in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen zustimmen dürfen.

Daß dieser Antrag an der Praxis nichts ändern wird, beweisen nicht zuletzt ihre früheren (Un)Taten. Nimmt man allein die verbalen Bekenntnisse der Gewerkschaftsführung z.B. anläßlich des „Jahres der Frau", „Jahres der Arbeitnehmerin", zum 1.Mai usw.usf., die allesamt die Forderung nach gleicher Bezahlung hochhielten, für bare Münze, so hätte es das Problem der Unterbezahlung der Frauen auf dem diesjährigen Gewerkschaftstag überhaupt nicht mehr gegeben.

Liesel Winkelsträter, „Hauptfrau" der Abteilung Frauen bei der Gewerkschaftsführung, sieht aber selbst diese Angelegenheit nicht so kraß, wenn sie in ihrem Rechenschaftsbericht ausführt, daß *„wir für die Frauen großartige materielle Verbesserungen durchgesetzt"* haben und außerdem von einer speziellen Benachteiligung der Frau nicht mehr auszugehen ist: *„Sie w a r einmal der Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen ... heute steht die Forderung für alle Arbeiter und Angestellten ..."*.

Nun ja, daß insgesamt Reallohnabbau betrieben wird, steht auf einem weiteren Blatt ...

Ein weiterer Punkt, der den Frauen zu schaffen macht, ist ihr hoher Anteil an der Arbeitslosigkeit. In den letzten Jahren wurden in der chemischen Industrie z.B. 23.600 Arbeitsplätze wegrationalisiert, was zur Folge hat, daß bei einem Beschäftigungsanteil von Frauen in der chemischen Industrie von 24,9% der Arbeitslosenanteil bei 48,7% (Mai 1976) liegt. Betroffen sind vor allem Frauen, die keine Berufsausbildung haben (61%), d.h. die am schlechtesten bezahlten Frauen werden auch als erste entlassen. Auch hier hielt man sich an die Devise von Frau Winkelsträter, *„zur Lösung dieser und vieler anderer Aufgaben ... zukunftsweisende Beschlüsse zu fassen ..."* und sprach sich für eine *„aktive Beschäftigungspolitik"* aus. Inge Liebig, u.a. tätig in der Antragskommission, die die Anträge vor-, aus- und wegsortierte, meinte in der anschließenden Diskussion um den Rechenschaftsbericht der Frau Winkelsträter, *„irgendwann (?), so meine ich, wird sich unsere Gesellschaft eine Antwort darauf geben müssen, ob Berufstätigkeit der Frauen gewollt wird oder ob sie nur eine Lückenbüßerfunktion in unserer Gesellschaft haben soll, nämlich für Zeiten der Hochkonjunktur ..."*.

Als wenn nicht zigfach bewiesen ist, daß das Recht auf Arbeit für die Menschen im Kapitalismus überhaupt nicht besteht, um am wenigsten für die Frauen. D i e Antwort steht nicht aus, fraglich ist dagegen, wie die Gewerkschaftsführung darauf eingeht. Bisher glänzte sie hinsichtlich dieses Problems (ähnlich wie bei der Lohndiskriminierung) durch diesen oder jenen Artikel in der „Gewerkschaftspost" bzw. durch unverbindliche Beschlüsse auf allen möglichen Kongressen, die zwar das Recht auf Arbeit forderten, das war's dann aber auch schon.

Als eher witzige Einlage ist daher der Ausspruch von Liesel Winkelsträter zu sehen, die in ihrem Rechenschaftsbericht meinte, wenn das so weiter gehe, *„werden die Frauen auch nicht vor Demonstrationen halt machen ..."* (Beifall).

Neben diesen zwei zentralen Themen wurden Anträge angenommen – fast alle übrigens ohne Diskussion im Schnelldurchlauf – die sich damit befassen, daß die Grenze für das Heben und Tragen von Lasten für Frauen auf 10kg beschränkt wird und die sich für die Erweiterung des Mutterschutzes auch für Auszubildende und bei befristeten Arbeitsverhältnissen aussprechen, für eine gerechtere Rentenzahlung, d.h. Anrechnung wenigstens eines Teils der Ausfallzeiten, die die Frauen für Kindererziehung aufgebracht haben, auf die Rente und für die Errichtung und den Ausbau von Kindertagesstätten, Kinderkrippen und Ganztagsschulen, zum Inhalt.

Eine etwas lebhaftere Diskussion – außer zum § 218 – gab es bei dem Antrag, der sich für die Übernahme der Kosten für empfängnisverhütende Mittel durch die Krankenkasse aussprach. Hier lautete die Empfehlung der Antragskommission, diesem Antrag nicht zuzustimmen, da die Krankenkassen finanziell sehr stark belastet seien. Immerhin ist es aber so, daß die Krankenkassenkosten zur Hälfte von den Unternehmern finanziert werden müssen, die Frauen jedoch die Pille aus eigener Tasche bezahlen müssen. Und da auf dem Gewerkschaftstag in der überwiegend großen Anzahl der Gewerkschaftsführung genehme Leute saßen wurde der Antrag abgelehnt.

Ähnlich war es auch bei der Diskussion um den § 218, wo drei Anträge sich gegen eine Strafverfolgung und Beschränkung der Fristen überhaupt aussprachen, und wo die Antragskommission demagogisch die Ablehnung dieser Anträge empfahl mit dem Hinweis, *„daß eine Schwangerschaftsunterbrechung theoretisch bis zum Tag der Geburt möglich wäre ..."*. In sechs Beiträgen, wovon sich vier Redner engagiert für die Annahme des Antrages auf ersatzlose Streichung aussprachen, wurde außer dem Hinweis auf das Recht der Frau auf Selbstbestimmung auch der Vorwurf der Antragskommission sehr richtig mit der Bemerkung zurückgewiesen: *„Frag ... doch mal eine, ob sie so bescheuert wäre, nach dem dritten Monat noch abzutreiben ..."*, wenn halt nicht schwerwiegende Umstände eine Überschreitung – und damit nach der Fristenlösung sofortige Illegalisierung – bringen könnten.

Das knappe Abstimmungsergebnis von 209 für Fristenlösung und 171 Gegenstimmen ist sicherlich dem engagierten Auftreten der vier Rednerinnen und Redner zu verdanken. Zur Problematik des §218 ist noch ein Initiativantrag durchgekommen, der sich für einen schnellen Ausbau der Beratungsstellen ausspricht, die Einrichtung von Spezialkliniken fordert und dafür die finanzielle Unterstützung durch Bund, Länder und Kommunen. Kein Wunder, fußt dieser Antrag doch bereits auf einem Engagement im Einverständnis mit der Indikationenlösung, werden alle Mißstände als „Anfangsschwierigkeiten" zurückgewiesen bzw. ausschließlich der CDU/CSU zugeschoben.

Gerade auch die Ablehnung nach ersatzloser Streichung des §218 zeigt, wie sehr sich die Gewerkschaftsführung und ihre Anhänger um die Interessen der Frauen kümmern.

Was den Punkt der Anträge insgesamt anbelangt, kann man nur die Kollegin zitieren, die L. Winkelsträter die Frage stellte, ob die Anträge eine *„Beerdigung erster oder zweiter Klasse bekommen ...?"*

„Die Organisation stärken ..."

Wirklich „kämpferisch" ging es allerdings auf dem Gewerkschaftstag zu, als L. Winkelsträter auf die Mitgliederzahlen zu sprechen kam. Peinlich entlarvte sich um was es bei dem ganzen unverbindlichen Gerede um die Rechte der Frauen letztendlich geht: Sie sollen IG-Chemie-Mitglieder werden und Beiträge zahlen. Mit Akribie wurden die Versuche der Gewerkschaftsführung aufgeführt, neue Frauen als Mitglieder zu gewinnen: Unter dem Punkt *„Maßnahmen zur Verbesserung des Organisationsverhältnisses"* wurden sämtliche Werbematerialien aufgeführt, die den Kolleginnen von 1972-75 in die Hand gedrückt wurden. Festgehalten wurde, daß Beschlüsse allein nicht ausreichen (sieh' da...) um zu gewährleisten, daß alle Funktionäre und Organisationsbereiche auch wirklich mitziehen. Dementsprechend „mager" für die Gewerkschaftsführung ist das Ergebnis: waren 1972 von allen Gewerkschaftsmitgliedern 17,3% Frauen, so konnte dieser Anteil bis 1975 lediglich auf 17,7% gesteigert werden, bzw. für 1975 besteht sogar ein Minus von 1,9%, da die Abgänge höher lagen als die Neuaufnahmen.

Doch da der Gewerkschaftsführung der Gedanke fern liegt, anders als durch gezielte Werbung im Sinne von Waschpulverreklame für Zuwachs zu sorgen, wurde auch gleich beschlossen 1977 kräftig weiterzumachen. L. Winkelsträter dazu: *„Nun, was nicht war, können wir 1977 bei einer Werbeaktion gemeinsam miteinander gutmachen ..."* Denn, so weiter laut Rechenschaftsbericht *„die Gewerkschaften müssen begreifen, daß auch die Arbeitnehmerinnen für sie sehr, sehr nützlich und notwendig sind..."*

Damit ist eigentlich alles gesagt: nicht die Gewerkschaften für die Kolleginnen, sondern die Kolleginnen rein in die Gewerkschaften, für die Gewerkschaften ...

Fakt ist, daß allein 52,8% der Beiträge der Mitglieder für die hauptamtliche Tätigkeit der Gewerkschaftsführung ausgegeben werden. Bei einem stärkeren Organisationsgrad der Frauen könnte man da allerlei noch zugewinnen.

Chemie-Frauengruppe

Und das nennt sich Kampf für die Interessen der Jugend

Der 10. Gewerkschaftstag der IG Chemie zeichnete sich wie kein vorheriger durch eine fast vollständig fehlende Auseinandersetzung mit allgemein bedeutenden innen- und außenpolitischen Themen aus. Ohne die beschlossenen Anträge des letzten Gewerkschaftstages in ihrer praktischen Bedeutung überzubewerten (Papier ist bekanntlich geduldig), muß man feststellen, daß damals noch viele Themen, die die Arbeiterbewegung interessieren, „behandelt" wurden. Damals wurden noch Forderungen beschlossen wie: Verbot der „Aktion Widerstand", Einheitstarif im Nahverkehr, Einschränkung der Pressekonzentration, sowie Kampf gegen die Multis und für ein gerechteres Wirschaftssystem. An internationalen Fragen wurden z.B. die Unterstützung streikender spanischer Arbeiter und die Verurteilung des Faschismus beschlossen. In einem Antrag zum Vietnamkrieg, der zur damaligen Zeit gerade von Nixon eskaliert wurde, wurde sogar gefordert: *„Sofortiger Abzug aller amerikanischen Truppen aus Indochina, Selbstbestimmung des vietnamesischen Volkes."* Und heute? Heute bekommen acht Mitglieder der Jugendgruppe Merk wegen einer Spende zur Unterstützung der Palästinenser im Libanonkrieg „selbstverständlich" einen Gewerkschaftsausschluß (siehe dazu auch Artikel in diesem AK)! Auf dem Gewerkschaftstag zeigte sich an den (nicht) behandelten Anträgen zu allgemeinpolitischen Fragen recht deutlich, daß vier Jahre Faschisierung in der BRD auch und gerade in den Gewerkschaften ihre Wirkung nicht verfehlen. Es kamen fast überhaupt keine Anträge zu diesem Komplex aus den Gewerkschaftsgremien! Also politische Windstille und weitgehende Selbstbeschneidung in diesen Fragen. Eine rühmliche Ausnahme machte nur die Gewerkschaftsjugend. Von ihr wurden sehr fortschrittliche Anträge zu vielen Fragen diskutiert und gestellt. Fast sämtliche dieser Anträge wurden aber auf irgend eine Weise von der Gewerkschaftsführung abgeblockt.

Wir berichteten bereits im AK 90 über den Gewerkschaftstag und wollen uns hier, wie angekündigt, mit einigen Fragen der Jugendpolitik auseinandersetzen.

Folgende Anträge wurden von der Gewerkschaftsjugend auf dem Gewerkschaftstag gestellt:

1. In einem sehr korrekten Antrag wurde die ersatzlose Streichung des § 218 und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen gefordert sowie zur Unterstützung des Kampfes von Frauengruppen aufgerufen. Dieser Antrag wurde mit zwei weiteren Anträgen zur ersatzlosen Streichung des § 218 von der Antragskommission in dieser Form gar nicht erst zur Abstimmung gestellt. Nach heisser Diskussion und knapper Abstimmung wurde ein abgeänderter Antrag (Forderung nach Fristenregelung) beschlossen. Der Antrag der Bundesjugendkonferenz fiel unter den Tisch!

2. Zur Frage der Berufsverbote lagen vier Anträge vor. Von der Bundesjugendkonferenz der Antrag, der die Berufsverbote grundsätzlich als undemokratisch und verfassungswidrig ablehnte. Ein Antrag, der den Hauptvorstand aufforderte, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit der Ministerpräsidentenerlaß sowie die Gesetzentwürfe „nicht zum Tragen kommen". Die anderen beiden Anträge zu diesem Thema beschäftigten sich nicht mit Berufsverboten (die gibt es bekanntlich nicht) sondern mit „Radikalen im Öffentlichen Dienst". In diesen Anträgen wurde ausdrücklich für eine Nichtbeschäftigung von „Verfassungsgegnern" Stellung genommen. Nur die unschönen Auswucherungen („Hexenjagd") wurden kritisiert und eine Prüfung im Einzelfall gefordert. Diese Anträge waren klare Unterstützungsanträge für die Berufsverbote! Es dürfte unschwer zu erraten sein, daß nur solch ein Antrag zur Abstimmung gestellt wurde und mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde.

3. Am deutlichsten verändert hat sich die „internationale Solidarität". Zur Diskussion standen: Eine allgemeinste *„Entschließung gegen die Unterdrückung politischer und gewerkschaftlicher Freiheiten"* (Antragsteller Hauptvorstand) sowie ein Antrag zur Unterstützung der chilenischen Gewerkschaften und ein Antrag zur Unterstützung des antifaschistischen Kampfes in Spanien (u.a. durch Boykott durch das DGB-Reiseunternhmen GUT). Beide Anträge kamen (natürlich) aus dem Jugendbereich. Die Gewerkschaftsführung wollte bei diesen Themen nicht so weit gehen und durch den Vorschlag der Ablehnung der beiden Anträge jedem zeigen, wie weit es mit der „internationalen Solidarität" her ist. Man gebrauchte einen Trick: Es wurde nur die Entschließung des Hauptvorstandes beschlossen, weil man nicht zu speziellen Themen Stellung nehmen und zu anderen schweigen kann. So gelang es, auch diese für die Gewerkschaftsführung unschönen Anträge kaltzustellen.

Fazit: Die guten Anträge aus dem Jugendbereich wurden völlig abgeblockt, bestenfalls als „Material" zu anderen Anträgen verabschiedet, so daß sie niemandem wehtun. Indem aber die Gewerkschaftsführung speziell bei der „internationalen Solidarität" nicht total reinholzte, behielt sie sich auch die Möglichkeit offen, fortschrittliche Kritiker auf ihre Anträge zu verweisen.

Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit war das entscheidende Thema des Gebietes Bildungspolitik, denn auch in der chemischen Industrie ist die Lehrstellenverknappung ein wichtiges problem. Dazu einige Zahlen:

1970 wurden noch 8.818 Chemielaboranten ausgebildet, 1974 nur noch 6.439 – das entspricht einem Rückgang von 27%; zum Industriekaufmann wurden 1970 81.967 Lehrlinge ausgebildet, 1974 waren es nur noch 62.035 – ein Rückgang von 24%.

Andererseits hat die Bundesanstalt für Arbeit festgestellt, daß allein die Bereiche Mineralölindustrie, Kunststoffe und Gummi-Aspestverarbeitung 4.285 Ausbildungsplätze zusätzlich schaffen könnte! Trotz dieser Zahlen wurde auch bei diesem Thema das Einschwören des Gewerkschaftstages auf die „Politik des Machbaren", d.h. auf die Politik der Unterordnung unter die Ziele der Kapitalisten und des Staates sehr deutlich. Im Initiativantrag 23, vom Hauptvorstand gestellt, wurde der gesamte Bereich der beruflichen Bildung abgedeckt. Elf weitere Anträge zur Berufsausbildung wurden durch ihn „erledigt". Wesentliche Punkte aus diesen Anträgen wurden so überhaupt nicht zur Abstimmung gestellt und fielen unter den Tisch. Als Beispiel sei nur die Forderung nach Existenzlohn für Lehrlinge genannt.

Im Initiativantrag 23 wurde zwar lang und breit über die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit berichtet, aber nicht mit einem Wort die Verantwortung der Kapitalisten für diese Situation angesprochen. Kein Wort von der politischen Erpressung der Unternehmer mit der Lehrstellenverknappung, kein Wort von der zunehmenden Dequalifizierung im Produktionsbereich und dem damit verbundenen geringeren „Bedarf" an qualifizierten Kräften! Es wird nur festgestellt: *„Seit 1960 ist ein ständiger Rückgang der betrieblichen Ausbildungstellen zu beobachten"* und *„das dringendste Problem der Bildungspolitik für die nächsten Jahre ist es, genügend qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten für die wachsende Zahl von Jugendlichen zu schaffen, die die allgemeinbildenden Schulen verlassen."* Auf der Grundlage dieser „Analyse" ist es klar, daß die Gewerkschaftsführung nicht dazu kommt, grundsätzlich das Recht der Jugendlichen auf qualifizierte Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze als Forderung in den Mittelpunkt zu stellen und dies im Kampf gegen die Unternehmer bzw. den Kapitalismus durchzusetzen. Stattdessen werden die „Anstrengungen" der sozial-liberalen Koalition zur Reform der beruflichen Bildung hochgelobt. Mit ihren Vorstellungen zur Berufsbildung ist die Gewerkschaftsführung voll darauf angesprungen, durch Finanzspritzen Unternehmer, die „zusätzliche" (vorher gestrichene) Ausbildungsplätze zu schaffen, zu unterstützen und einige wenige überbetriebliche Ausbildungsstätten zu schaffen. So soll das Problem der Jugendarbeitslosigkeit gegen die Interessen der Jugend verwaltet werden.

Fortsetzung auf Seite 19

Fortsetzung von Seite 18

Im Rahmen dieser Politik der Gewerkschaftsführung liegt auch die Behandlung der Frage der Übernahme aller fertig Ausgebildeter. Schon fast traditionsgemäß wurde wieder in einem Antrag gefordert, *„daß grundsätzlich jedem Auszubildenden ein Arbeitsplatz im gleichen Werk, entsprechend seinem Ausbildungsberuf, angeboten wird."* Doch auf diesem Gewerkschaftstag löste dieser Antrag Proteste (!) aus. Die anwesenden Funktionäre (überwiegend freigestellte Betriebsräte) sahen sich in der Klemme. Wie sollten sie sich ernsthaft bei ihrer Geschäfstsführung für „zusätzliche" Ausbildungsplätze einsetzen und gleichzeitig fordern, daß alle Lehrlinge übernommen werden, wenn sie doch genau wissen, daß sie im Betrieb (wegen des Abbaus qualifizierter Arbeitsplätze) nicht gebraucht werden? Sich dieser Kapitalistenlogik beugend beschloß der Gewerkschaftstag bei wenigen Gegenstimmen, das Wort *„grundsätzlich"* durch das Wort *„möglichst"* zu ersetzen. Es soll also alles beim Alten bleiben, die Interessen der Jugend werden der „Realpolitik" geopfert!

Zusätzlich zu diesem grundlegenden Initiativantrag 23 wurden noch einige Anträge zu speziellen Themen, z.B. Weiterführung der Ausbildung nach eventueller Schwangerschaft, Ablehnung der Stufenausbildung Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes beschlossen, die das Bild etwas verschönern. Mehr aber auch nicht, guckt man sich z.B. an, daß in der Praxis auch die IG-Chemie Betriebsräte, aufgrund der schlechten Situation (Lehrstellenmangel), betriebsweise der Stufenausbildung zustimmen. Es ist schon fast überflüssig zu bemerken, daß Anträge wie z.B. Abschaffung der Abschlußprüfung für Lehrlinge, die noch 1972 beschlossen wurden, diesmal überhaupt nicht erwähnt wurden ...

Lehrlingsgenosse
bei Beiersdorf

Solidarität mit den vom Ausschluß betroffenen Merck-Kollegen!

Darmstadt: Am 17. September ist vom Verwaltungsstellenvorstand der Verwaltungsstelle Darmstadt der IG Chemie Ausschlußantrag gegen die acht Mitglieder der Jugendgruppe Merck gestellt worden. Diese acht Kollegen hatten beschlossen 800 DM eines Fernsehhonorars, das sie erhielten, an die PLO zu spenden (wir berichteteten in AK 88 und AK 89 darüber).

Die Begründung für den Ausschluß: *„Der Vorstand ist nach eingehender Prüfung zur Auffassung gekommen, daß mit den Vorkommnissen* (800 DM an die PLO gespendet) *die Mitgliedschaft in der IG-Chemie-Papier-Keramik nicht vereinbar ist."*

Außerdem wird zusätzlich bei drei Kollegen die Mitgliedschaft im KBW als Ausschlußbegründung herangezogen.

Terbruck, Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Darmstadt entblödete sich nicht zu behaupten, die Gewerkschaft werde niemals (!) kriegführende Länder oder paramilitärische Terrorgruppen unterstützen! Und das angesichts der Tatsache, daß der DGB beste freundschaftliche Beziehungen zu der zionistischen Gewerkschaft „Histadrut" unterhält, und daß auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Chemie in Hamburg ein Vertreter der zionistischen Botschaft in Bonn als Ehrengast (!) anwesend war. Dem Ausschluß vorausgegangen war eine widerliche Hetze gegen die Jugendgruppe in der bürgerlichen Presse. Besonders das „Darmstädter Echo" hat sich dabei unrühmlich hervorgetan.

Ein gewisser Hans-Günther Weickert geiferte nur so vor Wut gegen die PLO und die solidarische Unterstützung durch die Jugendgruppe. Hier einige Kostproben: *„Unter solch decouvrierender* (?) *Instinktlosigkeit* (gemeint ist die Spende – d. Red.) *ist man im Gewerkschafthaus offenbar lila* (!) *angelaufen ... daß den PLO-Freunden ein hochnotpeinliches Halsgericht* (!!) *droht. Denn die Unterstüzung einer Terror- und Bürgerkriegsorganisation, deren Aktionsgruppen Mordbrennerei und Geiselnahmen als Instrumentarium reklamieren und demonstrieren – dies dürfte doch an gewerkschaftsschädigendem Verhalten nicht vorbeigehen. Daß sich die Staatsanwaltschaft* (!) *da noch nicht einmengt, verdanken die PLO-Freunde übrigens nur dem Umstand, daß der Paragraph 129a (Unterstützung einer terroristischen Organisation) erst am 18. dieses Monats in Kraft tritt* (!) *... ein Grund mehr für die IG-Chemie mit scharfer Klinge zu rasieren* (!)".

Sechs Tage nach dem Erguß dieses Schreibmaschinen-Täters wurde dann auch prompt der Ausschlußantrag gestellt.

Inzwischen ist eine Solidaritätskampagne angelaufen. Als erstes wurde ein Brief der Studentenpfarrer der BRD an den Hauptvorstand der IG-Chemie bekannt, in dem die Zurücknahme der acht Auschlußanträge gefordert wird. Von dieser Erklärung hat sich inzwischen der Kirchenpräsident von Hessen und Nassau, D. Hild distanziert.

Wir fordern alle demokratischen Kräfte besonders in der IG-Chemie auf, sich mit den vom Ausschluß bedrohten Kollegen zu solidarisieren.

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg
nach Informationen der KB Gruppe Darmstadt

Solidaritätsadressen werden wir an die Darmstädter Kollegen weiterleiten.

Protestresolutionen können an den Hauptvorstand der IG-Chemie
3 Hannover
Königsworther Platz
gesandt werden.

ÖTV

ÖTV-Führer liquidieren weitere Basisgremien

Köln/Kiel. In Köln haben jetzt die Vertreter der örtlichen ÖTV-Führung eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung (MV) kurzerhand geschlossen, nachdem dort eine Abstimmung gegen ihren Willen ausgegangen war.

Bei der Abstimmung auf der MV der Sozialarbeiter vom 29.9. ging es darum, ob eine Kollegin, gegen die ein Ausschlußverfahren läuft, an der Sitzung teilnehmen darf.

Wie schon bei ähnlichen bekanntgewordenen Fällen, z. B. in Westberlin bei den Teil-MV's der Sozialarbeiter 1975, oder Anfang dieses Jahres bei einer Kreisjugendkonferenz in Hannover, stimmte die Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten für ein Verbleiben („Gastrecht") der vom Ausschluß bedrohten Kollegen auf der Sitzung.

In Westberlin und Hannover waren die für den Ablauf der Versammlung verantwortlichen ehrenamtlichen Funktionäre, weil sie die Abstimmung zugelassen hatten, ausgeschlossen worden. Dieses undemokratische Vorgehen der Gewerkschaftsführer hatte Proteste und Solidarisierungen in breiteren Teilen der demokratischen Kollegenschaft sowie in der linken Presse zur Folge gehabt.

Auch in Köln ging die Auflösung der MV gegen den Willen der Mehrheit der Mitglieder nicht reibungslos über die Bühne. Weder gelang es den Gewerkschaftsführern, die Kollegen mit dem Hinweis auf das „Hausrecht" aus dem Gewerkschaftshaus zu werfen, noch waren sie bereit, den Vertretern des Kreisvorstandes die Anwesenheitsliste zu übergeben.

Nachdem diese hauptamtlichen Störenfriede die Versammlung verlassen und den Strom abgedreht hatten, setzten etwa 2/3 der ursprünglich anwesenden Mitglieder die Sitzung fort. Man diskutierte über die soeben am eigenen Leib erfahrene „innergewerkschaftliche Demokratie" und die „Radikalenerlasse" in der Gewerkschaft. In einer Resolution wandte man sich zum Schluß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften und gegen die jetzt drohenden Ausschlüsse (Informationen nach „Rote Fahne" („KPD"), vom 6. 10. 76).

Und in Kiel: Zerschlagung der Abteilung Sozialarbeit

In der ÖTV-Abteilung Sozialarbeit Kiel arbeiten seit Ende 1974 Kollegen aus den Bereichen Stadt, Kirche und Freie Träger zusammen. Sie haben sich bemüht, gegen die Sparmaßnahmen der Stadt, gegen Stellenstop und Personalabbau Front zu machen, setzten sich für ein sinnvolles Berufspraktikum ein und versuchten konsequenterweise, Eltern und Erzieher aus den Kindertagesstätten zum gemeinsamen Eintreten für ihre Belange zu gewinnen. Die Interessen der Kollegen an der Erhaltung und Sicherung ihres Lebensstandards wurden durch Aktivitäten bei der Vorbereitung und Beschlußfassung zur letzten Tarifrunde vertreten.

Und man ging daran, die Bedingungen für gewerkschaftliche Kampfkraft in den Betrieben durch Aufbau und Stärkung des Vertrauensleutewesens zu verbessern.

Nachdem die Kollegen diese Aktivitäten eineinhalb Jahre aus eigener Initiative entwickelt hatten, trat Mitte Juni nun auch die ÖTV-Führung im Kreisvorstand mit Beschlüssen und „Empfehlungen" zur „Verbesserung" der gewerkschaftlichen Arbeit hervor:

1. Wurde gegen die beiden Vorsitzenden der Abteilung ein Ausschlußverfahren eröffnet, weil einige Kollegen der Abteilung am 1. Mai nach Abschluß der offiziellen DGB-Kundgebung noch auf einer Demonstration, die vom KBW organisiert war, ihre Forderungen vertreten hatten.
2. Wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeit der Abteilung nur noch ‚satzungsgemäß' durchführen zu lassen. D.h.: *„die Abteilung Sozialarbeit gehöre zum Bereich Gemeinden und also dürften hier nur ÖTV-Mitglieder arbeiten, die städtische Bedienstete sind. Alle anderen, also die Mitglieder, die bei freien Trägern angestellt sind, könnten sich nur in losen Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen, denen aber nicht die satzungsmäßigen Rechte zustünden."* („Was tun?", 6. 10.).
3. Wurden die Rechte und Pflichten der Abteilung, bis zur Entscheidung des Hauptvorstands (HV) über die Ausschlußanträge und bis zum Eintreffen der neuen Richtlinien (!) des HV für die Arbeit der Abteilung Sozialarbeit, stillgelegt.

Alles in allem heißen diese Maßnahmen: Zerschlagung der Abteilung Sozialarbeit der ÖTV Kiel. Die Erwartungen der Gewerkschaftsführer, daß die Kollegen resignieren, deren Versammlungen im Gewerkschaftshaus verboten wurden und deren Forderungen nach MV's mit weiteren Ausschlußdrohungen beantwortet wurden, sind nicht in Erfüllung gegangen. Die Kollegen arbeiten aus eigenen Mitteln weiter und haben erst kürzlich eine Dokumentation erstellt, in der sie ihre Forderungen erläutern:

- Rücknahme der beiden Ausschlußanträge!
- Fortführung der Gewerkschaftsarbeit der Abteilung Sozialarbeit!
- Für Einheitsgewerkschaft!
- Für freie politische Betätigung!

Um eine aktive Solidarisierung mit den Kieler Kollegen erreichen zu können, halten wir es für wünschenswert, daß sie selbst für eine breite Verteilung ihrer Dokumentation, z.B. in gewerkschaftliche Arbeitskreise, beitragen. In Hamburg ist die Dokumentation leider noch nicht verbreitet.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hamburger Bezirksleitung boykottiert „Aktionstag"

Mit Engagement bereiteten Kollegen der verschiedenen Bereiche in der Abteilung der ÖTV einen Aktionstag zu den Auswirkungen der „Spar"-maßnahmen in den städtischen Kindergärten, Freizeitstätten etc. vor.

Am 17.9., einem Tag vor dem seit Monaten bekannten Termin der Öffentlichkeitsaktion wurden die Kollegen schriftlich davon in Kenntnis gesetzt, daß die Bezirksleitung entschieden hatte, die Informationsstände vorerst nicht zu errichten!

Ihre Majestät, die Vorstandsherrlichkeit, teilte mit, ihr passe ein „Info-Sozialarbeit", das während des Aktionstages breit verteilt werden sollte, nicht und deshalb müsse die ganze Aktion unterbleiben. In diesem „Info" werden ausführlich Mißstände aus dem Bereich kritisiert und auf einer halben von vielen Seiten die Namen der zuständigen ÖTV-Bezirkssekretäre und der Mitglieder des Abteilungsvorstandes veröffentlicht, um den Gewerkschaftsapparat für die Mitglieder transparenter zu machen. Viele Kollegen wissen nicht, wer überhaupt für sie „zuständig" ist ...

Diese Namensnennung nahmen die Gewerkschaftsführer zum Vorwand, um gegen das „Info" und den Aktionstag insgesamt zu schießen: Sie könnten sich nicht „voll inhaltlich" mit dem „Info-Sozialarbeit" identifizieren, aber durch die Namensnennung sei der gegenteilige Eindruck erweckt worden.

Diese Demagogen unterschlagen dabei, daß die Artikel für das „Info" ihnen zur Vorzensur vorgelegt werden mußten und sie außerdem nicht verantwortlich für die Herausgabe des „Info" zeichnen.

Die Bezirksleitung hat hier nicht nur eine Kritik am SPD-Senat vor der Wahl verhindert, sondern sie hat im höchsten Maße gewerkschaftsschädigend die Beschlüsse der verschiedenen Gremien in der Abteilung mißachtet. Die Kollegen haben bisher ihren Protest gegen diese Vorstandswillkür mit Resolutionen und Briefen zum Ausdruck gebracht.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Protest gegen Schließung des Waschhauses

Lübeck. Seit Jahren wurde den Kollegen im Waschhaus des Lübecker Krankenhauses Ost, die unter härtesten Bedingungen zu arbeiten haben, ein neues Haus in Aussicht gestellt.

Jetzt wird das Waschhaus stattdessen ganz geschlossen und den 20 Kollegen erklärt, daß eine Fremdfirma die Wäsche übernehmen würde.

Die Kollegen wurden dahingehend „vertröstet", daß, wer wolle, ja von der Fremdfirma übernommen werden könnte (bei Firmen in Glückstadt, Elmshorn, Hamburg oder sonstwo weit weg und dann – wenn überhaupt – zu den noch mieseren Arbeitsbedingungen der „Fremdfirmen").

Nachdem die Spatzen diese Nachricht von den Dächern pfiffen, aber offiziell nichts verlautete, bildete sich eine Kollegengruppe aus Waschhauskolleginnen und anderen Kollegen des Krankenhauses, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Schließung des Waschhauses nicht kampflos hinzunehmen! Erster Erfolg der Initiative: Nachdem die Kollegengruppe ein Flugblatt vor den Krankenhaustoren verteilt hat, wurde vom Personalratsvorsitzenden eine Anfrage an das Land formuliert mit der Forderung nach einem neuen Waschhaus!

Die „Lübecker Nachrichten" („LN") berichteten am 9.10. über eine Anfrage des SPD-MdL Lund bei der Landesregierung wegen der Schließung des Waschhauses. Danach behauptet der Kultusminister, daß die Betroffenen, das Präsidium der Medizinischen Hochschule und der Personalrat informiert worden seien. *„Der Vorsitzende des für die Leitung des Klinikums verantwortlichen Verwaltungsrates und der Verwaltungsdirektor des Klinikums hätten sich an den Vorverhandlungen beteiligt. Den Personalrat des Klinikums habe er am 7.9.76 von seinen Überlegungen und den Stand der Vorverhandlungen in Kenntnis gesetzt. Am gleichen Tage seien die Mitarbeiter der Wäscherei von dem stellvertretenden Verwaltungsdirektor unterrichtet worden."*

Entweder das Kultusministerium oder Verwaltung und Personalrat lügen! Tatsache ist, daß die betroffenen Kollegen n i c h t s Genaues erfahren hatten.

Gegen diese Mauschel- und Schaukelpolitik organisierten die Kollegen eine Unterschriftensammlung.

Krankenhausgenossen
KB/Gruppe Lübeck

„Conny muß weg!"

Nach einem Betriebsausflug wurden bei der Kreisverwaltung Dithmarschen fünf Sozialpädagogen fristlos gekündigt.

In dem Bus, in dem auch die fünf saßen, war am Heckfenster ein Schild angebracht, „Conny muß weg". Gemeint war der Verwaltungsdirektor. Witzig oder nicht, jedenfalls fühlte sich dieser fürchterlich auf den Schlips getreten, sprach von „Mißfallensdemonstration" und „übler Nachrede" und natürlich auch groben „Verstoß gegen die Dienstpflichten". Es wurden sofort Ermittlungen angestellt – ohne Ergebnis, niemand entschuldigte sich. Schließlich waren die „Verdächtigen" gefunden. Sie entschuldigten sich, übernahmen aber die Schuld im Kollektiv, was vom Vorgesetzten als Zuwiderhandlung gegen die „Gehorsamspflicht" ausgelegt wurde. Damit war für ihn der „Betriebsfieden" nachhaltig gestört und eine „Weiterbeschäftigung unzumutbar".

Die Gekündigten haben inzwischen Klage erhoben. Diese skurile Geschichte beweist: „Conny muß weg!" (Informationen aus dem „Spiegel", Nr. 41/1976).

Eine Genossin des ÖTV-Bereichs
KB/Gruppe Hamburg

Politische Entlassung wegen Kritik an der Arbeiterwohlfahrt

Mitte August fand sich in der „Arbeiterstimme" (Ortsbeilage der „KVZ" für Stuttgart) ein Artikel, der sich kritisch mit der Arbeit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Stadtgebiet Stuttgart-Dürlewang auseinandersetzte. Die Geschäftsführung machte sich auf die Suche, einen „Schuldigen" dafür zu finden.

Zwei Monate später hatte sie ihn: den Betriebsratsvorsitzenden der AWO-Stuttgart, Bernd Vollmer. Er wurde fristlos gekündigt. Für die Begründung schusterte man sich Folgendes zusammen: Weitergabe von dienstlichen Angelegenheiten, über die Verschwiegenheit zu herrschen hat. Man stellte weiter einen Zusammenhang her zwischen dem Artikel der „Arbeiterstimme" und ihm. Das Kürzel lautete nämlich „bv/red.", und das sind nun mal die Anfangsbuchstaben des gekündigten Kollegen.

Das Vorgehen der AWO-Oberen ist klar. Sie nahmen den Artikel zum Anlaß, um den Betriebsratsvorsitzenden loszuwerden, von dem man zum einen weiß, daß er sich für seine Kollegen eingesetzt hat, und von dem man andererseits weiß, daß er Mitglied im KBW ist, da er z. B. für die Landtagswahl in Baden-Würtenberg kandidierte. Kritik an der Arbeiterwohl(?)-fahrt in einer linken Zeitung wird in diesem Laden wohl automatisch mit Entlassung beantwortet. Doch ist das Vorgehen der Geschäftsführung in diesem Fall zu dreist und plump, um damit durchkommen zu können. Denn für eine fristlose Kündigung sind Gründe erforderlich, die nicht länger als zwei Wochen zurückliegen dürfen. Hinzu kommt, daß etwas, was allgemein bekannt ist, kein Dienstgeheimnis mehr darstellt. Und letztlich dürfte es schwer zu beweisen sein, daß Bernd Vollmer und das Zeichen unter dem Artikel „bv/red." identisch sind.

Schon bald reduzierte die Geschäftsführung die Vorwürfe auf eine Mitwirkung am Artikel, den Rest ließ man fallen. Als „Köder" wurde eine sofortige Freistellung (inclusive Hausverbot – versteht sich) angeboten, bei Weiterzahlung der Bezüge bis 31. Dezember 1976. Die Gegenleistung von Bernd Vollmer sollte es sein, die Klage fallen zu lassen, da nach Aussagen des Geschäftsführers sowieso keine Aussicht für ihn auf Erfolg besteht, was ihm auch der ÖTV-Kreisvorsitzende bestätigt hätte.

Auf Rückfragen des Kollegen bei der ÖTV wurde ihm versichert, daß es nie zu einer solchen Äußerung seitens des Kreisvorsitzenden gekommen sei. Im Gegenteil hat sich die Rechtsschutzabteilung nach Bekanntgabe der Kündigung entschlossen, ihm Rechtsschutz zu gewähren!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kollege Elkeles in den Personalrat!

Ende November wird an der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) ein neuer Personalrat gewählt. Für den fortschrittlichen ÖTV-Vertrauensmann Thomas Elkeles, der nach seiner Ausbildung von der MHH nicht übernommen wurde, weil er „ ... *unentwegt ... negative Kritik geübt hat*" (siehe AK 78 und 88), ist das eine Gelegenheit, nach seinem in erster Instanz gewonnenen Arbeitsgerichtsprozeß, wieder aktiv in die Interessenvertretung der Kollegen einzusteigen. Zudem müßte die MHH, die bisher seine Wiedereinstellung verweigert, ihm nach seiner Wahl Zugang zum Betrieb gestatten. Ein guter Weg, das erste Gerichtsurteil zumindest ansatzweise durchzusetzen. Der ÖTV-Vertrauensleutekörper (VLK) stimmte zunächst für die Kandidatur von Thomas. Die ÖTV-Kreisverwaltung lehnte jedoch ohne Begründung ab!

Diese offensichtliche Zusammenarbeit von MHH und ÖTV-Führung gegen Kollegen, die angeblich den „Betriebsfrieden" und die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" stören, ist durchaus nichts Neues. 1973 wurde der ÖTV-Betriebsgruppe aufgrund einer Beschwerde der MHH verboten, Flugblätter ohne Zensur der Kreisverwaltung herauszugeben. Diese Zensur sah dann so aus, daß im Sommer 1974 eine Ausgabe der Betriebszeitung verboten wurde, in der unhaltbare Zustände im OP und die bevorzugte Behandlung der Tochter eines hohen SPD- und ÖTV-Funktionärs enthüllt wurden. Eine Hand wäscht die andere, gell ...

Nach der Ablehnung von Thomas' Kandidatur durch den Kreisvorstand machte eine fortschrittliche Minderheit im VLK den Vorschlag, Thomas trotzdem auf die Liste zu setzen und diese im Betrieb zu veröffentlichen. So wollte man die Kreisverwaltung zwingen, entweder die Kandidatur zu akzeptieren, oder zumindest eine öffentliche Begründung für die Ablehnung geben zu müssen. Dieser Vorschlag wurde jedoch von der rechten VLK-Mehrheit mit der Begründung abgelehnt, daß man nicht gegen die Arbeitgeber vorgehen könne, wenn man nicht von der Kreisverwaltung unterstützt werde. Oder andersrum: Da man nicht von den Gewerkschaftsführern unterstützt wird, kann man nichts gegen die Kapitalisten machen. – Man sieht, wer wessen Freund ist!

Seit der Ablehnung von Thomas' Kandidatur, dürfte es für die fortschrittlichen Kollegen bei MHH klar sein, daß seine Wiedereinstellung nur im Kampf gegen MHH und Gewerkschaftsführung erreicht werden kann. Der Weg dorthin kann nur über eine breite Öffentlichkeitsarbeit, wie sie etwa in der Mobilisierung von 120 Kollegen zum ersten Prozeß zum Ausdruck kam, gehen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Dienstverpflichtung" für die Bundestagswahl?

In den Wahldienststellen für die Bundestagswahl 1976 wurden viele Verwaltungsbeamte, hauptsächlich Anwärter und Angestellte eingesetzt. Für sie bedeuteten die Bundestagswahlen Überstunden und Dienst auch am Samstag. Dazu kommt, daß die stupidesten Arbeiten massig anfallen. Z.B. Anfertigen von Wählerverzeichnissen und anderen Listen, Verschicken von Karten an alle Wahlberechtigten.

Am Wahltag selbst wurden auch wieder Angehörige des Öffentlichen Dienstes in die Wahllokale geschickt. Als „deutscher Staatsbürger" ist man nach dem Bundeswahlgesetz verpflichtet, diese „Ehre" anzunehmen.

Von 7.30 Uhr bis Auszählungsende (frühestens 19.30 Uhr) hakt man da Listen ab oder teilt Stimmzettel aus. Dafür gibt es dann die sagenhafte „Aufwandsentschädigung" von 25 DM.

Das einzig richtige dagegen machte eine Versammlung von Auszubildenden bei der Stadtverwaltung Braunschweig: Sie lehnten Überstunden und Mehrarbeit für die Bundestagswahl ab. Zwei Jugendvertreter wurden mit Disziplinarstrafe und Entlassung bedroht, weil sie sich geweigert hatten, an Wahlsondereinsätzen teilzunehmen.

Eine Genossin des ÖTV-Bereichs
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Jugendvertretung „zurückgetreten" worden

Jugendvertretung „zurückgetreten" worden

Hamburg. Nach einer massiven Diffamierungskampagne, die begleitet war mit Repressionsmaßnahmen der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung sind jetzt der Vorsitzende und der Stellvertreter der Jugendvertretung der Hamburg-Mannheimer zurückgetreten. Gleich nach ihrer Wahl im Herbst 1975 begann eine systematische Hetzkampagne.

Die Verlierer bei der Wahl, die DAG, forderte die Jugendlichen auf, sich der „unsachgemäßen und radikalen" Arbeit der Jugendvertreter nicht anzuschließen.

Die HBV leitete ein Ausschlußverfahren ein mit Hilfe von Unterschriften, die allerdings nicht bei den Jugendlichen gesammelt wurden. Der erste Versuch mißlang auf Grund von Protesten der Jugendlichen, die schließlich die Kollegen als Jugendvertreter gewählt hatten. Dann ging es Schlag auf Schlag. Es folgte ein erneuter Ausschlußantrag, diesmal auf der Grundlage des Extremistenerlasses, und Ausschluß durch den Hauptvorstand. Der Versuch einer fristlosen Kündigung des Vorsitzenden der Jugendvertretung scheiterte, da die Begründung offensichtlich nicht haltbar war.

Dem stellvertretenden Jugendvertreter wurde angekündigt, daß er nach der Lehrzeit nicht übernommen werde. Man hätte etwas von Mitgliedschaft bei den „Radikalen" gehört.

Der Betriebsrat verweigerte den Jugendlichen Räumlichkeiten für eine Jugendversammlung und die Herausgabe eines Infos.

Doch alles reichte nicht aus, die Jugendvertretung zu zerschlagen. Dennoch zerschliß sich die Abwehrfront der Jugendlichen angesichts der massiven Angriffe im Laufe der Zeit.

Da sahen Betriebsrat und Geschäftsleitung die Zeit gekommen, eine „demokratische Masseninitiative" der Jugendlichen zu entwickeln. Dies wurde von einem Auszubildenden eingeleitet, der zuvor noch mit den beiden zusammengearbeit hatte, dann aber von der DAG geködert wurde. Neben den antikommunistischen Diffamierungskampagnen, deren Stoff die Gewerkschaftsausschlüsse der beiden Jugendvertreter lieferten, wurde eine neue Jugendvertretung gefordert.

In dieser Kampagne taten sich auch die SDAJ-ler hervor, die bei den Jugendvertreterwahlen durchgefallen waren, da sie zuvor dem Beurteilungswesen der Kapitalisten zugestimmt hatten. Sie gaben in einer Erklärung nur Tips, wie man die beiden am besten abschießt, verwahrten sich allerdings dagegen, schon im Wissen um den Wahlkampf, daß sie mit den aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen in Verbindung gebracht werden. Dem Trommelfeuer hielten die beiden erst ein Jahr im Amt gewesenen Jugendlichen nicht stand und sie traten zurück.

Es bieten sich jetzt Vögel für die Jugendvertretung an, die entweder von heute auf morgen ihre Meinung ändern und sich ködern lassen, wie die DAG-ler oder die SDAJ-ler, die während ihrer Amtszeit so gut wie nichts zur Information der Jugendlichen getan hatten.

HBV-Komitee und
Zelle Hamburg-Mannheimer
KB / Gruppe Hamburg

Entlassungen bei der Hamburg-Mannheimer?

Hamburg. Der Plan der Hamburg-Mannheimer Kapitalisten, in eine neue Rationalisierungsphase zu treten, ist auf Empörung und Unsicherheit bei den Kollegen gestoßen. Der Plan sieht eine Erhöhung der Auslastung der einzelnen Arbeitsplätze vor.

Der Kapitalist geht davon aus, daß die Arbeitsplätze nur zu 50 % ausgelastet sind und will die Auslastung jetzt auf 85 % erhöhen. Hierbei wird selbstverständlich nur von rechnerischen Einheiten des Rationalisierungsunternehmens ausgegangen und nicht von der Belastung, die jedem Kollegen schon heute reicht.

Vorläufiges Ziel ist es, 120 Arbeitsplätze einzusparen.

Auf der Betriebsversammlung am 24.9.76 gab es hierzu einige kritische Anmerkungen von Kollegen, was von einem Großteil der Versammlung begrüßt wurde.

Der Betriebsrat nahm in einem Info vom 6.10.76 zu den geplanten Rationalisierungen Stellung und gab bekannt, daß „*Entwürfe von zwei Betriebsvereinbarungen über die Regelung sozialer, personeller und organisatorischer Auswirkungen bei der Einführung/Ausweitung des Vefac-Verfahrens behandelt und anschließend dem Vorstand als Vorschlag vorgelegt*" würden. Die Entwürfe selber legte der BR allerdings nicht den Kollegen vor.

Wenn alle Mitarbeiter tatsächlich künftig weiter beschäftigt werden sollen, dann ergibt sich die Frage, was für Vorschläge von Betriebsvereinbarungen der Betriebsrat dem Kapitalisten überhaupt vorlegen will. Das angesprochene Vefac-Verfahren hat den Hauptzweck, den Kollegen über die Hälfte mehr Arbeit aufzuhalsen und entsprechend viel Kollegen auf die Straße zu setzen.

Da sollte man mal den Betriebsrat genauer drüber befragen.

Zelle Hamburg-Mannheimer
KB / Gruppe Hamburg

Ortsverwaltungsvorstandsmitglied ausgeschlossen

Hamburg. Während des letzten Gewerkschaftstages der HBV in Saarbrücken wurde der Ausschluß des Kollegen A.S., Vorsitzender der Fachgruppe Groß- und Außenhandel

brücken wurde der Ausschluß des Kollegen A.S., Vorsitzender der Fachgruppe Groß- und Außenhandel

und Mitglied des Ortsverwaltungsvorstandes, mit Wirkung vom 25.9.76 beschlossen.

Begründung:

„*Sie haben antigewerkschaftliche Bestrebungen von Vereinigungen oder anderen Gruppierungen durch aktive Mitarbeit unterstützt. So wurde von ihnen ein Flugblatt des KKG* (Kreis konsequenter Gewerkschafter, die Red.) *verteilt und durch weitere Handlungen deutlich gemacht, daß Sie offensichtlich antigewerkschaftliche Bestrebungen von verschiedenen Gruppierungen unterstützt haben und auch weiterhin aktiv unterstützen werden*" (Schreiben des Hauptvorstandes vom 1.10.76).

Als antigewerkschaftliche Bestrebung kann hier nur das Interesse am Aufbau einer Frauenarbeit in der Gewerkschaft HBV angesehen werden. Der Kollege A.S. hat sich mit anderen Kollegen aus allen Fachgruppen für eine Frauenveranstaltung der HBV eingesetzt. Doch die Führung in Hamburg hatte kein Interesse an einer Frauenarbeit. Sie lehnte die Veranstaltung ab und leugnete insgesamt die besondere Unterdrückung der Frauen.

Daraufhin wurde die Veranstaltung unter eigener Regie im wesentlichen von Kolleginnen durchgeführt. Über 70 Kollegen und Kolleginnen, die die Veranstaltung besuchten, bestätigten die Arbeit. Auf eine zweite Veranstaltung der Kolleginnen im September waren sogar über 100 Menschen gekommen. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „für eine Frauenarbeit in der Gewerkschaft HBV". Es ist bezeichnend für die frauen- und demokratiefeindliche Haltung der Gewerkschaftsführung, diese zu begrüßenden Initiativen als Grund für den Ausschluß eines Mitgliedes des Ortsverwaltungsvorstandes zu nehmen.

Frauenarbeit in der HBV – Theorie und Praxis

„*HBV fördert die gewerkschaftlich organisierten Frauen und Mädchen nach Kräften und setzt sich energisch für ihre Interessen ein. Ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm kommt den weiblichen Interessen entgegen und fördert den Prozeß der Integration in die Gewerkschaft HBV.*"

So geschrieben in dem Heftchen „Argumente für Gespräche mit Nichtorganisierten". Zudem besteht die satzungsgemäße Verpflichtung, auf Ortsebene Frauenausschüsse zu bilden. Dieses wurde gerade auf dem letzten Gewerkschaftstag, der gerade zu Ende ging, bestätigt. Ein Antrag der Satzungsreformkommission, aus dieser „Pflichtbestimmung" eine „Kann"-Bestimmung zu machen, wurde abgelehnt.

In der HBV-Zeitung „Ausblick" wurde eine breite Diskussion über gewerkschaftliche Frauenarbeit gefordert. Welche böse Falle für aufrechte Demokraten. Zudem wurde bisher kein Leserbrief der Hamburger HBV-Frauengruppe abgedruckt. Meinungsfreiheit nur für die Füh-

bisher kein Leserbrief der Hamburger HBV-Frauengruppe abgedruckt. Meinungsfreiheit nur für die Füh-

rung! Oder wie soll man das sonst verstehen?

Zudem vermissen wir das Veranstaltungsprogramm für Frauen, das so großartig im Heftchen zur Köderung von Mitgliedern angekündigt wird.

Demnach ist die Praxis der Hamburger Ortsverwaltung satzungswidrig. Denn hier in Hamburg ist von einem Frauenausschuß nichts zu sehen. Und wenn sich Kolleginnen wegen ihrer Interessen an den Frauenausschuß wenden, bekommen sie als Antwort, der sei in Düsseldorf. So geschehen bei der Anfrage von Kolleginnen der Volksfürsorge. Aber statt Kolleginnen, die eine solche Arbeit fördern, zu unterstützen, wird der einzige Kollege aus der Ortsverwaltung, der sich den Pflichten der Satzung entsprechend für eine Frauenarbeit einsetzt, auch noch ausgeschlossen.

Für eine Frauenarbeit in der Gewerkschaft HBV!
Weg mit der satzungswidrigen Praxis der Hamburger Ortsverwaltung!

Der Weg in die Richtungsgewerkschaft ist geebnet

Als am 20.5.76 das Ausschlußverfahren gegen den Kollegen A. S. eingeleitet wurde, stieß dieser Antrag auf den Protest vieler Gewerkschaftsmitglieder und Frauengruppen in der ganzen BRD.

– Die Mitgliederversammlung Groß- und Außenhandel, deren Vorsitzender der Kollege ist, sprach sich mehrheitlich gegen den Ausschluß aus.

– Über 150 Unterschriften aus Hamburger Betrieben, darunter allein 70 aus dem Betrieb des Kollegen, in dem er langjähriger Betriebsrat ist, wendeten sich in einer Resolution gegen diesen frauenfeindlichen Antrag.

– Die zahlreich eingegangenen Proteste von Frauengruppen aus der BRD werden lt. Landesleiter Krause nicht beantwortet. Begründung: Frauen, die sowas machen, können nur Studentinnen sein. Anderen Frauen traut er keine eigene Meinung zu.

Die eingesetzte Schlichtungs-
Frauen traut er keine eigene Meinung zu.

Die eingesetzte Schlichtungskommission entschied daraufhin, das „Vergehen", sich für eine gewerkschaftliche Frauenarbeit eingesetzt zu haben, mit einem Jahr Funktionsverbot zu bestrafen.

Dies war jedoch Landesleiter Krause nicht genug. Er setzte sich beim Hauptvorstand für den Ausschluß ein, obwohl der Ortsverwaltungsvorstand es in seiner Empfehlung ebenfalls beim Funktionsverbot beließ.

Und sein Einsatz hat sich ausgezahlt. Hier zeigt sich allerdings deutlich, welchen Stellenwert diese Schlichtungskommissionen überhaupt noch haben. Sie sind nichts anderes als eine Farce. Letztlich ist allein der Hauptvorstand entscheidungsberechtigt.

So wurde auch ein Initiativantrag von 20 Delegierten gegen den Ausschlußantrag auf der Delegiertenversammlung am 6.10.76 ohne Diskussion vom Tisch gefegt. Wozu noch diskutieren, der Ausschluß ist ja schon vollzogen.

Noch deutlicher sagte der Vorsitzende der HBV Vietheer, daß „*wer die Unvereinbarkeitsbeschlüsse bekämpft, setzt sich dem Verdacht aus, Freiheit und Demokratie nicht verteidigen zu wollen.*"

Damit ist der Rahmen gesetzt, demnächst all diejenigen aus der Gewerkschaft zu schmeißen, die den demokratischen Charakter dieser Unvereinbarkeitsbeschlüsse anzweifeln. Meinungsfreiheit ist nur noch in dem von der Gewerkschaftsführung festgelegten Rahmen möglich.

Der diesjährige HBV-Gewerkschaftstag hat den Berufsverboten den „Kampf" angesagt. Die Glaubwürdigkeit ist dahin, wenn den undemokratischen Praktiken in der Gewerkschaft nicht der Kampf angesagt wird.

Kampf den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!
Machen wir die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!

HBV-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Über 4.000 Kollegen weniger seit 1972 bei co op

Hat sich bisher der Vorstand der co op allen Fragen nach dem tatsächlichen Personalabbau in den vergangenen Jahren ständig entzogen und in Presseberichten eine im großen und ganzen gleichbleibende Zahl von Mitarbeitern genannt, so ist jetzt aus den Unterlagen der konzerneigenen Pensionskasse ein kleiner Hinweis auf den stattgefundenen Personalabbau zu entnehmen.

Waren 1972 noch 37.517 Kollegen bei der Pensionskasse versichert, so waren es Ende 1975 nur noch 33.466. Also ein Abbau von über 4.000 Kollegen! Aber diese Zahl ist nur die Spitze des Eisberges: Eine Reihe von Kollegen, die ausgeschieden sind, haben ihre Versicherung ruhen lassen und werden weiter mitgezählt; und nicht alle Kollegen sind überhaupt versichert, also werden bei Personalveränderungen gar nicht erfaßt.

Die Firma hat dann auch, wie vermeldet wird, dies Jahr wieder mit Gewinn gearbeitet!

co op - Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Lebensmittekapitalisten gegen „Recht auf Arbeit"

In der letzten Nummer des Kapitalistenblattes „Lebensmittel-Zeitung" vom 1.10. wird das heiße Thema „Recht auf Arbeit" angepackt. Ausgehend von HBV-Chef Vietheer's Forderung nach einem Gesetz zu dem „Recht auf Arbeit" fühlen sich die Kapitalisten *„vom Repräsentanten der Arbeitnehmer dieser Branche"* nun *„auch in besonderer Weise angesprochen"*. Da wird dann auch völlig ehrlich zugegeben: *„unternehmerische Leistung, auch marktwirtschaftlicher Erfolg wurden und werden gemessen an der Einsparung von Personalkosten bzw. der Freisetzung von Arbeitskräften. Die Selbstbedienung, der Supermarkt, der Gabelstapler, die Palette, der Computer und demnächst das vollautomatische Kassieren nach vorgegebener Artikelnumerierung erübrigen Arbeitskräfte"*.

Das heißt, die Lebensmittelkapitalisten werden noch mehr Kollegen vor die Tür setzen.

Das „bedrückt" sie heute – angesichts der allgemein hohen Arbeitslosigkeit – sehr. Da werden *„unzweifelhaft auch ethische Kathegorien"* berührt.

Doch trotz aller „ethischer Bedrängnis" kommen die Kapitalisten zu dem Schluß, ein „einklagbares Recht auf Arbeit" würde *„Immobilität vorprogrammieren und leistungsnivellierend wirken"*. Mobilität und höheres Leistungsniveau, das ist das einzige, was der Kapitalismus den Kollegen zu „bieten" hat. Und das drückt sich in der *„Mahnung zu Beweglichkeit an die Bürger selbst, nicht an die Gesetzgeber"* und *„im Mut zum Standort- bzw. Wohnungswechsel und in der Bereitschaft zu beruflicher Umstellung"* aus. Die Kollegen sollen sich am besten einen Wohnwagen anschaffen, durch die Lande reisen und jede Arbeit annehmen.

Wer noch weitere entsprechende Tips von diesem Chefschreiber der „Lebensmittelzeitung" braucht, sollte sich direkt an diesen Theo Werdin wenden: Telefon 0611/74331, Apparat 401.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschaftstag bestätigt Ausschlüsse

Saarbrücken. Der diesjährige HBV-Gewerkschaftstag, als oberste „Berufungsinstanz" in Sachen Ausschlüsse, hat die vom Hauptvorstand beschlossenen Gewerkschaftsausschlüsse der Hamburger Kollegen bestätigt. Es stimmten 186 Delegierte für die Ausschlüsse, 19 dagegen und 38 haben sich enthalten.

Da es der Gewerkschaftsführung anscheinend zu viel Aufwand ist, dem Gewerkschaftstag die letzte Entscheidung bei Ausschlüssen zu überlassen, war ein Antrag gestellt worden, daß es in Ausschlußsachen kein Einspruchsrecht mehr gegen die Entscheidung des Hauptvorstandes geben soll. Allerdings ist dieser Antrag nicht durchgekommen. Neu ist auch, daß eine vorher bestimmte Kommission aus fünf Delegierten nur noch die Unterlagen über die Ausschlüsse prüfen konnte und dann dem Gewerkschaftstag eine Empfehlung (alle fünf stimmten für die Ausschlüsse) gab. So war es den einzelnen Delegierten gar nicht möglich, selber die Unterlagen einzusehen und durch die Verlagerung in einen Ausschuß soll wohl noch weiter abgesichert werden, daß die Delegierten im Sinne des Vorstandes abstimmen.

Außerdem stellt diese Verfahrensweise einen Verstoß gegen die Satzung und die Ausschlußrichtlinien dar, da dort ausdrücklich festgehalten ist, daß der Gewerkschaftstag (also das ganze Gremium) über Ausschlüsse bei Einspruch zu entscheiden hat.

HBV-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

SDAJ verbittet sich Solidarität

Hamburg. Bekanntermaßen haben wir uns gegen die versuchte Kündigung eines der SDAJ nahestehenden Vertrauensmannes bei der Hamburg-Mannheimer-Versicherung gewandt.

Sowohl im ARBEITERKAMPF als auch in der Branchenzeitung ZUR SACHE wurde aufgerufen zur Organisierung von breiteren Solidaritätsaktionen innerhalb der HBV mit dem Kollegen.

Von den Gewerkschaftsführern wurde das ausdrücklich verboten und lediglich ein Rechtsstreit geführt. Wir schrieben dazu: *„Hintzmann verhungert am ausgestreckten Arm, weil die Gewerkschaftsführung jede Aktivität abwürgt"*.

Und nun kommt der Hammer, nun kommen die SDAJ'ler in ihrer „Sonderakte" (ihrer City-Nord-Zeitung) und „beweisen" (allen Ernstes behaupten sie das), daß die Solidarität mit dem ihnen nahestehenden Kollegen bzw. der KB überhaupt „vom klugen Management" „engagiert" worden sei!!

Nach dem Motto, irgendetwas von unseren Lügen wird schon hängenbleiben, wird sich um einen direkten Beweis gar nicht erst bemüht (und da könnten die SDAJ'ler auch nur von Verfolgungen der (engagierten) Genossen durch die Kapitalisten berichten). So muß eine abenteuerliche „Beweisführung" herhalten für die Lügen der SDAJ.

Als erstes wird unser Zitat plump gefälscht: Wir hätten behauptet, daß „d i e G e w e r k s c h a f t" jede Aktivität abwürgen würde, schreiben die SDAJ'ler. Wir haben hingegen die Gewerkschaftsführung im Hinblick darauf kritisiert. *„Bei einer demokratischen Organisation ist immer nur soviel Aktivität, wie die Mitglieder sie entwickeln"*, schreibt das Lügenblatt der SDAJ. Der KB wird als überhaupt nicht aktiv in der Gewerkschaft diffamiert und gleichzeitig angemacht, daß er eine breitere Solidarität im Fall Hintzmann organisieren wollte. Letzteres forderte ebenfalls der Fachgruppenvorstand der Gewerkschaft und – sehr zum Schrecken der DKP – die Mehrheit der Solidaritätsversammlung für den Kollegen bei der Hamburg-Mannheimer, alle HBV-Mitglieder. Gegen eine breitere Solidarität sprachen sich lediglich die Hamburger Gewerkschaftsführung und dann natürlich auch die SDAJ/DKP aus. Soll man der Logik der SDAJ folgen, dann sind das offensichtlich d i e Mitglieder der Gewerkschaft, ohne deren Aktivität eben halt nichts passiert.

Eine Solidarisierung mit Hintzmann als Solidarisierung mit dem „Vorstand und Aufsichtsrat" der Hamburg-Mannheimer (so das SDAJ-Lügenblatt) darzustellen, dafür wird sich der Kollege Hintzmann und alle weiteren Kollegen der DKP, die entsprechend in Not geraten, bedanken können.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

HBV – Erst Ausschluß, dann Denunziantentum und Spaltung

Hamburg. Zu dem Ausschluß des Vorsitzenden der Fachgruppe Großhandel scheint sich eine Hetzkampagne der HBV, geleitet von Arnold Krause, anzubahnen.

Telefonisch nahm Krause gegenüber dem Betriebsratsvorsitzenden des vom Ausschluß Betroffenen folgendermaßen Stellung: Er habe den Kollegen beim Verkauf des ARBEITERKAMPF gesehen, der Kollege sei Mitglied des KB, Protokolle vom Ausschluß würde man ihm nicht geben, da diese sonst verdreht in der KB-Branchenzeitung ZUR SACHE erscheinen würden. Die Frauenveranstaltung sei eine Veranstaltung des KB gewesen.

Hier wird mit Lügen und Denunziantentum versucht, Spaltung im Betriebsrat zu betreiben. Nachdem Krause vorgeheizt hatte, meldete sich der zuständige Sekretär und erklärte, daß von den vier Betriebsratsmitgliedern, die sich zu einem (auch für Nicht-Gewerkschaftsmitglieder offenem) Betriebsräteseminar der HBV angemeldet hatten, nur zwei teilnehmen können.

Der mitangemeldete und zwischenzeitlich ausgeschlossene Kollege könne auf keinen Fall teilnehmen. Hier sei die HBV ganz frei in der Entscheidung, unabhängig von den Beschlüssen des Betriebsrates und der Zahlung der Seminargebühr durch die Firma.

Der Kollege sei für die HBV nicht mehr existent, dies gelte auch für telefonische Anfragen des Betriebsrates durch diesen Kollegen. Auch ein weiteres Betriebsrats-Mitglied, das sich kritisch zu dem Ausschluß geäußert hat, wolle man nicht auf dem Seminar sehen. Man könne ihn z.Z. noch nicht ausschließen, weil noch die Beweise fehlen, weil diese Extremisten sich nicht öffentlich bekennen würden.

Es kam dann noch ein Wink mit dem Zaunpfahl: In anderen Betrieben sei es gar nicht üblich, daß die Geschäftsleitung vier Betriebsrats-Mitglieder auf einmal zu einem Seminar fahren lasse. Der Betriebsrat hat sich diesem Spaltungsversuch in der Form widersetzt, in dem er weiterhin vier Seminarplätze fordert.

Es soll nun noch ein Gespräch zwischen Betriebsrat und HBV-Leiter Krause stattfinden, in dem die HBV-Führung dem Betriebsrat den Ausschluß erläutern will.

Edeka-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Frister wieder abgebürstet

Auf den Bauch fiel der GEW-Bundesvorstand bei dem Versuch, gegen die von zwei Westberliner Kollegen erwirkte Einstweilige Verfügung gegen Ausschluß und Spaltung der GEW Westberlin Revision einzulegen. Weil eine schriftliche Urteilsbegründung noch nicht vorliegt, und weil's so schön ist, zitieren wir hier den „Tagesspiegel", dem diese Entscheidung immerhin ein kleines Notizchen (9.10) wert war:

„Weiterer Aufbau-Stop für neue GEW

Die Bundes-GEW darf weiterhin nicht eine neue GEW im DGB Berlin aufbauen. Das Landgericht wies gestern den Widerspruch des GEW-Bundesvorsitzenden Frister gegen eine entsprechende Einstweilige Verfügung zurück. Danach darf die Bundes-GEW die Berliner Mitglieder nicht auffordern, aus der GEW auszutreten und in die neue GEW im DGB einzutreten. Sie darf weder Aufnahmeanträge bearbeiten noch die Versicherungsträger auffordern, ihre Verträge mit der Berliner GEW zu kündigen, und nicht verbreiten, daß die Berliner GEW vom 1. Oktober an kein Landesverband der GEW mehr sei. Die Bundes-GEW muß die eingezogenen Beiträge an die Berliner GEW überweisen. Der Bundesvorsitzende Frister lehnte es ab, auf den Widerspruch zu verzichten, obwohl ihm der vorsitzende Richter deutlich machte, daß Frister auch vor dem Kammergericht und dem Bundesgerichtshof kaum Erfolg haben werde."

Dennoch kann es die Westberliner Vorsitzende Kujawa nicht lassen, mit allerlei Tricks die Kollegen zu verwirren und zu demonstrieren, daß der Aufbau des Spalterverbands nach wie vor vonstatten geht. So flatterten den Mitgliedern vom 11.10. datierte Briefe ins Haus, auf denen der Text einer Übertrittserklärung in die „neue" GEW abgedruckt ist – vorsichtigerweise als „Entwurf-Muster" gekennzeichnet. Darin wird von den Kollegen scheinbar „nur noch" die Anerkennung der Bundessatzung und der DGB-Unvereinbarkeitsbeschlüsse für eine Aufnahme in den Spalterverband verlangt. Davon sollte man sich nicht täuschen lassen. Der entsprechende, keineswegs revidierte Bundesvorstandsbeschluß bedroht nach wie vor sowohl diejenigen Kollegen, die gegen die Übernahme der Bundessatzung gestimmt haben, wie auch – wenn auch in modifizierter Form – ehemalige Mitglieder des früheren (SEW-) SLB. Nicht umsonst ist die Aufnahmekommission von erklärten Rechtsaußen der Bundes-GEW besetzt. „Leider" kann sie ja nun immer noch nicht mit der „Arbeit" anfangen...

Wie Frister die GEW-Mitglieder „informiert"

„Sektiererisches Chaotentum, weltfremde Realitätsferne und elitäre Arroganz einiger weniger Akademiker" – das ist das einzige, was die 130.000 GEW-Mitglieder aus ihrem Zentralorgan „Erziehung und Wissenschaft" über den politischen Standort jener 109 Westberliner Delegierten entnehmen können, die auf der LVV am 25.8. die Übernahme der Bundessatzung verhinderten.

Aus dem Munde ihres Vorsitzenden Frister, der der Entscheidung eine „historische Dimension" nicht abspricht, erfahren die GEW-Mitglieder lediglich, daß die Bundessatzung nicht übernommen wurde. Buchstäblich k e i n Wort zum Ausschluß des Westberliner Landesverbandes, k e i n Wort zu Fristers Schritten, in Westberlin einen Spalterverband aufzubauen und k e i n Wort zu dem Gerichtsurteil, das Fristers Vorgehen vorerst gestoppt hat!

Insgesamt ein eindrucksvoller Beweis, wie sich die Gewerkschaftsführer die Zusammenfassung der „früher weitgehend autonomen Landesverbände zu einer einheitlichen Gewerkschaft" vorstellen: Über so wesentliche Vorgänge, wie den Ausschluß eines ganzen Landesverbandes werden die Mitglieder noch nicht einmal informiert, die Motive der Gegner der Bundessatzung werden von Frister frecht umgelogen:

„Die opponierende Minderheit, die voll für die jetzt in Berlin entstandene Lage verantwortlich ist, hat im wesentlichen zwei Motive: Die Anerkennung der GEW-Bundessatzung wird von den Mitgliedern und Sympathisanten jener kommunistischen Sekten hintertrieben, die unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB und der GEW fallen ... Zum anderen gibt es eine Reihe unerfahrener Mitglieder, die sich in der Tradition der Gewerkschaftsbewegung nicht auskennen ...". Dadurch, daß Frister die Gegner der Unvereinbarkeitsbeschlüsse als „Mitglieder und Sympathisanten kommunistischer Sekten" beschimpft und die Gegner der Bundessatzung, die sich ja gerade in Kenntnis der Tradition der Gewerkschaftsbewegung gegen den Abbau von Mitgliederrechten wehren, als „unerfahren" diffamiert, kann er in Westberlin kaum jemanden überzeugen.

Die Nichtdarstellung der Motive der „opponierenden Minderheit" macht jedoch den mit den Westberliner Ereignissen nicht vertrauten GEW-Mitgliedern einen Einblick unmöglich und begünstigt so, daß die GEW-Führung ohne Diskussion selbstherrliche Entscheidungen, wie den Ausschluß von 13.000 Mitgliedern durchsetzen kann.

Dies wird durch lächerliche Zahlenspielereien unterstützt: Die Tatsache, daß die Westberliner LVV schon zweimal in einwandfreier Abstimmung die Bundessatzung abgelehnt hat, wird mit der Überschrift versehen: „Zwölf gegen die Mehrheit". Nun haben nicht zwölf Kollegen gegen die Bundessatzung gestimmt, sondern 109. Zwölf Stimmen dagegen fehlten an der für die Bundessatzung notwendigen Dreiviertel-Mehrheit, Auch die Behauptung, „ganze vier Mitglieder" wären vor Gericht gezogen, sagt über die Breite des Protests gegen die undemokratischen Machenschaften des Vorstands überhaupt nichts aus, sondern dient nur dazu, die Kläger als unbedeutendes Grüppchen hinzustellen.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Personalrat sprengt Personalversammlung

Bremen, 7.10.76: Die diesjährige ordentliche Personalversammlung Schulen endete mit einem Eklat: Der Personalrat brach nach einer Stunde die Veranstaltung ab, weil er angeblich an einer „ordnungsgemäßen Durchführung" gehindert worden war. Folgendes war passiert:

Der überwältigende Teil der versammelten 800 Lehrer und Schulangestellten brachte gleich zu Beginn eine Rüge gegen den Personalrat durch. Darin wird der Personalrat kritisiert, daß er eine Initiative von ca. 1.000 Kollegen zu einer außerordentlichen Personalversammlung am Beginn des Schuljahres über die verschärfte Einsparungspolitik der Schulbehörde und die politische Disziplinierungen schlichtweg unbeachtet ließ.

Es wurde gefordert, sich gleich mit den zahlreichen Anträgen zu befassen, um zu gemeinsamen Maßnahmen gegen die Schulbehörde zu kommen. Unter anderem lagen Anträge vor, an allen Schulen die Eltern über die wirklichen Verhältnisse innerhalb der Schule zu informieren, mit dem Ziel, gemeinsame Kampfmaßnahmen einzuleiten; jeden Versuch der Schulbehörde, die Lehrer trotz Lehrerarbeitslosigkeit zur Mehrarbeit zu zwingen, zurückzuweisen; gegen eine weitere Verschärfung der Prüfungsordnung für Referendare vorzugehen.

Dagegen versuchte es der Personalrat mit bewährter Taktik: Er wollte einen ellenlangen Geschäftsbericht vortragen, um danach einen Großteil der Anträge „wegen Zeitmangels" vom Tisch zu wischen. Von Kollegen wurde er auf einen Beschluß der letzten Personalversammlung hingewiesen, wonach der Geschäftsbericht vorher schriftlich vorliegen solle, damit man über ihn begründet diskutieren kann. Vorsitzender Meyer konterte frech: Die Versammlung könne ihm nicht vorschreiben, was er zu tun habe.

Diese (allerdings gesetzlich abgesicherte) Provokation nahmen die Kollegen nicht hin. Über 600 (!) der 800 Versammelten verließen aus Protest den Saal. Als sie nach ca. zehn Minuten wieder hineingingen und nochmals sofortige Behandlung der Anträge forderten, ließen Personalrat und sein rechter Anhang die Versammlung platzen. Das Licht wurde ausgedreht, die Mikrofone abgeschaltet.

Damit hat der Personalrat aufs Neue anschaulich gezeigt, daß er nicht daran denkt, wirksame Maßnahmen gegen die menschenfeindliche Politik der Schulbehörde zu diskutieren und durchzuführen. Im Gegenteil: Er verschickte am nächsten Tag einen üblen Hetzaufruf gegen die „Unterwanderung von links". Als Begründung wird u.a. genannt: Der Personalrat sei *„in einigen Anträgen zu rechtswidrigen Handlungen aufgefordert worden..., beispielsweise Kampfmaßnahmen gegen den Dienstherrn zu beschließen"*! („Delmenhorster Kreisblatt", 11.10). Deutlicher geht's nicht.

Die zurückgebliebene Mehrheit der Kollegen beschloß daraufhin nach kurzer Diskussion, per Unterschriftensammlung eine außerordentliche Personalversammlung zu fordern, deren einziger Tagesordnungspunkt ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen den Personalrat und dessen Abwahl sein soll. Für die Einberufung dieser Versammlung sind 2.500 Unterschriften notwendig, also ran an die Arbeit!

KB/Gruppe Bremen

GEW-Führung Schleswig-Holstein:

Jedes Mittel recht

Für die GEW-Führer ist die Übernahme der Bundessatzung in Schleswig-Holstein offenbar schon ausgemachte Sache:

Mit dem Antrag auf Mitgliedschaft in der GEW ist gleich ein Revers mitzuunterschreiben, *„daß ich keiner Organisation angehöre, deren Mitgliedschaft mit der in einer DGB-Gewerkschaft unvereinbar ist"*.

Zur Information: Diese Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Bundessatzung haben in Schleswig-Holstein (noch) keine Gültigkeit!

Damit dem zukünftigen GEW-Mitglied der Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie nicht auffällt, wird ihm statt der gültigen Landessatzung n u r die in Schleswig-Holstein ungültige Bundessatzung zugeschickt. Die Rechtsverletzung liegt auf der Hand!

Uni-Einheit II
KB/Gruppe Kiel

Hessen: Urabstimmung für Streik

Die von der GEW-Führung inszenierte „Umfrage" zur Ermittlung der Streikbereitschaft der hessischen Lehrer, mit der „bewiesen" werden sollte, daß die Lehrer „nicht Streikbereit" sind, war ein Reinfall für die sozialdemagogischen Abwiegler!

70% der befragten Lehrer sprachen sich für Urabstimmung und Streik gegen Arbeitszeitverlängerung, 2/3 Lehrer (Kurzarbeit), den Abbau demokratischer Rechte und für die Einstellung aller Lehrer aus.

Die Urabstimmung, bei der 75% der Lehrer für Streik stimmen müssen, wenn er durchgeführt werden soll, wird nun voraussichtlich Anfang November durchgeführt werden.

Ein Ziel allerdings haben die Sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erreicht: Ein Streik vor den Bundestagswahlen wurde verhindert, womit sie ihren Dienst an der SPD getan haben.

Wie schon bei den Druckern – Hetze auch bei den Lehrern!

„Wohlbestallte Beamte mit Pensionsansprüchen und sonstigen sozialen Sicherungen, von denen andere Arbeitnehmer, auch die mit vergleichbarer Ausbildung, nur träumen können, treffen also Streikvorbereitungen."

So das „liberale" Blatt, „Frankfurter Rundschau", vom 15.9. Sehr zynisch, wenn man weiß, daß z.B. die Arbeitszeit der Lehrer durchschnittlich bei 48 Stunden pro Woche liegt. („FR", 6.10., Lokalteil).

Geradezu eine Frechheit, wenn man weiß, daß durch eine Reihe von Erlassen die soziale Lage der hessischen Lehrer beschnitten werden soll.

So führen die berüchtigten Krollmannschen 2/3 Lehrer tatsächlich dazu, daß die betroffenen Lehrer zusätzlich Lehraufträge übernehmen und so auf die gleiche Stundenzahl kommen wie normal verbeamtete Lehrer, aber eine wesentlich geringere Entlohnung dafür erhalten.

Die Mobilisierung beginnt...

Uns liegen bisher Resolutionen der Lehrer der Helmholzschule, der Ernst-Reutherschule I und II sowie der Entwurf einer Erklärung der Lehrer der Betinaschule vor.

Übereinstimmend kommt darin der Protest und die Ablehnung der geplanten oder schon durchgeführten Maßnahmen zum Ausdruck.

der Protest und die Ablehnung der geplanten oder schon durchgeführten Maßnahmen zum Ausdruck.

Vor den Herbstferien haben die Lehrer begonnen, Pausenversammlungen zu organisieren, um die Schüler zu informieren und breiter auf die Angriffe und den notwendigen Protest aufmerksam zu machen.

So heißt es im Redebeitrag der Pausenversammlung der ERS I:

„Die Lehrer dieser Schule werden nicht darauf verzichten, die Schüler und Eltern über ihre Streikziele zu informieren. Sie schlagen vor, daß auf einer gemeinsamen Schulveranstaltung sowohl Eltern als auch Schüler und Lehrer über ihre Probleme berichten und überprüfen, wo sich die verschiedenen Interessen decken, damit ein einheitliches Vorgehen gegen die Bildungsmisere möglich wird." (Rede gehalten am 22.9.)

...und die GEW-Führung versucht erneut zu bremsen!

Nachdem der Versuch, mit einer „Umfrage" die weitergehenden Forderungen der GEW Mitglieder nach Urabstimmung und Streik, abzublokken, wird jetzt *„erwogen, Urabstimmung und Streik der Lehrer in Hessen nur schwerpunktmäßig zu machen."* („FR", 1.10., Lokalteil).

Die Vertreterversammlung von Frankfurt sieht darin eine *„Gefährdung der Einheit der Gewerkschaft: ,Urabstimmung und Streik sind Aufgaben der ganzen Gewerkschaft, deshalb müssen sie im ganzen Landesverband durchgeführt werden.'* Eine Regionalisierung sei *, direkt eine Einladung an die Gegenseite zu spalten'."* („FR", ebd.)

Die Vertreterversammlung schlägt darüberhinaus vor, am 29.10. Schulversammlungen der Schüler, Eltern und Lehrer abzuhalten, um vor der Urabstimmung *„Klarheit und Einheit unter den Lehrern herzustellen".* („FR", ebd.)

Darüberhinaus wird eine außerordentliche Landesvertreterversammlung gefordert, wo dann auch die endgültigen Forderungen festgelegt werden sollen. Es dürfte klar sein, daß der Bundesvorstand, den geplanten Streik weiter sabotieren wird, um eine Radikalisierung zu verhindern. Um diesem Vorhaben entgegentreten zu können muß vor allen Dingen die Isolierung der Lehrer bekämpft werden, wozu die Schulversammlungen ein Mittel sind.

Isolierung der Lehrer bekämpft werden, wozu die Schulversammlungen ein Mittel sind.

Nicht zurückstellen – auch die Repression marschiert!

Bisher im Hintergrund der Diskussion dämmerten die Versuche der SPD/FDP Regierung, die Lehrer mit einer ganzen Reihe von Erlassen verstärkt unter die Fuchtel zu nehmen!

So hat Innenminister Bielefeld gerade zur „rechten Zeit" einen Erlaß herausgegeben, nach dem alle „Nebentätigkeiten" (dazu gehören u.a. sowohl Partei- als auch Gewerkschaftsämter) angezeigt werden müssen. Erst als es zu massiven Protesten kam, hielt er es für angebracht seine Bespitzelungs- und Denunziationsvorstellungen zu „präzisieren". Nachdem „in Frankfurt die Beamten über eine ,Beschnüffelung' und ,totale Erfassung unseres Privatlebens' durch den hessischen Innenminister", schimpften, wie sich die „Rundschau" demagogisch auszudrücken pflegt.

So dokumentiert die Rede auf der Pausenversammlung der ERS I, w a s von Bielefelds Beschwichtigungsversuch zu halten ist:

„So wurde mit der Novellierung des hessischen Beamtengesetz, § 80 eine Meldepflicht auch für gewerkschaftliche Tätigkeiten eingeführt. So ist geplant, den Aushang von Berufsverbänden, die der Information der Lehrer dienen, einer Zensur zu unterwerfen, in dem sie genehmigungspflichtig werden sollen..."

Der Bagatelisierungsversuch wird auch daran deutlich, daß die Berufsverbotepraxis in Hessen in der BRD ganz vorn steht. Welchen Sinn soll es haben, diese zunehmend um sich greifende politische Disziplinierung in der Kampagne nicht zur Sprache zu bringen?

„Abschrecken" können Forderungen nach Einstellung des Abbaus demokratischer Rechte und gegen die Berufsverbote die Reaktionäre, aber deren „Hilfe" ist sowieso ungenießbar, und wer sich sonst noch „abschrecken" läßt, muß sich fragen (lassen), wie ernst es ihm/ihr mit der Veränderung der Bildungspolitik ist, wenn zwar „kleine Klassen" gefordert werden, aber der Inhalt dessen, was die Schüler lernen müssen, außen vor bleiben soll. Immerhin sind „Sparpolitiker" und „Berufsverboter" die gleichen Personen.

Schüler im KB/Gruppe Frankfurt

Schüler im KB/Gruppe Frankfurt

Opposition gegen Bundessatzung von Landes-AjLE sabotiert

Schleswig-Holstein

Am 15.9. hatte sich die Landestagung des AjLE gegen die Übernahme der Bundessatzung ausgesprochen und hierzu die Durchführung einer zentralen Informationsveranstaltung für den 23.10. beschlossen. Da nach Meinung der schleswig-holsteinischen GEW-Führung der AjLE bereits „seine Kompetenzen überschritten" hatte, als dieser den Westberliner Kollegen eine Solidaritätsadresse schickte, war nun das Maß voll. – Die derzeitigen AjLE-Landesvorsitzende Marlies Gosch hatte ein Gespräch mit dem Landesvorstand ... *„Inzwischen ist der AjLE-Land zu der Auffassung gelangt, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt falsch ist, solch eine Veranstaltung durchzuführen"*, schreibt M.G. in einem Brief an die Kreis-AjLEs am 11.10. Die „Begründungen" sind mehr bekannt als einleuchtend: *„In zahlreichen AjLEs (ist) die Diskussion über die Frage der Übernahme der Bundessatzung bereits geführt, ... Beschlüsse liegen vor, ... die Wahl der Delegierten ... für die VV (ist) abgeschlossen ..."* Natürlich ist die Masse der Kollegen noch nicht ausreichend informiert, weshalb auch weiter diskutiert werden sollte, aber – *„dazu ist allerdings eine zentrale Veranstaltung des AjLE nicht das geeignete Mittel, denn 1. werden zu dieser Veranstaltung sicherlich nicht alle die Kollegen kommen, denen die Konsequenzen der Bundessatzung für die gewerkschaftliche Arbeit unklar sind, und die wir ja gerade erreichen wollen* (wirklich?). *Allein vom Thema her werden sich wahrscheinlich die Kollegen angesprochen fühlen, die sich damit schon eingehend beschäftigt haben; 2. können auf einer derartigen Veranstaltung keine Beschlüsse gefaßt werden* (um Gottes Willen). *Es würden also keine greifbaren Ergebnisse vorliegen, an die sich z.B. Delegierte gebunden fühlen müßten".*

Als „Alternative" (?) wird außer dem *„Verteilen entsprechender Stellungnahmen"* die *„Einberufung von a.o. Mitgliederversammlungen u.ä.* (!)" und die *„Nutzung der Gewerkschaftspresse"* angeboten. Diese Vorschläge könnten auch von Frister sein ... Und als Trostpflaster, wenn Ihr schön brav seid: *„Der AjLE-Land wird sich dafür einsetzen, einen entsprechenden Artikel in die November-Ausgabe* (erscheint meist erst Ende des Monats, Anm. AK) *der SH-Schule zu bekommen".*

Da der Beschluß f ü r Durchführung der Veranstaltung „dummerweise" ins Protokoll aufgenommen war, kommt nun noch ein demokratischer Klimmzug: *„Unser Beschluß, diese zentrale Veranstaltung nicht durchzuführen, widerspricht dem Beschluß der Landestagung. Dies ist von Mitgliedern des Planungsausschusses richtig kritisiert worden. Um hier nicht nachträglich Entscheidungen zu treffen, die nicht Euren Interessen entsprechen, möchte ich Euch bitten, mich ... spätestens bis Montag, den 18. Oktober, zu benachrichtigen, ob Ihr 1. diese Veranstaltung weiterhin für notwendig haltet oder 2. unsere Einschätzung teilt".*

Wie unehrlich hier nach einem demokratischen Mäntelchen gesucht wird, geht allein aus der Tatsache hervor, daß der Brief am 11.10., d.h. mitten in den Herbstferien geschrieben wurde, und die Antwort bereits am ersten Schultag vorliegen soll.

Darüber hinaus wird mit dieser schriftlichen Umfrage bereits das Prinzip „Briefwahl" auf Sachentscheidungen ausgeweitet. – Wenn dem Vorstand die Beschlüsse, die die Mitglieder nach langer Diskussion auf einer Versammlung gefaßt haben, nicht passen, macht er was er will und läßt sich das auch von d e n Mitgliedern absegnen, die vorher am Zustandekommen der Entscheidung gar nicht beteiligt waren.

Übrigens: Der Planungsausschuß sollte die Veranstaltung bereits am 2. Oktober vorbereiten.

KB/Gruppe Lübeck

Vorstand fällt arbeitslosen

„Alternative" testet Lemke-Gremium

Hamburg: Die Fachgruppe Hochschule der GEW-Hamburg hatte dem Kollegen Köhler – ungeachtet seines drei Tage n a c h Übernahme des sogenannten „Hamburger Kompromisses" erfolgten Ausschlusses aus der GEW – stets Gast- und Rederecht gewährt. Nach Beschluß des Hauptvorstandes der GEW vom 29. März 76 handelt es sich jedoch bereits um „gewerkschaftsschädigendes Verhalten", wenn GEW-Mitglieder *„die Teilnahme der Ausgeschlossenen herbeiführen oder bewußt zulassen"* und ist selbst schon Ausschlußgrund. Auf diesen knackigen Beschluß beruft sich der GEW-Spitzel und „Alternative"-Gründer Petersen, um die Linientreue der Lemke-Gremien zu testen. In einem Brief an Lemke forderte er den Hamburger Landesvorstand auf, bei der Landesschiedskommission einen Ausschlußantrag gegen den Vorsitzenden der Fachgruppe Hochschule, Warnschaffe, zu stellen, weil dieser Köhler Rederecht gewährt habe.

Gleichzeitig will die „Alternative" auch die sogenannte „Fünferkommission" testen, die in Hamburg bei Ausschlüssen wegen UVBs zuständig ist. So forderte der Mitbegründer der „Alternative" Wolkenhaar den Vorstand auf, bei der Fünferkommission einen Ausschlußantrag gegen K.L. und K.-H. K. zu stellen, wegen ihrer Kandidatur zum Studentenparlament auf linken Listen. Bisher hat Lemke darauf mit einem Brief reagiert, in dem er Wolkenhaar zu mehr Informationen über die beiden aufgefordert hat. Es bleibt abzuwarten, wie sich die drei Gremien, Vorstand, Landesschiedskommission und Fünferkommission, die alle von Anhängern des „Kompromisses" bestimmt werden, den Test der „Alternative" bestehen werden. Die Absicht der „Alternative" ist klar: Entweder Lemke stimmt diesen Anträgen nicht zu, dann gerät er in Konflikt mit Frister, oder er stimmt ihnen zu, was den „Hamburger Kompromiß" untergräbt.

Besonders „elegant" zieht sich die DKP aus der Affäre. Als am 20.9. der zusammen mit Köhler ausgeschlossene G. Heide auf der Sitzung der Fachgruppe Gymnasien von der Mehrheit der Anwesenden Rederecht erteilt bekam, erklärte die Vorsitzende M. Dammann die Sitzung kurzerhand für geschlossen und verließ mit ihren politischen Freunden geschlossen den Saal. Damit geben sie von vorneherein das Recht der Fachgruppen preis, selbst zu entscheiden, wem Gastrecht erteilt wird und wem nicht. Sie machen sich damit zu Bütteln von Frister, indem sie dem Durchregieren des Hauptvorstandes selbst aktiv Vorschub leisten und den unverschämten Beschluß vom 29.3., der jegliche Demokratievorstellungen Hohn straft, als verbindlich anerkennen.

Ein Lehrergenosse
KB/Gruppe Hamburg

Vorstand fällt arbeitslosen Lehrern in den Rücken

Hamburg: Wir haben schon mehrfach über die „Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen" (ABM) für arbeitslose Lehrer berichtet (vgl. AK 85, 84). Kollegen, die nicht in den Schuldienst eingestellt wurden, sollen bei u n t e r tariflicher Bezahlung ausländische Schulkinder betreuen, bei Hausarbeiten helfen und in Vorschulklassen die voll eingestellten Lehrer entlasten. Falls die Betroffenen diese Arbeit nicht annehmen, droht ihnen eine vierwöchige Sperrung der Arbeitslosenhilfe.

Ende August haben 18 betroffene Kollegen dieses „Angebot" nach langem Hin und Her mit Behörde und Personalrat abgelehnt.

In einer von einigen Betroffenen herausgegebenen Dokumentation schildern sie ihre Erlebnisse mit Vertretern des Amtes für Schule und des Personalrates. Im Vorwort schreiben die Kollegen, daß sie sich um die Finanzierung der Druckkosten durch die GEW bemüht hätten, diese aber abgelehnt worden sei, da

- „... *die Aktivitäten der GEW nicht ausreichend berücksichtigt worden seien.*"
- „... *Personalratsmitglieder namentlich genannt*" worden seien (z.B. die Personalratsvorsitzende und Anführerin der „Alternative", reaktionäre Gewerkschaftsgruppierung, U. Koppe)
- „... *Sprechblasen aus der ,Referendarzeitung'* (Zeitung des Referendarvorstandes, ist den Gewerkschaftsführern zu links, AK) *verwendet worden sind*", „... *die die GEW ständig angreife*",
- es unangebracht sei, *„die ABM als ,Wahlschwindel' hinzustellen."* (Darauf reagieren SPDler zu Wahlkampfzeiten besonders hektisch)

(Zitate aus dem Vorwort der Dokumentation)

Das erste Argument ist besonders übel, da sich die Betroffenen klar darüber sind, daß ihnen nur die Solidarität von großen Teilen der GEW-Mitglieder weiterhilft. Ausdruck dieser Solidarität waren die über 30 Solidaritätsadressen von Betriebsgruppen, Schulkreisversammlungen etc., die anläßlich einer Protestaktion gegen Lehrerarbeitslosigkeit in der Hamburger Straße eintrafen.

Gegen die Darstellung von GEW-Aktivitäten hätten sich die Betroffenen niemals gewehrt.

Allerdings wollten sie in erster Linie ihre Erfahrungen und Aktionen schildern und nicht die Aktivitäten der GEW, zu denen sie teilweise erst aufgefordert werden mußte.

Daß ihnen aber zur Auflage gemacht werden sollte, die stadtbekannten Vertreter einer rechten Personal- und Gewerkschaftspolitik nicht beim Namen nennen zu dürfen, war den Kollegen zu viel; denn schließlich hatte jeder von ihnen am eigenen Leib erfahren müssen, daß den Herrschaften um Koppe & Co. die Interessen der arbeitslosen Kollegen relativ gleichgültig sind.

Daraufhin wurde beschlossen, die Dokumentation auf eigene Faust herauszubringen.

Wer nun meint, die Geschichte ist zu Ende – die Verhandlungen gescheitert, das Geld nicht bewilligt, der irrt.

Auf der letzten Vorstandssitzung am 28.9 wurde mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen, in dem es heißt:

„Die ,Dokumentation' ABM ... stellt sich in ihren Ausführungen a u ß e r h a l b (Hervorhebung AK) *der GEW. Sie enthält Angriffe gegen die GEW, die jeder Grundlage entbehren."*

„Der Landesvorstand fordert die Mitglieder der GEW auf, den Vertrieb der ,Dokumentation' nicht zu unterstützen."

Als Grund wird unter anderem angeführt, daß die Aktivitäten der GEW bezüglich der ABM „völlig übergangen" worden seien.

Das heißt: Wer finanzielle Unterstützung seiner Öffentlichkeitsarbeit von der GEW fordert – und dazu haben die arbeitslosen Kollegen angesichts der Hetze, die von der Springerpresse ihnen gegenüber betrieben wird, das beste Recht – und nicht die Vorstandspolitik und Meinung zum Mittelpunkt seiner Veröffentlichungen macht, der wird als Gewerkschaftsfeind diffamiert.

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

KBW zur GEW-Auseinandersetzung

Schmierig und verlogen

Kiel: Der KBW versäumt keine Gelegenheit, den GEW-Linken bei der Organisierung des Kampfes gegen die Bundessatzung in den Rücken zu fallen.

Im Juli verlangte der Kieler GEW-Vorstand auf einer Mitgliederversammlung, daß nicht – wie bis dahin üblich – die MV einen neuen Vorstand wählen solle, sondern eine Briefwahl nach den Richtlinien der neuen Bundessatzung durchzuführen sei.

Auf derselben MV hatte sich eine zweite Liste gebildet, die gegen den bestehenden Vorstand kandidieren wollte. Gleichzeitig mit den verschickten Wahlunterlagen forderte eine „Wählerinitiative gegen Radikale im Vorstand der GEW Kiel" die Mitglieder auf, nur den alten Vorstand zu wählen. Begründet wurde dies damit, daß auf der Alternativ-Liste der Kieler KBW-Bundestagskandidat Tomczak kandidierte. Trotz dieser antikommunistischen Wahlbeeinflussung erhielt Tomczak 21% der abgegebenen Stimmen. Postwendend beantragte der wiedergewählte alte Vorstand beim GEW-Landesvorstand den Ausschluß Tomczaks aus der GEW – obwohl die Bundessatzung mit den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen" noch gar nicht gültig ist!

Tomczak verzichtete zwar darauf, die Wahlen wegen der antikommunistischen Beeinflussung anzufechten, versprach aber GEW-Linken, beim Gericht eine Einstweilige Verfügung gegen den Ausschlußantrag zu erwirken. Auch ein Anwalt Tomczaks versprach zunächst diesen Schritt. Inzwischen hat sich auf Nachfragen herausgestellt, daß eine solche Verfügung von Tomczak n i c h t beantragt worden ist!

Wir fordern hiermit den KBW in Kiel auf, eine öffentliche Begründung für dieses durch und durch opportunistische Verhalten abzugeben! Bisher hat sich der KBW öffentlich zu diesem verlogenen Vorgehen Tomczaks gegenüber GEW-Linken überhaupt nicht geäußert. Soll s o die Bundessatzung „bekämpft" werden?

Die „KVZ" lügt!

Am 23.9. brachte die „KVZ" auf Seite 7 unter der Rubrik „GEW-Beschlüsse: Für eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung" die Notiz: *„Segeberg. Der AjLE am 21.9.76".* Was die „KVZ" verschweigt: Sieben AjLE-ler waren f ü r den Beschluß, zehn (!) enthielten sich der Stimme, einer stimmte dagegen. P o l i t i s c h geht der KBW mit solchen Beschlüssen hausieren, um innerhalb der GEW-Linken den Eindruck zu erwecken, alles laufe in seinem Sinne. Es läuft nicht!

KB/Gruppe Kiel

SB: Keine Einigkeit im GEW-Konflikt

Nicht unbeträchtliche Widersprüche bestehen offenbar in den Gruppen des Sozialistischen Büros in der Frage, wie sich die GEW-Linke zur „Kündigung" der Mitgliedschaft der GEW Westberlin in der GEW-Bundesorganisation und im DGB verhalten soll. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht dabei das Problem, ob die Linke in der Abwehr der Angriffe des Bundesvorstandes gegebenenfalls auch ein gerichtliches Vorgehen einschlagen sollte oder nicht. Während auf der „Arbeitsgruppe Schule/GEW" des Anti-Repressions-Kongresses des SB während der Pfingsttage mehrheitlich noch eine Resolution verabschiedet worden war, die sich f ü r eine Klage *„gegen die mit der Übernahme der Bundessatzung verbundene Auflösung des Landesverbandes"* ausspricht, scheint sich diese Position (zumindest gegenwärtig) im SB und insbesondere unter den Westberliner SB-Genossen selber in der Minderheit zu befinden.

Hier die Stationen des Konflikts:

- Der Arbeitsausschuß des SB (AA – leitendes Organ des SB) beschloß eine Stellungnahme *„mit orientierender Zielsetzung"* für die Oktober-Ausgabe der „links".
- Dieser Beschluß wird auf einem Treffen von AA-Vertretern mit SB-Genossen, die in der Westberliner GEW-Arbeit stehen, wieder fallengelassen. Stattdessen wurde von dieser Gruppe ein Artikel verfaßt, dessen Hauptanliegen die Kritik der Strategie der Linken, insbesondere der Westberliner Klägergruppe ist. (Es handelt sich dabei um Genossen der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfs").
- Parallel dazu verfaßte der Koordinationsrat des Arbeitsfeldes Schule des SB (gesonderte Organisierung der SB-Lehrergruppen – die Arbeitsfelder sind eine Spezialität des Sozialistischen Büros) ebenfalls eine Erklärung für die Oktober-Ausgabe von „links", allerdings mit einer völlig anderen Stoßrichtung als die „Prokla"-Genossen.
- Den nun folgenden Streit, welcher Artikel in „links" erscheinen sollte, entschied die Redaktion so, daß, keiner der beiden zum Abdruck kam, da beide für Leser, die mit der Materie nicht näher vertraut sind, „ungeeignet" seien.
- Mittlerweile sind die Erklärung des Koordinationsrates sowie eine überarbeitete Stellungnahme der „Prokla"-Genossen im „Informationsdienst Arbeitsfeld Schule" des SB veröffentlicht worden (Nr.26).
- Zusätzlich veröffentlichte der Arbeitsausschuß des SB am 12.10. die ursprünglich geplante „orientierende" Stellungnahme als Presseinformation.

Wir behandeln im folgenden zunächst die Widersprüche zwischen der „Prokla"-Gruppe und dem Koordinationsrat des Arbeitsfeldes Schule. Die zeitlich später datierte Erklärung des Arbeitsausschusses, also des zentralen Leitungsgremiums des SB, ist dagegen vor dem Hintergrund einer erneuten gerichtlichen Entscheidung in Westberlin zu sehen, die der Klägergruppe gegen den Bundesvorstand erneut recht gegeben hat (siehe dazu Artikel in diesem AK).

Ablehnung der Bundessatzung

Artikel in diesem AK).

Ablehnung der Bundessatzung keine „basisorientierte Politik"

Die „Prokla"-Genossen malen von der Lage der GEW Westberlin ein ziemlich schwarzes Bild (Austritte, Resignation, kein Verständnis für die Politik der Linken bei den Kollegen etc.). Notwendig sei daher eine außerordentlich schnelle Lösung des Konflikts, um den Landesverband nicht weiter zu schwächen. Dabei wird die Rücknahme der Kündigung und der Neugründung eines Spalterverbandes durch den Bundesvorstand als *„schwer erreichbar"* angesehen (Zitate nach „Info Arbeitsfeld Schule", Nr. 26). Als realistisch sehen die Genossen offenbar die von ihnen gestellte „Minimalforderung" an, *„daß in einem gegebenenfalls nicht zu verhindernden neuen Landesverband alle Mitglieder aufgenommen werden, die die Bundessatzung anerkennen, und somit diskriminierende Sonderbehandlungen etwa gegenüber ehemaligen SLB-Kollegen oder den ‚Nein-Sagern' – auch wenn notwendig über den Weg von Klagen – ausgeschlossen werden"* (SLB: inzwischen aufgelöste SEW-Lehrerorganisation; „Nein-Sager": Kollegen, die gegen die Übernahme der Bundesatzung in Westberlin gestimmt haben; diesen beiden Gruppierungen hat der Bundesvorstand über die „normalen" Unvereinbarkeitsbeschlüsse hinaus angedroht, wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" nicht in den Spalterverband aufgenommen zu werden – Anm. AK). Außerdem wird gefordert, daß die Satzungsstruktur der GEW Westberlin in die „neue" GEW im DGB übernommen wird. Diese Linie hatte sich auch auf der letzten Westberliner Vertreterversammlung durchsetzen können.

Um die „Handlungsfähigkeit" zurückzugewinnen, müsse das „breite linke Bündnis" wiederhergestellt werden, das die Politik der Westberliner GEW und ihres Vorstandes bisher getragen habe (*„linke SPD, SEW-Nahe, unabhängige Linke, darunter auch SB"*). Dieses Bündnis sei in die Brüche gegangen, *„und zwar genau in dem Maße, wie der Satzungskonflikt ein Schwerpunkt der Berliner GEW-Arbeit blieb"*. Bewährt habe sich dieses Bündnis dagegen in einer *„konsequenten gewerkschaftlichen Politik..., die sich nicht durch die Politik des Berliner SPD-Senats in ihren Forderungen und Zielsetzungen beschränken lassen wollte."* Fazit: *„Der Gefährdung der gemeinsamen Zielsetzung und ihrer Organisierung kann nur in der Wiedererlangung einer Öffnung der Organisation zu den Erfahrungen nach unten, zu den Problemen an den Schulen... begegnet werden. Und dies schließt ausdrücklich die Kooperation mit gewerkschaftlich aktiven Sozialdemokraten ein"*. Denn *„die Mehrheit der Lehrer ist ... nach wie vor auf Rechtsschutz, auf eine funktionierende Personalvertretung, auf die Zusammenarbeit in den Schulen und auf die Aktionsfähigkeit der Gesamtorganisation angewiesen und daran interessiert"*.

Dementsprechend müßte man den Satzungskonflikt möglichst schnell beenden und s t a t t d e s s e n wieder zu der alten, (scheinbar) „erfolgreichen", „progressiven gewerkschaftlichen Bildungspolitik" zurückkehren. In dieser alternativen Gegenüberstellung liegt der eigentliche Haken, ja sogar die Demagogie der Argumentation (weil es die Genossen eigentlich besser wissen müßten).

Man muß sich doch fragen, w e s h a l b das „breite linke Bündnis" in „konkreten gewerkschaftlichen Fragen" (angeblich) funktionierte, im satzungskonflikt aber auseinanderfiel. Liegt es daran, daß die „linken" Sozialdemokraten, SEW'ler etc., zwar in bildungspolitischen Fragen „progressiv" sind, in Fragen der innergewerkschaftlichen Demokratie aber nicht? Oder lehnen sie ein Engagement auf dem letzteren Gebiet vielleicht aus irrationalen Gründen ab? Offenbar nicht! Sondern es waren die massiven Angriffe des Bundesvorstands, die – wie die „Prokla"-Ge-

massiven Angriffe des Bundesvorstands, die – wie die „Prokla"-Ge-

nossen selber schreiben – *„den Kujawa-Flügel (linke SPD) und die SEW-nahen Kollegen zunehmend in eine nur noch defensive Politik gedrängt (haben), aufgrund derer progressive* (fortschreitend – Anm. AK) *die Integrationsfähigkeit zwischen den verschiedenen linken Fraktionen* (also das „Bündnis" – Anm. AK) *verloren ging"*. Entscheidend ist also keineswegs das Thema „Satzungsfrage", sondern der Opportunismus der Sozialdemokraten und Revisionisten gegenüber dem Druck des Bundesvorstands. Tatsächlich wäre das Bündnis in der angegebenen Form auch an jeder anderen Frage bei einer Verschärfung der Auseinandersetzung durch den Bundesvorstand (z.B. über gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen) zerbrochen.

Glatte Illusionsmacherei ist es, den Kollegen weiszumachen, man könne unter Ausklammerung der Auseinandersetzung um die innergewerkschaftliche Demokratie *„Rechtsschutz, eine funktionierende Personalvertretung (!), die Zusammenarbeit in den Schulen und die Aktionsfähigkeit der Gesamtorganisation"* erreichen. Für „theoretisch so qualifizierte Genossen" wie die „Prokla"-Gruppe sollte es eigentlich möglich sein, den Zusammenhang zwischen den Auseinandersetzungen etwa um die Hamburger Personalvertretung (Spaltung durch die rechte, von Frister unterstützte GEW-Fraktion „Alternative") oder um den in Hessen geplanten Lehrerstreik mit der Satzungs-Problematik zu erkennen.

Gerade umgekehrt sind wir der Auffassung, daß man kaum glaubwürdig eine „Öffnung zu den Problemen an den Schulen" sowie eine „progressive Bildungspolitik" (konsequente Anwendung des Rechtsschutz, kämpferische Personalvertretung, Streik etc.) fordern kann, ohne gleichzeitig die Möglichkeiten und den Spielraum für solche Aktivitäten gegen die Bundessatzung zu verteidigen. Wozu denn sonst wird die Bundessatzung eingesetzt, wenn nicht gerade, um diese Aktivitäten ganz konkret und ganz direkt zu unterbinden? Demgegenüber wird eingewandt, die Kollegen in den Industriegewerkschaften würden ja auch unter noch schwierigeren Bedingungen linke Politik machen. So richtig das ist, ist es doch als Argument für eine Übernahme der Bundessatzung ziemlich mies.

Umso demagogischer ist es, wenn die „Prokla"-Gruppe in Kenntnis all dieser Fakten, die jede fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit unmittelbar berühren, der GEW-Linken in Westberlin (bzw. Teilen davon) vorwirft, aus quasi unerfindlichen Gründen *„prinzipiell bleiben zu wollen"*, einen *„lupenreinen, vom Einfluß der Sozialdemokratie befreiten"* Verband aufbauen zu wollen oder schlicht die *„permanente Austragung des Satzungskonflikts"* anzustreben. Offensichtlich dienen diese Vorwürfe der Einschüchterung anderer Positionen im SB.

Das „schwerste Geschütz" fahren die „Prokla"-Genossen allerdings mit dem Argument auf, die Linken hätten sich mit dem juristischen Vorgehen von der Basis „entfernt" und „verselbstständigt". „Gerichtsverfahren und juristische Argumentationstechniken" seien für die Masse der Kollegen nicht mehr „durchschaubar" und „überprüfbar" gewesen. Eine Minderheit der Westberliner Kläger *„begann im angenommenen Interesse der Kollegen zu handeln. Basisdemokratische Orientierung verkehrte sich zu Positionen stellvertretender Interessenswahrnehmung"*. Daß ein Teil der Linken mit der Klage nicht nur das „Hamburger Modell" (Übernahme der Bundessatzung unter gewissen – geringfügigen – Vorbehalten des Landesverbands) anstrebte, sondern gar *„von Beginn an auf die Verhinderung der Satzungsübernahme"* zielte, scheint den „Prokla"-Genossen fast schon ein Sakrileg zu sein.

Freilich geht es der „Prokla"-Gruppe keineswegs um eine Kritik an Fehlern der Klägergruppe – z.B. in der Vermittlung gegenüber den Mitgliedern – wie sie tatsächlich vorgekommen sein mögen. In Wirklichkeit dient die „Kompliziertheit der juristischen Fragen" nur als Vorwand, um die ganze Klage von vornherein abzulehen. .

Erinnern wir uns noch einmal:

- Die Westberliner Vertreterversammlung hatte die Bundessatzung mit 2/3 -Mehrheit anerkannt.
- Auf Antrag der Klägergrupper wurde dieser Beschluß gerichtlich für ungültig erklärt. Die Anerkennung der Bundessatzung komme einer Auflösung des Landesverbands kennung der Bundessatzung komme einer Auflösung des Landesverbands gleich – dafür sei jedoch eine 3/4-Mehrheit erforderlich.
- Der GEW-Bundesvorstand fordert unter ausdrücklicher Berufung auf dieses Urteil die Übernahme der Bundessatzung mit einer 3/4-Mehrheit der Westberliner VV.

Alles weitere ist keineswegs so „kompliziert" und „undurchschaubar", wenn man nicht, wie die „Prokla"-Gruppe es tut, b e w u ß t v e r s c h w e i g t , worum es eigentlich ging: Nämlich um die Frage für oder gegen eine A u f l ö s u n g der GEW-Westberlin.

Die Kujawa-Gruppe beantragte zwar die Übernahme der Bundessatzung unter dem Vorbehalt der Finanzhoheit und der eigenen Organbestellung durch den Landesverband, beharrte aber auf einer 3/4-Mehrheit. Dies hätte zweifelsfrei die Auflösung bedeutet und damit eben uneingeschränkte Machtbefugnisse für den Bundesvorstand. Änderungsanträge, die auf eine Verhinderung der Auflösung abzielten, kamen auf der VV nicht durch. Also blieb auch den Anhängern einer „Übernahme ohne Auflösung" nichts anderes übrig, als eine Sperrminorität gegen die Bundessatzung insgesamt zu bilden.

Wenn die „Prokla"-Genossen diesen Punkt freilich überhaupt nicht erwähnen, ja die Frage der Auflösung nicht einmal im Nebensatz angetippt wird, muß die ganze Auseinandersetzung natürlich als „undurchschaubares juristisches Hickhack" und *„Machtpolitik"* (!) erscheinen. Das Motiv ist klar: Ein Kompromiß (auf Kujawa-Linie) sei angeblich möglich gewesen, die Linken hätten ihn nur nicht gewollt – um der „permanenten Austragung des Satzungskonflikts" willen... .

Es ist natürlich nicht schwer, die Auseinandersetzüng um die Satzung verzerrt und falsch darzustellen, um sich nachher darauf zu berufen, den Kollegen sei der ganze „Wirr-Warr" unverständlich – folglich könne es sich dabei nicht mehr um basisorientierte Politik handeln. Auf diesem Weg können wir den „Prokla"-Genossen allerdings nicht folgen. Denn wir sind nicht bereit, einer Einschätzung zuzustimmen, die den Kollegen gerade noch ein Engagement für kleinere Klassen, kürzere Arbeitszeit etc. zutraut, während dagegen der Kampf gegen politische Disziplinierung „zu hoch" für sie sei. Bezeichnenderweise wird der Widerstand gegen die Berufsverbote nicht ein einziges Mal unter den gewerkschaftlichen Aufgaben aufgeführt (übrigens auch in allen anderen hier behandelten SB-Stellungnahmen nicht!).

Ist dieser Kampf vielleicht auch zu „kompliziert" und „undurchschaubar" für die Kollegen und daher „nicht basisorientiert"?? Konsequent wäre diese Schlußfolgerung schon, da Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse bzw. politische Disziplinierung in den Gewerkschaften unserer Meinung nach immer noch eng zusammengehören.

Die Stellungnahme des Koordinationsrats

Nach kontroverser Diskussion einigte sich der Koordinationsrat des Arbeitsfeld Schule im SB (s.o.) auf ein Papier, das einen Minimalkonsens der unterschiedlichen Auffassungen im SB darstellen sollte, wogegen von den „Prokla"-Genossen allerdings heftig polemisiert wird, da man nicht weiterkomme, wenn man immer „nur" die Rechten und die Gewerkschaftsführer kritisiert.

Das Papier des KOR ist immerhin relativ solidarisch, wenn es etwa heißt: *„Es geht also nicht um ‚leidige Satzungsfragen', wie immer dann von rechten (!) Mitgliedern suggeriert wird, wenn sich Linke dagegen zur Wehr setzen, sondern um Prinzipien der innergewerkschaftlichen Demokratie und das Konzept einer basisorientierten Gewerkschaftsarbeit"*. Zu den strittigen Punkten schreibt der KOR: *„ Die Entscheidung von 28 % der Berliner Delegierten, gegen die Übernahme der Bundesatzung zu stimmen, wird in den einzelnen Arbeitsfeld Schule-Gruppen unterschiedlich bewertet. Niemand von uns feiert sie als einen Sieg der Linken. Einige halten die Nichtübernahme-Entscheidung für notwendig, um die Glaubwürdigkeit der begonnenen politischen Arbeit in der GEW nicht zu gefährden. Andere kritisieren diese Entscheidung, weil sie meinen, daß die Linke nicht stark genug ist, dem Sanktionspotential Fristers politisch zu begegnen und so eine Spaltung der GEW bzw. eine Liquidierung ihres progressiven Teils riskiert wurde."*

eine Liquidierung ihres progressiven Teils riskiert wurde."

Vorgeschlagen wird, eine Übernahme der Bundessatzung nach dem „Hamburger Modell" in denjenigen Landesverbänden anzustreben, wo noch überhaupt keine Entscheidung gefallen ist (Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein). Auf dem nächsten GEW-Bundeskongreß 1977 soll versucht werden, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf „satzungsgemäßem" Weg wieder zu Fall zu bringen.

Zum gerichtlichen Vorgehen heißt es, das Erwirken einer Einstweiligen Verfügung gegen den Ausschluß der Westberliner GEW sei *„verständlich"*. *„Wir können jedoch nicht eine generelle Zustimmung für das Einschalten von Gerichten in gewerkschaftspolitische Auseinandersetzungen geben."* Auf diese allgemein richtige Aussage hat man sich geeinigt, weil das konkrete gerichtliche Vorgehen gegen die Übernahme der Bundessatzung in Westberlin umstritten war. Allerdings wird diese nicht g e n e r e l l e Zustimmung von einem führenden Hamburger SB-Mitglied brieflich zu einer *„generellen N i c h t - Empfehlung weiterer juristischer Klagen"* uminterpretiert, was durchaus ein Unterschied ist und ganz konkrete Bedeutung für das weitere Vorgehen gegen den Bundesvorstand hat.

Völlig unverständlich ist uns jedoch folgendes: Auf dem Anti-Repressions-Kongreß an Pfingsten war von den Teilnehmern der Arbeitsgruppe Schule/GEW mit eindeutiger Mehrheit beschlossen worden, den Westberliner Landesverband aufzufordern, *„der Auflösung nicht zuzustimmen"*. Weiter: *„Wir fordern die Sozialisten in der GEW auf, gegen die mit der Übernahme der Bundessatzung verbundene Auflösung des Landesverbandes zu k l a g e n .*

Wir fordern die Sozialisten in der GEW auf, eine Kampagne gegen die Übernahme der Bundessatzung in den Landesverbänden Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zu organisieren".

Diese Resolution, die an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, war keineswegs etwa durch einen „Trick des KB" zustande gekommen, sondern von SB-Vertretern selbst formuliert, nach ausführlicher Diskussion verabschiedet und sogar als v e r b i n d l i c h für das Arbeitsfeld Schule bezeichnet worden!! Sicher kann es Situationen geben, wo es notwendig wird, von einmal beschlossenen Positionen wieder abzurücken. Wenn ein solcher Beschluß aber nach gut einem Vierteljahr nur im ARBEITERKAMPF (Nr.82) überhaupt abgedruckt, von der SB-Presse dagegen totgeschwiegen wird, und man ohne die leiseste Begründung eine Kehrtwendung macht, dann läßt dies schon an der vielgerühmten Basisdemokratie und Diskussionsbereitschaft im SB zweifeln...

Das Lavieren des Arbeitsausschusses

Der Arbeitsausschuß des SB hat inzwischen eine Presseinformation nachgeschoben, die bei allem Wohlwollen nur als überaus taktiererisch bezeichnet werden kann. Dort betont das SB seine positive Einstellung zur Einheitsgewerkschaft, die *„von Seiten der Sozialisten und Kommunisten in keinem Augenblick in Frage gestellt worden ist"*. Dennoch gibt es nach Meinung des SB offenbar *„Tendenzen* (welche? - Anm. AK) ..., *die auf die Bildung eines selbstständigen Gewerkschaftsverbandes hinauslaufen"*, und die vom SB nicht unterstützt werden könnten. *„Alle Kräfte müssen deshalb darauf konzentriet werden, den Berliner GEW-Landesverband („als Ganzes"* –wie es weiter unten heißt; Anm. AK *) im Bundesverband und dem DGB zu erhalten"* – wer hätte das gedacht! Dies schließe *„den Kampf um demokratische Veränderungen der Bundessatzung ein"*. Dabei müßten Mehrheitsverhältnisse wie auch Minderheitspositionen berücksichtigt werden usw. usf.

Eine „Orientierung", insbesondere was das umstrittene weitere Vorgehen in Westberlin selbst angeht, konnten wir dieser Stellungnahme nicht entnehmen. Dabei ist der AA offenbar keineswegs derart nach allen Seiten offen. Wie aus einem SB-intern verbreiteten Beschlußprotokoll einer AA-Sitzung hervorgeht, einigte man sich auf eine durchaus dezidierte Kritik. Demnach sei es falsch gewesen, *„die Satzungsfrage isoliert zuzuspitzen und falsch war es, die Auseinandersetzung vor die bürgerlichen Gerichte zu tragen, ohne (?) deutlich zu machen, wofür denn die Auseinandersetzung geführt wurde"*. Auch müsse die „Strategie der Nichtübernahme der Bundes-

denn die Auseinandersetzung geführt wurde". Auch müsse die „Strategie der Nichtübernahme der Bundes-

satzung" für die Kollegen in den anderen Gewerkschaften *„unverständlich"* sein.

Daß der AA in der Öffentlichkeit wesentlich „diplomatischer" verfährt, sehen wir nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Westberliner Kläger gegen den Widerspruch Fristers gegen die Einstweilige Verfügung erneut einen klaren Erfolg erringen konnten, der sicherlich nicht ohne Wirkung auf die Westberliner GEW-Mitglieder bleiben wird, denen bislang eine total „unsichere Rechtslage" vorgegaukelt worden war.

Vom leitenden Organ einer sozialistischen Organisation muß man allerdings mehr als „diplomatische Rücksichtnahme" erwarten, wenn man wirklich den Anspruch stellt, die Richtung für das weitere Vorgehen der gesamten Organisation zu weisen.

Bündniskommission des KB, Gruppe Hamburg

PS: Nachdem die Reaktionen auf den Artikel über die Russel-Initiative im letzten AK in Offenbach schon übellaunig bzw. „mißbilligend" waren, dürfte man dort jetzt wohl erst recht „sauer" sein, daß ausgerechnet wir als „K-Gruppe" (!) jetzt auch noch aus internen SB-Papieren zitieren. Unsere aufrichtige Beteuerung, daß wir damit keine Klimaverschlechterung beabsichtigen, dürfte daran wohl auch nicht viel ändern. Tatsächlich ist es jedoch nicht unsere Schuld, daß anderthalb Monate nach dem Ausschluß der GEW Westberlin noch nicht mehr von den Genossen vorgelegt wurde.

Frauen

Der Geruch von Freiheit und Abenteuer –

endlich auch für Frauen? – oder: Wie sich die Militarisierung der Frauen tatsächlich abspielt –

Vor mehr als einem Jahr griffen wir in AK 60 die Diskussion in der bürgerlichen Presse um die Wehrpflicht der Frau auf. Die Bourgeoisie in der BRD machte damals gerade Anstalten, Frauen über die Sanitätslaufbahn in das Heer einzubeziehen.
Inzwischen wurden dazu die gesetzlichen Grundlagen geschaffen – seit dem 10. August 1975 können Frauen aufgrund freiwilliger Verpflichtung Soldat werden – und es wurden auch schon die ersten weiblichen Armeeangehörigen ausgebildet. Am 1. Oktober '75 wurde mit großem Aufwand die Entlassung der ersten weiblichen Sanitätsoffiziere in ihre Standorte gefeiert. Inzwischen gibt es 18 Stabsärztinnen („Bild", 13.7.76), die sich von den übrigen 48.720 weiblichen Beschäftigten im Heer dadurch unterscheiden, daß sie in die Hierarchie eingegliedert sind, der Wehrdienstdisziplinarordnung und dem Wehrstrafgesetz unterliegen.
Daß dies nur der Anfang einer langen Entwicklung ist, war damals schon klar. Wir schrieben:
„Im Zuge des internationalen imperialistischen Wettrüstens und ihrer aggressiven wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen wollen die BRD-Militaristen nicht mehr an der anderen Hälfte der Bevölkerung vorbeigehen, ohne sie verstärkt für ihre Ziele zu nutzen: die Frauen sollen in den militärischen Apparat eingespannt werden".
Die bürgerliche Presse leistet dazu „Aufbauarbeit". Immer häufiger tauchen große Berichte über die Frauen in den Armeen anderer kapitalistischer Länder auf. Neben der Absicht, Frauen und Mädchen mit den abenteuerlichen Schilderungen zu locken oder zumindest an den Gedanken – von weiblichen Soldaten – zu gewöhnen, wird noch eines deutlich: der Neid der BRD-Bourgeoisie auf die „Errungenschaften" der kapitalistischen Konkurrenz! So gibt es bereits in den USA, in Frankreich, Kanada, Belgien, Australien, Schweden, Dänemark und Israel weibliche Rekruten.
Die „Militarisierung" der Frau ist keine neue Erfindung im Zeichen der Gleichberechtigung, sondern von Beginn des Kapitalismus an wurden Frauen im militärischen Dienst eingesetzt.
„In Zeiten militärischen Notstandes, wie bei Belagerungen oder im ‚wilden Westen' waren Frauen direkt hinter der Kampflinie oder sogar in ihr willkommen. Überdies nutzten die europäischen Armeen schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts in weitestem Ausmaß weibliche Arbeitskräfte für ihre Versorgungs- und medizinischen Dienste – weit mehr noch, als man gewöhnlich weiß. Florence Nightingale war bei weitem nicht die erste Frau, die in einem Militärlazarett gearbeitet hat. Sie war allerdings die erste englische Dame, die das tat, was bei den gentlemen des viktorianischen Kriegsministeriums helle Proteste hervorrief, weil ein Militärlazarett doch kein Platz für eine Dame sei! So bildete sich in den Köpfen der Engländer die Auffassung, Florence Nightingale schaffe eine revolutionäre Neuerung, indem sie Frauen in die Sphäre des Kriegsdienstes bringe". **(Aus „Frauen im Kriegsdienst" von Dr. Ursula v. Gersdorff).**
Diese Tatsache entlarvt deutlich das Gefasel von den gleichen Pflichten der Frauen dem Staat gegenüber, wenn sie gleichberechtigt sein wollten. Tatsächlich wurden die Frauen schon zu militärischen Zwecken herangezogen, als sie das bürgerliche Wahlrecht noch gar nicht hatten.
Wir wollen in diesem Artikel die ersten Ansätze innerhalb des Heeres weiterverfolgen, ganz besonders aber auf einen Sektor der Militarisierung hinweisen, in dem sich weitgehend unbemerkt eine viel stärkere Disziplinierung und Militarisierung der Frauen vollziehen kann: Die Vorbereitung der deutschen Bourgeoisie auf zwei Weltkriege hat gezeigt, daß das Einsatzgebiet der Frauen nicht die Front ist, sondern die Arbeit in der Kriegswirtschaft. Wenn wir also einen allseitigen Kampf gegen Militarisierung und Faschisierung führen wollen, dürfen wir nicht auf die Armee wie das Kaninchen auf die Schlange starren, sondern müssen Vorgänge in den Betrieben, in den sozialen Einrichtungen usw. als ebensolche wichtigen Indizien erkennen lernen.

Soldat sein – ist schick?

In der Armee der Bundesrepublik ist die Zahl der weiblichen Soldaten noch sehr klein. Die 18 Sanitätsoffizierinnen sollen zwar, so lautet die offizielle Begründung, *„den Mangel in der sanitätsdienstlichen Versorgung lindern helfen"* (Weltbild 3/4, 76), denn nach offiziellen Angaben benötigt die Bundeswehr mindestens 1.400 längerdienende Ärzte, wovon 600 Stellen mit wehrdienstpflichtigen Ärzten besetzt werden (ebenda). Doch die geringe Zahl der tatsächlich eingestellten Medizinerinnen und die sehr diskrete Werbung der Bundeswehr lassen eher darauf schließen, daß es hier um einen Testfall, um einen betont vorsichtigen Anfang auf dem Gebiet der Militarisierung der Frau geht. So liegt der Nutzen der Bundeswehrärztinnen weniger darin, daß medizinische Versorgungslücken geschlossen werden, als vielmehr darin, daß die Grundlagen gelegt werden sollen für eine weitere Einbeziehung der Frauen in die Militarisierung. Wie kürzlich die bürgerliche Presse berichtete, denkt die Bourgeoisie durchaus daran, Frauen in der Nachrichtenübermittlung und in der Versorgung der Heeres einzusetzen (wohlgemerkt als S o l d a t e n und nicht wie bisher als Angestellte).

Dafür muß aber erst im öffentlichen Bewußtsein der Boden bereitet werden und darum haben die ersten weiblichen Rekruten in erster Linie für die Bourgeoisie propagandistischen Wert.

So läuft die Kampagne unter dem Motto der Gleichberechtigung der Frau. *„Wer gleiche Rechte haben will, der muß auch auch gleiche Pflichten haben"*, oder die andere Variante: *„Endlich haben die Frauen wieder eins der Gebiete erobert, die sonst nur den Männern vorbehalten waren"*. Es wird so getan, als hätte man den weiblichen Soldaten just zu dem Zeitpunkt erfunden, wo die Frau in der Gesellschaft um mehr Rechte, Gleichbehandlung usw. kämpft, ja, als sei die Veränderung in der Armee geradezu ein Ergebnis der Frauenbewegung.

„Die Gesetzesänderung fördert die Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft, besonders dort, wo Frauen die gleichen Leistungen erbringen können wie die Männer" (Weltbild 3/4 76).

Weibliche Soldaten in Israel

Stabsarzt Dr. Roller, Truppenarzt der Stabskompanie II. Korps, spricht sogar davon, daß die Frauen bessere Chancen hätten als ihre männlichen Kollegen: *„Dadurch daß Frauen eben möglichst an keinen Truppenübungsplatz -Aufenthalten teilzunehmen brauchen, sondern vermehrt in zentralen Sanitätsdienststellen wie Krankenhäusern, Instituten und Untersuchungsstellen eingesetzt werden ... nehmen sie zweifelsohne gezwungenermaßen einem Teil von uns Männern attraktive Stellen weg. Ich meine, daß in der heutigen Zeit eine Frau in der Bundeswehr dieselben Chancen haben muß wie der Mann"* (Weltbild 3/4 76).

Mit Bedacht ist für den Beginn der Rekrutierung von Frauen für die Armee eine Tätigkeit ausgewählt worden, die fast ausschließlich ein „Traumjob" zu sein scheint. Es wird die gute Aus- und Fortbildung gelobt („Ich habe bei der Bundeswehr noch keinen schlecht ausgebildeten Arzt gesehen"), die geregelte Arbeitszeit, die gesicherte Altersversorgung und die guten Aufstiegsmöglichkeiten. Nach zwei Jahren werden die Medizinerinnen vom Stabsarzt zum Oberstabsarzt, nach zehn Jahren evtl. sogar zum Oberstarzt befördert. Und selbst die Stelle eines Generalarztes stünde ihnen offen. So etwas bietet einer Medizinerin in der Tat kein staatliches Krankenhaus und keine Privatpraxis!

Vom Soldatenhandwerk, von Kriegsverwundeten, von der Verpflichtung fürs Vaterland wird einstweilen nicht geredet. Ärztin bei der Bundeswehr – der ideale Job für ehrgeizige, emanzipierte Frauen!

Und um das Bild abzurunden und vollends jeden Gedanken an Krieg und Völkermord zu verbannen, für die jeder Soldat ob männlich oder weiblich ausgebildet wird, nimmt die Hälfte der Berichterstattung die Diskussion um die Mode ein: *„Sehr modisch und sehr schick wirken die durchweg attraktiven jungen Damen in ihrem kosmos- und königsblauen Uniformen. Sie haben individuelle Kombinationsmöglichkeiten zwischen Rock, Hose, Bluse, Pulli, einem besonderen Raumdress und zwei Mänteln"* (Weltbild 3/4 76).

Und in regelmäßigen Abständen kommen Berichte in der bürgerlichen Presse, daß das Soldat-Sein als Frau doch überaus weiblich sein kann. So wärmte „Bild" am 13.7.76 noch einmal die Geschichte von den „weiblichen", kleidsamen Uniformen auf, und berichtete am 14. September, daß einer der weiblichen Soldaten ein Kind bekommen habe.

Das kapitalistische Ausland marschiert voran

Zum größten Bedauern der Bourgeoisie hinkt die BRD mit der Militarisierung der Frauen reichlich hinter den übrigen kapitalistischen Ländern hinterher. In viel größerem Umfang kann dort die Werbetrommel gerührt werden, um weibliche Rekruten anzuwerben. In den USA unterhält die Armee z.B. Militärannahmestellen in den Wohnbezirken.

– *„In den Vereinigten Staaten von Amerika existieren bei allen drei Waffengattungen weibliche Hilfskorps, die sich aus Freiwilligen rekrutieren. Ihr Einsatz erfolgt vornehmlich im Sanitäts-, Fernmelde-, Sozial- und Verwaltungswesen. Weibliche Armeeangehörige können bis zum Einsterne-General avancieren"* (Gersdorff „Frauen im Kriegsdienst")

Über 50.000 weibliche Soldaten arbeiten beim Heer, bei der Kriegsmarine, der Küstenwache und der Luftwaffe. Es gibt in den USA Frauen auch als Korvettenkapitäne und in ähnlich hohen militärischen Rängen. Sogar eine weibliche „Elitetruppe" – die sog. „Samtnacken" – mit 2.500 weiblichen Rekruten hält sich die US-Bourgeoisie.

– In Frankreich gibt es seit 1971 weiblichen Rekruten hält sich die US-Bourgeoisie.

– In Frankreich gibt es seit 1971 den „Nationalen Frauendienst" innerhalb der Streitkräfte. Im Sanitäts-, Verwaltungs- und Dolmetscherdienst wurden 5.000 Planstellen für Frauen geschaffen.

– In Kanada dienen 1.600 weibliche Berufssoldaten, davon 555 im Offiziersrang. Der weibliche Hilfsdienst im Heer erstreckt sich auf 65 Einzelfunktionen.

– Australien hat 2.500 weibliche Hilfskräfte unter seinen Fahnen.

– Das sich so fortschrittlich gebende Schweden hat genau mit dem „Argument", daß auch weibliche Bürger ihre Pflicht gleichberechtigt übernehmen müßten, reichlich Erfolg gehabt.

„So leisten etwa 70.000 Frauen des „Lottakorps" Hilfsdienste u.a. als Flugmelderin, Proviantmeisterin und in der Verwaltung. Darüberhinaus stehen etliche Frauen aus dem Motorfahrerverband ‚Blauer Stern' für die Landesverteidigung bereit. Ihre Aufgaben umfassen im wesentlichen den Einsatz als Pilotin, Bootsführerin sowie als Traktorfahrerin und Betreuerin für landwirtschaftliche Betriebe".

– *„In Dänemark dienen etwa 9.000 Frauen in den Streitkräften und nehmen Aufgaben in der Flugsicherung und in der Luftraumbeobachtung wahr. Das Dänische Lottakorps wurde im Jahre 1946 als freiwillige Organisation gegründet. ... In das Konzept der Gesamtverteidigung ist außerdem die dänische Heimwehr mit einer besonderen Aufgabenstellung eingeschlossen. Ihr Anteil an weiblichen Mitgliedern ist beachtlich".*

– *„Israel hat für Frauen eine zweijährige Wehrpflicht gesetzlich geregelt ... Zur Ausbildung der weiblichen Soldaten gehört der Umgang mit der Handfeuerwaffe ..."* (Zitate aus „Frauen in der Landesverteidigung" von Dr. Ursula von Gersdorff).

„Seit 1948 ist es der Chen, der Frauendienst der israelischen Armee, der den Großteil der Hilfstätigkeiten der Armee sichert ...
Der Chen erfüllt drei wesentliche Aufgaben:
– *Die Integration der Frau in das Sicherheitspotential des Staates bei gleichzeitiger militärischer Ausbildung;*
– *Die Ausführung von verwaltungstechnischen und allgemeinen Aufgaben, um eine höchstmögliche Zahl von Männern für Kampfeinheiten freizustellen;*
– *und schließlich widmen sich die weiblichen Soldaten der Erziehung der Neueinwanderer ..."*
(Zitat aus „Israel Bulletin", 5/75).

– Auch Belgien hat im April 1975 die Frauen zu den Waffen gerufen. Das Ziel der belgischen Bourgeoisie: Ende 1978 5.500 weibliche Berufssoldaten. (nach Stern 17/76).

Die westdeutsche Bourgeoisie, die im eigenen Land noch vorsichtig taktiert und erst langsam einen Gewöhnungsprozess einleitet, kann umso begeisterter den Militarismus, den Schliff in der imperialistischen Armee, anpreisen, dem die Frauen ausgesetzt sind.

„Sie sind Soldaten wie ihre männlichen Kollegen. ... an die Mädchen wird fast die gleiche körperliche Anstrengung gestellt wie an die Männer. Beim Gepäckmarsch schleppen sie die gleiche Last, beim Manöver schlafen auch sie draußen im Gelände..." („Hamburger Abendblatt", 20.5.76).
„So seilen sich Rekrutinnen vom Felsen ab. In der Militärschule springen sie mit dem Fallschirm ab und bei der Panzertruppe lernen sie, wie man den Kampfpanzer Leopard lenkt. ... Selbst die Militärpolizei ist schon unterwandert" (Stern 17/76).

Da – endlich haben auch die Frauen Zugang zu „Freiheit und 17/76).

Da – endlich haben auch die Frauen Zugang zu „Freiheit und Abenteuer"! Nachtwanderungen und Schlafen unter freiem Himmel – die Steuvesant-Generation geht ihren Weg! ...

Rückgriff auf die eigene schmutzige Vergangenheit

Ein besonders wichtiges Kapitel für die westdeutsche Bourgeoisie, will sie die Bevölkerung wieder an die „Frau im Dienst fürs Vaterland" gewöhnen, ist die „Vergangenheitsbewältigung". Immerhin hat der faschistische Hitlerstaat in nie gekanntem Ausmaß sich der Frauen bedient. 1941 gab es 150.000 „Kriegshilfsdienstmaiden", 1943 wurde der Luftwaffeneinsatz von 4.000 Mädchen organisiert, und am Ende des Krieges waren allein im Flugmeldedienst 13.000 Frauen beschäftigt. 1943 wurden 1,6 Mio. Frauen als „einsatzfähig" gemeldet. Es gab Stabshelferinnen, Nachrichtenhelferinnen, Marine-, Luftwaffen- und Flakhelferinnen, Flakwaffenhelferinnen und ab 1940 sogar weibliche Kanoniere (nach Gersdorff, „Frauen im Kriegsdienst").

Hilf siegen als Luftnachrichtenhelferin

Faschistische Kriegswerbung 1944

„Im Kriege ist über die Wehrpflicht hinaus jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zur Dienstleistung für das Vaterland verpflichtet" – so lautete die einleitende Bestimmung des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1933. Sie bildete die gesetzliche Grundlage für den Kriegseinsatz der deutschen Frau.

Doch die Erinnerung an die Not, den Hunger und die Entbehrungen der Kriegsjahre ist auch heute noch in den Köpfen der Frauen. Bombennächte, Evakuierungen und Arbeit unter Zwang bestimmte für Jahre das Leben der Frauen, die heute zum Teil die Mütter der Frauen sind, auf die es die westdeutsche Bourgeoisie abgesehen hat.

Die Kampagne in der Springerpresseüber die deutschen Wehrmachtshelferinnen ist darum auch geschickterweise nach zwei Seiten ausgerichtet. Einerseits wird über das große Leid, die vielen Schwierigkeiten, die vielen Opfer geklagt – andererseits aber auch angeknüpft an den Stolz über die eigene Leistung, Erfahrung mit Kameradschaft und Gemeinschaftsgeist.

In einer über mehrere Wochen dauernden Serie in der „Bild am Sonntag" versuchte die Springer-Presse angeblich zu zeigen, „wie es wirklich war".

„Bild" schrieb angeblich die Wahrheit über *„eine namenlose Armee, deren wahre Geschichte bis heute nicht geschrieben worden ist"* („BamS", 17.4. 76).

Das Ziel der Serie ist, den deutschen Frauen zu zeigen, daß sie eigentlich Enormes geleistet haben und daß sie eigentlich stolz auf ihren Kriegseinsatz sein könnten: *„Sie waren besser als viele Soldaten"*, heißt die Überschrift eines Artikels („BamS", 30.5. 76).

- *„Die ‚Soldaten im Rock' haben sich nämlich hervorragend bewährt. Ohne die Funkerinnen, Fernschreiberinnen und Telefonistinnen wäre das lebenswichtige Nachrichtennetz der deutschen Wehrmacht schon 1942 zusammengebrochen"* („BamS" 30.5.).
- *„Die Leistungen der Helferinnen lagen im Durchschnitt höher als bei den Soldaten, wobei vor allem Arbeitsmoral und Ehrgeiz höher zu bewerten waren"* (ebenda).
- *„Sie taten ihre Pflicht mit einer Hingabe, die man auch beim besten Soldaten kaum findet. Sie waren nicht zu demoralisieren"* (ebenda).

Und siehe da – auch hier das Bild der Frau, die das Abenteuer liebt: *„Kaltschnäuzig wie alte Landser pokerten sie Nacht für Nacht mit dem Tod"* („BamS", 6.6. 76).

Die Reaktion von Teilen der Bevölkerung zeigt in den Leserbriefen, daß die Springer-Presse die Sache geschickt angegangen hat: *„Wie gut, daß Sie die Blitzmädchen-Geschichte zur Sprache bringen! Leider ist es ja so, daß sich häßliche Gerüchte länger halten als gute Taten"*, schreibt eine ehemalige Luftwaffenhelferin und legt gleich noch ihr Bild in Uniform bei („BamS", 23.5.76).

„Es ist wohl höchste Zeit, diesen Frauen und Mädchen endlich einmal ein Denkmal zu setzen, das ihre Einsatzfreudigkeit, ihr Pflichtbewußtsein und ihre Sauberkeit dokumentiert. ... Unsere Helferinnen waren hervorragende Mitarbeiterinnen und Kameradinnen im besten Sinne" („BamS", 23.5.), schrieb ein ehemaliger Oberst – und was er sagt, wird vielen Frauen sicherlich runter gehen wie Butter – wird hier doch einmal ihre Leistung endlich anerkannt, ohne sie in den politischen Zusammenhang zu stellen. Die Erinnerung an gemeinsame Erlebnisse, an Kameradschaft, an Wanderungen und Gruppenreisen bringt doch heute noch viele Frauen dazu, nicht mit dem Nationalsozialismus zu brechen.

„Es mag ja falsch gewesen sein, was der Hitler getan hat – aber schön war es für uns doch" ... Auf diese Haltung zielt die Serie in der bürgerlichen Presse ab – wahrscheinlich auch der wichtigste Hebel, um den Frauen in der arbeitenden Bevölkerung ihre Vorbehalte gegen eine erneute Einbeziehung der Frauen in den „Dienst fürs Vaterland" zu nehmen.

Wir wollen im zweiten Teil des Artikels (vorraussichtlich im nächsten AK) auf folgende Punkte weiter eingehen: die heimliche Militarisierung in allen Bereichen, die Militarisierung in den Betrieben und die heutige kapitalistische Rationalisierung.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Ausgezeichnet steht unseren drei Blondinen auch die Panzerkombi, obwohl für die Damen nicht maßgeschneidert. „Heer" 2/76

Frauenhandel

Sklavenhandel ist nicht etwa nur eine Erinnerung an Kolonialzeiten vergangener Jahrhunderte, sondern hier und heute Praxis von verschiedenen sogenannten „Ehevermittlungen", mit hervorragender propagandistischer Unterstützung seitens der bürgerlichen Presse, allen voran die Springerzeitung „Bild". Unter dem anregenden Titel: *„Möchten Sie eine Ehefrau aus Fernost? Herr Menger aus Münster macht's möglich"* werden Frauen aus Thailand zum Kauf für ca. 5.000 DM angeboten („Bild", 1.4.76). Es werden Reisen für Männer nach Thailand organisiert, wo sie die Gelegenheit bekommen, mehrere Frauen „auszuprobieren", um dann eine davon als Ehefrau käuflich zu erwerben.

Der frühere Orchideen-Händler Menger unterhält den „Thai-Service": *„Auf einem vorgedruckten Wunschzettel dürfen die Ehewilligen ankreuzen, wie die Traumfrau beschaffen sein soll. So kann man sich aus einem Katalog (!) eine Dame aussuchen und sie kommen lassen, das ist sogar 1.000 DM billiger als der normale Satz"* („Kieler Nachrichten", 15.4. 1976). Also billiger als der Flug nach Bangkok. Menschenhändler Menger meint: *„Viele Männer wollen weniger emanzipierte Frauen, als es die Deutschen sind. Die Thailänderin ist daher ein sehr gefragter Artikel* (!) *– wenn man so sagen darf. Für sie sind die Männer der Mittelpunkt – um den sich alles dreht"* („Kieler Nachrichten", 15.4.76). Und die „Kunden" schwärmen angeblich alle voller Zufriedenheit: *„Ich bin sehr zufrieden, sie liegt mir zu Füßen. Da weiß man wenigstens, wer der Herr im Hause ist"* („Bild", 1.4.76). *„Sie redet mir nie dazwischen. Sie hat keine eigene Meinung, sie sitzt bloß da und lächelt mich an. Das gefällt mir. Sie ist bildhübsch und in der Liebe – o Mann – erstklassig"* („Bild", 10.7.76).

Nun kann man sich an fünf Fingern abzählen, daß die eingekauften „Thai-Mädchen" sicher nicht solche hirnlosen Hühner sind, als die sie für den perversen Geschmack angeboten werden. Derartige Schwärmereien angeblich „glücklicher Kunden", wie die „Bild" sie abdruckt, dürften in aller Regel von den betreffenden Menschenhandel-Firmen „getürkt" sein und stellen einfach eine billige (?) Werbung für diese dar. Dies in einem Blatt, das sonst bei passender Gelegenheit, gemeinsam mit der CDU/CSU und der katholischen Kirche, dick einen auf „Moral" mimt!

Am meisten Aufsehen erregt hat in letzter Zeit der „Ehevermittler" Horst Jensen, ehemaliger Gebrauchtwagenhändler. Er ist jetzt wegen Betrugs verhaftet worden (am 30.7. 1976), aber nicht etwa, weil er mit Frauen gehandelt hat, sondern weil die Thailänderinnen nicht wirklich mit den „Kunden" verheiratet worden sind und nach der sogenannten „Hochzeit" (lediglich Unterschrift unter das Ausreisevisum) den „Kunden" davongelaufen waren.

Denn das Geschäft mit der „Ehevermittlung" dient nebenbei auch noch für andere krumme Touren. Beispielsweise lassen auf die Weise Zuhälter „ihre" Mädchen zum Schein mit Deutschen „verheiraten" und somit auf deren Kosten in die BRD einfliegen, wo die Frauen dann gleich auf den Strich oder in „Massage-Salons" geschickt werden. Oder den Frauen ist von den „Ehevermittlern" weisgemacht worden, sie seien an den betreffenden Kunden mit ihrer Unterschrift nur für einen bestimmten Zeitraum „vermietet" worden, und sie fallen dann aus allen Wolken, wenn der „Kunde" sie für seine paar Mark als Ehefrau f ü r d a u e r n d beanspruchen will.

Auch das Menschenhandels-Institut Jensen hatte Reisen nach Bangkok organisiert. Jensen pries in der „Bild" seine Thailänderinnen als *„verführerisch, sanft, zärtlich, begehrt, exotisch und unterwürfig"* an.

Wer nicht die „richtige" Frau gefunden hat, sollte 1.000 DM zurückbekommen, und wer das Geld nicht bar aufbringen konnte, wurde beruhigt: Wie so viele Geschäfte heute läuft auch dies auf Abzahlung! Somit ist also nach dem Kauf auf Raten von Autos, Fernsehen, Waschmaschinen usw. auch das Abstottern einer Ehefrau möglich.

Die Behandlung der Frau als Ware in unserer Gesellschaft findet in solcher Zuhälterei „nur" ihren zugespitzten Ausdruck. Schließlich wird offen rassistisch die Versklavung der thailändischen Fauen als ihre „natürliche Qualität" dargestellt. Im Reiseprogramm des Instituts werden die Männer aufgefordert, genügend Bargeld für Geschenke mitzunehmen, denn *„geben Sie sich nicht den Vorstellungen hin, daß Sie es mit Halbwilden zu tun haben, die mit einer Handvoll Glasperlen abgespeist werden können"*.

So geht es denn in den Hotels, wo die „Heiratswilligen" eintreffen, wie auf einem Viehmarkt zu. Die Männer suchen sich die „besten Stücke" aus. Ein „Kunde": *„In dem Hotel ging es zu wie in einem Bienenhaus. Die Auswahl war reichlich und satt"*. Grenzenlose Verachtung aller Frauen und der unterdrückten Völker kommt in solchen Praktiken zum Ausdruck.

Die durch den Imperialismus verursachte Armut des thailändischen Volkes wird dazu genutzt, um aus den Menschen nochmal Kapital zu schlagen. Allein in Bangkok gibt es etwa 100.000 Prostituierte. Über 80 % dieser Frauen unterstützen ihre Verwandten in der Provinz, um sie vor dem größten Elend zu bewahren (nach „Stern", 34/76).

Werden die Machenschaften der Händler aufgedeckt, so ist es die „Bild", die als erste schreit „Mädchenhändler festgenommen!". Mit keinem Wort wird natürlich dann erwähnt, daß die Springerpresse selbst am lautesten die Werbetrommel für diese Unternehmen gerührt hat. Nicht der Frauenhandel wird angeklagt, sondern die schlampige Ausführung und die „Unkorrektheiten" am Rande!

Ein ähnlicher Fall:

Am 14. Juli verhaftete die Polizei einen 31jährigen Kaufmann, der in seiner Wohnung ein Bordell mit Namen „Privatclub Asia" betrieben hatte. Prostituierte waren seine geschiedene Frau und ein 21jähriges Thai-Mädchen. Das Mädchen hatte der Kaufmann durch „Heirat" in die Bundesrepublik geholt und dann hier zur Prostitution gezwungen. Es war im siebten Monat schwanger. Allein, Polizei und Justiz genügten diese Schweinereien nicht, um den Typ dingfest zu machen. Schon nach acht Tagen erhielt er mit einigen Auflagen „Haftverschonung" zugestanden. Prompt nutzte der Gangster die Gelegenheit, um nach Thailand zu fahren und sich gleich ein neues Mädchen zu holen! Diese ungeheure Frechheit konnte dieser Menschenhändler nur begehen, weil er lediglich wegen der Illegalität seines Bor-

lich wegen der Illegalität seines Bor-dells angeklagt worden war, nicht wegen Prostitution. Allerdings kam sein Verhalten wohl selbst der Justiz zu dick. Am 18. August wurde er wieder verhaftet, und diesmal wurden denn doch Ermittlungen wegen *„Verdachts der Prostitution und des Menschenhandels"* eingeleitet.

Der offene Handel mit Frauen ist jedoch nur die Spitze des Eisberges. Auch normale Reisegesellschaften verkaufen ähnliche Reisen, nur daß die Frauen „nach Gebrauch" nicht mitgenommen werden können.

Der Handel mit Frauen beschränkt sich nicht nur auf Thailand:

- Interpol in Paris hat Berichte über Vorkommnisse in 17 Ländern gesammelt. In Hongkong wurden voriges Jahr 148 Frauen auf offener Straße eingefangen und in Bordelle gezwungen („Abendpost", 18.4.76).
- Aus Thailand bringen wohlorganisierte Schwindlerbanden Mädchen nach Hongkong, die hier von Heiratsvermittlern wohlhabenden Chinesen vorgestellt werden, die 7.500 bis 15.000 DM für eine Frau bezahlen. Nach einigen Wochen eines gemeinsamen Lebens laufen die Mädchen davon. Einige der Mädchen sind bereits mehrere Male nach Hongkong gekommen und haben jedesmal einen anderen chinesischen Junggesellen „geheiratet" (nach „FR", 29.12.75).
- Prognose einer Londoner Gesellschaft: *„Die Lieferung europäischer Frauen an Kunden in Nahost wird voraussichtlich zunehmen"* („Abendpost", s.o.).
- In einem Land des vorderen Orients werden Mädchen, die vor der Ehe ihre „Jungfräulichkeit" verloren haben, in staatliche Bordelle gezwungen. Sie können nur frei kommen, wenn sie einen Heiratsantrag erhalten („Abendpost").
- In Frankfurt nahm die Kripo die Ermittlungen gegen mehrere Deutsche auf, die einem 21jährigen Thai-Mädchen den Paß abgenommen und sie auf den Strich gezwungen hatten. Die Frau wechselte mehrfach für Beträge um 5.000 DM den „Besitzer" („Abendpost").
- Eine weitere Variante, die ebenfalls in Frankfurt praktiziert wird: Gangster machen Mädchen rauschgiftsüchtig und lassen sie dann „anschaffen".
- *„Sklavinnen durch Heirat werden zur Ehe mit einem Mann gezwungen, der dafür an die Eltern zahlt. Er kann sie weiterverkaufen und bei seinem Tod geht sie auf den Erben über"* („Abendpost").
- *„Mädchenhändler haben 13 bis 15jährige Schülerinnen aus Belgien als Prostituierte nach Afrika verkauft. Mit Geld, Rauschgift und Vergewaltigung"* wurden die Mächen gezwungen („Hamb. Morgenpost", 6.4.76).
- Auch der westdeutsche Klerus ist sich nicht zu schade zum Menschenhandel: Unter der Überschrift *„Deutsche Gemeinde spendet für den Kauf einer Pfarresfrau"* war folgende Meldung zu finden: *„Der Afrikaner Nbishe Bishi, einer der ersten evangelischen Geistlichen in Uganda, hat Kummer: Ihm fehlt eine tüchtige Pfarresfrau. Er hat nicht das Geld, um sie sich nach Landessitte kaufen zu können. Mit einer bislang ungewöhnlichen Missions-Hilfe. will ihm deshalb die Kölner Gemeinde Pulheim helfen, die er im Jahre 1974* *heim helfen, die er im Jahre 1974* *für einige Wochen besucht hatte"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25.6.76).

Kampf dem internationalen „modernen" Sklavenhandel und seiner rassistischen Verherrlichung durch die westdeutsche Bourgeoisie!

Nach Berichten der KB/Frauengruppen Göttingen, Flensburg und Hannover – Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg

Menschenhändler Jensen droht mit Anzeige

Am 1.September erhielt die Verantwortliche der Flensburger Frauengruppe einen Brief von Menschenhändler Jensen:

„Sehr geehrte Damen, wie ich feststellen mußte, verteilten Sie ein Flugblatt mit der Überschrift ‚Legt den Menschenhändlern das Handwerk!' Im Text dieses Flugblattes bezeichnen Sie mich zweimal als einen Menschenhändler. Ich fordere Sie auf, diese Behauptung öffentlich zurückzunehmen und sich zu entschuldigen, indem Sie Ihre Entschuldigung in den Hauptblättern a) des „Flensburger Tageblattes", b) der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung" bis spätestens am 4. September 1976 einsetzen. Ihre Behauptung ist rufmordend, beleidigend und vor allem präjudizierend. Noch bin ich nicht verurteilt, und so wie die Sache steht, wird eine Verurteilung wegen Menschenhandels wohl nicht erfolgen. Sollte ich nicht feststellen, daß Sie Ihre Behauptung zurückgenommen und sich in der o.a. erbetenen Form entschuldigt haben, werde ich Strafantrag stellen..."

Rotzfrech verläßt sich dieser Sklavenhändler auf die bürgerlichen Gerichte. Nicht nur, daß er sicher davon ausgeht, nicht wegen Menschenhandels verurteilt zu werden, sondern die Frauen sollen sich auch noch bei ihm „entschuldigen"! Doch das wird von den Frauen nicht hingenommen werden.

Frauenkommission KB/Gruppe Flensburg

Verurteilt wegen Verstoß gegen den § 218

Bremen: Vor dem Amtsgericht Bremen fand am 15.10.76 der Prozeß gegen eine Frau statt, weil sie gegen den § 218 verstoßen hatte. Sie soll die Adresse einer „Engelmacherin" weitergegeben haben.

Die Initiativen gegen den § 218 und der KBW hatten zu einer Protestkundgebung vor und in dem Gerichtsgebäude aufgerufen. (Auf die von den KBW-Strategen ausgegebene närrische Parole, den Prozeß zu „verhindern", werden wir an dieser Stelle nicht eingehen. Zu dieser sich in letzter Zeit häufenden Art von Kamikaze-Aktionen des KBW werden wir im nächsten ARBEITERKAMPF ausführlich Stellung nehmen).

Vor dem Eingang des Amtsgerichtes hatten sich knapp 100 Leute versammelt, die Transparente trugen und Parolen riefen. Die Bullen gingen unwahrscheinlich brutal gegen diese Kundgebung vor: sie ließen ihre Hunde frei und voll auf die Leute los. Sie sprühten mit „Chemical mace", schafften es aber nicht, die Kundgebung aufzulösen. Mit Verstärkung drängten sie die Versammelten auseinander, knüppelten wie wild um sich und verfolgten Einzelne 100 Meter weit, um sie dann zusammenzuschlagen.

Mit dem richtigen Vorgeschmack konnte man auf Umwegen (der Eingang war versperrt), zu dem Gerichtssaal gelangen, in dem der Prozeß stattfinden sollte.

Auch hier überall Bullen in Kampfkleidung. Wer reinwollte, mußte seinen Ausweis vorzeigen und sich einer Taschen- und Körperkontrolle unterziehen. Die 36 Zuhörer (mehr Plätze waren nicht vorhanden) standen unter ständiger Beobachtung des Gerichtsdieners, der mit einem Gummiknüppel ausgerüstet war! Es sollte gleich klar sein: wer aufmuckt, fliegt raus. Das passierte dann zweimal, indem Bullen sich zwischen die Zuschauer schoben, um die „Störer" brutal rauszuzerren. Ebenso erging es einem Genossen, der an die Holzbarriere „Weg mit dem § 218 – Volksentscheid" schrieb.

Worum ging es in diesem Prozeß?

Die Angeklagte soll in mehreren Fällen – nachgewiesen wurden ihr zwei – die Adresse einer „Engelmacherin" vermittelt haben. Sie soll dafür DM 50,– angenommen haben. Zur Angeklagten ist zu sagen, daß sie sieben Kinder hat, in einer 2 1/2 Zimmer-Wohnung lebt (mit den sieben Kindern) und Sozialhilfeempfängerin ist. Ihr türkischer Verlobter wurde in die Türkei abgeschoben, sie muß allein zurechtkommen.

Vor diesem Hintergrund erweist sich der Vorwurf des Richters, sie habe aus „Gewinnsucht" und „Geldgier" gehandelt, als übler Zynismus.

Sehr schnell wurde der Prozeß von dem Ausgangspunkt der „Beihilfe" zur Abtreibung auf die Frage eingeengt, ob die Angeklagte Geld für die Vermittlung gefordert hat oder nicht.

Die Zeugen – zwei türkische Frauen mit Mann bzw. Vater – sagen gegen sie aus, aber sie verwickeln sich bei Fragen des Verteidigers in Widersprüche, die recht deutlich machen, daß die Türken unter Druck gesetzt wurden. Bei den Ausländergesetzen in der BRD dürfte es ziemlich leicht sein, ausländischen Kollegen Angst um Arbeitsplatz und Aufenthaltsgenehmigung zu machen, zumal diese Zeugen selbst auf der Anklagebank gesessen hatten wegen der Abtreibungen! Interessant an der Sache ist, daß ihre Prozesse vorgezogen und eingestellt wurden. Erst dadurch bestand die Möglichkeit, daß sie in diesem Prozeß als Zeugen aussagen würden. Vorher hätten sie die Aussage verweigern können, um sich nicht selbst zu belasten.

Übrigens hat nicht etwa eine der türkischen Frauen Anzeige erstattet, sondern der Chefarzt des Rot-Kreuz-Krankenhauses, in das beide Frauen nach dem Eingriff gegangen waren, da Komplikationen auftauchten. Der Arzt verstieß gegen die ärztliche Schweigepflicht und rief die Bullen an, noch während die eine Türkin behandelt wurde!

Die Angeklagte hat diesen Arzt verklagt!

Sauber – kann man da nur sagen.

Der Staatsanwalt und vor allem der Verteidiger wiesen in ihren Plädoyers darauf hin, daß angesichts der miesen Situation, in der sich die Angeklagte selbst befindet, von „Gewinnsucht" wohl keine Rede sein kann, während dieser Fiesling von Richter der Frau „Ausbeutung" vorwarf, und weiter: *„Der Staat hat die Verpflichtung übernommen, bestehendes Leben zu schützen, deshalb kann nicht jeder an jedem eine Abtreibung vornehmen"* und dann malt er aus, was alles passieren kann, wenn... Dann stünde die Angeklagte heute vielleicht wegen Totschlag vor Gericht. Bei dieser Vorstellung gerät er geradzu in Extase!

Die Angeklagte wird schließlich verurteilt zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen a DM 5,–, also DM 450,–, die in Raten von DM 25,– zu zahlen sind. Der Verlauf dieses Prozesses machte sehr deutlich, wie „Verstöße" gegen den § 218 geahndet werden und daß auch in Zukunft mit Bestrafung und Verfolgung zu rechnen ist. Von Reform keine Spur!

Arbeitsgruppe Frauen
KB-Gruppe Bremen

Taschen- und Körperkontrolle unterziehen. Die 36 Zuhörer (mehr Plätze waren nicht vorhanden) standen unter ständiger Beobachtung des Gerichtsdieners, der mit einem Gummiknüppel ausgerüstet war! Es sollte gleich klar sein: wer aufmuckt,
gesessen hatten wegen der Abtreibungen! Interessant an der Sache ist, daß ihre Prozesse vorgezogen und eingestellt wurden. Erst dadurch bestand die Möglichkeit, daß sie in diesem Prozeß als Zeugen aussagen würden. Vorher hätten sie die Aus-
strafung und Verfolgung zu rechnen ist. Von Reform keine Spur!
Arbeitsgruppe Frauen
KB-Gruppe Bremen

England:

Erneute Verschärfung des Abtreibungsgesetzes geplant

In einem Bericht des Parlaments-Ausschusses für Abtreibung (vorgelegt am 28.7.76) werden Einschränkungen gegenüber dem Abtreibungsgesetz von 1967 gefordert. Erklärtes Ziel der „Vorschläge" ist es, das Recht der Frau auf legale und sichere Abtreibung einzuschränken – entweder, indem der Weg zu einer legalen Abtreibung erschwert wird, oder indem ein neues verschärftes Abtreibungsgesetz vorgelegt wird.

Die Vorschläge des Berichts enthalten im wesentlichen:

- Es wird organisatorisch getrennt zwischen Beratungszentren und Kliniken, d. h. die Kosten für beide Einrichtungen werden höher, was bei der gegenwärtigen „Spar"-Politik nur bedeuten kann, daß die Möglichkeiten zur Abtreibung eingeschränkt werden.
- In Zukunft soll jede Frau, die eine Abtreibung wünscht, sich zwangsberaten lassen beim NHS (national health service = Nationaler Gesundheitsdienst), ungeachtet der Tatsache, daß dieser Dienst nur in einem sehr begrenzten Umfang besteht. Da gleichzeitig im Rahmen der „Spar"-Politik im sozialen Bereich noch Kürzungen beim NHS anstehen, würde *„die Verwirklichung dieses Vorschlags zu einer Verringerung der Zahl der Abtreibungen führen"*.
- Schon bei der Erarbeitung des Abtreibungsgesetzes von 1967 war geplant, das Recht auf Abtreibung durch ein offizielles Gutachten zu erschweren. Damals fallen gelassen aufgrund des offensichtlichen Mangels an Gutachtern, soll dieser Plan jetzt verwirklicht werden, obwohl es immer noch zuwenig Gutachter gibt.
- Abtreibungen sollen nur noch innerhalb einer bestimmten Frist möglich sein. Die britische Humanisten-Vereinigung stellt dazu fest, daß *„diese Regelung gegen die gerichtet sei, die am meisten Hilfe benötigen"* und urteilt, *„daß in dem Bericht die Abtreibung ganz allgemein abgelehnt"* würde (alle Angaben aus „Morning Star" –KP–, 28.7. und „Times", 2.8.).

Es bleibt abzuwarten, ob dieser Angriff auf das Recht der Frau auf den gleichen Widerstand trifft wie die „Reform"-Vorschläge von 1975. Damals war vorgesehen, die „soziale Indikation" stark einzuschränken; der Arzt sollte für die gestellte Indikation die Beweislast vor Gericht tragen. In dem Entwurf war eine Genehmigungspflicht für Schwangerenberatung vorgesehen, sowie das Abtreibungsverbot für Ausländerinnen, wenn sie nicht mindestens 20 Monate in England gelebt haben.

Nach einem Leserbrief aus Pforzheim.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Holland in Not?
Debatte um neues Abtreibungsgesetz
In Den Haag demonstrierten am 11.9. (nach Angaben der Polizei) 15-20.000 Menschen gegen eine frei-
zugeben, die über Leben und Tod entscheiden wollen" („De Telegraaf", 13.9.76).

Holland in Not? Debatte um neues Abtreibungsgesetz

In Den Haag demonstrierten am 11.9. (nach Angaben der Polizei) 15-20.000 Menschen gegen eine freiere Handhabung der Abtreibung, über die in dieser Woche von der Zweiten Kammer beraten wird.

Organisiert wurde die reaktionäre Formierung der Abtreibungsgegner von der Stiftung „Recht ohne Unterschied". Ihr Anführer, Pater Koopman, erklärte nach der Demonstration, er und seine Stiftung würden *„weiterhin mit Aktionen gegen Kindermord vorgehen, um Holland zu retten"* („De Telegraaf", 13.9.76).

Mit diesen Aktionen wird in die gleiche Kerbe gehauen wie in der BRD, als die reaktionäre Pfaffen-Formierung „Recht auf Leben" Anti - Abtreibungsdemonstrationen durchführte, um das „Aussterben der Deutschen" zu verhindern.

Diese Anti-Abtreibungsdemonstration in Den Haag war die bisher größte ihrer Art in den Niederlanden. Der Demonstrationszug – mit einer Totenglocke an der Spitze – endete vor dem Justizministerium, wo eine Petition übergeben wurde, in der Regierung und Parlament aufgefordert werden, *„nicht denjenigen nachzugeben, die über Leben und Tod entscheiden wollen"* („De Telegraaf", 13.9.76).

Eine Gegendemonstration, die ursprünglich angekündigt worden war, fand nicht statt. Es klebten jedoch am Morgen des 11.9. überall in Den Haag Plakate, auf denen die Freigabe der Abtreibung gefordert wurde.

Inzwischen hat die Mehrheit der Holländischen Abgeordnetenkammer sich für die „Legalisierung der Abtreibung" ausgesprochen. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß Abtreibung ohne „Fristenlösung" erlaubt ist. Die Frau soll nach „Beratung" mit dem Arzt selbst über einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden können.

Ein Zusatzantrag, der festlegen sollte, daß Ärzte „in Gewissensnot" nicht verpflichtet seien, bei einer Abtreibung mitzuwirken und die Frau an einen anderen Arzt zu überweisen, wurde abgelehnt.

Das letzte Wort ist allerdings noch nicht gesprochen.

Niederlande-Kommission
und Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frauenzentrum Osnabrück auf falschen Wegen

Das Frauenzentrum Osnabrück hat einen Beschluß gefaßt, daß seine Untergruppen nicht mehr selbstständig entscheiden dürfen, mit wem sie zusammenarbeiten. Entzündet hatte sich die Debatte auf dem Plenum, weil eine Untergruppe zusammen mit dem KB eine Veranstaltung gemacht hatte und dies auch so auf dem Aufrufflugblatt stand. Zwar soll es nicht verboten sein, mit uns zu diskutieren, aber bitte nur mit einzelnen Frauen vom KB als Individuen, die eben eine bestimmte Meinung vertreten. Nach außen dringen darf eine solche Zusammenarbeit aber nicht! Fakt ist aber, daß wir dort nicht unsere individuelle Meinung vertreten, sondern die gemeinsam von unserer Organisation erarbeitete.

Es wurde argumentiert, daß die „Parteiungebundenheit der Frauenbewegung" dann gefährdet sei und – besonders raffiniert den linken Frauen gegenüber – daß man es ja nicht hinnehmen könne, daß eine Untergruppe mit z.B. der CDU zusammenarbeitet. Allerdings nicht! Aber das doch auf der Grundlage, daß die CDU sich als offen frauenfeindlich leicht erkennen läßt und wegen dieser I n h a l t e es tatsächlich abgelehnt werden muß, als Frauenzentrum damit irgendwie in Verbindung gebracht zu werden. Um genau diese Inhalte wurde aber gar nicht diskutiert. Weder, was vom KB auf der Frauenveranstaltung gesagt worden ist, noch was wir in unserer Presse und Politik vertreten, wurde kritisiert. Es war einzig eine formale Frage, wobei bei einigen Frauen ganz handfester Anti-Kommunismus dahintersteckt. Zu der Veranstaltung konnten über 70 Menschen mobilisiert werden, ebenso zeigte sich an einem Informationstisch reges Interesse, der ebenfalls von dieser Untergruppe zusammen mit dem KB in der Innenstadt gemacht worden war.

Dem Frauenzentrum muß dagegen vorgeworfen werden, daß es seit langem keine Öffentlichkeitsarbeit mehr macht. Ein wesentlicher Grund dafür ist, daß es so gut wie keine Auseinandersetzung zu den anstehenden Frauenfragen gibt. Natürlich kann man sich seine Vielseitigkeit dadurch erhalten, daß man überhaupt keine Stellung bezieht. Aber eine praktische Arbeit läßt sich auf solcher Grundlage nicht entfalten. Das Prinzip der Ungebundenheit von einer bestimmten Partei oder Gruppe für ein Frauenzentrum ist völlig richtig und wird von uns auf keinen Fall in Frage gestellt. Das heißt aber nicht, daß aufgrund der Übereinstimmung in einzelnen Punkten eine Aktionseinheit mit solchen Parteien oder Gruppen abgelehnt werden kann. „Nur gemeinsam sind wir stark!", heißt doch auch, einen K am p f um solche Gemeinsamkeit zu führen! Und da muß man bei sich selbst beginnen. Ein Frauenzentrum sollte einzig und allein die Frage stellen: was nützt den Frauen, was ist gegen ihre Interessen? und danach urteilen und Beschlüsse fassen. Kommt man aufgrund solcher Diskussionen zu Übereinstimmung und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, muß man dies auch in der Öffentlichkeit ehrlich vertreten. Leider sind die Beschlüsse des Frauenzentrums momentan auch schon deshalb fragwürdig, weil es immer darauf ankommt, wer gerade zum Plenum erscheint und bei der nächsten Sitzung können die Mehrheiten ganz anders aussehen. Wir hoffen jedenfalls, daß sich die Untergruppen nicht einschüchtern lassen und auf einer politischen Diskussion zu der Frage bestehen!

Mildes Urteil gegen Frauenfeinde

„Studentin hält jungen Schlägern Standpauke", unter dieser Überschrift berichtete die „Westdeutsche Zeitung" („WAZ") vom 29.9.1976 über die Gerichtsverhandlung zum Überfall auf den Bochumer Frauenladen. Damals waren drei junge Männer dort eingedrungen und hatten die zu einer Arbeitsgruppe versammelten sieben Frauen brutal zusammengeschlagen (siehe AK 76).

Die Verhandlung wurde von der Bochumer Frauengruppe genutzt, den Überfall als Gewaltakt gegen Frauen zu charakterisieren, wie er täglich vorkommt: *„Es geht uns weniger um die Bestrafung einzelner Bösewichter. Wir kämpfen gegen Diskriminierung, die bei Vergewaltigungen, im Sexrummel und bei der Frau als Prügelobjekt brutaler Männer offen zutage tritt"*.

Zwei der Männer wurden zu Haftstrafen auf Bewährung zwischen drei und vier Monaten sowie zur Zahlung einer Geldbuße in Höhe ihres monatlichen Lohns, der dritte nur zu einer Geldstrafe verurteilt.

Die Geldbußen werden – wie von der Frauengruppe Bochum vorgeschlagen – dem Kölner Verein „Frauen helfen Frauen" (eine Frauenhausinitiative) zur Verfügung gestellt.

Frauengruppe
KB/Gruppe Bochum

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 18.500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents
In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag ARBEITERKAMPF enthalten.

Hetzkampagne gegen fortschrittliches Kindertheater!

Kurz vor den Bundestagswahlen sollte in der rheinischen Kleinstadt Bergisch-Gladbach die Berliner Kinderbühne Rote Grütze mit ihrem Aufklärungsstück „Darüber spricht man nicht" auftreten.

Die Gruppe hatte bei einem Theatertreffen im letzten Jahr den 1. Preis gewonnen. Als die Aufführung kurz bevorstand und vom zuständigen Kulturamt bereits 1.500 Einladungen an die Grundschulen verschickt worden waren, trat die örtliche CDU auf den Plan. Sie forderte, die Aufführung dürfe nur nachmittags sein. Außerdem sollte Eintritt gezahlt werden und die Eltern der Schüler müßten ihre Einwilligung geben. Gleichzeitig mobilisierten die ortsansässigen Reaktionäre den vorhandenen Antikommunismus und versahen das Stück mit dem Stempel „obszön, klassenkämpferisch, aufwieglerisch." Die zuständige Kulturamtsleiterin wurde als „rote Ursula" und als „Verführerin unschuldiger Kinderseelen" diffamiert. Ein Dominikanerpater, der sich für die Aufführung eingesetzt hatte, wurde vom CDU Wahlkampfleiter aufgefordert, sich „von jeglichem positiven Urteil über die ‚Rote Grütze' zu distanzieren" andernfalls würde man die Kirche gegen ihn mobilisieren, was auch prompt geschah: Vor der Priestervereinigung wurde der Mönch gefragt, ob er „unsittliche Stücke" befürwortet hätte.

Erreicht wurde von den Reaktionären, daß viele Eltern die Einladung ablehnten. Mehrere Schulleiter und Lehrer reichten die Einladung gar nicht erst an die Eltern weiter. Von 120 bereits eingegangenen Zusagen wurde ein großer Teil wieder zurückgezogen. Da das Theaterstück als Frage- und Antwort-Spiel gedacht ist und von der Mitwirkung der Kinder lebt, ist die Aufführung überhaupt in Frage gestellt.

Roter Kaktus
KB/Gruppe Flensburg

Patricia Hearst als Kronzeugin

Die für die amerikanische Justiz sehr brisante Angelegenheit der Millionärs-Tochter und „Terroristin" Patricia Hearst scheint jetzt ausgekungelt zu sein.

Die Brisanz hatte die Geschichte deshalb, weil das Gericht hier zwei verschiedenen Interessen zu dienen hatte: Einmal den Reichen und Mächtigen der USA – und die Hearsts als Zeitungszaren sind sehr mächtig – die bewährten guten Dienste zu leisten, was in diesem Fall mit der „Staatsräson" kollidierte, da „Terroristen" natürlich gnadenlos bekämpft werden müssen.

Man hat sich gekonnt aus der Affäre gezogen. Erst wurde Pat zur „Abschreckung" zu 35 Jahren verknackt, dann kam nach halbjähriger „psychiatrischer Untersuchung" (die besten Spezialisten wurden bemüht und es muß sich gelohnt haben) das Urteil sieben Jahre. Die U-Haft-Zeit wird angerechnet, nach Verbüssen von einem Drittel der Strafe ist die Freilassung möglich. Und daß sie auch sehr wahrscheinlich ist, zeigt die neueste Entwicklung: Pat „packt aus"! Sie tritt als Belastungszeugin im Prozeß gegen das Ehepaar auf, das sie entführt haben soll. Da wird man sich dankbar zeigen...

afrika aktuell

Zimbabwe – Zwischen „Genfer Konferenz" und Volksbefreiungskrieg

Nachdem der US-Imperialismus auf die großen Erfolge des zimbabwischen Befreiungskampfes mit der Vorlage des sogenannten Kissinger-Plans reagierte (er wurde von schwarzafrikanischer Seite inzwischen überwiegend abgelehnt), konzentrieren sich nunmehr die diplomatischen Aktivitäten der englischen Kolonialmacht vor allem auf die Einberufung einer Konferenz in Genf zur Bildung einer sogenannten „gemischtrassigen Übergangsregierung". Alle englischen Manöver sind mit dem US-Imperialismus über deren Staatssekretär Schaufele direkt abgesprochen. Wenn auch im Vorfeld dieser geplanten Konferenz der Kissinger-Plan von den Imperialisten aus taktischen Gründen zunächst beiseite geschoben wurde nach dem Motto: über alles läßt sich verhandeln, so ist es doch nach wie vor das Ziel dieser Kreise, die wesentlichen politischen Ziele des Kissinger-Plans durchzusetzen. Der Kissinger-Plan sieht u. a. eine „Übergangsregierung" vor, die zum Stop des Befreiungskampfes führen soll und in der die Weißen ein Vetorecht und die Herrschaft über Armee und Justiz ausüben (vgl. AK 90, S. 26). Er zielt längerfristig auf die Einführung neokolonialistischer Verhältnisse in Zimbabwe, unter denen die weiße und z.T. auch schwarze „Elite" keiner ihrer Rechte und Privilegien verlustig gehen soll. Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen dieses Plans ist die Spaltung des afrikanischen Lagers, dessen relative Einheit ohnehin nicht auf gemeinsamen Klasseninteressen fußt. Nach dem Willen der Imperialisten soll die Genfer Konferenz, die für den 25. Oktober von England angesetzt wurde, die Fortsetzung dieser mit dem Kissinger-Plan eingeschlagenen Marschroute bringen.

England: der neutrale Makler?!

Nur wenige Tage nach der Veröf-

England: der neutrale Makler?!

Nur wenige Tage nach der Veröffentlichung des Kissinger-Plans begannen die US- und England-Unterhändler Schaufele und Rowland eine Serie von Gesprächen im südlichen Afrika. Die Kontakte mit dem ZAPU-Führer Nkomo – eine der großen Hoffnungen Kissingers – bezeichnete Rowland immerhin als *„sehr gut"* („Frankfurter Rundschau", 1.10.). Auch die Rückkehr des abgehalfterten ANC-Führers Muzorewa nach Salisbury, um sich dort bei den Massen in Erinnerung zu bringen, ging auf Gespräche mit Rowland/Schaufele zurück („Neue Zürcher Zeitung", 6.10.). Der englische Aussenminister Crosland formulierte die Linie bei den Gesprächsrunden im südlichen Afrika folgendermaßen: *„Es ist das wesentliche, die Konferenz erst einmal zu beginnen und eine Übergangsregierung einzusetzen"* („Times", 8.10.). „Details" sollte die Konferenz selbst klären ... Denn so wurde von der englischen Regierung mit Blick auf die afrikanischen Ablehner des Kissinger-Plans argumentiert, *„alle Einzelheiten über den Übergang von der jetzigen weißen Regierung zunächst zu einer multirassischen Übergangsregierung und dann zu einer schwarzen Mehrheitsregierung sollen von den Beteiligten selber ausgehandelt werden"* („Neue Zürcher Zeitung", 7.10.).

Die tansanische Regierung kritisierte diese „Schiedsrichterrolle" der englischen Imperialisten, die auf die Aufwertung des illegalen faschistischen Siedlerreimes als „gleichberechtigten Beteiligten" hinausläuft. England solle aufhören, das Smith-Regime als die legale Regierung von Rhodesien zu behandeln, denn *„England ist kein Schiedsrichter, England und die Nationalisten sind die Hauptparteien der Konferenz"* („Guardian", 1.10.). Mit der gleichen Stoßrichtung erhob der Generalsekretär der ZANU, Mugabe, die Forderung, daß die Smith-Delegation auf jede Eigenständigkeit verzichten und ein Bestandteil der britischen sein muß („Sunday Telegraph", 10.10.76).

Was wirklich von der betont zur Schau gestellten „Neutralität" und „Flexibilität" der englischen Regierung zu halten ist, verrät die „besorgte Warnung" des Außenministers Crosland für den Fall des Scheiterns der Konferenz, die als Drohung gegenüber den Befreiungskämpfern im ganzen südlichen Afrika aufgefaßt werden muß: *„Wenn diese Initiative scheitert, wird der Krieg eskalieren und zahlreiche Leben kosten. Zimbabwe wird in ein Chaos stürzen und auseinandergerissen werden, und dies gilt ebenfalls für die umliegenden afrikanischen Staaten. Die Südafrikaner werden auf der einen Seite intervenieren und die Cubaner (!) vielleicht auf der anderen Seite"* („Times", 8.10.).

Das begreifliche Interesse der englischen Imperialisten an einem Übergewicht der „gemäßigten Kräfte" geht aus der Konferenz-Einladung hervor. Sie umfaßt auf der einen Seite Smith und seine Spießgesellen und auf der anderen Seite Nkomo (ZAPU), Muzorewa (ANC) und Mugabe (ZANU), wobei zumindest die ersten beiden recht eindeutig zu den „kompromißbereiten" Kräften gerechnet werden müssen.

Die Taktik der englischen Regierung läuft also auf eine schnelle Durchführung der Konferenz mit einem Übergewicht der opportunistischen Führer von ANC und ZAPU hinaus, um dann die Konferenzentscheidungen –sollten sie im Sinne der Imperialisten ausfallen, z.B. Stop des Befreiungskampfes – als Garantiemacht mit allen Mitteln inklusive militärischer Intervention und Aufhebung der formell bestehenden Blockade durchzusetzen. Gleichzeitig wird das illegale Siedlerregime in eine „gleichberechtigte" Verhandlungsposition gehievt, um eine Kontrollfunktion für Smith während der angestrebten Übergangszeit zu ermöglichen.

Smith:
So teuer wie möglich verkaufen

Smith: So teuer wie möglich verkaufen

Die Taktik der weißen Faschisten, die erst am vorletzen Wochenende zwanzig Schwarze erschossen haben, (siehe „Süddeutsche Zeitung", 13.10. ist im Vorfeld der Konferenz unzweideutig: Der Kissinger-Plan läge als Ganzes nach wie vor auf dem Tisch und müsse als „Paket" verhandelt werden. Jede Bedingung für die Abhaltung der Konferenz (siehe unten) von afrikanischer Seite wird strikt abgelehnt. Vor allem wies Smith die Forderungen zurück, Armee und Justiz im Rahmen einer Übergangsregierung an Schwarze zu übergeben: *„Es gibt in diesem Punkt kein wenn und aber, das ist Bestandteil der Übereinkunft, und wir werden ganz gewiß daran festhalten"* („Süddeutsche Zeitung", 12.10.). Für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen „drohte" Smith damit, eine Regierung mit „gemäßigten" afrikanischen Kreisen im Alleingang zu bilden. Mit diesen „gemäßigten Schwarzen" meint Smith offenbar Kollaborateure vom Schlage des „Rats der Häuptlinge", die den Kissinger-Plan vorbehaltlos gebilligt haben („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 7.10.).

Manöver dieser Art haben aufgrund ihrer total fehlenden Massenbasis erfahrungsgemäß keine Auswirkungen auf den Fortgang des Befreiungskrieges. Das wissen auch die Imperialisten sehr genau. Wahrscheinlicher ist daher, daß Smith auf der Konferenz zu gewissen „Konzessionen" bereit ist.

Smith selbst wird die Delegation der weißen Faschisten anführen. Gegen die Teilnahme der Faschisten hatten sich unmißverständlich die fünf „Front-Staaten" (Mosambik, Angola, Sambia, Tansania und Botswana) gewandt, die in Lusaka erklärt hatten, die Konferenz solle *„die echten und rechtmäßigen Vertreter des Volkes* (von Zimbabwe) *zusammenführen"*. Die Teilnahme einer selbständigen Delegation des Smith-Regime an der Konferenz wäre ein diplomatischer Erfolg der vom gesamten Schwarzafrika als „illegales Rebellenregime" abgelehnten Rassisten.

Die schwarzen Opportunisten: Verhandeln um jeden Preis

Die Einladung der englischen Imperialisten hat Nkomo (ZAPU) mit der sofortigen Bildung einer 18-köpfigen Delegation beantwortet. Sie umfaßt u.a. den ehemaligen rhodesischen Premierminister Todd, der zwischen 1953 und 1958 die Geschäfte des britischen Imperialismus in Rhodesien leitete und an der Unterdrückung des Volkes in führender Position beteiligt war! ...

Nkomo hatte am 9.10. mit dem ZANU-Generalsekretär Mugabe eine „Patriotische Front" vereinbart, die sechs Voraussetzungen für die Teilnahme an der Konferenz (u.a. Freilassung aller politischen Häftlinge, siehe unten) festlegte und die Entsendung einer gemeinsamen Delegation vorsah. Nkomo war dieser „Patriotischen Front" beigetreten, weil er angeblich einen *„Bürgerkrieg"* (!) gegen dung einer gemeinsamen Delegation vorsah. Nkomo war dieser „Patriotischen Front" beigetreten, weil er angeblich einen „Bürgerkrieg" (!) gegen die progressiven Kräfte – den er offenbar bereits jetzt ins Auge faßt – vermeiden will („Guardian", 8.10.).

Eine Woche später war das Abkommen mit Mugabe das Papier nicht wert, auf dem es formuliert worden war. Denn nur einen Tag später bereits verließ Nkomo die vereinbarten Positionen, als er in Bulawayo (Zimbabwe) erklärte, diese Forderungen wären *„keine Vorbedingungen"*, sondern nur *„Taktieren im Vorfeld der Konferenz"* („Süddeutsche Zeitung" 12.10.76).

Ein weiterer eingeladener Opportunist ist Muzorewa, der auf dem Papier den alten ANC, in Wirklichkeit aber auch nur seine individuellen Interessen vertritt. Muzorewa hatte nur wenige Tage nach Bekanntwerden des Kissinger-Plans seine Bereitschaft bekundet, an jeder (!) Konferenz über eine schwarze Mehrheit teilzunehmen („Guardian", 1.10.). Er hatte nach eigenen Angaben *„sehr konstruktive"* Gespräche mit dem englischen Staatssekretär Rowland und versicherte kurz darauf den weißen Faschisten in Salisbury: *„Alle Weißen, die akzeptieren, mit den*

ZIPA-Vertreter Tanganeropa präsentiert britische Waffen, die den rhodesischen Faschisten abgenommen wurden.

Schwarzen zu leben (fragt sich nur wie – AK) *werden zu hundert Prozent akzeptiert werden!"* („Le Monde", 5.10.). Bei seinem Besuch in Salisbury Anfang Oktober wurde Muzorewa von ca. 100.000 Demon- zent akzeptiert werden!" („Le Monde", 5.10.). Bei seinem Besuch in Salisbury Anfang Oktober wurde Muzorewa von ca. 100.000 Demonstranten empfangen, die laut ihre Unterstützung für die ZIPA bekundeten („Guardian", 4.10.), wohl wissend, daß Muzorewa mit der ZIPA keine Verbindungen hat und daß die ZIPA in scharfer Opposition zu allen Opportunisten steht.

Der ehemalige ZANU-Präsident Sithole, wegen Unfähigkeit und Korruption von der ZANU-Basis abgesetzt, hat kaum noch eine politische Bedeutung und wurde von der englischen Regierung nicht zur Konferenz eingeladen. Um sich dennoch wieder ins Geschäft zu bringen, hat er sich von den wenigen letzten Getreuen auf einer sogenannten „ZANU-Sonderkonferenz" – ausgerechnet in Lusaka (Sambia) – zum „Präsidenten" ernennen lassen, der seine Organisation in Genf vertreten soll. Nach einem 45-minütigen Gespräch mit Nyerere von Tansania behauptet Sithole nun, Nyerere habe ihn informiert, daß eine diplomatische Note nach England mit der Forderung geschickt worden sei, ihn ebenfalls an den Genfer Verhandlungen teilnehmen zu lassen (nach „Guardian", 15.10.). Man wird sehen ...

Mugabe (ZANU): Sechs Bedingungen für die Konferenz

Die ZANU befindet sich nach Äußerungen ihres Generalsekretärs Mugabe nach den schweren Rückschlägen wegen der Teilnahme an den Sambesi-Gesprächen mit Smith 1974 im Wiederaufbau und soll ihre ursprüngliche Geschlossenheit wieder erreicht haben („Kommunistische Volkszeitung", 7.10.). Mugabe hat im Namen der ZANU den Kissinger-Plan total abgelehnt. Das gilt in gewisser Weise auch für die Genfer-Konferenz insoweit, als Mugabe keine Debatten darüber führen will, *„wieviel Macht an uns übergeben werden soll und wieviel in den Händen der weißen Siedler bleiben soll"* (ebenda). Mugabe fordert eine sofortige Mehrheitsregierung, die in einer Übergangsphase von nicht länger als zwölf Monaten die vollständige Unabhängigkeit erreichen soll. Alles andere sei *„unannehmbar"*. Bis zur Erfüllung dieser Forderungen soll der bewaffnete Kampf fortgesetzt werden.

In diesem Sinn hat Mugabe wich- tige Forderungen aufgestellt, von der bewaffnete Kampf fortgesetzt werden. In diesem Sinn hat Mugabe wich- tige Forderungen aufgestellt, von deren Erfüllung er eine Teilnahme an der Konferenz abhängig macht. Es gelang ihm, auch Nkomo (allerdings für nicht länger als 24 Stunden) im Rahmen der „Patriotischen Front" auf diese sechs Punkte zu verpflichten:

1. Freilassung aller politischen Gefangenen und Verbannten,
2. Abschaffung der „geschützten" Dörfer, die nach Vietnam-Vorbild errichtet worden waren,
3. Aufhebung des Ausnahmezustandes,
4. Generalamnestie für alle politischen Verfahren und Freilassung der zum Tode verurteilten Freiheitskämpfer,
5. Volle freie politische Betätigung,
6. Ungehinderte Rückkehr aller Mitglieder der verschiedenen Befreiungsbewegungen nach Zimbabwe

(nach „International Herald Tribune", 11.10.76).

Im weiteren fordern Mugabe und Nkomo die Verschiebung der Konferenz um zwei Wochen. Mugabe hat darüberhinaus mehrfach erklärt, daß ohne die Übergabe von Armee und Justiz an schwarze Minister „kein gemeinsamer Ausgangspunkt" mit Smith für Verhandlungen existiert („Guardian", 12.10.).

Bislang hat Mugabe keine Bereitschaft erkennen lassen, auch nur im Ansatz der „Verhandeln-um-jeden Preis-Taktik" der Opportunisten zu folgen. Eine Beantwortung der Einladung für die Genfer Konferenz durch Mugabe lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

ZIPA: Ablehnung der Verhandlungen, Fortsetzung des bewaffneten Kampfes

Auf einer Pressekonferenz in Maputo (Mosambik) hat Genosse Machingura, der stellvertretende politische Kommissar der „Zimbabwischen Befreiungsarmee" (ZIPA) die Position der ZIPA zur augenblicklichen Phase des Befreiungskampfes dargelegt.

Fortsetzung Seite 28

Zukunft der Rassisten?

Die gegenwärtigen Pläne der Imperialisten für Zimbabwe sind getragen von der Sorge um ihre rhodesischen „Klassenbrüder". Dieses bestimmende politische Moment für die derzeitigen Aktivitäten der Imperialisten kommt in einem Interview der BBC mit Samora Machel (Mosambik) deutlich zum Ausdruck. Samora gibt die passende Antwort.

BBC: *„Was halten Sie von der Zukunft der Tausenden rhodesischen Weißen?"*

Machel: *„Warum sorgen Sie sich nicht um die Rhodesier insgesamt, sondern bloß um die Weißen? Warum denken Sie immer nur in weiß, weiß, weiß, in weiß und schwarz und schwarz und weiß. Jetzt sorgen Sie sich um das Schicksal der Kolonialisten in Zimbabwe, um die weiße Minderheit. Warum haben Sie sich nicht schon vor langer Zeit um das Schicksal der schwarzen Mehrheit gesorgt?*

Für Mosambik wenigsten kann ich antworten ... : Für Kolonialisten und jeden, dessen Glück das Unglück der Mehrheit ist, gibt es weder Zukunft noch Gegenwart. Und diese Leute sind nicht nur Weiße, sondern Menschen aller Rassen und Hautfarben, und ich könnte fragen: Was wurde mit den Reaktionären in China gemacht? Was geschah mit denen, die in Cuba die Reaktionäre waren? Wo sind sie hingegangen? Was geschah mit denen, die in der Sowjetunion oder wo auch immer die Reaktionäre waren? Was ist aus ihnen geworden? Wohin sind sie gegangen? Und waren sie schwarz oder weiß?" (nach „Tempo", Maputo, 10.10.76).

Fortsetzung von Seite 27

(Zur Funktion und Entwicklung der ZIPA selbst haben wir bereits im ARBEITERKAMPF Nr. 90, Seite 27 ein ausführliches Interview mit Machingura abgedruckt.)

Auf der Pressekonferenz wiederholte Machingura seine Äußerungen bezüglich einer politischen Eigenständigkeit der ZIPA, die heute mehr ist als nur der „verlängerte militärische Arm" von ZANU und ZAPU, wie dies von bürgerlichen Kommentatoren stets dargestellt wird (und früher vielleicht auch gewesen ist). Machingura: *„Die ZIPA ist eine revolutionäre Bewegung und ihre Umwandlung in eine politische Organisation ist ein unvermeidlicher Prozeß".*

Zum Plan einer gemischtrassigen Übergangsregierung äußerte sich Machingura wie folgt: *„Die Position der ZIPA ist völlige Ablehnung dieser (Kissinger-)Vorschläge. Wir lehnen diesen Plan als Ganzes und nicht etwa nur in Teilen ab. Das haben wir den Staatschefs der Anliegerstaaten bereits klar gemacht. Und gegenüber der sogenannten Interims- oder Übergangsregierung ist unsere Position: Wir sind nicht bereit, die Macht mit einem rassistischen, faschistischen und reaktionären Regime zu teilen." „Wir erkennen die englische Verantwortung, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, nicht an, weil die englische Regierung unserer Meinung nach eine Kolonialmacht ist und wir in Zimbabwe gegen den englischen Kolonialismus kämpfen. Und als Kolonialmacht hat sich Großbritannien in der zimbabwischen Geschichte stets als Feind der zimbabwischen Massen und der zimbabwischen Revolution erwiesen. (...) Heute beteiligt sie sich an der Verschwörung, die darauf abzielt, dem zimbabwischen Volk sein souveränes Recht auf eine vollständige und echte Unabhängigkeit zu nehmen. Deshalb können wir die englische Befugnis nicht anerkennen."*

Auf die Frage, ob die ZIPA Muzorewa und Sithole einschließt, wenn sie von der Einheit spricht, entgegnete Machingura: *„Wir lassen uns auf keine Politik der Persönlichkeiten ein. Darum identifizieren wir auch keine Individuen mit den Interessen des zimbabwischen Volkes!"*

Den Manövern der Genfer Konferenz will die ZIPA mit dem verstärkten bewaffneten Kampf begegnen: *„Was die Pläne der ZIPA für die nächste Zukunft betrifft, so bestehen sie darin, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, daß der bewaffnete Kampf verstärkt wird und daß wir unser Ziel, die Zerschlagung des Smith-Regimes, den Sturz des Smith-Regimes, erreichen. Wir wollen die Volksmacht errichten. Zu diesem Zweck müssen wir den Krieg intensivieren, um die Voraussetzungen für eine bedingungslose Übergabe der Macht an das zimbabwische Volk von seiten Smith' und der ihn unterstützenden imperialistischen Mächte zu schaffen."* (alle Zitate nach „Tempo", mosambikanische Monatszeitung, 10.10.76).

Eine ähnliche Position, die die Bedeutung des bewaffneten Kampfes für die Erlangung einer wirklichen Unabhängigkeit hervorhebt, vertritt Samora Machel (Mosambik). Er äußerte sich in einem BBC-Interview: *„Als Mosambikaner kann ich Ihnen insofern antworten, als der bewaffnete Kampf in Zimbabwe als der einzige Weg zur Erringung der Unabhängigkeit für das zimbabwische Volk eröffnet wurde. Die Erfahrung hat die kolonialisierten Völker gelehrt, daß der Feind stets versucht, seine Niederlagen mittels Machenschaften in Siege zu verwandeln. Nur die Weiterführung des bewaffneten Kampfes kann diese Machenschaften vereiteln. (...) An dem Tag, an dem der britische Kolonialismus die Modalitäten, Daten und feststehenden Fristen der Unabhängigkeit angeben kann, an dem Tag denke ich, wird auch der Kampf aufhören, denn sein wichtigstes Ziel, das auch die bewaffnete Austragung des Kampfes rechtfertigt, die Erringung der Unabhängigkeit für und durch das zimbambwische Volk, wäre dann erreicht."* (nach „Tempo", Maputo, 10.10.76).

Die ZIPA vertritt von allen afrikanischen Beteiligten den weitestgehenden Standpunkt, der sogar die Genfer Konferenz total ablehnt. Dieser Standpunkt geht über den der fünf „Frontstaaten" hinaus, der in der Erklärung von Lusaka niedergelegt wurde („Konferenz bei null beginnen"). Die absolute Ablehnung jeder Verhandlungen steht auch im gewissen Gegensatz zur Position der ZANU. Dies bekräftigt nur den politischen Anspruch der ZIPA, eine eigenständige politische Kraft zu sein, muß aber nicht notwendig eine totale Ablehnung der gegenwärtigen Taktik der ZANU beinhalten.

Da die ZIPA die „Schlüsselfigur" bei den gegenwärtigen diplomatischen Manövern ist, werden die Imperialisten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf der Genfer Konferenz – sofern sie stattfindet – keinen Stop des Befreiungskampfes mit kompetenten Delegierten verhandeln können.

Es besteht natürlich die Möglichkeit, daß die Imperialisten von den afrikanischen Opportunisten entsprechende Zusagen erhalten. Diese könnten dann als Legitimation für ein koordiniertes Vorgehen der Imperialisten gegen den revolutionären Teil des Befreiungskampfes und das ihn vor allem unterstützende Mosambik benutzt werden. Zunächst jedoch scheint es so, daß Kissingers „Entspannungsbemühungen" zur Etablierung eines neokolonialistischen Regimes wegen des konsequenten Festhaltens der Militanten des Freiheitskampfes am bewaffneten Kampf ganz beträchtliche Hindernisse in den Weg gestellt sind!

Afrika-Kommission

Sambia: Lebenshilfe für Rassisten

Die regierungsamtliche sambische Zeitung „Daily Mail" überschlägt sich geradezu vor Begeisterung über die „Lösungsvorschläge Dr. Kissingers" für Zimbabwe. Diese Äußerungen, die wir hier im Wortlaut wiedergeben, verraten wieder einmal, auf welcher Seite Kaunda im afrikanischen Befreiungskampf zu suchen ist:

„Nun, da bei den Bemühungen der Lösungsvorschläge Dr. Kissingers im Hinblick auf einen Frieden in Rhodesien Ergebnisse aufzutauchen beginnen, dringt ein Hoffnungsstrahl durch die früher verhängnisvolle und undurchdringliche Dunkelheit. (. . .) Selbstverständlich erwartet die Welt jetzt von den Weißen in Rhodesien, daß sie den Vorschlägen zustimmen werden, die bisher die einzigen (!) Vorschläge waren, die Hoffnungen auf einen Frieden im südlichen Afrika und insbesondere Zimbabwe wecken konnten. (...) Da nun der Frieden für uns in erreichbarer Nähe scheint, sollte man von den verschiedenen Befreiungsbewegungen in Zimbabwe erwarten, daß sie zusammenkommen und mit einer Stimme sprechen. Es erscheint sinnlos, wenn die eine Splittergruppe militanter erscheinen will als die andere (!). Dies, weil das, was man als das einzige Thema für Kontroversen ansah, daß es nämlich innerhalb von zwei Jahren die Mehrheitsregierung geben wird, jetzt bereits anscheinend in dem Friedenspaket Kissingers auf Einigkeit gestoßen ist.

Dieser heikle Teil der Lösung ist bereits für die Nationalisten ausgehandelt worden. (. . .)

Falls die Weißen die verspätete amerikanische Rettungsaktion voll ausnutzen sollten, haben sie die Möglichkeit, das zu retten, was sie können, aus einer für sie bisher und vielleicht weiterhin hoffnungslosen Situation. Die Weißen in Rhodesien wären gut beraten, die Rettungsaktion Kissingers voll auszunutzen, weil sie andernfalls ganz sicher sein können, daß wirklich schwierige Zeiten vor ihnen liegen. Stets ist der ein Dummkopf, der sich weigert, die einzige Chance zur Rettung seines Lebens wahrzunehmen. Wir hoffen, daß die Weißen in Rhodesien doch nicht so dumm sein werden" (Radio Lusaka nach „Monitor-Dienst", 23.9.76).

Als „Lebensretter" des Faschisten Smith präsentiert sich auch Kaunda, der sambische Staatschef: *„Wir sagten zu Ian Smith, dem Führer der Rebellen in Rhodesien: Es gibt noch einen Platz an der Sonne für Sie, solange Sie und Ihre Rebellen Ihr Rebellen-Regime aufzugeben gewillt seid. Dort ist sogar ein Platz für Sie mit Herrn Nkomo und Bischof Muzorewa"* („Guardian", 30.9.76)!

Afrika-Kommission

Französische Sabotage gegen Komoren

Frankreich ist entgegen den Protesten der OAU und der UNO nach wie vor nicht bereit, die widerrechtlich besetzt gehaltene Insel Mayotte in den Inselverband der unabhängigen Komoren wieder einzugliedern. Als die Komoren im Juli 1975 unabhängig wurden, „entschieden" sich die Einwohner von Mayotte bei einer manipulierten Volksabstimmung für den Verbleib bei Frankreich (vgl. ARBEITERKAMPF v. 16.2.76). Frankreich unternahm dieses Spaltungsmanöver, um seinen Stützpunkt auf Mayotte (zwischen Madagaskar und Mosambik!) aufrechterhalten zu können. Die Absicht der französischen Imperialisten, Mayotte zum 102ten französischen Department zu machen, legitimierte der zuständige französische Staatssekretär mit folgenden scheinheiligen Worten: *„Was wir wünschen, ist, daß der Wille der Bevölkerung, der klar ausgedrückt worden ist, anerkannt wird"* („Le Monde", 29.9.76).

Der Mayotte-Konflikt veranlaßte Frankreich am 28. November 1975 völlig überraschend alle wirtschaftlichen Bindungen zu den Komoren radikal abzubrechen. Sämtliche 400 französische Experten verließen augenblicklich die Inseln (ausgenommen Mayotte) und die französischen Imperialisten stoppten sämtliche technische und finanzielle Hilfe. Da Frankreich während der Kolonialzeit nicht das Geringste unternommen hatte, um der Insel eine eigenständige Existenz zu ermöglichen, hatte dieser Schritt zunächst die von den Imperialisten bewußt provozierten verheerenden Folgen:

Die gesamte Verwaltung, die Gerichtsbarkeit, Rundfunk, Fernsehen, Erziehung etc. wurde von französischen Experten geleitet, die nun kurzfristig ersetzt werden müssen. Die ärztliche Versorgung ist akut gefährdet, derzeit versorgt ein Arzt durchschnittlich 35.000 Einwohner (afrikanischer Durchschnitt: 1 : 18.000). Die Einstellung der finanziellen Hilfe, (die teilweise bereits fest zugesagt war) und die Weigerung, die für die Versorgung der Bevölkerung notwendigen Reis-Importe wie früher zu finanzieren, haben das Budget der Komoren in ein katastrophales Export-Defizit von 71% gestürzt. Die Gesamtsumme der verweigerten finanziellen Hilfe beträgt 827 Millionen afrikanische Francs! Der totale Stop der Investitionen führt z.B. dazu, daß Bauprojekte nicht fertiggestellt werden können, einige der halbfertigen Straßenterassen werden vom Regen weggeschwemmt, wenn nicht bald eine Asphaltdecke gegossen wird. Nigeria und die arabische Bank für wirtschaftliche Entwicklung in Afrika haben den Komoren finanzielle Unterstützung zugesichert.

Trotz dieser Hilfe haben die Komoren unter den Folgen der Kolonialzeit noch sehr zu leiden. Es sind die strukturellen Schwächen eines ausgeplünderten Landes, deren Überwindung einige Zeit kosten wird (sofern die neue Regierung sich an den Interessen der Volksmassen orientiert): Die französischen Kolonialisten haben ein Drittel der Inseln mit Plantagen überzogen, die Kakao, Kaffee, Zimt und Vanille sowie Duftstoffe für die Parfümindustrie produzieren und eine Selbstversorgung der Inseln verhindern. Um zu überleben, haben sich die einheimischen Bauern auf den Bergspitzen angesiedelt und dort die Wälder gerodet. Ergebnis: Schwere Regengüsse schwemmen den fruchtbaren Boden in die See und führen zu verheerender Bodenerosion.

Die von den Kolonialisten allein auf den Export ausgerichtete Plantagenwirtschaft erzwingt die Einfuhr von Lebensmitteln für die Bevölkerung; allein 1974 bestanden 45% der Importe aus Lebensmitteln. Der mangelnden Streuung der angebauten Produkte auf der einen Seite entspricht die völlig mangelhafte Infrastruktur auf der anderen Seite. Es gibt auf den Komoren ganze 750 km Straße und keinen ausgebauten Hafen, sodaß das Anlanden der Waren stets zu einem Abenteuer wird.

Das Fehlen einer Verarbeitungsindustrie zwang viele Komorianer – aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit – zur Emigration.

Trotz des „klassisch" kolonialistischen Verhaltens Frankreichs geben die Komoren nicht klein bei. Der reisende Botschafter der Komoren sagte kürzlich, es bestünden keinerlei Beziehungen zwischen den Komoren und Frankreich bis *„die Aggression Frankreichs gegen die Insel Mayotte"* aufhöre und bis zur *„Rückkehr Mayottes in die komorische Einheit"* („Le Monde", 29.9., alle nicht ausgewiesenen Informationen nach „African Development", Okt. 76).

Afrika-Kommission

RSA-Innenminister besucht Bonn!!

Ein erstes konkretes Ergebnis der „Friedensmission" Kissingers' im südlichen Afrika ist die internationale Aufwertung der Rassistenregimes auf dem diplomatischen Parkett. War es früher kaum ohne Proteste möglich, offizielle Staatsbesuche im „weißen Afrika" zu machen und umgekehrt, Besuche von Repräsentanten dieser Staaten im eigenen Land zu dulden, so sollen derlei diplomatische Gepflogenheiten – neben den handfesten wirtschaftlichen Beziehungen – jetzt augenscheinlich zur offiziellen Routine werden.

Bedankte sich Vorster bereits im Juni bei seinem Aufenthalt in der BRD für die *„fruchtbaren Gespräche"* und die *„herzliche deutsche Gastfreundschaft"* („ARD-Tagesschau", 25.6.), wird nun im November der südafrikanische Innenminister Mulder die BRD besuchen. Das Treffen Vorster-Kissinger fand damals noch im Bayrischen Wald statt, Mulder wird diesmal die alljährliche Konferenz der für Pressekontakte verantwortlichen südafrikanischen Diplomaten bereits in Bonn (!) anleiten. Der im Zusammenhang mit der atomaren Zusammenarbeit BRD/RSA berüchtigt gewordene südafrikanische Botschafter, Donald Bell Sole, wird zu Ehren Mulders am 2. November ein Bankett im Rittersaal des Godesberg-Hotels geben! („Extra-Dienst", 1.10.).

Unter demselben Stern steht der Aufenthalt des Afrika-Referenten des Auswärtigen Amtes, Dr. Müller, in Namibia, wo er mit einem hohen Kirchenvertreter zusammentraf und sich angeblich negativ über die „Verfassungsgespräche" in Namibia geäußert haben soll. Der Besuch Müllers in Namibia ist nach Anfrage beim Auswärtigen Amt dementiert worden, allerdings berichtete der namibische „Windhoek Advertiser" über das Treffen! („ED", 1.10.).

Afrika-Kommission

Zwangsumsiedlungen in Zaire

Am 1. September ist in Zaire ein neues Gesetz in Kraft getreten. Es erhebt den Anspruch, die Massenarbeitslosigkeit in den Städten und den Ruin der agrarischen Produktion zusammen zu lösen. Die Idee der Regierung Mobuto besteht darin, alle Arbeitslose in den Städten zusammen mit ihren Familien zwangsweise auf das Land umzusiedeln. Dort sollen die Umgesiedelten als Bauern leben. Wie das funktionieren soll, bleibt das Geheimnis der reaktionären Mobuto Regierung, denn die Landflucht in die Städte ist ja ein Ergebnis der Zerrüttung der Landwirtschaft durch eine auf die Interessen des Imperialismus ausgerichtete Wirtschaft. Die Mobuto Regierung hat z.B. keinerlei Maßnahmen der Agrarreform, der Verbesserung der Transportwege und der Entwicklung genossenschaftlicher Produktion und Vermarktung ergriffen. So mußten die Bauern der Kivu Provinz, die begonnen hatten, Baumwolle anzubauen, die Ernte vernichten, weil keinerlei Transportmöglichkeiten für die Baumwolle zu den Küstenhäfen geschaffen wurden.

Das Gesetz vom 1. September hat wohl eher die Funktion, durch eine Umsiedlungsaktion eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit vorzuspiegeln und die verelenden Massen von den städtischen Zentren des Staates fernzuhalten. Dort stellen sie nämlich eine wachsende politische Bedrohung für das Mobuto Regime dar. Ob das Gesetz aber diese Funktion erfüllt, kann ebenfalls angezweifelt werden. Der Kommentator der antiimperialistischen Zeitung „afrique-asie" rechnet jedenfalls eher damit, daß sich die korrupte Polizei und Verwaltungsbürokratie nur neue Einkunftsmöglichkeiten schafft, z.B. dadurch, daß fiktive Arbeitskontrakte, die vor der Umsiedlung schützen, gegen entsprechende Bestechungssummen gehandelt werden.

(nach „afrique-asie Nr. 118)

KB/ Gruppe Göttingen

SWAPO-Genosse bestialisch gefoltert

„Ein südafrikanischer Polizist durchbohrte meine Ohren mit zwei Nägeln und zwang mich dann, mein eigenes Blut zu lecken." So schilderte der 20jährige David Kawana, Mitglied der SWAPO, eine der Folterungen, die er in einem südafrikanischen Gefängnis erleiden mußte.

Der Genosse, der für sein weiteres Leben ein Invalide bleiben wird, berichtete weiter: *„Eines Morgens hängten sie mich an Armen und Füssen auf und schlugen mich mit Palmenwurzeln. Dazwischen besprengten sie mich mit kaltem und heißem Wasser und entzündeten schließlich unter mir auf dem Zementfußboden ein Feuer"* („Neues Deutschland", 2./3.10.76).

Tausende Freiheitskämpfer des südlichen Afrika sind täglich derartigen bestialischen Folterungen der weißen Rassisten ausgesetzt; u.a. anhand dieser Tatsachen entlarvt sich das neuerdings von den Rassisten-Chefs gern beschworene Friedens- und Freiheitsgeschwafel!

Afrika-Kommission

Politischer Generalstreik auf den Kanarischen Inseln

Wie die algerische Zeitung „El Moudjahid" schreibt, fand am 27. September ein Generalstreik auf der Insel Teneriffa statt, nachdem der Student Garcia Bartholome bei einer Hausdurchsuchung von der spanischen Polizei erschossen worden war.

„Kein Bus, kein Taxi fuhr auf der Insel, und jeder Laden, sogar die Lebensmittelläden, blieben geschlossen, ebenso wie die Banken und die Unternehmen." Patrouillen der Armee fuhren durch die Straßen der Arbeiterviertel, um weitere Demonstrationen zu verhindern. Die Touristen wurden aufgefordert, nicht auf die Straße zu gehen.

Ca. 30 Personen waren zwischen dem 26. und 27. September nach großen Demonstrationen in Santa Cruz verhaftet worden. Am 27.9. hatten noch einmal 2.000 Menschen demonstriert, weil eine Gedenkfeier für Bartholome verboten worden war. Sie forderten besonders die Absetzung des Generalgouverneurs. Diese Demonstration wurde von der Polizei mit Tränengas- und Gummigeschossen auseinandergetrieben. Studentenversammlungen waren ebenfalls verboten worden.

Der Generalsekretär der MPAIAC, der kanarischen Befreiungsbewegung, Antonio Cubillo, forderte Spanien auf, einen Zeitplan für die Dekolonialisierung festzulegen. Schon 1968 hatte das Befreiungskomitee der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Kanarischen Inseln gefordert. Stattdessen hatte Spanien seine kolonialen Einrichtungen verstärkt.

Cubillo drohte der spanischen Regierung: *„Entweder akzeptieren die Kolonialisten Verhandlungen in einem afrikanischen Land, etwa Algerien, um die Modalitäten der Dekolonialisierung durch die Selbstbestimmung festzulegen, oder wir zwingen ihnen einen totalen Kolonialkrieg auf."* („El Moudjahid", 28. und 29. 9.76)

Nahost-Kommission

Terror und Demagogie gegen die Revolution in Äthiopien

Die wachsenden Klassenkämpfe in Äthiopien lassen das DERG-Regime zu immer brutaleren Mitteln seiner Machterhaltung greifen.

Der DERG hat seinen Mörderbanden, der Polizei und der Armee, den Befehl erteilt, auf a l l e des Streiks, der Unruhe oder Opposition v e r d ä c h t i g e n Personen sofort das Feuer zu eröffnen! („Guardian", 4.10.76). So feuerten z.B. die Soldaten in Addis Abeba am 24.9. in eine friedliche Demonstration von demokratischen Arbeitern und Studenten. Überall im Land werden immer wieder die Spuren von Massenerschießungen von hunderten Oppositioneller und Antifaschisten gefunden. Zu den schlimmsten Bluthunden gehört die von den Zionisten ausgebildete Elitetruppe „Flammen-Division" („Nebelbal").

Besonders seit einem Attentatsversuch am 23.9. auf den „starken Mann" der Junta, Mengistu Haile Mariam, versucht der DERG in einem regelrechten Vernichtungsfeldzug jegliche Opposition zu liquidieren. Dabei wird die demagogische Hetze der Junta, die sich gern unter „sozialistischer" Phasendrescherei versteckt, immer ausgefeilter. Der neueste Trick ist, die revolutionäre EPRP der Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen CIA zu bezichtigen.

Dazu schreibt die „International Herald Tribune" vom 9.10.76, die „Washington Post" habe vergeblich versucht, genauere Fakten über diesen ungeheuren Vorwurf beim DERG zu erfahren. Daraus zieht sogar diese bürgerliche Zeitung den Schluß, *„daß die Militärregierung (DERG) von dem CIA-Schreckgespenst nur Gebrauch macht, um ihre Opposition zu verleumden, eine Taktik, die schon in anderen Ländern der 3. Welt angewendet wurde."* Kommentar erübrigt sich!

Interessant ist, wer diese abgefeimte Lüge von der „Zusammenarbeit EPRP/CIA" u.ä. in Umlauf gebracht hat. Eine Figur im Vordergrund ist dabei ein gewisser Haile Fide.

1971 wurde er aus dem nordamerikanischen Verband der „Weltweiten Föderation Äthiopischer Studenten" (WWFES) ausgeschlossen wegen „revisionistischer Standpunkte". Er übersiedelte danach in die BRD und trat hier in die europäische Sektion der WWFES, „ESUE" ein. Aus der ESUE wurden er und eine Reihe weiterer Leute dann 1975 ausgeschlossen, weil sie es ablehnten, den Kampf gegen die faschistische Junta aufzunehmen. Vielmehr vertrat die Haile-Fide-Gruppe scheinheilig, daß man die Junta „solidarisch kritisieren" muß und daß es möglich sei, sie „von links zu unterwandern". Ein weiterer Hauptpunkt der Abspaltung war, daß die Haile-Fide-Gruppe das Recht Eritreas auf Lostrennung von Äthiopien nicht anerkannte.

Von diesen pseudo-„linken" Sprüchen der Haile-Fide-Gruppe blieb schließlich – nach Äthiopien zurückgekehrt – eine bloße Integration in den DERG und ihre demagogische Profilierung im Kampf gegen die Revolution.

Der bisherige Chef der DERG-Propagandazentrale („Politisches Büro"), Major Sissay Habte, wurde Ende Juli '76 liquidiert, angeblich wegen konspirativer Umtriebe gegen den DERG. Der neue Chef wurde Haile Fide! Diese Ratte perfektioniert jetzt den lumpigen „sozialistischen" Tarnmantel des DERG, aus dessen vielen Löchern die Leichen tausender verhungerter, massakrierter Bauern, Arbeiter und Studenten, ermordeter äthiopischer und eritreischer Revolutionäre hervorschauen.

Die Haile-Fide-Gruppe nennt sich jetzt „Pan-Äthiopische Sozialistische Bewegung" und hat in Addis Abeba ein Büro unter der Bezeichnung „Provisorisches Amt für Volksorganisation" (OPOP) eröffnet. Ihre Haupttätigkeit ist – neben einem pseudo-„links" aufgemachten „ideologischen Kampf" gegen EPRP – die Denunzierung revolutionärer Kader!

Zum Glück leben diese sauberen Herren gefährlich. Einer von ihnen, Fikre Merid, wurde am 1.10. mitten in Addis Abeba auf einer Hauptstraße umgelegt. Dazu schreibt der „Guardian" vom 4.10.: *„Fikre war die 9. regierungstreue Figur, die entweder Mitglied des „Politischen Büros" war oder mit ihm zusammenarbeitete, die in letzter Zeit getötet wurde."*

Terror auch im Ausland?

Möglicherweise macht der Terror der Militärjunta und der mit ihr in Verbindung stehenden Geheimdienste auch vor bundesrepublikanischen Grenzen nicht halt, wenn es um die Verfolgung von Revolutionären geht. Am 21.6.76 schrieb die äthiopische Regierungszeitung „The Ethiopian Harald" einen Artikel über die Auslandsaktivitäten der EPRP und erwähnte dabei namentlich Nengis Habte-Ab als *„a leading member of EPRP, residing in Germany"* (ein führendes Mitglied der EPRP mit Aufenthalt in Deutschland). Der Genosse Nengis Habte-Ab lebt nicht mehr – , seine Erwähnung im Regierungsblatt der Faschisten ist als Todesurteil zu werten.

Am Donnerstag, den 30.9. gegen 22.00 Uhr kam sein Auto auf völlig gerader Strecke auf der Autobahn in der Nähe Frankfurts ins Schleudern und wurde durch einen nachfolgenden (mit marokkanischen Nationalitätszeichen) und einem entgegenkommenden (!) Fahrzeug gerammt. Der Genosse Nengis Habte-Ab und die Genossin Tautu Assefa starben noch am Unfallort! Zwei weitere Mitfahrer sind schwerverletzt in das Rüsselsheimer Krankenhaus eingeliefert worden (nach „Rüsselheimer Echo", vom 2.1o.).

Mitglieder der WWFES sagten dazu auf einer Pressekonferenz am 4. 10. in Frankfurt: *„Das war kein normaler, einfacher Unfall". „Wir haben keine Beweise, aber wir werden eine gründliche Untersuchung veranlassen".*

Die lokale Presse („Rüsselheimer Echo") schreibt zu dem „Unfall", daß als Ursache für das Schleudern auf völlig gerader Strecke die Überladung des Fahrzeuges schuld war: *„Neben den vier Insassen war das Fahrzeug mit Büchern vollgepackt – Schriften von Mao, Lenin, Rosa Luxemburg etc. übersäten die Autobahn".*

Dazu die Mitglieder der WWFES: Es waren ca. 20 Bücher, die Insassen hatten ein durchschnittliches Gewicht.

Afrika-Kommission

US-Imperialismus entsendet berüchtigten Bluthund nach Äthiopien

Die wachsenden Schwierigkeiten des DERG-Regimes bei der Bekämpfung der revolutionären EPRP veranlaßt den US-Imperialismus, einen besonders erfahrenen Kriegsverbrecher zu schicken. Neuer Botschafter in Äthiopien wird G.M. Godley. Wo dieser Mann auftaucht, gibt es Krieg gegen die Revolution:

Anfang der 60iger Jahre leitete er die imperialistischen Kräfte im Bürgerkrieg im Kongo (Zaire), die die antiimperialistische Bewegung (Lumumba) im Blut ertränkte.

Von 1969 bis 1973 führte er den Krieg gegen das laotische Volk. Laut „Washington Post" *„leitete er persönlich die Luftangriffe und die militärischen Aktionen gegen den Pathet Lao und nord-vietnamesische Stellungen."*

Von 1974 bis 1976 war Godley Botschafter im Libanon, wo seine Aufgabe darin bestand, die bewaffneten Banden der Falangisten auf den Krieg gegen die Palästinenser aufzubauen und vorzubereiten.

Unterstützt wird er bei seiner Arbeit in Äthiopien vom dortigen CIA-Chef E.L. Jeffers, dessen enge Zusammenarbeit mit dem DERG schon häufig nachgewiesen wurde.

Die EPRP nimmt dies gelassen. In einem Kommuniqué versichert sie, daß Godleys Mission scheitern wird und daß die äthiopischen Massen über die faschistische Junta und den US-Imperialismus triumphieren werden!
(nach EPRP-Kommuniqué vom September 76)

KB/Sympathisantengruppe Norderstedt

Alltag im Volkskrieg der West-Sahara

Wir drucken im folgenden eines der regelmäßig erscheinenden Militär-Kommuniques der Frente Polisario ab. Es umfaßt den kurzen Zeitraum vom 26. September bis zum 1. Oktober 1976.

Wir dokumentieren dieses Kommunique ungekürzt, weil es anschaulich die Allgegenwart der sahaurischen Freiheitskämpfer, ihre Fähigkeit an jedem Ort überraschend den Feind anzugreifen und ihre strategische Überlegenheit schildert.

In der jetzigen Phase des Befreiungskampfes werden keine „großen Schlachten" geschlagen, heute ist es das alltägliche, fast geräuschlose Auftreten der Frente Polisario, das den Krieg bestimmt und die Zersetzung der hilflos schwerfälligen marokkanischen Besatzungstruppen beschleunigt.

Afrika-Kommission

Militär-Kommunique der Frente Polisario

In Fortsetzung seiner Zermürbungstaktik gegen die Invasionstruppen und unter Anwendung der Militärstrategie des „den Feind schlagen, wo und wann immer man ihn trifft", hat unser Volksbefreiungsheer in der letzten Woche den marokkanischen und mauretanischen Truppen, die unser Land besetzt halten, eine Serie von Schlägen versetzt.

Durch diese Angriffe erlitt der Feind große Verluste an Menschen und Material.

Ein marokkanisches F-5-Flugzeug wurde abgeschossen, und mehrere Batterien schwerer Artillerie des Feindes wurden zerstört.

Am 24. September wurde in Sebjit Tuznit ein Flugzeug der marokkanischen Luftstreitkräfte, Modell F-5, nach einem bewaffneten Zusammenstoß im Gebiet von Imricli im Nordosten der Westsahara abgeschossen.

Am 26. September verbrannten vier Fahrzeuge der königlichen Marokkanischen Streikräfte, als mehrere von unseren Kommandos auf der Strecke zwischen Smara und Aaiun gelegten Minen explodierten. Es wurden die folgenden Fahrzeuge zerstört:

- ein Landrover der Funker, n-40.258
- ein Jeep
- zwei Militärlastwagen, Marke GMC.

Am 28. September legte ein Kommando unserer Volksbefreiungsstreitkräfte einen Hinterhalt für eine marokkanische Patrouille, die mit der Bewachung des Phosphattransportbandes zwischen den Stationen 6 und 7 beauftragt ist. Bei diesem Angriff erlitt der Feind die folgenden Verluste:

- 35 Soldaten tot
- 18 Soldaten verletzt
- 2 Lastwagen zerstört.

Unsere Kämpfer erbeuteten:

- 1 Landrover mit der Nr. 40.328
- 1 Maschinengewehr 24,29
- 2 Mas-36-Gewehre und Munition.

Am 29. September griff ein anderes unserer Kommandos eine marokkanische Garnison zwischen den Stationen 2 und 3 der Phosphattransportbänder an. Der Feind erlitt die folgenden Verluste:

- 1 Jeep, Nr. 32.831, zerstört
- 22 Soldaten tot und mehrere verletzt.

Am 30. September griffen Einheiten unseres Volksbefreiungsheeres die marokkanischen Garnisonen in Amgala an. Der Angriff dauerte von 18 bis 19 Uhr. Die Verluste des Feindes belaufen sich auf:

- 1 GMC-Lastwagen verbrannt
- 1 Jeep mit Militärausrüstung zerstört
- mehr als 50 Soldaten tot oder verletzt.

Am selben Tag griff eine Einheit unseres Volksbefreiungsheeres den Militärposten von Hausa an, der von den marokkanischen Invasoren besetzt ist. Durch diesen Angriff hatte der Feind mehrere Tote und Verletzte.

Am 1. Oktober griffen unsere Kämpfer Echderiya an. Der Angriff dauerte von 18 bis 19 Uhr. Als Folge verlor der Feind 20 Tote und 15 Verletzte.

„MIT DEM GEWEHR WERDEN WIR DIE FREIHEIT ERKÄMPFEN"

VR Kongo: Den Auftrag des Volkes vergessen?

Sehr kritisch setzt sich der kongolesische Rundfunk in einer Sendung vom 18.8. mit der Staats- und Parteiführung auseinander: „ . . . *Heute scheint unsere Partei, in die die Volksmassen ihre Hoffnungen gesetzt haben, auf den Spuren der Massenparteien zu wandern, die von den Menschen im allgemeinen abgelehnt werden. Der endlose Streit zwischen den Führern, die akrobatische und ausgewogene Politik, die Kalkulationen zur Machtergreifung, die Mittelmäßigkeit, der Wunsch, die verlorenen Positionen wieder einzunehmen, alle diese Dinge haben unsere Partei der Avantgarde aus der Ordnung gebracht und haben zum Rückfall der Revolution beigetragen. Daher ist es notwendig, gewisse Dinge zu beseitigen: es ist notwendig, die systematische Obstruktion zu beseitigen, die von denjenigen bewußt aufrechterhalten wird, die ihre Eigeninteressen über diejenigen des Volkes stellen, und die die Bereitschaft haben, mit dem Teufel ein Bündnis einzugehen. Heute ist mehr als je zuvor die Zeit zur Reflektierung gekommen. All diejenigen innerhalb der Partei, die trotz ihrer eigenen Inkompetenz und Passivität an ihren Posten festhalten, sollten zurücktreten und den Platz für tüchtigere Elemente freimachen, die ein Empfinden für die Not der Massen haben"* (zitiert nach „Monitor-Dienst" vom 24.8.).

Gegen Restaurierungstendenzen haben sich auch Arbeiterstreiks im Mai 76 gerichtet, die sich gegen eine zunehmende Bürokratisierung und Korruption wandten und an die ursprünglichen Ziele der im Dezember 1969 proklamierten Volksrepublik erinnerten. Die militanten Jugend- und Gewerschaftsführer verlangten eine volle Durchführung der Säuberung von korrupten Elementen und harte Strafen für bestechliche und bürgerliche Beamte, sowie eine Senkung der hohen Lebenshaltungskosten. Einige der Streikführer wurden festgenommen, darunter der Generalsekretär der kongolesischen Gewerkschaft (CUF), A. Khondo (nach „Africa", Mai 76). In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß in der VR Kongo der Anteil der organisierten Arbeiter im afrikanischen Maßstab besonders hoch ist und die Gewerkschaften seit jeher eine progressive Rolle im Kampf gegen die früheren Kompradorenregimes der sechziger Jahre gespielt hatten.

Außenpolitisch verfolgte die VR Kongo bislang eine antiimperialistische Linie, die allerdings während der imperialistischen Aggression gegen die angolanische MPLA durch die Forderung getrübt wurde, daß die benachbarte ölreiche Enklave Cabinda zur VR Kongo gehöre, während es sich um eindeutig angolanisches Territorium handelte.

Bedenklich scheinen auch einige der jüngsten außenpolitischen Ambitionen des Präsidenten Ngouabi, der erst kürzlich den reaktionären Präsidenten des Tschad, Malloum, bei sich empfing und bei dieser Gelegenheit von einer *„Festigung"* der *„ausgezeichneten Beziehungen"* sprach (Radio Brazzaville nach „Monitor-Dienst" v. 25.8.). Auch mit Mobutu wird eine „exemplarische Zusammenarbeit" betrieben, wie nach dem jüngsten Besuch Ngouabis in Zaire verlautete (ebenda). „Sehr gute Beziehungen" bestehen weiterhin zur Elfenbeinküste, wie ein Mitglied des ZK der kongolesischen Arbeiterpartei bei einem Besuch in Abidjan äusserte. Wenn man diese Aussage noch großzügig zu den diplomatischen Floskeln rechnet, so erscheint doch das kongolesische Lob für den afrikanischen Komprador par excellence, den Präsidenten der Elfenbeinküste, Houphouet-Boigny, er sei *„ein Brunnen der Weisheit"*, mehr als übertrieben . . . (Reuter nach „Monitor-Dienst" v. 2.9.76).

Afrika-Kommission

Investitionsparadies der Imperialisten

Zur „Doppelstrategie" des US- und BRD-Imperialismus gehört es, auf diplomatischer Ebene scheinheilig gegen die rassistische Politik des Vorster-Regimes zu protestieren und schwarze „Mehrheitsregierungen" zu fordern, andererseits aber durch kräftige Investitionsspritzen dem faschistischen Bollwerk Südafrika den Rücken zu stärken.

Laut „Neues Deutschland" vom 29.9.76 hatten mehr als 300 US-Unternehmen Ende 1975 rund 1.578 Mio. Dollar investiert. Das Aussenhandelsvolumen der USA mit Südafrika übersteigt inzwischen zwei Milliarden Dollar.

Im Windschatten des US-Imperialismus versucht auch die BRD immer mehr, ins „große Geschäft" Südafrika einzusteigen. Die Klöckner Werke AG (Duisburg) wollen beispielsweise 15 Millionen DM für ein Werk zur Herstellung von Bergbauausrüstungen und Maschinen in Klerksdorp bereitstellen. Der Vorstandssprecher des Klöckner-Konzerns, Linde, bezeichnete Südafrika als einen „hervorragenden Markt".

Auch VW will seine Produktion in der RSA ausbauen. Nach Angaben, die der Verkaufsdirektor des Werkes gegenüber Radio Johannesburg machte, will VW-Südafrika in den nächsten drei Jahren Investitionen in Höhe von fünf Millionen Rand vornehmen (nach „Berliner Extradienst", Nr. 77/x, 1.1o.76).

Afrika-Kommission

Djibouti:

Gemeinsame Kandidatur von LPAI und FLCS?

Ein noch unbestätigter Bericht aus Libyen sagt aus, daß die Befreiungsbewegung FLCS (unterstützt von Somalia) und die einflußreiche Massenorganisation LPAI gemeinsam zu den Wahlen im Januar 1977 kandidieren werden, die anläßlich der Unabhängigkeit Djiboutis durchgeführt werden sollen (nach „West-Africa", 6.9.76).

Eine endgültige Bestätigung dieser Nachricht würde auf eine Reduzierung noch bestehender Differenzen zwischen beiden Organisationen des Volkes ebenso deuten, wie auf ein Mißlingen des französischen Imperialismus, die LPAI in neokoloniale Manöver einzubinden.

Afrika-Kommission

20 Jahre PAIGC

Am 19. September feierte die PAIGC, die „Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kapverden", ihr zwanzigjähriges Bestehen.

Nach siebenjähriger Vorbereitungszeit begann die PAIGC 1963 den bewaffneten Befreiungskrieg. 1970 kontrollierte sie bereits drei Viertel des gesamten Landes und hatte begonnen, in den befreiten Gebieten die Volksmacht aufzubauen. Von August bis Oktober 1972 führte die PAIGC die ersten Wahlen zu den Regionalräten durch, 97,1 % der Bevölkerung in den befreiten Gebieten entschieden sich für die PAIGC. Ein schwerer Verlust für das guineische Volk war die im Auftrag des Imperialismus durchgeführte Ermordung Amilcar Cabrals in Conacry am 20. Januar 1973, acht Monate vor der Ausrufung der Unabhängigen Republik Guinea-Bissau. Doch die Ermordung dieses größten revolutionären Führers der PAIGC kam zu spät, um den Befreiungskampf aufzuhalten. Am 24. September 1973 rief die Nationalversammlung in Boe die Unabhängige Republik Guinea-Bissau aus, der portugiesische Kolonialfaschismus hielt seine Stellungen nur noch in wenigen größeren Stellungen und auf den Kapverden. Bei Zusammenbruch des Faschismus in Portugal konnten weite Teile Guineas auf eine mehrjährige Befreiung zurückblicken, was den Aufbau einer neuen Gesellschaft ohne Ausbeutung relativ erleichterte.

Die PAIGC, aufs engste verbunden mit den Bruderbewegungen der beiden anderen ehemaligen portugiesischen Kolonien, der FRELIMO in Mosambik und der MPLA in Angola, hat von Anfang an auf einen langjährigen bewaffneten Kampf orientiert, der sich gegen den Imperialismus und jede Form des Neokolonialismus richtete. Dieser ideologische Scharfblick machte die Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Kolonien zur unumstrittenen Avantgarde des afrikanischen Befreiungskampfes, der zu jener Zeit durch eine Unterschätzung
kanischen Befreiungskampfes, der zu jener Zeit durch eine Unterschätzung
des US-Imperialismus und Neokolonialismus geprägt war. Amilcar Cabral definierte damals die Unabhängigkeit, für die die PAIGC kämpfte: *„Wir kämpfen für die Unabhängigkeit unseres Landes, aber das heißt für uns, mehr als eine Flagge zu schwenken und eine Hymne zu singen. Unabhängigkeit bedeutet für uns vielmehr die Befreiung unseres Vaterlandes und unseres Volkes. Das heißt, die Befreiung der Produktivkräfte unseres Landes, die Zerschlagung aller Formen imperialistischer und kolonialistischer Beherrschung und das Ergreifen aller Maßnahmen, um eine neue Form der Ausbeutung unseres Volkes zu verhindern. Wir sind nicht der Ansicht, daß Ausbeutung etwas mit der Hautfarbe zu tun hat"* (A. Cabral: „Ein Volk in Bewegung kann niemand aufhalten").

Im folgenden wollen wir die Errungenschaften der Unabhängigkeit für das guineische Volk durch die Wiedergabe eines (gekürzten) Reiseberichtes von Basil Davidson veranschaulichen. Basil Davidson, der selbst am Befreiungskampf teilgenommen hat und darüber ein Buch schrieb (Vorwort von A. Cabral) ist wohl einer der bekanntesten ausländischen Freunde des Volks von Guinea-Bissau und den Kapverden und der PAIGC. Er wurde für seine Verdienste um das guineische Volk am 20. Jahrestag mit dem höchsten Orden der Republik ausgezeichnet.

In der nächsten INTERNATIONALE werden wir ausführlich die Entwicklung in Guinea-Bissau und den Kapverden dokumentieren. Darüberhinaus planen wir für die nahe Zukunft eine Darstellung der Gedanken Amilcar Cabrals zur afrikanischen Revolution.

Afrika-Kommission

Hier nun der Reisebericht von B. Davidson, erschienen in der nigerianischen Wochenzeitung „West Africa" im Sommer 1976:

„Da die ausländische Okkupation bereits zur Vergangenheit gehört, sind die Anstrengungen darauf gerichtet, die 800.000 Einwohner Guinea-Bissaus und die mehr als 300.000 Einwohner der Schwester-Republik Cap Verden, in neue soziale und wirtschaftliche Strukturen, in neue Formen politischer Demokratie, in ein neues öffentliches Verantwortungsbewußtsein einzuführen.

Bis dahin bleiben die beiden Republiken verfassungsmäßig getrennt voneinander, werden jedoch von derselben nationalen Bewegung, der allgemein anerkannten PAIGC regiert, die jeden Staat seiner Unabhängigkeit zuführte.

Zwei Eindrücke überwiegen.

Einer ist der des Friedens und der Sicherheit, wo immer man sich aufhält, ob in den Städten oder weit draußen im Busch. Der andere ist der eines allgemeinen und fast unglaublichen Mangels an moderner Ausrüstung, an Infrastruktur, an allgemeinen Dingen, die für das Wort „Entwicklung" stehen.

Dieser Mangel an moderner Infrastruktur – abgesehen von einigen guten Militärstraßen und einer Vielzahl von Baracken – ist im ganzen Land offensichtlich.

Aus diesem Grund gibt es in Guinea einige beängstigende technologische Probleme. Aber was es in Guinea nicht gibt – und der Frieden und die Sicherheit zeigen es – ist ein Problem politischer Natur.

Das System ist stabil und gleichzeitig repräsentativ.

Warum es Stabilität gibt

Ein Mann von beeindruckender Energie und Klarsicht, Präsident Luis Cabral, weiß sehr genau, warum dies so ist. Die Basis-Politik der PAIGC ist es gewesen, innerhalb des Landes, in den Städten und in den Dörfern, die bis 1974 von der portugiesischen Armee besetzt gehalten wurden, dieselben Strukturen der repräsentativen Demokratie, der Aktion „an der Basis" auszudehnen und zu verstärken, die auch in den „alten befreiten Gebieten" aufgebaut und gefördert wurden. Diese Strukturen waren ein hauptsächlicher Grund dafür, daß der bewaffnete Kampf gewonnen werden konnte.

Denn sie brachten die Leute dieser „alten befreiten Gebiete" von einer Unterstützung der PAIGC zu einer aktiven Teilnahme an der Verwaltung und dem Schutz dieser Gebiete.

In den „neuen befreiten Gebieten" zeigt sich in der Weise ein anderes Bild, daß ihre Einwohner – erst 1974 von der portugiesischen Kontrolle befreit – noch lernen, die neuen repräsentativen Strukturen zu erproben und sich in ein neues demokratisches Leben einzupassen. Das erfordert Zeit, und Bissau, mit mehr als 85.000 Einwohnern, hat einige, offensichtliche Probleme.

Hier mußte die PAIGC tausende örtlicher Parasiten der Portugiesen-Armee übernehmen, und mußte konsequenterweise auch mit viel Arbeitslosigkeit und Demoralisation fertigwerden.

Alle diese Probleme sehen Präsident Luis Cabral und seine Kampfgefährten durchaus realistisch.

Ökonomische Kontrolle

Ökonomische Kontrolle

Die Portugiesen ließen ein vom Krieg erschüttertes Land zurück, „unterentwikkelt" noch bevor der Befreiungskrieg begann. Keinerlei moderne Infrastruktur. Praktisch kein Sozialwesen.

„Amilcar Cabral mit Basil Davidson (links) und Pham Van Than"

Ich habe nur ein Stück moderner Ausrüstung im ganzen Land entdecken können, es sei denn, man rechnet die wenigen neuen Busse und Regierungswagen dazu, die die PAIGC importiert hat.

Es gab andere Arten von Lücken, die schwerer auszufüllen waren. Bissau hatte nur Reis-Vorräte für zwei Wochen, kein Öl zum Kochen, ein schrecklicher Mangel an allem Notwendigen.

Vieles, das man jetzt sehen kann, zeigt die Wirklichkeit kolonialer Herrschaft in einer Weise, die man vorher nicht untersuchen konnte. Die Handelsstatistik ist da besonders interessant. Ich erfuhr darüber etwas von einem Amando Ramos, einem PAIGC-Veteran, der für die Handelsorganisation in den befreiten Gebieten während des Krieges verantwortlich war und nun Handelsminister ist. Seine erste Aufgabe in Bissau im Oktober 74 war es, den Handel wieder in Schwung zu bringen, aber auch dafür zu sorgen, daß die neue Regierung eine strenge Kontrolle über die Ausfuhren, Einfuhren und die Preise sicherte.

Die Absicht war es nicht, alles zu nationalisieren, weil dafür in keinem Fall die personellen Kräfte zur Verfügung standen; und die PAIGC gehört nicht zu den Parteien, die versuchen zu rennen, ehe sie laufen könnnen. Das Ziel war es vielmehr, mit der brutalen Ausbeutung Schluß zu machen, und andererseits dafür zu sorgen, daß die dürftigen verfügbaren Ressourcen gerecht geteilt wurden. Was er im Oktober 74 vorfand, waren die örtlichen Handelsgesellschaften, all die Großen, die Portugal von Lissabon aus kontrollierte, und die glaubten, die Macht auszuüben. In einer Situation akuten Mangels glaubten sie, bestimmen zu können, in welcher Weise der Mangel behoben werden sollte, und auch die Preise zu diktieren. Sie rechneten nicht mit Ramos. *„Wir haben in Conacry einen Nahrungsmittelvorrat für über ein Jahr für unsere befreiten Gebiete angelegt. Mit dem Ende des Krieges konnten wir diese Reserve einsetzen. So brachte ich die ganze Menge nach Bissau auf den nationalen Markt, zu Preisen, die wir festlegten. Die Importfirmen begannen, ein anderes Lied zu singen."*

Der private Handel geht weiter, wo immer er noch bei Ende des Krieges existierte: *„Das ist vor allem in den von den Portugiesen besetzten Ortschaften der Fall. Dies wird noch bis in die nahe Zukunft andauern."*

Aber inzwischen kontrolliert die Regierung Spekulationen und überhöhte Preise.

Ich habe mit privaten Händlern gesprochen, die in der Lage waren, sich diesem System anzupassen und noch Profite zu machen (nach Zahlung der „New-Construction-Steuer"); aber es ist offensichtlich, daß die monopolistische Macht der großen Firmen, Gouvea und Ultramarina (mit einen oder zwei kleineren) vollständig gebrochen ist. Gouvea, die größte von allen, (und eine Filiale der einst allmächtigen Companha Unico Fabril do Lisboa) wurde mit einer typischen Spitzfindigkeit unter Kontrolle gebracht. *„Bitte treibt weiter Handel, wir brauchen eure Hilfe"*, sagte Ramos. *„Heißt das, daß war auf's Land gehen können, und unsere ländlichen Filialen wieder öffnen können"*, antwortete Gouvea: in den zwei Dritteln des Landes, wo jeder portugiesische Handel durch die Kontrolle der PAIGC verhindert wurde. *„Oh nein"*, sagte Ramos, *„für diesen Zweck haben wir unsere eigene staatliche Organisation der Volksläden aufgebaut und natürlich könnt ihr nicht erwarten, dort länger Geschäfte zu machen"*. Dadurch, daß sich die Organisation von Volksläden auf alle Gegenden erstreckte, mußte Gouvea aufgeben. *„Bitte übernehmt uns"*, sagten sie. Mit einem starken Defizit belastet, kämpft Ultramarina weiter. Aber ihre Zukunft ist nicht sehr vielversprechend. So – bei strenger Überwachung des ökonomischen Lebens des Landes – dennoch flexibel und realistisch, scheinen die Finanz- und Wirtschaftsexperten der PAIGC zwei besondere Schwerpunkte zu setzen. Das erste ist, das Verschwenden sozialer Ausgaben auf ein Minimum zu beschränken, obwohl es sicher vorkommen wird. Das zweite ist, die vollständige Reorganisierung und Rationalisierung der Wirtschaft in Angriff zu nehmen, welche unter Umständen eine allumfassende und auf sozialer Ebene konstruktive Entwicklung bringen kann.

„Unsere Priorität ist die Landwirtschaft", erklärt Vasco Çabral, *„aber dar-*

„Unsere Priorität ist die Landwirtschaft", erklärt Vasco Çabral, *„aber darüber hinaus werden wir kleine Industriebetriebe, wie wir sie uns jetzt leisten können, fördern."* Diese Fabriken sollen Mauersteine, ..., Möbel, Lederwaren und anderes produzieren, die früher aus Portugal kamen. Einige befinden sich schon kurz vor der Produktionsphase. Die Hilfe an die Bauern mit kultiviertem Land muß begleitet werden von der Zurückgewinnung des Buschgebietes.

Ein solcher Versuch der Zurückgewinnung eines großen Gebietes entlang der „Geba-Mündung" läuft jetzt mit schwedischer und chinesischer Hilfe ab (Schweden leistet – nebenbei gesagt – die größte ausländische Unterstützung) und man hofft, hier eine Zweifachernte erreichen zu können. Es ist beabsichtigt, hier demobilisierte Soldaten zu Landwirtschaftskooperativen zusammenzufassen. Woanders werden Bauern ermutigt, ihre traditionellen Formen der gegenseitigen Hilfe zu einem höheren wirtschaftlichen Niveau weiterzuentwikkeln.

Die Produktion von Zucker für den Export auf neugerodetem Land ist ein anderes Projekt. Die Bevölkerung hier benutzt wenig Zucker, und das, was unter den Portugiesen produziert wurde, wurde im Alkohol verarbeitet. Vor kurzem ging ich mit Präsident Cabral die Geba-Mündung hinauf und traf dort ein britisches Beobachtungsteam, das, zusammen mit der „British Hunting Surveys" und mit einem niederländischen Team, die Errichtung einer Zuckerfabrik vorbereitete, die bis 1980 jährlich 60.000 Tonnen produzieren soll. Britische Hilfe? Nein.

„Wir haben diese Gesellschaften selbst ausgesucht," sagte der Präsident, *„sie scheinen die richtigen Leute dafür zu sein."* So wenig westliche Kommentatoren auch daran glauben mögen, Guinea-Bissau ist wirklich ein nicht gebundener Staat.

... Guinea-Bissau hat wahrscheinlich Öl. Die „American Esso Company" erhielt eine portugiesische Konzession, dieses Öl zu finden. Es schien so, als ob sie welches gefunden hätten, aber zu einer Zeit – 1958 –, als die Öl-Preise zu niedrig waren, um irgendein Interesse daran zu zeigen und dann begann ja der Anti-Kolonial-Krieg.

Die Esso-Konzession ist abgelaufen. Die italienische Gesellschaft „AGIP" arbeitet jetzt daran.

Dieses kleine Land, das seine Politik so klar und richtig definiert hat, wird jetzt den Weg eines beständigen Wohlstandes beschreiten. Das mag bei nicht wenigen Nachbarn Guinea-Bissaus wie ein Blitz einschlagen, ganz zu schweigen von den Skeptikern in Übersee.

Was die Führer der PAIGC angeht, verlieren sie darüber keine Worte, sie sprechen vielmehr über ihre Probleme. Bescheidenheit, wie in der Vergangenheit, bleibt ihre Eigenschaft.

Eine neue Welt

Eine neue Welt auf den Kapverden

Die Cap Verden waren bis zum 5. Juli 1975 ein „Teil Portugals". Dann führte die PAIGC, die hier seit den fünfziger Jahren im Untergrund arbeitete, dieses Volk in die Unabhängigkeit, für die sie im letzten Juni dann auch mit überwältigender Mehrheit stimmten.

Selten hat ein Land so plötzlich und mit einem erfahreneren und ergebeneren Team von Führern hinter sich die nationale Unabhängigkeit erlangt.

Jeder der Frauen und Männer, die jetzt verantwortungsvolle Posten haben (und die niedrigere Regierungsgehälter bekommen, als es in irgendeinem anderen Teil Afrikas der Fall ist), ist durch die Härten des politischen und militärischen Kampfes gegangen. Der Präsident der Republik Cap Verden, Aristides Pereira, ist einer der Hauptmitwirkenden am Sieg der PAIGC und ihr Generalsekretär, ein Mann von außergewöhnlicher moralischer Kraft und großer Klugheit.

In anderer Hinsicht erreichte das Volk von Cap Verden seine Unabhängigkeit in einer tragischen Notlage. Sieben Jahre fast vollkommener Trockenheit gingen erst im letzten August zu Ende. Die Auswirkungen waren hart, wurden aber noch verschlimmert durch die Unfähigkeit der Kolonialherrschaft, die ihren Einfluß aufrecht erhielt.

Durch die planlose Hilfe der Wohlfahrt wurde nichts gerettet. Portugal schickte jährliche Subventionen, die in sieben Jahren ca. 23 Millionen Pfund betrugen. Durch stark anwachsende Emigration rettete diese Wohltätigkeit Leben. Aber sie demoralisierte die, die sie erhielten und es erreichte nichts konstruktives für die Zukunft. Die Portugiesen waren in dem Glauben, daß nichts für die Zukunft getan werden könne.

Sie boten ihre Mildtätigkeit an, als die Katastrophe schon passiert war und wenn die Katastrophe zu Ende war, würde ihre Mildtätigkeit auch zu Ende sein. Alles würde wie früher sein, bis das nächste Unglück geschieht.

Fatalismus gemischt mit Verzweiflung und Religion war der einzige Ausweg. Die Führer der PAIGC und das Nahen der Unabhängigkeit haben in harter und sauberer Art dieser traurigen Atmosphäre ein Ende gemacht.

„Zuerst einmal glauben wir", sagt Osvaldo Lopes da Silva, *„daß wir uns von den Folgen der periodischen Trockenheit befreien können. Wir haben bereits mit der ersten, systematischen Jagd nach unterirdischem Wasser begonnen. Wir haben schon eine Menge gefunden."*

„Weiter haben wir in normalen Jahren einen besseren durchschnittlichen Regenfall als die Kanarischen Inseln, wo, wie Sie wissen, man trotzdem eine bessere Landwirtschaft als bei uns entwickelt hat; und wir sind nur zwei Schiffstage weiter von Europa entfernt. Wir haben eine Menge fruchtbaren Boden und normalerweise ein gutes Klima. Was wir hier tun müssen, ist niemals vom Kolonialismus getan worden. Wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um bestimmte Mengen der schweren Regenfälle aufzufangen, die wir außerhalb der Dürre empfangen. Das bedeutet Dämme anzulegen, Wasserkanäle, Behälter zu bauen und erheblich mehr Bewässerungssysteme.

Da wir keine finanziellen Reserven besitzen, *kann internationale Hilfe uns sehr nützlich sein." „Wir werden mehr Industrie brauchen. Das würde uns in die Lage versetzen, bestimmte internationale Bedürfnisse zufrieden zu stellen. Beispielsweise auf dem Gebiet der Schiffs-Reparaturen. In der Produktion von Hydraulik. In der Verarbeitung bestimmter Rohmaterialien. Und in der Handelsschiffahrt, weil wir tausende von Matrosen in den Handelsflotten der Welt haben."*

Die Wiederbenutzung brachliegenden Landes, eine bessere Erziehung, die Entstehung eines Gesundheitswesens, gehören unter anderem zu den Bestandteilen einer Entwicklung, die im Aufbruch begriffen ist.

gehören unter anderem zu den Bestandteilen einer Entwicklung, die im Aufbruch begriffen ist.

Einigkeit und Blockfreiheit

„Unsere Politik (der Vereinigung der Kapverden und Guinea-Bissau, Anm. Red.) *ist die gleiche geblieben"*, sagte Aristides Pereira, Präsident der Republik Kapverden und gleichzeitig Generalsekretär der PAIGC. *„Unser Ziel ist die Vereinigung unserer beiden Republiken. Aber wir werden auf keine Fall überstürzt handeln. Wir haben eine einmalige Erfahrung gemacht: Zwei souveräne Staaten, aber in beiden die selbe Partei. Noch hat jeder Staat seinen eigenen Charakter und wir werden unseren Weg sorgfältig wählen." „Wir sichern die Einheit mit dem Ziel, die Unabhängigkeit in Guinea-Bissau und Kapverden zu erreichen. Nun ist es eine Sache der Methode und des Zeitplans, das zu sichern, was immer unser erklärtes Ziel war, die Vereinigung unserer beiden Staaten."* (...)

„Es ist klar", bemerkte der Premier-Minister von Kapverden, Pedro Pires, während einer Diskussion mit mir, *„daß wir in jedem Fall die demokratischte Methode annehmen werden, die wir finden können. Auf keinen Fall wird es den Versuch geben, die Einheit zu erzwingen."* (...)

Es ist eine Menge über Blockfreiheit geschrieben worden, was bedeutet es in den PAIGC-Republiken?

Um den Anfang zu machen, bedeutet es eine sehr konstruktive Sache, nämlich das Recht, eine Wirtschaftsform und eine Form der Demokratie zu wählen. Und die Wahl wird hier nicht in Zweifel gezogen. Die Entscheidung sieht so aus, nicht-kapitalistische Systeme aufzubauen mit einer Demokratie, die von jedem mitbestimmt und getragen wird. Das bedeutet in diesem Zusammenhang, daß die Selbstverwaltung und Bestimmung an der Basis beginnt, auf der Ebene der Dörfer oder der Stadtviertel, sich in höheren, gewählten Gremien fortsetzt bis zur Spitze. (...) Zweitens bedeutet Bündnisfreiheit in den PAIGC-Republiken gute Beziehungen mit allen Staaten auf unabhängiger Grundlage. (...) Die UdSSR und China haben Botschaften in Bissau, aber Guinea-Bissaus größter Spender ist Schweden. Es kommen Delegationen aus dem Osten, aber die größte Hilfe kommt – bisher – aus dem Westen. (...)

Große Mengen unvorstellbaren Mists sind während des Befreiungskampfes in jeder westlichen Zeitung geschrieben und von einer großen Zahl prominenter Personen gesagt worden, und zwar über die gegenwärtigen oder zukünftigen Beziehungen der PAIGC zu Moskau. Sogar die, die es eigentlich besser wissen müßten, waren manchmal schnell dabei, der Propaganda der portugiesischen Diktatur zu glauben, derzufolge ein Sieg der PAIGC einer Übergabe des Landes an die Sowjetunion gleichkommen würde, der Sowjetunion die Einrichtung einer Marine-Basis in Kapverden sichern würde, und ähnliche Märchen mehr.

Jetzt ist es für jeden, der sich umsieht, offensichtlich, daß Bissau und Kapverden keine Subjekte Moskaus sind. (...) Es ist eine Tatsache, daß sie vollkommen unabhängig sind.

naher osten

Neue blutige Kämpfe in Libanon

Das Ziel der syrischen Einmischung in Libanon ist es, die fortschrittlichen Kräfte soweit zu schwächen, daß ein Kompromiß unter syrischer Oberherrschaft geschlossen werden kann. Das Kräfteverhältnis ist jedoch nicht so, daß die syrischen Truppen eine solche Lösung einfach militärisch erzwingen können. Deshalb wechselt das syrische Regime ständig zwischen Verhandlungen und neuen Angriffen, um die fortschrittlichen Kräfte schrittweise zu zermürben.

Der letzte syrische Angriff auf die Berggebiete oberhalb von Beirut hatte vor allem den begleitenden faschistischen Truppen große Verluste eingebracht („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 6.10.76). Zwar wurden die Orte Aintura, Mtein und Hamanah von den syrischen Besatzern und den Faschisten erobert, doch mußte erst wieder eine Verhandlungspause eingelegt werden.

Dabei demonstrierten die Vertreter der PLO-Führung erneut und trotz aller bisher erfolgten gegenteiligen Erklärungen ihre Verhandlungsbereitschaft. Sie schlugen einen Rückzug aller Kampfparteien und einen Waffenstillstand vor. Sie erklärten gleichzeitig, daß sie wüßten, daß Syrien eine neue militärische Offensive vorbereite. Es sei das syrische Ziel, noch vor der arabischen Gipfelkonferenz, die am 18. Oktober zusammentreten soll, neue vollendete Tatsachen zu schaffen.

Syrien dagegen bezog eine Haltung, die klar zeigte, daß es nicht an wirklichen Verhandlungsergebnissen interessiert war. Die Vertreter des syrischen Regimes verlangten einen einseitigen Rückzug der fortschrittlichen Kräfte innerhalb von sechs Tagen. Sie weigerten sich außerdem wie bisher, einen Vertreter der libanesischen fortschrittlichen Parteien teilnehmen zu lassen, woraufhin selbstverständlich der Führer dieser Kräfte, Dschumblatt, erklärte, daß er kein Verhandlungsergebnis akzeptieren werde. Die faschistischen Kräfte sagten sogar offen, was Syrien nur durch seine Haltung ausdrückte, daß nämlich kein Waffenstillstand eingehalten werden würde („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 13.10.76).

Bemerkenswert ist vor allem, daß die ultimativen syrischen Forderungen auch den libanesischen Reaktionären nicht passen, weil sie befürchten, daß sie Syrien nie wieder loswerden. Der neue Staatspräsident Sarkis erklärte nach den Verhandlungen, er würde einer Regelung, wie sie vom PLO-Vertreter vorgeschlagen worden war, zustimmen („NZZ", 14.10.76).

Noch während der Verhandlungen begannen die syrischen Truppen denn auch eine neue Offensive in Richtung auf die von den fortschrittlichen Kräften regierte Hafenstadt Saida (Sidon). Diese neue Offensive wurde von der bürgerlichen Presse mit einem ungeheuren Propagandarummel hochgespielt. Sie rechneten aus, daß nun die fortschrittlichen Kräfte nur noch über 15% Libanons verfügten, daß Beirut abgeschnitten werde usw. Davon sollte sich niemand beeindrucken lassen. Bisher haben alle syrischen Vorstöße nur ländliche Gebiete mit kleineren bis mittleren Ortschaften überrollen können. Auch im letztlich eroberten Berggebiet über Beirut gibt es immer noch Stellungen der fortschrittlichen Kräfte und die Syrer haben zunehmend mit Sabotageakten und Angriffen hinter der Front zu kämpfen.

Die libanesischen Großstädte Tripolis, Beirut, Saida und Sur könnten militärisch wahrscheinlich durch ein beispielloses Aufgebot aller Kräfte und gewaltige Kämpfe erobert werden. Die politischen Rückwirkungen würden den gesamten arabischen Raum erschüttern.

Gerade wegen dieser Rückwirkungen geht Syrien schrittweise vor und versucht immer faschistische libanesische Kräfte mit sich zu nehmen, um das ganze als libanesische Angelegenheit zu kaschieren. Auch der Angriff auf Saida ging von faschistischen Bergstellungen bei Jezzineh aus. Zum Unglück der Syrer sind die Faschisten jedoch nicht in der Lage, sich von ihrer Niederlage im Frühjahr 76 zu erholen.

Die politischen Rückwirkungen treten dennoch ein. Der syrische Vorstoß geht schon selbst den arabischen Regimes zu weit, die jedenfalls öffentlich für einen Schutz der palästinensischen Befreiungsbewegung eintreten müssen. So hat z.B. die ägyptische Regierung den neuen syrischen Vorstoß als *„flagrante Herausforderung der arabischen Könige und Staatsoberhäupter"* verurteilt, die sich demnächst in Kairo zu einer Gipfelkonferenz treffen wollen („NZZ", 15.10.76).

Palästinensische Freiheitskämpfer verteidigen sich in den Vororten von Bhamboun gegen die syrische Offensive

Die libysche Regierung erklärte sogar erstmals öffentlich, daß sich der libysche Teil der arabischen „Friedenstruppe" in Libanon auf die Seite der fortschrittlichen Kräfte gestellt habe. Die libysche Botschaft in Damaskus wurde geschlossen und Ghaddafi erklärte, er werde nicht an der Gipfelkonferenz teilnehmen, weil dabei erfahrungsgemäß doch nichts herauskäme („NZZ", 15.10.).

In Syrien selbst nimmt der Widerstand gegen das Regime zu. So erklärte z.B. eine syrische revolutionäre Organisation, daß sie weitere militärische Operationen durchgeführt habe. In der syrischen Stadt Al Hasaka wurden Bomben im Parteibüro der Baath-Partei und im Arbeitszimmer eines hohen Regimemitglieds gezündet („Al Thaura" (Irak), 24.9.76).

Vor allem wird mit jedem Schritt der syrischen Intervention für die arabischen Massen klarer, daß die Lösung im libanesischen Bürgerkrieg nicht durch Verhandlungen und Vertrauen auf Syrien als „arabischem Bruder" kommen wird, sondern daß Syrien die Rolle des Helfershelfers der Imperialisten gegen den palästinensischen Befreiungskampf spielt. Ein Ausdruck dafür ist z.B. auch der Überfall auf verschiedene syrische Botschaften in aller Welt („SZ", 12.10.76). Eine Organisation „Schwarzer Juni" (das ist der Monat des syrischen Einmarsches in Libanon) hat z.B. die Botschaft in Rom besetzt aus Protest gegen den *„Verrat Syriens und der arabischen Welt am Volk der Palästinenser"*.

Die PLO-Führung kann sich offenbar noch nicht dazu entschließen, die Verhandlungen aufzugeben und alle Kräfte für den Volkskrieg jetzt sofort zu mobilisieren. Es bedeutet aber auf Dauer eine Schwächung der fortschrittlichen Kräfte, wenn man sich jedem neuen syrischen Vorstoß defensiv gegenüberstellt. Dann kann Syrien und mit ihm die Zionisten und Imperialisten hoffen, daß das Wechselbad von Verhandlungen, Drohungen und militärischen Schlägen Schritt für Schritt die fortschrittlichen Kräfte zermürben wird. Es ist nötig, das Kampfgebiet auf ganz Libanon und Syrien auszudehnen, um weitere syrische Vorstöße zu verhindern. Das ist weniger eine militärische als eine politische Aktion. Man muß sich auf die Seite des Volkskrieges stellen.

Nahost-Kommission

Mordbanden und Söldner in Libanon

Auch die letzte militärische Offensive gegen die fortschrittlichen Kräfte in den Bergen über Beirut ist in der Hauptsache von syrischen Truppen durchgeführt worden. Die „Christen" beteiligten sich an den Kämpfen auf ihre Weise: Während der Eroberung und kurz danach wurden allein in den beiden Dörfern Arsun und Salima ca. 100 Frauen, Kinder und Männer in grauenhaften Massakern von den „christlichen" Milizen ermordet („Neue Zürcher Zeitung", 6.10.76).

Nun ist das ja durchaus nichts Neues im libanesischen Bürgerkrieg:

- Nachdem die Faschisten das Armenviertel Qarantina erobert hatten, veranstalteten sie ein furchtbares Blutbad. Die Leichenhaufen wurden anschließend mit Benzin übergossen und in Brand gesteckt.
- Bei der Belagerung von Tall as Saatar machten die Faschisten Zielschießen auf Frauen an der Wasserstelle. *„Vom Wasserholen sind manchmal nur die Hälfte der Leute zurückgekommen. Wir brauchten das Wasser aber. Die einzige Wasserstelle wurde von den Faschisten beschossen. Zum Schluß kam von zehn Frauen, die Wasser holten, nur eine zurück."* (Interviews aus „Informationsdienst" – „ID", 9.10.76).
- Bei der Eroberung von Tall as Saatar wurde das Lager zunächst „wegen Seuchengefahr" abgesperrt. Alle männlichen Lagerbewohner wurden umgebracht. *„Die Falangisten haben vor unseren Augen junge Männer zusammengetrieben und erschossen. Andere haben sie an Lastwagen gebunden und zu Tode geschleift."* Ein Junge erzählt: *„Ich wurde mit 60 anderen Jungen zusammengetrieben, wir sollten erschossen werden. Ich wurde jedoch nur durch einen Schuß in den Bauch verletzt und habe zwei Stunden unbemerkt unter den Toten gelegen. Nur so konnte ich überleben."*

Die „Mutter aller Kämpfer" erzählt: *„Ich bin bekannt als die Mutter aller Kämpfer. Das ist der Name, der mir von meinem jüngsten Märtyrer-Sohn gegeben worden ist. Ich habe das Lager mit meinen vier Söhnen verlassen. Drei von ihnen sind vor meinen Augen in Dekwaneh (faschistisches Stadtviertel, durch das die Flüchtlinge hindurch mußten) erschossen worden, während der vierte in der Nähe des Museums (Frontübergang) gefaßt wurde.*

In Dekwaneh sind zuerst alle meine vier Söhne gefangengenommen worden. Ich folgte ihnen, ich weinte, schrie, ich bat ihre Entführer, sie wieder frei zu lassen. Diese grauenhaften Falangisten gaben mir eine Wahl. Weißt du, was das für eine Wahl war? Sie gaben mir die Wahl, einen meiner Söhne auszuwählen, dafür, daß die anderen drei umgebracht würden. Wie sollte ich so eine Wahl treffen? Wie konnte ich einen Unterschied machen zwischen der einen Hand und der anderen, zwischen dem einen Auge und dem anderen? Es ist unmöglich, habe ich geschrien. Meine Söhne haben sich gegenseitig gestoßen und gesagt, geh du mit deiner Mutter. Zuletzt entschieden sie, den jüngsten zu mir zu schicken. Ich lief zu ihnen, um sie zu küssen und ihnen Lebewohl zu sagen, aber diese Verbrecher stießen mich zurück.

Ich ging zurück, als ich Schüsse hinter mir hörte. Ich ging zurück, um meine drei erschossenen Söhne zu sehen. Ich lief zurück zu ihnen, aber ihre Mörder ließen mich nicht, indem sie über meinen Kopf und überall um mich schossen. ...

An der Museumskreuzung warteten die bewaffneten Männer und sahen meinen Sohn. Sie befahlen ihm auszusteigen und er tat es. Ich sprang vom Wagen, schrie und weinte. Ich erzählte ihnen von den bewaffneten Männern in Dekwaneh, die meine drei Söhne ermordet hatten und dafür erlaubt hatten, diesen einen zu lassen. Er wäre doch jetzt mein einziger Sohn. Ich bat sie, doch nett zu sein. Aber sie waren so grauenhaft. Sie sagten, daß alle Palästinenser zwischen 14 und 40 umgebracht werden sollten. Als mein Sohn dies hörte, nahm er meine Hand und küßte sie. Mutter, sagte er dann, du bist die Mutter aller Kämpfer."

Als das Lager geräumt wurde, wurden im Krankenhaus von Tall as Saatar alle männlichen Kinder über sieben Jahre ermordet (alles aus „ID", 9.10.).

Ermordete Frauen und Kinder an der Wasserstelle von Tall as Saatar. Die Faschisten und der Schreiberling Vocke von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (4.8.76) behaupteten, diese Menschen seien von Palästinensern erschossen worden, als sie aus dem Lager flüchten wollten!

Die Truppen der Faschisten, die sogenannten „Libanesischen Streitkräfte", zeigen nicht nur durch ihre Mordgier, wie schmutzig die Sache ist, für die sie kämpfen. Der Reporter der „Neuen Zürcher Zeitung" (NZZ) berichtet, daß sie aus den verschiedensten Banden zusammengewürfelt sind. Im Christenviertel Aschrafiah laufen Söldner von sechs verschiedenen Privatarmeen mit jeweils verschiedenen Uniformen und Abzeichen herum. *„Man beobachtet in Beirut 13jährige Knaben, die automatische Waffen bedienen"* („NZZ", 17.9.76). Regiert werden diese Horden nach der Art von Räuberbanden, ihr Zusammenhalt ist nur lose. Einig sind sie sich darin, daß es ihre Pflicht ist, die „anderen" umzubringen.

Unter sich streiten sie sich wie die Geier. So wurden z.B. vor drei Wochen schwere Zusammenstöße zwischen den Falangisten und den Milizen des ehemaligen Staatspräsidenten Frandschiah in Dschunieh gemeldet. Die Falangisten versuchten, die Rundfunkstation von Amschit zu erobern, die von Frandschiah kontrolliert wird. Es wurden dabei schwere Waffen eingesetzt und beide Seiten erlitten schwere Verluste („Al Thaura" (Irak), 22.9.76, nach einem Bericht von „United Press").

Jede Bande der „Libanesischen Streitkräfte", z.B. die faschistische Falange oder die „Wächter der Zedern", die noch weiter rechts stehen, oder die Privatarmee des ehemaligen Staatspräsidenten Schamun, hat ihr eigenes Ausbildungslager in den Bergen. Die Soldaten werden von der Straße weg angeworben. Gegen gute Bezahlung bringen dort ausländische Söldner den Faschisten bei, wie man „Rote" killt. *„Fremde Söldner – meist mit einschlägiger Erfahrung aus Algerien, Indochina und Afrika – unterweisen die christlichen Rekruten"* („NZZ", 17.9.). Die ausländischen Söldner werden zum Teil von den faschistischen Gesinnungsfreunden in aller Welt angeworben. So erschienen in Brasilien Zeitungsanzeigen, in denen Freiwillige gesucht wurden, mit großem Erfolg („Frankfurter Rundschau", 10.7.76). Die französische faschistische Organisation „Ordre Nouveau" gab bekannt, sie schicke Mitglieder zum Kampf nach Libanon. Drei von ihnen wurden am 20.9. auf Zypern festgenommen, gekleidet in Falange-Uniformen und bepackt mit Munition („NZZ", 23.9.76).

Einen Teil der Ausbildung der Faschisten übernehmen die Zionisten. In einem israelischen Stützpunkt am Rande der Wüste Sinai wird ein faschistisches Bataillon in der Panzerkriegsführung geschult. Sie sollen am Ende der Ausbildung mit 38 amerikanischen Sherman-Panzern nach Südlibanon gebracht werden. („FR", 7.9.).

Besonders begehrt als Söldner sind Spezialisten, die bereits in der US-Armee gearbeitet haben, in Vietnam gekämpft haben oder Sonderlehrgänge absolviert haben. Hier ist kaum zu unterscheiden, wer „freiwillig" im Libanon ist, oder wer im Dienst des CIA steht. Sicher ist jedenfalls, daß die Faschisten bei der Offensive gegen die Lager Nabaa, Dschisr al Bascha und Tall as Saatar von Amerikanern mit Ranger-Ausbildung geleitet wurden („FR", 10.7.76). Bekannt ist weiterhin, daß die US-Botschaft im Libanon eine der größten im ganzen Nahen Osten war und mindestens 400 CIA-Agenten ins Land geschleust hat.

In Appartements in der vornehmen „europäischen" Gegend der Hamra-Straße wohnten Tausende von Spezia-

Fortsetzung Seite 32

Carter

Ford

Es geht um Millionen Wählerstimmen: Wer ist der beste Zionist? Nach den jüngst versprochenen Waffenlieferungen liegt Ford vorn im Rennen! Oder?

US-Waffenlieferungen für Israel

Rechtzeitig vor den Wahlen hat Ford dem israelischen Außenminister Allon eine Beschleunigung der bisher schon zugesagten Waffenlieferungen versprochen. Die Waffenlieferungen werden weitgehend von den USA finanziert. Ende September billigte das US-Repräsentantenhaus im Rahmen der Auslandshilfe eine Milliarde Dollar, die Israel für Waffenkäufe in den USA erhalten soll und von der es nur 50% zurückzahlen muß. Zusätzlich erhält Israel 735 Millionen Dollar „Sicherheitshilfe", das sind zusammen ein Drittel der gesamten US-Auslandshilfe („Frankfurter Rundschau" – „FR", 29.9.76).

Zu den von Ford zugesagten Waffenlieferungen gehört auch die bisher verweigerte Lieferung des völlig neuen Infrarot-Feuerlenksystems „flir", das nachts über große Entfernungen eingesetzt werden kann, u.a. von Luftwaffe und Marine („Welt", 13.10.76).

Außerdem werden Israel Spezialbomben vom Typ CBU-55 geliefert, die im Vietnamkrieg eingesetzt wurden und grausamste Wirkungen hatten. Bei der Detonation wird Äthylen freigesetzt, das in einem Umkreis von 300 Metern der Luft den Sauerstoff entzieht und alles tötet, was die Druckwelle und die Bombensplitter überlebt hat („FR", 15.10.76).

Nahost-Kommission

Wahlsieg der Arbeiterpartei auf Malta

Aus den Parlamentswahlen auf Malta am 18./19. September ist, bei einer Wahlbeteiligung von 95 % („Neue Zürcher Zeitung", (NZZ), 21.9.), die regierende Arbeiterpartei unter Ministerpräsident Dom Mintoff eindeutig als Siegerin hervorgegangen. Sie erhielt 34 von 65 Sitzen im neuen Parlament. Damit hat sich der von der Regierung verfolgte Kurs der strikten Blockfreiheit und Annäherung an Libyen durchgesetzt. Die Oppositionspartei, die christlich-demokratische Nationalpartei unter Führung des ehemaligen Premierministers George Borg Olivier, erhielt wie schon 1971 die Quittung für ihre Bestrebungen, Malta immer enger an Nato und EG zu ketten. Sie muß im neuen Parlament mit 31 Sitzen vorlieb nehmen.

Malta ist zwar ein sehr kleiner Staat (315 qkm, d.h. kleiner als z.B. das Land Bremen) mit 320.000 Einwohnern, aber aufgrund seiner Lage im Mittelmeer zwischen Gibraltar und dem Suez-Kanal seit über einem Jahrhundert von strategischer Bedeutung für die imperialistischen Staaten. 1799 wurde Malta von England besetzt und in der Folge zu einem stark befestigten Flotten- und Luftstützpunkt ausgebaut. Obwohl Malta 1964 formal unabhängig wurde, tat sich bis 1971, als die Arbeiterpartei mit nur einer Stimme Mehrheit im Parlament die Regierung übernahm, nichts, was die faktische Abhängigkeit von den Engländern verändert hätte. Zu den ersten Maßnahmen von Mintoff gehörte damals die Kündigung des bis 1974 gültigen „Verteidigungsvertrages" mit Großbritannien. Stattdessen wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der die letzten britischen Truppen 1979 die Insel zu verlassen haben und bis dahin haben sie eine jährliche Miete von 14 Mio. Pfund Sterling zu zahlen („Le Monde", 16.9.). Entsprechend der Neutralitätspolitik Mintoffs wird auch der Nato-Stützpunktvertrag, der ebenfalls 1979 ausläuft, nicht verlängert werden. („Süddeutsche Zeitung", – „SZ", 21.9.).

Mintoff betont immer wieder, daß die maltesische Regierung weder antiamerikanisch noch antisowjetisch sei („SZ", 25.9.), sondern *„zu einer Brücke zwischen Europa und Afrika, zu einer Brücke des Friedens zwischen den Mittelmeervölkern"* werden wolle („Le Monde", 16.9.).

Die bisherige Außenpolitik weist klare anti-imperialistische Züge auf und orientiert sich an anderen fortschrittlichen Staaten der Region wie vor allem Libyen und Algerien. Dies zeigt sich nicht nur an der Beseitigung der ausländischen Militärbasen, sondern auch an verschiedenen politischen Verlautbarungen zum Kampf der Befreiungsbewegungen in Palästina und Afrika („El Moudjahid", 1.9.).

Die wirtschaftliche Entflechtung von Großbritannien und der Devisenausfall nach Abzug der ausländischen Militärs werfen eine Reihe neuer ökonomischer Probleme auf, zu deren Lösung insbesondere China (Kreditvergabe 1972 und Bau einer Textilfabrik) und Libyen (Gründung einer libysch-maltesischen Finanzierungsgesellschaft und eine Serie von Abkommen) Hilfe leisten („NZZ", 27.8.). Zu den brennendsten innenpolitischen Problemen Maltas, das einer der am dichtest besiedelten Staaten der Erde ist, gehört die Arbeitslosigkeit. Sie lag 1974 noch bei 11 %, konnte seither aber gesenkt werden, was sicherlich zur Stärkung der Arbeiterpartei beigetragen hat. Die „General Workers Union" (Arbeitergewerkschaft) und insbesondere die Arbeiter des wichtigsten Industriezweiges, die Werftarbeiter, unterstützen die Regierung („Le Monde", 16.9.), die u.a. eine Arbeiterselbstverwaltung auf den Docks eingeführt hat.

Die Politik Mintoffs hat offenbar auch die katholische Kirche zu einer Änderung ihrer Haltung zu ihm gezwungen, was in der Sprache der reaktionären Opposition heißt, sie ließe *„ihr bis heute andauerndes weltanschauliches Monopol geradezu für den Marxismus wirken"* („NZZ", 27.8.). Die katholische Religion ist nach der Verfassung der Republik Staatsreligion und der Religionsunterricht an den Schulen obligatorisch. Während der Erzbischof von Malta früher die Arbeiterpartei öffentlich verteufelte, dann bei den Wahlen 1971 seine Position schon abschwächte, hat er sich diesmal „neutral" verhalten. Ergab keine direkte Wahlempfehlung, aber durch den Verzicht auf die bisher übliche Ablehnung der Arbeiterpartei „erlaubte" er indirekt ihre Wahl („Le Monde", 16.9.).

Nahost-Kommission

Die Revolution in Dhofar lebt!

Einen Sieg der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) über die Truppen des Sultans Qabus mußte die bürgerliche Presse jetzt zugeben, nachdem es lange Zeit geheißen hatte, die Revolution in Dhofar sei besiegt. Die Truppen des Sultans mußten sich nach einem Gefecht zurückziehen, obwohl sie von iranischen Düsenjägern unterstützt wurden. Sieben Soldaten der Unterdrückerarmee fanden den Tod („Süddeutsche Zeitung", 7.10.76).

Nahost-Kommission

Forts. von S. 31

listen", „Technikern" und „Kaufleuten" aus allen imperialistischen Ländern. US-Botschaft, BRD-Botschaft und Hamra-Straße sind allerdings heute Teil der Trümmerlandschaft des Stadtzentrums von Beirut und in der Hand der fortschrittlichen Kräfte.

Die Elitetruppen der Faschisten, die an den Brennpunkten des Kampfes eingesetzt wurden, bestehen aus jungen fanatischen Leuten – Studenten, Schülern, Priestern, verhetzten Kleinbürgern. Sie sind die Gegner, gegen die unsere Genossen im Libanon gekämpft haben und die schließlich von ihnen besiegt wurden, bevor die syrischen Besatzer den Faschisten zur Hilfe kamen. Diese Elitetruppen waren in langer Zeit ausgebildet worden. *„Sie hatten viele junge Kämpfer, 15 oder 16 Jahre alt, die sogar eher bereit waren, vom Dach des Hotels zu springen als von den fortschrittlichen Kräften gefangengenommen zu werden, weil man ihnen erzählt hatte, die fortschrittlichen Kräfte, das wären Tiere, die sie essen wollten und ähnliches. Das zeigt den tiefen Haß, der ihnen von den Faschisten eingeflößt wird."* (aus: Interview mit einem PFLP-Sprecher in: dl-Sondernummer Libanon).

Es gehört zur faschistischen Ideologie, daß die Palästinenser als „Fremde" und „Kommunisten" frei zur Abschlachtung sind. Weiterhin haben die Faschisten ungeheure Zahlen von „Kubanern", ausländischen Kommunisten und „Terroristen" erfunden, die angeblich die eigentlichen Gegner auf der Seite der fortschrittlichen Kräfte sind, insgesamt fast so viel wie die Gesamtzahl der Palästinenser im Libanon. Die Zeitungen der Faschisten sind voll von angeblichen Greueltaten der fortschrittlichen Kräfte. Die Faschisten haben immer wieder ihre eigenen Mordtaten den fortschrittlichen Kräften zugeschrieben und teilweise sogar die Ermordeten als Christen ausgegeben. Die Politiker der Imperialisten werden nicht müde, die Faschisten als Verteidiger der Freiheit zu feiern.

Damit sind genügend „Begründungen" ausgegeben, daß die faschistischen Banden hinter der Front die Palästinenser und armen Libanesen abschlachten dürfen. Die Freiheit zu Mord, Folter und Vergewaltigung gehört zur Bezahlung, auf die der faschistische Söldner außer Geld noch Anspruch hat.

Wir kennen diese Söldnerbanden aus allen den schmutzigen Kriegen, die der Imperialismus bisher gegen die Befreiungsbewegungen der Völker der Welt geführt hat. Sie überfallen friedliche, wehrlose Dörfer und schlachten die Einwohner ab, um im Auftrage der Imperialisten Furcht und Schrecken zu verbreiten, wie in Deir Jassin in Palästina 1948 und in My Lai in Vietnam. Sie traten im Kongo auf, in Algerien und Angola. Es gehört zu den schlimmsten Aufgaben des Volksbefreiungskampfes, daß er es regelmäßig mit einer solchen Terrorkriegsführung zu tun hat und daß die besten Revolutionäre der Völker im Kampf gegen diese Schweinebanden ihr Leben lassen müssen.

Die faschistischen Söldnertruppen im Libanon waren bereits geschlagen, als ihnen die syrische Intervention zu Hilfe kam. Nur dadurch ist es möglich, daß die Faschisten ihre Terrorangriffe fortführen konnten. Es ist zu hoffen, daß die arabischen Massen diese Lehre gut begreifen und behalten: **Die Mordbanden der Faschisten arbeiten auf der Basis der syrischen Intervention.** Die syrischen Truppen stehen dabei im Namen aller arabischen reaktionären Regimes. Die arabischen Massen sollen nicht das Bild vergessen, wie der Massenmord am Museumstor geschah, wie die männlichen Flüchtlinge aus Tall as Saatar unter dem Schutz der arabischen „Friedenstruppe" von den Faschisten umgebracht wurden!

Die bürgerlichen Zeitungen werden natürlich nicht müde zu berichten, daß es auf Seiten der fortschrittlichen Kräfte ebenfalls „ausländische Söldner" gebe. Nun, wenn es mutige Genossen gibt, die sich mit der Waffe in der Hand auf die Seite der libanesischen Demokratie gestellt haben, so ist das eine gute Sache. Wir kennen das Beispiel der internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg. Wer will diese internationalistischen Genossen vergleichen mit dem deutschen Söldnerführer Rolf Steiner, der in Afrika und Indochina gemordet hat und nun im Libanon auf der Seite der „Christen" steht? („FR", 10.7.). Auf der einen Seite mutige Genossen, deren Vaterland die Sache der unterdrückten Völker und der Fortschritt der Menschheit ist, auf der anderen Seite der schlimmste reaktionäre Abschaum, den das imperialistische System aus einem Menschen machen kann.

Es wird jeden aufrechten Demokraten in den Fingern jucken, die Waffe zu ergreifen und sich auf die Seite unserer palästinensischen und libanesischen Genossen zu stellen. Dagegen spricht nur die wichtige Erkenntnis, daß unsere beste Unterstützung für die fortschrittlichen Kräfte im Libanon der Kampf im eigenen Land ist. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß unsere Genossen im Libanon unser aller Sache besorgen, wenn sie gegen die faschistischen Mörderbanden kämpfen.

Nahost-Kommission

Ununterbrochene Rebellion im besetzten Palästina

In den besetzten Gebieten tritt – trotz schärfster Unterdrückung durch die zionistischen Besatzer – keine Ruhe ein! Nach dem Generalstreik im Westjordanland am 28.9., der die Antwort der palästinensischen Bevölkerung auf das „König-Memorandum" war, kam es schon am 2.10. und den darauffolgenden Tagen zu erneuten Massendemonstrationen und Streiks, die sich – ausgehend von den ständigen Provokationen der rechtsradikalen Zionistengruppe „Gush Eumunim" unter Führung des Rabbi Levinger in Hebron – gegen die zionistische Besatzungspolitik wendeten.

Die bürgerliche Presse stellte die Vorgänge wieder einmal als „religiöse" Auseinandersetzungen dar, deren Urheber man nicht feststellen könne und die in sinnlosem gegenseitigen Zerstören von religiösen Heiligtümern in der Moschee bzw. Synagoge der Machpela-Höhle (Grab der Patriachaten) gipfelten.

Anlaß für die erneuten Demonstrationen und Streiks waren die ständigen Provokationen der rechtsradikalen, religiös-fanatischen „Gush-Eumunim"-Bewegung unter Rabbi Levinger. Diese Gruppe hatte schon 1968 versucht, sich im arabischen Hebron niederzulassen, mit dem vorgeschobenen Grund, in Hebron das Passah-Fest feiern zu wollen. Damals wurde ihnen von der arabischen Bevölkerung kein Wohnraum vermietet.

Am Widerstand der Bevölkerung scheiternd, bauten sie einige Kilometer von Hebron entfernt den jüdischen Ortsteil Kirjat Arba, der nachträglich von der israelischen Regierung legalisiert wurde und von dem aus ständige Provokationen und schließliche Vertreibung der arabischen Bevölkerung von Hebron organisiert wurden.

Zuletzt versuchte sie im August im arabischen Hebron die Einrichtung einer Synagoge zu erzwingen. Der jüdischen Synagoge sollen die jüdischen Siedler folgen. Dieser Versuch scheiterte zunächst am Widerstand der Bevölkerung.

Am jüdischen Neujahrsfest Ende September veranstalteten Levinger und die Gush-Eumunim-Gruppe erneut Gottesdienste an zwei Stellen in Hebron und in der Synagoge am Grab des Patriachaten. Dabei trugen Levinger und seine Kumpanen widerrechtlich Schußwaffen, was auf ihre „friedlichen" Absichten schließen läßt.

Da solche Provokationen bei der arabischen Bevölkerung ständig Proteste hervorrufen, hat die israelische Militärregierung Levinger verboten, sich frei in Hebron zu bewegen. Levinger kümmerte das gar nicht, worauf Haftbefehl gegen ihn erlassen wurde. Nach einem „Verhör" wurde er sofort wieder freigelassen!!

Am 2.10. kam es in Hebron zu militanten Demonstrationen. Am Abend zuvor hatten rechtsradikale Zionisten aus Kirjat Arba in der Machpela-Höhle ein Mitglied des religiösen Moslemrates angegriffen und am nächsten Tag religiöse Heiligtümer zerstört. Die Militärregierung verhängte daraufhin eine Ausgangssperre.

Am Sonntagmorgen stürmten etwa hundert arabische Jugendliche die Synagoge in der Machpela-Höhle und zerstörten ihrerseits jüdische Thorarollen („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 4.10.76 und „Le Monde", 5.10.76).

In Hebron wurde das Militär erheblich verstärkt. Gegen die Jugendlichen wurden Fallschirmspringer eingesetzt, die äußerst brutal vorgingen. Es gab mindestens 40 Verletzte („SZ", 8.10.76) und etwa 60 Verhaftungen („Le Monde", 5.10.76).

Sonntag und Montag kam es daraufhin in anderen Städten des Westjordanlandes ebenfalls zu Demonstrationen und Streiks, u.a. in Nablus, Ramallah, Djenin, Tulkarem und El Khalil. Damit setzten sich die arabischen Bewohner des Westjordanlandes gegen die Pläne der Zionisten zur Wehr, das Westjordanland endgültig zu annektieren.

Verhaftungen im Gaza-Streifen

Im Gaza-Streifen hat das zionistische Besatzerregime mit einer neuen Repressionswelle begonnen. Insgesamt wurden 55 Araber festgenommen, die beschuldigt werden, zu palästinensischen Gruppen zu gehören, antiisraelische Flugblätter verteilt und Waffendiebstähle begangen zu haben („SZ", 13.10.76 und „El Moudjahid", 11.10.76).

Die Ausgangssperren in den Städten des Westjordanlands werden von tausenden schwerbewaffneter Soldaten überwacht

Jordanische Armee fällt palästinensischem Kommando in den Rücken

Ein palästinensisches Kommando hat am Freitagabend (1.10.) in der Nähe von Jericho auf dem Westufer des Jordans eine israelische Patrouille angegriffen. Auf dem Rückweg ist das Kommando auf jordanische Soldaten gestoßen, das Gefecht dauerte eine halbe Stunde. Ein Widerstandskämpfer wurde verletzt, konnte aber von seinen Genossen zum Stützpunkt zurückgebracht werden. Auf dem Rückweg mußte das Kommando durch besetztes Gebiet (!), nachdem es einen Kontrollposten der jordanischen Armee umgangen hatte („El Moudjahid", 3.10.76).

Nahost-Kommission

lateinamerika aktuell

Nazis in Argentinien

Seit dem Militärputsch im März dieses Jahres sind für die Faschisten in Argentinien goldene (braune) Zeiten angebrochen. In den Buchläden und Zeitungskiosken sind plötzlich allerhand Machwerke der deutschen, spanischen und italienischen faschistischen Vergangenheit zu haben. So liegen in den Buchhandlungen offen aus: Hitlers „Mein Kampf" (laut Vorwort der argentinischen Ausgabe „Ein Werk von vibrierender Aktualität"), die „Fundamente des Nationalsozialismus" von Alfred Rosenberg, „Der Angriff – Aufsätze aus der Kampfzeit" von Joseph Goebbels, „Der Faschismus" von Benito Mussolini usw.usf.

Darüberhinaus erscheinen diverse Zeitschriften, in denen die Theorien der Nazis ausführlich erläutert und gerechtfertigt werden. Hakenkreuze und blutbeschmierte Schwerter mit dem Judenstern prangen auf den Titelblättern. Seit langem erscheint die Serie „Geschichte des Dritten Reiches" im Mehrfarbendruck und auf teurem Papier. Die Kioskinhaber versichern, daß sich diese Art von Zeitschriften gut verkaufen („Frankfurter Rundschau", – „FR", 16.9.76).

Natürlich werden seit längerem Nazischriften in Argentinien vertrieben. *„In Bariloche (Patagonien) erscheinen seit 1969 Bücher in deutscher Sprache, die von antisemitischer Propaganda nur so strotzen. Als Verfasser zeichnet ein gewisser Juan Maler. Seine Werke wie „Die große Rebellion", „Gegen Gott und die Natur" oder „Die sieben Säulen der Hölle" enthalten endlose Tiraden über „die verborgenen Weltmächte des Judentums, der Freimaurerei und des Marxismus"* („FR", 16.9.76). Gegenwärtig aber findet ein richtiger Boom statt, es wird offen für die braune Literatur geworben: *„Die deutschen Nationalsozialisten waren weder verrückt noch schwachsinnig, noch unfähig. Sie wußten genau, was sie taten und warum sie es taten. Und was sie taten, das funktionierte. Das ist vielmehr, als man über das ganze liberale System sagen könnte."* (ebenda).

Erste Erfolge der braunen Propaganda sind bereits zu sehen: In Buenos Aires und in mehreren Provinzstädten kam es in den letzten Wochen zu einer Serie von Attentaten. In einer einzigen Nacht wurden im „Barrio Once", einem Stadtteil von Buenos Aires mit vielen jüdischen Kaufleuten, 15 Schaufensterscheiben aus fahrenden Personenwagen heraus zerschossen. Bomben explodierten vor jüdischen Schulen, Kulturinstituten, Friedhöfen und Synagogen. Morddrohungen und Hakenkreuzschmierereien gehören bereits zum Alltag.

Auf diese Weise wird der bisherige Terror der AAA (Alianza Anticomunista Argentina) konsequent fortgeführt und die ideologischen Hintergründe deutlich. Noch klarer wird die Funktion der Faschisten als militanter Stoßtrupp der reaktionärsten Kreise der Bourgeoisie, des Imperialismus und ihrer Regierung, wenn man sich einige ihrer Vertreter genauer ansieht:

„Seit Jahren gibt Wilfried von Owen, der von 1943 bis zum Zusammenbruch des Hitlerreiches Goebbels Pressesekretär war, die deutschsprachige Zeitung "Plata-Ruf" in 3.000 Exemplaren heraus, sie liegt in der Goethe-Buchhandlung frei aus" („FR", 16.9.76).

„Der Occidente-Verlag brachte im Juli dieses Jahres eine spanische Übersetzung der „Nationalsozialistischen Rassenpolitik" des 1895 in Buenos Aires geborenen „Reichsleiters' Walter Darré heraus, der von 1933 bis 1942 Hitlers Landwirtschaftsminister war" (ebenda). Nach der Zeitung „Ultima Clave" *„haben die frühere Staatspräsidentin Maria Estela Martinez de Peron und ihr Wohlfahrtsminister, Privatsekretär und langjähriger Vertrauter Jose Lopez Rega 1973 in Rom Kontakt mit Licio Gelli aufgenommen, der als Gran Maestro einer Loge des neofaschistischen Ordine Nuovo bezeichnet wird. Gelli soll Mitglied eines ‚multinationalen' braunen Generalstabs sein, der Entführungen, Attentate und andere terroristische Umtriebe in verschiedenen Ländern plant.*

Gelli soll in ständiger Verbindung zu den Verantwortlichen der ‚Tripel-A' gestanden haben, als die Peronisten an der Macht waren. Diese rechtsextreme Terrorbande wurde, wie heute eindeutig feststeht, vom ehemaligen Wohlfahrtsminister, organisiert, finanziert und mit automatischen Waffen ausgerüstet. Sie hat seit 1973 nach vorsichtigen (!) Schätzungen etwa 1.500 Personen, meist linke Aktivisten, Intellektuelle, politische Flüchtlinge, Arbeiter- und Studentenführer umgebracht." (ebenda).

Neben der Tradition der deutschen Faschisten – *„nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte der damalige Präsident Juan Domigo Peron Zehntausenden von deutschen Nazis die Einwanderung in sein Land ermöglicht, noch bis in die 50iger Jahre hallten Abend für Abend aus Kneipen in Buenos Aires mit Namen wie ‚München', ‚Bodensee' und ‚zur Eiche' begeistert gebrüllte Nazi-Hymnen"* („Stern" Nr. 47/76), – besitzen die argentinischen Faschisten beste Beziehungen zu ihren Kumpanen in Italien, Brasilien, Chile, Bolivien, Paraguay und Uruguay, und zu entsprechenden militärischen Kreisen in diesen Ländern.

Auch die neuen Machthaber fördern offensichtlich die offenen Faschisten und ihren Terror. Dies hat für sie den Vorteil, daß die Militärs eine „reine Weste" behalten, weil sie sich die Finger nicht selbst schmutzig machen und so vor allem eine internationale Isolierung wie in Chile vermeiden.

Lateinamerika-Kommission

Gefechte zwischen Guerilleros und Repressions-Apparat

Buenos Aires/Argentinien: Am 29.9. lieferten sich in einem Wohnviertel von Buenos Aires ca. 100 Soldaten und Polizisten mit einer nicht genannten Zahl Guerilleros ein schweres Gefecht. Vier Revolutionäre sollen dabei – nach Darstellung der Armee-Führung – getötet und vier Soldaten verwundet worden sein.

Einen Tag später griffen Guerilleros eine Polizeiwache an. Und noch am selben Tag durchsuchten 200 Soldaten auf Anordnung des hysterisch gewordenen Repressionsapparats sämtliche 20 Stockwerke eines Bürogebäudes nach „mutmaßlichen Terroristen" und linker Literatur, ohne etwas zu finden („NZZ", 3.10.76).

Am 1. Oktober sind laut Angaben der konterrevolutionären Militärs fünf leitende Montoneros in einem Feuergefecht gefallen. Einer der gefallenen Genossen soll der politische Sekretär der Montoneros, Alberto Molina Benuzzi, gewesen sein. Die Namen der anderen wurden, ebenso wie der Ort des Kampfes, nicht gennannt („NZZ", 5.10.76).

Lateinamerika-Kommission

Attentat auf argentinischen Diktator

Am 2. Oktober ging auf einem Militärstützpunkt eine Bombe unter einer Tribüne hoch, von der noch fünf Minuten vorher Argentiniens Militär-Diktator Videla kernige Worte vor versammelter Truppe gesprochen hatte. Nach den Urhebern des Attentats wird noch gesucht; eine revolutionäre Organisation hat sich bisher nicht damit identifiziert. („FR" u. „FAZ": 4.10.76, „NZZ": 5.10.76).

Lateinamerika–Kommission

Mord und Terror gegen die bürgerliche Opposition

Argentinien: Zwei führende Mitglieder der Radikalen Partei (RP), Sergio Karakachoff und Domingo A. Terrugi, wurden im September ermordet aufgefunden. An der Täterschaft der rechtsradikalen Terrorgruppe AAA besteht kein Zweifel. Zwei weitere Mitglieder der RP und ehemalige Abgeordnete des inzwischen aufgelösten Parlaments waren von der Polizei verschleppt worden, wurden aber nach zehn Tagen lebend wiedergefunden („Horizont", 40/76).

Lateinamerika-Kommission

Kredite an argentinische Junta

Wir fassen hier noch einmal sämtliche imperialistischen Kredite zusammen, die die Junta seit dem Putsch erhalten hat. Es handelt sich dabei, wie die „Neue Zürcher Zeitung" (vom 6.10.76) richtig sieht, um reine „Überbrückungskredite", die nur die Begleichung der 1976 fälligen Schulden ermöglichen oder hinausschieben sollen. Investitionskredite hingegen wurden, so sehr die Junta auch mit günstigen Ausschreibungen (wie etwa auf dem bisher dem Staat vorbehaltenen Erdölsektor) und einem neuen Investitionsgesetz wirbt, das den totalen Ausverkauf der nationalen Wirtschaft an das Auslandskapital verspricht, bisher nicht gewährt.

Bisher wurden der Junta rund 1,3 Mrd. Dollar an Krediten gewährt. Davon entfallen auf den Internationalen Währungsfonds 300, auf ein Konsortium von 21 US-Banken 500 und auf (West)Europa insgesamt 358 Mio. Dollar. Von den 12 kreditgebenden europäischen Ländern leistet die Bundesrepublik den „großzügigsten" Beitrag mit 90 Mio., gefolgt von der Schweiz (61,3 Mio) und Großbritanien (60 Mio.). Österreich, Finnland und Norwegen gewährten Argentinien – ausgerechnet unter der Junta – zum ersten Mal Kredite. Eine Kreditsumme von 76 Mio. Dollar entfällt auf verschiedene andere Länder, vor allem Japan („NZZ", 6.10.76).

Lateinamerika-Kommission

Putsch-Vorbereitungen der USA gegen Jamaika

Eines der noch wenigen verbliebenen Staaten Latein- und Mittelamerikas, das eine fortschrittliche Innen- und Außenpolitik verfolgt, ist Jamaika. Bereits im AK 84 warnten wir vor einer „Putschgefahr" seitens des US-Imperialismus, der mit Hilfe seiner Agenten und Komplizen in Jamaika faschistische Provokationen durchführte. Eine der Provokationen ereignete sich am 19. Mai dieses Jahres: 50 bewaffnete Faschisten warfen Brandbomben auf einen Häuserblock, blockierten die Straßen und trieben die Menschen, die den Flammen zu entkommen suchten, wieder zurück in die brennenden Häuser. Als Polizei und Feuerwehr eintraf, blockierten die Faschisten die Straßen und es kam zu einem kurzen Gefecht, wobei 11 Faschisten getötet wurden.

Saul Landau, Koordinator des US-Instituts für politische Studien, zog daraus die Schlußfolgerung, *„daß unsere Regierung oder ein Teil von ihr in jamaikanischen Angelegenheiten intervenieren könnte, ebenso wie sie es in Chile tat."* Landau schrieb weiter: *„In Publikationen aus den USA wurde die Anschuldigung erhoben, daß aus Jamaika unter Präsindent Manley ein unstabiles, schlechtgeführtes Durcheinander geworden sei und daß es dabei sei, kommunistisch zu werden und sich zu einem kubanischen Satelliten herauszubilden"* („International Herald Tribune", 29.8.76).

In diese politische Kampagne der USA reiht sich auch die Äußerung von James Reston, Schreiberling der „New York Times", ein, der behauptete, daß Kuba jamaikanische Sicherheitskräfte ausbilden würde. Tatsächlich ist die Leibgarde Präsident Manleys in Kuba ausgebildet worden und es existieren diplomatische Beziehungen zwischen Jamaika und Kuba.

Allerdings ist die gesamte Polizei und Armee in den USA ausgebildet worden. Abschließend äußerte Saul Landau die Befürchtung – er war selbst fünf Wochen in Jamaika –, daß *„Agenturen der USA wieder einmal in Tätigkeiten verwickelt sind, die die Entstabilisierung (dies Wort benutzte der CIA im Zusammenhang mit den Putsch-Vorbereitungen in Chile!) der gewählten Regierung in Jamaika zum Ziel haben"*. („Chile-Nachrichten", 30.9.76).

Lateinamerikakommission

Uruguay wird gigantische Militärbasis des US-Imperialismus

Der Regierungswechsel der Marionette Bordaberry, an dessen Stelle Mendez trat, bedeutet auch eine neue Orientierung des faschistischen Militärregimes in Uruguay. Innenpolitisch hat Mendez einige seiner berüchtigten „Dekrete" erlassen. Sie legen im wesentlichen fest:

- ein 15-jähriges Verbot jeglicher politischer Betätigung;
- Die Ausschaltung und Verhaftung aller Politiker und das Verbot der politischen Betätigung selbst der rechtesten bürgerlichen Parteien wie der Christdemokratischen Partei. Davon sind rund 10.000 Menschen betroffen! („Monitordienst", 8.9.76);
- die Aufhebung des Justizwesens und völlige Bindung an die herrschende Militärclique. Dies ist einzigartig, da selbst die chilenische Junta immer noch den Schein wahrt, daß die Klassenjustiz „unabhängig" sei;
- die Umstrukturierungen im Staatsapparat selbst hatten zum Ergebnis, daß 11 der 19 Verwaltungsbezirke von Militärs besetzt worden sind (vorher „Zivilisten"). Die uruguayische Zentralbank ebenso wie die Verwaltung der Energieindustrie werden von den herrschenden Militärs direkt besetzt.

Damit wird *„praktisch die gesamte politische Oberschicht ausgeschaltet"*, kommentiert die „Neue Zürcher Zeitung". Die erlassenen Maßnahmen gehen selbst noch über die Bestimmungen des „Brasilianischen Modells" hinaus, wo Suspendierungen von bürgerlichen Politikern nur „im Einzelfall" möglich sind.

Diese Maßnahmen der Militärs – und dahinter steht niemand anders als der US-Imperialismus! – decken sich mit den Konzeptionen der USA zu Lateinamerika. Uruguay ist ein verhältnismäßig rohstoffarmes Land, da gibt es nicht viel zu plündern. Hauptwirtschaft ist dort die Landwirtschaft, insbesondere die Viehzucht.

Deshalb orientiert der US-Imperialismus darauf, Uruguay u. a. in einen Militärstützpunkt zu verwandeln. Mehrere Maßnahmen verdeutlichen diese Entwicklung:

– 55 % der gesamten Staatsausgaben Uruguays fließen in die Rüstung. Die uruguayische Armee ist innerhalb von fünf Jahren verdoppelt worden. Zur Zeit wird die bankrotte Infrastruktur Uruguays enorm ausgebaut. So gewährte Brasilien einen 300 Millionen-Dollar-Kredit für den Ausbau der Eisenbahnlinien des Landes („Iz3W", Juli 1976).

Die Infrastrukturmaßnahmen deuten klar darauf hin, daß der US-Imperialismus in enger Zusammenarbeit mit Brasilien Uruguay zu einem Militärstützpunkt ausbauen will. Es sei daran erinnert, daß die USA einen Teil ihrer strategischen Bomberflotte in Uruguay stationieren will. Ferner errichten die USA ca. 10 „Antiguerillazentrum" mit ca. 500 „Teilnehmern" in Uruguay. Für den Ausbau Uruguays zu einem zweiten Nicaragua (Nicaragua ist ein Militärstützpunkt der USA im Karibischen Raum) hat Mendez jetzt reichlich innenpolitische Vorsorge getroffen.

Lateinamerika-Kommission

Für eine Klassengewerkschaft in Ecuador

Die momentane Situation in Ecuador ist durch verstärkte Repression gegen alle Teile der Bevölkerung gekennzeichnet (ein Beispiel sind die Verhaftungen und Ausweisungen von Bischöfen – s. Artikel in diesem AK). Die Hauptbetroffenen, die Arbeiter und Bauern sind nicht mehr bereit, die Repressionen hinzunehmen. Deutliches Zeichen hierfür war der im vergangenen November durchgeführte Generalstreik und die Massendemonstrationen am 1. Mai dieses Jahres, die sich durch das ganze Land zogen.

Durch diese Proteste versuchten die Arbeiter und Bauern ihre Forderungen, die sie in einem Neun-Punkte Programm formuliert haben, zu untermauern. Wichtigste Forderungen sind: Verstaatlichung des Erdöls ohne Entschädigung und die sofortige Durchführung einer Landreform.

Eine Schwierigkeit im Kampf war bisher jedoch die Zersplitterung der Arbeiter in den verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen (CEDOC, CTE und CEOSL). Anfangs waren die Widersprüche zwischen diesen drei Gewerkschaften erheblich, doch im Laufe des Kampfes fand eine ideologische Auseinandersetzung und damit eine Vereinheitlichung statt.

Die CTE (Vereinigung der equadorianischen Arbeiter) ist die größte der drei Gewerkschaften, sie arbeitet mit der revisionistischen KP zusammen und ist vor allem im städtischen Proletariat verankert.

Die CEOSL (Equadorianische Vereinigung freier Gewerkschaftsorganisationen) **ist die jüngste und zahlenmäßig kleinste.** Sie war der verlängerte Arm der korrupten nordamerikanischen AFL-CIO. Ihre Aufgabe war es im Rahmen der „Allianz für den Fortschritt" den US-imperialistischen Einfluß innerhalb der Arbeiterbewegung zu sichern.

Doch ebenso wie innerhalb der CEDOC haben sich im Laufe des Kampfes und des Aufschwunges der Massenbewegung die Arbeiter innerhalb dieser Gewerkschaft durchgesetzt und die alten Führer rausgeschmissen.

Besonders an der CEDOC (Equadorianische Gewerkschaft der Klassenorganisationen) kann man diese Entwicklung verfolgen.

CEDOC: Eine Gewerkschaft ändert ihr Gesicht

Auf dem am 3. und 4. Juli stattgefundenen Kongreß der CEDOC in Quito heißt es in einem dort veröffentlichen Papier: „... *nicht nur weil wir wissen, daß sich die Macht des Kapitalismus nicht überzeugen läßt, sondern weil man sie besiegen muß, sondern außerdem weil wir wissen, daß, nur wenn wir die Revolution machen, wir alle bürgerlichen Werte, die der Kapitalismus in unsere augenblicklichen Existenzbedingungen eingeführt hat, zerschlagen.*" („Strategie und Politik" der CEDOC) Vor 38 Jahren, bei der Gründung der CEDOC hatte wohl niemand eine solche Position innerhalb der CEDOC jemals für möglich gehalten.

Bei der Gründung der CEDOC wurde im wesentlichen auf den Katholizismus (C) und auf Antikommunismus orientiert. Bis zum Anfang der 60er Jahre blieb das C=„Catolicas", dann folgte eine Phase der Annäherung an die Christdemokratie und das C hatte im folgenden „Cristianas" zu bedeuten. Seit 1971 nun steht das C für „Clasistas" (Klasse).

Ein sichtbares Zeichen der sich an der Basis vollziehenden Linkswendung war die Wahl einer neuen Führung auf dem 11. Kongreß im April 1975. Doch der dort gewählte Präsident, Cuisana, war nicht bereit die neue Politik durchzuführen und wurde auf dem außerordentlichen Kongreß im Juli abgesetzt. Er und seine Hintermänner hatten noch versucht, den Kongreß nicht zustande kommen zu lassen, hatten es nach Scheitern ihres Plans indessen vorgezogen anstatt selber zu erscheinen, bezahlte Arbeiter zu schicken, die dann noch rechtzeitig entlarvt wurden. Sie sollten mit Bomben den Kongreß gewaltsam sprengen. Dies wird jedoch sicherlich nicht der letzte Versuch gewesen sein, von Seiten solcher Kapitalistenknechte die Arbeiterbewegung Lateinamerikas zu spalten und gegenüber dem Imperialismus willenlos zu machen.

Imperialisten immer dabei

Den ehemaligen Führern der CEDOC konnte auf dem 12. Kongreß Komplizenschaft mit CIA, AFL-CIO und der Konrad-Adenauer-Stiftung der westdeutschen CDU nachgewiesen werden.

Eine der Ausgeschlossenen, Mitbegründerin der CEDOC z.B. taucht im Buch des Ex-CIA-Agenten Philip Agee als Agentin auf. Sie bekam das Geld des, der Konrad-Adenauer-Stiftung untergeordneten, „Institut für Internationale Solidarität" (ISI) in Equador. Gleichzeitg übt sie Funktionen für „Miserior" und BASF aus.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der CLAT (Vereinigung lateinamerikanischer Arbeiter), die Muttergewerkschaftszentrale, der die CEDOC unter der alten Führung angehörte. Die Zentrale hat – wie die **CEOSL – die Aufgabe linke Kräfte** zu zerschlagen und den Einfluß der Christdemokratie zu erhöhen. Den größten Teil ihrer Gelder erhält sie von der Konrad-Adenauer-Stiftung, nämlich sechs Mio. DM. Der CLAT mischte sich selbstverständlich in die Auseinandersetzung im CEDOC ein, jedoch glücklicherweise ohne Erfolg.

Doch man kann sicher sein, daß die Reaktion noch nicht aufgeben wird. Ihre finanzielle Absicherung haben sie schon erreicht. Der Präsident der CLAT war nämlich schon zu einem Blitzbesuch in Europa, um die ehemaligen Helfer wie z.B. Entraide et Fraternite, Oxfam, Movib, Cebemo und nicht zuletzt sicherlich die Konrad-Adenauer-Stiftung über die veränderte Situation zu informieren und dafür zu sorgen, daß sie die Gelder weiter an die ehemaligen Führer der CEDOC zahlen. Damit wird dann auch die jetzt angelaufene Verleumdungskampagne bezahlt werden können.

(nach „Informationsdienst Ecuador" –ide)

Lateinamerikakommission

Besonders an der CEDOC (Equa- solcher Kapitalistenknechte die Ar- **Lateinamerikakommission**

Völlige Ausschaltung der bürgerlichen Opposition in Chile

Gleich nach dem 11. September 76', nach drei Jahren faschistischen Terrors, steigerte die Pinochet-Junta ihre Angriffe auf die Kräfte der bürgerlichen Opposition, repräsentiert von der Christdemokratischen Partei Chiles (PDC) unter ihrem Führer Frei. Anläßlich einer Rede Pinochets zum 3. Jahrestag des Putsches sagte er: „... *verlangt die künftige Umgestaltung eines juristischen Schemas, in dem sehr deutlich werden muß, daß die heute suspendierten traditionellen Parteien* (wie die PDC) *keinen Platz haben werden ..., weil ihre Strukturen ... unter Inspiration eines institutionellen Regimes Gestalt gewonnen haben, das schon endgültig gestorben ist*".

Zu deutsch heißt das nichts anderes als die Ankündigung eines Verbots der PDC – einer Partei, die aktiv den Militärputsch 1973 vorbereitet hatte! Damit folgt Chile dem Vorbild Uruguays, wo kurz zuvor ebenfalls sämtliche politischen Parteien verboten und deren Politiker verhaftet wurden (siehe dazu AK 89).

Mit dieser Ankündigung vollzieht Pinochet einen schon lange vorher eingeleiteten Prozeß; die PDC unter Frei war und ist wesentlicher Träger von Teilen der Klein- und Mittelbourgeoisie, die selbst durch die Politik des Imperialismus und der chilenischen Großbourgeoisie ruiniert worden ist. Aufgrund der Ausbeutung und der Hungerlöhne, die die chilenische Arbeiterklasse und die Kleinbauern erhalten, können die Sektoren der Bourgeoisie, die sich am Binnenmarkt orientieren, kaum noch Profite machen.

Insofern bestanden zum Teil sehr scharfe Widersprüche innerhalb der chilenischen Bourgeoisie, wobei sich Pinochet und der Imperialismus jedesmal durchsetzen konnten.

desmal durchsetzen konnten.
Die wohl letzte größere Ausein-

Die wohl letzte größere Auseinandersetzung seitens der Kräfte der Bourgeoisie, die von Frei repräsentiert werden, fand im Dezember letzten Jahres statt; Frei kritisierte in einem von ihm verfaßten Buch im wesentlichen die Wirtschaftspolitik Pinochets und die Verletzung der Menschenrechte; die Kraftprobe mit Pinochet endete mit einer völligen Niederlage Frei s. Pinochet ging zur Gegenoffensive über, entfernte Sektoren in der Armee, die mit Frei sympathisierten und ließ zahlreiche christdemokratische Professoren und Dozenten an den Hochschulen entfernen.

Im August erhielt die PDC eine weitere Niederlage. In einem Prozeß beim Obersten Gerichtshof Chiles waren zwei der Christdemokratie nahestehende Juristen angeklagt, weil sie die Junta der Verletzung der Menschenrechte bezichtigt hatten. Als Verteidiger traten der Präsident der PDC, Aylwin, und PDC-Anwalt Figueroa auf, unterstützt durch eine Resolution von 302 weiteren rechtsbürgerlichen Politikern. Die Kraftprobe vor Gericht endete mit der Verurteilung der beiden Juristen. Darüber hinaus argumentierte der Oberste Gerichtshof voll mit den Anklagepunkten der Junta, auch dies ist relativ neu. Daß nun das Oberste Gericht auch offenes Sprachrohr Pinochets wurde, ist ein weiteres Zeichen der Offensive Pinochets zur Ausschaltung der bürgerlichen Opposition.

Am 11. September dieses Jahres dann mußte die PDC unter Druck der Junta ihren Verlag an die Junta verkaufen. In diesem Verlag erschien die bedeutendste Wochenzeitschrift der PDC, „Ericilla". Den Schlußstrich setzte dann der Staatsrat Chiles; Pinochet hatte diesen Staatsrat aus Gründen einer „demokratischen" Fassade eingerichtet und mit reaktionären und faschistischen Politikern, aber auch Vertretern der rechten Christdemokratie besetzt und ihm „beratende" Funktion zugestanden. Nun erklärte der Staatsrat selbst seine völlige Anpassung an den Diktator. In „El Mercurio" vom 1.9.76 erklärte der Staatsrat: „... *wird der Staatsrat weder Akten führen, noch den Inhalt von Anfragen bekannt geben... Nur der Präsident wird über das Werk des Staatsrats verfügen ...*".

Diese aufgezählten Maßnahmen Pinochets bedeuten praktisch die Liquidierung auch der rechten bürgerlichen Opposition, die bisher noch ein gewisses Schattendasein fristete.

Pinochets neue Freunde...

Im Zusammenhang mit der beschriebenen innenpolitischen Offensive Pinochets nimmt die Junta eine außenpolitische Umorientierung vor, die sich schon vor einiger Zeit anbahnte. **Bekanntlich steht der Andenpakt, bestehend aus Chile, Kolumbien, Venezuela, Ecuador, Peru, Bolivien, kurz vor dem Zusammenbruch. Er scheiterte daran, daß Chile sämtliche Beschränkungen bei ausländischen Kapitalinvestitionen strikt ablehnte.**

Zur gleichen Zeit werden die Beziehungen zu Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay wesentlich verbessert. Zwischen Chile und Argentinien beispielsweise wurden enge Wirtschaftsabkommen, gemeinsame Investitionen, Zusammenarbeit

enge Wirtschaftsabkommen, gemeinsame Investitionen, Zusammenarbeit

auf dem Gebiet der Kernenergie usw. vereinbart. Das Organ Pinochets, der „Mercurio", schrieb recht offen: „*Brasilien entwickelt ein gigantisches nationales Potential, und es wäre utopisch, zu bitten, es solle seinen Höhenflug mäßigen. Argentinien tritt in eine Etappe deutlichen Fortschritts ein. Jede einzelne dieser beiden Nationen bietet sichere Aussichten in Handel, Technologie und Politik, die für Chile von größerem Interesse sind als der ganze Andenpakt*" (nach: „Chile-Nachrichten", 30.9.76).

Es ist bemerkenswert, daß Chile diese Umorientierung in der Außenpolitik mit den Staaten Lateinamerikas durchführt, in denen ähnliche politische Verhältnisse herrschen. So ist in allen diesen Staaten nacheinander die bürgerliche Opposition, zuletzt in Uruguay und Chile, ausgeschaltet worden. Auch hinsichtlich des Verhältnisses zum US-Imperialismus bestehen ähnliche Abmachungen (keine Beschränkungen ausländischer Kapitalinvestitionen, keine Schutzzölle usw.). Hier hat in letzter Zeit also eine gewisse „Gleichschaltung" auf Betreiben des US-Imperialismus stattgefunden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der erwähnte neue Staatenblock **auch ausschließlich aus Mitgliedern der von den USA erstrebten Südatlantik-Paktes sind.**

Lateinamerika-Kommission

Terror gegen fortschrittliche Bischöfe in Ecuador

Am 9. August 1976 begann in Riobamba, Hauptstadt der Ecuador-Provinz Chimborazo, ein bis zum 16. August geplantes Seminar latein- und nordamerikanischer Bischöfe und Nonnen, Priester und weltlicher Mitarbeiter der katholischen Kirche. Ausgehend von den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen und religiösen As**pekten der Arbeit in der Diözese Riobamba sollte die Lage der lateinamerikanischen Völker, die Politik ihrer Regierungen und die Stellung der Kirche dazu analysiert werden.**

Zu diesem Seminar, das der lateinamerikanischen Bischofskonferenz und dem Vatikan bekannt war, hatte der Bischof vom Riobamba, Leonidas Proano, eingeladen.

Sein Bistum ist seit längerer Zeit für eine fortschrittliche Kirchenarbeit bekannt – in einer Provinz, die die ärmste und elendeste Ecuadors ist. 79% der Gesamtbevölkerung sind Bauern, mehr als die Hälfte davon indianischer Herkunft und größtenteils Analphabeten.

Am dritten Arbeitstag, am Nachmittag des 12. August '76, wurde die Konferenz von ca. 40 Polizisten in Zivil und Uniform mit Maschinenpistolen, Pistolen und Tränengasbomben überfallen. Ohne Erklärung wurden die Teilnehmer in die 200 km entfernte Hauptstadt Quito gebracht. Während eines Haltes zum Tanken gelang es, einem vorübergehenden Priester einen Zettel zuzustecken, so daß bereits am Abend über die Verschleppung im Fernsehen berichtet wurde. Kurz vor Quito wurde Bischof Proano in einen Personenwagen umgeladen und in Quito selbst wurden die Ausländer von den Ecuardorianern getrennt. An den beiden darauffolgenden Tagen wurden die Ausländer ausgewiesen. Bischof Proano wurde in Anwesenheit des Apostolischen Nuntius und zahlreicher hoher Polizeioffiziere verhört und beschuldigt, ein subversives Treffen organisiert zu haben.

Der Überfall auf das Seminar von Riobamba geschah vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden innenpolitischen Situation in Ecuator: Im September 1975 gab es einen mißglückten Rechtsputsch, im Januar 1976 wurden dann die seit 1972 regierenden Militärs unter General Lara wegen einer zu nationalen Erdölpolitik ersetzt. Unter nachweislicher Beteiligung unter anderem der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) wurde der Versuch unternommen, die sich radikalisierende Gewerkschaftszentrale zu spalten. Eine nationale Demonstration der Gewerkschaften und linker Organisationen für die Verstaatlichung des Erdöls wurde bereits verboten.

Bei ihren Maßnahmen gegen die Konferenz von Riobamba stützte sich die ecuadorianische Militärregierung auf das „Gesetz zur Inneren Sicherheit", das ein militärisches Eingreifen ermöglicht, wenn Faktoren auftreten, die den nationalen Zielen entgegen wirken. Als Beweismaterial für das Vorhandensein solcher Faktoren wurden im Fernsehen Arbeitsunterlagen des Seminars vorgelegt, die u.a. die Verhinderung einer wirksamen Agrarreform durch die sich an der Macht befindenen Gruppen kritisieren.

Diese Art der Beweisführung wirft ein klares Licht auf die Rechtsentwicklung in Ecuador. Insbesondere scheint es bei dieser Aktion der Militärregierung um ein Exempel gegen die fortschrittliche Arbeit der Kirche in der Provinz Chimborazo zu gehen. In dieser Beziehung fällt die Ähnlichkeit des Vorgehens der Militärs in Ecuador mit der im sog. „Plan Banzer" für Bolivien entwickelten Taktik gegen fortschrittliche Kräfte der Kirche auf. In diesem Plan, der im Juli 1975 bekannt geworden ist, wird unter anderem empfohlen, fortschrittliche Kirchenvertreter in der Gesamthierarchie zu isolieren und vor allem den ausländischen Klerus anzugreifen.

Ein Genosse aus Stuttgart

Erneuter Belagerungszustand in Kolumbien

Am 7. Oktober wurde vom kolumbianischen Präsidenten Alfonso Lopez der Belagerungszustand über das ganze Land verhängt. Bereits im Juni 1975 war der Belagerungszustand verhängt worden und wurde erst im Juli dieses Jahres wieder aufgehoben.

Als Grund für die Verhängung wurden ein erneutes Aufflackern von „*Terrorismus, Entführungen und Arbeiterunruhen*" genannt („Neue Zürcher Zeitung", 10./11.10.). Schon vorher wurde dem seit Anfang September andauernden Medizinerstreik und den Studentenunruhen massive Repressions-Maßnahmen angedroht. Ein weiterer Grund, der von der Regierung angegeben wurde, sind Sicherheitsmaßnahmen, für den am 12. Oktober zu einem fünftägigen Besuch eingetroffenen spanischen Faschisten-König Juan Carlos.

Auf Grund des erneuten Belagerungszustandes kam es zu starken Protesten, u.a. an den Universitäten („Süddeutsche Zeitung", 12.10.).

Lateinamerikakommission

Putsch- und Terror-Pläne des CIA in Peru entdeckt

Seit Juni dieses Jahres herrscht in Peru der Ausnahmezustand und die herrschenden Militärs beendeten den „peruanischen Weg" mit einer Faschisierung und Offensive gegen die Arbeiter und Bauern (vergl. auch AK 89). **Dabei geht die Militärdiktatur nach einem haargenau ausgearbeiteten Putsch- und Repressionsplan vor, dessen Urheber General Carlin (Leiter des nationalen Geheimdienstes und bekannter CIA-Agent!), und Hauptmann Montesino-Torres, Sekretär des Beratungskomitees des Premierministers, sind.**

Dieser Repressionsplan wurde im Zusammenhang mit der Festnahme von vier fortschrittlichen Offizieren bekannt. Als Ziele werden in diesen Putschplänen genannt: Unterdrükkung der Gewerkschaften, linken Parteien, fortschrittlichen Zeitschriften und Säuberung der Armee von oppositionellen Offizieren. Ferner Säuberung der Kirche von fortschrittlichen Kräften.

Dann werden die Etappen des Putsches genannt:

1. Lahmlegung der Kampforganisationen der Arbeiterklasse, vor allem der Gewerkschaften. Maßnahmen: Ausnahmezustand und Verbot von Streiks und Demonstrationen.
2. Säuberung der Streitkräfte von oppositionellen Offizieren. So wurden im Juli bereits fünf Offiziere festgenommen und gefoltert!
3. Streiks und Demonstrationen sollen im Keim durch den Einsatz der Armee erstickt werden. So geschehen bei den Streiks in Pucala, in Centromin und der Fabrik „NylonVitarte", wo die Polizei den Betrieb besetzte.
4. Säuberung an den Universitäten. Über 200 Studenten sind bereits verhaftet worden, einige Studenführer ermordet.
5. Vorbereitung einer schnellen und blutigen Repressionsaktion gegen Arbeiter- und Volksführer, einschließlich der Kräfte, die die fortschrittliche Regierung Velasco unterstützt hatten. (Nach „Chile-Nachrichten", 30.9.76).

Die bisherigen Angriffe der Militärs in Peru hatten den Tod von über 100 Menschen zur Folge.

Wie schon bei der Putschvorbereitung in Argentinien geht die peruanische Reaktion, unterstützt vom US-Imperialismus, stufenweise und in der demokratischen Weltöffentlichkeit scheinbar „unbemerkt" vor, um jegliche weltweite Solidaritätsaktionen zu verhindern. Wie die Putschpläne Perus enthüllen, steht dem peruanischen Volk das Schlimmste erst noch bevor!

Lateinamerikakommission

Peru: US-Firmen werden „entschädigt"

Die neue peruanische Regierung unter dem Diktator Morales Bermudez hat mit den USA ein Abkommen über eine rückwirkende Entschädigung für die Ende Juli 1975 verstaatlichte peruanische Tochtergesellschaft der Marcona Mining Co, San Francisco, abgeschlossen. Die Mine wurde 1975 unter der Regierung Velasco enteignet. In dem Enteignungsdekret wurden der Marcona eine Reihe von Vertragsverletzungen vorgeworfen, u.a. Abbau lediglich der hochwertigen Erze, Vernachlässigung der Anlagen, Steuerhinterziehung usw. Deshalb sollte die Marcona auch nicht entschädigt werden.

Peru wird jetzt dem amerikanischen Konzern 61,4 Mio. US-Dollar bezahlen, u.a. 37 Mio. in bar und 22,4 Mio. in Form von Eisenerz. Dieses für die Imperialisten erfreuliche Ergebnis kam keineswegs freiwillig zustande. Die amerikanische Gesellschaft drohte allen Käufern und Transportgesellschaften gerichtliche Schritte an, wenn sie die Marcona nicht boykottieren. Die Erzausfuhren, die 1975 über 55 Mio. Dollar einbrachten, kamen praktisch zum Stillstand.

Ein 400 Mio.-Dollar Kredit, der dringend benötigt wurde, wurde einstweilen gestoppt und steht erst jetzt „kurz vor dem Abschluß". Der neue Diktator Perus löst nicht nur die innenpolitischen Widersprüche mit „drakonischen Maßnahmen" (s. AK 90). Der Ausverkauf Perus an die Imperialisten hat begonnen.

Lateinamerikakommission

Österreich / Schweiz

„Arena"-Schlachthof geräumt

Wien. In der Nacht vom 6. zum 7. 10. beschlossen die Besetzer des ehemaligen Auslandsschlachthofes St. Marx die Räumung der „Arena".

Seit Mitte Juni wurde er besetzt gehalten. Hunderte Jugendliche unternahmen diese Aktion im Kampf für bessere Freizeitbedingungen. Der Schlachthof sollte abgerissen werden, um dem Bau einer Textilfabrik zu weichen. Mittlerweile haben die Besetzer die Schlachthof-„Arena" zu einem riesigen Kultur-, Jugend- und Freizeitzentrum gemacht. Jeden Abend war was los, tausende Jugendliche und Sympathisierende aus der Bevölkerung haben die „Arena" besucht, über 60.000 Wiener haben durch ihre Unterschrift die Forderungen der Besetzer unterstützt:

- kein Abbruch des Schlachthofes St. Marx,
- ganzjähriges Kultur-, Kommunikations- und Jugendzentrum,
- Selbstverwaltung,
- Finanzierung der anfallenden Kosten durch die öffentliche Hand

(Vergleiche auch: REBELL 17 und 18/76).

Verschleppungstaktik zunächst fehlgeschlagen

Die Wiener Behörden haben zunächst versucht, über Zeitgewinn einen günstigen Zeitpunkt zur Räumung der „Arena" zu finden. Die Bewegung der Jugendlichen und ihre Unterstützung nahm aber nicht ab, sondern zu. Es folgte der Versuch, über Verhandlungen mit dem Gemeinderat die Besetzer zu zermürben. Als Kompromiß wurde schließlich eine „Alternative" angeboten: der nahegelegene Inlandsschlachthof (der übrigens zwei Jahre später ebenfalls als Industriegelände dienen soll).

Doch der Inlandsschlachthof ist nicht die „Arena". Er bietet wohl Platz für eines der üblichen Jugendzentren, die „Arena" aber war mittlerweile mehr, sie hat beispielsweise ein Kinderhaus, eine Diskothek, ein Cafe, eine Galerie...

Gezielte Provokationen und Kriminalisierung

Ein Teil der bürgerlichen Presse, insbesondere der Wiener „Kurier", versuchten von Beginn an, die Besetzer zu verleumden. Da hat es angeblich Einbrüche, Alkoholismus und Messerattentate gegeben. Bewiesen wurde nichts, nur Gerüchte in die Welt gesetzt, in der Hoffnung, es wird was hängenbleiben. Alkohol beispielsweise wird in der „Arena" gar nicht ausgeschenkt!

Die Behörden versuchen es mit
wird was hängenbleiben. Alkohol beispielsweise wird in der „Arena" gar nicht ausgeschenkt!

Die Behörden versuchen es mit Schikanen: Da wurden Strafverfügungen ausgestellt, da für Ausschank und Auftritte von Künstlern keine Vergnügungssteuer bezahlt wurde; die Stromabsperrung wegen angeblicher Beanstandungen wurde angedroht und ähnliches.

Vor allem die Neo-Faschisten der NDP (Nationaldemokratische Partei) starteten ihre Provokationen gegen die „Arena". Bei einem Überfall wurden mehrere Besetzer verletzt, ein Mädchen erlitt schwere Kopfverletzungen. Fünf NPD-Schläger wurden der Polizei von den Besetzern übergeben (auf dem Bezirkskommissariat kamen allerdings nur drei an!). Ein weiterer Überfall der NPD wurde dadurch verhindert, daß die Besetzer den Schlägern entschlossen mit Helmen und Holzlatten entgegentraten. Die NPD heuert beispielsweise Schläger an, denen sie ab 500 Schilling aufwärts pro Einsatz zahlt!

Polizeiüberfall am 2. September

An diesem Tag kam es zu einer Schlägerei zwischen sieben (angeblichen) Arbeitern und Jugendlichen. Die sieben pöbelten im Lokal „Arenawirt" (das nichts mit den Besetzern gemein hat) die Besetzer an und griffen einen tätlich an, wobei andere ihm zu Hilfe kamen. Der Inhaber vom „Arenawirt" Gottfried, von Beruf Polizist (!), rief daraufhin die Polizei. Die kam, als alles vorbei war. Das beschrieb der „Kurier" so: *„Die Polizei klammert sich an Gerüchte, daß es vier Verletzte geben soll und marschiert nach langen Verhandlungen in die Arena ein"* („Kurier", 3.9.).

Nach einiger Zeit mußte das mit Stahlhelmen ausgerüstete Polizeiaufgebot unverrichteter Dinge wieder abziehen. Der Zweck dieser gesuchten Provokation war eindeutig: Kriminalisierung und Diffamierung der Besetzer.

Obwohl zwei Bullen als Wache vor der Kneipe „Arenawirt" zurückblieben, standen dort am nächsten Tag Schilder: *„Geht nicht zum Polizeiwirt"* und *„Der Polizeiwirt gehört nicht zur Arena"*!

Der Druck wird verschärft

Die drei bürgerlichen Parteien im Gemeinderat (SPÖ, ÖVP und FPÖ) waren sich einig: Die „Arena" muß geräumt werden. Ab Anfang September hat sich der Druck auf die Besetzer verschärft:

Am 22. September wurde bekannt, daß die „Arena" so gut wie verkauft ist. Das Gelände geht an die Textilfirma Schöps, eine Wurstfabrik und die Plakatfirma GEWISTA („Kurier", 22.9.).

Am 27.9. beschloß der Wiener Gemeinderat mit der Stimmenmehrheit der Sozialdemokraten den Verkauf des Schlachthofgeländes („Kurier", 28.9.). Der Polizeieinsatz wurde vorbereitet. Der „Kurier" schrieb dazu bereits vorher: *„Danach kann der neue Besitzer, die gemeindeeigene Betriebsansiedelungsgesellschaft, die Räumung des Geländes in die Wege leiten. Die Polizei muß die Besetzer nötigenfalls aus der ‚Arena' prügeln"* (25.9.).

Und die „Wochenpresse" wußte am 6.10. zu berichten: *„Polizei in Alarmbereitschaft zur Räumung des Kulturschlachthofes St. Marx"* und *„Wir warten stündlich auf den Einsatzbefehl"*, so ein hoher Beamter der Staatspolizei. Dieser massive Druck zeigte bald Wirkung: Die Solidaritätsfront bröckelte ab, die Besucher wurden weniger und der Kern der Besetzer schmolz zusammen. Dazu kamen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der Strom wurde abgestellt, es gab keine Heizmöglichkeiten. In dieser Situation beschlossen die Besetzer: „Wir weichen der Gewalt". Am Mittwoch, dem 6.10., wurde noch einmal eine große Demonstration in die Wiener Innenstadt durchgeführt, an der sich nach bürgerlichen Zeitungsberichten über 2.500 Menschen beteiligten. Noch einmal wurde auf dieser Demonstration gefordert, den Verkauf des Schlachthofgeländes rückgängig zu machen und die Forderung nach einem Kulturzentrum bekräftigt. Die Parole der Demonstranten: *„Die Arena niederreißen, heißt ins Hirn von Wien zu scheißen."* Aber auch *„Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten"* wurde gerufen.

Am Abend der Demonstration versammelten sich noch einmal rund 1.000 Besucher in der „Arena". Nach langen Diskussionen wurde beschlossen, die „Arena" zu räumen. Ein Fest am Sonnabend bildete dann den Abschluß der Besetzung.

Die Besetzer sind damit dem massiven staatlichen Druck gewichen. In einem Flugblatt kündigten sie aber an, daß dies nicht bedeutet, aufzugeben: *„Wir machen weiter: Jeder Betrieb, jede Schule, jeder Stadtteil, jede Kaserne, jedes Jugendzentrum wird zur ARENA."* Es wurde gefordert *„unverzüglich Verhandlungen über den Inlandsschlachthof aufzunehmen. Dabei muß eines der Verhandlungsergebnisse die Zurücknahme aller Verwaltungs- und Zivilrechtsstrafen sein"*. Außerdem wurde die Beteiligung an der Solidaritätskampagne für die slowenische Minderheit in Österreich (AK 90) diskutiert.

Österreich-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Zwei Tage, nachdem die Besetzer die „Arena" freiwillig geräumt haben, rückten acht Bagger an. Die restlichen Bewohner wurden vertrieben. Wenige Stunden später bestand die „Arena" nur noch aus Trümmern. Bereits Mitte September soll der Bau des Textilzentrum Schöps beginnen („Kurier", 13.10.).

Ein Unfall brachte Aufrüstung ans Tageslicht

Ein Unfall brachte Aufrüstung ans Tageslicht

Österreich. Bei einem Übungsschiessen auf dem Grazer Fliegerhorst löste sich durch einen Bedienungsfehler von einem startklar gemachten Saab-Düsenjäger eine Rakete. Sie schlug in zwei Kilometer Entfernung in einer Schottergrube auf und explodierte dort. Es war Glück, daß sie nicht in einer nahegelegenen Siedlung hochging.

Für die österreichische sozialdemokratische Regierung ist dieser Vorfall deshalb peinlich, weil in einem Staatsvertrag von 1955, abgeschlossen mit Großbritannien, Frankreich, den USA und der Sowjetunion, der Besitz *„irgendeiner Art von selbstgetriebenen oder gelenkten Geschossen"* („Süddeutsche Zeitung, 8.10.76) untersagt ist. Nebenbei wurde mittlerweile auch bekannt, daß das österreichische Bundesheer auch über Panzerabwehrraketen und Raketenwerfer mit zehn Kilometer Reichweite verfügt. Der Verteidigungsminister Lütgendorf versuchte den Vorfall zu verniedlichen, da die „technische Entwicklung seit Abschluß des Staatsvertrages" sich verändert habe und man nicht so kleinlich sein sollte, schließlich seien „Feuerwerkskörper auch Raketen" („SZ", 8.10.).

Weniger empörend an diesem Vorfall ist der Bruch des Staatsvertrags, denn es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, daß die vier Unterzeichnermächte (einschließlich der Sowjetunion) hiervon informiert waren, was nur ein bezeichnendes Licht auf den „Entspannungs"schwindel wirft. Empörend ist, daß die österreichische Bevölkerung erstmals durch diesen Vorfall von dieser Art Wiederaufrüstung erfuhr, wo insbesondere die sozialdemokratische Regierung immer den Eindruck der Neutralität und Friedensliebe zu erwecken versucht.

Österreich-Kommission
KB/ Gruppe Bremen

Dubied – Der Kampf geht weiter

Schweiz. Im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir über den vierwöchigen Streik bei den Metallwerken Dubied. Der Streik wurde abgebrochen, ohne daß die Forderungen nach Zahlung des 13. Monatslohns, keine Rationalisierungen und keine Entlassungen erfüllt wurden. Hierüber soll weiter verhandelt werden. Am 16. September provozierte die Dubied-Leitung erneut, als sie den Verkauf eines der drei Werke – in Marin – bekanntgab. Die Produktion soll in den Werken Couvet und Peseux konzentriert werden. Über konkrete Auswirkungen des Verkaufs soll jetzt im Nachhinein mit den „Personalvertretern" gesprochen werden.

In ihrem Aufruf „Der Kampf geht weiter" anläßlich der Wiederaufnahme der Arbeit schreiben die Dubied-Arbeiter:

„Um konkret zu zeigen, daß wir nicht vier Wochen lang gestreikt haben, um wie gewohnt zur Arbeit zurückzukehren, sind wir alle zusammen geschlossen in die Fabrik gegangen, geeint, wie wir es verstanden haben, vier Wochen lang zu bleiben – trotz verschiedenartigen, schönen Versprechungen, trotz Druck, Erpressung und perfid verbreiteten falschen Nachrichten. Und dies wird jeden Morgen so weitergehen, bis die Verhandlungen zu unserer Zufriedenheit ausfallen. Einige wollten sogar, daß wir die Fabrik rückwärts betreten, damit wir die richtige Richtung schon haben, um wieder hinauszugehen, falls man versucht, uns bei den Verhandlungen einmal mehr reinzulegen" (aus „Zeitdienst", 36/76).

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Die kleine Schweiz – Das große Bankimperium

Nur sechs Millionen Einwohner hat die Schweiz, das Land verfügt über keinerlei nennenswerte Rohstoffe oder sonstige natürliche Reichtümer. Dennoch ist das Land der größte Geldmarkt der Welt, ist umgerechnet auf die Bevölkerungszahl das zweitreichste Land der Erde, hat ebenfalls pro Kopf die höchsten Auslandsinvestitionen aller Nationen, beherbergt den weltgrößten Nahrungsmittelkonzern Nestle und den weltgrößten Chemiekonzern Hoffmann-Laroche.

In seinem Buch „Eine Schweiz über jeden Verdacht erhaben" beschreibt das Mitglied der schweizerischen „Sozialistischen Partei" und des „Nationalrats", Jean Ziegler, das „Geheimnis" dieses Erfolgs für das Schweizer Finanzkapital.

Es gibt über 4000 Banken in der Schweiz, der Markt wird allerdings von dreien beherrscht, die multinational organisiert sind. Steuerflüchtige Kapitalisten aus dem Ausland finden jederzeit offene Türen bei Schweizer Banken (bekannteste Beispiele aus der BRD, deren Kapitalisten die wichtigsten Kunden sind: Horten, Gunter Sachs – Fichtel&Sachs, Linsenhoff-VDO).

Die Bankiers fragen nicht woher das Geld kommt, sondern garantieren absolute Diskretion. Wichtigste Waffe hierbei ist das Bankgeheimnis, dessen Bruch mit Gefängnis bis zu sechs Jahren oder bis zu 50.000 Franken (entspricht etwa gleichem DM-Betrag) bestraft wird.

Das Geld wird von den Banken als Gegenleistung niedrig verzinst. Versteuern braucht es der ausländische Kapitalist aufgrund des Bankgeheimnisses nicht, denn den Umfang dieser Fluchtgelder kennt nicht einmal die schweizerische Regierung!

Für die Schweizer Banken zahlen sich diese Geschäfte gewaltig aus: sie benutzen sie zum Ausbau ihres Imperiums, zum Aufkauf ausländischer Firmen und damit neuer Profite. Ziegler beschreibt die Funktion der Schweiz folgendermaßen:

„Im Rahmen des weltweiten imperialistischen Systems übernimmt die schweizerische Bank eine unentbehrliche Funktion: die des Hehlers. Die imperialistische Oligarchie eines jeden Landes braucht einen Ort, dessen Bankgesetzgebung, freie Währungskonvertibilität, relativ stabile Politik und Stand der technischen und verwaltungsmäßigen Einrichtungen (Fernschreiber, Flughäfen, Buchhaltung) es ihnen erlauben, ihre Beute zunächst einmal in Sicherheit zu bringen und sie anschließend profitträchtig zu reinvestieren" (aus „Das da", Oktober 1976).

Zum Einbringen der Raubgelder
bringen und sie anschließend profitträchtig zu reinvestieren" (aus „Das da", Oktober 1976).

Zum Einbringen der Raubgelder in die Schweiz existieren Schmugglerorganisationen, die entweder von den Banken betrieben werden oder direkt berufsmäßig organisiert sind.

Zur Verdeutlichung des Umfangs solcher Transaktionen:

- **1975 betrug das Bruttosozialprodukt der Schweiz 118 Milliarden Franken, die offizielle Bilanzsumme der fünf größten Banken war mit 252 Milliarden Franken mehr als doppelt so hoch**
- **das Gesamtvermögen französischer Kapitalisten in der Schweiz beträgt etwa 190 Milliarden Francs (ca. 100 Mrd. DM), etwa ein Zehntel des gesamten französischen Volksvermögens!**

In der Wahl der Kunden nicht zimperlich

In der Schweiz kann jeder Lump sein Geld unterbringen, Hauptsache er hat genügend. Das Vermögen des Schah vom Iran lagert hier, das des abgesetzten äthiopischen Kaisers Haile Selassie, die Raubgelder des dominikanischen Diktators Trujillo ebenso wie das des Lumpen Lon-Nol aus Kambodscha und Thieu aus Vietnam, die vor ihren Niederlagen noch schnell geraubte Milliarden aus den Ländern zogen. Ziegler beschreibt, wie das abläuft:

„Ende März (1975, AK) *landete in Saigon eine DC-8 der schweizerischen Fluggesellschaft Balair – einer Tochtergesellschaft der nationalen Fluggesellschaft Swissair. Die Maschine, die vom Roten Kreuz der Bundesrepublik Deutschland gechartert war, brachte Medikamente, Milchpulver und ärztliche Ausrüstungen. Sie sollte am nächsten Tag zurückfliegen. Doch am Morgen des Rückflugs erhielt der Bordkommandant einen erstaunlichen Besuch: Gesandte aus dem Präsidentenpalast von Saigon fragten ihn, ob seine Maschine nicht ‚einige persönliche Habseligkeiten' der Familie Thieu sowie zwei, drei Sachen, die Lon-Nol gehörten, in die Schweiz mitnehmen könnte. Was für Habseligkeiten? 16 Tonnen Gold antworteten die Gesandten"* („Das da"...).

Im Inneren sichern die Schweizer Kapitalisten ihre Geschäfte „demokratisch" ab. Erst im Juni dieses Jahres scheiterte im Parlament wieder ein Gesetzantrag auf mögliche Einschränkungen des Bankgeheimnisses, in einer ganz „demokratischen" Abstimmung, versteht sich. Dazu Ziegler: *„Das schweizerische Bundesparlament ist wahrscheinlich das einzige der zivilisierten Welt, wo Abgeordnete keine Diäten erhalten. Es gibt aber eine Gegenleistung: sobald man gewählt ist, wird man in die Verwaltungsräte der Konzerne berufen. 82% meiner Kollegen sitzen in einem oder vielen Verwaltungsräten von Nestle, Brown-Boveri, Hoffman-Laroche oder in den Bankengesellschaften"* (Interview in der „Frankfurter Rundschau", 1.10.). Klein Lockheed blüht überall, wo der Kapitalismus existiert ...

Das schweizerische Finanzkapital ist zweifellos das größte Hehler-Kapital und begründet auf dieser Funktion seine Macht. Für die schwei-

Das schweizerische Finanzkapital

ist zweifellos das größte Hehler-Kapital und begründet auf dieser Funktion seine Macht. Für die schweizerische Arbeiterklasse bleiben ein paar Brosamen vom goldenen Kuchen, die zudem, parallel zur Entwicklung in anderen imperialistischen Ländern, abgebaut werden.

Es wird Zeit, daß sie dies imperialistische Schmarotzerpack zum Teufel jagt (nach „FR", 1.10. und „Das da", Oktober 1976).

Schweiz-Kommission
KB/ Gruppe Bremen

Schweizer Reaktionäre: Ausländer raus!

Die Schweiz ist schon seit langem als Land bekannt, in dem starke ausländerfeindliche Gruppen ihr rechtsradikales Unwesen treiben. Erst kürzlich brachten zwei dieser Bewegungen, die „Republikanische Bewegung" und die „Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat", im Nationalrat Verfassungsinitiativen ein, die auf eine drastische Verminderung des Anteils der Ausländer an der Schweizer Bevölkerung abzielten.

Die Anträge wurden abgelehnt.

Dennoch verdienen sie unsere Aufmerksamkeit, denn in ihnen zeigt sich die Hartnäckigkeit und faschistische Ausrichtung ausländerfeindlicher Bestrebungen.

Die Hetze beispielsweise der „Nationalen Aktion..." erinnert verblüffend an die Kriegspropaganda des deutschen Faschismus: Die „Aktion" strebt nach *„der Erhaltung eines ausreichenden Lebens- und Ernährungsraumes für die Schweizer"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 23.9.76). Wenn es auch den Schweizer Kapitalisten nicht darum geht, einen Krieg ideologisch vorzubereiten, so erreichen sie mit dieser Hetze immerhin, daß ein Teil der Bevölkerung die in der Schweiz lebenden Ausländer als Ursache für die verschlechterte wirtschaftliche Lage (der Arbeiterklasse) und für die wachsende Arbeitslosigkeit ansieht und nicht die kapitalistische Krisenpolitik. Die wesentliche Begründung für die Ablehnung derAnträge war denn auch, daß es in der gegenwärtigen Situation nicht *„mit den Interessen der Wirtschaft"* vereinbar wäre, den Ausländeranteil so brutal, nämlich um nochmals 300.000 Personen, zu verringern, wie es die Republikaner forderten („FAZ", 23.9.76). (Man bedenke bei dieser Zahl, daß in der Schweiz nur insgesamt rund 5,5 Millionen Menschen leben!).

Die Ausländer erfüllen für die Kapitalisten also eine doppelte Funktion: Sie werden zum einen als (billige und leicht verschiebbare) Arbeitskräfte benötigt und zum anderen als Buhmann, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung in für die Kapitalisten ungefährliche Bahnen zu lenken.

Wie wichtig den Kapitalisten diese ideologische Verwertbarkeit der Ausländer ist, wird zusätzlich durch die Tatsache unterstrichen, daß seit Jahren von politisch rechts stehenden Gruppierungen und auch von der Regierung kräftig in das Horn der Ausländerfeindlichkeit gestoßen wird.

So hat es immerhin schon zwei Volksabstimmungen zum Thema „Ausländeranteil" gegeben.

Daß beide für die Rechten gescheitert sind, darf trotzdem nicht über die relativ verbreitete Stimmung gegen die Ausländer hinwegtäuschen.

Emigrantenzelle

Italien

Acht Frauen verhaftet wegen Beihilfe zur Abtreibung!

Italien. In Florenz, dem Zentrum und Ausgangsort der Selbsthilfebewegung gegen das Abtreibungsverbot (CISA –centro italiano sterilizazzione, aborto) wurden im September acht Genossinnen der PRI (Radikale) verhaftet und wegen Abtreibung angeklagt. Das Beratungszentrum der CISA wurde von der Polizei überfallen und die anwesenden Frauen mußten sich einer peinlichen Untersuchung unterziehen lassen, bei der festgestellt werden sollte, ob sie bereits abgetrieben hatten.

Es ist kein Zufall, daß gerade in Florenz der Beginn einer erneuten Verfolgungskampagne gegen die Selbsthilfeorganisationen der Frauen gemacht worden ist. Bereits im letzten Jahr war die erste Abtreibungsklinik der CISA aufgeflogen und mehrere prominente Mitglieder der PRI wurden verhaftet.

Besonders die CISA wird seitdem von ständigen Provokationen betroffen. Die Verhaftungen der acht Genossinnen passierten in einer Nacht-und-Nebel-Aktion. Türen wurden aufgebrochen und die Wohnungen durchstöbert und zerstört. Auf einer Beratungsversammlung in Mailand stürmten zehn Bullen den Raum, wo sich ca. 70 Frauen aufhielten und nahmen die Personalien aller auf. Derartige Provokationen sind an der Tagesordnung. Besondere Unterstützung bekommt der Staat bei seiner Repression durch die Kirche und die reaktionäre Ärzteschaft. So zum Beispiel in dem von einer Giftgaskatastrophe betroffenen Seveso, wo mindestens zehn Frauen mehr als vier Wochen auf eine Untersuchung warten mußten. Einer Frau, die abtreiben wollte, demonstrierte man die Herztöne ihres Embryos, untermalt mit der Musik von Kinderliedern. Völlig verstört verließ sie die Klinik!

Doch die CISA läßt sich nicht einschüchtern, denn sie kann sich auf eine breite Unterstützung und Solidarität der Frauen stützen. Nach wie vor werden Beratungen abgehalten, bei denen die Frauen dann die Adresse einer Wohnung bekommen, in der die Abtreibung heimlich durchgeführt wird. In einigen Zentren, wo die CISA besonders verankert ist, haben die Genossinnen z. T. sogar bewußt die Polizei verständigt, daß sie wieder Abtreibungen vornehmen. In diesen Fällen sind die Bullen weggeblieben. Dennoch legt auch jetzt die CISA gemeinsam mit der linken Frauenbewegung das Schwergewicht auf die Aufklärungs- und Enthüllungsarbeit über die Schweinereien der Ärzte und des Staates.

Gemeinsam mit den Frauenkommissionen der revolutionären Linken rief die CISA jetzt zu einer Versammlung der Vereinigung aller Frauenkollektive und Beratungszentren auf. 20.000 Frauen versammelten sich zu einer machtvollen Demonstration in Mailand.

In vorderster Reihe demonstrierten die Frauen aus Seveso, die gerade besonders bittere Erfahrungen mit dem Zynismus des Staates und der Ärzte machen müssen unter Parolen wie:

- „Erst vergiften sie dich – dann darfst du nicht abtreiben!"
- „Sterben vom Abtreiben – Sterben vom Gift – diese Medizin lehnen wir ab!"

Aufgeschreckt durch die große Mobilisierungskraft der Frauen auch in anderen Städten hat das Parlament sich auf einer Sitzung mit den Verhaftungen und besonders der Situation der Frauen von Seveso befaßt. Sogar einige DCler setzten sich für die „unbürokratische" und „schnelle" Abtreibungserlaubnis ein, besonders aber die PSI und PRI verlangten die sofortige Freilassung der verhafteten Frauen und die Abtreibungserlaubnis für die Frauen aus Seveso.

Was von den Versprechungen der DC und der staatlichen Institutionen zu halten ist, haben allerdings die Frauen schon häufig erfahren. Trotzdem haben sie durch diese Sondersitzungen einen Teilerfolg errungen und viele Frauen für die Mitarbeit in der Frauenbewegung gewonnen.

Italienkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Mailänder Frauen im Kampf für die Abtreibung

Wieder eine Giftgas-„Katastrophe"!

Italien. Am 26.9. ist bei Manfredonia (Süditalien) durch eine Explosion in der Chemiefabrik Anic eine Menge von 32 Tonnen (!) Arsenoxid entwichen. Eine Menge von 0,1 Gramm ist tödlich! Die bürgerliche Presse spricht einheitlich von einer „Umweltkatastrophe". Tatsache ist aber, daß dieses „Unglück", genauso wie das Entweichen des TCDD in Seveso, ganz eindeutig auf fehlende Sicherheitsmaßnahmen der Kapitalisten zurückzuführen ist. So wurde z. B. die explodierte Kühlkolonne während ihrer viereinhalbjährigen Lebenszeit nur einmal im Jahr kontrolliert, nämlich wenn sie gereinigt wurde.

Die „Süddeutsche Zeitung" schreibt, daß „*wiederholt der Vorwurf erhoben worden (sei), daß die Sicherheitsvorschriften für chemische Werke weniger strikt als in anderen Ländern sind und daß dies der Grund für die Errichtung von Werken multinationaler Konzerne in Italien ist, die anderswo nicht erlaubt würde*" („SZ", 2./3.10.). Am 9.10. behauptete sie, daß die Entgiftungsaktion „ungleich beherzter als im Fall Seveso" angegangen worden sei – nun ja, am achten Tag! Was das skandalöse Verhalten von Regierung und Firmenleitung angeht, sind die Vergleiche zu Seveso sehr direkt:

Die Firmenleitung hat versucht, den ganzen Vorgang zu verschleiern. Zuerst sprach man von einer entwichenen Wasserdampfwolke, später von schädlichen Substanzen. Die Arbeiter ließ man noch bis Dienstag, also zwei Tage nach der Explosion, weiterarbeiten! Als dann der Betriebsrat den Bürgermeister informierte und so herauskam, daß es sich um Arsen handelt, versuchte Anic das Ausmaß „herunterzuhandeln": man sprach von zehn Tonnen.

Nicht viel besser verhielt sich der Staatsapparat. Der christdemokratische Gesundheitsminister der Region, der bezeichnenderweise auf den Namen Fantasia hört, machte am 30.9. den „konstruktiven" Vorschlag, das ganze Arsen ins Meer zu spülen. Er hat sich wohl gedacht, wo schon Bleitetraäthyl rumschwimmt, kommt es auf ein Gift mehr oder weniger nicht an.

Der Gesundheitsminister Dal Falco war am Tag nach der Explosion im 50 Kilometer entfernten Pugnochiuso, für Manfredonia hatte er jedoch keine Minute Zeit.

Die Organisierung war so großartig, daß am fünften Tag noch nicht einmal das – willkürlich festgelegte – Verseuchungsgebiet eingezäunt war, 300 versprochene Soldaten wurden umsonst gesucht, dafür lungerten 30 Karabinieri-Schüler in einer Bar herum: Sie hatten keine Befehle!

Italienkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Kampf dem Regierungsprogramm der DC!

Das drastische Sparprogramm Andreottis ruft in allen Teilen Italiens den heftigen Widerstand der Arbeiter hervor. Hier die wichtigsten Hämmer (siehe auch AK 90):

- Im Schnitt 20 – 25 % Erhöhung der Steuern, sowie von Strom, Wasser, Gas etc.
- Verteuerung des Benzins um 20 % bei gleichzeitiger Rationalisierung.
- Drastische KFZ-Steuer-Erhöhung
- bei Dieselautos mehr als 1000 DM
- Streichung von sieben Feiertagen im Jahr bei evtl. ersatzweise drei Tagen Weihnachtsurlaub.

- Lohnstop für alle Gehälter über 18.000 DM, deren Inflationsausgleich in Kommunalobligationen an-

- Lohnstop für alle Gehälter über 18.000 DM, deren Inflationsausgleich in Kommunalobligationen angelegt werden muß, zur Unterstützung der Infra- und Wirtschaftsstruktur.
- Einfrieren der Lohnskala.

Die Planung dieses „Antiinflationsprogramms" wird von der PCI derartig offen unterstützt, daß selbst in DC-Kreisen festgestellt wird, daß „der historische Kompromiß bereits Fakt ist!"

Die PCI hat als einzige Voraussetzung für ihre Zustimmung zu diesem Regierungsprogramm das Einverständnis der Gewerkschaftsführer sowie die Milderung der Sparmaßnahmen für die „sozial schwächsten Schichten" gemacht.

Andreotti ist darauf insofern gerne eingegangen, daß die Kfz-Steuern für die Autos mit dem kleinsten Hubraum tatsächlich verringert wurden. Das ist aber auch alles!

Für dieses billige Linsengericht verkauft die PCI die Arbeiterklasse um – wie es in der „SZ" vom 9.10. heißt – „den politischen Einigungsprozeß voranzutreiben und (ihr) schließlich eine effektive Machtbeteiligung zu verschaffen!". „Die PCI hat einen förmlichen Appell an ihre mißvergnügte Basis und zugleich die Gewerkschaften gerichtet, wonach die größte Gefahr die Inflation ist, die es als erstes zu bekämpfen gilt!" Was das konkret bedeutet, wird z. B. an der Frage der Streichung der Feiertage deutlich:

Andreotti: „Man kann den lieben Gott auch durch Arbeit ehren!"

Mit diesem zynischen Zitat ist denn auch die Dreieinigkeit „DC – PCI – Vatikan" – wie man es häufig auf Transparenten protestierender Arbeiter sehen konnte – hergestellt. Der Vatikan hat flugs seine Zustimmung zur Arbeit an kirchlichen „kalendarischen" Feiertagen gegeben und Mutter Maria in die Mottenkiste verfrachtet – für zwei Tage wenigstens.

Dieses Vorgehen können sich die Rechten nur leisten, weil auch die Gewerkschaftsspitze im großen und ganzen die Regierungspläne abdeckt. Allerdings geht das nicht ohne Schwierigkeiten über die Bühne. In der bisher einigen Gewerkschaftsspitze der CGIL-CISL-UIL hat man in Reaktion auf den Protest der Basis einige Veränderungen vorgenommen. Vor allem die FLM, die Gewerkschaft der Metaller, hat einen Oppositionskurs gegen die Regierung eingeschlagen, in Anbetracht der spontanen Streiks bei den großen Automobilwerken und Metallfabriken. Zum ersten Mal ist es zu harten Aus-

tanen Streiks bei den großen Automobilwerken und Metallfabriken. Zum ersten Mal ist es zu harten Aus-

einandersetzungen in den Sitzungen der drei Dachgewerkschaften gekommen, die sich untereinander entweder die Unterstützung unkontrollierbarer „Linksaktivitäten" oder den „Verkauf der Arbeiterinteressen" vorwarfen.

Generalstreik – die einzige Antwort!

Mehr als eine Million Arbeiter haben in den letzten zwei Wochen spontan die Arbeit niedergelegt, um gegen die Andreotti-Regierung und ihr Programm zu protestieren. In erster Linie begannen die Aktionen bei Alfa und in Turin bei Fiat. Die Arbeiter bei Fiat zwangen die Gewerkschaftsführer, der Organisierung eines Generalstreiks für die Lombardei zuzustimmen, der drei Tage später für vier Stunden durchgeführt wurde. Ein nationaler Generalstreik ist für Mitte Oktober geplant. An der Seite der Arbeiter stehen die Fluglotsen im Kampf, die besonders von dem Lohnstop und der „unfreiwilligen Beteiligung an Kommunalobligationen von ihrem Lohn" betroffen sind. Die Tankstellenpächter haben einen Boykott gegen die staatlichen Mineralölkonzerne angekündigt, die Krankenhausangestellten stehen im Streik, und auch die Lehrer haben für Oktober eine Beteiligung am Generalstreik und der Mobilisierung zugesichert.

Die italienische Arbeiterklasse ist nicht bereit, die Sanierung der Wirtschaft auf ihrem Rücken auszutragen. In zahlreichen Aktionen, Kundgebungen und Protestmärschen bringt sie ihre Forderungen zum Ausdruck:

STOP DEM REGIERUNGSPROGRAMM!
KEINE RATIONALISIERUNGEN AUF UNSEREM RÜCKEN!

Italienkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Fortschrittlicher Polizei-Offizier verurteilt

Italien. Der Prozeß gegen den linken Polizisten Margherito endete mit dem folgenden Urteilsspruch der Militärrichter:

„Schuldig des Verschwörertums der Diffamierung staatlicher Autoritäten und Einrichtungen sowie der unerlaubte Besitz der der Polizei verbotenen Metallschleuder = eineinhalb Jahre Militärhaft!"

Wie schon im letzten AK berichtet, wurde dieser Prozeß mit gekauften faschistischen „Zeugen" und entsprechenden Militärrichtern durchgezogen, um Margheritos gewerkschaftliche Aktivitäten in der Kaserne und seine antifaschistischen Enthüllungen während des Wahlkampfes und auf Demonstrationen über die paramilitärische Entwicklung der Polizei exemplarisch zu bestrafen.

Nicht er hatte die verbotenen Waffen gebraucht, sondern enthüllt, daß diese für Strafexpeditionen gegen linke Kneipen von den Polizeiobersten extra ausgegeben werden. Der Versuch, ihn als „unzurechnungsfähig" – und somit einen vereinsamten Spinner – abzustempeln, scheiterte an einer breiten fortschrittlichen Öffentlichkeit und der Mobilisierung der demokratischen Polizisten an der Seite der Linken Italiens. Die Faschisten, die die „Verbrechen" Margheritos beweisen sollten, sind inzwischen wegen Meineids und falscher Zeugenaussage angeklagt.

Für die Militärjustiz war eine Verurteilung von vornherein klar, denn durch die Enthüllungen über die Verzweigung und die Zusammenhänge von faschistischen Überfallkommandos und rechten Polizisten, sowie dem Staatsapparat, hat Margherito eine für sie gefährliche Öffentlichkeit geschaffen.

Aus Protest gegen die verbrecherischen Methoden dieses Tribunals hat der Vorsitzende der PRI (Partito Radikale Italiano) – Panella – direkt in den Prozeß eingegriffen. Von der Zuschauertribüne aus warf er den Militärrichtern vor:

„Ich rede hier, um klarzumachen, daß hier ein Verbrechen begangen wird. Ihr habt den Prozeß verfälscht. Ihr habt Margherito bereits verurteilt. Ihr seid eine Bande von Verbrechern gegen die Verfassung!"

Unter dem empörten Geschrei der Richter wurde Panella von Offizieren aus dem Raum gezerrt und verhaftet.

Es ist das erste Mal seit dem Kriege, daß ein Abgeordneter einfach von Richtern verhaftet wird, ohne daß der Parlamentsausschuß ein Verfahren gemacht hätte. Das Recht auf Immunität für Abgeordnete ist somit willkürlich von den Militärs außer Kraft gesetzt worden, und lediglich der Proteststurm von sofort mobilisierten Demokraten und ein Wink des Vorsitzenden der Abgeordnetenkammer haben bewirkt, daß Panella am Abend wieder freigelassen wurde.

Gemeinsam mit der DP (PDUP, LC und AO) hat die PRI eine Pressekonferenz abgehalten und zu einer Kampagne gegen die faschistischen Justizmethoden im Margherito-Prozeß und gegen die Verletzung der Immunität Panellas aufgerufen.

Einzig die revisionistische PCI mußte sich natürlich darüber aufregen, daß Panella ja auch etwas zu weit ginge, wenn er die Richter als Verbrecher beschimpfte. Schließlich seien das Staatsautoritäten!!!

Linke Opposition formiert sich!

Margherito ist zwar verurteilt – eine Revision soll nicht zugelassen worden sein – doch dieser Prozeß hat zu einer Polarisierung innerhalb der demokratischen Polizisten in den Gewerkschaften geführt. Mehr als 1.000 Solidaritätsadressen, Unterschriften und Resolutionen sind von Polizisten direkt an Margherito geschickt worden. Ein großes Treffen aller oppositionellen Kräfte innerhalb der Polizeigewerkschaft ist in Vorbereitung, um die Formen des gewerkschaftlichen Kampfes innerhalb der Polizei zu diskutieren. Es sind Verbindungen aufgenommen worden zur demokratischen Soldatenbewegung, um gemeinsam gegen das in nächster Zeit im Parlament eingebrachte Gesetz zur Disziplinierung im Militär zu kämpfen.

Diese Aktivitäten stoßen auf den heftigen Protest der Gewerkschaftsführer, die (in erster Linie Revisionisten) keinerlei Interesse an selbständigen Treffen und Organisierungsformen haben – sondern die im Gegenteil auch während des Prozesses den historischen Kompromiß durch die Akzeptierung eines neuen Militärgesetzes – unter Ausnahme kleinster Zugeständnisse erkaufen wollten.

Trotz allem hat sich die Militärhierarchie und der Staatsapparat mit diesem Tribunal gegen Margherito selbst ins eigene Fleisch geschnitten. Niemals zuvor waren die Zustände in der Polizei derartig im Gespräch wie heute. Niemals war die Aufmerksamkeit für den Prozeß gegen einen Polizisten so groß.

Italienkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Skandinavien

Fälldin bekennt Farbe

Schweden
Das Centrum ist im Wahlkampf gegen den Bau von Kernkraftwerken angetreten. So hat sich Fälldin dafür ausgesprochen, *„die drei geplanten Atomkraftwerke zu streichen, die fünf im Bau befindlichen, darunter das jetzt fertig werdende in Süd-West-Schweden, nicht in Betrieb zu stellen und für die fünf existierenden einen Abwicklungsplan auszuarbeiten.* " („Frankfurter Allgemeine Zeitung") Wie ernst dieser werte Herr den Kampf gegen die verstärkte Anwendung der Kernenergie nimmt, deutete er schon in der Wahlnacht an, als er erklärte: *„Es wäre falsch zu sagen, daß der Wahlausgang ein klares Nein zur Kernkraft ist"* („Dagens Nyheter" 21.6.76). Schon nach diesen Aussagen äußerten sich die Vorstandsmitglieder von Asea sehr optimistisch: *„Sobald sich die gefühlsmäßigen Wogen in dieser Frage geglättet haben, werden wir mit sachlichen Argumenten die neue Regierung von der Notwendigkeit der Kernkraft überzeugen."* Das scheint jetzt der Fall gewesen zu sein. So berichtete die „Neue Zürcher Zeitung" vom 10. Okt., daß kein Totalstop des Kernenergieprogramms ausgesprochen wird. So wird der in diesem Monat startklare Reaktor in Südschweden „probeweise" bis zum Oktober nächsten Jahres in Gang gesetzt! Dem Bau dieses Atommeilers in Barsebäck sind schon massenhafte Proteste vorausgegangen. So demonstrierten am 7. August 6.000 Menschen gegen diesen Bau (vergl. AK 87). Die jetzige Regierungsentscheidung wird dieser Bewegung sicherlich zu einem Aufschwung verhelfen.

Skandinavien-Kommission

Politik für das Kapital

Schweden
Am 8.10. wurde das neue schwedische Regierungskabinett vom Ministerpräsidenten Fälldin vorgestellt.

Danach besetzt das Centrum 8 Ministerposten, die Konservativen 6 und die Volkspartei 5. Mit dem Regierungswechsel in Schweden wird auch eine Änderung in verschiedenen politischen Bereichen zu erwarten sein.

So sieht die neue schwedische Regierung unter Fälldin eine ganze Reihe von Maßnahmen vor, die die Entwicklung des schwedischen Kapitals begünstigen sollen. Geplant ist, *„entgegen den sozialdemokratischen Vorstellungen... 1977 die Arbeitgeberabgaben lediglich um 1,2 statt um 3%"* heraufzusetzen, („Welt", 21.9.76). Betrachtet man derartige Stellungnahmen vor dem Hintergrund, daß gerade die schwedische Arbeiterklasse am extremsten von der staatlichen Steuer- betroffen ist, wird deutlich, daß die Steuervorteile schwedischer Kapitalisten auf den Rücken der Arbeiterklasse abgewälzt werden sollen. So werden die Steuerentlastungen für kleine und mittlere Kapitalisten sowie das Versprechen, die Steuerprogression in den mittleren und höheren Einkommensgruppen spürbar zu vermindern, unweigerlich Einsparungen im sozialen Sektor nach sich ziehen. Diese Angriffe kommen in einer Situation, die durch zunehmenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gekennzeichnet ist. Zur Zeit beträgt die Zahl der Arbeitslosen 62.000. Zählt man die verdeckte Arbeitslosigkeit hinzu (Umschüler, Bereitschaftsarbeiter), erreicht Schweden eine Arbeitslosenzahl von 121.000 (vergl. AK 87). Nicht enthalten in dieser Angabe sind die 53.000 Kollegen, die kurzarbeiten müssen.

Diese zu erwartenden Angriffe werden mit Sicherheit einigen spontanen Protest in der schwedischen Arbeiterklasse hervorrufen. Daß die Sozialdemokratie jedoch alles zu tun gedenkt, um diesen Protest möglichst gering zu halten, machte Olof Palme schon einen Tag nach der Wahl deutlich, als er sagte, die SAP müsse „der neuen Regierung eine Chance" geben, man müsse „eine harte aber konstruktive Opposition sein" („Arbetarkamp", 16). Inwieweit es der Sozialdemokratie jedoch gelingt, die Arbeiterklasse ruhig zu halten, werden die demnächst anstehenden Tarifverhandlungen zeigen. Die kämpferischen Forderungen der schwedischen Waldarbeiter (vergl. diesen AK) lassen anläßlich der Tarifverhandlungen zumindest hoffen!

Skandinavien-Kommission

Der Kampf der Waldarbeiter wird fortgesetzt

Schweden
„Unsere Forderungen sind nicht voll erfüllt worden. Der Kampf für einen vollen Monatslohn muß weitergeführt werden."

So kommentierte ein Mitglied des zentralen Streikkomitees der Waldarbeiter die Lage, als die Waldarbeiter Anfang Juni vergangenen Jahres nach 70 Tagen Streik, die Arbeit wieder aufnahmen.

Der Kampf wurde weitergeführt gegen die Akkord- und Qualifikationsbewertung, die in dem nach dem Streik geschlossenen Vertrag von den Holzkapitalisten durchgesetzt werden konnte. Die Diskussionen um die neuen Tarife sind im vollen Gange. Die Abteilungen und Sektionen innerhalb des Waldes haben vor der Tarifkonferenz feste Monatslöhne gefordert.

In einem offenen Brief an alle schwedischen Waldarbeiter wurde die Forderung nach einem festen Monatslohn aufgegriffen. Der Brief ging an die Waldarbeiter im ganzen Land, sie wurden aufgefordert, diese Forderung in allen Sektionen zu diskutieren und in den Gewerkschaftsabteilungen die Aufnahme dieser Forderung zu beantragen.

Einige Waldarbeiter, die diesen Brief unterzeichnet haben, kommen vom Norbotten, wo man bereits feste Monatslöhne hat. Kurz bevor der Waldarbeiterstreik im März vorigen Jahres begann, unterschrieb der Vorsitzende des Waldarbeiterverbandes, Sixten Bäckström, einen Spaltervertrag, in dem feste Monatslöhne nur für die Arbeiter vom Norbotten vereinbart wurden.

„Unser Kampf in der vorigen Tarifbewegung brachte uns einen großen Schritt weiter zu unserem Ziel fester Monatslöhne ohne Qualifikationsbewertung und damit erträglicheren Arbeitsbedingungen. Der Kampf um die Verteilung des Wertes unserer Arbeit wird jedoch fortgesetzt – wir stehen vor neuen Tarifverhandlungen. Wir Waldarbeiter fordern den Waldarbeiterverband auf, über folgende Forderungen zu verhandeln und sie durchzusetzen."

So weit die Einleitung des offenen Briefes, es werden dann folgende Forderungen aufgeführt:

- Umwandlung des Akkordteils in einen festen Lohn.
- Abschaffung der Qualifikationsbewertung.
- Abschaffung der Tarifgruppe 1 und 2. (Die Lohnaufspaltung zwischen den verschiedenen Berufsgruppen innerhalb der Waldarbeiterschaft ist ziemlich groß. Die älteren Waldarbeiter, die sich ihr ganzes Leben für die Holzkapitalisten abgerackert haben, erhalten neue Arbeitsaufeaben. die mit niedrigeren Löhnen verbunden sind.)
- Indexregulierte Löhne.
- Erhöhung der Löhne um mindestens 1000 skr im Monat für alle.
- Der Vertrag soll eine Höchstgrenze der Abwesenheit von zu Hause auf 10 Std. festsetzen.

Der Waldarbeiterverband wird dazu aufgefordert, keine zentralen Verhandlungen abzuschließen, bis nicht diese Forderungen angenommen sind. Die letzte Forderung der Waldarbeiter ist, daß bevor der Tarifvertrag unterzeichnet wird, eine Urabstimmung darüber stattfinden soll.

Alle Unterzeichner dieses Briefes waren Mitglieder des zentralen Streikkomitees, das den Streik im letzten Jahr geleitet hat. Die Forderungen im offenen Brief sind unter den Waldarbeitern breit verankert. Schwierigkeiten bestehen nur, alle Waldarbeiter mit diesem Brief zu erreichen, da die Arbeiter verstreut in den Wäldern Schwedens arbeiten. Aber die Waldarbeiter haben im vorigen Jahr bewiesen, welche Einigkeit man erzielen kann, trotz dieser geographischen Aufsplitterung.

(Nach „Arbeterkamp" Nr. 17)

Türkei

Streiks bei Profilio und Aliaga

Türkei. Im Zusammenhang mit den Streiks gegen die Staatssicherheitsgerichte kam es in den Betrieben Profilio und Aliaga zu schweren Auseinandersetzungen, die Beispiele für die Kampfbereitschaft der türkischen Arbeiter geben.

Profilio ist eine Tochterfirma von AEG/Telefunken mit etwa 4.000 Beschäftigten.

Nachdem die Gewerkschaft „Disk" den Streik gegen die Staatssicherheitsgerichte beendet hatte (siehe AK 90), besetzten über 2.000 Kollegen den Betrieb, um 14 Kollegen wieder zurückzuholen, die während des Streiks entlassen worden waren. Am 24.9. forderte der Innenminister bewaffnete Polizeieinheiten gegen die Arbeiter von Profilio an. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Polizeieinheiten, in deren Verlauf bis zum 28. 9. 3 Polizisten und 6 Arbeiter verletzt wurden.

Verhandlungen bei Profilio zwischen Kapitalisten und den Betrieb besetzenden Arbeitern. Die genau richtige Verhandlungsposition

Trotz Verstärkung der Polizeieinheiten gelang es diesen nicht, den Betrieb einzunehmen. 400 Arbeiter aus Nachbarbetrieben hatten sich mit den Profilio-Kollegen solidarisiert, und es gelang ihnen, bis zum 28.9. an einzelnen Stellen die Polizeiketten zu durchbrechen, um die Besetzer mit Lebensmitteln zu versorgen.

Die Profilio-Kollegen erklärten über Megaphone der Bevölkerung die Gründe für die Betriebsbesetzung. Immer wieder wurden dabei die Parolen „Nieder mit dem Faschismus" und „Für eine unabhängige Türkei" gerufen. Fotografen und Journalisten, die Bilder oder Interviews machen wollten, wurden von der Polizei durch Prügel daran gehindert.

Die Profilio-Kollegen hielten den Betrieb bis zum 1.10. besetzt, obwohl sie seit dem 28.9. nicht mehr mit Lebensmitteln versorgt werden konnten. Als die Kollegen den Betrieb räumten – vorher war ihnen freies Geleit zugesichert worden – wurden sofort 532 Kollegen zum Polizeipräsidium gebracht und erkennungsdienstlich behandelt. 6 der Kollegen sitzen noch heute im Knast.

Der Streik bei Aliaga

In der staatlichen Raffinerie Aliaga sind die Arbeiter dauernd sehr starken Repressionen von Seiten der Geschäftsleitung ausgesetzt, woraus auch zu erklären ist, daß sie den Streikaufruf der „Disk" gegen die Staatssicherheitsgerichte am 16.9. nur zögernd befolgten.

Doch obwohl es bei Aliaga nur zu Teil- und Bummelstreiks kam, wurde am 18.9. die Raffinerie durch Polizei- und Militäreinheiten besetzt, nachdem 150 der 1.700 Arbeiter entlassen worden waren. Daraufhin solidarisierte sich das technische Personal mit den Arbeitern und kündigte die Verträge.

Die Kapitalisten versuchten nun, die Produktion mit Hilfe faschistischer Kommandos aufrecht zu erhalten, was mißlang, da die Arbeit mindestens 6 Monate Anlernzeit voraussetzt. Als gleichfalls der Plan scheiterte, Spezialisten der Raffinerie Batmann einzufliegen, da sich die Batmann–Kollegen weigerten, machten Polizeieinheiten Jagd auf die Techniker und Facharbeiter von Aliaga: Ganze Arbeiterwohnbezirke wurden durchkämmt und die Aliaga-Arbeiter wurden zur Raffinerie geschleppt und mußten dort unter Polizeiaufsicht arbeiten. Dabei bildete die 24- und mußten dort unter Polizeiauf- sicht arbeiten. Dabei bildete die 24- Stunden-Schicht nicht die Ausnahme.

Diesem Terror sind die Kollegen bis heute ausgesetzt. Eine Regierungsanfrage von der oppositionellen CHP wurde von Demirel nicht beantwortet.

Solidarität mit den kämpfenden türkischen Arbeitern!
Griechenland/Türkei-Kommission

Streikende Arbeiter in Istanbul

Schützenhilfe durch BRD-Imperialisten

Türkei. Während die faschistische Demirel-Regierung in den gegenwärtigen Kämpfen mit Waffengewalt gegen die streikenden Arbeiter vorgeht, sucht sie nach neuen Waffenlieferanten.

Unterstützung finden Demirel & Co. auch bei der BRD, die Waffenlieferungen von zwei Milliarden Mark vornehmen wird, darunter 200 „Leopard"-Panzer. Mit Hilfe der BRD sollen auch 2.000 Panzer amerikanischer Herkunft modernisiert werden. („FAZ", 8.10.76).

Griechenland/Türkei-Kommission

Rechtskoalition gescheitert – Staatssicherheitsgerichte aufgehoben

Türkei. Die rechtsgerichtete Demirel-Regierung ist mit dem Versuch gescheitert, die Staatssicherheitsgerichte zu verlängern. Dies bedeutet für die fortschrittliche Bewegung in der Türkei die Verhinderung einer faschistischen Gerichtsbarkeit, deren Opfer in der zurückliegenden Zeit über 3.244 Menschen wurden („Guardian", 11.10.76, siehe dazu auch Artikel in diesem AK).

Der Versuch Demirels, die Staatssicherheitsgerichte beizubehalten, rief breitesten Protest in der türkischen Arbeiterklasse hervor (wir berichteten darüber in AK 90). Anläßlich des Streiks von 350.000 Arbeitern ließ die Demirel-Regierung zahlreiche Verhaftungen durchführen.

Der Bürgermeister von Ankara wurde auf Anweisung des Innenministers abgesetzt, weil er den Streik der Müllabfuhr unterstützte.

Das Büro des 130.000 Mitglieder starken Lehrerverbandes „Tob-der" wurde geschlossen. Ebenfalls drohte die Regierung mit der Schließung bzw. dem Verbot der „Disk" (Konförderation revolutionärer Arbeitergewerkschaften) sowie des Beamtenbundes „Tum-der" und des Verbandes technischer Angestellter „Tusder" („Tagesspiegel" vom 2.10.76).

Obwohl der Kampf der türkischen Arbeiterklasse ein Instrument des Demirel-Regimes zur Unterdrückung der antifaschistischen Bewegung hat zurückkämpfen können, so besteht natürlich weiter die Gefahr, daß sich die rechtsgerichtete Regierungskoalition diesen verlorenen Posten schon bald wieder zurückholt. Es gilt, die Solidatität mit dem kämpfenden Volk in der Türkei zu verstärken. Unterstützen wir die türkischen Kollegen in der BRD, die hier verstärkt dem Terror der faschistischen MHP und ihren Kommandos, den „Grauen Wölfen", ausgesetzt sind.

Griechenland/Türkei-Kommission

Niederlande

Regierungsprogramm zur Sanierung der Profite

In ihrer Thronrede (entspricht einer Regierungserklärung und wird vom Kabinett ausgearbeitet) verkündete Königin Juliana am 20.9. das Programm der Regierung Den Uyl für das neue Parlamentsjahr. *„Zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sei es notwendig, gesellschaftliche Reformen durchzusetzen, da nur so bei allen Gruppen der Bevölkerung die Bereitschaft erzeugt werden könne, Opfer auf sich zu nehmen"* („NZZ", 23.9.76).

Reformversprechen von Vermögensbildung und einer Verbesserung des Betriebsratsgesetzes garnieren ein Programm, das die Opfer durchaus nicht „allen Gruppen der Bevölkerung", sondern ausschließlich der arbeitenden Bevölkerung aufbürdet: Während die Unternehmergewinne um 11% steigen sollen, werden den Arbeitern ganze 1,5% Reallohnerhöhung zugestanden. Bei dieser Rechnung wird eine Preissteigerung von 6% im nächsten Jahr zugrunde gelegt (gegenüber 9% in diesem Jahr), die aller Wahrscheinlichkeit nach aber weit höher ausfallen wird. Gleichzeitig wird die Mehrwertsteuer von 16 auf 18% erhöht.

Dieser Lohnraub-Politik stehen Milliarden-Steuergeschenke für die Kapitalisten gegenüber. So sollen bis 1980 jährlich 4-5 Milliarden Gulden (etwa gleich DM) als Investitionshilfen und Lohnkostensubventionen in die Unternehmen gepumpt werden.

Begründet werden diese Zahlungen vor allem damit, daß „neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen". Die Arbeitslosigkeit beträgt in den Niederlanden mit 230 000 etwa 6% der arbeitenden Bevölkerung. Was vom „Schaffen neuer Arbeitsplätze" zu halten ist, beweist schon die Tatsache, daß für 1977 im Schnitt mit 215 000 Arbeitslosen gerechnet wird.

Einen ganz „originellen" Einfall enthält das Regierungsprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: Zwei junge Arbeitslose sollen sich einen Arbeitsplatz teilen (siehe Artikel in diesem AK). Betriebe, die 17-22jährige einstellen, sollen bis Ende nächsten Jahres monatlich 650, für jeden neueingestellten Lehrling 80 Gulden pro Woche als Lohnkostenzuschuß erhalten.

Eine Woche nach Julianas Appell an die „Allgemeine Opferbereitschaft" wurde dafür noch ein treffendes Beispiel bekannt: die Apanage (Leibrente) ihres Mannes und Lockheed-Prinzen Bernhard wird im kommenden Jahr um 124 000 auf 872 000 Gulden jährlich erhöht!

**Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Bremen**

Entlassene Lehrerin an die Schule zurückgestreikt

Niederlande: Gekündigte Lehrerin wird von Eltern an die Schule zurückgeholt.

Bundesrepublik: Linker Lehrer wird von Polizei aus der Schule geschleppt.

Durch einen eintägigen Schulstreik holten niederländische Eltern eine schon gekündigte Lehrerin an die Schule zurück.

Das Unterrichtsministerium hatte Anfang des Jahres an der Aldegondeschule in Leiden die weitere Bewilligung einer siebten Lehrkraft verweigert, die nötig ist, um die übliche Klassenfrequenz von durchschnittlich 25 Schülern pro Klasse (für BRD-Maßstäbe ein traumhafter Zustand!) nicht zu überschreiten.

Nachdem Eingaben der Eltern und des Schuldirektors bei den Behörden nicht gefruchtet hatten traten die Schüler und Eltern in einen eintägigen Schulstreik. Auf einem Transparent am Schulgebäude forderten sie: „Unser Fräulein muß sofort zurück!" Der „Allgemeine Verband der Lehrkräfte" solidarisierte sich mit den Eltern.

Zwei Tage nach dem Streik gab das Ministerium nach. Die Lehrerin, von Schülern und Eltern begeistert an der Schule begrüßt, erhielt ihre Anstellung für vorerst ein Jahr garantiert (nach: „de tribune", Zeitung der „Socialistiese Partij", Nr. 17/76).

**Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

Zehnjähriges Bestehen des VVDM

Utrecht:
4.000 Menschen begingen am 11. September das zehnjährige Bestehen des VVDM (Vereinigung für wehrpflichtige Soldaten) in Utrecht mit einem großen Fest.

Seit seiner Gründung 1966 entwickelte sich der VVDM zur Gewerkschaft der niederländischen Soldaten und wurde ein anerkannter Gesprächspartner des niederländischen „Verteidigungs"-ministeriums (zur Politik des VVDM siehe DIE INTERNATIONALE Nr. 19). Neben einem reichhaltigen Programm mit Filmen, Theaterstücken und Musik wurde mehrere Reden gehalten. Ein Sprecher des „Föderativen Niederländischen Gewerkschaftsverbandes (FNV)" erklärte, daß der VVDM ein fester Bestandteil der holländischen Gewerkschaftsbewegung sei.

Anläßlich des dritten Jahrestages des faschistischen Putsches in Chile sagte der chilenische Ex-Leutnant Carlos Mendes: *„In jedem Heer steckt ein faschistischer Keim".*

Zur allgemeinen Erheiterung trug schließlich noch „Verteidigungs"-minister Vredeling bei, als er von den 4.000 Anwesenden forderte: *„Ihr ruft stets nach Freiheit der Meinungsäußerung. Nun fordere ich Euch auf, gebt auch mir Meinungsfreiheit!".*

**Holland-Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven**

Frauenfestival in Amsterdam

Am 11. September fand im Amsterdamer Vondelpark das „Eerste Echte Nationale Festival voor Vrouwen" statt. Das Fest war mit ca. 3.000 Teilnehmern ein voller Erfolg. An diesem Festival beteiligten sich folgende Frauengruppen und Organisationen: „Vrouwen in de overgang", „Surinamse Vrouwen", „Man-Vrouw-Maatschappij" (frei übersetzt: „Männer und Frauen gemeinsam"), „Feministise Boekhandel Xantippe", „Turkse Vrouwen" (Türkische Frauen"), „Lesbian Nation", „Rooie Vrouwen" („Rote Frauen", PvdA), „NVB" („Niederländische Frauenbewegung"), „Vrouwenhuizen" („Frauenhäuser"), „Vrouwen in de derde Wereld" („Frauen in der dritten Welt"), „Dolle Mina", Wij Vrouwen Eisen" („Wir Frauen fordern") usw. Dabei waren auch die PSP- Frauen, die einen gemeinsamen Stand mit den „Roten Frauen" der PvdA hatten.

Dieses Festival bildete den vorläufigen Höhepunkt einer Kampagne, die mit der Besetzung der Abtreibungsklinik „Bloemenhove" im Mai dieses Jahres begann. Zahlreiche Kundgebungen gegen die Abtreibungsgesetzgebung waren u.a. Bestandteil dieser Kampagne.

Im Zusammenhang mit der „Bloemenhove"-Besetzung entwickelte sich ein gemeinsames Vorgehen größerer Teil der niederländischen Frauenbewegung. Allen, gemeinsam war die Wut über das Abtreibungsgeschacher bzw. die vom Justizminister van Agt geforderte Verschärfung der Abtreibungspraxis. Im Rahmen der Besetzung entstand die Idee, ein Frauenfestival durchzuführen, an dem die Teilnahme von sehr unterschiedlichen Frauengruppen möglich wäre. Und so war es denn auch.

Neben Chile-Material (anläßlich des Jahrestages des Putsches) lag „feministies-socialistiese" Information.

Neben dem Beitrag einer chilenischen Frau, in dem die Situation der Frau in Chile vor und nach dem Putsch dargelegt wurde, forderten Frauen bei der Diskussion über Frauenhäuser in einem Lied die „Gründung eines Frauenstaates". Demgegenüber wurde andererseits die Forderung gestellt, die Frauen für den Klassenkampf zu gewinnen, da nur im Sozialismus letztendlich die Befreiung der Frauen möglich ist.

Als Ergebnis des Festivals leiteten die PSP-Frauen für sich und alle sozialistischen Frauen die Aufgabe ab, den Kampf für die Verbreiterung der sozialistischen Frauenbewegung zu verstärken. (Der Bericht basiert auf einem Artikel der „Radikaal" 17/76 - Zeitung der sozialistischen Organisation PSP).

**Holland-Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven**

„Terroristen"-Jagd in den Niederlanden

Am 23. September wurde auf dem israelischen Flughafen Lod die 23-jährige Niederländerin Ludina Janssen von der israelischen Polizei verhaftet. Angeblich soll sie einen Anschlag auf eine Air-France-Maschine geplant haben. In diesem Zusammenhang wird behauptet, sie sei *„zusammen mit einem Dutzend anderer Europäer in Aden von der PFLP im Umgang mit Waffen und Sprengstoff ausgebildet worden"* („SZ", 1.10.76).

Diese Verhaftung zog eine Reihe von Aktionen der niederländischen Polizei nach sich. So wurde die „Rode Jeugd" (Rote Jugend) „ausgehoben". Bei Razzien in Amsterdam, Nieuweroord und Breda sollen angeblich Flugblätter der IRA und der RAF gefunden worden sein. Es fehlen natürlich auch nicht Angaben über Verbindungen zu internationalen „Terroristenkreisen", um das „Bild" zu vervollständigen. Offenbar haben die niederländischen Bullen schon recht gut von ihren BRD-Kollegen gelernt.

**Holland-Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven**

Teilarbeit – Reform zur Jugendarbeitslosigkeit?

Ein seltsames Rezept gegen die Jugendarbeitslosigkeit – 60% der schulentlassenen Niederländer haben noch keine Arbeit – hat sich Sozialminister Boersma ausgedacht: durch Einführung von Teilarbeit, d.h. zwei Jugendliche sollen sich einen Arbeitsplatz teilen, will er die Arbeitslosenquote senken. Nach Absprache mit dem Unternehmer soll so z.B. der eine von Montag bis Mittwoch, der andere den Rest der Woche arbeiten. Entsprechend würden beide dann jeweils die Hälfte des Lohne und die Hälfte des Arbeitslosengeldes erhalten.

Diese „Reform" erweist sich allerdings als faules Ei:
den Jugendlichen wird das Recht auf einen vollen Arbeits- oder Ausbildungsplatz verwehrt,
eine derartige Regelung würde die Jugendlichen in unqualifizierte Arbeitsplätze treiben,
die Kapitalisten erhalten eine weitere Möglichkeit zur Aufspaltung der Kollegen.

Niederlande-Kommission

England Irland

Parteitage von Labour und Tories

England. Ende September und Anfang Oktober hielten die beiden größten bürgerlichen Parteien nacheinander ihre Parteitage ab.

Zuerst tagte Labour in Blackpool, wo bereits am ersten Tag die zentrale Resolution verabschiedet wurde. Darin wird das Lohnraubabkommen zwischen Regierung und Gewerkschaftsführung unterstützt, alle Teile der Labourbewegung aufgerufen, die Labourregierung *„mit höchster Einheit"* zu unterstützen, und für das nächste Jahr eine *„planmäßige Rückkehr zur Tarifautonomie"* gefordert. Eine Resolution, die stattdessen Sofortmaßnahmen gegen das Sinken des Lebensstandards verlangte, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. – Für unzufriedene Delegierte wurde als „Alternative" das Schreckgespenst einer Toryregierung an die Wand gemalt. Die Delegierten sahen offenbar keinen Widerspruch darin, anschließend mit knapper Mehrheit für einen Antrag des Vorsitzenden der Krankenhausgewerkschaft NUPE Alan Fisher zu stimmen. Darin werden die Bezirks- und Gemeinderäte unter Labourkontrolle sowie die örtlichen Parteiuntergliederungen zum Kampf gegen die Sparmaßnahmen aufgefordert („Guardian" (G), 28. 9.).

Nachdem der „linke" Energieminister Tony Benn erst wenige Tage zuvor dazu beigetragen hatte, daß im Parteivorstand ein Beschluß gegen die Sparpolitik der Regierung mit einer Stimme Mehrheit verhindert wurde (Benn: *„Kritik darf nicht so weit gehen, daß sie das Leben der Regierung gefährdet"*), trat er wieder sehr radikal auf: *„Die arbeitenden Menschen sind schon zu lange die Prügelknaben für das Versagen des britischen Kapitalismus."* Dann sprach er vom *„blinden und unmenschlichen Gesicht der Marktwirtschaft"* und forderte die Verstaatlichung von Banken und Versicherungen. („G.", 28.9.). Letzteres wurde sogar ein paar Tage später vom Parteitag mit überwältigender Mehrheit zum Bestandteil des nächsten Wahlprogramms gemacht. Wahlprogramme der Labour haben aber erfahrungsgemäß keinerlei Bedeutung für die politische Praxis, insbesondere der Regierung.

Unbeirrt von derlei linken Schnacks stellte Regierungschef Callaghan dagegen fest, wie es wirklich weitergehen soll: *„Die Labourregierung wurde gewählt, um Konflikt durch Partnerschaft und Konfrontation durch Zusammenarbeit zu ersetzen ... Das Land hat zu lange von geborgter Zeit, Geld und Ideen gelebt ... Die hohe Arbeitslosigkeit ist ganz einfach dadurch verursacht, daß wir uns mehr bezahlt haben, als wir an Werten geschaffen haben"* („G.", 29.9.).

Tories: Krise des Sozialismus

Demagogisch knüpfen die konservativen Tories an die Tatsache an, daß selbst Callaghan seine Politik noch als ‚sozialistisch' den Massen anpreist. Schattenfinanzminister Howe: *„Wir stehen vor einer Krise des Sozialismus (!)"*. Zwar lobte er die Gewerkschaften für ihre Opferbereitschaft, aber die Regierung gäbe immer noch zuviel Geld aus. *„Lasche Sozialhilfebestimmungen machen es für manche Leute profitabler (?!), zu Hause zu bleiben als zur Arbeit zu gehen"* („G.",6.10.).

In ihrer Schlußrede knüpfte die Tory-Vorsitzende Thatcher geschickt an die Propaganda der Labourregierung für Gemeinwohl, Partnerschaft und Sparen an: *„Dies ist ein Kampf um die Grundfesten der sozialen Ordnung. Ein Kreuzzug, nicht nur um den Sozialismus eine zeitlang zu bremsen, sondern um seinen Vormarsch ein für allemal zu stoppen. Um das zu erreichen, dürfen wir nicht nur das Denken der Menschen ansprechen, sondern auch Herz und Gefühle und die tiefsten Instinkte* (vergl. Hitler !! – AK) *unseres Volkes."* Nachdem sie die Einheit der Nation beschworen hatte, hielt sie der Labourregierung vor, daß Sparen allein nicht genug sei, sondern sie verlangte von der Regierung außerdem, alle Gesetzesvorhaben aufzugeben hinsichtlich der Verstaatlichung der Werften, der allgemeinen Einführung von Gesamtschulen und der Abschaffung von Privatbetten in staatlichen Krankenhäusern.

Im Gegensatz zum Vorjahr umwarb sie auch die Gewerkschaften und versprach ihnen eine gute Zusammenarbeit im Falle eines Regierungswechsels. Auch begrüßte sie die Rückkehr zur Tarifautonomie – *„Aber wir meinen, daß es erst ein allgemein vereinbartes Verfahren bei Lohnverhandlungen geben soll. Ein solches System klappt woanders schon jahrelang"* („G.", 9.10.) – gemeint war wohl die BRD. (S.a. Artikel „Die neue Tarifautonomie").

England-Kommission

kal auf: *„Die arbeitenden Menschen sind schon zu lange die Prügelknaben*
reitschaft, aber die Regierung gäbe immer noch zuviel Geld aus. *„Lasche*
England-Kommission

Die neue „Tarifautonomie" nach Kapitalistenart

England. Unter dem Stichwort „geordnete Rückkehr zur Tarifautonomie" wird der englischen Arbeiterklasse heute seitens der bürgerlichen Parteien und der Gewerkschaftsführung ein weiteres Jahr Lohnraub mit dem Hinweis auf bessere Zeiten verkauft und dabei der Gedanke an „mehr Ordnung", d.h. mehr staatliche Reglementierung zu Lasten der Arbeiter, propagiert.

Wie die britische Bourgeoisie erneut die Arbeiterklasse mit Hilfe von Gewerkschaftführung und Labourregierung betrügen will, zeigt ein besonders abgefeimter Vorschlag der Wochenzeitschrift „Economist" („E"), „angesehenes" Sprachrohr der britischen Imperialisten.

Demagogisch heißt es dort: *„Die neue ständige (!) Lohnpolitik wird nicht die Form detaillierter sozialistischer (!!!) Kontrollen sämtlicher Löhne annehmen (glücklicherweise wäre das für die britischen Gewerkschaften unannehmbar, weil für sie der Sozialismus im eigenen Haus aufhört)"*, sondern *„die neue permanente Lohnpolitik muß die Spielregeln der Lohnverhandlungen ändern. Das entspricht auch wirtschaftlicher Logik (?!), denn die Monopolmacht der Gewerkschaften ist das eigentliche Problem"* („E.", 18.9.76).

Da ein *„Frontalangriff auf die gewerkschaftlichen Vorrechte außer Frage steht"*, wobei an die bisher gescheiterten Versuche, Antistreikgesetze einzuführen, erinnert wird, heißt die Parole *„Synchropayday"* (etwa: synchronisierter Zahltag).

Synchropayday

Nach diesem System soll in allen Industriezweigen gleichzeitig alljährlich eine kurze Lohnrunde stattfinden, nach deren Ende alle Löhne am selben Tag erhöht werden.

Diesen „freien" Lohnrunden sollen jedoch Gespräche zwischen Finanzminister und TUC vorausgehen, in denen ein Gesamtbetrag für sämtliche Lohnerhöhungen vereinbart wird, und dadurch auch ein Richtwert, um den die Wochenlöhne im Durchschnitt steigen dürfen.

Sollte nun in den „freien" Lohnverhandlungen der Gesamtbetrag überschritten werden, soll der TUC, *„wenn er dabei die Hauptrolle spielen will (!!)"*, auf die Einzelgewerkschaften, die am meisten von der Norm abweichen, Druck ausüben, *„mit den selben Mitteln wie bei den Seeleuten"*.

Sollte das noch nicht ausreichen, soll der Finanzminister durch Steuererhöhungen und Einsparungen den Rest besorgen. Langfristig ist an die Einführung fester Tarifverträge mit Friedenspflicht während der jährlichen Laufzeit, (die es in England noch nicht gibt), gedacht, wo die Gewerkschaften ihre Mitglieder mit Geldstrafen(!) belegen können, wenn sie spontan streiken.

Damit die großen Gewerkschaften nach dem Scheitern des Antistreikgesetzes diese Pläne leichter schlucken, sollen sie mit folgenden leeren Versprechungen geködert werden:

1. Jährliche automatische Lohnerhöhungen entsprechend den Alterszulagen im öffentlichen Dienst. Damit soll für den einzelnen Arbeiter die Bedeutung der zur Verhandlung stehenden Lohnerhöhung sinken.
2. Beschäftigungsgarantien in Großunternehmen und Teilen des öffentlichen Dienstes, falls die Gewerkschaft bereit ist, dafür Beschränkungen hinsichtlich der Einsetzbarkeit der Kollegen und der Neubesetzung von Maschinen fallen zu lassen.

England-Kommission

IRA-Häftlinge in englischem Gefängnis zusammengeschlagen

Ende September wurde im „Guardian" vom 29. und 30.9. berichtet, daß sechs IRA-Häftlinge im Albany Gefängnis brutal zusammengeschlagen worden sind.

Der unabhängige nordirische Parlamentsabgeordnete Frank Maguire bezeichnete die Verletzungen, nachdem er vier der Häftlinge besucht hatte, als *„die grausamsten und sadistischen Schlägereien, die er je gesehen habe, die Häftlingen von Wärtern zugefügt wurden"*. Der am schlimmsten verletzte Häftling mußte wegen *„einem gebrochenen Arm, zwei gebrochenen Fingern, einem gebrochenen Bein und Rippenbrüchen"* behandelt werden. Ein weiterer Häftling hatte eine *„gebrochene Nase, acht Stiche auf der Stirn und Quetschungen am ganzen Körper"*. Die anderen vier Häftlinge sahen nicht viel besser aus.

Wie es dazu gekommen war, geht aus einem Brief eines Häftlinges des Albany Gefängnisses an den „Guardian" hervor.

Die sechs IRA-Häftlinge hatten auf friedliche Weise, indem sie sich hinter einem Tisch in der Ecke verbarrikadierten, dagegen protestiert, daß ein weiterer IRA-Häftling in Isolationshaft gehalten wurde. Nach drei Stunden wurden sie gefragt, ob sie aufgeben, sie verneinten. Daraufhin wurden alle restlichen Insassen eingeschlossen und eine halbe Stunde später kamen 20 Gefängniswärter in Kampfausrüstung, unterstützt von 30 anderen in normaler Uniform und schlugen auf die sechs drein was das Zeug hielt.

In dem Brief heißt es weiter, daß wenn die sechs nicht IRA-Häftlinge wären, so ein Vorgehen zu einer Rebellion im Gefängnis geführt hätte. Das heißt, daß es eine Spaltung gibt zwischen politischen und „normalen" Häftlingen, die aber scheinbar durch diesen Vorfall etwas durchbrochen werden konnte. So heißt es in dem Brief des Häftlings, der auch zu den „normalen" Häftlingen gehört. *„Häftlinge haben wenig Sympathie für IRA-Terroristen. Aber die Behandlung der sechs protestierenden IRA-Häftlinge hat die meisten berührt und sie alarmiert."*

Schon der Anfang September veröffentlichte Bericht der „Menschenrechtskommissiom" machte deutlich, wie die britische Regierung mit politischen Häftlingen umzuspringen pflegt. Sie wurde verantwortlich erklärt, systematische Folterungen an politischen Gefangenen der IRA durchgeführt zu haben (siehe Arbeiterkampf Nr. 90).

Dies ist ein weiteres Beispiel, daß solche Praktiken nicht der Vergangenheit angehören, wie es von der britischen Regierung nach Veröffentlichung des Berichtes behauptet wurde.

Irland-Kommission

Nachrichten aus Schule und Hochschule

Marburg: Studentenprozesse – ein Hauch von Stammheim

Am 4.10.76 begann der Prozeß gegen zwei von insgesamt 22 im Zuge der Aktionen gegen die Amtsenthebung des AStA angezeigten Kommilitonen. Die zwei wurden bei der Besetzung des Uni-Verwaltungsgebäudes festgenommen. Damit hätten sie sich laut Anklageschrift folgender Vergehen schuldig gemacht:

- Widerstand gegen die Staatsgewalt
- Schwerer Hausfriedensbruch
- Sachbeschädigung
- Gefährliche Körperverletzung.

Die „gefährliche Körperverletzung" sind ein verrenkter Daumen und ein kleiner Finger der Bullen, die die beiden zum Bullenwagen schleiften.

Etwa 150 Kommilitonen hatten die beiden am 1. Prozeßtag in das Gerichtsgebäude begleitet, in einen Saal, der gerade 32 Sitzplätze hat. Die „Öffentlichkeit" nahm kommentierend am Prozeßverlauf teil, d.h. es wurde geklatscht, gelacht usw. Das versuchte der Richter mit Ordnungsstrafen und dem Verbot, zu lachen, zu unterbinden. Allerdings gelang es den Bullen zunächst nicht, erkannte „Störer" aus der Menge herauszugreifen. Schließlich forderte der Richter die „Öffentlichkeit" auf, den Saal zu räumen, ansonsten würden sie ebenso Hausfriedensbruch begehen wie die beiden bei der Besetzung des Verwaltungsgebäudes.

Mit einem Trick konnte der Saal

beiden bei der Besetzung des Verwaltungsgebäudes.
Mit einem Trick konnte der Saal

schließlich doch noch geräumt werden. Als das Gericht sich zur Beratung zurückzog, sollten die Kommilitonen zwecks „Lüftung" den Saal verlassen.

Sie waren jedoch kaum draußen, als die mit fünf Wagen eingetroffenen 20 Bullen den Saal abriegelten (und anschließend nur noch 32 Zuschauer zuließen). Da die Kommilitonen das Gebäude geschlossen verließen, gelang es den Bullen nur, einen der fünf georteten „Störer" rauszugreifen und seine Personalien festzustellen. Er wurde wegen „Mitklatschens in der Menge"! zu DM 100,– Ordnungsstrafe (ersatzweise vier Tage Haft) verknackt. Das Geld wurde von den anwesenden Kommilitonen sofort gespendet.

Für den Nachmittag ordnete das Gericht an, daß für den Saal Platzkarten auszugeben seien. Außerdem sollten die Personalien der Zuschauer durch Abgeben des Personalausweises ermittelt werden. Der zweite Punkt wurde jedoch fallengelassen.

Nach einer kurzen Beratung und einem Teach-in in der Mensa kamen wieder etwa 100 Kommilitonen zum Prozeß. Diejenigen, die nicht reingelassen wurden, postierten sich unter die Fenster des Gerichtssaals und riefen Parolen: „Achtung! Achtung! Hier herrscht die Polizei!" und „Im Namen des Volkes, laßt uns rein!". Daraufhin wurden die Kommilitonen vom Richter aufgefordert, das Grundstück zu räumen, ansonsten würden sie verhaftet. Die Studenten zogen dann auf den nahen Bürgersteig und riefen wieder Parolen: „Freispruch für die Angeklagten!", „Wir fordern uneingeschränkte Prozeß-Öffentlichkeit".

Nach Ende des ersten Prozeßtages zogen etwa 50 Kommilitonen im Rahmen einer spontanen Demonstration durch die Stadt, um weitere Studenten auf die Prozesse aufmerksam zu machen. Der zweite und dritte Prozeßtag verliefen ähnlich. Jedoch gab es am 3. Tag eine weitere Verschärfung. Am Vormittag wurde ein Kommilitone wegen Mitrufens einer Parole im Gerichtssaal zu drei Tagen Ordnungshaft verknackt. Der Staatsanwalt (SPD) hatte zwei Tage, ersatzweise eine Geldstrafe gefordert. Dies war dem Richter offensichtlich zu wenig; der Kommilitone wurde sofort nach Gießen ins Gefängnis gebracht. Daraufhin organisierten AStA KSV, KBW, Rote Hilfe und Mitglieder von Basisgruppen für den Nachmittag eine spontane Demo mit etwa 150 Teilnehmern durch die Stadt zum Gerichtsgebäude. Der Verkehr wurde dadurch z.T. erheblich behindert. Parolen waren u.a. „Einstellung aller Prozesse", „Freispruch für die Angeklagten", „Freiheit für Wolfgang P." (der Kommilitone, der im Gießener Gefängnis saß).

Als vor dem Gerichtsgebäude wieder Sprechchöre angestimmt wurden,

Als vor dem Gerichtsgebäude wieder Sprechchöre angestimmt wurden, kam ein nervöser Vizepräsident des Gerichts in Begleitung eines Bullen raus und forderte die Kommilitonen auf:

1. Den Rasen (= Flächen unter den Fenstern des Verhandlungssaals) nicht mehr zu betreten (dabei stand er natürlich auf dem Rasen).
2. Keine Sprechchöre mehr anzustimmen und keine Ansagen durchs Megaphon zu machen.
3. Den Zugang zum Gebäude frei zu machen (der allerdings die ganze Zeit frei war).

Ein Bulle drohte zudem bei Nichtbeachtung mit einer Räumung des Geländes. Fünf Wagen waren auch bereits wieder eingetroffen. Daraufhin zogen die Kommilitonen wieder auf den Bürgersteig, um sich auf keine Prügelei mit den Bullen einzulassen und die Passanten auf diese Situation und die Prozesse aufmerksam zu machen. Nach einigen Stunden standen allerdings nur noch ca. 15 Kommilitonen da, da sich insbesondere der KSV gegen ein geschlossenes Abziehen ausgesprochen hatte.

Der Prozeß wurde vertagt, weil zwei Zeugen nicht zu erreichen waren, die die Verteidigung nicht als E n t lastungszeugen bestellen durfte, der Staatsanwalt diese jedoch als B e lastungszeugen vorladen wollte.

Die Zeit sollten die Studenten nutzen, um eine breitere Öffentlichkeit herzustellen und darüber eine weitere Mobilisierung gegen diese Schauprozesse zu erreichen.

Sympathisanten des KB/Marburg

Marburg: Amtsenthebung war „rechtsmäßig"

Nach dem neuen Urteilsspruch des Kassler Verwaltungsgerichts müssen sich die Marburger Studenten darauf vorbereiten, daß ihr AStA (Allgemeiner Studenten-Ausschuß) jederzeit amtsenthoben werden kann.

In dem Prozeß ging es darum, ob die Amtsenthebung des AStA im November 75 rechtmäßig war. Damals hatte der AStA eine Einstweilige Verfügung – nach großen Streiks und Demonstrationen – durchbekommen, nun aber die Klage verloren.

„Zur Begründung erklärte das Verwaltungsgericht, der Unipräsident sei berechtigt und verpflichtet (!), rechtswidrige Beschlüsse und Maßnahmen der Studentenschaft zu beanstanden und auch selbst aufzuheben." („Frankfurter Rundschau" – „FR" – 14.10.76)

Es wurde in das Ermessen des Unipräsidenten Zingel (SPD) gestellt, eine neue Amtsenthebung vorzunehmen oder nicht. Zingel kann jeden AStA absetzen, der nicht ausdrücklich auf das Politische Mandat verzichtet. Eine entsprechende Erklärung hatte der damalige AStA nicht gegeben.

„Wenn die Organe der Studentenschaft ihre Aufgaben nicht ordnungsgemäß wahrnehmen, dann könne der Unipräsident notfalls von sich aus einen Beauftragten für die Tätigkeit der Studentenschaft bestellen. Dadurch werde weder das Grundgesetz noch die hessische Verfassung verletzt." („FR", 14.10.76)

Der MSB/SHB–AStA hatte damals geschrieben: „.... *der AStA betrachtet es als seine Pflicht, auf der Grundlage und im Rahmen gesetzlicher Regelungen und rechtsstaatlicher Normen, insbesondere des Grundgesetzes, der UNO-Menschenrechtskonvention, des hessischen Hochschulgesetzes und unter Inrechnungstellung rechtskräftig ergangener Urteile zu arbeiten."* („Streikpresse 2", 29.10.75)

Man kann für die Marburger Studentenschaft nur hoffen, daß sie das nicht ernst gemeint haben. Vorbeugend haben einige Studenten die Räume des AStA besetzt, um einem eventuellen Angriff des Staatsapparats gewappnet zu sein.

GE Historiker / SSB Hamburg

Tübingen:

Trotz Polizeiterror: „Wir sind heiter, der Boykott geht weiter"

Solidarisierung gegen Polizeieinsatz

Am 30.9. demonstrierten ca. 400 Teilnehmer einer Boykottveranstaltung (es geht um den Boykott gegen die Einführung eines Studiengeldes) zur Aula, um den Uni-Präsidenten Theis zur Rede zu stellen. Noch bevor der Demonstrationszug sein Ziel erreicht hatte, wollte die Polizei die mitgeführten Lautsprecher beschlagnahmen. Hierbei kam es zum ersten Knüppeleinsatz, obwohl sich die Studenten auf die passive Verteidigung der Boxen beschränkten und *„die mit gezogenen Schlagstöcken heranrückenden Beamten ... nicht angriffen"* („Südwestpresse", 1.10.), wobei ein Polizeiwagen brutal in die Studentenmenge hineingefahren wurde. Drei Studenten wurden dabei verletzt.

Daraufhin demonstrierten die Studenten spontan durch die Stadt und ließen sich aus Protest zu einem Sitzstreik auf der Neckarbrücke nieder. Ohne weitere Vorwarnung, ohne Aufforderung die Straße zu räumen wurde *„ohne viel Federlesens von Gummiknüppel und Schlagstock Gebrauch gemacht, wofür es genügend Augenzeugenberichte, Fotos und sogar einen Film gibt"* („Schwäbisches Tageblatt", 2.10.).

Somit erlebte Tübingen *„seinen härtesten Polizeieinsatz gegen Studenten – weitaus härter als zu Zeiten der Vietnamdemonstrationen"* (ebenda, 1.10.), der zu einer derartigen Empörung in weiten Teilen der Bevölkerung führte, daß die wahrlich nicht fortschrittlichen Tageszeitungen dieses Raumes seitenweise berichteten und Augenzeugen zu Wort kommen ließen (die durchweg den Polizeieinsatz verurteilten und als brutal kennzeichneten). Um die Empörung der Bürger gegen die Studenten zu wenden, setzte der Uni-Präsident, Theis, eine Anzeige auf („Südwestpresse", 6.10.), in der er die Studenten als professionelle Unruhestifter diffamiert.

„Ein Student, der z.B. nach dem BAFöG volle Förderung erhält, verfügt monatlich über 550 DM. Ihm stehen damit 300 DM pro Semester für Lernmittel aus Geldern des Staates zur Verfügung ... Es muß im Übrigen davon ausgegangen werden, daß die den Boykott ständig anheizenden Studenten weniger die Ersatzgelder meinen, als allgemeine Unruhe erzeugen wollen."

Solidarisierung gegen den Polizeieinsatz

Als Ausdruck der großen Empörung fand am 6.10. die größte Demo seit langem mit über 3000 Teilnehmern statt. Die Studenten protestierten nochmals gegen die Ersatzgelder und vor allem gegen den Bulleneinsatz. Sie forderten den Rücktritt von Theis.

„Der mit zahlreichen Spruchbändern und Plakaten bestückte Demonstrationszug bewegte sich in einer kilometerlangen Schlange von der neuen Aula zum Gästehaus der Universität ... wo um diese Zeit der Verwaltungsrat hatte tagen wollen. 'Der Boykott siegt und Theis unterliegt' lautete die Parole" („Südwestdeutsche Zeitung", 7.10.76).

Mit der Koppelung der Zahlung der Ersatzgelder an die Rückmeldung wurde erstmals in Baden-Württemberg der Versuch gemacht, die Ersatzgelder rigoros einzutreiben.

Die Rechnung, in Tübingen ein Exempel zu statuieren, um anderenorts genauso vorzugehen, ist bisher nicht aufgegangen.

Aus Solidarität und in Erwartung weiterer Angriffe hat die Landes-Asten-Konferenz am 28.9. eine landesweite Demo in Tübingen für den 28.10. beschlossen.

SSB/Hamburg

Tübingen: Polizei prügelt demonstrierende Studenten von der Straße (Kampf gegen Ersatzgeldforderungen)

Göttingen:

Professorenwillkür gegen Streikende

Nachdem die Göttinger Psychologiestudenten im letzten Semester sieben Wochen lang gegen die Einführung von neuen Prüfungsbedingungen gestreikt hatten, soll jetzt die Repressionsschraube weiter angezogen werden:

Elf Studenten wird von drei Professoren eine Bescheinigung für BAFöG (nach dem 4. Semester braucht man eine Bescheinigung, daß man aller Voraussicht nach sein Studium erfolgreich beenden wird) verweigert, weil sie diesen wegen des Streiks „kein ordnungsgemäßes Studium" bescheinigen könnten!

Angesichts der Tatsache, daß diese Bescheinigungen allein im Ermessen des Professors liegen, diese in der Regel formlos ausgestellt werden, ist dies als eindeutige Strafreaktion auf den Streik zu werten.

Der Kampf zwischen Studenten und Professorenmafia ist in die Phase getreten, wo die Professoren versuchen, die aktive Studentenschaft durch immer weitere Verschärfung der Repression zu zermürben. Rechtlich haben die Profs für diese Maßnahmen keinerlei Handhabe. Denn sie argumentieren allein damit, daß diese elf Studenten im letzten Semester keine Scheine gemacht haben und damit ihr Studium nicht „ordnungsgemäß" durchgeführt haben. Damit werden diese Studenten willkürlich für eine Kollektivtat bestraft, ohne ihnen jedoch konkret nachzuweisen, daß sie ihre Lehrveranstaltungen nicht besuchen wollten, die „Schuld" also bei ihnen liegt, denn die Bescheinigung gilt allein für diesen Studenten und nicht für das Verhalten eines ganzen Fachbereichs.

Ebensowenig haben ja die Profs ihre Veranstaltungen abgehalten, eben auch wegen des Streiks der Studenten. Darüberhinaus hatte der Fachbereichsrat noch vor Ende des Semesters alle Lehrveranstaltungen ausgesetzt.

Dieses Vorgehen der Profs jetzt durchgehen zu lassen („man hat ja gestreikt, nun muß man das eben ausbaden") hieße, den Profs über diese elf Fälle hinaus generell zuzugestehen, willkürlich nach ihrem Ermessen Studenten herauszugreifen, um sie anstelle aller zu bestrafen.

Gerade wenn die Psychologiestudenten ihr Versprechen beim Abbruch des Streiks, daß „der Kampf weitergeführt werden muß", wahrmachen wollen, so ist dies der erste Punkt, an dem die gewonnene Radikalisierung wieder eingesetzt werden muß. An den Gegenschlägen gegen die jetzt einsetzende Repression wird sich letztendlich der Erfolg des letztsemestrigen Streiks messen müssen.

Der Professorenmafia, die nur auf Rückzugstendenzen spekuliert, darf jedenfalls keine ruhige Stunde mehr gegönnt werden.

Der eingeschlagene Weg, für die 11 einen Solidaritätsfond einzurichten, hat zwar moralischen Wert und könnte zur Diskussion über die gelaufenen Aktionen genutzt werden, hat andererseits allerdings den entscheidenden Mangel, daß er die Dinge unter den S t u d e n t e n klärt, ohne die Verantwortlichen weiter anzugreifen. Die Gefahr liegt weiterhin darin, daß es schwierig sein wird, die Studenten für Aktionen zu erwärmen, die längst gelaufen sind, anstatt durch neue Aktionen die Aufmerksamkeit auf dieses Problem zu lenken.

Arbeitsgruppe Studenten KB/Gruppe Hamburg

Warnstreik verhindert Reglementierung

Am 13.10.76 beschlossen die Studenten der Fachhochschule Osnabrück auf einer Vollversammlung (VV), an der von 2.000 Studenten 1.300 anwesend waren, einen eintägigen Warnstreik.

Wie kam es zu dieser am besten besuchten VV seit Jahren und zu dem fast einstimmigen Beschluß?

Auf der am selben Tag stattfindenden Senatssitzung sollte eine Belegordnung verabschiedet werden, in der

- das Sitzenbleiben wieder eingeführt werden sollte (man darf erst dann ein Fach belegen, wenn man den Vorkurs erfolgreich abgeschlossen hat)
- Parallelbelegen von Lehrveranstaltungen verboten wird,
- Lehrkapazitäten festgelegt werden sollen (ist die Zahl der „normalen Studenten" + Wiederholer größer als die festgelegte Kapazität, so ist der Teil der Wiederholer ausgeschlossen, der über diese Zahl hinausgeht,
- festgelegt ist, daß man nicht die Möglichkeit haben soll, seine Vorlesungen selbst zusammenzustellen.

Obwohl in der Senatskommission auch Studenten mitgearbeitet haben, wurde die Beschlußvorlage erst eine Woche vor der Sitzung bekannt. Die stud. Gremienmitglieder hatten es versäumt, die Studentenschaft über die geplanten Reglementierungen zu informieren.

Dieses Verhalten muß kritisiert werden, ist doch gerade dies die wichtigste Funktion stud. Mitarbeit in Hochschulgremien.

Am Vormittag der Senatssitzung organisierte der ASTA eine VV, zu der aus zeitlichen Gründen nur am Vortag mobilisiert werden konnte, trotzdem diese hohe Beteiligung. Nachdem auf der VV Streik aller Fachbereiche bis zur Senatssitzung beschlossen worden war, versammelten sich dort am Nachmittag viele Studenten und forderten den Senat auf, in der Aula zu tagen, was durch Initiative des Rektors auch geschah! Dort wurde vor ca. 500 Studenten die Senatssitzung fortgesetzt. Die stud. Vertreter hatten von der VV den Auftrag erhalten, die Belegordnung ersatzlos abzulehnen, anderenfalls sollte bis Montag gestreikt und dann das weitere Vorgehen beschlossen werden. Nach 2 1/2 stündiger Diskussion verpaßten es die stud. Senatsmitglieder, über diesen Antrag abstimmen zu lassen. Sie ließen sich durch Formalien eines Dozenten austricksen, der den Antrag auf Zurückweisen in die Kommission stellte, dem die Studenten obendrein auch noch zustimmten, entgegen den Beschlüssen der VV. Dieses Verhalten wird in der Studentenschaft noch zu diskutieren sein.

Damit ist zwar ein Teilerfolg zu verzeichnen. Jedoch ist jetzt zu befürchten, daß von der Senatskommission wieder ein Antrag vorgelegt wird, der im wesentlichen dasselbe aussagt. Wahrscheinlich hofft man, daß sich die Sache totläuft.

Wichtig wird es sein, daß sich die Studentenschaft auf der entsprechenden Senatssitzung wieder so beteiligt und sich nicht von wohl abgerundeten Formulierungen ins Boxhorn jagen läßt.

KB-Sympathisanten, Osnabrück

Verfaßte Studentenschaft bedroht

Das schleswig-holsteiner Kultusministerium hat zu massiven Schlägen gegen die verfaßte Studentenschaft und ihre Organe (AStA, Fachschaftsräte) ausgeholt. So wurden die ASten der Fachhochschule Lübeck und der PH Kiel kurzerhand abgesetzt, weil sie die staatlich verordneten Zwangssatzungen nicht anerkennen wollen; dem AStA der FHS Kiel wurde die Verbreitung eines Erstsemester-Infos verboten (siehe Bericht in AK 90).

Die Reaktionen auf diese Drohungen sind sehr unterschiedlich.

- Der SHB/GEW-AStA in Lübeck ließ sich auf eine Vereinbarung ein, nach der das nächste Studentenparlament per Briefwahl gewählt wird, was einer Teilanerkennung der Zwangssatzung entspricht,
- der Juso-ASTA der FHS Kiel war froh, daß das Info schon verteilt war, was die Verfügung zu Papier werden ließ,
- zur Verteidigung des AStA der PH Kiel riefen die Linken zu Protestversammlungen auf, auf denen über eine Besetzung zum Zeitpunkt der Amtsenthebung (10.10.) beraten wurde. Nach anfänglichem Zögern riefen selbst die Jusos hierzu auf, so daß am 10.10. eine Versammlung mit ca. 300 Teilnehmern stattfand. Aktuell hat sich allerdings auch hier die Lage „entspannt", da die Verfügung des KuMi wegen eines „Formal"-Fehlers zurückgenommen wurde.

Offenbar ist vom KuMi geplant, in diesem Semester einen neuen Anlauf zur Durchsetzung der Zwangssatzung zu starten. Besonderes Ziel dabei ist, die Vollversammlungen als Diskussions- und Entscheidungsorgane abzuschaffen, Fachschaftsräte zu liquidieren und die Briefwahl zwingend einzuführen.

Angesichts dieses konzentrierten Vorgehens des KuMi gegen die verfaßte Studentenschaft muß jedes Ausweichen vor zu erwartenden Konflikten mit Zugeständnissen erkauft werden (siehe Lübeck). Keine noch so geschickte Auslegung der Satzung usw. wird den KuMi von dem eingeschlagenen Weg abbringen. Ebensowenig vielversprechend ist es, die ASten durch Neuwahlen aus der Schußlinie herauszuhalten. Denn entweder werden sie nach den alten „Regeln" gewählt, dann werden die Angriffe weitergehen, oder es werden schon bei der Wahl Zugeständnisse an die Zwangssatzung gemacht.

Jetzt wird es darauf ankommen, die Organe der verfaßten Studentenschaft durch Bindung an die Vollversammlungen (VV) zu stärken, denn es geht dem KuMi in der Zwangssatzung gerade um die Aufhebung der direkten Demokratie (keine VV mehr, keine Fachschaftsräte, die auf VVs gewählt werden, Briefwahl für die SPs usw). Alle Widersprüche in den SPs und die Gefahr, den Konflikten auszuweichen und sie nicht voll auszutragen, können nur dadurch überwunden werden, wenn die ASten auf VV-Beschlüsse festgelegt werden. Deshalb sollten alle schleswig-holsteiner ASten erklären, daß sie sich an VV-Beschlüsse halten werden und gleichzeitig VVs zur Diskussion der nächsten Schritte einberufen.

Das BRD-Kartellamt – ein Mauerblümchen

Unlängst hat es innerhalb des westdeutschen Kartellamtes (Sitz in Westberlin!) einige Personalveränderungen gegeben, die zugleich in gewissen Grenzen eine Änderung in der Politik dieses Amtes bedeuten: Der bisherige Kartellamtspräsident Professor Günter, der in der großbürgerlichen Presse immer wieder zu Unrecht als allzu „systemkritisch" denunziert wurde, scheidet aus seinem Amt aus und übergibt es dem vom Bundeswirtschaftsminister Friederichs neu ernannten Präsidenten Dr. Kartte, Mitglied der CDU. Innerhalb der Presse, der Kapitalistenverbände und in den Spitzen der westdeutschen Monopole stieß die Wahl Karttes auf einhellige Zustimmung, denn Kartte kann man getrost als den „Mann der Monopole" im Kartellamt bezeichnen. Damit ist zugleich eine neue Phase in der ohnehin fast wirkungslosen Arbeit dieser Behörde eingeleitet: Hatte das Kartellamt unter der Leitung Prof. Günters zumindest in allzu offensichtlichen Fällen von Preistreibereien und Kartellabsprachen interveniert (wobei es dann nachweislich in einigen Fällen direkt vom Bundeswirtschaftsministerium zurückgepfiffen wurde) und sogar in wenigen Fällen (wenn auch geradezu lächerliche) „Bußstrafen" ausgesprochen, so soll selbst dies jetzt unter dem neuen Präsidenten ein Ende haben.

Das „Handelsblatt", Sprachrohr der westdeutschen Großbourgeoisie, schrieb in einem Artikel zum personellen Wechsel in der Spitze des Kartellamtes: *„Die Spekulation ist wohl nicht falsch, daß der Bundeswirtschaftsminister mit dem Vorschlag von W. Kartte auch tatsächliche oder nur behauptete Tendenzen im Bundeskartellamt abblocken möchte, aus dieser Wettbewerbsbehörde ein von einer ‚linken Riege' geführtes ‚Verbraucherschutzamt' oder ‚Preiskommissariat' mit Lenkungsfunktionen zu machen."* Das „Handelsblatt" kann die Kapitalisten angesichts des neuen Kartellamtspräsidenten beruhigen und akzeptiert Kartte als den *„auch in der Wirtschaft respektierten Vertreter eines wettbewerbspolitischen Kurses, der den Mißbrauch des Kartellgesetzes über seinen Ursprungszweck hinaus ablehnt"* (23.6.76).

Die Gegenüberstellung zweier Zitate des alten und neuen Kartellamtspräsidenten untermauern, daß es sich hier in der Tat um eine Änderung in der Politik dieser Behörde handelt, die als ein Zugeständnis der Bundesregierung an die Großkapitalisten zu werten ist: Prof. Günter stellte mehrmals öffentlich erhebliche Beeinträchtigungen des „freien Wettbewerbs" fest. In dem jüngst erschienenen Bericht der sog. „Monopolkommission", die unter seinem Vorsitz tagte, heißt es u.a.: *„Die Tendenz zu wettbewerbsbeschränkender Unternehmenskonzentration, zu Kartellierungen und zum Ausspielen von Verdrängungsstrategien ist auch in der auslaufenden konjunkturellen Schwächephase besonders stark gewesen"* („Handelsblatt", 22.6.76).

Demgegenüber der neue Präsident Kartte im „Spiegel": *„Wollen Sie denn etwa sagen, daß der deutsche Verbraucher schlecht bedient wird? Nach meiner Meinung ist bei uns der Wettbewerb noch so intensiv, daß wir unsere Marktwirtschaft nach wie vor als das attraktivste Ordnungsprinzip verkaufen können"* (29/76).

Schon immer ein Alibi für's Kapital

Kartellämter gibt es in kapitalistischen Staaten zum Teil bereits seit mehreren Jahrzehnten; in den USA beispielsweise existiert die entsprechende Federal Trade Commission schon seit 1914, was an sich, angesichts der realen Größe und Macht der US-Konzerne, sehr deutlich die ganze Wirkungslosigkeit derartiger Einrichtungen im Kapitalismus unterstreicht.

In der BRD wurde das Kartellamt 1958 geschaffen und vorrangig mit der Aufgabe betraut, Preismißbrauch in Folge marktbeherrschender Positionen zu verhindern und die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs auf dem „Markt" zu überwachen.

Eine Fusionskontrolle durch das Kartellamt war zu diesem Zeitpunkt nicht vorgesehen und wurde erst 1973 mit einer Novellierung des Kartellgesetzes eingeführt. In dem ersten Bericht der neuen Behörde hieß es 1959: Das Kartellamt *„läßt dem Unternehmer jede nur mögliche Freiheit, beschränkt diese aber dort, wo er selbst versucht, die ökonomischen Daten durch Wettbewerbsbeschränkungen und -verfälschungen willkürlich zu verhindern"* (Bundestags-Drucksache 1000, zitiert nach IPW-Berichte –DDR–, 2/75).

Soweit das Kartellamt über sich selbst. Es ist selbstverständlich, daß es von Seiten der Bundesregierung und der Parteien in gleicher Weise Lobeshymnen auf die Arbeit dieser Behörde gab.

Aber Tatsachen sind ein hartnäckig Ding, sagt ein Sprichwort und gemessen an den Tatsachen hat das Kartellamt während der gesamten Zeit seines Bestehens in keinem einzigen Fall auch nur ein einziges Mal gegenüber dem Macht„mißbrauch" der Monopole, gegenüber Marktaufteilungen und Preisabsprachen der Monopole entschlossen interveniert, von einer Bestrafung der Konzerne ohnehin abgesehen!

In den Jahren von 1958 (dem Gründungsjahr der Behörde) bis 1973 (in dem das Kartellgesetz geändert wurde) hat das Amt ganze 550 Mißbrauchsverfahren gegen kapitalistische Konzerne eingeleitet; lediglich zwei (2!) der angestrengten Verfahren wurden überhaupt rechtswirksam und damit im Sinne der Anklage positiv zur Entscheidung gebracht. Man beachte, daß es sich in diesen beiden einzigen erfolgreichen Verfahren des Kartellamtes um Handpreisauszeichnungsgeräte und Fußballstiefel handelte ...

Schritt das Kartellamt schon nicht bei den Auswirkungen kapitalistischer Macht (Marktabsprachen, Preistreibereien usw.) ein, so erst recht nicht bei den Prozessen, die diese Macht der Konzerne weiter verstärkte und somit die Voraussetzungen für fortgesetzten „Machtmißbrauch" der Konzerne schuf: In den sechziger Jahren setzte in der BRD ein Konzentrationsprozeß in allen Industriebranchen ein, der bis heute anhält und zur Herausbildung riesiger multinational orientierter Konzerne führte, die auch den Binnenmarkt in Westdeutschland monopolisierten. Bis 1973 nahm das Bundeskartellamt auf diese Entwicklung keinerlei Einfluß.

Die Kartellnovellierung 1973

Die Kartellnovellierung 1973

Obwohl die SPD unter Willy Brandt bereits in ihrem Regierungsprogramm 1969 eine „Modernisierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen" versprochen hatte, wurde erst 1973 das alte Kartellgesetz erweitert. Daß es überhaupt zu einer Erweiterung der gesetzlichen Vollmachten des Kartellamtes 1973 kommen konnte, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß auch in breiteren Teilen der Bevölkerung die Arbeit des Kartellamtes als wirkungslos erschien.

Dramatisch wies damals Wirtschaftsminister Friederichs darauf hin, daß es bei der Gesetzesänderung darum ginge, *„ob es gelingt, diese Wirtschaftsordnung zu erhalten ... Gerade ihr* (der wirtschaftlichen Macht der Konzerne – d.Red.) *wohnt die Gefahr inne, die Freiheit des einzelnen Bürgers oder die Freiheit anderer Unternehmer einzuschränken... Wir brauchen schlicht und einfach gesagt ein Kartellgesetz, das härter und schärfer für den Wettbewerb eintritt als das bisherige Recht"* (Friederichs in einer Rede vor der „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer", zitiert aus IPW-Berichte).

Nach einem Bericht des Kartellamtes von 1972 sollte das neue Recht u.a. die *„Ausnutzung von Marktmacht verhindern... den Verbrauchern größere Wahlmöglichkeiten geben... die Chancen der kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber Großunternehmen verbessern"*.

Zu den neuen Aufgaben des Kartellamtes gehörten nach 1973:

- vorbeugende Fusionskontrolle;
- verschärfte Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen, vor allem Kontrolle ihrer Preisgestaltung;
- Erleichterung der Kooperation zwischen kleinen und mittleren Unternehmen;
- Abschaffung und Überwachung des Verbots der Preisbindung;
- Überwachung des Verbots des „abgestimmten Verhaltens" von Unternehmen auf dem Markt.

Bereits ein Jahr später wurden vom Kartellamt die ersten Jubelmeldungen über angebliche „Erfolge" an der „Wettbewerbsfront" veröffentlicht: *„Die in die vorbeugende Fusionskontrolle gesetzten Erwartungen haben sich bisher erfüllt"* (Bericht des Kartellamtes, Bundestagsdrucksache 1000). Tatsächlich hielt die Konzentrationswelle weiterhin an, sie erreichte sogar gegenüber den Vorjahren einen Höhepunkt, der in den folgenden Jahren regelmäßig weiter übertroffen wurde: Während es 1973 242 Großfusionen gab, waren es ein Jahr später bereits 318 und 1975 448!

Was nun allerdings von der neuen erweiterten Fusionskontrolle zu halten ist, beweist die Tatsache, daß das Kartellamt 1975 bei 448 Konzentrationsbewegungen nur achtmal abschlägig entschied, sie also untersagte, wovon allerdings vier angestrebte Fusionen noch nicht einmal rechtswirksam sind und zur Zeit noch vor Gericht verhandelt werden („Süddeutsche Zeitung", 30.6.76).

Gemessen an der Zahl aller Fusionen hat auch der Aufkauf kleiner und mittlerer Unternehmen durch Großkonzerne stark zugenommen: Waren es 1974 noch 127 derartiger Fälle, so erhöhte sich diese Zahl 1975 schon auf 184. In all diesen Fällen, die zweifellos eine erhebliche Machtkonzentration der Großkonzerne darstellen, da sie tatsächliche oder potentielle Konkurrenten ganz oder teilweise unter ihre Kontrolle bringen, hat das Kartellamt keinerlei Befugnisse, einzuschreiten, sofern der Umsatz der aufgekauften Unternehmen unterhalb der 50 Mio. DM Grenze liegt. Seit 1973, dem Jahr, in dem die Fusionskontrolle eingeführt wurde, erwarben so die Konzerne einen Umsatzblock von mehr als 3,3 Mrd. DM (u.a. nach „Handelsblatt", 21.6. und „Welt", 23.7.76).

Selbst die Bundesregierung kommt in einer Stellungnahme zu der Frage, *„ob sich darin eine Strategie größerer Unternehmen manifestiert, die der Zwecksetzung der Regelung* (der Fusionskontrolle – die Red.) *zuwiderläuft"* („Handelsblatt", 21.6.76).

Diese Tatsachen beweisen, was von den angeblichen „Chancen der kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber den Großunternehmen" durch die Fusionskontrolle zu halten ist!

Der K(r)ampf gegen Preistreibereien

Unter der sog. „Mißbrauchsaufsicht", die ebenfalls dem Kartellamt obliegt, versteht man das Aufspüren und die Überführung von illegalen Preisabsprachen, Marktaufteilungen usw. durch einen oder mehrere Betriebe.

Im allgemeinen ist es dem Kartellamt, selbst wenn dies in seiner Absicht liegt, äußerst schwierig und in vielen Fällen fast unmöglich, die Konzerne derartiger illegaler Praktiken zu überführen. Denn „Wettbewerbsbeschränkungen" können von der Behörde nur dann angegriffen und vor Gericht gebracht werden, wenn diese *„ihren Niederschlag in Verträgen oder Beschlüssen gefunden haben"* (zitiert nach IPW, a.a.O.).

Es liegt natürlich in der Natur der Sache, daß derartige Marktabsprachen – meist „Frühstückskartelle" genannt – in keinen Verträgen oder Protokollen nachzulesen sind. 1975 wurden insgesamt im Rahmen der „Mißbrauchsaufsicht" nur 891mal Bußgelder unanfechtbar verhängt – in der Mehrzahl der Fälle handelt es sich dabei um geradezu lächerliche Geldsummen. Dazu ein Beispiel:

Das Kartellamt konnte ein Kartell von 343 (!) Bauunternehmen aufdecken, die untereinander bei Bauausschreibungen den Preis aushandelten und bestimmten, welche der an dem Kartell beteiligten Firmen den jeweiligen Auftrag zugesprochen bekommen. Der durch diese kriminelle Praxis öffentlichen und privaten Bauaufträgern entstandene Schaden dürfte mehrere hundert Millionen DM, wenn nicht gar Milliarden, betragen. Bei einem Riesenverfahren gegen die 343 Firmen und 483 leitenden Angestellten, die an dem Komplott direkt beteiligt waren, wurden insgesamt 35,8 Mio. DM Bußgeld verhängt, das macht pro Unternehmen und Angestellten eine Strafe von 40.000 DM – geradezu eine Aufforderung, diese Praxis fortzusetzen!

Unseres Wissens hat es in den letzten Jahren nicht ein einziges erfolgreiches Verfahren des Kartellamtes gegen große westdeutsche oder ausländische Monopole gegeben, obwohl gerade hier Preisabsprachen und Marktaufteilungen ganz offensichtlich sind. Alle hier eingeleiteten Verfahren wurden entweder zugunsten der Monopole entschieden oder aber vorzeitig eingestellt.

Hierzu zwei besonders eklatante Beispiele aus der Mineralöl- und Automobilindustrie:

- 1974 leitete das Kartellamt gegen die internationalen Ölkonzerne BP, Texaco, Shell und Esso Verfahren ein, nachdem diese Konzerne zu Anfang des Jahres den Preis für Literbenzin einheitlich um einen Pfennig erhöhten (bezeichnenderweise schritt dieselbe Behörde nicht ein, als eben diese Konzerne den Literpreis während der sog. „Energiekrise" gleich um 30 bis 40 Pfennig heraufsetzten).

Zum Charakter dieser Aktion stellte damals der Generalsekretär des Internationalen Bundes der Chemiearbeiter, Charles Levinson, fest: *„Fürs Schaufenster mußte auch das Bundeskartellamt arbeiten ...(um) aus den deutschen Statthaltern der internationalen Ölkonzerne etwas über Preiserhöhungen und Krisengewinne herauszubekommen, was nicht einmal in den USA, wo die eigentlichen Herrscher der Konzerne sitzen, gelungen war"* (nach IPW, a.a.O.).

Nun, dem Kartellamt ist es natürlich auch nicht „gelungen": Das Kammergericht in Westberlin, bei dem die Konzerne Beschwerde gegen das angestrengte Verfahren einlegten, entschied für die Ölkonzerne und rügte darüber hinaus sogar noch die Behörde, *„ihre Mißbrauchsverfügung sei nicht hinreichend begründet, an deren Rechtmäßigkeit bestünden ernstliche Zweifel, und das Fehlen von Wettbewerb zwischen den Ölkonzernen sei nicht überzeugend dargelegt (!)"* („Zeit" vom 31.5.74).

Die Ölkonzerne hatten wieder einmal gewonnen!

- Ein gegen das Volkswagenwerk Anfang Mai 1974 eingeleitetes Verfahren wegen Preistreiberei (der Konzern hatte innerhalb weniger Monate die Preise zweimal erhöht!), wurde bereits nach drei Wochen wieder eingestellt. Offizielle Begründung: Der Verdacht der Behörde habe sich nicht bestätigt. Tatsächlich lagen die „Verdachtsmomente" auf der Hand, aber allzu offensichtlich war auch, daß sich unmittelbar das Bundeswirtschaftsministerium (der BRD-Staat hält rund 40 % der VW-Aktien) einschaltete und „hinter den Kulissen" das Kartellamt zurückpfiff.

Hier stößt man sogleich auf einen weiteren interessanten Punkt, der nahelegt, wie wirkungslos die Arbeit der Behörde gegen die kriminellen Wirtschaftspaktiken der Konzerne ist: Die Bundesregierung behält sich beispielsweise das Recht vor, für vom Kartellamt abgelehnte Fusionen „Sondergenehmigungen" auszusprechen, sofern diese Fusionen im „gesamtwirtschaftlichen Interesse" stehen. Dies war beispielsweise beim Aufbau der Veba AG der Fall, die als Mineralölkonzern die Ölinteressen des westdeutschen Imperialismus vertreten soll. Offensichtlich ist auch, daß die Bundesregierung über derartige Einzelinterventionen hinausgehend, die Arbeit des Kartellamtes ständig behindert und reglementiert. Dabei bedient sie sich vor allem der Abhängigkeit des Kartellamtes vom Bundeswirtschafts- und -finanzministerium. Der ehemalige Präsident der Behörde, Günter, berichtete 1974 auf einer Pressekonferenz in Frankfurt, daß das Bundeswirtschaftsministerium ihn gewissermaßen permanent in Vergleiche drängte und Finanzminister Apel der Behörde nie die für alle Prozesse benötigte Geldsumme bewilligte (nach IPW, a.a.O.).

Betrachtet man nach alldem die Arbeit der Kartellbehörde, reduziert sich ihre Funktion letztlich auf die eines Alibis für das Monopolkapital. Diese Behörde ist nicht etwa ein Schirmherr der kleinen und mittleren Unternehmen, der „Konkurrenz" oder der „freien Marktwirtschaft", sondern der großen Konzerne und Monopole, die unter dem Deckmantel eines angeblichen „Wächters der freien Konkurrenz" fast ungehindert und ungestört ihre monopolistischen Pläne verfolgen können. Hierin, in ihrer politisch-ideologischen Funktion für das Monopolkapital, liegt in erster Linie die Aufgabe derartiger Einrichtungen im monopolistischen Kapitalismus.

Im Imperialismus, in dem allein das große Kapital zur wirtschaftlich und politisch dominierenden Kraft geworden ist, kann das auch gar nicht anders sein. Allein bürgerliche „Sozial"-träumer können der Idee nachhängen, daß unter den heute herrschenden gesellschaftlichen Bedigungen derartige Einrichtungen und Behörden den Monopolen ernsthafte Beschränkungen auferlegen könnten.

Ferdinand Lundberg, ein bürgerlicher Kritiker des amerikanischen Monopol-Kapitalismus, hat in seinem Buch „Die Reichen und die Superreichen" diesen Zusammenhang deutlich zum Ausdruck gebracht: *„Es liegt ... in der Natur der Konzerne, über die Stränge zu schlagen; um sie zu bändigen, sind viele Gesetze ersonnen und erlassen worden. Sie errichten auch Schranken für die Konzerne, aber nur bis zu genau dem Grad, in dem die großen Kapitalisten als Besitzer der Konzerne das zulassen."* Und an anderer Stelle: *„Der Konzentrationsprozeß der großen Konzerne ... schreitet munter voran und schert sich nicht um die tumultuarische Strohdrescherei der Antitrustbestrebungen"* (S. 229 und 170).

Wirtschaftskommission
KB/Gruppe Hamburg

DER GRAD DER KONZENTRATION

Vom Gesamtumsatz der Branche entfallen auf die jeweils sechs größten Unternehmen in % (Stand 1972)

%	Branche
96	Zigaretten
91	Flugzeugbau
90	Margarine
79	Bergbau
73	Autoindustrie
68	Mineralöl
64	Schiffbau
63	Zementindustrie
53	Eisen u. Stahl
48	Gummi u. Asbest
43	NE-Metall
40	Elektrotechnik
35	Chemie
34	Feinkeramik
31	Spirituosen
27	Feinmechanik, Optik
16	Brauereien
14	Maschinenbau
9	Eisen-, Blech-, Metallwaren
7	Textil, Bekleidung

Beschleunigte Konzentration

Unternehmenszusammenschlüsse in der BR Deutschland

448
1975
318
1974
242
1973
269
1972
220
1971
305
1970
168
1969

CSU im Korruptionssumpf!

„Mein Haus ist absolut sauber", behauptet nach wie vor Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann, „an mich ist keine Spende gegangen". Diese Feststellung versuchte der prominente CSU-Politiker den Journalisten glaubhaft zu machen, die er am 4. Oktober, einen Tag nach der Bundestagswahl, zu einer Pressekonferenz bat. Es galt, den inzwischen öffentlich erhobenen Verfilzungsvorwürfen entgegenzutreten, die im Nachspiel der gigantischen Pleite des inzwischen mit 457 Millionen Mark

Bayerns Wirtschaftsminister Jaumann: „Mein Haus ist absolut sauber"

Schulden nach Kanada geflüchteten Textil-Großkapitalisten Glöggler nach und nach aufgerollt wurden.

War es zunächst der Ministerialrat Dörrbecker, der sich im Rahmen einer „Nebentätigkeit" bei Glöggler mindestens 300.000 Mark ergaunerte (siehe AK 90), so wurde mittlerweile bekannt, daß Glöggler auch zu den Finanziers der CSU zählt: Minister Jaumann konnte nicht umhin, Spenden an die Partei in Höhe von 41.400 Mark zuzugeben, die sein Staatssekretär Franz Sackmann in Empfang genommen hatte. Absender: die Glöggler-Firmen Hanfwerke Füssen-Immenstadt und Erba AG.

Doch gibt es deutliche Hinweise darauf, daß auch der Minister selbst zu den reich Beschenkten zählte: *„Unterlagen aus der Konkursmasse der Glöggler KG deuten darauf hin, daß sowohl der Minister als auch der Staatssekretär von dieser Finanz-Holding Spenden überwiesen bekamen – einige mit Sicherheit für die CSU, andere ohne erkennbaren Spendenzweck.*

Der Konkursverwalter der Glöggler KG, Steuerberater Werner Schneider, hatte diese erstaunlichen Überweisungsbelege vor knapp drei Wochen entdeckt. Zu den Empfängern mehrerer Spenden, insgesamt mehr als 200.000 Mark, zählten danach neben der Staatsbürgerlichen Vereinigung e.V., einer von den Unionsparteien vornehmlich als Spendensammelstelle eingerichteten Organisation, auch Staatssekretär Sackmann und Wirtschaftsminister Jaumann." („Spiegel", 11.10.76).

Nicht finden konnte der Konkursverwalter allerdings bisher die Spendenbestätigung der beiden Glöggler-Spezis.

Schneider übergab die brisanten Unterlagen an die Staatsanwaltschaft Augsburg, die aber nichts eiligeres zu tun hatte als sie nach München weiterzuleiten. Dort kamen sie allerdings nie an. Nach mehreren Wochen erst fand sich das Päckchen in Augsburg wieder an – der neue Bundestag war inzwischen gewählt.

Natürlich hatte Glöggler nicht so einfach was zu verschenken: An ihn flossen zwischen 1971 und 1975 über das bayerische Wirtschaftsministerium: 172.000 Mark Investitionszuschüsse, 541.000 Mark Investitionszulage und 7.860.000 Mark Darlehen, zusammen 8.573.000 Mark (Zahlen nach „Extra-Dienst", 12.10.). Diese Gelder erhielt allein das Werk HFI!

Aufschlußreich ist auch die personelle Verfilzung zwischen den Glöggler-Betrieben und dem Wirtschaftsministerium: So trat der inzwischen von seinen Parteifreunden fallengelassene Dörrbecker mit Zustimmung seiner Vorgesetzten Sackmann und Jaumann in den Aufsichtsrat der HFI ein („ED", 12.10.). Zum anderen ist Staatssekretär Sackmann zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, „die bei der Vergabe von staatlichen Darlehensbürgschaften eine große Rolle spielt" („ED"). Die Spenden, die Sackmann für die CSU entgegennahm, gingen pikanterweise an den von ihm geführten Bezirk Oberpfalz, in dem es nicht einen der ansonsten in Bayern breit gestreuten Glöggler-Betriebe gab ...

Somit flossen im Zusammenhang der HFI-Förderung ca. 8,5 Mio. Mark in die eine und etwa 500.000 Mark (inklusive der Schmiergelder an Dörrbecker) in die andere Richtung – in Form von Parteispenden, Provisionen, Spenden für „karitative Zwecke" und Spesen. Und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Dem bayrischen Wirtschaftsminister Jaumann widmet der Republikflüchtling Glöggler in seinen Memoiren, die er aus Kanada seinen Gläubigern schickte, noch einen besonders frommen Wunsch, den dieser wohl auch nötig haben dürfte: *„Ich wünsche ihm von Herzen, daß er in der Zukunft im Hinblick auf die Glöggler-Affaire keinen Schaden davonträgt, der womöglich zu seiner Demission führen könnte."* Fromme Wünsche kosten bekanntlich nichts.

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

CSU-Finanzier Glöggler: 8,5 Mio. „Fördermittel" über das Wirtschaftsministerium.

Funktionsverbot für sechs Jusos

Köln-Nippes

Die Parteiordnungsverfahren gegen sechs Jusos haben ihr vorläufiges Ende gefunden. Die Schiedskommission des Unterbezirks-Köln verhängte ein halbjähriges Funktionsverbot.

Ausgangspunkt dieser neuerlichen Drangsalierung von SPD-Linken war das Verbot des SPD-Ortsvereinsvorstandes von einer Anti-CDU-Veranstaltung, die die Jusos unter dem Titel „Adenauer – Mythos und Wirklichkeit eines Hundertjährigen" geplant hatten.

Als Hauptgrund der Disziplinierung gab die örtliche Schiedskommission ein internes (!) Rundschreiben an, in dem die Juso-Genossen das Verbot ihrer Anti-CDU-Veranstaltung kritisiert hatten!

Das zeigt die maßlose Arroganz der SPD-Oberen, die eine Auseinandersetzung mit dem „politischen Gegner" zum gewissen Zeitpunkt schlicht verbieten und ihre diktatorischen Maßnahmen hinterher auch noch außerhalb jeglicher Kritik stellen.

SPD-"Linke" – nichts dazugelernt ?

Traurig aber wahr ist der politische Unfug, den einige SPD-"Linke" über die Chancen linker Politik in der SPD immer noch wagen zu verbreiten. Will man der „Sozialistischen Korrespondenz" Nr. 19/1976 Glauben schenken, hätten die Nippeser Jusos inzwischen *„einen beachtlichen (!) Teilerfolg erzielen"* können. Dieser „beachtliche Teilerfolg" soll darin bestehen, daß ein von ihnen veröffentlichtes Flugblatt gegen die CDU-Kandidatin Wilms, *in dem an Hand einiger Zitate die menschenfeindliche Grundhaltung dieser Politikerin aus Kohls Damenriege aufgezeigt wurde."*

In trauter Eintracht verteilten die gemaßregelten Jusos das Flugblatt mit *„Rechtssozialdemokraten, die das PO-(Parteiordnungs-)Verfahren angestrengt hatten"* (ebenda) und die Partei druckte das Flugblatt sogar noch in höherer Auflage nach. Anstatt sich zu fragen, wieso das so ist und anstatt sich zu überlegen, ob nicht d i e s e Anti-CDU Aktivität der SPD im Wahlkampf gerade gelegen kam, obwohl *„eine konkrete Wahlempfehlung für die SPD im Text nicht zu finden war"* (ebenda), zieht die „Sozialistische Korrespondenz" daraus den kühnen Schluß, *„daß die Rechtssozialdemokratie ein konsequentes und ehrliches Anti-CDU-Flugblatt auch dann tolerieren muß (?), wenn nicht das ominöse 'Modell Deutschland' dabei angepriesen wird"* (Nr. 19/76).

Wer den SPD-Rechten so Paroli bieten könnte, daß sie solche Flugblätter tolerieren (und sogar noch selbst verteilen) m ü s s e n, verschweigt die „SK" wohlweislich.

Solche Aussagen haben nur die Funktion, die arg zerrupften und frustrierten Jusos mit linkem Anspruch doch noch bei der Stange zu halten. Vielmehr ist es doch so, daß die SPD-Größen solche Flugblätter im Wahlkampf gar nicht mal so ungern sehen, in denen die Rechtsausrichtung der Gesellschaft an der CDU/CSU festgemacht wird, die (auch gegenwärtig vorantreibende) Rolle der SPD bei der Faschisierung aber überhaupt nicht zur Sprache kommt. Es ist typisch für die Desorientierung des „SK", das Kölner Beispiel generell als „Erprobung eines Ansatzes" hinzustellen, *„wie ein Wahlkampfbeitrag tatsächlich 'eigenständig' ... sein kann ohne dabei auf rechtssozialdemokratische Positionen einzuschwenken"* (ebenda).

Objektiv leisten die Jusos den „rechtssozialdemokratischen Positionen" doch überall da Vorschub, wo sie der Rechtsentwicklung in und mit der SPD nichts entgegensetzen, oder das auch gar nicht wollen, wie z.B. die Karrieristen im Juso-Bundesvorstand.

SPD-Kommission

SPD-Chefs gegen „Die rote Pupille"

Mönchengladbach

Der Abdruck eines Leserbriefes des Mönchengladbacher DKP-Kreisvorsitzenden in der Juso-Schülerzeitung „Die Rote Pupille" wurde vom SPD-Unterbezirksausschuß am 15.7.76 damit geahndet, daß die gesamte Redaktion kurzerhand abgesetzt und gegen zwei Jusos ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet wurde.

Jede weitere Öffentlichkeitsarbeit, d.h. weitere Herausgabe der Zeitung, wurde den Redakteuren und der gesamten Juso-Arbeitsgruppe verboten, sofern keine neue Redaktion benannt werden würde (nach „Sozialistische Korrespondenz", (SK), 18/1976).

Schon vor der Veröffentlichung war einem Redakteur ein Parteiordnungsverfahren angedroht worden, da der Abdruck des Artikels mit einer „Aktionseinheit mit Kommunisten" gleichbedeutend sei und die ist laut Parteibeschluß von 1971 als parteischädigend verboten. Als der Artikel dann doch abgedruckt worden war, erschien nach kurzer Zeit ein gefälschtes (!) Flugblatt, in dem die Behauptung aufgestellt wurde, die DKP habe ihren Leserbrief überall verteilt unter der Überschrift: „aus dem offiziellen Presseorgan der Jungsozialisten des UB Mönchengladbach". Somit war die Sache perfekt, um dazwischenkloppen zu können!

Eine ÖTV-Genossin
KB/Gruppe Hamburg

SHB und Kriegsdienstgegner = „kriminelle Vereinigung"?

Westberlin und Frankfurt

Einen allzu deutlichen Vorgeschmack darauf, gegen wen und wie man die jüngsten „Reform"-Gesetze zur „Inneren Sicherheit" anzuwenden gedenkt, zeigten anschaulich zwei Nacht- und Nebel-Aktionen in Westberlin und Frankfurt. Während in Westberlin am 29.6.76 um 6 Uhr früh 15 schwerbewaffnete, mit Maschinenpistolen ausgerüstete Polizisten in die Wohnung zweier SHB-(Sozialistischer Hochschulbund)Genossen eindrangen, drei Stunden lang die Wohnung, hier besonders Mitgliedskartei und Akten der Westberliner SHB-Gruppe, durchsuchten, überfielen in der Nacht vom 18. zum 19.9. ein nicht weniger ausgerüstetes Einsatzkommando der Frankfurter Polizei den Wagen einer Ludwigsburger Theatergruppe der Deutschen Friedens-Gesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK). Bei gezogener Waffe mußten die Mitglieder der Gruppe, die zunächst an einen Überfall glaubten, ein einstündiges Verhör über sich ergehen lassen. Dabei wurde auch nach der Tätigkeit der DFG/VK gefragt.

Nicht nur die äußeren Begleitumstände sind nahezu identisch, auch die Begründung, mit der die Polizei ihr Vorgehen rechtfertigt: Verdacht auf „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" in dem einen Fall, im anderen Fall ein „anonymer" Hinweis, daß in dem Wagen angeblich eine „Anarchistin" sein soll. Und für den Polizeiterror in beiden Fällen tragen die politische Verantwortung Sozialdemokraten. Die betroffenen Organisationen (SHB und DFG/VK) haben gegen die Vorfälle protestiert und, wie in West-Berlin, Innensenator Neubauer aufgefordert, die Hintergründe der Polizeiaktion aufzuklären. Der allerdings hüllt sich ebenso wie der Frankfurter SPD-Polizeichef, in Schweigen.

SPD-Kommission

Wie im wilden Westen

Borghorst/Steinfurt

Mit welcher Selbstherrlichkeit die SPD-Rechten an der Parteibasis heute 'rangehen, jegliches demokratische Lebenszeichen zu ersticken, zeigt folgende Begebenheit im Münsterland:

Wäre es nach dem Willen des Leiters einer kleinen Jusogruppe im SPD-Ortsverein Borghorst/Steinfurt gegangen, hätte es dort ein Solidaritätsflugblatt zum 3. Jahrestag des faschistischen Militärputsches in Chile gegeben. Die Flugblätter lagen noch beim Drucker, als sich der zuständige SPD-Unterbezirks-Sekretär anschickte, sie dort zu beschlagnahmen! Nachdem er als selbsternannter Hilfssheriff dermaßen seines Amtes gewaltet hatte, vernichtete er sie. Das einmal in Rage gekommene Bürokratengehirn ließ sich von seinem Vorhaben auch dadurch nicht abbringen, daß der Verfasser (schon vorsichtshalber?!) die Flugblätter mit seinem Namen gekennzeichnet hatte, also ohne den SPD-Ortsverein bzw. die Jusos über den Verbleib der Flugblätter zur Rede gestellt, rief der Herr Sekretär die Polizei und erstattete Anzeige wegen 'Hausfriedensbruch'.

Die später nachgereichte Begründung lautete, *„daß die Wahlkampfleitung des WK 96 nicht vorgesehen hatte, zum 3. Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile ein Flugblatt herauszugeben. Außerdem ... wolle man nicht dem politischen Gegner Munition liefern ..."* („Sozialistische Korrespondenz", Nr. 19/76).

Diese Standardformel, „dem politischen Gegner keine Munition zu liefern", wird immer dann gebraucht, wenn es gilt, den eigenen Rechtskurs bis hin zur Anpassung an „den politischen Gegner" zu verschleiern, oder wie im vorliegenden Fall gar die offene Unterstützung für das chilenische faschistische Militärregime durch Unterbinden einer Solidaritätsaktion zu bemänteln.

Es erübrigt sich fast hinzuzufügen, daß dem verantwortlichen Juso-Leiter ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses angekündigt wurde.

SPD-Kommission

NPD warb in SPD-Jubiläumsheft

Während die SPD-Fürsten auf alles, was links ist, einschlagen, treibt das Liebäugeln nach rechts die tollsten Blüten. In Neviges/Rheinland, feierte kürzlich die örtliche SPD ihr 75jähriges Bestehen und gab dazu eine Jubiläumsschrift heraus. In dieser Schrift durften die NPD-Faschisten auf einer halben Seite für ihre *„nationaldemokratischen Anliegen werben"* („Hamburger Morgenpost", 1.10.76)!

Zufall? Denkste. Die Neonazis hatten für ihre Anzeige von den Sozialdemokraten sogar noch Rabatt erhalten!

Keinen Rabatt, dafür aber ein Ausschlußverfahren haben sich acht SPDler in Baden-Württemberg und Niedersachsen eingehandelt. Sie hatten Unterschriften für Wahlvorschläge der DKP geleistet (nach „die tat", 24. 9.76) ... Zuckerbrot für die Faschisten, die Peitsche gegen Sozialisten – das ist das Motto der SPD-Führer.

SPD-Kommission

Juso-Bundesvorstand – immer „solidarisch" ...

Der Juso-Bundesvorstand (Buvo) führte kurz vor den Bundestagswahlen in Ansbach eine Veranstaltung „Sichert die Freiheitsrechte – contra rechts" durch, von der sich die dortigen Jusos etwas versprochen hatten: Nämlich Solidarität gegen die Angriffe der SPD-Führer, die in einem Handstreich den Ansbacher Juso-Vorstand (statutenwidrig) abgesetzt hatten, weil er das Thema Berufsverbote zum Gegenstand seiner Wahlkampfagitation machen wollte. Aber nichts dergleichen.

Die Diskussionsteilnehmer, prominente SPD-"Linke" wie der Hamburger Rowohlt-Lektor Freimut Duve, der frühere Westberliner Bildungssenator Evers, der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Bernd Wurl, u.a., *„konzentrierten sich völlig auf die Kritik von CDU/CSU ... Dies wurde von den Ansbacher Jusos als umso ärgerlicher empfunden, als ja gerade sie selbst wegen ihres Anti-Rechts-Engagements von der SPD-Vorstandsriege abgestraft werden sollten"* („Extra-Dienst", 21.9.76).

SPD-Kommission

Schon wieder Sturm auf Staeck-Plakate

Wie die „Bruchsaler Rundschau" vom 28.9.76 meldet, hat ein Beamter des Polizeipostens Bad Langenbrücken Wahlplakate der SPD beschlagnahmt. In den Plakaten des SPD-Grafikers Klaus Staeck sah der Beamte eine „Verunglimpfung" mit „verleumderischem Inhalt". Ein anderes Plakat sei außerdem gegen „die Unternehmer" gerichtet gewesen. Unter Berufung des Paragraph 11 N der Strafprozeßordnung („Gefahr im Verzug") schritt er zur Tat, allerdings nicht, ohne sich vorher noch Rückendeckung im Karlsruher Polizeipräsidium geholt zu haben.

Zwar protestierte der zuständige SPD-Kreisvorsitzende „scharf" gegen den „unerhörten Eingriff in den Wahlkampf", doch wird man von der SPD kaum ernsthafte Schritte gegen den von der CDU entfachten Bildersturm nach Nazi-Manier erwarten können. Hatten doch die SPD-Oberen selbst vor kurzem in Buxtehude und Norderstedt Staeck-Ausstellungen verboten.

Die von hoher staatlicher Stelle abgesegnete Attacke zeigt einmal mehr, daß es sich bei der Bilderstürmerei um systematische Angriffe auf die gesamte demokratische Öffentlichkeit handelt.

SPD-Kommission

K(r)ampf zweier Linien im KBW voll entbrannt!

Im KBW tobt derzeit voll der „K(r)ampf zweier Linien", der einen hocherfreulichen Beitrag zur Selbstzerstörung des KBW darstellt.
Nachdem in der „KVZ" vom 23. September der Leser in einer mageren, inhaltslosen Erklärung informiert wurde, daß drei führende Mitglieder der „KVZ"-Redaktion, darunter Chefredakteur „Schlau"-Maier, als „Hauptquartier der rechten Abweichung" entlarvt und abgesetzt wurden, hüllt sich das KBW-„Zentralorgan" in dieser Angelegenheit in totales Schweigen. W o r i n die „rechte Abweichung" der Gefeuerten eigentlich genau bestanden hat, war bisher offiziell nicht zu erfahren.
Inzwischen kursiert in den Reihen des KBW ein internes Papier, das anhand einiger Erscheinungsformen die angeblich „rechte Abweichung" der drei Redakteure belegen soll. Viel anfangen können mit diesem Papier allerdings offensichtlich auch die KBW-Genossen kaum etwas. So herrscht unter ihnen große Verwirrung, wenn genau angegeben werden soll, was die „rechte Abweichung" nun eigentlich ist. Diese Verwirrung begünstigt eine im KBW allerorten ausgebrochene Hysterie, in der eigenen Arbeit unbedingt „rechte Abweichungen" aufzudecken. Da jedoch keiner genau weiß, worum es eigentlich geht, wird das Entdecken von „rechten Abweichungen" zu einem ziemlich willkürlichen, auf jeden Fall für den Außenstehenden höchst erheiternden Sport.
Wir haben im Folgenden Einzel-Meldungen zusammengestellt, die in ihrer Vielfalt ein ungefähres Bild vom gegenwärtigen Stand des „K(r)ampfes zweier Linien" im KBW bieten. Eine wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen dieser Meldungen ist die Tatsache, daß die Ortsgruppen mehr als früher begonnen haben, systematisch „KVZ"-Ortsbeilagen, KBW-Flugblätter und Berichte an die AK-Redaktion weiterzuleiten. Diese Praxis sollte beibehalten bzw. auch von Ortsgruppen befolgt werden, die dies bisher etwas nachlässig gehandhabt haben.
Gegenwärtig geht es darum, die Selbstzerstörung des KBW zu nutzen, um die Liquidierung dieser schädlichen, kleinbürgerlichen Strömung zu beschleunigen und damit auch im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei einen Schritt voranzukommen.

Bochum: Was der „KVZ"-Verkäufer erzählt

Am Samstag, den 9.10. sprachen eine Genossin und ich einen „KVZ"-Verkäufer auf den „Kampf zweier Linien" im KBW an. Wir fragten ihn, ob er das Vorhandensein einer rechten Linie in der „KVZ" seit langer Zeit bemerkt habe und sie z.B. durch das Schreiben von Kritiken bekämpft habe. Er antwortete, er habe keine rechte Linie bisher feststellen können, doch sei er jetzt im Nachhinein davon überzeugt worden, daß diese vorhanden gewesen sei. Ob diese Linie in der „KVZ" denn anderen KBW-lern in Bochum aufgefallen sei, fragten wir weiter, und bekamen als Antwort, daß man seit der Fochler-Resolution von der Existenz der rechten Linie gewußt habe, daß diese aber auch den anderen KBW-lern in der „KVZ" nicht aufgefallen sei.

Nun fragten wir, was das denn überhaupt inhaltlich für eine seltsame Linie ist, die im Zentralorgan ihr Hauptquartier haben soll, aber gleichwohl keinem in Bochum aufgefallen ist.

Er meinte, es ließen sich Erscheinungsformen nennen. So sei von Maier die Theorie der Produktivkräfte vertreten worden, er habe Zitate verfälscht und zu Zimbabwe seien falsche Standpunkte vertreten worden.

Wir wollten dann wissen, was denn nun die eigentliche rechte Linie ausmache. Er wand sich ziemlich und konnte nur verschiedene Beispiele von falschen Ansichten in verschiedenen Artikeln nennen und sagen, solche Ansichten wären eben eine rechte Linie.

Immerhin akzeptierte er die Kritik, daß in der „KVZ"-Mitteilung keinerlei Hinweise auf den Inhalt der „rechten Linie" zu entdecken waren.

Angesprochen schließlich noch auf den Widerspruch, daß nach der „Aufschwungtheorie" Schmierers die Kämpfe sich ständig ausweiten und im KBW-Wahlkampf dem System ein vernichtender Schlag versetzt worden sei, der jetzt optimale Bedingungen für den Aufbau der Partei geschaffen habe, daß aber auf der anderen Seite seltsamerweise die „KVZ"-Auflage sinke, die KBW-Organisation stagniere und sie nur gut die Hälfte ihrer stark gesunkenen Leserschaft gewählt habe, antwortete er, hieran zeige sich eben, wie sehr die Arbeit der Kommunisten den Fortschritten des Massenkampfes hinterherhinke. Ansonsten konnte er sich diesen Widerspruch auch nicht erklären.

„K(r)ampf zweier Linien" erreicht auch die Provinz

Vor einigen Wochen wurde der langjährige Chef und Presseverantwortliche der Lüneburger KBW-Vorläufergruppe (KG), D.A., ausgeschlossen. Er wird inzwischen als das rechte Zentrum dargestellt, dem so ziemlich jeder Fehlschritt zur Last gelegt wird...

Am 8.10. führte der KBW eine Veranstaltung durch (angeblich zur „rechten Linie"). Die Veranstaltung war sehr kurzfristig und nur über eine Stellwand angesetzt und diente offensichtlich mehr zur inneren Orientierung, bei zwölf Besuchern.

Eine Diskussion zum Thema „rechte Abweichung" wurde systematisch abgeblockt, entsprechende Versuche unsererseits mit Prügeldrohung beantwortet, wenn wir weiterhin „innerorganisatorische Sachen aufwühlen" würden.

Die interne Verunsicherung beim KBW in dieser Frage wurde besonders daran deutlich, daß ein KBW-ler immer neue rechte Abweichungen beim KBW entdecken wollte (als wenn es dafür Pluspunkte gäbe!), aber per Abstimmung daran gehindert wurde, seine „Widersprüche" darzulegen.

Stattdessen wurde ein neues Kind geboren bzw. auf die Geburt vorbereitet, der KJB (KBW-Jugendorganisation). Es ist wieder ein sehr typisches Projekt, um vorübergehend die Stimmung zu heben. Ohne auch nur die geringsten Voraussetzungen wurde das Blaue vom Himmel geschwärmt. Eine Hamburger Lehrerin erzählte gleich, sie wüßte ganz genau, daß die Jugend rebelliert und daß alle auf die Führung des KBW warten usw.usf. An diesem Stimmungsbild zu zweifeln, das sei die „rechte Abweichung", wurde dabei betont.

Die spinnen, die KBW-ler!

Die Stadtteilzelle Bramfeld (Hamburg) des KBW hat sich für die nächste Zeit die bescheidene Aufgabe gestellt, **„die Verbindung mit den Massen und deren Führung zu übernehmen"**. Zu diesem Zweck werden seit einiger Zeit die Personen abgeklappert, die für die Kandidatur des KBW unterschrieben haben. Oder, wie das in der Sprache des KBW heißt: *„Wir müssen uns mit den Arbeitern, Angestellten, Schülern, Studenten usw., die für den Parteiaufbau (?!) unterschrieben haben, verbinden ..."*.

In großartiger Verkennung der Motive, denen der KBW die meisten Unterschriften verdankt, heißt es dann weiter: *„Der Wille der Massen (!), eine eigene revolutionäre Partei aufzubauen, darf nicht enttäuscht werden von uns, indem wir jetzt nach dem Vorbild der bürgerlichen Parteien, nachdem wir die notwendigen Unterschriften erhalten haben, uns wieder zurückziehen.*

Wir haben in Bramfeld-Barmbek insgesamt 339 Unterschriften von Menschen, die den Parteiaufbau unterstützen und den Klassenkampf für richtig und notwendig halten, die sich an uns orientieren und von uns politische Führung im Klassenkampf verlangen".

Man sieht wieder einmal, wie kurios sich die Welt in KBW-Köpfen widerspiegelt: Den Menschen, die bloß für die Kandidatur des KBW unterschrieben haben, wird gleich unterstellt, sie würden sich am KBW orientieren und von ihm „politische Führung im Klassenkampf verlangen"! „Die Massen" werden dem KBW schon was husten!

Wie größenwahnsinnig diese Konstruktion des KBW ist, wird schon daran deutlich, daß er in Hamburg zwar nach eigenen Angaben 2.835 Unterschriften für seine Kandidatur gesammelt hat („KVZ"-Ortsbeilage, 2.9.), aber nur 942 Stimmen erhalten hat. Das heißt, von den Menschen, denen der KBW andichtet, sie hätten sich mit ihrer Unterschrift der Führung des KBW unterstellt, war im Durchschnitt nur gerade jeder dritte bereit, den KBW wenigstens zu wählen. Besonders krass fällt dies auf im Wahlkreis des KBW-Ortsfürsten L.P. (Hamburg-Altona), wo der KBW 415 Unterschriften meldete, aber nur 91 Stimmen bekam! Und nicht einmal den Menschen, die dem KBW ihre Stimme gaben, wird man pauschal unterstellen können, sie würden damit vom KBW „politische Führung im Klassenkampf verlangen".

Nebenbei wirft das Vorgehen der Stadtteilzelle Bramfeld des KBW auch ein Schlaglicht auf die Siegesmeldung (siehe „KVZ"-Ortsbeilage vom 7.10.), der KBW habe im Wahlkampf den Verkauf der „KVZ" verdoppeln können: Die Bramfelder jedenfalls haben einfach allen Menschen, die für die Kandidatur des KBW unterschrieben hatten, die „KVZ" vier Wochen kostenlos ins Haus gebracht! (Zitate und Angaben nach dem Papier „Aufgaben für die Zellentätigkeit der Bramfeld-Zelle").

Kampf dreier Linien bei der Interpretation des Wahlergebnisses

Unterschiedlich wird das Ergebnis der Bundestagswahlen im KBW interpretiert. Auch darin widerspiegelt sich der unheimlich scharfe Kampf zweier Linien im KBW. In diesem Fall kann man sogar von drei Linien sprechen:

– Die „KVZ" (7.10.) meint, daß ‚die für den KBW abgegebenen knapp 20.000 Stimmen *„die Zahl der Revolutionäre zum Ausdruck (bringen), auf die sich der Aufbau der Kommunistischen Partei bereits* (!) *stützen kann".*

– In der „KVZ"-Bezirksbeilage Bremen/Unterweser hingegen wird die Auffassung vertreten, diese Stimmen zeigten *„recht deutlich die Kräfte, die die proletarische Revolution wollen und für den Aufbau der Kommunistischen Partei jetzt gewonnen werden* (!) *müssen".*

– Die Stadtteilzelle Bramfeld (Hamburg) wiederum ist der Meinung, daß nicht bloß die W ä h l e r des KBW, sondern darüber hinaus auch alle Menschen, die für die Kandidatur des KBW die notwendigen Unterschriften gegeben haben (das sind ca. viermal soviele wie Wähler!), *„den Parteiaufbau unterstützen"* und *„von uns politische Führung im Klassenkampf verlangen"* (internes Papier).

Die Schlußfolgerung liegt auf der Hand:

a) Die Interpretation der „KVZ" ist die einzig korrekte. Anders kann es ja gar nicht sein.

b) Die Interpretation des Bezirks Bremen/Unterweser ist eindeutiger Ausdruck einer bürgerlichen Linie und rechten Abweichung, die auf Abstumpfung der Klassengegensätze hinausläuft. Das zeigt sich auch in folgender Aussage der Bezirksbeilage: **„Die Wahlen zeigen, daß die Marxisten-Leninisten noch keine Alternative zu den bürgerlichen Parteien sind".** Dies drückt eine zutiefst bürgerliche, pessimistische Anschauung und ein routinemäßiges Herangehen an die Gewinnung der Massen aus. In der Bezirksleitung halten sich wahrscheinlich Agenten des KB Nord versteckt. Es ist damit zu rechnen, daß demnächst Köpfe rollen werden.

c) Die Interpretation der Stadtteilzelle Bramfeld ist gleichfalls Ausdruck einer rechten Abweichung, die jedoch zur Tarnung im ultra-„linken" Gewand auftritt. Die Ähnlichkeit mit gewissen Praktiken der Hamburger Ortsleitung ist unverkennbar. Auch hier ist demnächst wahrscheinlich mit richtigen Maßnahmen zur rechten Zeit zu rechnen! ...

„K(r)ampf zweier Linien" auch in der Mensa!

An der Kölner Universität hat der „K(r)ampf zweier Linien" derzeit die Mensa erreicht. Die KHG, örtliche Studentenorganisation des KBW, übt in einem großformatigen Flugblatt herbe „Selbstkritik", im Kampf gegen Mensa-Preiserhöhungen nicht forsch genug aufgetreten zu sein und sich nicht genug auf „die Massen" gestützt zu haben. In diesem Flugblatt kann man u.a. lesen: „ ... *All diese Schwankungen haben ihre Ursache darin, daß in der Leitung der KHG eine rechte Strömung vorübergehend die Oberhand gewonnen hat. Diese hat zum Inhalt die Entschärfung des Widerspruchs zwischen dem imperialistischen Staatsapparat und den Studentenmassen und die Leugnung der Fähigkeit der Studentenbewegung, sich auf der Grundlage ihrer objektiven Interessen zusammenzuschließen und gegen die Spaltungspolitik des bürgerlichen Staates in einheitlichen und entschlossenen Aktionen ihre Forderungen „keine Mensapreiserhöhung! Kein Wegfall des Samstagsessens !" durchzusetzen.*

Die KHG hat damit dazu beigetragen, daß die Sozialdemokraten und DKP-Studenten vorankommen konnten bei ihrem Vorhaben, den Zusammenbruch der Studentenbewegung herbeizuführen ..."
(„Hochschulfront"-Extra, 4.10.76).

„Der KBW lügt" (Leserbrief)

„Am 28.9.76 veranstaltete das Bezirksamt Wedding (Westberlin – Anm. AK) einen ‚Dämmerschoppen', in dessen Verlauf auch ein paar bürgerliche Politiker auftreten sollten. Auch der KBW trat auf, und da ich damals noch KBW-Sympathisant war, unterstützte ich diese Aktion. Nach einiger Zeit kursierte auf einmal das Gerücht, daß die Polizei zwei Jugendliche festgenommen habe. Die zur Rede gestellten Polizisten äußerten sich aber nicht über den Grund der Festnahme noch über die Personen der beiden. Nun versuchten wir über das Mikrophon der Musikband, die Anwesenden über diesen Vorfall zu unterrichten, was bei diesen ein wahres ‚Pfeifkonzert' gegen uns auslöste.

Dann wurden die Versammelten von uns über Megaphon dazu aufgefordert, mit uns vor das in der Nähe liegende Polizeirevier zu ziehen, um die sofortige Freilassung der Inhaftierten zu fordern. Diesem Aufruf schlossen sich nur ein paar ‚Freibier-Leichen' an, und man war so, wie schon des Öfteren, unter sich.

Den Weitergang kurz geschildert: Vor dem Bullenrevier versammelten sich immer mehr Polizisten und alsbald hieß es: ‚Knüppel aus dem Sack'. Während dieses brutalen Bulleneinsatzes wurden vier Genossen, darunter auch ich, festgenommen und auf die Wache geschleppt, wo wir uns jeweils zu zweit in einer Zelle wiederfanden. Hier erklärte mir mein ‚Zellengenosse', daß wir zwar Prügel bekommen hätten; was er aber gut findet, ist, daß wir ‚im Wesentlichen die Szene beherrscht' hätten. Man erinnere sich an das Pfeifkonzert der ‚Massen'! ...

In diesem Sinn schrieb auch die Ortsbeilage der „KVZ", daß es an diesem und auch anderen Orten den bürgerlichen Politikern nicht gelungen wäre, bei den Massen Fuß zu fassen.

Ein weiteres Beispiel der KBW-Lügenpropaganda. In der „KVZ" (Nr. 36) gibt der KBW anläßlich eines ‚Bullen-Festes' auf dem Ku-Damm folgendes von sich: daß sich die Polizei für die Festnahme des Genossen H. Sörje eine Straßenschlacht eingehandelt hat. Die ‚Straßenschlacht' bestand darin, daß die KBW-ler unter Gleichgültigkeit der Passanten ordentlich Prügel bezogen. Weiter steht in dem Artikel, daß sich die jungen Polizisten im Kino (in das H. Sörje geflüchtet war) nicht trauten, nach vorne auf die Straße zu gehen, und zwei Verkehrspolizisten hätten sich geweigert, den Festgenommenen auf die Wache zu transportieren, und jetzt kommt's: aus Furcht, auf der Straße von der aufgebrachten Menge gestellt zu werden!! Deshalb mußte ein Loch in den Maschenzaun (in welchen?) geschnitten werden und der Genosse auf ‚Schleichwegen' zur Wache gebracht werden. Dies zeugt schon von ‚geistiger Umnachtung'. Der Abtransport lief wie folgt ab: Links und rechts vom Kino postierten sich Polizeiketten, und so konnte der Genosse bequem abgeführt werden. Über so viel Frechheit seitens der Polizei verschlug es der ‚aufgebrachten Menge' anscheinend so die Sprache, daß nur Proteste seitens des KBW laut wurden. Weiter liest man in der Ortsbeilage der „KVZ" (Nr. 37), daß die CDU bei ihrer Demonstration am 13. August (gegen den Mauerbau) einen empfindlichen Schlag vom KBW habe einstecken müssen. Der ‚empfindliche Schlag' bestand aber hauptsächlich darin, daß die KBW-ler unter anfeuerndem Beifall der JU-ler von den Bullen auseinandergeknüppelt wurden. Wahrlich, ein harter Schlag, aber für wen?

Als ich einen KBW-ler bezüglich dieser und anderer Vorfälle, auch über die Unterstützung der Konterrevolution in Angola seitens des KBW, nach seiner Meinung fragte, entgegnete er mir, er kann dazu noch nichts sagen, er müsse erst die Begründung des ZK abwarten!! Jetzt verstehe ich, warum beim KBW immer nur das ZK kritisiert.

Für jeden fortschrittlichen KBW-Sympathisanten heißt es nun ‚so langsam', die Konsequenz aus der schädlichen KBW-Politik zu ziehen!"

Und so siehts die „KPD"...

Zum Abwirtschaften des KBW schreibt die „Rote Fahne" (13.10.76) der vaterländischen „KPD" u.a.: „ *‚Die Stabilität ist hin', so überschrieb die ‚KVZ' ihre etwas kümmerliche Analyse des Wahlergebnisses. Ohne es zu wollen, hatte der Redakteur der ‚KVZ' damit den gegenwärtigen Zustand seiner Organisation treffend gekennzeichnet. Was sich schon länger abzeichnete, trat im Wahlkampf grell zu Tage: Der KBW befindet sich auch organisatorisch unaufhaltsam im Niedergang. KBW-Sekretär Schmierer, der sich verzweifelt bemüht, ‚richtige Maßnahmen zur rechten Zeit' zu ergreifen, wird niemandem den Zerfallsprozeß seiner Organisation als ‚Kampf zweier Linien' verkaufen können. Wenn in einer kommunistischen Partei oder Organisation der Kampf zweier Linien geführt wird, dann ist das der Kampf der proletarischen gegen die bürgerliche Linie. In der Führung des KBW, von der ja angeblich der ‚Kampf gegen die rechte Strömung' ausgeht, hat es nie eine proletarische Linie gegeben und gibt es sie auch heute nicht".*

Durchaus zutreffend stellen die Vaterländler fest, der Kampf zweier Linien im KBW *„erschöpft sich in administrativen Maßnahmen und dem Anzetteln von hektischen Aktionen ohne Sinn und Verstand".* Die Absetzung von „KVZ"-Chefredakteur Maier & Co. sei *„ohne ideologische Auseinandersetzung und ohne inhaltliche Begründung"* erfolgt.

Ansonsten weiß die „Rote Fahne" zu berichten, *„daß immer mehr Mitglieder des KBW auf dieser Linie in die Arme der DKP und neorevisionistischer Organisationen wie des KB-Nord getrieben werden. Der KB-Nord brüstet sich dann auch mit KBW-Überläufern aus Hamburg, Bremen, Kiel und anderswo. Ähnliches läßt der „Wiederaufbaubund für die KPD' (die ehemaligen ‚Arbeiterbasisgruppen') aus München verlauten. In Wuppertal und Köln wurde sogar der direkte Übergang ganzer ‚KVZ'-Verkäufertrupps zur DKP beobachtet".*

Für uns selbst können wir klar sagen, daß diese Behauptungen der „KPD" glatter Blödsinn sind. Wir haben uns mit dergleichen nicht „gebrüstet" und es gibt da auch gar nichts zu „brüsten", weil es nennenswerte „KBW-Überläufer" in Hamburg, Bremen, Kiel „und anderswo" überhaupt nicht gibt. Für den „Arbeiterbund" in München vermuten wir das Gleiche. Denn erstens hat der „Arbeiterbund" unseres Wissens rein gar nichts über Übertritte von KBW-lern „verlauten" lassen, und zweitens halten wir es eh für total unwahrscheinlich, daß sich ehemalige KBW-ler ausgerechnet einem lebenden Leichnam wie dem „Arbeiterbund" zugesellen sollten.

Folglich erlauben wir uns, auch die Behauptungen über nennenswerte Übertritte von KBW-lern zur DKP erst einmal zu bezweifeln.

Nach allem, was uns bisher bekannt ist, führt der Weg der ausgeschiedenen Ex-Mitglieder und -Sympathisanten des KBW meistens schlicht ins Nichts, in die politische Resignation, in perspektivlose „Basis-Arbeit" oder ebenso perspektivlose „theoretische Aufarbeitung". Der KBW hat die Leute so zugerichtet, daß die meisten erst einmal für eine sinnvolle politische Tätigkeit nicht mehr in Frage kommen. Ausnahmen sind äußerst dünn gesät. Hier müssen wir also den KBW gegen den Vorwurf der „KPD" in Schutz zu nehmen, er würde uns die Leute in die Arme treiben. Die Wahrheit ist, daß er die Genossen aus der politischen Arbeit treibt!

Da lacht der Kommunist: Die „Massenlinie" des KBW

„Wenn das Bewußtsein der Massen noch nicht geweckt ist und wir dennoch einen Angriff unternehmen, dann ist das Abenteurertum. Wenn wir die Massen stur zu etwas veranlassen wollen, was sie selbst nicht zu tun wünschen, so wird das Ergebnis unweigerlich eine Niederlage sein" (Mao Tse-tung).

Maos Worte beschreiben sehr treffend die „Massenlinie" des KBW seit dessen Gründung. Auf die Spitze getrieben wird das Abenteurertum durch den KBW, indem er sich selbst beharrlich mit den Massen gleichsetzt und verwechselt, **indem er also s e i n e Aktionen für Handlungen der M a s s e n ausgibt** und am Ende wohl teilweise gar selbst dafür hält. Auf Grund der beständigen Verwechslung von KBW und Massen kann dem KBW das Scheitern seiner Politik auch gar nicht bewußt werden. Denn weil der KBW zwischen sich selbst und den Massen nicht unterscheidet, ist der propagierte **„Zusammenschluß der Massen"** stets von vornherein garantiert; Fehlschläge sind theoretisch unmöglich.

Praktisch besteht der „Zusammenschluß der Massen" aus dem KBW als handelndem Kern und den Menschen um den KBW herum, bei denen der KBW stets auf **„große Zustimmung"** oder zumindest „großes Interesse" für sein Treiben stößt.

Eine Trennung zwischen beiden (in dem Sinn, daß die „herumstehende" Restbevölkerung dem KBW die „Zustimmung" versagt) ist selbstverständlich von vorn herein vollkommen unmöglich, denn die Massen können sich ja nicht selbst ablehnen. Wenn der KBW *„die Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen propagiert, um im Angriff auf die Reaktion die Kämpfe der Volksmassen zu entwickeln"* (Anm. 1), ist die Zustimmung garantiert, denn sonst müßte ja das Volk seinen eigenen Interessen widersprechen, und das wäre offensichtlich unlogisch.

Konkret ergibt sich die Zustimmung der Massen zum Treiben des KBW als Summe von Einzelmeinungen, die etwa lauten: *„Sie haben unsere vollste Zustimmung. Machen Sie so weiter!"* (Anm. 2). Einzelmeinungen dieser Art werden sodann mühelos zur Meinung der Massen verallgemeinert. Gegenteilige Einzelmeinungen finden selbstverständlich unter den Massen keine Zustimmung: Solche vereinzelten Reaktionäre werden *„von den Menschen scharf angegriffen und vertrieben"* und ihnen wird *„von den umstehenden Menschen Prügel angedroht"* (Anm. 3). Die Massen schützen ihren KBW gegen die vereinzelten Reaktionäre, das ist selbstverständlich. Und wenn's drauf ankommt, verteidigen die Massen ihren KBW auch gegen die Polizei: *„ ... Mehrmals versuchte die Polizei einzugreifen. Aber sie hatte fast alle Menschen, die sich dort eingefunden hatten, gegen sich. Hinter den Polizeiketten bildeten sich Diskussionsgruppen. Der Polizei wurde von hinten mehrmals versichert, daß wenn sie die Demonstranten angreife, sie von hinten angegriffen würde. Die Menschen hinter den Polizeiketten ließen sich nicht wegdrängen. Sie verfolgten genau die Auseinandersetzung. So war die Polizei vollständig isoliert"* (Anm. 4). Verständlich, daß der bürgerliche Staat angesichts der Kampfbereitschaft der Massen oftmals einer Konfrontation mit dem KBW aus dem Wege zu gehen versucht: *„Der bürgerliche Staat hat diesmal seine Polizei nicht geschickt. Es wäre ihm auch übel ergangen"* (Anm. 5).

Andererseits: Kommt es dann doch zu Angriffen der Polizei auf den KBW, zu Festnahmen etc., so zeigt auch das ja nur die völlige Ausweglosigkeit, in der sich die Bourgeoisie heute befindet: *„Die Bourgeoisie sieht sich also durch die Massen angegriffen und schärft die Waffen zur Verteidigung ihrer Herrschaft ... Auf die Kämpfe der Volksmassen antwortet die Bourgeoisie mit Reaktion"* (Anm. 6). Da kann es dann glatt mal passieren, daß die Bourgeoisie „gezwungen" ist, einen KBW-Genossen, der einem Polizisten einen Knüppel weggenommen haben soll, vor Gericht tatsächlich zu verurteilen: *„Die Bourgeoisie steht mit dem Rücken an der Wand. Ihre Richter sind nicht mehr fähig, bei solch zufälligem Sachverhalt mal freizusprechen, um den Schein von Gerechtigkeit zu pflegen. Der Lack blättert ab. Aufgabe der Gerichte ist Unterdrückung der Massen, das wird an solchen Urteilen unübersehbar und das ist gut so"* (Anm. 7). – Hätten die Richter den KBW-Genossen etwa freigesprochen, so wäre natürlich auch das nichts weiter gewesen, als ein Eingeständnis der vollständigen Ohnmacht und Lächerlichkeit der Bourgeoisie. Ob ihre Richter nun freisprechen oder verurteilen – mit dem Rücken an der Wand steht die Bourgeoisie allemal. Es kann praktisch geschehen, was will, in jedem Fall ist es ein Beweis für die Stärke des KBW und des Volkes und für die Schwäche der Bourgeoisie.

So konnte man auch schon vor dem 3. Oktober vollständig sicher sein, daß nicht SPD oder CDU die großen Sieger der Bundestagswahl sein würden, sondern der KBW. *„Der Neuaufschwung der Massenbewegung stößt zusammen mit der Reaktion der herrschenden Klasse ... Die herrschende Klasse fürchtet dies. Sie will sich in den Wahlen die Legitimation wiederholen für ihre Herrschaft. Die Kommunisten müssen dem entgegentreten mit einem Propagandafeldzug für den Kommunismus. Sie können die gegenwärtige Zuspitzung des Klassenkampfes gut nutzen"* (Anm. 8).

Vordergründig könnte man meinen, daß es der Bourgeoisie mit 99% der abgegebenen Stimmen für die bürgerlichen Parlamentsparteien und mit 0,05% der Stimmen für den KBW schon gelungen sei, sich diese Legitimation wiederzuholen. Man merkt aber bei etwas Nachdenken gleich, daß das ja gar nicht sein kann. Denn daß die Massen der Bourgeoisie die Legitimation für deren angeschlagene Herrschaft zurückgeben könnten, ist ein Widerspruch in sich und theoretisch gesehen von vornherein unmöglich. Vielmehr ist es so, daß die Massen die Bourgeoisie angreifen und diese mit dem Rücken an der Wand dasteht. Etwas anderes k a n n also auch das Wahlergebnis gar nicht gezeigt haben.

Wenn also die Bourgeoisie bei den Wahlen ihr gestecktes Ziel nicht erreicht hat, sich die Legitimation für ihre Herrschaft wiederzuholen, so stellt das allein schon einen sichtbaren Erfolg des Propaganda-Feldzugs des KBW gegen die bürgerlichen Parteien dar. Daß er „nur" knapp 20.000 Stimmen bekommen hat, ist kein Gegenbeweis, denn schließlich sind das auch nicht irgendwelche Stimmen, sondern diese Stimmen **„bringen die Zahl der Revolutionäre zum Ausdruck, auf die sich der Aufbau der Kommunistischen Partei bereits stützen kann"** (Anm. 9). Und dafür sind es doch eigentlich ganz schön viele! ...

Um das Ziel der Bourgeoisie zu durchkreuzen, sich bei den Wahlen die Legitimation für ihre Herrschaft wiederzuholen, mußten der KBW und das Volk **„die bürgerliche Wahlpropaganda zerstören"** (Anm. 10). Dies geschah höchst erfolgreich in der schon bekannten und bestens bewährten Arbeitsteilung: Der KBW zerstörte, während das Volk seine „Zustimmung" bekundete und nötigenfalls den KBW gegen Polizei, Ordner der bürgerlichen Parteien und sonstige vereinzelte Reaktionäre in Schutz nahm. In Hannover sollen sich die Volksmassen sogar direkt am Zerstören der bürgerlichen Wahlpropaganda beteiligt haben. Dort konnte der KBW vor einer Kundgebung Helmut Schmidts befriedigt feststellen: *„Für das, was er vorhat, haben ihm die Arbeiter und Volksmassen schon vorher die Augen auf den Wahlplakaten ausgekratzt. Das Programm der Bourgeoisie wird angegriffen"* (Anm. 11). Schon möglich, denn in Hannover hat die SPD nur knapp 50% der Stimmen bekommen, so daß sicher noch genug Volksmassen übrig waren, um Schmidt symbolisch die Augen auszukratzen und damit ihren Angriff auf das Programm der Bourgeoisie kundzutun. Möglich aber auch, daß in Hannover der KBW sich einfach wieder mit den Massen verwechselt hat und es in einem nachträglichen psychologischen Verdrängungsakt tatsächlich fertiggebracht hat, die von ihm selbst angerichteten Zerstörungen für das Werk der Volksmassen zu halten.

Insgesamt haben jedenfalls der KBW und das Volk zusammen ausserordentlich erfolgreich die bürgerliche Wahlpropaganda zerstört. *„Die Auftritte der bürgerlichen Politiker können nicht in Ruhe stattfinden"* (Anm. 12). *„Wir haben diesen Wahlkampf genutzt, um die Massen im Kampf gegen die Reaktion zusammenzuschließen und das Programm des KBW zu verankern ... Die bürgerlichen Parteien haben es in diesem Wahlkampf nicht leicht gehabt. Es ist selten vorgekommen, daß bürgerliche Politiker auf den Straßen auftreten konnten, ohne für ihre Schandtaten angegriffen zu werden, weswegen sie alle sich vorsorglich mit Polizei umgeben haben. Dies hat – ebensowenig wie die Angriffe der Polizei auf die Agitationszentren des KBW – den Zusammenschluß gegen die Reaktion verhindern können"* (Anm. 13). Schon die Tatsache, daß der KBW und das Volk (in der bekannten Arbeitsteilung) überall die bürgerlichen Politiker angegriffen haben, widerlegt nochmals alle Auffassungen, als würden die 99% Stimmen für die bürgerlichen Parlamentsparteien irgendwie eine Zustimmung für diese bedeuten.

Im Gegenteil: Überall, wo der KBW die bürgerlichen Parteien angriff, waren diese vollständig vom Volk isoliert, während der KBW sich breitester Zustimmung erfreuen konnte.

Selbstverständlich war dies so bei Angriffen auf die CDU. So in Hamburg: *„Die Mehrheit der Menschen war gegen die CDU und freute sich, als beim Auftritt von Blumenfeld die Stelltafel hochging: ‚Blumenfeld – Druck-Kapitalist – beutet die Arbeiter aus'. Der krampfhafte Versuch Blumenfelds, die Stelltafel zu übersehen, wurde von den Menschen sehr belacht. Die Polizei konnte angesichts der Lage nicht eingreifen"* (Anm. 14). Nicht besser erging es Kohl in Hannover: *„Der KBW hatte dazu aufgerufen, den Betrug zu enthüllen und zu zerstören. Über 200 beteiligten sich daran ... Kohl konnte seinen Ärger kaum verbergen, gequältes Lächeln brachte er für's Fernsehen zustande. Der Bourgeoisie ist das Geschäft mit Kohl nicht ungestört gelungen, die Legitimation für ihre Herrschaft zu bekommen!"* (Anm. 15).

Auch Hildesheim beispielsweise erwies sich als ganz heißes Pflaster für die CDU: **„CDU-Größen ergriffen Flucht"**, wobei einer von diesen Reaktionären von den Massen noch *„mit der ‚KVZ' eins auf's Haupt"* kriegte (Anm. 16).

Nicht besser erging es freilich auch den Jusos bei ihren drei Wahlveranstaltungen in Bremen: *„Bei allen drei Veranstaltungen haben die Jusos eine Niederlage hinnehmen müssen. Im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion hat stets die revolutionäre und demokratische Bewegung gesiegt"*. **„Empörung"** der Massen gegen die Jusos, **„Beifall der Herumstehenden"** für den KBW war das gewohnte Bild auf den Juso-Veranstaltungen. *„Unterstützung fanden die Jusos bei keinem der 500 anwesenden Jugendlichen. Ganz im Gegenteil!"*. Hocherfreuliches Fazit: *„In der direkten Konfrontation ist es leicht, den Jusos das scheinbar linke Mäntelchen herunterzureißen. Die Kommunisten und revolutionären Demokraten können sich dabei auf die Massen stützen, während den Jusos oft nichts anderes übrig bleibt, als die Polizei um Hilfe zu rufen"* (Anm. 17). Ähnlich erfolgreich waren der KBW und das Volk bei der Zerstörung einer Wahlkundgebung Brandts in Hildesheim. Einerseits: *„Der Beifall für Brandts Rede war dünn"*. Andererseits: *„ ... Aber die Forderungen aus dem Programm des KBW wurden von vielen Umstehenden für richtig befunden"* (Anm. 18).

Diese Beispiele sind völlig wahllos ausgewählt und könnten aus anderen Städten und Regionen beliebig ergänzt werden. Alles das zeigt, daß die Politik des KBW in der Geschichte des kleinbürgerlichen Abenteurertums nicht nur eine schöpferische Weiterentwicklung, sondern glattweg einen qualitativen Sprung darstellt. Die Abenteurer früherer Zeiten begnügten sich damit, „Aktionen" s t e l l v e r t r e t e n d für die Massen zu unternehmen, wobei sie immerhin halbwegs realistische Vorstellungen über das Bewußtsein und die Stimmung der Massen hatten. Der KBW jedoch unternimmt nicht nur stellvertretend für die Massen einen „Angriff auf das Programm der Bourgeoisie" (indem er Schmidt-Plakaten die Augen auskratzt und Wahlveranstaltungen durch Sprechchöre stört), **sondern er behauptet nachträglich auch noch, das hätten die Massen selbst getan!** Damit hat der KBW endlich den Beweis für die 1974 vom KBW-Chef Schmierer aufgestellte Behauptung geliefert, *„daß die Massen mit den traditionellen bürgerlichen Parteien nicht mehr viel im Sinn haben"* (Anm. 19).

Der KBW zeigt in seiner Politik über Jahre hinweg einen Irrationalismus und eine Phantasie, die in der an Perversitäten nicht armen Geschichte der kleinbürgerlichen Wucherungen der Arbeiterbewegung kaum Parallelen kennen. Politische Dilettanten (denen guter Wille oft nicht abzusprechen ist), Betschwestern, Wanderprediger, kaputte Existenzen und Provokateure haben sich hier zu einem makabren „Tanz der Vampire" zusammengefunden.

„Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt. Es ist die gleiche Regel wie beim Bodenkehren – wo der Besen nicht hinkommt, wird der Staub nicht von selbst verschwinden"! (Mao Tse-tung).

Anmerkungen

1. Wahlflugblatt der OG Hamburg, September '76.
2. „KVZ", Regionalbeilage Hannover, 9.9.76
3. ebenso

3. ebenso

4. Flugblatt der OG Hamburg, 9.8.76
5. „KVZ", 23.9.76, S. 2, „Die Reaktion wird zurückgeschlagen"
6. „KVZ"-Extra, Bezirk Südniedersachsen, 9.9.76
7. „KZV", Bezirksbeilage Hannover, 16.9.76
8. „KVZ", Bezirksbeilage Hannover, 23.9.76
9. „KVZ", 7.10.76, S. 1, „Die ‚Stabilität' ist hin"
10. siehe Anm. 2
11. siehe Anm. 8
12. „KVZ", Ortsbeilage Hamburg, 23.9.76
13. „KVZ", Bezirksbeilage Hamburg-Unterelbe, 7.10.76
14. siehe Anm. 12
15. siehe Anm. 7
16. siehe Anm. 8
17. „Unter dem roten Banner", Zeitung des KSB Bremen, 30.9.76
18. siehe Anm. 7
19. „Politischer Bericht des ZK", März 1974, S. 31

Sachen gibt's!

Offenbar hat der unaufhaltsame Abstieg des KBW bei den letzten Aufrechten der Hamburger Ortsgruppe nicht nur die Arroganz gesteigert, sondern auch die hocherhobenen Häupter in Nebel gehüllt.

Auf die Frage, wieso man denn die gut 19.000 Zweitstimmen, die der KBW bei den Bundestagswahlen erhalten hat, so ohne weiteres als Zeichen des Abwirtschaftens der Kapitalistenklasse und glänzende Vorbedingung für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei umdeuten könne, erklärte mir ein wackerer KVZ-Verkäufer keckfröhlich: das sei ja die falsche Rechnung, die ich ihm da aufmachen wolle; vielmehr habe der KBW insgesamt 40.000 (!) Stimmen bekommen – nämlich ca. 19.000 Zweitstimmen und über 21.000 Erststimmen. Der Gewissenhaftigkeit halber müsse man das ja wohl zusammenzählen ... !

Auch zur sinkenden KVZ-Auflage gab mir dieses seltene Exemplar von „Kommunist" eine neue, der gegenwärtigen Stimmung der KBW'ler angemessene Version zum Besten: zwar sei die Auflage „leicht gesunken" (nämlich von ehemals 57.000 auf gegenwärtig 32.000; d.Verf.); aber spätestens seit dem Frühjahr sei die Auflage wieder ständig angestiegen. Die aktuelle Auflagenzahl von 32.000 stimme also längst nicht mehr mit der Wirklichkeit überein, werde allerdings aus „taktischen Gründen" nach wie vor im Impressum abgedruckt, um, wie er sagte, „die Bourgeoisie zu verwirren" ...

Frage: Wer leidet hier denn nun an Verwirrung: der KBW, die Bourgeoisie, die Volksmassen oder wie oder wer oder was, hä?

Ein Hamburger AK-Leser

Der KBW putscht weiter

Nach den beiden Putschen des KBW in den Komitees „Südliches Afrika" in Hannover und Heidelberg, setzte der KBW sein spezielles Demokratieverständnis auch im Kölner „Nahost-Komitee" durch.

In dem Komitee ist es zu Differenzen gekommen zwischen einer „mehrheitlichen Fraktion" und der KBW-Minderheit, die in bekannter Manier ihre Vorstellungen im Komitee durchsetzen wollte.

Mit einem Abstimmungsergebnis von 7:3 Stimmen wurde im Komitee ein Vorschlag des KBW abgelehnt, auf einer geplanten Veranstaltung Geld und Medikamente für die PLO zu sammeln.

Die Mehrheit äußerte Kritik an der Politik der PLO und sympathisierte offenkundig mit der FDLP, für die die Mehrheit auch Geld und Medikamente sammeln wollte. Mit der Begründung, „ ... *das Komitee sollte auf eine Linie gezerrt werden, die darauf hinausläuft, die einzelnen Organisationen des palästinensischen Widerstandes gegeneinander auszuspielen und sich in die inneren Angelegenheiten der PLO einzumischen ... und die erreichte Einheit innerhalb der PLO zu untergraben und dem Kampf für Anerkennung der PLO, als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes einen offenen Schlag zu versetzen*", erklärte die KBW-Minderheit die Mehrheit kurzerhand für „ausgeschlossen"! Den Namen des „Nahost-Komitee" hat der KBW gleich mit einkassiert und gibt unter diesem Namen weiterhin eine Broschüre heraus.

Diesen politischen Gangstermethoden des ständig das Wörtchen Demokratie im Munde führenden KBW kann mangels technischer und organisatorischer Möglichkeiten der Komitee-Mehrheit nichts entgegengesetzt werden.

Sympathisanten des KB, Köln

Da schluckt der Kommunist

„Cohn-Bendits größter Wunsch ist es, der Tour de France mit dem Motorrad hinterherzufahren, und sein zweitgrößter Wunsch ist es, ‚nach der Revolution Sportreporter zu werden'. Nun, die Revolution wird da anderer Meinung sein. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder er wird von der Arbeiterklasse eine nützliche Arbeit zugewiesen bekommen, etwa in einer Fischmehlfabrik in Cuxhaven, oder er wird während der Revolution durch die Massen an den nächsten Baum befördert".

(Originalzitat aus der „KuK", dem „theoretischen" Organ des KBW, September 1976, S. 288).

Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt?...

Das fragt man sich immer wieder angesichts der aufwendigen Propaganda der sogenannten "Marxisten-Leninisten Deutschlands" und einiger ähnlicher Grüppchen wie der „ML Bochum". Diese Grüppchen zählen im gesamten Bundesgebiet insgesamt kaum 20-30 "Aktive" (die "ML Bochum" beispielsweise besteht exakt aus drei ehemaligen "KPD/ML"ern), bringen aber u.a. eine regelmäßige dicke Zeitung, ein umfangreiches "theoretisches Organ" sowie zu verschiedenen Anlässen großformatige Flugblätter und Extra-Ausgaben heraus, mit denen eine Bedeutung vorgespiegelt werden soll, die diese Grüppchen überhaupt nicht haben.

Ziel dieser Grüppchen ist die nackte politische Provokation, die systematische Diffamierung der "Maoisten" (als solche, treten die Grüppchen auf !) als Verbündete der Reaktion. Die "MLD" beispielsweise verkünden frech: *„Die CDU/CSU" ist das kleinere Übel... Es ist wegen ihrer fortschrittlicheren und realistischeren Politik gegenüber dem Hauptfeind des Volkes besser, wenn die CDU /CSU die Wahlen am 3.Oktober gewinnt".*

Freilich setzen sich die "MLD" auch von den "ML Bochum" ab, die die SPD als *"aktive prosowjetische Partei"* bezeichnen. Zwar führe, so meinen auch die "MLD" (ganz im Einklang mit den Parolen der CDU /CSU), die Politik der SPD *"auf lange Sicht zur Vorherrschaft der UdSSR"*. Es gebe in der SPD auch einen *"prosowjetischen Flügel"*. Das seien Herbert Wehner, Egon Bahr und die Jusos. Trotzdem müßte man aber *"die SPD und den DGB mit Ausnahme ihres prosowjetischen Flügels in die Einheitsfront gegen die Sozialimperialisten und Sozialfaschisten miteinbeziehen"*.

Wes' Ungeistes Kind diese „Maoisten" sind, zeigt schlagend auch ihr Appell an die bürgerlichen Parteien, sie sollten *„mit dem Parteiengezänk aufhören"*. Und: *„Wir kritisieren die SPD und FDP nicht aus engen Parteiinteressen heraus, sondern im Interesse Deutschlands und Europas. Wir kritisieren ihre Politik, wie auch die von CDU/CSU nicht, um diese Parteien zu zerstören, sondern im Interesse der Einheit aller Patrioten und Demokraten gegen die Hauptfeinde der Menschheit und ihre faschistische 5. Kolonne"* — wobei mit „Hauptfeind" die Sowjetunion gemeint ist und mit „5.Kolonne" die DKP, die Jusos, die SPD-Linke, der Kommunistische Bund, aber auch die „ML"-Organisationen KBW, „KPD/ML" und „KPD" (Zitate aus „Die neue Welt", Zentralorgan der „MLD", vom Sept. 1976).

Der Nutzen dieses Jammerhaufens als Zutreiber für Strauß & Co. dürfte sehr gering zu veranschlagen sein. Weitaus gefährlicher ist die objektive Funktion dieser Provokateure als Helfershelfer der DKP bei deren zügelloser Hetze gegen „die Maoisten". Ob damit die in der Überschrift gestellte Frage beantwortet ist, wissen wir nicht.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Alle ins Bergwerk!...

Helferinnen mit Spucknapf und Schaumkelle standen bereit, als der „KPD/ML"-Chef Aust kürzlich, am 2.Oktober, in Westberlin den neuesten Stand des bewegten Possen-Spiels „Einheit der Marxisten-Leninisten" bekannt gab.

Ernst Aust — Banklehre, Fallschirmjäger in der Nazi-Armee, nach dem Krieg Schauspieler und Regisseur und schließlich langjähriger Berufsfunktionär der revisionistischen KPD — hängte in Westberlin vor seinem jubelnden Publikum voll den „Proleten" raus: Verstehen könne er den *„proletarischen Zorn aller Genossen"* auf die *„intellektuellen Schreier der GRF"* (Gruppe Rote Fahne = „KPD"). *„Studentische Hochstapler"* seien das, *„Krakeeler"*, *„kleinbürgerliche Karrieristen und Individualisten"*. Und überdies würden sie *„gestützt und gefördert durch Agenten des CIA"*!

Vollstes „proletarisches" Verständnis zeigte der alternde Mime für seinen ZK-Kumpan Hanfried Brenner (selbstverständlich *„ein proletarischer Genosse"*!), der auf einer öffentlichen „Diskussions"veranstaltung mit der „KPD" getobt hatte: „Dieses Schwein (ein Vertreter der „KPD"!) müßte man auf der Stelle totschießen!". — Da sei eben, so meinte Aust, der Prolet Brenner *„mal aus der Rolle gefallen"*, wie's halt so Proleten-Art ist...

Aust's Alternative für die Behandlung der *„kleinbürgerlichen GRF-Intellektuellen"*: *„Lebten wir in einem sozialistischen Land, wir würden sie zur Umerziehung für zehn Jahre ins Bergwerk schicken, hier aber bleibt uns nichts anderes übrig, als sie zu erdulden"*.

Mit den selben „kleinbürgerlichen GRF-Intellektuellen" hatte Aust noch bis vor ein paar Monaten um die „Einheit der Marxisten-Leninisten" gebalzt. Die vaterländische „KPD" stehe ihm *„politisch am nächsten"*, verkündete Aust. Das aber soll nicht mehr wahr sein, seit Aust die „KPD/ML" aus der allzu kompromittierenden Nähe der offenen Vaterlandsverteidigung zu bringen versucht. Statt aber p r i n z i p i e l l mit der „KPD" und mit der Politik der Vaterlandsverteidigung zu brechen, geht Aust auf der einen Seite den Weg fauler und oberfauler Kompromisse und gemeinsamer Erklärungen mit der „KPD", was er auf der anderen Seite zu Zwecken der politischen Tarnung und des „Geländegewinns" mit einer ebenso prinzipienlosen Keiferei gegen die „kleinbürgerlichen GRF-Intellektuellen" kompensiert.

Vor etwas mehr als einem Jahr hatte Aust, ebenfalls in Westberlin, in den klebrigsten Tönen zur „Einheit der Marxisten-Leninisten" zu locken versucht: Mit dem Geschimpfe möge Schluß sein, alles seien lösbare Widersprüche im Volk, auf gleichberechtigter Basis möge man nun miteinander-füreinander die „Einheit" anstreben.

Jetzt spricht Aust wieder Klar-Text: Die „Einheit der Marxisten-Leninisten" anzustreben, sei sowieso *„an und für sich schon ein Widerspruch"*, denn *„Marxisten-Leninisten s i n d sich einig"*. Nämlich *„in ihrer einen kommunistischen Vorhutpartei, und das ist in Deutschland, in beiden deutschen Staaten und in Westberlin, die KPD/ML"*. Zukünftig könne es nur noch darum gehen, irgendwelche „revolutionären Kräfte" aus anderen Organisationen *„auf den Weg des Marxismus-Leninismus zu führen"*, also zum Eintritt in die „KPD/ML" zu bewegen. Und mit den „Zirkelführern" von „KPD", KBW und KAB„D" könne es auf keinen Fall eine „Einheit" geben, denn: *„Sie in die Reihen unserer Partei aufzunehmen, hieße, in die Partei den Geist des Zerfalls und der Zersetzung von innen heraus hineinzutragen"*. Also „AUS" für Horlemann, Semmler, Schmierer? ... (Alle Zitate stammen aus dem „Roten Morgen" vom 9.10. 76).

Ernst Aust ist ein kleinbürgerlicher Hanswurst, der sich auf das Rollenfach des „geborenen Proleten" und Partei-Vorsitzenden spezialisiert hat. Nicht in einem Bergwerk, sondern auf der Bühne eines Kabaretts sollte Aust nach der sozialistischen Revolution dem Volke dienen. Er müßte dann Abend für Abend seine alten Reden deklamieren, damit auch die jüngere Generation einen Eindruck bekommt, was für Figuren sich zeitweise in die Reihen der Revolutionäre einzuschleichen versucht hatten.

Komitee „Stoßt die Mumien vom Podest!"

KB / Gruppe Hamburg

KPD/ML Frisiercreme

KPD/ML-frisiert machen Sie den besten Eindruck!

der „dritten Welt", aus Frankreich, Italien, England, Irland, Island, Cuba, USA, Japan, Jemen, Iran. Wir haben uns bemüht, diese Kämpfe möglichst ausführlich darzustellen und zu dokumentieren. ○

Das Wahlergebnis der „Revolutionäre"

Als „Revolutionäre" kandidierten zu den diesjährigen Bundestagswahlen der KBW, die „KPD" und die trotzkistische GIM. Zusammen kamen sie auf 47.538 Zweitstimmen, das sind weniger als 0,15 % der insgesamt abgegebenen Stimmen und entspricht ungefähr 40 % der für die DKP abgegebenen Zweitstimmen (118.483). Gemessen an der DKP mit weitaus mehr Mitgliedern, unvergleichlich größeren Finanzmitteln und ebenso größerem Funktionärsapparat muß das Ergebnis der „Revolutionäre" als durchaus respektabel eingeschätzt werden. Insgesamt zeigt jedoch das Ergebnis von „Revolutionären" und DKP zusammengenommen (rund 0,45 % die eklatante Schwäche der Kräfte, die sich als links von der SPD definieren.

Von den „Revolutionären" entfielen im Einzelnen auf den KBW 19.970 Stimmen, auf die „KPD" 22.801 Stimmen und auf die GIM 4.767 Stimmen. Letztere hatte freilich nur in Hamburg, Nordrheinwestfalen und Baden-Württemberg auf den Landeslisten kandidiert.

Die „KPD" verdankt ihren „Sieg" über den KBW vor allem der Tatsache, daß sie in Nordrheinwestfalen 2.286 Stimmen mehr als der KBW gewinnen konnte, und daß sie in Bayern, wo der KBW überhaupt nicht kandidierte, 4.654 Stimmen gewann. In Bayern hatte es der KBW nicht geschafft, die für die Kandidatur benötigten Unterschriften zusammen zu bekommen.

Wo KBW und „KPD" gegeneinander kandidierten, entfielen in der Regel mehr Stimmen auf den KBW als auf die „KPD". Ausnahmen sind Hamburg und Rheinland-Pfalz, wo die „KPD" den KBW Schlagen konnte. Insgesamt kann die „KPD" immer noch auf einen relativ hohen Anteil von Stimmen rechnen, die sie in erster Linie ihrem N a m e n verdankt.

Das drückt sich besonders in den Ergebnissen in Nordrheinwestfalen und Bayern aus, wo die „Revolutionäre" insgesamt bisher kaum Fuß fassen konnten.

Für den KBW bedeutet das Wahlergebnis eine eiskalte Dusche. Daß er trotzdem allerorten dieses Ergebnis
sen konnten.

Für den KBW bedeutet das Wahlergebnis eine eiskalte Dusche. Daß er trotzdem allerorten dieses Ergebnis als großen Sieg bejubelt, zeigt nur, wie bescheiden man dort inszwischen geworden ist, wenn es um „die Massen" geht. Die Stimmen des KBW machen noch nicht einmal Zweidrittel der derzeit angegebenen Auflage seines „Zentralorgans" (32.000) aus. Gemessen an seinen besten Zeiten, als die Auflage des „Zentralorgans" mit 55.000 angegeben wurde (Herbst 1974) und gemessen an der Behauptung, daß schon rund 150.000 Stück vom KBW-Programm verkauft worden sein sollen, ist das Ergebnis kläglich.

Überdurchschnittlich sind immerhin die Ergebnisse in den Orten, wo der KBW schon seit seiner Gründung arbeitet. So kam er in Bremen und Heidelberg auf ungefähr 0,4 % der Stimmen, in Göttingen auf 0,3 %. Blamabel ist, wie erwartet, das Abschneiden des KBW in Hamburg, wo er gleichfalls schon seit seiner Gründung wirkt, und wo er nicht einmal auf 0,1 % kam. Hier wurde er von der „KPD" glatt geschlagen und lag nur um Nasenlänge (4 Stimmen) vor der GIM. Die Ortsleitungs-Mitglieder Lutz Plümer und Susanne Oberdampf wurden in ihren Direktwahlkreisen glatt von den Kandidaten der GIM abgebürstet (254 : 119 Stimmen in Hamburg-Altona; 105 : 78 Stimmen in Hamburg-Harburg). Laut Ortsbeilage der „KVZ" bedeutet dieses Ergebnis einen *„Schritt voran im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei"* (7.10.76).

Den Genossen von der GIM ist insgesamt immerhin zu bescheinigen, daß sie von den sich an der Wahl beteiligenden „Revolutionären" noch am ehesten Augenmaß bewiesen: Sie beschränkten ihre Kandidatur auf drei Bundesländer und 12 Direktwahlkreise. In 6 davon konnten sie den KBW und die „KPD" schlagen. In einem weiteren (Freiburg) konnte die GIM die „KPD" schlagen; hier hatten die Trotzkisten relativ stark in den letzten Monaten vom Verfall des KBW profitiert.

Über die Behauptung der GIM-Zeitung „was tun", ihr überdurchschnittlich gutes Abschneiden gerade in Hamburg sei ihrem *„dort am intersivsten und erfolgreichsten geführten Wahlkampf geschuldet"*, wird man mit freundlichem Schweigen hinweggehen können. Die Genossen und Sympathisanten unserer Organisation in Hamburg, die es nicht lassen konnten, am 3. Oktober mit einem Kreuzchen für die GIM ihre „staatsbürgerliche Pflicht" zu tun, sollten darüber nachdenken.

Die DKP, um auch diese zu erwähnen (obwohl sie nicht zu den als „revolutionär" kandidierenden Parteien gehört), hat ihre Stimmenzahl nur unbedeutend steigern können - von 113.891 Zweitstimmen 1972 auf 118.483, also um 4.592 Stimmen.

Dies verdankt sie vor allem Gewinnen in Hamburg (+ 2.062 Stimmen) und Hessen (+ 2.470 Stimmen). In Bayern, Baden-Württemberg und Nordrheinwestfalen hat die DKP knapp gehalten, im Saarland und Rheinland-Pfalz sogar deutlich verloren. Dieses Ergebnis demonstriert noch einmal den Größenwahnsinn der DKP- Wahlparole „Nur wer DKP wählt, stimmt gegen das große Kapital". In der bekannten wehleidigen Weise interpretiert die DKP das Wahlergebnis als Ausdruck des in der Bundesrepublik herrschenden Antikommunismus, der 5%-Klausel und der Wahlbehinderungen durch den bürgerlichen Staat. Warum sie unter den revisionistischen Parteien Westeuropas das absolute Schlußlicht bildet und selbst von Parteien weit übertroffen wird, die unter Bedingungen der Illegalität bessere Ergebnisse ihrer Politik erreichen (Spanien, bis vor kurzem auch Griechenland und Portugal), erklärt die DKP nicht. Schuld sind immer nur die anderen.

Bei der DKP steht die Zahl der Wähler zur Zahl der angegebenen Mitglieder ungefähr im Verhältnis 3 : 1 – bei den „Revolutionären" hingegen schätzungsweise im Verhältnis 10 : 1 oder 15 : 1. Dies zeigt insgesamt die relative Immobilität der DKP, den hohen Anteil an passiven Mitgliedern und Karteileichen; es widerlegt aber auch deutlich das von der DKP ausgestreute Gerücht, sie würde sich von den „Sekten" durch eine wirkungsvollere Massenarbeit unterscheiden. Die Quote von 3 : 1 läßt nicht gerade auf eine starke politische Verankerung der DKP-Mitglieder schließen.

Von den „Revolutionären" brachte der KBW die platteste, kürzeste und dümmste „Wahlanalyse" zustande. Das Wahlergebnis wird als Ausdruck der Instabilität der bürgerlichen Herrschaft gewertet! Speziell über das Abschneiden des KBW heißt es, das Ergebnis bringe *„die Zahl der Revolutionäre zum Ausdruck, auf die sich der Aufbau der Kommunistischen Partei bereits stützen kann"* („KVZ", 7.10.76).

Diese Behauptung ist (abgesehen von der Tatsache, daß der KBW gar keine kommunistische Organisation ist) sogar innerhalb der eigenen Logik des KBW unzutreffend. Die Tatsache, daß der KBW Stimmen zum Teil in Orten bekam, wo er überhaupt noch nicht politisch arbeitet, oder daß er auch Stimmen von Menschen bekam, die ihn überhaupt erst im Wahlkampf kennenlernten (hierüber war jedenfalls in den Ortsbeilagen der „KVZ" viel zu lesen!), spricht klar gegen die Behauptung, daß sich der KBW auf alle seine Wähler beim „Parteiaufbau" stützen könnte. Das wird zweifallos nicht der Fall sein, und der KBW wird rasch einen rauhen Fall in die Wirklichkeit erleben, falls er wirklich an seine eigene „Wahlanalyse" geglaubt haben sollte.

In den Ortsbeilagen der „KVZ" wird durchweg behauptet, die für den KBW abgegebenen Stimmen würden allesamt Zustimmung zum Programm und zur Politik des KBW bedeuten. Teilweise werden auch gleich noch die insgesamt für die Kandidatur des KBW abgegebenen Unterschriften als Zustimmung für den KBW interpretiert.

Dieser Größenwahnsinn war zu erwarten und bestätigt nur die Richtigkeit unserer Entscheidung, nicht zur Wahl dieser Bankrotteure aufzurufen, bzw. unter fortschrittlichen Menschen direkt für die Nicht-Wahl des KBW zu agitieren. Der offizielle Jubel des KBW sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele KBW-Mitglieder das Ergebnis an ihrem ungeheuren Einsatz während desWahlkampfs messen und jetzt frustriert sind. Jede Stimme mehr würde es der KBW-Führung erleichtern, ihren bankrotten Haufen noch etwas weiter zu treiben.

Gemessen am KBW muß die „Wahlanalyse" der „KPD" („Rote Fahne", 6.10.) geradezu als realistisch und bescheiden gewertet werden. Die „KPD" behauptet zwar, sie habe im Wahlkampf *„den Einfluß der Partei unter den fortschrittlichen Arbeitern und Werktätigen erweitern"* können, was absurd ist – ein Vergleich mit früheren Landtagswahlen zeigt einen überdurchschnittlichen R ü c k g a n g der „KPD". Immerhin wertet die „KPD" aber – zumindest im „Zentralorgan" – ihre Stimmen nicht pauschal als Zustimmung zu ihrer vaterländischen Politik, sondern als *„Stimmen von Arbeitern und Werktätigen, die sich abgewendet haben vom bürgerlichen Parlamentarismus, die Schluß machen wollen mit den bürgerlichen Parteien, einschließlich der DKP"*. Dieser Interpretation wird man wohl im Grossen und Ganzen zustimmen können.

Außerdem hebt die „Rote Fahne" hervor, daß Ergebnis zeige, *„daß noch große Teile der Arbeiter und Werktätigen im bürgerlichen Parlamentarismus gefangen sind"* und *„daß wir mit der Verwurzelung unserer Generallinie unter den Arbeitern und Werktätigen noch am Anfang stehen"*. – Vergleichbare Aussagen wären bei der derzeit erhitzten Stimmung im KBW wahrscheinlich schon ein halber Ausschlußgrund wegen „schwerer rechter Abweichung" und „mangelndem Vertrauen in die revolutionären Volksmassen"!

Unsere eigene Organisation hat den Wahlkampf unter der Hauptparole „Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!" geführt. „Gewählt" haben viele Genossen nachher zum Teil recht individuell: Während wohl die Mehrheit das Wahllokal mied, haben andere Genossen den Stimmzettel ungültig gemacht (relativ häufig mit demFrauenzeichen!), einige konnten es auch nicht lassen, der DKP ein Kreuzchen zu verschaffen (in Hamburg auch der GIM), und selbst der KBW mag da noch den einen oder anderen Barmherzigen gefunden haben.

Für die Zukunft streben wir an, uns baldmöglichst an kommenden Landtags- und Bürgerschaftswahlen - insbesondere in Hamburg - auch mit eigenen Kandidaten zu beteiligen, bzw. wenn möglich und sinnvoll auch im Rahmen eines Wahlbündnisses.

Medikamente für die PFLP!

Liebe Genossen!
Für die Kliniken und Krankenstationen in den Flüchtlingslagern und den Städten, die sich im Gebiet der fortschrittlichen Kräfte im Libanon befinden, werden wieder dringend Medikamente benötigt. Geldspenden sind zwar gut, aber können Medikamente nicht ersetzen, weil im Libanon keine erhältlich sind. Da wir durch Sammeln billiger an die Medikamente kommen, als wenn wir sie hier kaufen, ist eine Medikamentensammlung also sehr wichtig!

Wir haben zwar schon früher große Schwierigkeiten gehabt, die gesammelten Medikamente (es sind mehrere Zentner zusammengekommen! und geschickt worden) in den Libanon zu bringen, haben aber diesmal Vorsorge getroffen, daß wir sie schnell „loswerden".

Laßt euch nicht von den Meldungen über israelische Seeblockade usw. einschüchtern!

Wir bitten dringend, nur nach der hier abgedruckten Medikamentenliste zu sammeln. Die Medikamente sind abzugeben oder zu schicken an:

Verlag Arbeiterkampf
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50.

Die Genossen bitten um Verständnis dafür, daß sie uns auf Grund der Verhältnisse keine Empfangsquittungen senden können.

Medikamenten-Liste

Folgende Medikamente werden vorzugsweise benötigt:

1. Antibiotika, in allen Formen (Sulfonamide, Penicilline, Cephalosporine, Tetracycline)
2. Tuberkulostatika moderner Art
3. Mittel gegen Amöben, Anthelminthika (Niclosamid, Piperazin, ...) (Metronidazol, Chinioforum, Jodchloroxychinolin, Chloroquin, ...)
4. Analgetica, möglichst stark in allen Formen (oral, iv.,Supp.)
5. Barbiturate zur iv.-Anwendung
6. Mittel zur Kurzzeitanästhesie (Barbiturate, Ketamine,..)
7. Uterus-kontrahierende Präparate wie Methergin, Secale-Alkaloide, ...
8. Bronchospasmolytica

rate wie Methergin, Secale-Alkaloide, ...
8. Bronchospasmolytica

9. Mittel zur Hemmung einer gesteigerten Fibrinolyse (p-Aminomethylbenzoesäure, AMCHA, Tranexamsäure, ...)
10. weitere Hilfsmittel: Binden, speziell elastische Binden, Mittel zur Notfallbehandlung: gute Scheren, Nadelhalter, Nahtmaterial (Catgut, Seide, Nylon), Lokalanästhetica, ...

Wir möchten bei dieser Gelegenheit noch auf Folgendes hinweisen:

a) Das Verfallsdatum der Medikamente sollte nicht überschritten sein; bei Antibiotika können u.U. auch noch Medikamente verwendet werden, deren Haltbarkeitsgrenze schon überschritten ist, unter den folgenden Bedingungen:
– die Vorgeschichte des Medikaments ist bekannt, d.h. es kann garantiert werden, daß die Lagerung bis zum Versand sachgemäß war (in diesem Fall bitte Aufkleber mit entsprechendem Vermerk in englisch auf der Verpackung!)
– es darf sich nicht um ein Medikament handeln, das bei Überschreiten des Haltbarkeitsdatums giftig wird, wie es z.B. bei einigen Antibiotika der Fall ist!

b) Besonders schwere Medikamente (z.B. Infusionslösungen) und besonders raumfordernde Mittel (Einmalspritzen...) sollten zur Zeit aufgrund der schlechten Transportbedingungen nicht gesammelt werden.

c) Wir bitten darum, daß sich die Medikamentensammler an die obige Liste halten und uns nicht mit unnützen oder unsinnigen Medikamenten (Mittel gegen Hämorrhiden, „Leberpräparate", dubiose Salben, usw.) überschütten, da diese Sachen sofort in den Müll wandern und nur unnötige Arbeit verursachen!

Spendenliste

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten ARBEITERKAMPF an.
Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.
Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.
Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für PFLP, Palästina

Spender	Betrag
KB/Gruppe Kassel	113,00
K.B., Wohngemeinschaft in Hamburg-Harburg	140,00
KB/Gruppe Kassel	95,00
J.R., Hamburg	500,00
A.B., Neumünster	15,00
KB/Gruppe Bochum	250,00
KB-Sympathisanten, Düsseldorf	18,04
Verlag Arbeiterkampf, Sammlung	33,73
Frauenveranstaltung Nürnberg, Sammlung für PFLP Frauen	72,31
Wohngemeinschaft in Frankfurt, Telefonkasse	30,00
D. Sch., Duisburg	133,72
KB/Gruppe Mönchengladbach	77,57
Frauenveranstaltung Düsseldorf	26,07
Sammlung in Gaststätte „Dionysos" und Genossen von Holzmann, Hamburg	100,00
Uni-Einheit III, KB Gruppe Kiel	28.00
KB-Sympathisanten, Pforzheim, Veranstaltung	100,00
BO Barmbek, KB/Gruppe Hamburg Libanon-Veranstaltung	100,00
KB/Gruppe Flensburg	363,00
BO Hamburg Eimsbüttel	105,52
M. und E., Hamburg Altona	43,19
Betriebszelle Röntgenmüller, Hamburg	94,00
Metall-Genossen, Hamburg	50,00
Betriebszelle Hanomag-Henschel, Hamburg	330,00
Betriebszelle HDW/Arbeiter II und Kollegen-Sammlung	100,00
Betriebszelle HDW/Angestellte, Hamburg	210,00
Betriebszelle HDW/Arbeiter I, Hamburg	70,00
Betriebszelle Beiersdorf/FZ, Hamburg	100,00
Wohngemeinschaft Hamburg-Steilshoop	121,00
Leserkreise II und III, BO Hamburg Eimsbüttel	18,00
Lehrergruppe I, BO Hamburg Eimsbüttel	23,00
BO Hamburg-Harburg	50,00
JZI Hamburg Rahlstedt	15,00
Wohngemeinschaft Hamburg Neustadt	117,75
Preisskat JZI, Hamburg	54,00
Veranstaltung der Frauengruppen Hamburg-Wandsbek und JZI Hamburg Rahlstedt	400,00
Betriebszelle Rheinstahl/Eggers-Kehrhahn, Hamburg	59,00
Frauenveranstaltung Bremen, (30.9.) für PFLP-Frauenarbeit	327,60
AG Frauen, KB/Gruppe Bremen für PFLP-Frauenarbeit	43,20
Eine Frauengruppe Bremen für PFLP-Frauenarbeit	60,00
KB/Gruppe Bremen	387,00
KB Sympathisanten Verden	22,00
BO Hamburg Altona	70,00
Genossen aus Hamburg St. Pauli	12,00
BO Hamburg St. Pauli	60,00
Summe	5.137,70
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die PFLP auf	DM 72.615,05

Für ZANU, Zimbabwe

Spender	Betrag
KB/Gruppe Bochum	20,00
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die ZANU auf	DM 25.880,66

Für Frente Polisario, West-Sahara

Spender	Betrag
Wohngemeinschaft Kiel, Sammlung	50,00
KB/Gruppe Landshut	17,00
Summe	67,00
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Frente Polisario auf	DM 20.998,10

Für MES, Portugal

Spender	Betrag
KB/Gruppe Lübeck	92,16
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MES auf	DM 76.546,30

Für MPLA, Angola

Spender	Betrag
KB/Gruppe Lübeck	48,31
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die MPLA auf	DM 147.384,73

Für MIR, Chile

Spender	Betrag
KB/Gruppe Westberlin, Frauenveranstaltung	170,00
KB/Gruppe Bochum	60,00
Kollegen der G5, Flohmarktstand in Hamburg	86,00
KB/Gruppe Kassel	250,00
KB/Gruppe Frankfurt, Sammlung	121,00
Uni-Einheit I, KB/Gruppe Kiel	55,00
Arbeiterkampf-Lesekreis, Kiel	333,00
F.K.T., München	20,00
Wohngemeinschaft Frankfurt, Telefonkasse	30,00
Frauengruppe Hamburg-Ottensen	192,00
Straßensammlung der Betriebszelle Hanomag-Henschel, Hamburg	30,00
Summe	1.247,00
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MIR auf	DM 278.039,67

Zur Politik der Sinn Fein / IRA–Official

Erklärung des LG

Es wird bekannt sein, daß sich der KB an dem internationalen Anerkennungstheater zwischen linken Organisationen nicht beteiligt. Unsere Beziehungen zur „Sinn Fein/ IRA – Official" (SF) waren begründet darin, daß wir die Absicht hatten, die Befreiungsbewegung des irischen Volkes zu propagieren und zu unterstützen. Wir stellen nun fest, daß diese Beziehungen seit einiger Zeit nicht mehr bestehen. Wir stellen dies ausdrücklich öffentlich fest, weil die SF ihrerseits eine unpolitische Anerkennungspolitik zu machen pflegt. Typisch für die Ergebnisse einer solchen Politik war die seinerzeitige offizielle Beglaubigung des „Westdeutschen IRA Solidaritätskomitees" (Oberursel) (WISK) als privilegierter Unterstützungsorganisation und die relativ kurz darauf erfolgende genauso offizielle und öffentliche Verwünschung und Verstoßung des WISK.

Differenzen zwischen der Politik der SF und des KB haben immer bestanden. Wir erinnern an die wenig politische Argumentation von SF gegen die Provos, die antisektiererische Kampagne („Sektierertum tötet Arbeiter") und das völlige Desinteresse an einem internationalen Gedanken a u s t a u s c h , das sich besonders auf dem Festival der SF im Sommer 1974 zeigte (vergl. die Berichterstattung in DIE INTERNATIONALE 10).

Was speziell unsere Organisation betraf, so haben wir noch gut im Gedächtnis, daß unsere Gewerkschaftspolitik ohne Diskussion als linkssektiererisch bezeichnet wurde und daß uns der Abdruck eines Interviews mit der IRSP (dI 14) und den Provisionals (dI 15) ausgesprochen verübelt wurde. Besonders diese Art der Kritik ohne Sachkenntnis und Diskussion, und diese Feindlichkeit gegenüber einer politischen Auseinandersetzung paßt uns grundsätzlich nicht und ist Gift für internationale Beziehungen zwischen linken Organisationen.

Daß wir „out" waren, konnte man im Frühling dieses Jahres bemerken, als der SF-Vertreter seine Rundreise in der BRD kommentarlos durch den Münchner „Arbeiterbund" organisieren ließ.

Der qualitative Sprung, der uns nun zwingt, öffentlich zu erklären, daß wir mit der Politik der SF nicht übereinstimmen, ist spätestens mit dem Parteitag der SF im Januar 76 eingetreten, der unter dem Motto „Frieden, Arbeit und Klassenpolitik" veranstaltet wurde (vergl. unseren Artikel „Auf dem Weg zur linken Reformpartei" in dI 20). Die dort festgelegte Linie zeigt sich nun in der Stellungnahme der SF zur „Friedensfrauen"-Bewegung besonders deutlich.

Wir zitieren aus „Eolas" vom September 76: *„In seiner Rede auf dem Sinn Fein Parteitag im Januar 76 hatte Tomas Mac Giolla, der Präsident von Sinn Fein, festgestellt, daß die Forderung nach Frieden die revolutionärste Forderung im heutigen Irland sei. ...In Belfast folgen die Friedensmärsche dem Kielwasser der jahrelangen Kampagne der Republikanischen Clubs mit ihrem Slogan 'Sektierertum tötet Arbeiter'. ...Es scheint schließlich, als ob die lange geduldige Arbeit der Republicanischen Clubs im Norden gegenüber der Gewalt der Provos beginnt, Früchte zu tragen."* usw. Mitglieder von SF haben sich unter Transparenten „Arbeiter gegen Sektierertum" an den „Friedensmärschen" beteiligt.

Wir brauchen hier nur kurz festzustellen, daß sich die „Friedensmärsche" weder gegen die Gewalt der Briten noch gegen die Gewalt der protestantischen Mordbanden richten, sondern ausschließlich gegen die Provisional IRA. Sie sind also inszeniert worden, um der irischen Befreiungsbewegung, die selbstverständlich ohne Gewalt niemals siegen kann, einen Schlag zu versetzen. Es ist einfach makaber, wenn sich die SF daran beteiligt und es ist ein billiger Trick, sich diese „Bewegung" aufs eigene Konto zu schreiben.

Wir betonen, daß sich nichts an unserer Einschätzung ändert, daß wir gute revolutionäre Genossen in den Reihen der SF kennen. Wir hoffen, daß unsere Genossen ihre persönlichen Kontakte zu irischen Genossen nicht einschlafen lassen.

Es ist eigentlich unnötig zu sagen, daß wir nach wie vor derzeit in Irland keine Organisation kennen, die wir besonders unterstützen sollten und daß wir selbstverständlich weiterhin den gerechten Befreiungskampf des irischen Volkes propagieren werden.

LG des Kommunistischen Bundes und Irlandkommission

Chile-Solidarität in Flensburg

In Ergänzung unserer Berichterstattung zur Chile-Solidarität während der diesjährigen Herbst-Kampagne schickte uns das Flensburger Chile-Komitee folgenden Bericht für einen Abdruck:

„Liebe Genossen!
Zur Vervollständigung Eures Artikels aus AK 89 zur Chile-Solidarität in Westdeutschland schicken wir Euch einen Bericht über die Chile-Woche in Flensburg.

Auf einer Veranstaltung mit einem Vertreter des chilenischen Gewerkschaftsbundes CUT und mit Gedichtvorträgen sowie Liedern der KB-Musikgruppe „Roter Kaktus" waren ca. 60 Leute, es wurden 190 DM für den CUT gesammelt.

Zu einer Filmveranstaltung („Chile, der Kampf geht weiter") kamen ca. 100 Leute.

In einer Haus- und Straßensammlung sammelten wir 720 DM für die chilenischen Fabrikkommissionen, die von PS, CI, MIR und MAPU gemeinsam initiiert wurden, in denen aber auch z.B. Gewerkschaftsmitglieder und Parteilose mitarbeiten.

Zu der Sammlung muß man sagen, daß sicher noch mehr Geld zusammengekommen wäre, wenn der KB nicht im letzten Moment (einige Tage vor der Sammlung) beschlossen hätte, sich nun doch nicht, wie vorher vereinbart, an der Sammlung zu beteiligen, sondern nur für den MIR zu sammeln. Ansonsten beteiligte sich der KB sehr tatkräftig an Vorbereitung und Durchführung der Aktionen.

Es machten außerdem Mitglieder der Amnesty-Hochschulgruppe, der GEW-Studentengruppe und einige Schüler mit.

DGB, Jusos, KBW, DKP waren zu einer Mitarbeit nicht bereit.

Die Mobilisierung wurde dadurch erschwert, daß wir nur für einen Tag eine Standerlaubnis bekamen (an dem es aus Eimern goß).

Mit solidarischen Grüßen
Chile-Komitee Flensburg"

Erneutes Sammlungsverbot für Befreiungsbewegungen

In der Oktober-Ausgabe der „blätter des iz3w" ist der Widerspruchsbescheid des Regierungspräsidiums Freiburg abgedruckt, nach dem eine Sammlung für vier Lastwagen für die ZANU abgelehnt wurde. Ähnliche Sammlungsverbote häufen sich in letzter Zeit. Die Begründung lautet fast durchgängig, *„daß nicht sichergestellt ist, daß der Sammelerlös friedlichen Zwecken zugeführt wird und die Verwendung des Sammelertrages für unfriedliche Zwecke eine Verletzung von Recht und Ordnung darstellt."* Nur *„Verteidigungskriege"*, so die Freiburger Begründung, seien von dieser Regelung ausgenommen. Alles andere gefährde das *„friedliche Zusammenleben der Völker"*.

Die Genossen des iz3w erinnern daran, daß diese Regelung keineswegs für Waffenlieferung an faschistische Regimes, wie den Iran oder Chile gelten.

Der schwarzen Bevölkerung Zimbabwes, die von einigen weißen Herrenmenschen unterdrückt wird, bleibt keine andere Möglichkeit, als diesen Zustand zu

wes, die von einigen weißen Herrenmenschen unterdrückt wird, bleibt keine an-

ertragen oder sich „unfriedlich" gegen das weiße Terroristenregime zur Wehr zu setzen.

Wir unterstützen den gerechten Kampf des Volkes von Zimbabwe!

Zu den PLO-Veranstaltungen

Wer ist hier der Spalter?

Wir erhielten aus Göttingen einen Bericht unserer Genossen über den Verlauf einer PLO-Solidaritätsveranstaltung, die dort am 24.9. stattgefunden hat. Wir wollen zunächst daraus einen Auszug wiedergeben:

„Zur Veranstaltung haben wir ein Flugblatt herausgebracht, das in der Uni und auf dem Markt verteilt wurde. In der Mensa hatten wir an zwei Tagen einen Büchertisch und am Freitag auch Stelltafeln. Selbstkritisch müssen wir sagen, daß das Flugblatt einen Tag früher hätte kommen müssen und dann auch vor den Betrieben hätte verteilt werden können. Ansonsten haben wir die übernommenen Aufgaben erfüllt und auch im Rahmen der Aktionseinheit das Flugblatt der AE und die Medikamentensammlung mitgetragen.

Auf der Veranstaltung hielt der PLO-Vertreter ein ellenlanges Referat, das bis zu den Schlußfolgerungen aus dem Oktoberkrieg korrekte Positionen umriß, über die aktuellen Klassenkämpfe (nach Tell Zaatar) so gut wie nichts sagte und nur allgemein die weise Taktik der PLO-Führung lobte. Wir kamen dann mit einem vorbereiteten Beitrag dran, der erstens das Prinzip der Nichteinmischung der PLO-Führung kritisierte, zweitens die euphorische Einschätzung der Kräfteverhältnisse kritisierte (Es war gesagt worden, Syrien wäre gescheitert und die PLO würde aus einer Stärkeposition verhandeln) und konkret fragte, welchen Sinn Verhandlungen mit Syrien und Sarkis hätten. Wir haben auf diese Fragen keine richtigen Antworten bekommen, sondern nur gehört, daß die PFLP ein Abenteuerhaufen sei, daß die PLO-Führung hingegen realistisch sei (richtige Einschätzung der objektiven und subjektiven Faktoren), daß wir und die PFLP die Probleme nur abstrakt sähen und der Kampf der Palästinenser darunter leiden würde. Die besondere Schweinerei war dabei, daß Beispiele für Abenteurertum genannt wurden, die anonym zitiert wurden („manche Leute meinen"), wo jeder denken mußte, es handele sich hier um Vorschläge der PFLP, weil vorher von der PFLP die Rede war, die entweder frei erfunden waren oder aber auf das Konto radikaler Kleinbürgergruppen gehen. Wir haben diese schweinische Argumentation dann auch sofort kritisiert. Daß KBW und Liga sich über jede Attacke gegen uns gefreut haben, versteht sich. Die Sprecherin des KBW verstieg sich sogar zu der Behauptung, im letzten AK würde auf vier Seiten zum Libanon nur zum Sturz von Arafat aufgerufen, was Syrien auch täte, und da sehe man schon, auf wessen Seite der KB stände. Schlimm fanden wir vor allem, daß der PLO-Sprecher dann in dieselbe Kerbe hieb und jede Kritik an der PLO-Führung als im Interesse Syriens und des Zionismus brandmarkte, und wieder wandte er das Prinzip an, weder uns noch die PFLP namentlich zu nennen, und das alles noch mit der Bemerkung, er würde sich nicht in die Auseinandersetzungen in der BRD einmischen wollen, und das Nichtnennen von Namen und konkreten Fakten wäre ein Beitrag zur solidarischen Diskussion.

Nach der Veranstaltung fand noch einmal ein Gespräch zwischen einem Genossen von uns und einem führenden Genossen der Palästinenser statt. Der Palästinensergenosse verschärfte die Vorwürfe bis zum Spaltervorwurf."

Zunächst einmal:

Wir werden an unserer Politik festhalten, Solidaritätsveranstaltungen für die PLO zu unterstützen. Wir stellen dafür nur die Bedingung, daß wir im Rahmen einer Aktionseinheit die politische Linie der PFLP vertreten und Spenden für die PFLP sammeln dürfen.

Die PFLP ist ein Teil der PLO und ein Teil der Front der fortschrittlichen Kräfte in Libanon. Wir haben nicht die Absicht, irgendetwas zu tun, das dem Programm der PLO widerspricht. Wenn wir mit dieser Politik nicht innerhalb einer Aktionseinheit teilnehmen können, dann werden wir sie unabhängig davon durchführen.

Es mag sein, daß einige Leute in der PLO die PFLP gern aus der PLO ausschließen möchten. Was ihnen in Libanon nicht gelingt, sollen sie jedoch nicht stellvertretend mit dem KB in der BRD versuchen.

Der in Göttingen aufgetretene PLO-Sprecher befindet sich mit seinen Auslassungen zur PFLP nicht auf der politischen Linie der PLO. In seiner Hetze gegen die PFLP kann er sich auf keinerlei schriftliche oder mündliche Stellungnahmen der PLO berufen. Es entspricht in keiner Weise, besonders in der gegenwärtigen kritischen Situation, der Diskussion innerhalb der PLO, die PFLP als „Abenteurerhaufen" anzugreifen. Der PLO-Sprecher betätigt sich damit selbst als Spalter. Wir werden die PFLP und PLO von der Politik ihrer hiesigen „Vertreter" unterrichten.

Die Linie des Volkskrieges gegen die syrische Intervention und das konsequente Festhalten an der Einheit der revolutionären palästinensischen und libanesischen Kräfte konnte bisher weder durch die Verträge von Damaskus noch durch die gegen die PFLP gerichtete Propaganda unterbrochen werden. Die PLO-Führung weiß sehr wohl, daß die Masse der Palästinenser, die diese Linie unterstützt, weit über die Mitglieder der PFLP hinaus und in die Reihen der Fatah hinein reicht. Nach dem Hinauswurf der verräterischen Saika vertritt die Hälfte aller der PLO angehörenden Organisationen offiziell eine solche politische Linie. Die PLO-Führung ist sich weiter darüber klar, daß sie sich der Volkskriegsstrategie wird anschließen müssen, wenn die syrischen Besatzer und die Imperialisten so weit gehen sollten, die Auseinandersetzung auf die Spitze zu treiben.

Wir weisen darauf hin, daß die PLO nach wie vor ihrem Programm von 1973 verpflichtet ist. Es heißt dort:

„Gegen die kompromißlerische Mentalität anzukämpfen und gegen die Pläne, die sie in die Welt setzt, die entweder der Sache der nationalen Befreiung unseres Volkes widersprechen oder darauf zielen, diese Sache zu liquidieren durch sogenannte ‚vorgeschlagene palästinensische Gebilde' oder durch einen palästinensischen Staat auf einem Teil des palästinensischen nationalen Gebietes. Diese Pläne sind zu bekämpfen durch den bewaffneten Kampf und den politischen Kampf der Massen."

Die „vier strategischen Hauptachsen" des Programms enthalten u.a. folgende Punkte:

„Die Fortführung der Mobilisierung und Organisierung der gesamten Fähigkeiten unseres Volkes, innerhalb und außerhalb unseres Heimatlandes, für einen langwierigen Volkskrieg mit dem Ziel der vollständigen Befreiung und der Schaffung eines demokratischen Staates ... Die Verbindung des palästinensischen Kampfes mit dem gesamten arabischen Kampf über eine Front aller nationalen und fortschrittlichen Kräfte, die dem Imperialismus, Zionismus und Neokolonialismus feindlich gegenüberstehen."

(Alles nach: „Palestine lives, PLO-Research-Center", Beirut, 1973)

Die „realistische" Politik, von der der PLO-Sprecher redete, steht in klarem Widerspruch zu diesem Programm und im Widerspruch zu den öffentlichen Stellungnahmen der PLO-Sprecher. So hat z.B. Abu Iyad bekanntlich öffentlich erklärt, daß es nun keine Kompromisse mehr geben könne und sich für den Volkskrieg ausgesprochen.

Der PLO-Sprecher in Göttingen wollte offenbar die Verträge von Damaskus als die Hauptlinie der PLO-Politik ausgeben. Es wäre nötig, daß er einmal erklärt, wie er sich die Wiederherstellung der im Kairoer Abkommen vereinbarten Rechte der Palästinenser im Libanon vorstellt, wenn inzwischen drei von den ursprünglichen 15 Flüchtlingslagern in Libanon (Dubaya, Dschisr al Bascha, Tall as Saatar) von den Faschisten und syrischen Besatzern, eines (Nabatiyah) von den Zionisten zerstört wurde, drei weitere (Baadawi, Nahr al Barid, Ba'albakk) wahrscheinlich derzeit unter syrischer Kontrolle stehen und Südlibanon (Arqub) teilweise von Faschisten und Zionisten besetzt ist. Kann zudem jemand zehntausende gefallene Kämpfer und blutig massakrierte palästinensische Menschen, deren Tod auf das Konto der Faschisten und der syrischen Intervention kommt, wieder zum Leben erwecken? Wir möchten, daß der PLO-Sprecher klar sagt, daß er dies in Kauf nehmen will, daß er also die Kapitulation der Palästinenser unterstützt.

Eine Argumentation der Art, daß wir uns mit einer Kritik an Arafat auf die Seite der syrischen Intervention stellen, ist uns wohlbekannt. So reden Gewerkschaftsführer und Revisionisten, wenn sie unsere Genossen als Chaoten bezeichnen. **Wenn der PLO-Sprecher einen Radikalenerlaß in der Palästina-Solidaritätsbewegung durchsetzen möchte, so soll er das offen tun, damit jeder klar sehen kann, wer der Spalter ist.**

Es ist uns bekannt, daß die syrischen Besatzer gerne Arafat durch eine syrische Marionette ersetzen würden. Dies ist ein Teil des Versuchs, den palästinensischen Befreiungskampf niederzuschlagen und wir verurteilen das. Wir meinen aber, daß dieser Versuch nur gelingen kann, wenn sich Arafat von den Zielen und Wünschen der palästinensischen Massen trennt. Seine Führung ist ihm vom palästinensischen Volk gegeben worden und kann ihm nur vom Volk wieder entzogen werden. Sie hängt davon ab, daß er sich klar an die Spitze der revolutionären Bewegung des palästinensischen Volkes stellt. Arafat hat sich offenbar bisher wohlweislich gehütet, sich persönlich mit den syrischen und den faschistischen libanesischen Mördern seines Volkes an einen Tisch zu setzen und mitzuhelfen, die Toten unter den Teppich zu kehren. Der PLO-Sprecher hat das entweder nicht begriffen – das wäre die höflichste Erklärung – oder er spekuliert persönlich auf eine kommende Niederlage der PLO und will jetzt auf eigene Faust im Trüben fischen.

Den Glauben, daß die arabischen Regimes und die Imperialisten einmal geschlossene Verträge auch einhalten und die Rechte des palästinensischen Volkes garantieren, haben die Palästinenser 1921, 1936, 1948, 1956, 1970 und 1973 (um nur einige markante Daten zu nennen) blutig quittieren müssen. Mag man versuchen, den Zuhörern in der BRD diesen Glauben noch einmal einzureden, aber man soll nicht verlagen, daß wir das unterstützen.

Jeder Fortschritt für das palästinensische Volk hat sich in der Vergangenheit auf den bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes gestützt. Der Beginn der Aktionen gegen Israel 1965, der Sieg von Karamah 1968, die Siege in Libanon 1969 und 1973, der Widerstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten, das ist die Basis, auf der Arafat stand, als er seine Rede vor der UNO hielt. Die PLO-Führung hat vom palästinensischen Volk den klaren Auftrag, auf diesem revolutionären Weg weiterzugehen. Wir werden jeden Schritt auf diesem Weg propagieren und unterstützen.

Die Situation in Libanon bedroht den gesamten Fortgang des palästinensischen Befreiungskampfes. Wir erklären ausdrücklich, daß wir deshalb so breite und so effektive Aktionseinheiten wie nur möglich zur Unterstützung unserer kämpfenden Genossen in Libanon herbeizuführen wünschen. **Gegenüber Leuten, die die PFLP als „Abenteurerhaufen" und den KB als „Spalter" bezeichnen, fordern wir ausdrücklich die Einheit der PLO als Kampforganisation des palästinensischen Volkes.**

Noch eine Nebenbemerkung. In ihrer Stellung zur Sowjetunion hat die PLO eine eindeutige Position bezogen. So lobte z.B. Abu Lutuf (Kaddumi) am 24.9. bei der Eröffnung eines Büros der PLO in Prag *„die Unterstützung der sozialistischen Länder, vor allem der Sowjetunion, für die palästinensische Revolution ... "* (Stimme Palästinas, 25.9.76, 16 Uhr). In vollem Gegensatz dazu steht, daß der Vertreter der PLO in Bonn, Frangie, seinen Namen für die Unterstützung der Supermachttheoretiker mißbrauchen läßt: *„Gegenüber der sozialimperialistischen Supermacht, die ihre Einmischungsversuche unter dem Deckmantel der ‚Hilfe' betreibt, unterstrich der Vertreter der PLO unter dem Beifall der Zuhörer die Haltung der VR China ... "* (Ortsbeilage der KVZ in Hamburg, 26.8.76).

Wir fordern die Mitglieder und Sympathisanten der PLO in der BRD auf, sich von Leuten zu distanzieren, die im Namen der PLO die Linie der PLO verdrehen und Sektierern nach dem Mund reden. Sie sollten darauf achten, daß sich nicht im Ausland in der PLO die Spalter breit machen, während die PLO in Libanon schwere Kämpfe durchsteht.

Nahostkommission

Streiks in Zukunft illegal?

Westberlin. In einem Rechtsstreit von ausgeschlossenen Streikbrechern gegen die Gewerkschaft IG Druck und Papier wurde in erster und zweiter Instanz erstmals ein offizieller gewerkschaftlicher Streik für „illegal" erklärt.

Das Urteil wird derartig prinzipiell „begründet", daß damit keineswegs nur der diesjährige Druckerstreik von dieser Illegalisierung betroffen ist, sondern mit derselben Begründung tatsächlich jeder Streik für „illegal" erklärt werden könnte.

Das eröffnet für die Kapitalisten völlig neue Perspektiven: Nicht nur, daß damit keine Streikbrecher aus der Gewerkschaft mehr ausgeschlossen werden können, sondern die Gewerkschaften könnten damit voll für jeden Streik haftbar gemacht werden. Wenn dieses Beispiel Schule macht, würde damit praktisch das Streikrecht in der BRD aufgehoben sein – eine Praxis, wie sie nur in faschistischen Staaten üblich ist.

Offensichtlich von den Druckkapitalisten dazu veranlaßt, klagten mehrere wegen Streikbruchs ausgeschlossene Abteilungsleiter der „Tagesspiegel"-Druckerei Merkator (Westberlin) gegen ihre Ausschlüsse aus der DruPa. Die Kläger waren maßgeblich am Zustandekommen der „Tagesspiegel"-Notausgabe vom 10.4.76 beteiligt. Das Landgericht Westberlin schloß sich der Argumentation der Streikbrecher an, nach der diese Arbeiten im Rahmen ihrer Tätigkeit als Abteilungsleiter wahrgenommen hätten, außerdem sei der Streik als eine Art „Strafmaßnahme gegen die Zeitungsdruckereien" rechtswidrig gewesen („Tagesspiegel", 3.10).

Das Kammergericht, das die Berufung der IG Druck und Papier verhandelte, ging sogar noch weiter: Der Streik sei insgesamt rechtswidrig gewesen, da er zum einen gegen die Dru-Pa-Satzung verstoßen habe, da die Maßnahmen von der dazu nicht befugten Streikleitung und nicht von den satzungsgemäßen Organen ausgerufen worden seien.

Dieses erste formale Argument gegen die Rechtsmäßigkeit des Streiks ist total hergesucht, da es sowieso gar keinen Widerspruch zwischen den örtlichen Streikleitungen und der zentralen Streikleitung gegeben hat.

Aber bei dieser formalen Argumentation blieb es nicht, der Streik sei auch davon abgesehen *„sozial inadäquat und damit rechtswidrig"* gewesen (ebenda). „Sozial inadäquat", das ist ein sehr dehnbarer Begriff, d.h. faktisch auf jeden Streik ausdehnbar. Und in der Tat, die vom Gericht gegebene „Begründung" dafür bestätigt das: Der Streik sei „sozial inadäquat" deshalb, weil er entgegen früheren Planungen in erster Linie die *„Herausgabe der Zeitungen am 10.4. verhindern"* sollte, während ursprünglich Arbeitsniederlegungen in allen Druckbetrieben geplant gewesen seien.

Wogegen soll sich denn sonst ein Streik der Drucker richten, wenn nicht gegen die Herausgabe von Zeitungen? Oder bei anderen Branchen gegen deren Produkte oder Dienstleitungen, die natürlich alle sozial von Bedeutung sind. Die Argumentation des Gerichtes knüpft hier an die Hetze der Kapitalisten und ihrer Schreiberlinge an, die bei allen wesentlichen Streiks der letzten Jahre verbreitet wurde: Die Fluglotsen dürften demnach nicht streiken, weil das die Sicherheit der Flüge beeinträchtige oder Krankentransporte verhindere, im öffentlichen Dienst bliebe der Müll liegen, der Druckerstreik hebe die Pressefreiheit auf usw. usf.

Das Gericht zog daraus den Schluß, daß der Streik *„nicht mehr unmittelbar auf die Erreichung tarifvertraglich regelbarer und damit zulässiger Streikziele für die Beschäftigten der Druckindustrie"* ausgerichtet gewesen sei, außerdem sei er darüberhinaus sowieso unverhältnismäßig gewesen, da unmittelbar weitere Verhandlungen angestanden hätten und somit „mildere Kampfmittel" angemessen und geboten seien.

Das ist eine allgemein anwendbare Möglichkeit, j e d e n Streik zu illegalisieren. Der Kapitalist braucht nur mit Verhandlungen zu winken – Lohnerhöhungen braucht er wie beim Druckerstreik dabei gar nicht anzubieten –, und schon wird ein Streik illegal. Es müssen „mildere Kampfmittel" angewandt werden, wie etwa das Arbeiten mit knurriger Miene!

Bei diesem totalen Angriff auf das Streikrecht wird mit Einlenken seitens der Gewerkschaftsführung bereits fest gerechnet. So schrieb der „Tagesspiegel" dazu (ebenda): *„Da der Vorsitzende des Berliner Landbezirks der IG Druck und Papier, Gert Ballentin, in der Berufungsverhandlung zu erkennen gab, daß auch die in diesem Frühjahr im Druckereigewerbe durchgeführten Kampfmaßnahmen ebenso wie im Jahr 1973 lediglich von der „zentralen Streikleitung" im einzelnen festgelegt worden seien, wird diese Entscheidung nicht ohne Auswirkungen auf die rechtliche Einschätzung des diesjährigen Druckerstreiks bleiben."*

Das Kammergericht hat wegen der „grundsätzlichen Bedeutung" der Sache die Revision beim Bundesgerichtshof zugelassen. Wie werden sich die DruPa-Führer verhalten? Traurig genug ist schon, daß die Kollegen – wenn überhaupt – nur aus der bürgerlichen Presse davon erfahren können. Was wird, wenn die Kapitalisten diese Entscheidung des Gerichts ausschlachten und entsprechend Schadenersatzklage erheben?

Schon 1956/57 beim Schleswig-Holsteiner Metallarbeiterstreik (s. Kasten) erreichten die Kapitalisten damit Beschneidungen der gewerkschaftlichen Rechte!

Diesem Angriff muß die Mobilisierung der Gewerkschafter entgegengestellt werden!

Druckkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Vor 20 Jahren: Schadensersatzklage der Kapitalisten gegen streikende Metaller führt zur Einschränkung des Streikrechts!

Vom 24.10.1956 bis 14.2.1957 standen die schleswig-holsteinischen Metaller geschlossen im Streik für einen neuen Rahmentarifvertrag. Dieser Streik stand nicht nur unter einer unglaublichen Hetzkampagne seitens der Kapitalisten, sondern hier wurde auch ein Gerichtsverfahren auf Schadensersatz zur Einschränkung des Streikrechts ausgenutzt!

Nach fünf Wochen Streik verklagte der Kapitalistenverband die IG Metall auf Schadensersatz wegen „Bruchs der Friedenspflicht". Obwohl die IG Metall erklärte, daß *„jeder juristisch geschulte Mensch auf den ersten Blick"* feststellen könne, *„der nun angestrengten Klage fehlt jede Grundlage"*, wurde sie vom Bundesarbeitsgericht zu 38 Mio. DM Schadensersatz verklagt.

Die Kapitalisten „verzichteten" dann auf die Schadensersatzzahlung, die IG Metall auf die Verfassungsklage gegen das BAG-Urteil.

Darüberhinaus stimmte die IG Metall 1963 damit auch zusätzlich einer neuen „Schlichtungsautomatik" zu, die sie erst einmal zur Schlichtung verpflichtet nach Scheitern von Tarifverhandlungen.

(Angaben aus UNSER WEG-Sondernummer: „Der Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein 1956/57")

In der Diskussion:

'Der kleine Unterschied'

Im AK 87 haben wir uns erstmals mit dem insbesondere in der Frauenbewegung viel gelesenen Buch von Alice Schwarzer, „Der ‚kleine Unterschied' und seine großen Folgen" kritisch auseinandergesetzt.

Dieser Artikel hat relativ viel Kritik bei Genossen, Sympathisanten und sonstigen Lesern hervorgerufen. Einige der Kritiken drucken wir hier ab.

Generell lassen sich die Kritiken in zwei Arten unterscheiden: Einige sind vorwiegend aggressiv und giftig, verteidigen Alice Scharzer sozusagen „mit Zähnen und Klauen". Zwar wird teilweise argumentiert, unser Artikel hätte „alle Frauen verarscht", denen Alice Schwarzers Buch „die Augen geöffnet" hat; deutlich wird aber, daß es oft gerade auch diese
aber, daß es oft gerade auch diese
Kritiker selbst sind, die sich ganz persönlich durch den Artikel angemacht fühlen. Kritiken dieser Art sind eindeutig die Minderheit.

Die Mehrheit sind Kritiken, die davon ausgehen, daß die Stoßrichtung des Artikels in AK 87 im Wesentlichen richtig gewesen sei, aber einzelne Aussagen falsch bzw. oberflächlich seien, daß Zitate aus dem Zusammenhang gerissen worden seien (zu Recht wird geklagt, daß bei den Zitaten Seitenangaben fehlten) und ähnliches.

Generell ist zu sagen, daß es verfehlt wäre und selbstverständlich zu falschen Ergebnissen führen muß, den Artikel l o s g e l ö s t von den Standpunkten zu sehen, die wir uns bisher schon zur Frauenfrage (beispielsweise zur Frage der doppelten Unterdrückung, homosexueller Beziehungen u.a.m.) erarbeitet haben. Diese Standpunkte, die vom KB derzeit als einziger Organisation mit kommunistischem Anspruch überhaupt vertreten werden, wurden selbstverständlich in dem betreffenden Artikel nicht alle noch einmal wiedergekäut. Eine Forderung, dies zu tun, halten wir auch für einigermaßen absurd. So ist klar, daß wir uns der besonderen Unterdrückung der Frau auch durch den Mann bewußt sind und beispielsweise in dieser Sache heftige Auseinandersetzungen mit dem KBW hatten, der diese Tatsache leugnet. Längst geklärt ist auch die Frage lesbischer Beziehungen in unserer Frauenarbeit. Niemand wird deswegen „schief angesehen" oder gar belatschert, Beziehungen zu Männern seien für eine Frau doch das einzig Wahre ...

Kritik, die sich in solchen Punkten an selbst errichteten Popanzen festbeißt, geht folglich an der Sache glatt vorbei.

Würde sich Alice Schwarzer darauf b e s c h r ä n k e n, Mann-Frau-Beziehungen schwarz in schwarz und als ausweglose Katastrophe darzustellen und demgegenüber lesbische Beziehungen anzupreisen, so wäre das mehr oder weniger eine (sachlich nicht einmal unbegründete) Marotte ohne politisches Interesse, eine Heilslehre für die Behandlung der individuellen „zwischenmenschlichen Beziehungen". Betroffen wären insoweit nur die Männer als Geschlechtswesen, die vielleicht in Panik geraten können, daß ihnen die Frauen auf diese Weise ausgespannt werden sollen. Die p o l i t i s c h e Dimension erhält diese Sache ja erst dadurch, daß Alice Schwarzer die Unterdrükkung der Frau durch den Mann zum gesellschaftlichen H a u p t w i d e r s p r u c h macht (und hierbei wiederum das „Schwanzficken" sozusagen zum wichtigsten Hebel der ganzen Angelegenheit). Dies wird dann direkt gegen den Klassenkampf, gegen den Sozialismus, gegen die Linken ausgespielt.

Was d i e s e n Teil des Artikels angeht, ist auch kaum Widerspruch gekommen – abgesehen von einigen „Unentwegten", die der Meinung waren, „ihre" Alice selbst auf diesem schlüpfrigen Terrain noch verteidigen zu müssen. Und sei es auch nur in der Form, daß man zwar pauschal die Kritik an Alice Schwarzer in diesem Punkt anerkennt, aber sie gleich wieder abschwächt durch inhaltlich nicht belegte Behauptungen, unsere entsprechende Kritik sei „unzureichend", „polemisch" etc. gewesen.

Was den anderen Teil der Sache angeht, also Alice Schwarzers Thesen zur Beziehung Mann-Frau im engeren Sinn, so enthält die große Mehrheit der Kritiken in erster Linier den Vorwurf, es sei gar nicht so, daß die Schwarzer lesbische Beziehungen als e i n z i g e n Ausweg propagiert, wie im AK 87 behauptet wurde. Als Beweis wird ein Zitat aus dem „Kleinen Unterschied ..." angeführt, daß nicht alle Frauen lesbisch zu werden brauchten und daß es nicht um die Aufrichtung neuer Normen gehe.

Wir meinen, daß diese Kritiken den Sachverhalt nicht treffen und Ausdruck eines allzu naiven, gutmütigen Herangehens an das Schwarzer-Buch sind. Denn in doppelter Weise, sowohl praktisch wie auch theoretisch, läuft das Buch genau auf das hinaus, was in AK 87 gesagt wurde:

– Zum einen summiert die Schwarzer ihre „Reportagen" so, daß praktisch überall eine lesbische Beziehung als einzige Lösung herausschaut oder eine Mann-Frau-Beziehung (selbstverständlich ohne „Schwanz-Ficken") höchstens noch als ganz rare Ausnahme vorkommt. Das ganze Buch läuft darauf hinaus, daß die Männer generell versaut und vorerst nicht zu retten sind und daß folglich die lesbische Beziehung (zumindest erst mal „vorübergehend") als in der Regel einziger Ausweg bleibt.

– „Theoretisch" definiert Alice Schwarzer: a) *„Liebe ist eben nur unter Gleichen möglich und nicht unter Ungleichen"*, und b) *„Mann-Frau-Beziehungen sind – unabhängig vom Willen des einzelnen Individuums (!!) – qua Funktion (?!) in dieser Gesellschaft Herrschaftsverhältnisse"*. Es kann sich also – gesetzt mal der Fall ... – der Mann noch so gutwillig anstrengen: 'ne Herrschaftsbeziehung bleibt's halt doch ... Und Herrschaftsbeziehung heißt Ungleichheit, also ist Liebe zwischen Mann und Frau nicht möglich. Oder Alice Schwarzer müßte schon ihre eigenen Theorien widerlegen.

Es ist demgegenüber müßig, auf das Zitat von A.S. hinzuweisen, daß ja nicht a l l e Frauen nun gleich lesbisch werden m ü ß t e n. Denn die gemeinte Richtung ist vollkommen klar.

Und, wie gesagt, warum auch nicht? Warum sollten Menschen nicht versuchen dürfen, lesbische oder schwule Beziehungen als ganz besonders erstrebenswert darzustellen und bisher heterosexuelle lebende Menschen dafür zu gewinnen? Kritisch wird die Sache bei Alice Schwarzer für uns als Kommunisten erst da, wo sie zugleich mit ihrem speziellen sexuellen Ratschlägen reaktionäre, antikommunistische Politik an die Frau zu bringen versucht, wo es sozusagen nicht mehr in erster Linie heißt: „Sexuelle Freiheit statt Zwangsheterosexualität", sondern „Sexuelle Freiheit statt Sozialismus" (man gestatte uns den Kalauer, der unserer Meinung nach die Sache ziemlich klar trifft!).

Was wir den schwulen oder lesbischen Nicht-Kommunisten, die unsere Kritik an Alice Schwarzer nicht verstehen, sagen müssen: Homosexuelle Beziehungen im Kapitalismus unterliegen allen Arten von Schwierigkeiten, Widrigkeiten, entwürdigenden und unmenschlichen Bedingungen usw., wie gerade diesen Menschen ja bekannt ist. Homosexualität als eine nicht diskriminierte, wahrhaft menschliche und gleichberechtigte Form der Sexualität wird erst der Sozialismus bringen können. Wer, wie Alice Schwarzer, den „Geschlechterkampf" gegen den Klassenkampf und gegen den Sozialismus auszuspielen versucht, wendet sich darum letzten Endes gegen die Interessen der Schwulen und Lesben selbst – auch wenn er noch so wortgewandt sich als deren Anwalt ausgibt.

Wir sagen beileibe nicht, daß die sozialistische Revolution garantiert und auf einen Schlag die Gleichberechtigung der Homosexualität bringen wird, ebensowenig wie sie gleich die Befreiung der Frau von ihrer Unterdrückung durch den Mann bringen wird. Es gibt Beispiele, wo die sozialistische Revolution einen repressiven R ü c k s c h l a g gerade für die Homosexuellen gebracht hat, und eine freundliche Absichtserklärung des KB wäre natürlich für niemanden eine Garantie. Hier gilt insgesamt, daß die Revolution das sein wird, was wir gemeinsam aus ihr machen. Und eine Beteiligung auch der Schwulen und Lesben am revolutionären Klassenkampf ist dafür sicher eine günstigere Voraussetzung, als der bloße Versuch, sich in der „zwangsheterosexuell" dominierten Welt als Homosexueller irgendwie einzurichten.

Ein Bochumer Genosse schreibt in seiner Kritik, Alice Schwarzer sei Vertreterin sozialdemokratischer Standpunkte. Angeführt wird ihr Eintreten gegen den § 218, womit sie sich als zum fortschrittlichen Teil des politischen Spektrums gehörig ausgewiesen habe.

Diese Meinung teilen wir so ohne weiteres nicht. Richtig ist, daß
weiteres nicht. Richtig ist, daß
selbstverständlich die Feministinnen jeder Coleur gegen den § 218 auftreten, alles andere würde sie ja völlig unglaubwürdig machen. Aber reicht das für die Kennzeichnung „fortschrittlich"?

Alice Schwarzer kritisiert gerade die Arbeiterbewegung (und da beziehen wir, im Sinne des kleinbürgerlichen Verständnisses von Alice Schwarzer, auch SPD und DGB ein) besonders herb als „von linken Patriarchen beherrscht". Alice Schwarzer greift nicht etwa b e s o n d e r s die Hauptpartei der Reaktion, die CDU/CSU an, deren Politik extrem frauenfeindlich auf allen Gebieten ist. Sondern sie versucht im Gegenteil, unter dem Stichwort „männerbeherrscht" die Unterschiede zwischen der extremen Frauenfeindlichkeit der CDU/CSU, zwischen der etwas weniger krassen Frauenfeindlichkeit der SPD und zwischen Standpunkten links von der SPD zu verwischen – alle „Patriarchen" wandern in den großen Topf.

Objektiv wirkt sich dieses Vorgehen als Beschönigung gerade der übelsten Frauenfeinde aus. Und mehr noch: Den Frauen soll eingeredet werden, die „Linke" insgesamt (von der SPD bis zu den Kommunisten) sei um keinen Deut besser (im Gegenteil: womöglich noch schlimmer!) und sei für die Frauen keine Alternative. Was herauskommt, ist der schiere Antikommunismus (die kommunistischen Organisationen sind ebensolche „Männerparteien" wie die CDU/CSU) und der Versuch, die Frauen von der Beteiligung am Klassenkampf abzuhalten.

Das Buch von Alice Schwarzer ist im Grunde ein reaktionäres, konterrevolutionäres Buch. Daran ändert es nichts, daß dieses Buch für viele Frauen (allerdings wohl weniger für proletarische Frauen) wichtige Denkanstösse gegeben hat, daß es ihnen teilweise geholfen hat, ihre Situation besser zu begreifen, sie nicht als individuelles Mißgeschick oder gar persönliches Versagen mißzuverstehen. Alice Schwarzer setzt an einem Anliegen an, daß den meisten Frauen „auf den Nägeln brennt". Aber sie tut das in einer Weise, die die Frauen nicht voran bringen soll, sondern letztlich zurückzerren soll, die sie auf „Geschlechterkampf" s t a t t Klassenkampf orientieren soll (während „Geschlechterkampf" als T e i l des Klassenkampfes und diesem insgesamt untergeordnet sehr wohl sinnvoll und nötig ist).

Es scheint Genossinnen (und z.T. auch Genossen) zu geben, die gegenüber Alice Schwarzer eine Art von mystischer Dankbarkeit empfinden und an Kritik an deren reaktionären Grundpositionen nur zögernd, halbherzig herangehen.

Ein Problem aufzugreifen, um es dann reaktionär zu wenden – das halten wir indessen weder für verdienstvoll noch fortschrittlich.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg
und AK-Redaktion

In AK 87 veröffentlichten wir eine wahrheitswidrige Karikatur von Alice Schwarzer (siehe Kasten rechts oben). Wir ziehen diese hiermit zurück und bringen eine korrigierte Darstellung.

Kritik

1

Ich gehöre zu denjenigen, die A. Schwarzers Buch vor längerer Zeit gelesen hatten und es spontan fortschrittlich fanden, wenn mir auch damals bereits klar war, daß sie eine Vertreterin der bürgerlichen – sagen wir einmal sozialdemokratischen – Frauenbewegung ist. Doch dies Buch eignete sich hervorragend dazu, gerade die sexuelle Unterdrückung der Frau zu diskutieren und bei vielen Frauen überhaupt erst Gedanken an Widerstand und Selbstorganisation aufkommen zu lassen. Die eigentliche Bedeutung dieses Buches liegt gerade darin, daß bisher weitgehend tabuisierte Themen in aller Offenheit angepackt wurden. Man erkannte sich quasi in den Protokollen wieder. A. Schwarzer gelang es gerade dadurch, daß die kommunistische Bewegung selbst das Thema sexuelles Rollenverhalten weitgehend tabuisierte, das reale und weitverbreitete Bedürfnis wohl der meisten Frauen (und auch Männer) nach Diskussion und Veränderung eines bestimmten reaktionären Rollenverhaltens aufzugreifen und ihre bürgerliche Ideologie damit verbunden zu unterschieben. Das versetzt einen Kritiker des AK-Artikels in die üble Rolle eines Verteidigers von A. Schwarzer. Darum möchte ich vor Beginn meiner Kritik die gemeinsame Kritik an Schwarzer herausstellen.

„Nichts, weder Rasse noch Klasse bestimmt so sehr ein Menschenleben wie das Geschlecht“. Dieser Satz ist charakteristisch für die bürgerliche Frauenbewegung und A. Schwarzers Thesen. Für sie ist der Hauptwiderspruch seit Jahrtausenden der zwischen Mann und Frau, und Klassenwidersprüche sowie alle übrigen erscheinen ihr nur abgeleitet, untergeordnet: *„Über Jahrtausende wurde Menschengeschichte systematisch zur Männergeschichte verfälscht (und die wiederum zur Geschichte einiger weniger)“* (S.185). Sie verkennt, daß die geschlechterspezifische Arbeitsteilung auf die Klassenwidersprüche zurückzuführen ist, daß Männer- wie Frauenrollen seit dem Aufkommen der Klassengesellschaft entstanden sind in unterschiedlichen Formen, und daß eine Überwindung des heute vorherrschenden und die Frau unterdrückenden Rollenspiels letztlich nur durch die Aufhebung der Klassengesellschaft zu erreichen ist. A. Schwarzer stellt oberflächlich fest, daß Geschlechterrollen nicht naturgegeben sind: *„Männlichkeit und Weiblichkeit sind nicht Natur, sondern Kultur“* (Seite 178). Sie hinterfragt aber nicht die ökonomischen und sozialen Ursachen der Herausbildung der Geschlechterrollen, sondern begnügt sich damit, festzustellen, eine patriarchalische Gesellschaft sei nicht naturgegeben und eine Gesellschaft gleichberechtigter Menschen möglich. Die Gleichberechtigung will sie durch den Kampf der Frau gegen den Mann erreichen. Sowenig, wie sie die historischen Ursachen der Unterdrückung der Frau erkennt, stellt sie den Emanzipationskampf der Frau in Zusammenhang mit der Teilung der Gesellschaft in Klassen und der Notwendigkeit, den Klassenkampf gegen die Kapitalisten zu führen. Die These, die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen wie A. Schwarzer entgegengehalten werden muß, lautet: Nur durch den Klassenkampf ist die Befreiung der Frau zu erreichen, da die Unterdrückung der Frau eine Folge der Klassenwidersprüche ist. Diese bürgerlichen Theorien von A. Schwarzer sind nun nicht nur einfach falsch, sondern sie schaden der proletarischen Frauenbewegung stark, da sie falsche Widersprüche in den Mittelpunkt rücken. Die These, daß der Kampf gegen den Mann und die „Männergesellschaft“ das wesentliche sei, führt zur Verschleierung des Klassengegensatzes. Die Klassenwidersprüche zwischen bürgerlichen Frauen und proletarischen Frauen sind ebenso vorhanden und ausgeprägt, wie die zwischen bürgerlichen Männern und proletarischen Männern. Die proletarischen Frauen vertreten ihre Interessen dann am besten, wenn sie mit ihren proletarischen Männern gemeinsam gegen bürgerliche Frauen wie Männer kämpfen. Der Kampf gegen den „Mann“ spaltet die Arbeiterklasse, schwächt sie und soll die proletarischen Frauen dazu bringen, mit ihren weiblichen Unterdrückern gemeinsame Sache zu machen. Dabei ist es absolut unerheblich, daß die bürgerlichen Frauen auch von ihren Männern unterdrückt werden. Sollen sie doch. Die sich daraus herleitenden Widersprüche innerhalb der Kapitalistenklasse können den Arbeitern nur nützen!

Bei aller Schärfe dieser Kritik sollte aber nicht vergessen werden, daß Schwarzer ideologisch der reformistischen, klassenversöhnlerischen, bürgerlich-radikalen Strömung zuzurechnen ist. Sie greift in sehr vielen Punkten richtige Dinge auf und führt einen radikalen Kampf um Ziele, die auch die Ziele der proletarischen Frauenbewegung sind (z. B. Kampf um die Abschaffung des § 218). Damit gehört sie zum fortschrittlichen Teil des vorhandenen politischen Spektrums. Der Hauptfeind der proletarischen Frauenbewegung ist sicher nicht A. Schwarzer und die Richtung, die sie vertritt, sondern ist vielmehr die klerikal-reaktionäre, unsere Gesellschaft beherrschende Ideologie und Politik Die proletarische Frauenbewegung muß ihre eigene Selbstständigkeit gegenüber allen bürgerlichen Tendenzen herausstellen und von daher ist es auch unbedingt notwendig, sich entschieden von Schwarzers Thesen abzuwenden und sie zu bekämpfen. Auf der anderen Seite hingegen ist es genauso notwendig, wo immer das möglich ist, auf der Ebene der Aktionseinheit mit der fortschrittlichen bürgerlichen Frauenbewegung zusammenzuarbeiten, um dem Kampf um die unmittelbaren Ziele der proletarischen Frauenbewegung eine möglichst große Breite zu geben.

Ausgehend von dieser grundsätzlichen politischen Einschätzung Schwarzers bin ich der Meinung, daß der Artikel im AK diese notwendige Zusammenarbeit mit keinem Wort erwähnt, sondern eine bedingungslose Feindschaft dieser Richtung gegenüber an den Tag legt. Dies geschieht sicherlich nicht explizit, aber wie ich meine, ist so der Tenor. Ich fände es gut, wenn der AK eine politische Einschätzung der fortschrittlichen bürgerlichen Frauenbewegung abgeben würde und seine Politik ihr gegenüber kennzeichnen würde.

Ich bin der Meinung, daß die Funktion dieses Artikels wohl die sein sollte, dem Einfluß der fortschrittlichen bürgerlichen Frauenbewegung und ihrer Ideologie innerhalb der autonomen Frauenbewegung entgegenzutreten, um die wohl noch relativ schwache proletarische Frauenbewegung zu stärken und ideologisch zu festigen. Dies ist sicherlich notwendig und zu begrüßen. Dabei sollte man unbedingt so argumentieren, wie ich es oben skizziert habe, weil genau hier der große Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung liegt. Ich meine allerdings, daß der Artikel einige größere Mängel enthält, die der bürgerlichen Frauenbewegung unnötige Angriffsflächen bieten und von der eigentlichen Fragestellung ablenken. Ich will diese Fehler im Folgenden einmal aufzeigen:

1. Es ist die Rede von A. Schwarzers „frauenfeindlichen, sexualfeindlichen und arbeiterfeindlichen“ Thesen. Dies stellt zumindest eine gewaltige Übertreibung dar. Hier wird überhaupt nicht berücksichtigt, daß ein Großteil der Thesen Schwarzers ausgesprochen den Interessen der Frauen, der proletarischen Frauen entsprechen, daß ihre Thesen absolut nicht generell sexualfeindlich sind. Diese verabsolutierende Betrachtung ist ganz schön schematisch und im Stile der „ML“er abgefaßt und kennzeichnet den von mir oben unterstellten Tenor.
2. Es heißt im Artikel: *„Die Ablehnung der partnerschaftlichen Sexualität zwischen Frau und Mann geht bei A. S. schließlich so weit, daß sie für die Abschaffung des Schwanzfickens plädiert“*. Erstens halte ich den Vorwurf, A. S. sei gegen partnerschaftliche Sexualität zwischen Mann und Frau für aus der Luft gegriffen, und zweitens wird an diesem Zitat deutlich, daß die Verfasser(-innen) partnerschaftliche Sexualität offenbar mit „Schwanzficken“ gleichsetzen. Die eigentliche Intention A. S. wird hier wie an anderen entsprechenden Stellen des Artikels entweder nicht verstanden oder aber ignoriert.

Das Anliegen Schwarzers ist doch folgendes: Sie stellt die nicht zu verleugnende Tatsache fest, daß Frauen eine teilweise andere Sexualität haben als Männer und die sich daraus ergebenden Probleme. Insbesondere zeigt sie, daß Männer Frauen die Praktik des Bumsens entgegen deren Bedürfnissen mehr oder minder bewußt aufzwingen, weil sie ihren Bedürfnissen entspricht. An diesem sexuellen Verhalten offenbart sich die Unterdrückung der Frau auf sexuellem Gebiet. Die einseitige Befriedigung der männlichen Bedürfnisse durch das ausschließliche oder hauptsächliche Bumsen nennt sie Sexmonopol des Mannes, welches es zu brechen gilt. Sie fordert die Abschaffung des Bumsens, keineswegs aber die Abschaffung der partnerschaftlichen Sexualität zwischen Frau und Mann. An vielen Stellen ihres Buches führt sie aus, daß partnerschaftliche Sexualität eben darin besteht, an Stelle des Bumsens andere Praktiken anzuwenden, die genauso befriedigend sind für beide Partner, aber den Bedürfnissen der Frau gerecht werden. Hierzu als Beweis einige Zitate:

„Die Ärztinnen sind verunsichert durch die bei ihnen auftauchenden Fälle von ‚Virginität' in der Ehe, Ehen also, in denen der Geschlechtsverkehr nicht vollzogen wurde. Oft sind die Paare jahrelang, manchmal sogar jahrzehntelang verheiratet. In den seltensten Fällen stehen die Frauen unter einem akuten Leidensdruck, einige Paare haben sogar Liebespraktiken (manuell oder oral-genital), bei denen beide subjektiv durchaus befriedigt sind und auch zum Orgasmus kommen“ (S. 197). *„In einer Kultur, in der Zeugung nicht primärer Impuls für menschliche Sexualität ist, müßte also bei freien Entfaltungsmöglichkeiten die Homosexualität ebenso selbstverständlich sein wie Heterosexualität und Eigensexualität ... Nur eine zum Dogma erhobene Heterosexualität kann das männliche Sexmonopol sichern ...“* (S. 206).

Sie wendet sich also klar nur gegen die „Zwangsheterosexualität“. Es gibt tatsächlich keine einzige Stelle in ihrem Buch, wo sie sich gegen partnerschaftliche Beziehungen zwischen Mann und Frau ausspricht. Sie umreißt auch genau ihr Idealbild: „Das hieße, daß Menschen in erster Linie Menschen wären und nur in zweiter Linie biologisch weiblich oder männlich. Geschlecht wäre nicht mehr Schicksal“ (S. 207). Damit entwirft sie ein Modell der Pansexualität, wo Menschen untereinander unabhängig vom Geschlecht emotionale und sexuelle Beziehungen eingehen. (Daß das Utopie ist, sagt sie übrigens selber). Ich meine, daß dies ihre wirkliche Intention ist.

A. S. kritisiert ein bestimmtes unterdrückendes Rollenverhalten in heterosexuellen Beziehungen und kritisiert ferner die zum Dogma erhobene Zwangsheterosexualität. Das ist völlig richtig. Die verschiedenen Formen der Sexualität stehen gleichberechtigt nebeneinander und sollten von jedem frei gewählt werden, sofern dies natürlich aufgrund der bekannten Abhängigkeiten überhaupt heute möglich ist. Offensichtlich hält A. S. es aber für weitgehend aussichtslos, das die Frau unterdrückende Rollenspiel innerhalb heterosexueller Beziehungen zu überwinden. Das hat seine Ursache darin, daß es normalerweise ungeheuer schwierig ist, sich innerhalb eines unterdrückenden Verhältnisses zu emanzipieren. Da ist es schon ganz schön naiv zu schreiben: *„Wir meinen, daß der Kampf gegen diese Vorurteile aufgenommen werden muß und meinen im Gegensatz zu Alice Schwarzer, daß es darauf ankommt, daß wir Frauen unseren Männern und Freunden einfach zeigen müssen, wie unser Körper funktioniert“*. Dies mag ja der richtige Weg sein, wenn eine Frau einen fortschrittlichen, verständnisvollen Mann hat. Es klingt aber wirklich schon wie ein Hohn auf die Situation wohl der meisten Frauen, deren Männer von ihnen beim Bumsen einen Orgasmus fordern oder sie andernfalls zum Psychiater schicken. In dieser Situation bleibt den Frauen tatsächlich nur genau das, wozu A. S. rät: *„Es geht nicht darum, sich ohne Männer zu emanzipieren ... sondern es geht darum, Männern nicht länger mit der Bitte um Einsicht, sondern mit eigenen Einsichten und daraus gezogenen Konsequenzen zu konfrontieren“* (S. 236).

Also: A. S. ist nicht gegen Heterosexualität, sondern für die freie Wahl der Form der sexuellen Beziehung. Innerhalb einer Mann-Frau-Beziehung ist normalerweise eine Veränderung nicht durch die Überzeugung des Mannes zu leisten, sondern dadurch, daß die Männer zum Umdenken gezwungen werden. Dies können Frauen nur schaffen, wenn sie sich außerhalb der Beziehung Alternativen suchen. Dies kann eine lesbische Beziehung sein, muß es aber nicht, eine Frauengruppe ist auch eine Alternative, ebenso wie Freundschaften.

Darum ist es Unsinn, A. S. zu unterstellen, sie propagiere lesbische Beziehungen als Alternative zu heterosexuellen. Sie schreibt: *„Schon die Möglichkeit zur Alternative, schon die Entwicklung emotionaler Freundschaften zu Frauen wirkt sich befreiend aus, erweitert den Spielraum. Im Klartext: Es kann und darf nicht um neue Normen gehen. Nicht alle Frauen sollen bisexuell oder lesbisch werden. Aber alle Frauen sollen die Möglichkeit haben, bisher Selbstverständliches in Frage zu stellen“* (S. 208).

Auf die Gefahr hin, zu ausführlich zu werden, möchte ich diesen Gedanken einmal an einem Beispiel erläutern. Eine Frau wohnt mit ihrem Freund zusammen, ist Hausfrau, hat zwei Kinder und ist damit und der Hausarbeit ganz schön ausgelastet. Der Mann hat neben seiner Arbeit noch Kumpel, mit denen er oft einen saufen geht. Die Frau hat keine Kontakte nach außen und der Mann verbietet sie ihr auch aus Eifersucht. Überlegt jetzt mal, wie groß erstens die Schwelle ist, die Normen des Mannes nicht selbst zu akzeptieren und wie groß zweitens die Schwelle ist, die Drohungen des Mannes etc. zu ignorieren und sich eigene Außenkontakte aufzubauen.

In diesem Zusammenhang halte ich die ersten Absätze nach der Zwischenüberschrift „Sex zwischen Mann und Frau macht überhaupt keinen Spaß“ für reichlich demagogisch, weil hier besonders stark A. S. Anliegen ignoriert und verfälscht wird. Da wird empört auf den verständnisvollen Mann verwiesen, den A. S. nicht erwähnt, da wird implizit die Feststellung von A. S. angegriffen, den meisten Frauen mache Bumsen keine besondere Lust, sowie die Tatsache, daß Frauen, die mit ihren Männern schlafen, „frigide“ sind.

Dabei hebt gerade A. S. hervor, daß es diese angebliche Frigidität überhaupt nicht gibt, sondern ihre Ursache in dem Nichtakzeptieren der unterschiedlichen Sexualität der Frau durch den Mann hat. Es wird verkannt, daß A. S. Mann-Frau-Beziehungen nur ablehnt, solange sie für die Frau unterdrückende Verhältnisse sind und keineswegs generell, denn natürlich ist ein befriedigendes Sexualleben zwischen Mann und Frau möglich, wenn der Mann die Sexualität der Frau akzeptiert und auch sonst sich gemeinsam mit der Frau bemüht, Abhängigkeiten abzubauen. Das eigentliche Problem liegt, wie oben schon dargelegt, aber darin, daß dieses „Wenn“ nur für einen Bruchteil der Zweierbeziehungen gegeben ist und normalerweise die Frau sexuell unterdrückt wird, was zu den von S. angeführten Folgen für die Frau führt.

Hier geht es mir nicht so sehr um die Verteidigung A. Schwarzers. Ihre Theorie „Kampf dem Mann“ schlägt sich durchaus auch hier nieder. Natürlich ist der Grundgedanke richtig, daß die Frau den Mann in der Regel nicht überzeugen kann, sondern ihn durch den Aufbau von Alternativen, die die Abhängigkeit von ihm mildern und abbauen helfen können, zwingen kann, ihre Gleichberechtigung zu akzeptieren. Was bei A. S. jedoch weitgehend untergeht, ist die Darstellung des Problems, wie Frauen, die an der Beziehung zu ihrem Freund festhalten wollen, dies erreichen können. Dies ist aber für alle Frauen, die sich nicht für die Alternative einer lesbischen Beziehung entscheiden, das wesentliche Problem. Es sind tatsächlich zwei Perspektiven: Die eine ist, die Beziehung zum Mann abzubrechen zuliebe einer lesbischen Beziehung. Die andere ist, sich Alternativen in Form von Freundschaften, Mitarbeit in Frauengruppen oder ähnlichen Formen zu schaffen, allerdings mit der Perspektive, die Beziehung zum Freund zu verbessern, Abhängigkeiten abzubauen etc. A. S. läßt zwar generell beide Möglichkeiten offen, aber zweifellos steht in ihren Ausführungen die Variante der lesbischen Beziehung im Mittelpunkt.

Diese Form der Befreiung der Frau von Abhängigkeiten vom Mann zu wählen oder nicht, ist bestimmt nicht das wesentliche Problem der meisten Frauen. Darüber hinaus ist es gerade für den Klassenkampf entscheidend wichtig, die Widersprüche zwischen Mann und Frau in der Arbeiterklasse anzugehen, um die Einheit zu stärken.

Das darf, wie schon gesagt, allerdings nicht dazu führen, daß man wie im AK-Artikel meint, durch Überzeugungsarbeit sei die Abhängigkeit schon zu überwinden. So borniert die Haltung vieler „autonomer“ Frauen ist, die Zusammenarbeit mit jedem auch noch so einsichtsvollen Mann strikt abzulehnen, so notwendig es ist für die Frauen, mit allen Männern aufs Engste zusammenzuarbeiten, sofern die Männer nur dazu bereit sind, ihr Verhalten zu ändern, so wichtig ist es auch – und unzweifelhaft ist das bei weitem die Regel – die uneinsichtigen Männer durch harten Kampf zu zwingen, ihre Unterdrückerrolle aufzugeben.

„Dieses Problem der sexuellen Unterdrückung ist bislang kaum von der Arbeiterbewegung aufgegriffen und vom proletarischen Standpunkt aus angepackt worden.“ Diese Feststellung ist sicherlich völlig richtig und trifft genau den objektiven Hintergrund, auf dem es A. S. überhaupt gelingen konnte, auf der einen Seite sehr offen und ehrlich tabuisierte Themen offenzulegen, auf der anderen Seite aber ihre bürgerliche Ideologie vom „Kampf gegen den Mann“ zu unterschieben.

Ich will dies Thema hier aus Zeitgründen nicht ausbreiten, doch die hier angeschnittenen Probleme kurz anreißen:

Die Klassengesellschaft hat zur geschlechter-spezifischen Arbeitsteilung geführt, zum geschlechter-spezifischen Rollenverhalten im allgemeinen und im sexuellen Gebiet im besonderen. Die sozialistische Revolution darf nicht mißverstanden werden als eine ausschließlich ökonomische und politische Umwälzung, sondern sie muß auch eine soziale Umwälzung mit sich bringen. Die ökonomische und politische Umwälzung allein führt nicht automatisch zur Veränderung der sozialen Strukturen, insbesondere hebt die Gleichberechtigung der Frau auf juristischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet deren Unterdrückung nicht auf. Das hat gerade die Praxis in den revisionistischen und sozialistischen Ländern gezeigt. Dabei möchte ich herausstellen, daß es nötig ist, die ungeheure Wichtigkeit der Gleichberechtigung der Frau auf oben genannten Gebieten wie das in den sozialistischen und revisionistischen Ländern der Fall ist, hier zu erkämpfen. Die soziale Umwälzung jedoch, von der ich rede, bedeutet tendenziell die Aufhebung der Kleinfamilie zugunsten größerer kollektiv wirtschaftender und lebender Gemeinschaften, in denen die einzelnen Menschen nicht mehr wie in der kapitalistischen Gesellschaft isoliert leben. Ich möchte behaupten, daß auch in den sozialistischen Ländern diese Umwälzung noch lange nicht stattgefunden hat und daß hier ein Nährboden sich findet für die Restauration der sozialistischen Errungenschaften auf anderen Gebieten.

So herrscht beispielsweise in Albanien und China eine rigide, repressive Sexualmoral. Soweit ich weiß, ist voreheliche Sexualität, wenn nicht verboten, so doch moralisch verpönt und angeblich soll es für unverheiratete Frauen schwer sein, die Pille zu erhalten usw. usf., doch damit sage ich euch sicher nichts neues. Wer die vorhandenen Informationen über die Moralkodexe in China und Albanien einigermaßen vorbehaltlos studiert hat, kann nur zu der Auffassung kommen, daß dort die repressive Sexualmoral vorherrscht. (Ableger hiervon sind der Kampf gegen lange Haare bei Jungen; Miniröcke, Bikinis etc.) Diesen Moralvorstellungen, die nichts anderes sind als verinnerlichte überkommende Relikte der Klassengesellschaft in den sozialistischen Ländern, entspricht sehr oft bei den „ML“lern einer ähnlichen Ideologie der Askese und Unterdrückung von ganz natürlichen Bedürfnissen. Da leben die Herren Propagandisten der sozialistischen Revolution und der Befreiung des Menschen in ihrem privaten Bereich so reaktionär wie jeder normale Bürger. Ich habe mit vielen dieser Leute lange über diese Fragen diskutiert und immer wieder feststellen müssen, daß für sie die sozialistische Revolution sich auf die politische und ökonomische Revolution beschränkt und daß sie einfach blind waren für die Notwendigkeit auch der sozialen Umwälzung. Im übrigen: So, wie sich im Schoße der alten Gesellschaft heute schon Keimformen der neuen sozialistischen Gesellschaft in vielfältigen Formen herausbilden, auf politischem Gebiet oder kulturellem Gebiet, so bilden sich auch auf dem Gebiet der zwischenmenschlichen Beziehungen neue Formen des Lebens ansatzweise heraus. Es handelt sich in der Regel um Versuche, die oft scheitern, aber sie spiegeln ein zunehmendes Bedürfnis nach Veränderung der bürgerlichen Lebenweise wieder. Bei diesen Versuchen handelt es sich darum, daß in den Genossenkreisen mehr als anderswo die individuelle Isolierung sich abbaut, die Abhängigkeit bei intensiven menschlichen Beziehungen nur von einer Person sich abbaut und sich ein generelles Klima der Solidarität und des Versuchs herausbildet, die Probleme des Lebens nicht individuell oder in der isolierten Kleinfamilie, sondern gemeinsam in grösseren Gruppen anzugehen.

Dies sind sicherlich nur Stichworte und ich hoffe, mein Anliegen wenigsten im Grundsatz verständlich gemacht zu haben, und hoffe auch, daß ihr im Grundsatz auch dieses Anliegen habt. Die Aussagen des Artikels jedenfalls wiesen in diese Richtung. **Ein Genosse aus Bochum**

2

Nachdem ich den Artikel gelesen hatte, dachte ich, den hat wahrscheinlich ein (Männer-)Genosse geschrieben; denn was geschrieben steht, ist soweit richtig. Ich habe mir auch sagen lassen, daß dieser Artikel für die Ausrichtung der Arbeit verschiedener Frauengruppen unbedingt notwendig war. Doch es fehlt einfach etwas.

Auch wenn Kinsey schon vor Jahren gesagt haben mag, daß das Geschwätz vom vaginalen Orgasmus und der Frigidität der Frauen nichts anderes als Selbstbefriedigungstheorie des Mannes ist, so steht der Name Alice Schwarzer für recht viele Frauen für die Erkenntnis ihrer sexuellen Unterdrückung.

Diesen richtigen Ansatz benutzt die Schwarzer, um ihr Zerrbild von der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu verkaufen und zu leugnen, daß die Beseitigung der sexuellen Unterdrückung nur im Kampf gegen das bestehende System der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen beseitigt werden kann.

Es ändert aber nichts daran, daß, wie gesagt, viele Frauen (und auch Männer) die sexuelle Unterdrückung erstmals klarer gesehen haben.

Dies unbeachtet zu lassen, reißt in der Auseinandersetzung Gräben an Stellen auf, wo sie nicht sind. (Viele Genossen nutzen solches Vorgehen gern dafür aus, sich um die Frage der tatsächlichen sexuellen Unterdrückung herum zu winden).

Kurz gesagt fehlt in dem Artikel ein Satz: Auch wenn die Schwarzer für viele Frauen durchaus neue und wichtige Erkenntnisse ihrer sexuellen Unterdrückung gebracht hat, ändert dies gar nichts daran, daß sie ... und dann folgt der Artikel.

Eine Genossin vom SSB;
je ein Genosse der BO Altona und Eimsbüttel
KB/Gruppe Hamburg

3

Vorweg: Der Artikel zeigt u.E. gut die schädliche und gefährliche Richtung auf, die A. Schwarzer und andere Feministinnen der Frauenbewegung geben wollen: Loslösung vom Mann und individuelle Lösungsversuche in der Beziehung zu einer Frau, Kampf gegen die Männer statt gemeinsamer Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft als Ursache für alle Formen der Unterdrückung, auch die Unterdrückung der Frau durch den Mann.

Ihr habt diesen Artikel geschrieben, weil viele Genossinnen und Sympathisantinnen dieses Buch gelesen haben.

Unsere Kritik, die wir teilweise auch von uns bekannten Frauen hörten, macht sich daran fest, daß ihr mit keinem Wort darauf eingeht, warum viele Frauen diese Bücher teilweise mit Begeisterung lesen, an ihre Männer und Freunde weitergeben, untereinander diskutieren. Auch ist insgesamt in Eurem Artikel von der doppelten Unterdrückung der Frau kaum die Rede. Wenn ihr Vermarktung der Sexualität und mangelnde sexuelle Aufklärung ansprecht, geht ihr nur sehr kurz darauf ein, daß hier eben auch die Frauen besonders unterdrückt und diffamiert werden.

Für viele Frauen kann es u.E. e i n wichtiger Schritt sein, zu erkennen, daß ihre Erfahrungen in ihrer Beziehung zum Mann nicht individuell sind, sondern daß viele Frauen diese Erfahrungen machen (kaputte Sexualität, mangelnde Zärtlichkeit, Abhängigkeit und Orientierung am Mann usw.).

Daß A. Schwarzer (und auch V.Stefan mit „Häutungen“) hier in eine Marktlücke gestoßen sind, liegt, wie ihr ja auch schreibt, daran, daß diese Fragen von der Arbeiterbewegung schwach entwickelt sind.

So kann der Artikel – trotz seiner prinzipiell richtigen Orientierung der Frauenfrage – zu einer Verarschung der Frauen führen, für die die Diskussion ihrer Beziehung zum Mann ein positiver und stärkender Schritt war oder ist.

Die sozialistische Frauenbewegung unterscheidet sich von der bürgerlichen dadurch, daß sie die Ursache für die Unterdrückung der Frau und der Bevölkerung insgesamt in der kapitalistischen Gesellschaft sieht und daher gemeinsam mit den Männern gegen diese Gesellschaft kämpft, aber nicht dadurch, daß man über die Unterdrückung der Frau durch den Mann einfach hinweghuscht (wir beziehen diese Kritik allerdings nur auf diesen einen Artikel!).

Zelle Rahlstedt (Wandsbek/Billstedt)
KB/Gruppe Hamburg

4

Im AK Nr. 87, 8.10., habt Ihr Euch in dem Artikel „Der Kleine Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Frauenbewegung" mit den Thesen von Alice Schwarzer anhand ihres Buches „Der kleine Unterschied und seine großen Folgen" auseinandergesetzt.

Dieses Buch wurde – wie Ihr auch schreibt – von vielen Genossinnen und Sympathisantinnen gelesen. Darüberhinaus hat es auch bei den Diskussionen in den Frauengruppen eine zentrale Funktion gehabt. Wir meinen, daß diese Diskussionen in die Auseinandersetzung miteinbezogen werden sollten, um diesem Buch gerecht zu werden.

Viele Frauen wurden von diesem Buch so angezogen, weil es so anschaulich deutlich macht, daß die sexuelle Unterdrükkung und das Elend, nämlich der Leistungsdruck, doch endlich einen Orgasmus auf „normale" Art zu erreichen, nicht Probleme einzelner „frigider" Frauen sind, sondern daß es den meisten Frauen ganz genauso geht. Diese Erfahrung und die Diskussion und der Austausch mit anderen kann den Frauen überhaupt erst das Selbstbewußtsein geben, sich zunächst über die eigenen Bedürfnisse klarzuwerden und dann auch Forderungen an ihre Männer zu stellen. Diese Bedeutung des Buches kehrt ihr recht geringschätzig unter den Tisch, wenn Ihr schreibt, der „Mythos vom vaginalen Orgasmus" sei doch schon seit ein paar tausend Jahren bekannt, und überhaupt, spätestens nach dem Kinsey-Report wissen wir, was Sache ist. Warum hat sich dann nach Kinsey nichts geändert? Doch deshalb, weil das ganze eben kein rein sexuelles Problem ist.

Für uns steht außer Frage, daß die Perspektiven, die A.S. weist, nämlich die Aufhebung der Unterdrückung der Frau ausschließlich über den Kampf im Bereich der Sexualität, völlig inakzeptabel sind, geht sie doch von ganz falschen Voraussetzungen aus, nämlich daß ein Menschenleben vornehmlich durch das Geschlecht bestimmt sei. Ihre Thesen sind daher sowohl arbeiterfeindlich, da sie den Klassenkampf ablehnt und stattdessen den Geschlechterkampf propagiert, als auch frauenfeindlich, da sie die Frauen auf ihre Sexualität reduziert.

Ihr erhebt in Eurem Artikel auch den Vorwurf der Sexualfeindlichkeit, der aber unseres Erachtens nicht genauer ausgewiesen wird. Oder sehr Ihr diesen Vorwurf etwa darin begründet, daß A.S. – wie ihr schreibt – „nur" die lesbische Beziehung propagiert? Dann wäre ja jede Frau, die sexuellen Kontakt mit Frauen vorzieht, sexualfeindlich! Außerdem schreibt A.S. auf S. 208: „Es kann und darf nicht um neue Normen gehen. Nicht alle Frauen sollen bisexuell oder lesbisch werden, aber alle Frauen sollen die Möglichkeit haben, bisher Selbstverständliches in Frage zu stellen." Und genau diese Möglichkeit, zwischen Beziehungen zu Männern o d e r Frauen gleichberechtigt zu wählen, wird uns in dieser Gesellschaft verwehrt! Stets wird die Beziehung zum Mann in den Vordergrund gerückt. Beziehungen zu Frauen kommen erst an zweiter Stelle und sind oft durch Konkurrenz geprägt. Dies zu überwinden, zwischen uns Frauen Beziehungen anderer Qualität ohne Konkurrenz im gemeinsamen Kampf zu entwikkeln, ist unser Ziel.

Die Sexualfeindlichkeit von A.S. besteht unserer Meinung nach darin, daß sie das ganze Problem auf ein technisches reduziert. Darin steht der AK-Artikel ihr allerdings leider nicht viel nach: Zwar wird am Ende des Artikel beteuert, Sexualität sei nicht losgelöst von der Gesellschaft zu sehen. Jedoch wird gerade dieser Bezug im Artikel selbst nicht genügend herausgearbeitet: Ihr schreibt: „Entgegen dieser Feststellung und auf Grund von Uninformiertheit (?) bestehen falsche Vorstellungen über die Funktion der weiblichen Sexualität und eine Überschätzung der Bedeutung des männlichen Schwanzes bei der partnerschaftlichen Sexualität, sowohl bei Männern als auch bei Frauen. Aufgrund von mangelndem Wissen (?) über die weibliche Sexualität kommen viele Frauen (und Männer) zu der Meinung, daß sie sexuell „frigide" seien. Was sicherlich ein Irrglaube ist, der nur aus mangelndem Verständnis und Vorurteilen über die Sexualität entsteht". Schreiben wir also neue Aufklärungsbücher und alle Probleme wären gelöst!

Nicht Uninformiertheit über die Bedeutung der Klitoris ist der Hauptgrund, sondern die bürgerliche Ideologie, die uns Frauen und auch Männern einimpft, die „Funktion" der weiblichen Sexualität sei es nicht vornehmlich, der Frau Lust zu bereiten, sondern dem Mann und der Fortpflanzung zu dienen. Diese Ideologie hat bei der Unterdrückung der Frau eine wichtige Funktion.

Weiterhin wird der heiße Tip gegeben: „ ... daß es darauf ankommt, daß wir Frauen unseren Männern und Freunden einfach zeigen müssen, wie unser Körper funktioniert." Sehr einfach! Vor allem, wenn man bedenkt, daß die sexuelle Unterdrückung ein Teil der gesamten Unterdrückung der Frau ist, also das bloße Mitteilen von „anderen Methoden", sofern das überhaupt möglich ist, ganz sicher nicht bewirken wird, daß die Männer sofort von ihren Privilegien ablassen. Um uns über unsere Bedürfnisse klarzuwerden und sie einbringen zu können, müssen wir Selbstbewußtsein gewinnen und das Gefühl, diese Probleme nicht allein lösen zu müssen, sondern mit anderen Frauen und Männern zusammen. Dieses Selbstbewußtsein gewinnen wir, wenn wir in Frauengruppen mit anderen Frauen zusammen aktiv werden und wenn wir den Kampf gegen dieses Gesellschaftssystem aufnehmen.

Und gerade weil die Sexualität nicht aus dem politischen Kampf zu trennen ist, und es sich nicht bloß um „unsere" sexuelle Unterdrückung handelt, erwarten wir von den Männern, speziell natürlich den Genossen, daß sie nicht bloß warten, bis die Frauen mit diesen Fragen an sie herantreten (das wäre ja ganz bequem), sondern daß sie sich auch von sich aus aktiv mit diesen Fragen auseinandersetzen.

Mit solidarischen Grüßen
3 SSB-Genossinnen (Hamburg)

5

Bereits durch die ersten Sätze wird die Stoßrichtung des Artikels klar: Es soll „bewiesen" werden, daß die Thesen von Alice Schwarzer „frauenfeindlich, sexualfeindlich und arbeiterfeindlich" sind.

Diese Aussage wird – besonders, was die angebliche „Frauen- und Sexualfeindlichkeit" angeht – weder durch den Artikel belegt noch ist sie anhand der Lektüre des Buches nachvollziehbar.

Anstatt sich nun kritisch mit den offensichtlich falschen Positionen A.S.' auseinanderzusetzen, wie z.B. mit ihrer Einschätzung der Befreiung der Frau in den sozialistischen Ländern oder generell mit der Tatsache, daß sie die Klassenfrage völlig unzureichend berücksichtigt, werden diese Punkte hauptsächlich polemisch und unzureichend abgehandelt.

Das Hauptinteresse der AG Frauen besteht vielmehr darin, gegen lesbische Beziehungen zu schießen und die Genossinnen zu überzeugen, daß davon doch besser nichts zu halten sei. Mit der größten Selbstverständlichkeit wird den Leserinnen die eigene Männerfixiertheit als Maßstab vorgesetzt: „Wir (die AG Frauen) meinen im Gegensatz zu A.S., daß es darauf ankommt, daß wir Frauen unseren Männern und Freunden einfach zeigen müssen, wie unser Körper funktioniert". Es wird unterstellt und wortreich bejammert, daß A.S. die (oh Schreck) „Abschaffung des Schwanzfickens" = „Ablehnung der partnerschaftlichen Sexualität" (!!!) fordere und ausschließlich für lesbische Beziehungen plädiere.

Was das „Schwanzficken" betrifft, so stellt A.S. völlig richtig fest, daß es „zwar unentbehrlich zur natürlichen Zeugung von Kindern, aber durchaus entbehrlich zur Zeugung von Lust" ist. Es „könnte eine von vielen möglichen Varianten des Hautkontaktes sein, die man tut, aber auch lassen kann" („Der kleine Unterschied ...", S. 203). Kein Wort von „Abschaffung"; es geht ihr lediglich darum, die Bedeutung des „Schwanzfickens" bzw. die Bedeutungslosigkeit für das Lustempfinden der Frau klarzustellen.

Ebenso entspricht die Behauptung der AG Frauen, A.S. „Rat an die Frauen" sei, „trotz einigem Herumgerede letzten Endes immer nur lesbische Beziehung", und sie wolle durch lesbische Beziehungen „die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Ausbeutung aufheben" keineswegs deren Darstellung. Sie stellt lesbische Beziehungen weder an irgendeiner Stelle als Patentlösung dar, noch behauptet sie, daß lesbische Beziehungen heute frei von gesellschaftlichen Widersprüchen seien – wie es im Artikel unterstellt wird.

Vielmehr sagt sie: „In einer Kultur, in der Zeugung nicht primärer Impuls für menschliche Sexualität ist, müßte also bei freien Entfaltungsmöglichkeiten die Homosexualität ebenso selbstverständlich sein wie Heterosexualität oder Eigensexualität" (S. 206). „Nur, wenn das Dogma der Vorrangigkeit der Heterosexualität infrage gestellt wird, haben Frauen die Chance zu einer eigenständigen, nicht mann fixierten Entwicklung. Erst dann können sie Beziehungen in Freiheit wählen. Solche Überlegungen müssen sich nicht unbedingt sofort in der Praxis eines Frauenlebens niederschlagen. Schon die Möglichkeit zur Alternative, schon die Entwicklung emotionaler Freundschaften zu Frauen wirkt sich befreiend aus, erweitert den Spielraum. ... ES KANN UND DARF NICHT UM NEUE NORMEN GEHEN! NICHT ALLE FRAUEN SOLLEN BISEXUELL ODER LESBISCH WERDEN! ABER ALLE FRAUEN SOLLEN DIE MÖGLICHKEIT HABEN, BISHER SELBSTVERSTÄNDLICHES INFRAGE ZU STELLEN! " (S. 208).

Genau das wollen aber die Genossinnen der AG Frauen mit diesem Artikel verhindern, indem sie einerseits ungerechtfertigterweise von der Unumstößlichkeit und Priorität der Mann-Frau-Beziehung ausgehen, diese zur Parole erheben – und andererseits durch fortgesetzte diffamierende Darstellung der Möglichkeit lesbischer Beziehungen den Leserinnen von vornherein die Entscheidung darüber abnehmen wollen, ob Beziehungen zu Frauen für sie selbst nicht doch eine Alternative darstellen könnten.

Eine Genossin der Bezirksgruppe
Barmbek-Uhlenhorst
KB/Gruppe Hamburg

6

In letzter Zeit setzt sich im AK eine Tendenz durch, die die kommunistische und Frauenbewegung auseinanderzubringen versteht (so vor allem in den Artikeln des AK 87). Während man bei der neueren Frauenbewegung tatsächlich zuweilen den Eindruck gewinnen kann, daß die feministische Revolution, der Kampf gegen das Patriarchat, den Kampf für den Sozialismus weithin unterordnet, gar vergessen läßt, macht der AK (und mit ihm viele andere kommunistische Gruppen) das genaue Gegenteil, indem er die Geschlechterfrage quasi zum Neben- und die Klassenfrage damit zum Hauptwiderspruch erklärt. Ich meine, daß die Überwindung der Klassengesellschaft notwendige, aber zugleich nicht ausreichende Voraussetzung für die wirkliche Befreiung der Frau ist. Gleichzeitig muß also der bislang von der Arbeiterbewegung nicht aufgenommene Kampf gegen das Patriarchat geführt werden, wobei – da es sich nicht um einen wirklichen Gegensatz handelt – nicht von einem sog. Haupt- oder Nebenwiderspruch gesprochen werden sollte. Ein weiterer Punkt, an dem sich die Geister scheiden, scheint mir die Frage nach dem richtigen Weg zu sein, um die Unterdrückung der Frau schon im Kapitalismus ansatzweise aufzuheben. Während man bei der Frauenbewegung tatsächlich manchmal nicht weiß, ob nun eine grundsätzliche Lösung im Rückzug von den Männern, gar in lesbischen Beziehungen gesehen wird, scheinen die meisten kommunistischen Gruppen ungeachtet aller Probleme, die sich für viele Frauen in Zweierbeziehungen ergeben, nurmehr immer wieder zu appellieren, es doch weiterhin zusammen zu versuchen. Ich meine, daß ein vorübergehender Rückzug der Frau vom Mann eine notwendige oder zumindest sinnvolle Phase sein kann, innerhalb derer eine Reihe von wichtigen Lernerfahrungen gemacht werden können, die unter Einbeziehung von Männern möglicherweise eher verhindert, zumindest aber beträchtlich erschwert werden. Vorübergehend deshalb, weil es doch wohl nach wie vor Ziel bleibt, wirklich freie und gleichberechtigte Beziehungen zu schaffen, die ohne Emanzipation beider Geschlechter nicht möglich sind. Ebensowenig können lesbische Beziehungen eine grundsätzliche Alternative darstellen, was ja nicht einmal Alice Schwarzer ausdrücklich behauptet. Vielmehr käme es ganz im Sinne von A.S. darauf an, den unbedingten Vorrang der Heterosexualität zu überwinden und alle Arten von Sexualität gleichberechtigt zuzulassen und zu entfalten. Eine weitere sehr fragwürdige Unterscheidung, die in der Regel von kommunistischen Gruppen gemacht wird, ist die Bestimmung von proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung. Allenfalls noch, soweit man die Arbeiterfrau meint, wird hier von proletarischer oder sozialistischer Frauenbewegung gesprochen, hingegen schon nicht mehr bei jenen Frauen, die nicht unmittelbar in der materiellen Produktion stehen. Ich meine, man sollte klar unterscheiden zwischen einer sozialistischen Frauenbewegung, die sowohl die proletarische als auch nicht proletarische Frau umfaßt, entsprechend unterschiedlicher gesellschaftlicher Positionen auch unterschiedliche Emanzipationsforderungen stellt, die jedoch allesamt relevant sind, soweit sie das Fortbestehen des Kapitalismus potentiell gefährden oder infrage stellen, und einer ausgesprochen bürgerlichen Frauenbewegung, die nur dann und deshalb bürgerlich ist, weil sie sich nicht gegen den Kapitalismus richtet.

Zum Schluß noch kurz zu den Selbsthilfeinitiativen der Frauenbewegung. Auch hier kann man den Eindruck haben, als ob kommunistische und Frauenbewegung was völlig anderes sind. Selbsthilfe im Kapitalismus wird meiner Meinung nach immer notwendiger und aktueller, darüberhinaus nimmt sie Lebensformen im Sozialismus quasi vorweg (z.B. Kommunen, selbstverwaltete Jugendzentren, Volksambulantien, Frauenhäuser etc.). Erst da, wo Selbsthilfeprojekte zum ausschließlichen Selbstzweck geraten, nurmehr freiwillige Sozialarbeit leisten und vom Klassenkampf absehen, gewinnt ihre politische Kritik erst an Aussagewert. Daß hierzu eine latente Gefahr immer vorhanden ist, kann man am besten an der ehemals euphorisch betrachteten Jugendzentrumsbewegung sehen, die mittlerweile politisch nahezu bedeutungslos geworden ist. Diese Gefahr läßt sich aber gerade dann am ehesten bekämpfen, wenn ein fortwährender und fruchtbarer Zusammenhang zwischen den Selbsthilfeprojekten einerseits sowie der kommunistischen und Frauenbewegung andererseits hergestellt ist.

Ein AK-Leser

7

Betrifft: „Den kleinen Unterschied" zwischen bürgerlicher und sozialistischer Frauenbewegung.

Es ist uns nicht mehr gelungen, einen Leserbrief zu formulieren, aber wir wollen unsere Kritik am Schwarzer Artikel versuchen zusammenzufassen.

Unserer Meinung nach ist in dem Artikel eine sehr oberflächliche Analyse von Alice Schwarzers Theorie versucht worden. So enthält der Artikel einige Ungereimtheiten:

Sie spricht sich in ihrem Buch durchaus nicht ausdrücklich für die Alternative lesbischer Beziehungen aus, sondern an einigen Stellen für „befreite" (von den Geschlechterrollen) heterosexuelle Beziehungen. Der Eindruck, daß nur das Abbrechen von Beziehungen zu Männern die Alternative ist, entsteht aber tatsächlich daraus, daß sie überhaupt keine andere „Kampfperspektive" aufzeigt, als die individuelle Verweigerung der Frauen, so wie sie ja überhaupt die Unterdrückung der Menschen und die besondere der Frauen auf die Sexualität begrenzt.

Ebenso scheint es uns notwendig zu sein, nochmal positiv zu sagen, was so viele Frauen in dem Buch gefunden haben, nämlich für viele die erste offene Darstellung ihrer unterdrückten Sexualität. Damit ist sicherlich politisch noch gar nichts gesagt, aber diese Frauen nur als „Marktlücke" im Artikel auftauchen zu lassen, erscheint uns als ein arrogantes Abkanzeln dieser Frauen, die wir gewinnen wollen. Wir können auch nicht verstehen, was die Tatsache, daß es vor diesem Buch schon den Kinsey-Report und in früheren Gesellschaftsformen eine bessere Kenntnis der Sexualität der Frau gab, für einen Wert als politisches Argument haben soll. Wir können diese Passage nur als Tiefschlag verstehen, den man sich hätte sparen müssen, jedenfalls ist uns daran nichts klar geworden.

Am meisten hat uns aber an dem Artikel neben solchen Ungereimtheiten gestört, daß zuwenig an konkreten Punkten klargemacht wird, warum wir Frauen uns nur im Klassenkampf und zusammen mit den Männern befreien können. Wir haben selbst versucht, solche konkreten Beispiele zu entwickeln:

(Am Punkt Sexualität) So wird eine Frau ganz einfach dadurch, daß sie oft doppelt belastet ist, nach 16 Stunden Arbeit natürlich weniger Lust haben als der Mann. Das kann sich nur ändern, wenn dagegen der Kampf aufgenommen wird.

So wird es den Frauen nicht gelingen, nur über ihren Körper Selbstbewußtsein zu erlangen, wenn in unserer Gesellschaft die Frauen so behandelt werden, als wenn sie Menschen mit weniger Wert s i n d : sie verdienen noch weniger, bekommen eine noch schlechtere Ausbildung usw. Das kann sich auch nur ändern, wenn sie im Kampf gegen diese Bedingungen, die tatsächlich und nicht nur in den Köpfen da sind, wie Alice erzählt, Selbstbewußtsein erlangen.

Wir meinen, daß eine Frau dagegen relativ wenig damit anfangen kann, wenn nur gesagt wird: „Die Unterdrückung der Frau auf die Frage von Macht und Ohnmacht, von reinen Machtbeziehungen zwischen den Geschlechtern zu reduzieren, heißt Idealismus".

Sympathisanten aus Westberlin

Da schmunzelt die Kommunistin:

Alice Schwarzer schickt Gegendarstellung

Schon seit Wochen wurde in der Frauenbewegung gemunkelt: Alice Schwarzer will den ARBEITERKAMPF verklagen, sie sammelt schon Gelder für den Prozeß ...

Haltlose Gerüchte? Jedenfalls kam mit Datum vom 11.10.76 eine juristische Gegendarstellung der Frau Schwarzer ins Haus, die sich auf einen Artikel in AK 87 über angebliche finanzielle und politische Manipulationen der Frau Schwarzer bezieht. Wir drucken diese Gegendarstellung im Faksimile ab. Ferner veröffentlichen wir das Anschreiben der Rechtsanwälte von Frau Schwarzer und ein zusätzliches Schreiben der Anwälte „in eigener Sache".

Der Vorfall ist höchst lehrreich und verdient einige zusätzliche Erläuterungen.

1. Wir sind der Meinung, daß auch und gerade eine kommunistische Zeitung zur W a h r h e i t verpflichtet ist. Wir sind nicht daran interessiert, Falschmeldungen zu verbreiten.
2. Auch Frau Schwarzer hat selbstverständlich das Recht, falschen Angaben über ihre Person und ihr politisches und geschäftliches Wirken zu widersprechen und ihnen nötigenfalls (!) auch juristisch entgegenzutreten.
3. Hierzu hätte es der Einschaltung von Rechtsanwälten nicht bedurft. Daher empfinden wir es als unangebracht, wenn uns die Rechtsanwälte (wahrscheinlich zur Beschwichtigung ihres eigenen Gewissens?) mitteilen, sie würden nichts davon halten, „wenn Linke sich gegenseitig vor Gerichte zerren ... ". Frau Schwarzer hat überhaupt keinen Versuch gemacht, die Angelegenheit o h n e Einschaltung von Rechtsanwälten zu klären. Ihr Triumph über die „Reliquien (?) des sogenannten (?) bürgerlichen Rechts" und die Drohung mit „weiteren juristischen Schritten", die Frau Schwarzer sich „vorbehalten" will, sprechen unserer Meinung nach eine deutliche Sprache.
4. Nicht nur wir Kommunisten, sondern sicher auch viele Frauen in der Frauenbewegung werden darüber nachdenken, warum Frau Schwarzer ausgerechnet gegen ein verhältnismäßig kleines und vielen Angriffen ausgesetztes linkes Blatt gleich „schweres Geschütz" auffährt (ohne vorher andere Wege überhaupt zu versuchen), während sie sich beispielsweise bei einem von Anpinkeleien nur so strotzenden Artikel des „Spiegel" mit einem Leserbrief begnügte.
5. Es mag unter diesem Aspekt bedauerlich erscheinen, daß es nicht möglich ist, gegen die von Frau Schwarzer in ihren Schriften gegen sozialistische Frauenpolitik verbreiteten Diffamierungen gleichfalls eine ‚Gegendarstellung' zu erreichen. Daran mag jedenfalls deutlich werden, w e r hier eigentlich „Solidarität" verlangt (siehe Schreiben der Rechtsanwälte) und für welche Politik. Wir halten Frau Schwarzer nicht für eine Linke und es ist uns auch nicht bekannt, daß sie selbst sich so definiert. Was diesen Punkt angeht, werden wir aber gern eine weitere Gegendarstellung veröffentlichen.

Zur Sache selbst: Der von Frau Schwarzer monierte Artikel war von einer Westberliner Genossin geschrieben, die der Redaktion bekannt ist. Wir haben uns darauf verlassen, daß die darin gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen, und wir sind davon ausgegangen, daß die Angaben schwerwiegend genug sind, um ein ‚Politikum' darzustellen. Soweit diese Angaben falsch gewesen sein sollten, bedauern wir das und bitten Frau Schwarzer ausdrücklich um Entschuldigung. Denn auch sie hat einen Anspruch darauf, mit politischen Argumenten und Tatsachen bekämpft zu werden, und nicht mit unwahren Geschichten.

Leider ist die Genossin, die den monierten Artikel geschrieben hat, derzeit in Urlaub, sodaß wir sie nicht um eine Stellungnahme bitten konnten. Wir wollen dies baldmöglichst noch nachholen.

Der Versuch der Frau Schwarzer, die ganze Angelegenheit auf die Ebene eines Rechtsstreits zwischen sich selbst (quasi auch als Sprecherin „all der anderen Frauen", die irgendwo und irgendwann mal mit ihr zusammengearbeitet haben – siehe Schreiben der Rechtsanwälte) und dem ARBEITERKAMPF zu zerren, kann den politischen Hintergrund nicht verdecken: **Daß nämlich das politische und geschäftliche Wirken der Frau Schwarzer zunehmend in der Frauenbewegung s e l b s t auf Widerspruch stößt. Damit wird Frau Schwarzer sich herumzuschlagen haben und davon entbindet sie auch keine Gegendarstellung.**

Zur Gegendarstellung selbst.

Punkt 1 und 2: Dies verstehen wir so, daß nicht Frau Schwarzer allein, sondern die Gruppe der Frauen, die den Kalender gemacht hatten (bzw. die verbliebenen Frauen, nachdem zwei wegen politischer Differenzen ausgeschieden waren), aufgefordert wurden, den Erlös des Frauenkalenders '75 offenzulegen. Dies trifft nach unseren letzten Informationen (durch Frauen aus der Westberliner Frauenbewegung) zu. Diese Frauen bleiben allerdings bei der Version, daß diese Offenlegung erst erfolgte, nachdem Frau Schwarzer und die anderen Frauen dazu vom Westberliner Frauenzentrum durch Einschreiben aufgefordert worden waren. Dieses Einschreiben ist, so war zu erfahren, im internen Info des Westberliner Frauenzentrums, „Birkenfall", abgedruckt. Erst durch diese Aufforderung und während der Auseinandersetzung wurden die Gelder offengelegt, nicht jedoch vorher – wurde uns dazu mitgeteilt. Die Kredite, die von dem Kalendergeld anderen Frauenprojekten gegeben wurden, wurden angeblich von den verbliebenen Frauen (einschließlich Frau Schwarzer) festgelegt; die zwei ausgeschiedenen Frauen beschlossen angeblich darüber nicht mit.

Punkt 3: Hier trifft die Aussage von Frau Schwarzer nach den uns vorliegenden Informationen zu.

Punkt 4: Hinter dem neuen Zeitungsprojekt „Emma" steht eine GmbH, deren alleinige Gesellschafterin nach Angaben Westberliner Frauen Alice Schwarzer ist. Dazu schreibt die Westberliner Frauenzeitung „Courage": *„Ist eine Gesellschaftsform, in der Alice die einzige Gesellschafterin ist, noch eine Organisationsform, die die emanzipatorischen Ansätze der Frauenbewegung aufnimmt und weiterentwickelt?"* (Nr. 3/1976).

Punkt 5: Auch hier kann sich Frau Schwarzer den Widersprüchen nicht entziehen, die sie in der Frauenbewegung s e l b s t hervorruft. Zu dem Thema schreibt die „Courage": „*.... Was die Linke mit ihrem konkurrierenden Verlags- und Vertriebsprojekten gerade geschafft hat, ist bei der Frauenbewegung noch nicht einmal in Sicht: Es gibt keine*

Absprachen, keine Koordination. Wir haben von Alices Frauenzeitung offiziell einen Tag vor dem Erscheinen der Nullnummer der Courage erfahren, Alice hat vom Plan des Gegenkalender in der Frauenzeitung gelesen. Das emphatische ‚Frauen gemeinsam sind stark', scheint in dem Augenblick in Frage gestellt zu werden, in dem die autonomen Projekte beginnen, die Produkte ihrer Autonomie zu verkaufen. Der Markt verwandelt Selbständigkeit der Frauen in selbständiges Unternehmerinnentum, dem es nicht mehr gelingt, ein gemeinsames Projekt, und das ist auch ein gemeinsames Produkt zustandezubringen. Darin sehen wir eine Gefahr. Alice hat unser Angebot, bei Courage mitzumachen, abgelehnt: Es sei besser, wenn es zwei Zeitungen gäbe. Ein Projekt ist zu zentralistisch" (Nr. 3/1976).

Punkt 6: Wir sind nicht in der Lage, die Behauptung aufrechtzuerhalten, hinter dem Projekt einer Frauenzeitung „Emma" stecke Gruner & Jahr. Die Verfasserin des Artikels in AK 87 hatte sich in diesem Punkt auf entsprechende Meldungen der bürgerlichen Presse berufen, diese aber nicht zitiert. Wir werden nach der Rückkehr der Genossin diesen Punkt zu klären versuchen.

Zu dem Projekt „Emma" schreibt die „Courage": „*Das Geld, mit dem die Projekte finanziert werden, stammt in jedem Fall aus der Frauenbewegung. 150.000 DM für den ‚kleinen Unterschied' konnten nur verdient werden, weil es eine breite Bewegung der Frauen gibt, die ihre Rolle in Frage stellen. Worum es geht, ist, wie der Gewinn, der aus der Frauenarbeit, dem Frauenmarkt kommt, wieder für die Frauenbewegung genutzt werden kann. Ob dies geschieht in einem professionellen Projekt, auf das die Frauenbewegung keinen Einfluß mehr hat, ob das geschieht in Anlehnung an bürgerliche Verlage. So wird z.B. eine Nummer der 200.000 Auflage-Zeitschrift Emma ca. 150.000 Mark kosten: genauso viel, wie Alice nach eigenen Angaben an Startkapital hat. Frage: woher kommt das Geld für die nächste Nummer ...* ".

Punkt 7 und 8: Die betreffenden Behauptungen können wir derzeit nicht aufrechterhalten. Von Frauen des Westberliner Frauenzentrums ist dafür weder eine Bestätigung noch ein ‚Dementi' zu erhalten. Begründung: Im Frauenzentrum gebe es einen Beschluß, keine Frauenzentrums-Diskussionen und -Auseinandersetzungen nach außen zu tragen. Auch auf diese Punkte werden wir die Verfasserin des Artikels in AK 87 nach ihrer Rückkehr ansprechen.

Punkt 9: Es trifft zu, daß sich Frau Schwarzer i n s g e s a m t mit einem Leserbrief an den „Spiegel" von dem betreffenden Artikel (den wir in der Tat auch für ziemlich schweinisch halten) distanziert hat. Sie hat dabei in ihrem Leserbrief das angebliche Zitat mit den „CDU-Tanten ... " jedoch nicht ausdrücklich erwähnt!

Frage: Warum schickt Frau Schwarzer jetzt u n s dazu per Rechtsanwalt eine ‚Gegendarstellung', während sie dem „Spiegel", aus dem wir lediglich z i t i e r t haben, anscheinend k e i n e solche ‚Gegendarstellung' geschickt hat?

Punkt 10: Das ist ein niedlicher Witz. Wenn Frau Schwarzer wirklich „besseres zu tun" hätte, hätte sie auf die Mühe mit Rechtsanwälten und ‚Gegendarstellung' wohl verzichtet.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß auch eine kommunistische Zeitung nicht dem Risiko entgehen kann, falsche Informationen zu liefern. Soweit dies geschehen sein sollte, ist es auch p o l i t i s c h bedauerlich, denn es lenkt ab von den politischen Widersprüchen, um die es in dieser Sache geht – sowohl zum einen zwischen Kommunisten und feministischer Frauenbewegung wie auch zum anderen zwischen Frau Schwarzer und ähnlichen Frauen einerseits und größeren Teilen der Frauenbewegung (auch der sich als feministisch definierenden) andererseits.

Auf eine „Solidarität unter Linken" (wie im Schreiben der Rechtsanwälte formuliert) lassen wir uns in diesem Fall nicht festlegen. Frau Schwarzer selbst hat hinreichend und oft genug demonstriert, was sie von der „Solidarität unter Linken" hält. Insbesondere ein Artikel, den sie mal für die „Pardon" über die „KPD" schrieb, sei ihr an dieser Stelle sozusagen symbolisch um die Ohren geschlagen. Was sie sich da an antikommunistischen Torheiten zusammengeschmiert hat, war um keinen Deut besser als der Schweinkram, den der „Spiegel" gegen s i e abgelassen hat.

Man bleibe uns vom Leib mit einer s o l c h e n „Solidarität unter Linken"!

AK-Redaktion

Alice Schwarzers „Gegendarstellung"

EMMA - Zeitschrift für Frauen von Frauen
Herausgeberin: Alice Schwarzer
Kolpingplatz 1a, 5 Köln 1, Tel. 0221/219513

An den"ARbeiterkampf "

Erst jetzt bekomme ich den "Arbeiterkmpf" Nr. 87 vom 23.8.76 in die Hand. Ich erspare mir, auf den perfiden und extrem denunziatorischen und diffamatorischen Stil einzugehen. ER ist weniger mein Probleme, und mehr das Problem dieser "GEnossen". Den REliquen des sogenannten bürgerlichen Rechts habe ich zu verdanken, dass die nachstehende Gegendarstellung vom "Arbeiterkampf" veröffentlicht werden muss, ebenso ein Widerruf der Redaktion. Weitere Juristische Schritte behalte ich mir vor.

Gegendarstellung:

1. Es stimmt nicht, dass ich xx aufgefordert wurde,REchenschaft über die Kalender-Gelder abzulegen. Der Kalender wird von einer Gruppe gemacht, alle Fragen, die den Kalender betreffen, betreffen von daher nichtmich persönlich, sondern diese Gruppe.

2. Es stimmt nicht, dass "niemand wusste, wohin (die 20.000.-DM des Kalenders 75) gebuttert wurden". Es handelt sich bei dieser Summe um den Brutto-erlös des Kalenders 75. 5.600 DM gingen an die beiden Frauen, die nach dem 75ger Kalender ausgeschieden sind, und die diesen Anteil jetzt in "Courage" investiert haben". Vom Verbleib hat die Gruppe noch STeuern zu zahlen, das Verfügbare steckte sie in den Druck des Kalenders 76. Alle Gelder, die den Kalender betreffen, waren von anfang an transparent, wir haben in mehreren Frauenbewegungs-interenen Papieren und in den folgenden Kalendern darüber berichtet. Nicht ein Pfennig ist von einer von uns privat xxxxxxxx abgezweigt worden. Alle Gelder sind in Form von Krediten oder gEschenken in Frauenprojekte (z.B. Frauenoffensive, Frauenbuchläden BErlin, Frauenplatte Flying Lesbian etc) und in die Fortlaufende Produktion der folgenden Kalender gesteckt worden/ - Wohin die Summe von 20.000 ging, ist also keiner Frau ein Rätsel, sondern für alle klar nachPrüfbar.

3. Bei dem Buchprüftermin ging es nicht um das GEld an sich, sondern lediglich um die Höhe des den scheidenden Frauen zustehenden Anteils.

4. Auch das Honorar meines Bestsellers, das mein persönliches Honorar ist, ging übrigens nicht auf mein Privatkonto, sondern in das neue Zeitungsprojekt EMMA. Auch da sind die Zahlen Frauenbewegungs-öffentlich bekannt.

5. Ich bin noch nie vor dem fraglichen Abend, an dem ich die Gründung der u.a; von mir geplanten Zeitschrift bekannt gegeben habe, von den Courage-Frauen zur Mitarbeit aufgefordert worden.

6. Hinter der neuen Frauenzeitschrift EMMA steckt nicht Gruner & Jahr. Hinter Emma steckt überhaupt kein mysteriöster GEldgeber. Die Zeitschrift wird von den Frauen, die sich machen, selbst finanziert und wir darum ausschliesslich in ihrer Hand bleiben. Zwei Drittel des notwendigen Startkapitals sind dabei von mir (sihee Bestseller.....). Es handelt sich bei der Zeitschrift um ein feministisches Projekt in dem Sinne, dass die politischen Ziele feministische sind und dass eventuelle Profite nicht privat abgeschöpft werden, sondern ausschliesslich in Projekte von Brauenselbsthilfe investiert werden.

7. Ich habe im Zusammenhang xxxxx mit meiner festen Arbeit in EMMA nie von meiner Altersversorgung gesprochen - das wäre grotesk!

8. Es stimmt auch nicht, dass ich im Berliner Frauenzentrum "selbstherrlich" die Tagesordnung geändert habe. Die Tagesordnung wurde in Absprache und Einigkeit mit den dafür verantwortlichen Frauen so aufgestellt, wie wir es für richtig hielten (und nicht, wie die KB-Frauen, die sich einfach auf die Tafel gesetzt hatten, es für richtig hielten).

9. Es stimmt nicht, dass ich gesagt habe, "CDU-TAnten" ständen mir näher als "indoktrinierte Genossinnen und GTnossen". Gier handelt es sich um ein Zitat aus einem Spiegel-Artikel, von dem ich mich öffentlich (im Spiegel) als unwahr und manipulativ distanziert habe.

10. Es stimmt noch so vieles nicht, aber ich habe besseres zu tun

Alice Schwarzer

Anschreiben der Anwälte zur „Gegendarstellung"

Berlin, den 11.10.1976

RAe Goy, Grönheit, Dr. Zieger
Hasenheide 12
1000 Berlin 61

Sehr geehrte Mitarbeiter des Arbeiterkampfes,

wir möchten noch, unabhängig von unserem offiziellen Anwaltsanschreiben – kurz in eigener Sache – Stellung nehmen. Wir haben es übernommen, die Gegendarstellung von Alice Schwarzer durchzusetzen, weil wir es für selbstverständlich halten, daß gerade eine linke Zeitung, dann, wenn sich herausstellt, daß sie falsche Tatsachen wiedergegeben hat, diese richtig stellt. Wir meinen auch, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß gerade in der politischen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Richtungen der Linken nicht in so ungeprüfter, unrichtiger und wie wir finden, auch diffamierender Weise (vergl. insbes. die Karikatur) über andere Genossen und Genossinnen berichtet wird. Wir halten es außerdem für schlimm, wenn politische Auseinandersetzungen im Bildzeitungsstil geführt werden, und wir meinen, daß teilweise der Artikel im Arbeiterkampf, 87, dieses Niveau hat. Das ist um so unverständlicher, als sich sonst der Arbeiterkampf von anderen positiv dadurch unterscheidet, daß er ausführlich und einigermaßen zuverlässig über Tatsachen berichtet.

Wir halten nichts davon, wenn Linke sich gegenseitig vor Gerichte zerren, um dort Streitigkeiten auszutragen, die politisch zu diskutieren wären, wozu allemal die solidarische Diskussion gehört. Angesichts Eures Artikels ist der Eindruck von Alice Schwarzer nur allzu verständlich, als ob Ihr von Solidarität nicht mehr viel haltet. Warum eigentlich wird, wenn so ein Artikel geplant und geschrieben wird, nicht vorher Rücksprache mit den betroffenen Frauen genommen? Es geht ja auch nicht nur um Alice Schwarzer, sondern um all die anderen Frauen, die am Frauenkalender mitgewirkt haben, die dazu beigetragen haben, daß das Buch „Der kleine Unterschied" geschrieben werden konnte und die nun mit Alice Schwarzer zusammen das Zeitungsprojekt in Köln anfangen.

Wir gehen deshalb davon aus, daß das förmliche Anwaltsanschreiben, das wir nun mal Euch schicken mußten, das letzte dieser Art sein wird.

Wir sehen nicht ein, daß wir Linke in vielen Bereichen gegen politisch begründete Berufsverbote vertreten und dort gemeinsam mit ihnen kämpfen, um auf der anderen Seite zu erleben, daß einige Linke anderen in den Rücken fallen, wobei sie es sich leicht machen und behaupten, diejenigen, die nicht ganz auf ihrer Linie stünden, seien eben nicht links.

Trotz allem
solidarische Grüße
(Unterschrift)
Dr. Zieger

Begleitschreiben der Anwälte „in eigener Sache"

Abschrift

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Ihnen mitteilen, daß uns Frau Alice Schwarzer, 5 Köln 1, Kolpingstraße 1 a, mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt hat. Wir bitten Sie, falls in der bezeichneten Angelegenheit weitere Korrespondenz nötig sein sollte, nur noch mit uns zu korrespondieren und jeweils für unsere Mandantin beizufügen.

Sie haben sich in der bezeichneten Ausgabe der Zeitung Arbeiterkampf in dem genannten Artikel mit der Person unserer Mandantin, mit der Finanzierung des Frauenkalenders und anderen Aktivitäten unserer Mandantin und anderen Frauen auseinandergesetzt. Dabei haben Sie teilweise unrichtige Tatsachen verbreitet.

Unsere Mandantin hat erst jetzt ein Exemplar der Zeitung erhalten und den Artikel gelesen. Unsere Mandantin macht deshalb von dem ihr nach den Pressegesetzen zustehenden Recht einer Gegendarstellung Gebrauch. Wir haben Sie deshalb aufzufordern, in der nächsten Ausgabe der Zeitung Arbeiterkampf die anliegende Gegendarstellung unserer Mandantin unverändert abzudrucken. Wir bitten Sie uns vorab telefonisch oder schriftlich darüber zu unterrichten.

Unsere Mandantin ist wie wir der Ansicht, daß Sie diese Gegendarstellung schon aus Gründen der journalistischen und politischen Fairness abdrucken werden. Wir weisen Sie im Interesse unserer Mandantin aber vorsorglich darauf hin, daß der Anspruch unserer Mandantin auf Gegendarstellung notfalls auch gerichtlich durchgesetzt werden kann.

Hochachtungsvoll
(Unterschrift)

Dr. Zieger
Rechtsanwalt

Zum Erscheinen der Frauenzeitung Courage (Westberlin)

Seit Juli gibt es in Westberlin eine neue Frauenzeitung, „Courage". Bisher erschienen zwei Ausgaben,und sie soll ab September monatlich erscheinen.

Die Zeitung wird von einem politisch „pluralistischen" Redaktionskollektiv herausgegeben. Vor der Herausgabe jeder Nummer soll eine öffentliche Redaktionssitzung stattfinden.

In der 0-Nummer schreibt die „Courage" zu ihren Zielen: „*Wir wollen über aktuelle Ereignisse informieren, Mißstände aufdecken und anprangern, einzelne Frauen und Gruppen zu Wort kommen lassen, über ihre Erfahrungen und Initiativen berichten. Uns interessiert alles: Arbeit, Weiterbildung, Kultur, Gesellschaft und Politik, Frauen in anderen Ländern, Geschichte der Frauen, alte Frauen, Psychologie, Sexualität, Medizin, Frauenbewegung, Justiz ... Ziel der Zeitung ist es, die Frauenbewegung zu erweitern. Wir wollen auch die Frauen erreichen, die nicht in der Frauenbewegung arbeiten*".

Wir halten das Projekt insgesamt für eine begrüssenswerte Sache, weil mit den gestellten Themen die ganze Bandbreite der doppelten Unterdrükkung der Frau angesprochen werden soll.

Dennoch haben wir an den zwei bisher erschienenen Nummern einige Kritik. Wir meinen, daß in einem großen Teil der Artikel zu abstrakt an die Frauenproblematik herangegangen wird, d.h. zu wenig auf die konkrete beschissene Situation der Frauen heute – wie z.B. Arbeitslosigkeit, ungleiche Bezahlung, Ausbildung usw. – eingegangen wird. So setzen sich nach unserer Meinung viel zu wenig Artikel mit der Lage der werktätigen Frauen und ihrer Situation am Arbeitsplatz auseinander. In einem Artikel über den Druckerstreik findet sich z.B. kein Satz dazu, wie denn die Situation der Frauen in der Druckindustrie überhaupt aussieht, Arbeitsbedingungen, Bezahlung usw. Die Notwendigkeit, daß sich Frauen ebenso wie die Männer am Klassenkampf beteiligen müssen, um ihre Selbständigkeit gegen den Kapitalisten zu demonstrieren und um der Einheit unter den arbeitenden Frauen und Männern näher zu kommen, wird überhaupt nicht propagiert – es wird im Gegenteil ausschließlich auf dem Widerspruch Männer – Frauen herumgeritten.

Gut dagegen finden wir den Artikel über die ungleiche Bezahlung, Interview mit einer Betriebsrätin, wo über die Problematik „ungleicher Lohn für gleiche Arbeit" wirklich konkret etwas ausgesagt wird.

Der kulturelle Teil macht die bisherigen Mängel der Zeitung besonders deutlich: In einem Artikel z.B. über die altägyptische Königin Nofretete steht außer, daß die heutigen Wissenschaftler die ägyptischen Königinnen nicht gleichberechtigt neben ihren Männern in der Geschichte erscheinen lassen, nichts über die damalige Situation der Frauen in Ägypten.

Außerdem geht die Zeitung kaum darauf ein, welche Kämpfe die Frauen bisher für ihre Gleichberechtigung durchgestanden haben, im Ausland sowie in der BRD, und welche Schwierigkeiten es gab, was sie durchsetzen konnten, und wo es heute Ansätze für gemeinsame Kämpfe der Frauen gibt.

Dadurch, daß an die Frauenfrage insgesamt ziemlich „abgehoben" herangegangen wird (Frau ist gleich Frau, egal welchen gesellschaftlichen Stand sie einnimmt), tauchen dann ziemlich kuriose Sachen auf, wie die, daß sich in der Nummer 1 der „Courage" z.B. eine Notiz findet, daß Frau Dr. Dingwort-Nusseck (Chefredakteurin beim WDR und CDU-Tante) in Zukunft die Landeszentralbank in Hannover leiten wird ... oder ... daß in der O-Nummer kommentarlos ein Interview mit Maria Weber (CDU-Mitglied) über die ungleichberechtigte Behandlung der Frauen in der Gewerkschaft auftaucht, wo doch klar sein dürfte, was für eine frauenfeindliche Politik gerade die CDU betreibt!

Insgesamt gesehen stellt die Zeitung wohl einen Kompromiß dar zwischen unserer Meinung nach hauptseitig richtigen Artikeln, die eine fortschrittliche politische Einschätzung der Unterdrückung der Frau in unserer Gesellschaft geben (z.B. ein Artikel zu Ulrike Meinhof oder ein Artikel, der sich mit dem in der Frauenbewegung viel gelesenem Buch „Häutungen" von Verena Stefan kritisch und witzig auseinandersetzt) und mehr feministischen oder gar „allgemein-weiblichen" Standpunkten. Dies wird besonders deutlich an den beiden Artikeln zur Wahl in der zweiten Ausgabe der Zeitung. In dem einen Artikel steht lediglich etwas dazu drin, daß die Frauen im Parlament zahlenmäßig unterrepräsentiert sind, während im zweiten und dritten Artikel auf die frauenfeindliche Politik der bürgerlichen Parteien eingegangen wird und deutlich gemacht wird, daß es nichts nützt, die Kraft nur darauf zu verwenden, daß mehr Frauen ins Parlament kommen, ohne danach zu fragen, welche Politik sie machen.

Dadurch, daß die „Courage" von vielen Frauen mit offensichtlich unterschiedlicher Auffassung geschrieben wird, ist klar, daß sie einen ziemlich pluralistischen Charakter bekommt (und anscheinend auch bewußt bekommen soll), d.h., daß sich widersprechende Artikel gegenüberstehen, ohne daraus einen gemeinsamen Standpunkt zu entwickeln. Es bleibt aber die Frage offen, ob so etwas auf die Dauer tragfähig bleibt.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/ Gruppe Hamburg